

14. / III. 1916

Das gemeinsame Wappen.

Die heutige „Wiener Zeitung“ wird die Allerhöchsten Handschreiben verlautbaren, mit welchen das für den Gebrauch bei den gemeinsamen Einrichtungen der österreichisch-ungarischen Monarchie seinerzeit festgesetzte gemeinsame Wappen mit den in jüngster Zeit in den Ländern der ungarischen Krone zustande gekommenen Gesetzen in Einklang gebracht werden soll. Die Aenderung, die demnach in der Zusammensetzung des gemeinsamen Wappens eintritt, bezieht sich nur auf die kleine Kategorie dieses Wappens und besteht darin, daß an die Stelle des kleinen Wappens Ungarns das auf Grund der erwähnten Gesetze festgestellte neue kleinere vereinigte Wappen der Länder der ungarischen Krone tritt.

Das kleine gemeinsame Wappen.

Se. Majestät der Kaiser hat das nachstehende Handschreiben erlassen:

Lieber Baron Burián!

In der Absicht, das mit Meinem Handschreiben vom 11. Oktober 1915 festgesetzte gemeinsame Wappen mit den seither von Mir sanktionierten diesbezüglichen Gesetzen der Länder der ungarischen heiligen Krone in Einklang zu bringen, finde Ich Mich bestimmt, die kleine Kategorie dieses Wappens gemäß der samt heraldischer Beschreibung anliegenden Zeichnung in neuer Form festzustellen und verweise Sie im übrigen hinsichtlich des Gebrauches dieses Wappens auf den mit Meinem Handschreiben vom 11. Oktober 1915 erteilten Auftrag.

Wien, am 5. März 1916.

Franz Joseph m. p.

Burián m. p.

Lieber Graf Stürgkh!

Ich richte das in Abschrift mitfolgende Schreiben an den Minister Meines Hauses und des Außern.

Wien, am 5. März 1916.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p.

Beschreibung des kleinen gemeinsamen Wappens

Das kleine gemeinsame Wappen wird aus folgenden, durch das Wappen des Allerhöchsten Herrscherhauses und das die Devise tragende Spruchband verbundenen, nebeneinandergestellten Wappen gebildet: rechts dem kleinen Wappen der österreichischen Länder und links dem kleineren vereinigten Wappen der Länder der ungarischen heiligen Krone.

A. Das Wappen des Allerhöchsten Herrscherhauses ist den Schilden der beiden Staaten Oesterreich und Ungarn so aufgelegt, daß es beide übergreift, selbst aber von den historischen Kronen der beiden Staatswappen: der österreichischen Kaiserkrone und der ungarischen heiligen Krone überhöht wird.

Der Schild dieses Wappens ist zweimal gespalten und zeigt im Mittelfeld einen silbernen Balken in Rot („Haus Oesterreich“), rechts einen blau gekrönten, bewaffneten und gezungen roten Löwen in Gold (Habsburg) und links einen mit drei schrägen, gestümmelten silbernen Adlern belegten roten Schrägbalken in Gold (Lothringen).

Den Schild bedeckt die den kaiserlichen Prinzen und Erzherzogen von Oesterreich und königlichen Prinzen von Ungarn zustehende siebenhügelige Königskrone, und

umschlossen wird er von der Kollane des Ordens vom Goldenen Vlies.

B. Das rechtsgestellte kleine Wappen der österreichischen Länder besteht aus einem goldenen Schilde, in welchem ein auf beiden Hauptern königlich gekrönter, golden gewaffneter schwarzer Doppeladler erscheint, der in der rechten Kralle Schwert und Szepter und in der linken den Reichsapfel hält (Symbol der österreichischen Kaiserwürde). Auf der Brust des Adlers liegt ein roter Herzschild, den ein silberner Balken durchzieht („Haus Oesterreich“). Auf den Schild ist die österreichische Kaiserkrone gestellt.

C. Das linksstehende kleinere vereinigte Wappen der Länder der ungarischen heiligen Krone zeigt einen gespaltenen Schild mit unten eingeschobener, an den Seitenrändern eingebogener Spitze. Rechts ein siebenmal von Rot und Silber geteiltes Feld; links in Rot auf dem golden gekrönten, emporragenden mittleren Teile eines grünen Dreibergeres ein doppeltes silbernes Längkreuz; in der Spitze, die von oben gerechnet bis zur fünften Teilungslinie des rechts stehenden Wappensfeldes reicht, ein in fünf Reihen von Silber und Rot geschachtes Feld. Auf dem Schilde ruht die ungarische heilige Krone.

Unmittelbar unter den Schilden ist das golden gesäumte, silberne Spruchband mit der Devise „INDIVISIBILITER AC INSEPARABILITER“ in schwarzer Lapidarschrift angebracht.

* * *
K. Budapest, 14. März. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Allerhöchstes Handschreiben an den Minister des Außern Baron Burián und an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza über die Abänderung und den Gebrauch des gemeinsamen kleinen Wappens, ferner eine Regierungsverordnung in derselben Angelegenheit mit der Beschreibung des kleinen gemeinsamen Wappens und über den Gebrauch des jüngst durch die Gesetzgebung festgestellten neuen Wappens.

15. III. 1916

Aufgaben der Zukunft.

In einer Versammlung des katholischen Männervereines Währing sprach M. Kunzsch über die Fragen, die uns in der Zukunft beschäftigen werden und führte ungefähr folgendes aus: Nach der Beendigung des Krieges werden Fragen brennend werden, deren Bedeutung von größter Wichtigkeit sind, Fragen, von denen es abhängen wird, ob nicht die ungeheuren Opfer, die in und hinter der Front gebracht worden sind, umsonst gebracht wurden. Eine wichtige Aufgabe unserer Zukunft ist die, daß wir der physischen und seelischen Entwicklung der zukünftigen Generation unser Augenmerk zuwenden. Die Schule und die Familie haben durch diesen Krieg in erschreckender Weise gelitten. Die Verwilderung der Jugend hat derart zugenommen, daß es selbst an der Front zu spüren ist.

Das, was wir jetzt Schule nennen, ist nur mehr ein Zugeständnis an die Form. Die Kinder werden zu wenig beaufsichtigt, und das gerade jetzt in einer Zeit, wo die Autorität des Vaters zu Hause vermisst wird, wo die liebevolle Erziehung der Mutter fehlt, die in tausend Betrieben das Fehlen der Männer ersetzt und das Leben im Hinterlande aufrechterhält. Das Kind ist allen Gefahren der Straße ausgesetzt! Unsere Pflicht ist es, jetzt die Jugend von diesen Gefahren zu retten und alle Maßregeln zu treffen, daß der Verwilderung Einhalt geboten werde. Die Schule muß wieder ihrer früheren Geltung zurückgeführt werden, die Lehrer sollen wieder in die Schule zurückgestellt werden

und die Militärverwaltung soll es sich überlegen, welche Schulen sie nicht mehr braucht, damit sie wieder ihrem ursprünglichen Zwecke dienen können.

Dabei müssen wir aber zusehen, daß wir Katholiken nicht auf die Seite geschoben werden. Schon sind wir an einer Stelle übergangen worden, als man bei der Schaffung der Tagesheimstätten den Verein „Kinderheimstätten“ übersah mit all seiner reichen Erfahrung auf diesem Gebiete. Nun müssen wir trachten, daß wir bei der Frage des Schulwesens nicht übergangen werden. Wir müssen uns einsehen, daß aus der Schule ein wahrer Erziehungsfaktor wird mit einer echten religiösen Grundlage. Dann aber dürfen wir auch die Attentate nicht dulden, die gegen die Familie gerichtet sind. Da kümmert sich kein Zensor, wenn gegen die Familie, die staatsbehaltende Familie gewütet wird, wenn gegen den hehrsten Beruf der Frau, den Mutterberuf, gemeine Verbrechen erdrossen werden, jetzt, da uns der Krieg so eindringlich die Bedeutung der Mutter für Volk und Volkskraft gezeigt hat. Mit einem zu Herzen gehenden Appell, für Organisation und Presse zu kämpfen, schloß der Redner unter brausendem Beifall seine Ausführungen.

Die Frage des Zusammengehens der deutschböhmisches Parteien mit den Sozialdemokraten.

Die Auffassung der deutschen Sozialdemokraten.

Wien, 15. März.

Der Verband der deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten, der in seiner gestrigen Tagung den Beschlüssen des Deutschböhmisches Landtagsverbandes bezüglich des vom Deutschen Nationalverbande aufgestellten Programmes beigetreten ist, beauftragte, wie wir gemeldet haben, der Vollzugsausschuß des Verbandes der deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten, festzustellen, ob ein Eintreten der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Deutschböhmens für die Grundforderungen des deutschen Volkes in Böhmen in bezug auf die Selbstverwaltung, auf die Schulfrage und auf die Sprachenfrage bei den staatlichen und autonomen Behörden zu erzielen wäre.

Aus den Kreisen der deutsch-sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten verlautet, daß dieselben nicht geneigt seien, bezüglich dieser angekündigten Grundlagen des Programms mit den deutschbürgerlichen Abgeordneten in Böhmen in Verhandlungen einzutreten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verweisen darauf, daß es nicht angehe, ohne Einwendungen zu erheben, einem bereits feststehenden Programm sich anzuschließen. Im vorliegenden Falle wäre dies um so weniger möglich, als

die Auffassung der Sozialdemokraten über die grundlegenden Fragen bezüglich der Selbstverwaltung, der Schulfrage und der Sprachenfrage in Böhmen von jener der deutschbürgerlichen Parteien in vielen Punkten abweiche. Es müßte daher allen weiteren Verhandlungen erst die Ausgleichung dieser bestehenden Differenzen vorausgehen.

Die „Heranziehung“ der Sozialdemokraten.

Die deutschbürgerlichen Reichsratsabgeordneten aus Böhmen waren gestern in Wien zu einer Beratung versammelt. In der Hauptsache war die Beratung, wie gemeldet wird, der Anregung auf „Heranziehung“ der Sozialdemokraten zur „Beratung der gemeinsamen Forderungen Deutschböhmens“ gewidmet. Heranziehung scheint uns ein Ausdruck von Gunst zu sein; es ist also schon die Bezeichnung, die der Einladung an die sozialdemokratischen Abgeordneten zur gemeinsamen Beratung gegeben wird, recht auffällig... Wie es nun zu dieser Beratung über unsere „Heranziehung“ kam, ist wohl noch in Erinnerung. Die gewesenen Mitglieder des gewesenen böhmischen Landtages hatten, zweieinhalb Jahre nach der Landtagsauflösung, plötzlich das Bedürfnis empfunden, sich als „Verband der gewesenen Landtagsabgeordneten“ zu begründen, und diesem Verband der Gewesenen sind danach Vertreter etlicher nationaler Körperschaften „beigezogen“ worden. Wie man später erfahren hat, ist schon in der Gründungsversammlung der Gewesenen die „Anregung“ geschehen, auch die deutschböhmischen Sozialdemokraten „heranzuziehen“; infolge des gräßlichen Einspruchs der Wolf-Leute ist aber die Anregung unter den Tisch gefallen. Aber sie ist wieder gekommen, und am 28. Februar hatte sich der „Landtags“verband mit ihr neuerlich zu beschäftigen. Er faßte daraufhin folgenden Beschluß: „Der Verband der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten wird aufgefordert, die Frage einer Besprechung mit den deutschen Sozialdemokraten in Erörterung zu ziehen.“ Was ist da beschlossen worden? Aus dem unklaren Deutsch, das des Nationalverbandes Nationalsprache ist, den Sinn herausgeschält, sagt er dieses: Die Frage ist, ob mit den deutschböhmischen Sozialdemokraten eine Besprechung abzuhalten sei. Diese Frage sollen die deutschbürgerlichen Abgeordneten erörtern und wohl auch, nachdem sie sie „in Erörterung gezogen haben“ und weil doch die Besprechung mit ihnen selbst stattfinden soll, beantworten.

Das mußten wir vorausschicken, und nun wollen wir berichten, was in der gestrigen Beratung der deutschbürgerlichen Abgeordneten beschlossen wurde. Der Beschluß, der heute in den bürgerlichen Blättern veröffentlicht worden ist, lautet:

Der Vollzugsausschuß des Verbandes der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten wird bevollmächtigt, festzustellen, ob ein Eintreten der sozialdemo-

kratischen Reichsratsabgeordneten Deutschböhmens für die Grundforderungen des deutschen Volkes in Böhmen in Bezug auf die Selbstverwaltung, auf die nationalen Fragen und auf die Sprachenfrage bei den staatlichen und autonomen Behörden und Körperschaften zu erzielen sei, und über die Ergebnisse der zu diesem Zwecke unternommenen Schritte zu berichten.

Und hiezu wird noch offiziös bemerkt, der Vollzugsausschuß werde „voraussichtlich den Sozialdemokraten aus Deutschböhmen die Grundforderungen der Deutschen vorlegen und an sie die Frage stellen, ob sie das alte Programm der Deutschböhmern in Bezug auf Sprache, Schule und Selbstverwaltung zur Gänze unterstützen wollen. Eine Einengung dieses Grundprogramms würde der Vollzugsausschuß nicht annehmen.“

Wir wollen einen Augenblick bei den „Grundforderungen“ verweilen. Welche ist es „in Bezug“ auf die Selbstverwaltung? Ist es das einmal so feierlich aufgestellte Zweiteilungsprogramm Trennl, oder ist es die in den geheimen Kommissionsverhandlungen des seligen Landtages vereinbarte Abänderung der böhmischen Landesordnung — welche Programme voneinander nicht etwa nur in Einzelheiten abweichen, vielmehr einander gradaus und völlig im Grundsatz widersprechen? Ist es das erst unlängst mit großen Geräuschen verkündete „Neuorientierungs“programm für Oesterreich, in dem die Ausgestaltung der Autonomie der Länder gefordert wird, oder ist es die am 28. Februar beschlossene Verleugung dieses neuesten Programms, die jede Erweiterung der Landesautonomie ablehnt? Ist es das alte Landesprogramm, wonach Deutschböhmen abgetrennt und als selbständige Provinz konstituiert werden soll, oder gilt das neue, wonach es bei dem Kronland zu verbleiben habe, innerhalb des Landes aber die Selbstverwaltung des deutschböhmischen Volkes „auf Grund der nationalen Abgrenzung der Verwaltungsgebiete und der Kreiseinteilung“ zu sichern sei? Wir sehen nämlich die wackeren Bürgerlichen von „Grundforderung“ zu „Grundforderung“ schwanken, bei jeder „Tagung“ eines verleugnen und ein anderes entwerfen; wir sehen überhaupt, daß sie äußerst selten wissen, was sie wollen, und nie wollen, was sie wissen... Welches ist die „Grundforderung“ „in Bezug“ auf die Sprache? Ist sie jenes berühmte Pfingstprogramm, in dem sich die Deutschen für die Regelung der Sprachenfragen im tschechischen Gebiet als „desinteressiert“ erklärten, oder ist es das neue Programm, von dem man der Öffentlichkeit nur mitgeteilt hat — nicht ein Wort mehr! —, daß die vom Abgeordneten Koller vorgelegten Anträge zur Sprachenfrage angenommen wurden? Welches sind die „Grundforderungen“ „in Bezug“ auf die Schule? Jrgend eine Grundforderung auf Ausgestaltung des Schulwesens im freiheitlichen, staatsbürgerlichen Sinne haben die nationalverbändlerischen Politiker überhaupt nicht; da halten sie ja die Christlichsozialen am Zaume. Und in nationaler Beziehung haben sie bisher nur eine „Grundforderung“ bekanntgemacht: daß sie die Frage der Minoritätsschulen aus dem Bereich der Ausgleichsverhandlungen ausgeschieden haben wollten... In Wahrheit mangelt es den Deutschbürgerlichen gerade daran, wovon sie jetzt sprechen: an einem Programm zu der nationalen Ordnung in Böhmen und in Oesterreich, an wirklichen Grundforderungen. So pendeln sie zwischen zwei gleich wertlosen Extremen: entweder bewegen sie sich in allgemeinen, nichtsagenden Redensarten, oder sie stürzen sich auf leere, nebensächliche Details, worüber jeder Grundgedanke verloren geht. Und diese Leute wollen den Sozialdemokraten, aus deren geistiger Werkstatt die fruchtbarsten Gedanken für die Lösung der nationalen Probleme hervorgegangen sind — ist doch die Aufnahme der Forderung nach der Kreiseinteilung, die sie jüngst in Prag beschlossen haben, die Frucht unserer letzten Aufklärungsarbeit! — sie wollen den Sozialdemokraten eine Art Befähigungsnachweis auferlegen, bevor sie sie „heranziehen“! Sie würden die „Einengung“ dieses „Grundprogramms“ nicht „akzeptieren“! Als ob das sozialdemokratische Programm von dem Rechte der Nationen auf Selbstregierung und

Die „Fremdenfrage“ der Sozialdemokraten

Selbstverwaltung alle ihre Konventikelprojekte an schöpferischer Kraft nicht turmhoch überragte!

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind nicht minder die Erwählten des deutschen Volkes in Böhmen wie irgend jemand von den Bürgerlichen — in Wahrheit ist die sozialdemokratische Partei in Deutschböhmen die größte — und die Vorstellung, daß irgend jemand berufen sei, sie darauf zu prüfen, ob sie berechtigt seien, das deutsche Volk zu vertreten; daß irgend jemand zuständig sei, ihnen das „Eintreten“ für das deutsche Volk zu bestätigen oder abzuerkennen, diese Vorstellung ist so abgeschmackt, daß wir über die Zumutung dieses Examens wirklich nur lächeln können. Die Deutschbürgerlichen wollen es erst „erzielen“, daß die deutschen Sozialdemokraten für die Rechte des deutschen Volkes „eintreten“; die Sozialdemokraten, die, seitdem die Arbeiterklasse politisch wirkt, für die Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation gekämpft haben! Es muß einmal offen gesagt werden: in dieser Vorstellung, die in den Sozialdemokraten eine Partei minderen Rechtes sieht und ernstlich meint, die sozialdemokratischen Abgeordneten müßten sich, bevor sich die Bürgerlichen zu einer Besprechung und Beratung mit ihnen herablassen, einer Art Reinigung und Läuterung unterziehen, in dieser Vorstellung spricht sich nur der bürgerliche Hochmut gegenüber dem Arbeiter aus; die Abgeordneten führen da in die Politik die Sitten und Gewohnheiten ihrer Stammtische ein. Wir antworten darauf nur mit den Worten des Beschlusses der Landeskongress der deutschböhmisches Sozialdemokraten am 6. Februar in Teplitz: „Die deutsche Arbeiterklasse Böhmens und ganz Oesterreichs ist sich der Pflichten bewußt, die ihr aus dem Kriege und seiner Erbschaft erwachsen werden. Sie hat für ihr Volk und ihr Land die Lasten und Leiden des Krieges doppelt und dreifach getragen — als Leistung der Bürgerpflicht —, ohne Lob und Dank, ohne Ruhmredigkeit; auch diesmal wie immer, ohne aus dem Bekenntnis zu Land und Volk ein politisches Gewerbe zu machen oder einen Rechtstitel auf Vorrechte abzuleiten. Sie hält es darum unter ihrer Würde, ihr volles und gleiches Mitbestimmungsrecht in der Nation und im Staate auch nur in Erwägung ziehen zu lassen, und hat nichts als Bedauern für die kurzfristige Verblendung reaktionärer Chauvinisten, die übersehen oder verhüllen wollen, daß in dem hochindustriellen Deutschböhmen die sozialdemokratischen Arbeitermassen der Grundstock der Nation, die Hauptkraft ihrer Gegenwart und die Bürgerschaft ihrer Zukunft sind.“

Die Rechtseinheit.

Der moderne Staat bedingt die Einheit der Rechtssprechung: es gibt nur eine Gerichtsbarkeit, die des Staates, und jeder Angeklagte hat den unverlierbaren Anspruch auf das zuständige Gericht. Daß neben der bürgerlichen Gerichtsbarkeit des Staates auch eine eigene Militärgerichtsbarkeit besteht, hebt oder schränkt diese Einheit nicht auf: kein Staatsbürger kann vor ein Militärgericht gezogen werden, kein Soldat vor das bürgerliche... Diese Einheit ist nun dadurch, daß Zivilpersonen der Militärgerichtsbarkeit unterstellt wurden, empfindlich durchbrochen worden; daß sich die tatsächliche Aufhebung nicht praktisch fühlbar macht, hat schließlich nur darin seinen Grund, daß die bürgerliche Justiz, verkörpert in der Anklagebefugnis der Staatsanwälte, der militärischen das Feld freiwillig überlassen hat. Nehmen wir den Fall einer Aufreizung zur Verachtung oder zum Hass. Geschieht sie wider die Staatsverwaltung, so ist sie das Verbrechen nach § 65 St.-G., für das die § 14-Berordnung vom 15. Juli 1914 auch für Zivilpersonen die Militärgerichtsbarkeit zuständig gemacht hat. Geschieht sie gegen Staatsbehörden oder gegen einzelne Organe der Regierung, so ist sie bloß das Vergehen nach § 300 St.-G., für das weiterhin das bürgerliche Strafgericht zuständig ist. Nun versteht es wohl auch der Nichtjurist, daß sich die Grenzen zwischen Staatsverwaltung und Regierung (welche ja auch eine Staatsbehörde ist) nicht so leicht erkennen lassen, die zwei Kategorien vielmehr ineinander fließen. Praktisch könnte sich also sehr wohl dieser Fall ergeben: Der Ruf von der strafbaren Handlung der Aufreizung zum Haß oder zur Verachtung gelangt ebenso an die bürgerliche wie an die militärische Anklagebehörde, an den Staatsanwalt wie an den Militäranwalt. Der Staatsanwalt erblickt in ihr die Aufreizung wider eine Staatsbehörde, die Sache geht danach ihn an, also leitet er die Verfolgung ein. Der Militäranwalt sieht in ihr wieder die Aufreizung gegen die Staatsverwaltung, es ist also eine strafbare Handlung, die ihn angeht; er übt nur seine Pflicht aus, indem er die Verfolgung ins Werk setzt. Wir vermögen keinen Weg anzugeben, auf dem die Auflösung dieses Gegensatzes bewirkt werden könnte; nämlich einen, den ein Gesetz angibt; denn die Auflösung könnte nur von einem übergeordneten Forum ausgehen, dessen Rechtsansicht für beide Teile verbindlich wäre; dieses gibt es aber nicht. Wenn man nun darauf antwortet, daß sich eben im Innern der Behörden der Ausgleich vollziehen werde, so antwortet man einleuchtenderweise nicht auf die Frage, und antwortet überdies falsch: es ist von der rechtlichen Auflösung die Rede, nicht davon, von welchem Teile der stärkere Nachdruck erhoben werden kann. Und daß es auch dem Angeklagten nicht gleichgültig sein kann, welche Rechtsansicht sich bei der Erhebung der Anklage durchsetzt, ist angesichts der fließenden Grenzen dieser strafgesetzlichen Begriffe klar; darauf, welche Seite das größere Beharrungsvermögen erweisen werde, kann man ihn schließlich doch nicht verweisen. Der

gleiche Fall kann sich auch in der Beurteilung der strafbaren Handlungen bei Militärlieferungen ergeben. Wie leicht, erweist schon die Erfahrung: in Wien sind bereits zwei Verfolgungen wegen des § 327 M.-St.-G. von Militärgerichten mit der Begründung abgewiesen worden, daß nur Betrug vorliege. (Daß die letzte, gegen den Dedenfabrikanten Beck, vom Militärgericht dennoch entschieden wurde, beruht darauf, daß der Mann der Militärgerichtsbarkeit als Soldat unterstand, diese hier also auch für Betrug zuständig war.) Auch hier kann also der Fall eintreten, daß der Staatsanwalt wegen Betruges verfolgt, der Militäranwalt wegen des Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates, ohne daß ein gesetzlicher Weg sichtbar wäre, die Zuständigkeit irrtumslos und verbindlich festzustellen. Denn daß die bürgerliche Gerichtsbarkeit die Rechtssprechung erst übernimmt, wenn sie die militärische abgelehnt hat, scheint wohl nicht der sachgemäße Weg zu sein.

Es ist freilich der Weg, den die Dinge in der Wirklichkeit nehmen. Aber damit sind die Bedrängnisse, in die die Rechtssprechung durch die zwei Zuständigkeiten über Zivilpersonen geraten ist, noch lange nicht zu Ende. Ob sich der Fall ereignen kann, ist nebensächlich, er ist möglich: daß nämlich der bürgerliche Staatsanwalt oder daß das bürgerliche Gericht, wenn die Sache an sie gelangt, der entgegengesetzten Ueberzeugung sind: daß, um bei den Beispielen zu bleiben, jene Aufreizung gegen die Staatsverwaltung sich richtet, also das Verbrechen nach § 65 St.-G. ist, jene unredliche Lieferung ein Verbrechen gegen die Kriegsmacht ist: wie soll sich dann der Gegensatz lösen? Ein Verbrechen nach § 65 St.-G. oder eines gegen den § 327 M.-St.-G. kann der Staatsanwalt nicht verfolgen, das bürgerliche Gericht kann über sie nicht urteilen: was kann geschehen? Sich unzuständig erklären: aber dann wären ja beide Gerichtsbarkeiten unzuständig geworden! Der Einwand, daß die Entscheidung des Militärgerichtes das bürgerliche Gericht binde, wäre offensichtlich falsch; denn erstens steht die bürgerliche Rechtssprechung gegenüber der militärischen nicht im Verhältnis der Unterordnung und zweitens war das Militärgericht, das sich unzuständig erklärte, nur ein Gericht gleichen Ranges (Divisionsgericht gleich dem Landesgericht). Wir wären recht neugierig, wie die zünftigen Rechtsgelehrten diese Frage beantworten. Die Erwägung ist uns an einem tatsächlichen Fall aufgestiegen. Das Linzer Landwehrdivisionsgericht hatte sich (am 10. März) mit einer Anklage gegen eine Zivilperson wegen Totschlages zu beschäftigen. Es ist deshalb zuständig, weil die § 14-Berordnung vom 25. Juli auch das von einer Zivilperson verübte Verbrechen des Totschlages der Militärgerichtsbarkeit zugewiesen hat, wenn es an einem Soldaten begangen wurde, das heißt ein Soldat sein Opfer war. Das Militärgericht hat sich nun als unzuständig erklärt: es liege seiner Ueberzeugung nach nur das Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens vor (§ 335 St.-G.). Was geschieht nun, wenn der Staatsanwalt oder wenn das bürgerliche (Landes-) Gericht der entgegengesetzten Meinung ist: also der Meinung, es liege ein Totschlag vor? Auch hier handelt es sich um kein bloßes Erkennen und Feststellen von Tatsachen, sondern um ein Urteilen der Richter „aus ihrer freien, aus der gewissenhaften Prüfung aller für und wider vorgebrachten Beweismittel gewonnenen Ueberzeugung“ — welche freie Ueberzeugung natürlich verschieden ausfallen kann. In dem beregten Falle ist der angeklagte Bauernknecht von dem Soldaten tödlich angerempelt worden. Der weitere Verlauf wäre nach der Anklageschrift der folgende gewesen: Nach Schluß der Theatervorstellung (in einem Dorfwirtschaftshaus in dem oberösterreichischen Orte Kagenberg) traf der Angeklagte, der sich in Gesellschaft seiner Geliebten und seines Freundes befand, im Vorhause mit dem Landesjäger und einigen Zivilpersonen zusammen. Hier entspann sich zwischen dem Angeklagten und dem Landesjäger ein kurzer Kaufhandel, wobei der Angeklagte diesem „mit seinem im Griffe feststehenden Messer mit großer Gewalt zwei Stiche in die Brust veretzte“. Wir erwähnen den Sachverhalt, um zu zeigen, daß er eine verschiedenartige Beurteilung zuläßt. Aber die Frage, die wir stellen, wäre zu stellen auch völlig berechtigt, wenn wir nur eine ersonnene Möglichkeit berührten. Klar ist, daß zwei unverbundene Gerichtsbarkeiten über dieselben Menschen, wenn sie nur nach den strafbaren Handlungen getrennt werden, die Einheit des Rechtes durchbrechen müssen.

Vielleicht gibt uns die zünftige Rechtswissenschaft an, wie der Gegensatz auszutragen wäre. Mehr als dies anzuregen sehen wir uns außerstande.

Der Staat voran!

Viele Stimmen der bürgerlichen Presse ermoeten die Hoffnung, daß das politische Denken Deutschösterreichs sich ermannet und die alle Sinne verwirrenden, jeden Ausweg verhillenden Nebel der trostlosen jüngsten Vergangenheit abzustreifen beginnt. Allmählich regte sich das Gefühl dafür, welche Selbsterniedrigung der geistige und politische Zustand war, in dem die bürgerliche Gesellschaft Deutschösterreichs in den letzten Jahren dahinlebte, welche unnötige und beschämende Selbsterniedrigung, da Begabung und Charakter, Bekanntheit und Betätigung des Bürgers turmhoch über seinem politischen Ausdrucksstand. Das Gefühl ist allgemein: Es kann und darf nicht so fortgesetzt werden, wie ausgehört worden ist! Das traurige Kapitel ist glatt und vorbehaltlos geschlossen. Ein Verbrechen an Gefallenen wie an Ueberlebenden wäre es, die alte geistige Misere so fortzuschleppen, nicht zu ändern wäre!

Diesen gefunden, heilsamen Instinkt sofort zu verwirren sind viele Mächte am Werke. Aber für alle, die den Weg ins Freie suchen, heißt es nun, sich nicht iremachen lassen in der Hauptsache. Denn notwendigerweise wird in einzelnen viel Streit sein, und daß er ist, hat Grund und wirkt Gutes. Rindlich wäre es, zu meinen, daß die Widersprüche der Klassen, die Interessensverschiedenheiten der Wirtschaftszweige und die Gegensätze der Weltanschauungen nunmehr verschwunden seien oder verschwinden könnten. Der Krieg hat sie eher vertieft als ausgeebnet. Aber jede Stunde hat ihre besondere Aufgabe und so kann es kommen, daß die Stunde eint, was die Jahre und Jahrhunderte trennen. Die Erkenntnis, die uns Oesterreichern insbesondere die Stunde gebracht hat, ist: Man kann nach außen wie nach innen nicht sicher und in Ehren leben ohne geordneten Staat. Einerlei, ob man ihn im Prinzip bekennt oder verwirft, wenn er nur da ist, muß er in Ordnung sein. Die reaktionärste Gesinnung setzt eine bestehende Ordnung voraus, die anhalten oder auf eine frühere Ordnung zurückgeführt werden soll, die revolutionärste Gesinnung, eine Ordnung, die zu einer höheren Ordnung fortgebildet oder durch eine neue ersetzt werden soll, keiner von beiden ist mit der Anarchie gedient, die den Boden selbst wie die Mittel der politischen Arbeit vernichtet. Es ist sinnlos, zum Schutze der Unternehmer ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, zum Schutze der Arbeiter ein Achtstundengesetz oder eine Fabriksinspektion zu fordern, wenn nicht vorher feststeht, daß Gesetze gelten und Behörden nach Gesetzen wirken können.

Eine geordnete Staatlichkeit ist und bleibt fürserste die Voraussetzung alles weiteren öffentlichen Lebens, das nächste und oberste Bedürfnis aller. Das ist als Hauptsache festzuhalten.

Es hat bei uns an dem Allerwichtigsten gefehlt: an dem Sinn dafür! In dem ganz gewöhnlichen, allereinfachsten Sinn! Und das bei dem Bürgertum aller Zungen, ganz und gar nicht bei dem Proletariat. Wenn das Gesetzgebungsorgan verlagte und von innen heraus auf das schmachlichste herabgewürdigt wurde, wem lag daran? Fand nicht der rabiateste Obstruktionsist den johlenden Beifall und die sicherste Anwartschaft auf Wiederwahl? Wenn seit zwanzig Jahren alle Sachkenner erwiesen, daß das zweite, ebenso wichtige Organ des Staates, die Verwaltung, durch ihre Zweiteilung in gefährlicher Weise zu entarten drohe, wen ging das an, wer regte sich darüber auf, welche politische Vertretung fand es der Mühe wert, darüber auch nur nebenher zu reden? Als die österreichische Richtervereinigung — gewiß ein zuständiger Körper — Befürchtungen äußerte, ob denn die Grundlage der Rechtsprechung, dieses dritten Organs der Staatlichkeit, ob die richterliche Unabhängigkeit noch in voller Geltung sei, wen berührte das; welchen Eindruck machte es auf unsere bürgerlichen Parteien?

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung aber sind die drei Säulen, auf denen die staatliche Ordnung ruht, die das Dach tragen, unter dem wir leben müssen. Was aus ihnen wurde — es gab nichts, was dem Durchschnittsbürger und dem bürgerlichen Politiker gleichgültiger gewesen wäre, nachdem einmal das öffentliche Interesse ganz und gar auf den Hausierjuden und den Postbeutel eingestellt war! Die bürgerlichen Parteien, durch die unsinnige Organisation unserer Verwaltung einer wirklichen Anteilnahme an den Staatsgeschäften in einer lokalen Selbstverwaltung beraubt und ganz eingesponnen in die Nebenstaatlichkeit der Landesstuben, hatten von 1907 bis 1914, vom Antrag Pichlerstein bis zur glücklich erreichten Sanierung, an dem Parlament kein anderes Interesse, als die Staatsfinanzen zu Gunsten der Länder zu brandschlagen. Ihnen allen und jedem einzelnen war der Staat Geluba. Daß der Staat nicht bloß die Bürokratie, nicht bloß die abstrakte juristische Körperschaft, sondern zugleich die konkrete Verkörperung der Bürgerschaft ist, diese Einsicht

ging verloren. Man machte Tauschgeschäfte mit dem „Staate“, handelte Subventionen und Landesdotationen von ihm ein, als ob nicht derselbe Bürger die gesamten Abgaben zahlen müßte. Niemand vermochte man sich zu der so einfachen und natürlichen Auffassung emporzurufen, daß ja wir selber der Staat sind und der Staat zu begreifen ist als die organisierte Gesamtheit der Bürger. Welch ein Triumph war es für den Demagogen, dem Staate einen Schabernack angetan zu haben! Welch lächerliche Kleinbürgerschulle: das Volk — das sind die Leute um den Kirchturm, die Leute im Ländchen; der Staat — das ist die Bürokratie des Landesherrn, die landesfürstliche Beamtenchaft; und der Krakeel mit ihr — das ist Politik! Ganz ebenbürtig steht ihr zur Seite die Auffassung von der Regierung, die ein gewesener Ministerpräsident an einem Orte bekennt hat, der besondere Wahrhaftigkeit zur Pflicht macht. Ein Versuch, das Parlament arbeitsfähig zu machen und die Obstruktion niederzuerwerfen, sei als eine der Regierung feindliche, auf die Schwächung der Staatsgewalt bedachte Absicht empfunden worden — doch lieber nicht an Vergangenes erinnern! Dieses Jahrzehnt der Kleinbürgerpolitik war widerwärtig und das beste ist, es so rasch als möglich zu vergessen!

Es muß festgehalten werden daran, daß vor allem unsere Staatlichkeit in Ordnung gebracht werden muß. Ganz ungeheuer sind die Pflichten und Lasten, die der Gesamtheit nach dem Kriege zufallen. Wir bedürfen schon der höchsten Anstrengung aller Gemeinschaftskräfte, um bloß die Kriegssopfer zu versorgen und die wirtschaftlichen Kriegsschäden gutzumachen, wir bedürfen hierzu der größten Straffheit der Organisation und der vollen Einheitlichkeit. Wir haben einfach das Geld nicht, um außer dem Staate noch siebenzehn Nebenstaaten zu halten. Wie die Dinge heute liegen, können wir den Ländern nichts geben, was wir nicht dem Staate entziehen. Man nehme nur die Krankenpflege und die Spitalverwaltung: es ist einfach nicht wahr, daß sich irgend ein Soldat Wunden und Siechtum im Felde geholt hat zu Gunsten und Ehren eines der siebenzehn Landeskrankenfonds. Er hat dem Staate gedient und erwartet Heilung vom Staate, das heißt er hat als Bürger für die Bürgergesamtheit gefochten und hat das Recht, vorauszusetzen, daß diese Bürgergesamtheit sein nicht vergeße und durch ihre allgemeinen Hilfsmittel, durch die von ihr getragene öffentliche Gewalt, für ihn Sorge. Wir können das oberste Mittel, durch das die Gesamtheit wirkt, nicht länger siebenfach verzetteln und außerdem durch die Spaltung in landesfürstliche Bürokratie und Autonomie wirkungslos machen. Ein entzweigeschlagener Pfug ist kein Pfug mehr. Zusammenfassung tut not — und wenn wir wieder einmal wählen, so müssen wir die Bewerber in erster Linie fragen, ob sie zur Erfüllung ihrer Forderungen auch das unumgängliche Mittel wollen, die leistungsfähige, geschlossene und straffe Staatlichkeit, ohne die man zwar viel Worte machen, aber nichts bewirken kann.

vor Staat voran!

Diese Staatlichkeit vermag heute nicht zu sein ohne Berufsbeamte und nicht ohne Mitarbeit des Bürgers. So führe man beide zusammen und begründe eine wahre Selbstverwaltung. Paragraphen machen noch keinen Staat und also gibt eine vom Volke abgeschürfte Bürokratie noch keine Bürgergemeinschaft. Noch weniger aber reicht es zu, aus der Gesamtheit der öffentlichen Angelegenheiten wie aus dem Wirtschaftshof die Ausgedingten einige zusammenhanglose Zuständigkeiten herauszunehmen und dieses Ausgeding kontrollos den Vertretern ständischer Kurien zuzuweisen, damit sie dort Staaten im Staate spielen. Ein Wirtschaftshof mit siebzehn Ausgedingen — das war und ist unsere bisherige öffentliche Verfassung. Kein Landwirt wollte so hausen! Man mache aus den Ausgedingten Mitarbeiter, man gliedere sie ein in die straffe Ordnung des Ganzen und sie werden dadurch gewinnen wie das Ganze. Nicht irremachen lassen darf man sich durch das Gezeiter gegen einen angeblichen „Centralismus“. Selbstverwaltung schließt das Uebel des Zentralismus ebenso aus, wie die Kronlandsautonomie das Uebel der Zerfahrenheit und Kontrolllosigkeit einschließt.

Erst den Staat in Ordnung gebracht! Dieses Lösungswort wird sich auch im Bürgertum durchsetzen. Damit aber wird auch für die Nation Raum. Das Ausgeding der Kronländer macht sich breit vor allem auf Kosten der Nationen. Das Kronland ist es, das die Nationen zerschneidet und zerstückelt; das Kronland ist es, das die losgerissenen Wunden an Zufallsmehrheiten klopft. Nur so entsteht das beinahe historisch gewordene Angstgefühl der Völker, denn sie finden und fühlen sich in der Lage eines Unglücklichen, dessen Kopf, Rumpf und Gliedmaßen je an ein anderes Gefährt gebunden sind: Obgleich praktisch bei uns alles Fuhrwerk seit langem stillsteht, lebt der Unglückliche doch unter dem qualvollen Eindruck, nur ein Wagen könnte ins Rollen kommen und in diesem Zustand sehen sich insbesondere die Deutschen im Hinblick auf Deutschböhmen. Bringt den Staat in Ordnung, schafft die lokale Selbstverwaltung und die Stricke sind zerrissen, jeder der Völkstämme gerät sofort in die freie Verfügung seiner Gliedmaßen und kann sie im Rahmen wie zum Nutzen des Ganzen gebrauchen. Den Deutschen geziemt es wohl, diese Einsicht den anderen Völkern voranzutragen, die sich seit bald fünf Jahrzehnten in das Irrgemäuer feudaler Einrichtungen verloren haben, uns, dem Staate, zu großem, sich selbst zu allergrößtem Unheil. Mögen diese anderen Völker einstweilen noch widerstreben. Auch das darf uns nicht irremachen. Ist diesen von außen wie von innen schwer geprüften Völkern der Staatsgedanke wieder gewonnen worden, so darf er nicht mehr preisgegeben werden. Er ist nun auch im innerpolitischen Kampfe zu bewahren wider all das widerliche Gegeister, das sich in die Geschichtsbücher zu übersiedeln sträubt.

Beratung der Deutschböhmen.

Der Verband der deutschböhmisches Reichsrats-Abgeordneten hielt gestern eine Sitzung ab, an der außer zahlreichen Mitgliedern des Verbandes auch die Abgeordneten Dr. Ferzabel, Fro, Jäger und Wüst teilnahmen. Die Beratungen dauerten unter dem abwechselnden Vorsitze Bachers, Ferzabels und Dr. Urbans den ganzen Tag über bis in die Abendstunden.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht des Abgeordneten Dr. Koller über die Verhandlungen und den Beschluß des deutschen Landtags-Verbandes in Böhmen über die Sprachenfrage. Der Bericht wurde einmütig genehmigt.

Sodann wurde die Aufnahme und die Auslegung, welche die in den gemeinsamen Grundforderungen des Deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Partei enthaltenen Forderungen nach „Reformierung der staatlichen Verwaltung und Ausgestaltung der autonomen Länder“ gefunden haben, in Beratung gezogen. Die Erörterung bewegte sich in dem gleichen Rahmen wie in der Vollversammlung des deutschen Landtagsverbandes in Prag am 28. vorigen Monats. Im Laufe der Wechselrede, an der die Vertreter aller anwesenden Parteien teilnahmen, erklärte Abg. Dr. Ferzabel, daß die christlichsoziale Partei die Forderungen der Deutschen in Böhmen nach nationaler Verwaltung vollständig und nachdrücklich unterstützen werde. Es wurde zum Schlusse folgende Rundgebung beschlossen: „Die jüngste Vollversammlung des deutschen Landtagsverbandes in Böhmen hat nachstehenden Beschluß gefaßt: Die Vollversammlung des deutschen Landtagsverbandes in Böhmen, die am 28. Februar 1916 im Deutschen Hause zu Prag tagte, erklärt in unerschütterlichem Festhalten an den altüberlieferten Grundsätzen der Deutschen in Böhmen, daß sie jede Erweiterung der Landesautonomie auf Kosten des Reiches ablehnt und die Ausgestaltung der Landesautonomie Böhmens durch die gesetzliche Festlegung des Selbstbestimmungsrechtes und der Selbstverwaltung des deutschen Volkes auf Grund der nationalen Abgrenzung der Verwaltungsgebiete und der Kreiseinteilung bei der Neugestaltung Oesterreichs nach dem Kriege unbedingt fordert und zuverlässig erwartet. Die am 14. März 1916 in Wien versammelten deutschböhmisches Reichsrats-Abgeordneten erklären, diesem Beschlusse vollinhaltlich zuzustimmen. Die deutschböhmisches Mitglieder des Vorstandes des Nationalverbandes werden beauftragt, diesen Beschluß dem Verband zur Kenntnis zu bringen. Es wird verlangt, daß bei der Forderung nach Ausgestaltung der Landesautonomie der obige Beschluß der deutschböhmisches Landtags- und Reichsrats-Abgeordneten volle Berücksichtigung finde und auch in einer unzweideutigen Erklärung zum Ausdruck gebracht werde.“

Sodann wurde die im Arbeitsausschuß und in der Vollversammlung des deutschen Landtagsverbandes gegebene Anregung auf Heranziehung der Sozialdemokraten zur Vertretung der gemeinsamen Forderungen der Deutschen in Böhmen in Erörterung gezogen. Nach eingehender Wechselrede wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Vollzugsausschuß des Verbandes der deutschböhmisches Reichsrats-Abgeordneten wird bevollmächtigt, festzustellen, ob ein Eintreten der sozialdemokratischen Abgeordneten Deutschböhmens für die Grundforderungen des deutschen Volkes in Böhmen in bezug auf die Selbstverwaltung, Schulfrage und Sprachenfrage bei den staatlichen und autonomen Behörden und Körperschaften zu erzielen sei, und über die Ergebnisse der zu diesem Zwecke unternommenen Schritte zu berichten.“

16. III. 1916

Selbstverwaltung, nicht Länderautonomie.

Von Dr. Stephan Freiherrn v. Haupt,
Präsident der Handels- und Gewerbekammer.

Brünn, 13. März.

Die programmatische Stellungnahme der deutschen Parteien und insbesondere des Deutschen Nationalverbandes zu den großen politischen Fragen der Gegenwart hat den sudetenländischen Deutschen eine Enttäuschung gebracht.

Die Aufnahme der mit der bisherigen Politik der deutschfreihheitlichen Parteien unvereinbaren Forderung nach Ausgestaltung der Länderautonomie hat in den Kreisen der sudetenländischen Deutschen die größte Bestürzung hervorgerufen.

Man kann diese Schwankung des Deutschen Nationalverbandes auch dann nicht verstehen, wenn man annimmt, daß sie aus Rücksicht auf die Christlichsozialen erfolgt ist. Die Rücksichtnahme darf nicht so weit gehen, daß ihr zuliebe einer der fundamentalsten Grundsätze des Parteiprogramms über Bord geworfen und die nationale Existenz eines großen Teiles des deutschen Volkes in Oesterreich aufs Spiel gesetzt wird; denn in Böhmen und Mähren bedeutet die Ausgestaltung der Länderautonomie nichts mehr und nichts weniger als die Unterstellung der deutschen Minoritäten unter die tschechische Mehrheit.

Das müssen doch die christlichsozialen Parteiführer wissen; und wenn sie auch den begreiflichen Wunsch hegen, die Macht der von ihnen beherrschten alpenländischen Landtage wo möglich zu erweitern, so muß man doch so viel gemeinsames Nationalgefühl bei ihnen voraussetzen, daß sie nicht lokale Parteiinteressen über die allgemeinen Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich stellen.

Es hätte daher um so eher möglich sein müssen, sie von der Forderung nach Erweiterung der Länderautonomie abzubringen, als ihrem Wunsche nach Erhaltung ihrer provinziellen Macht auf andere Weise hätte Rechnung getragen werden können; denn der in den deutschen Alpenländern bestehende Wunsch nach Autonomie ist keineswegs identisch mit der von den Tschechen geforderten Länderautonomie.

Hier liegt die Verwechslung der Begriffe Autonomie und Selbstverwaltung vor. Die Autonomie nach tschechischer Auffassung trägt durchwegs staatsrechtlichen Charakter, das heißt, sie verlangt für das Land das Recht, möglichst viele und wichtige Funktionen des Staates ohne Kontrolle durch diesen selbst auszuüben.

Das ist aber etwas ganz anderes als die Selbstverwaltung, wie sie zum Beispiel in England besteht und die auch wir Deutsche in Oesterreich anstreben.

Unter Selbstverwaltung verstehe ich die Befugnis untergeordneter Verbände zur selbständigen Besorgung gewisser lokaler Verwaltungsaufgaben unter der Kontrolle des Staates. Ist die Kontrolle des Staates gegeben, dann kann der Selbstverwaltung eine möglichst große Ausdehnung verliehen werden. Es kann dann jene erwünschte Dezentralisation der Verwaltung stattfinden, welche eine Entlastung der jetzt mit kleinlichen Agenden überbürdeten Zentralbehörden zur Folge hätte. Die Einteilung von Böhmen, Mähren und Schlesien in Kreise auf nationaler Grundlage, als sicherstes Mittel zur Milderung des nationalen Kampfes, könnte trotz des Widerstandes des böhmischen Landtages durchgeführt werden.

Es wäre die Möglichkeit gegeben, den lokalen autonomen Behörden eine größere Fülle von Agenden als bisher zuzuweisen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die bisherige Unabhängigkeit dieser Behörden von jeder Einflußnahme seitens des Staates aufhört und daß der bisherige Wirrwarr der ohne jedes System durcheinander verwaltenden autonomen und staatlichen Behörden ausgeschaltet wird. Dieses Opfer müßten unsere deutschen Autonomisten schon bringen können, wenn sie anders ihre Forderung nach einem großen, starken und einigen Oesterreich verwirklichen wollen. Denn wo soll die Größe und Stärke Oesterreichs herkommen, wenn es jedem Lande und jedem Ländchen, ja selbst jeder Gemeinde gestattet ist, die Absicht der Staatsverwaltung zu durchkreuzen.

Erweiterung der Länderautonomie und ein großes, starkes, einiges Oesterreich sind zwei widersprechende Begriffe, die unmöglich in ein und dasselbe Programm aufgenommen werden können.

Entweder will man das letztere, dann muß Oesterreich tatsächlich jenen Weg beschreiten, den alle anderen Großmächte Europas vor ihm gegangen sind und der nach Ueberwindung provinzieller Selbständigkeitsgelüste zu einem mächtigen Einheitsstaat geführt hat, oder aber man zieht das letztere, das heißt die Länderautonomie vor, dann muß man sich damit begnügen, daß Oesterreich für alle Zeiten ein Konglomerat kleiner, macht- und einflußloser Duodezstaaten bilden wird, deren autonome Lenker zwar in inneren Angelegenheiten frei nach Willkür schalten können, das aber bei allen Fragen der großen europäischen oder gar der Weltpolitik überhaupt nicht in Frage kommt. Welchen Weg der wahre österreichische Patriotismus uns weist, kann wohl nicht zweifelhaft sein.

Aus dem Polenklub.

Die nächste Plenarsitzung des reichsrätlichen Polenklubs findet am 23. d. im Sitzungssaale der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Ausnahme der sozialdemokratischen Reichsrats-Abgeordneten in den Polenklub. Die Anmeldung des Eintrittes der polnischen Sozialdemokraten in den Polenklub erfolgte in einem Schreiben des Vorstandes der polnischen sozialdemokratischen Partei im Abgeordnetenhaus, das vom Abg. Dąbski gezeichnet ist und gestern dem Präsidium des Polenklubs zugestellt wurde.

Die Sitzung der Politischen Kommission des Polenklubs soll am 27. d., jene der Parlamentarischen Kommission am 28. d. im Bureau des Klubobmannes v. Bilinski um 5 Uhr nachmittags stattfinden.

Schriftsak und Konventikel.

Den wundersamen Einfall, den sozialdemokratischen Vertretern Deutschböhmens einen Schriftsak zuzustellen, hat die Arbeiter-Zeitung schon Dienstag gebührend beleuchtet und ebenso höflich wie entschieden zurückgewiesen. Die herablassende Geste, mit der die deutschbürgerlichen Abgeordneten von einer bedingten und verlausulierten „Heranziehung“ der Sozialdemokraten reden und die in schreiendem Widerspruch zu der Programm- und Ideenlosigkeit wie zu der völligen Erfolglosigkeit ihrer bisherigen Nationalpolitik steht, diese Geste des Hochmuts, die die offenkundige Hohlheit verbergen soll, fand gestern die verdiente Kennzeichnung. Wir hoffen, damit ist der rechte Weg gemiesen und der Zwischenfall erledigt. Er ist jedoch geeignet, die Methoden deutschbürger-

licher Nationalpolitik, wie sie bisher betrieben wird, im allgemeinen etwas näher zu beleuchten. Denn daß irgend ein Genie der Bierbank derlei Einfälle haben und solche Ansinnen stellen konnte, ist kein Zufall, sondern verrät den ganzen Geist, in dem die Politik unserer Nation in Oesterreich und insbesondere in Böhmen bisher geführt worden ist.

Was eine Nation, eine Gemeinschaft von Millionen Bürgern in einem Staate will, ist Sache aller, Sache der Volksgesamtheit. Die großen Grundlinien ihrer Stellung zum Staate und zu den anderen Nationen und die Rechtseinrichtungen, durch die sie entweder sichergestellt sind oder erst sichergestellt werden sollen, sind durchaus öffentlicher Natur. Was für zehn Millionen Menschen lebensnotwendig oder auch nur entwicklungswichtig sein soll, kann nicht zugleich Geheimnis sein. Was die Nation mit ihrem politischen Gewicht decken, schützen, verteidigen oder erkämpfen soll, muß sie wissen, muß sie kennen. Die Rechtsstellung einer Nation zwischen Nationen, die Geltung einer Nation im Staate ist nicht wie ein Juwel in einem Geheimschrank, das man mit einem Schlüsselchen absperrt und daher auch mit einem Dietrich entwenden kann. Denn diese Stellung, wie sie ist, wird auf Grund des öffentlichen Rechtes von Millionen Staatsbürgern alltäglich eingenommen, und die Stellung, wie sie werden soll, kann nur erkämpft und behauptet werden durch den Willen derselben Millionen. Politische „Güter“, die man wie Schmuggelware verstecken muß oder auch die man verstecken kann, sind sicherlich bloß angebaute Unbeträglichkeiten.

Wären sie aber ausnahmsweise Wichtigkeiten — wie etwa die Badenschen Sprachenverordnungen —, so nützte wieder nichts, sie zu schmuggeln. Denn da sie doch irgendwie die öffentlichen Rechte der Nation berühren müssen, um Wert zu haben, müssen sie einmal heraus ans Licht und dann wird der Schmuggel ruchbar und die scheinbare Errungenschaft hinter den Kulissen wird öffentlich in Scherben geschlagen. So 1890 der Taaffe'sche Ausgleich durch die Tschechen, so 1897 die Badenschen Sprachenverordnungen durch die Deutschen. Zugegeben, daß derlei Kostäuscherstücker noch in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gelingen konnten; damals möchte man nationale Ziele noch bei Hochmögenden erschleichen oder bei Ministern erhandeln, durch höfische Ohrenbläserei oder dunkle Hochverratsanspielungen bald erlisten, bald ertrogen — oder was derlei Laiaientüniffe mehr sind. Uebers Jahr jedoch werden zwei Jahrzehnte voll sein seit dem Sturze Badenis: wer nicht ganz unbelehrbar ist, wer durch geschichtliche Erfahrung nur das politische Alphabet gelernt hat, muß wissen, daß diese Zeiten zum Glück vorbei sind, daß die Vorzimmerakrobatik, das Couloirgeträtische und Kulissengeschlebe die Faktoren nicht mehr sind, von denen die Geltung der Nationen in Oesterreich abhängt.

Die Deutschen in Oesterreich haben nicht das geringste von solchen Mätzchen, sie stehen auch tief unter ihrer Ehre. Sie haben das Recht, offen vor aller Welt zu bekennen, was sie zu ihrer Selbstbehauptung bedürfen, was sie vom Staate fordern und ihm dafür bieten können. Es ist ihr Recht und zugleich ihre Pflicht, den anderen Völkern zu sagen, wie sie sich ein geordnetes Zusammenleben mit ihnen denken, und die Bedingungen desselben von Volk zu Volk zu vereinbaren.

Sie haben es nicht nötig, auf Pfoten zu schleichen und geheimbündlerische Denkschriften durch die Vorzimmer zu kolportieren. Die Daseinsbedingungen einer Nation, der größten Nation des Staates, können nicht behandelt werden wie ein verbotener Kolportageroman. Was sich umgekehrt in den Kolportageroman flüchten muß, kann unmöglich für die Nation lebenswichtig sein. Vor solchem Geheimnisraum kann vielleicht noch irgendwo in einem verlassenen Provinznet die Philisterbierbank gruseln erschauern. Wer weiß, daß heute die volle Öffentlichkeit die Vorbedingung alles politischen Wirkens ist, muß über derlei Kannegießerei lächeln.

Das war der Fluch der Landtagspolitik des gemessenen böhmischen Landtages, daß man durch sechs Jahre vertrauliche Schriftstücke getauscht und geheime Konventikel gehalten hat. Aus ihnen ist nichts heraus gekommen — und das war noch ein Glück! Denn wenn diese „Punktationen“ fertig geworden wären, es hätten sie vielleicht beide Völker in Felsen gerissen. Hat doch ein einziger, gar nicht populärer, gar nicht radikaler Abgeordneter nur ein einzigesmal einen Zipsel zu lüften gebraucht und die phantastischen Kellerröfen des geheimnisvollen Ausgleichs waren dahingewelkt! All diese Schriftsätze sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind, all diese Konventikel nicht wert den Sitzboden, der bei ihnen verschliffen wurde.

Der Grund dafür ist ein höchst einfacher: Jeder Ausgleich tauscht Vorteile gegen Opfer, die die Nation selbst bringen muß — die Nation muß voraus wissen, was sie opfern soll, muß die Notwendigkeit des Opfers begreifen und zu per Entschlossenheit, es zu bringen, vorher politisch erzogen sein. Sonst wird immer ein Radikalster da sein, der zerreißt, was ein Radikal gebunden hat. Wir haben allesamt keine Zeit und Geduld mehr, zuzusehen, wie die zehnmale espielte Narrenposse wieder aufgeführt wird.

Der angeregte Schriftsatz wollte auf diesem Wege „feststellen“, ob ausreichende Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen in Deutschböhmen vorhanden sind. Dazu sollte also wohl eine „Gegenschrift“ von den Sozialdemokraten „erstellt“ werden! Der deutschbürgerliche Volksausschuß will Schritte zu uns unternehmen, um unsere Haltung auszulandschaften! Diese Einfälle sind wirklich köstlich. Die deutschen Sozialdemokraten besitzen wirklich kein Geheimfach, in dem nationale Rezepte durch doppelten Verschuß davor behütet werden, der Nation, für die sie bestimmt sind, bekannt zu werden. Was sie über das Verhältnis der Nation zum Staate zu sagen haben, das haben sie 1899 in Brünn gesagt, das Protokoll ist im Buchhandel zu haben. Erläuterungen und Einzelanwendungen sind in einer Literatur niedergelegt, über die jedes Bücherverzeichnis Auskunft gibt. Was sie im besonderen für Böhmen zu sagen haben, das haben sie auf dem Teplitzer Arbeitertag ausführlich vor aller Öffentlichkeit klargelegt — die Papiere dieser Tagung sind jedermann zugänglich. Was für heute zu fordern ist, wurde jüngst in Teplitz ausgesprochen. Die deutschbürgerlichen Abgeordneten müssen also genau wissen, was wir im Interesse des Staates, unserer Nation und des endlichen erträglichen Zusammenseins der Nationen Oesterreichs wollen. Kommt die Zeit, so werden wir das alles noch einmal dem Volke Deutschböhmens in öffentlichen, allgemein zugänglichen Volksversammlungen zur Beurteilung unterbreiten, daß es selbst prüfe und wähle.

Umgekehrt können wir den Männern, die heute das deutschbürgerliche Böhmen vertreten, die Ausarbeitung jedes schriftlichen „Intimats“ ersparen. Trotz ihrer Geheimnisträmerie, trotzdem sie sich anstellen, als besäßen sie eine Geheimapotheke mit Heilmitteln wider alle nationalen Leiden, können wir ihre nationalen Hochziele vom Aktuar bis zur Vermehrung der Landesauschußbeisitzer an den Fingern herzählen und haben die ganze programmatische Verwirrung schon gestern dargelegt. Was uns fehlt, ist einzig und allein der Glaube, daß mit deren Erfüllung die rechtliche Stellung des deutschen Volkes selbst im Lande wirklich eine ernsthafte Besserung erführe. Was der Anreger einer solchen Fühlungnahme da bescheiden — das muß man sagen! — die „Grundforderungen Deutschböhmens“ nennt, das ist vermutlich der Niederschlag der Schriftsätze und Konventikel der letzten Landtagsjahre, Dinge, die bis heute noch nicht einmal vor Deutschböhmen einheitlich ausgesprochen; geschweige denn Volksbeschluß sind. Die Deutschböhmern aber sind die unmündigen Kinder nicht, daß ihnen ihre Hauptforderungen, wenn sie nur der Vormund schwarz auf weiß besigt, nicht einmal bekannt werden müßten.

Es ist die höchste Zeit, daß man diese politische Methode vorbehaltlos in die Kumpelkammer wirft.

Die deutschbürgerlichen Abgeordneten und nicht wir sind im Verzug: Mögen sie also ihre programmatischen Forderungen endlich dem deutschen Volke in Böhmen klipp und klar vorlegen, wie wir es in Teplitz getan haben. Nicht wir werfen uns zu ihrem Richter auf, wir verwahren uns dagegen, daß sie noch länger sich den Anschein geben, als wären sie als Richter über unsere Gesinnungen bestellt. Jeder bekenne sich zur Sache in seiner Art und die Deutschen in Böhmen wie in Oesterreich werden die einzig berechtigten Richter über beide sein. So wird die nationale Sache wirklich zur Volksache werden und dem Dämmerlicht und Altstaub der Amtsstuben endlich entrückt sein! Was aber die augenblickliche Auseinandersetzung betrifft, so hat Deutschböhmen eine gesetzlich gewählte Vertretung in seinen Abgeordneten des allgemeinen Stimmrechts, in ihr ist jeder gleichen Rechts, einer wie der andere. Tritt sie zusammen, so wird sie sich eine Tagesordnung geben, beraten und beschließen, wie es in der Demokratie eben Sitte ist. Niemand hat das Recht, sie wie einen verdorbenen Automaten zu behandeln, in den man erst die Münze seines Programms hineinwirft, um sie unverändert wieder herauszubekommen. Solange diese Vertretung nicht beraten und beschlossen hat, gibt es kein „Programm Deutschböhmens“, sondern bloße Parteiprogramme und daneben noch mehr minder private, mehr minder gelungene Einfälle.

17. III. 1916

Nationale und wirtschaftliche Volkspolitik.

Schaffung eines Landesvereins der niederösterreichischen Deutschnationalen.

Nachstehender Aufruf geht uns mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu:

An die deutschnationalen Gesinnungsgenossen in Niederösterreich!

Der am 12. März d. J. in Wien abgehaltene Deutschnationale Vertrauensmännertag, der über Einladung der deutschnationalen Vereinigung aus allen Landesteilen zahlreich besetzt war, hat den Beschluß gefaßt, den im Jahre 1913 gegründeten Niederösterreichischen Volksbund zum politischen Landesverein der niederösterreichischen Deutschnationalen auszugestalten.

Indem der Vollzugsausschuß der deutschnationalen Vereinigung Niederösterreichs diesen Beschluß zur Kenntnis der deutschnationalen Gesinnungsgenossen bringt und sie zu zahlreichem Eintritt in den Volksbund auffordert, fühlt er sich veranlaßt, die Bedeutung des Vertrauensmännerbeschlusses zu kennzeichnen. Der Niederösterreichische Volksbund, von nun an die allgemeine Landesorganisation der deutschnationalen Vereinigung, ist kein Parteiberein, sondern verfolgt das Ziel, alle Deutschnationalen Niederösterreichs zu gemeinsamem Wirken für die nachstehend angeführten Aufgaben zusammenzufassen.

Der Niederösterreichische Volksbund bekennt sich als Anhänger einer durchgreifenden Wirtschafts- und Sozialreform. Er vertritt den Gedanken der Bodenreform und fordert weitgehende Fürsorge für unsere tapferen Soldaten und ihre Angehörigen, besonders durch Schaffung von Kriegerheimstätten. Er erstrebt die Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache und die Ausgestaltung unseres Verhältnisses zum Deutschen Reich zu einem Schutz- und Trutzbündnis und zur Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Gemeinschaft eines starken Oesterreich mit dem mächtigen Deutschen Reich soll den Anstoß geben zur Schaffung eines gewaltigen mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftsgebietes.

Der Niederösterreichische Volksbund, an dessen Spitze Reichsratsabgeordneter R. Wedra steht, ruft hiemit alle völkisch, freiheitlich und sozialreformatorisch Gesinnten, alle Anhänger der selbständigen und unabhängigen deutschnationalen Bewegung auf, für die Erreichung dieser unserer Hauptziele, die nebst anderen Forderungen in unserem Programm dargelegt werden, im Rahmen des Volksbundes zu wirken und mitzuhelfen, daß endlich die Bahn frei werde für eine wahre nationale und wirtschaftliche Volkspolitik.

Durch den Ausbau des Niederösterreichischen Volksbundes soll die Tätigkeit der in der deutschnationalen Vereinigung vertretenen Organisationen nicht den geringsten Abbruch erfahren. Nicht den Kampf Gleichgesinnter will der Volksbund, sondern ihren Zusammenschluß zu tatkräftiger und fruchtbringender Arbeit!

Deutschnationale Vereinigung Niederösterreichs.
Niederösterreichischer Volksbund. (Geschäftsstellen:
W i e n, XXI., Brünnerstraße 44, und K r e m s an
der Donau, Obere Landstraße 11.)

Der Streit um die Länderautonomie.

Vom Abgeordneten **F. W. Dobernig.**

Die an den Fronten draußen werden, sofern sie den Vorgängen auf dem politischen Kleinmarkt im Innern Aufmerksamkeit schenken, recht wenig Freude darüber empfinden, daß dort ein unerquicklicher und ganz und gar überflüssiger Streit ausgebrochen ist, gerade so als ob sonst in der Welt nichts vorginge. Mit einem Ernst, der nichts anderes ist als Wichtigkeit, haben sich Kritiker aller Art auf einige Worte in den programmatischen Vereinbarungen zwischen dem deutschen Nationalverbande und den Christlichsozialen geworfen. Es wird der Anschein erweckt, als hätte der eine Teil aus unverzeihlicher Schwäche dem anderen Zugeständnisse gemacht, die einem Verrat am deutschen Volke gleichkommen. In den Leitfäden, auf die sich die beiden Parteigruppen geeinigt haben, wird unter anderem „die Ausgestaltung der Autonomie der Länder“ als wünschenswert bezeichnet. Und darum Zeter und Mordio! Dem deutschen Nationalverband mutet man zu, feierlich Abbitte zu leisten. Wem und wofür, frage ich. Etwa unverantwortlichen Kritikern, und dafür, daß er nicht nur pflichtgemäß, sondern weil es der ausdrückliche Wille des überwiegenden Teiles des deutschen Volkes ist, mit den Christlichsozialen Beratungen über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens gepflogen hat, aus denen übereinstimmende Richtlinien hervorgegangen sind. Als ob es nicht selbstverständlich wäre, daß sich die Vertreter deutscher Wählerschaften in einer Zeit nähern, in der ihre Brüder und Söhne, unbekümmert um programmatische Spitzfindigkeiten im Hinterlande, vereint kämpfen und zu sterben wissen. Denkt man an die Größe der Gegenwart und an das, was noch kommen kann, so machen die doktrinarischen Wortklaubereien der aufgeregten Beschützer des häuslichen Herdes den jämmerlichsten Eindruck. Sie stiften aber Verwirrung, wo Klarheit und Ruhe herrschen müssen.

Die möglichste Einigkeit der Deutschen in Oesterreich ist die unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Neuaufbaues unseres Vaterlandes. Die Polen sammeln sich, desgleichen die Tschechen, sollen also die Deutschen allein als vereinzelt Hausen ziel- und planlos herumirren

und sich gegenseitig überrennen? Wer dieses meint, ist ein Eigenbrödlar oder ein vaterlandsloser Geselle. Daß Deutschfreie und Christlichsoziale sich zusammengetan haben, um die zukünftige Gestaltung Oesterreichs zu besprechen, war löblich. Es hätte auch schon mit den Sozialdemokraten Fühlung gesucht werden sollen, denn sie müssen bei Beratung der Grundfragen gehört und das Versäumte muß nachgeholt werden. Ein gemeinsames Ergebnis von Beratungen verschiedenartiger politischer Parteien wird aber immer nur durch Kompromisse zu erzielen sein. Solche zustande zu bringen, ist die Kunst der Politik. Auf diese Weise entstand der so sehr bemängelte Satz wegen Ausgestaltung der Länderautonomie. Die Christlichsozialen wünschten seine Aufnahme aus taktischen Gründen, die Deutschfreie legten ihm keine besondere Bedeutung bei. Mit der angeblichen Preisgabe der Reichseinheit hat die Sache schon gar nichts zu tun. Denn gegen die straffere Organisation der einzelnen Reichsteile zu einem festen Körper nach dem Kriege dürfte wohl kaum eine Partei mehr etwas einzutenden haben.

Das heftige Hin und Wider erinnert an das erste Auftreten der deutschen Autonomisten innerhalb der liberalen Verfassungspartei im Jahre 1861. Sie unterschieden sich von den Großösterreichern und den Unionisten durch die Betonung des autonomistischen Grundsatzes, dem zufolge sie das autonome Leben der einzelnen Länder zu schützen und zu fördern hätten. Die Gewähr der Freiheit und berechtigter nationaler Entscheidung sei nicht in den Worten der Verfassung selbst, als vielmehr in der Autonomie der Gemeinde und des Bezirkes, in der selbständigen Normierung und Verwaltung aller Landesangelegenheiten durch den Landtag zu suchen. Die Unionisten hielten sich streng an dem Boden der Verfassung, die im sogenannten Auser Program vom Jahre 1866 als Recht bestehend anerkannt wurde. Einer ihrer Führer, der Steier Kaiserfeld, erklärte: „deutschen Autonomie ist es nur in bezug auf Verwaltungsgründe und keine Landesangelegenheiten. Es mag bis jetzt ein Fehler der Deutschen in Oesterreich, daß sie sich nur als Oesterreicher und nicht als Deutsche fühlten. Die Politik des Grafen Belcredi hat auch uns von diesem Fehler geheilt. Wir haben keine Lust auf den Konstitutionalismus zu verzichten, der nur einmal in den Landtagen, und zwar im galizischen und böhmischen so wenig wie im steirischen seine Stätte aufschlagen kann. Diese Wandlung hat aber noch den weiteren Vorteil, daß wir den Wert erkennen gelernt haben, der darin liegt, einer großen Nation anzugehören. Wir werden daher niemals auf das Band verzichten, das uns und die Länder, die wir bewohnen, an Deutschland knüpft. — Ebenso bedeutsam ist eine andere Erklärung desselben Politikers, in dem wir mit Recht jenen Mann erblicken, der den ersten Anstoß zur Organisation der Deutschen Oesterreichs als Partei gegeben hat: „Gäbe es heute einen Deutschen, der Zentralisten gegen Autonomisten, Deutsche gegen Deutsche hetzte, der übte Verrat an seinem Stamme, an der Verfassung und am Reiche!“ Zur Bervollständigung des Bildes dieser unserer autonomistischen Vorfahren aus Innerösterreich muß noch angefügt werden, daß gerade diese Männer es waren, die in der dualistischen Staatsform die einzige Möglichkeit des leidlichen Nebeneinanderlebens von Oesterreich und Ungarn erkannten und auf ihre Verwirklichung hinarbeiteten, auch aus dem Grunde, weil sie im Dualismus einen Schutz gegen die Föderalisierung Oesterreichs erblicken durften.

Deshalb ist es törricht, wenn heute autonomistische Wünsche, die sich lediglich auf eine schärfere Abgrenzung der Befugnis in wirtschaftlichen Landesangelegenheiten beziehen können, als mit der Reichseinheit nicht vereinbarlich und föderalistische Bestrebungen begünstigend hingestellt werden.

Endlich kann auch nicht geleugnet werden, daß die Autonomie in den innerösterreichischen Ländern nicht zu unterschätzende Mittel zur Abwehr nationaler Angriffe bot, während die Staatsgewalt in dieser Hinsicht sich vielfach als zu nachgiebig erwies. Das alles sollten jene Kreise bedenken, welche die einer zweckmäßigen Ausgestaltung der Länderautonomie geneigten Politiker zu Gegnern der Reichseinheit und Schädigern des deutschen Volkes stempeln wollen. Ein Streit, wie dieser, in einer solchen Zeit, in der es sich nicht um ein Mehr oder Weniger an Autonomie für die Länder Oesterreichs, wohl aber um den Bestand großer Reiche dreht, ist eine ganz sinnlose Vergewendung geistiger Kräfte; statt daß wir zusammenhalten, werden wir verbittert und bieten der Welt ein unwürdiges Schauspiel. Wenn die Arbeiten im Innern in dieser Weise fortlaufen sollten, dann müßte wirklich jede Hoffnung auf Besserung weichen. Noch aber bauen wir auf Einsicht und Vernunft, Vaterlands- und Volksliebe. Diese Kräfte werden uns über die Zwischenfälle des Tages hinweghelfen.

Die Einigung unter den polnischen Parteien. Vollversammlung des polnischen Nationalkomitees.

Wien, 20. März.

Zu den zwischen den führenden Männern des polnischen Lagers jüngst getroffenen Vereinbarungen gehört auch die Abgrenzung des Wirkungskreises des für die Dauer des Kampfes gegen Rußland ins Leben gerufenen Obersten polnischen Nationalkomitees und des polnischen Reichsratsklubs. Gestern trat nun in Krakau zur Genehmigung des Abkommens das Oberste polnische Nationalkomitee zu einer Plenarsitzung zusammen, an der die Abgeordneten Hofrat German, Daszynski, Gupka, Federowicz, v. Srokowski, Witos, Angerman, Ritter v. Czajkowski, Krokulski, Sare, Dr. Marek, Zieleniewski, Dr. Steinhaus, Zaranski, Dr. Steslowicz, Dr. Lisiewicz und die Vertreter der außerparlamentarischen Gruppen teilnahmen. Die Versammlung, in welcher der Präsident des Obersten polnischen Nationalkomitees, Abgeordneter Dr. v. Jaworski, den Vorsitz führte, beschloß zunächst, an den neuernannten Kommandanten der polnischen Legionen SM. Ritter v. Buchalski und an den Legionsbrigadier Pilsudski Begrüßungstelegramme abzusenden.

Auf die Tagesordnung gelangte sodann der Vorschlag betreffend die Regelung des Verhältnisses zwischen dem Polenklub und dem Obersten polnischen Nationalkomitee. Auf Antrag des Abgeordneten Daszynski wurde die Vereinbarung ohne Debatte einstimmig angenommen. Das Oberste polnische Nationalkomitee, in welchem nunmehr wieder die polnischen Parteien der verschiedensten Richtungen und der mannigfachsten Aktionsmethoden vereinigt sind, wird sonach in Zukunft ausschließlich für die Aufstellung, Erhaltung und Entwicklung der polnischen Legionen Sorge zu tragen haben, während dem Polenklub allein die Einflußnahme auf die Lösung der nationalpolnischen Fragen vorbehalten bleibt.

Mit solchen Willkürlichkeiten versehen Eure Eminenz die leichtgläubige Bevölkerung in eine schädliche Aufregung und bringen sie dazu, der Verwaltungstätigkeit der Okkupation aktiven oder passiven Widerstand entgegenzusetzen.

Als besonders unzulässig muß ich aus Ihrem Hirtenbriefe noch die Anspielung auf die Bedrohung der religiösen Freiheit der Bevölkerung im besetzten Gebiete hervorheben. Eure Eminenz wissen am besten, wie völlig ungerichtlich diese Verdächtigung ist.

Unter diesen Umständen werde ich, entgegen meinem bisher geübten Langmut, nunmehr jede im Schutze der Kulturfreiheit betriebene politische Betätigung und Schürung feindseliger Gesinnung gegen die völkerrechtlich legitime Autorität der okkupierenden Macht unnahezu lich verfolgen, wie ich es pflichtgemäß auf Grund

Österreich.
21. III. 1916

22

• (Große deutschnationale Tagung in Währing.) Zur Befestigung deutschen Einheits- und Einigkeitwillens veranstalten die vereinigten deutschnationalen Organisationen Währings am Samstag den 25. d. in den Wilben Mann-Sälen, 18. Bezirk, Währingerstraße 85, um 7 Uhr abends eine große völkische Kundgebung, bei welcher von Vertretern bedeutender deutschnationaler Organisationen Oesterreichs die Rechte der Deutschen in Oesterreich nach dem Kriege besprochen werden. Angesichts der erstmaligen Veranstaltung einer derartigen Kundgebung erwarten die Veranstalter den Besuch aller Deutschen ohne Unterschied der engeren Parteischattierung.

Die tschechischen Parteien.

Prag, 21. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Heute versammelte sich der gemeinsame Vollzugsausschuss der nationalen tschechischen Parteien und der angegliederten nationalsozialen Partei zu seiner konstituierenden Versammlung. Den Vorsitz führte als Alterspräsident Herrenhaußmitglied Mattusch. Die Anträge des gemeinsamen Vollzugsausschusses und des Vorstandes betreffend innere Angelegenheiten wurden einstimmig genehmigt. Das Verhältnis zur nationalsozialen Partei wurde nach längerer Debatte völlig geklärt. Die Vorstände der Parteien wurden beauftragt, binnen kürzester Frist die entsprechenden Detailanträge vorzubereiten.

Von den vereinigten tschechischen Parteien.

Prag, 21. März. (Privattelegramm.) Der gemeinsame Vollzugsausschuß der neuen vereinigten tschechischen Nationalpartei und der ihr angegliederten nationalsozialen Partei hielt heute vollzählig die erste konstituierende Sitzung ab, über welche die folgende Mitteilung ausgegeben wurde: Die Verhandlungen leitete Herrenhausmitglied Dr. Karl Mattusch als Alterspräsident. Nach den Eröffnungsaussprachen trug Ingenieur Becka die Anträge betreffend die innere Organisation des gemeinsamen Vollzugsausschusses sowie des Präsidiums vor.

Nach lebhafter Debatte, an welcher sich fast alle Anwesenden beteiligten, wurden die Anträge nahezu einstimmig angenommen und in das Präsidium folgende Herren gewählt: Zum Präsidenten Herrenhausmitglied Dr. Karl Mattusch, zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums die gewesenen Minister Dr. Franz Fiedler und Dr. Josef Forscheit, weiter die Abgeordneten Dr. Süßmann und Mastalka, ferner Wenzel Rejmon und Doktor Samal.

Zugleich wurde beschlossen, daß die Referate über politische Angelegenheiten und über die Vorbereitung für eine Gemeinbürgerschaft der tschechischen Parteien an einzelne Referenten übertragen werden. Dem Präsidium wurde aufgetragen, die auf Schaffung einer Gemeinbürgerschaft abzielenden Arbeiten in beschleunigter Weise durchzuführen. Das Verhältnis der Nationalpartei zur nationalsozialen Partei wurde nach eingehender Debatte im gegenseitigen Einvernehmen vollständig geklärt und dem Präsidium aufgetragen, innerhalb kurzer Zeit die entsprechenden Einzelanträge vorzubereiten.

Von August Winnig.

In den letzten Wochen haben einige gewerkschaftliche Zentralverbände im Deutschen Reich die Zahlen über ihre Mitgliederbewegung im Jahre 1915 veröffentlicht. Man kann sich bei der Beurteilung dieser Zahlen des Eindrucks nicht erwehren, daß der Mitgliederrückgang in den Gewerkschaften doch wesentlich stärker ist, als die Zahl der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder rechtfertigen würde. Es sind jedoch erst die abschließenden Zahlen einiger Verbände bekannt und man tut darum gut, wenn man es einweisen vermeidet, allgemeine Schlüsse aus dieser Erscheinung zu ziehen. Andererseits ist die Sache aber auch zu ernst, um sie mit Stillschweigen zu übergehen; denn einem Uebel wird damit nicht gewehrt, daß man es übersehen, sondern man muß ihm dadurch zu Leibe rücken, daß man nach guter alter Gepflogenheit seinen Ursachen nachgeht und heizigen auf Abhilfe bedacht ist.

Nach einjähriger Kriegsdauer zählten die Zentralverbände noch 1.180.489 Mitglieder. Kurz vor Kriegsausbruch, am Schlusse des zweiten Quartals 1914, hatten sie 2.510.585 Mitglieder gemustert. Da bis zum 31. Juli 1915 aber 1.061.404 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen worden waren, so ergab sich schon damals ein weiterer Verlust von 288.692 Mitgliedern. In Wirklichkeit aber war der Verlust fast doppelt so groß, denn innerhalb dieser Zeit hatten die berichtenden Verbände 243.887 neue Mitglieder aufgenommen, so daß sich ein Verlust von 512.529 Mitgliedern ergibt. Wohl darf man annehmen, daß die Zahl der zum Heeresdienst einberufenen Gewerkschaftsmitglieder um einige Zehntausend höher ist, als sie in der Statistik erscheint. Insbesondere werden in den ersten Tagen der Mobilmachung viele Mitglieder in der Ueberstürzung der Ereignisse verabsäumt haben, sich bei ihrem Eintritt zum Heere ordnungsmäßig abzumelden. Viele verließen eiligst ihren Arbeitsort, um noch ihre entfernten wohnenden Angehörigen zu sehen, keiner weiß, wo sie geblieben sind; man führt sie nicht in den Listen der Kriegsteilnehmer, und um ihre Zahl erhöht sich somit die Zahl der anscheinend verlorenen und abtrünnig gewordenen Mitglieder.

Allerdings vermindert dieser Erklärungsversuch den gesamten Verlust günstigenfalls um einige Zehntausende, die Masse ist als tatsächlicher Verlust anzusehen. Ein kleiner Teil davon wird noch auf Ausländer entfallen, die gleichfalls, als sie bei der großen Arbeitsstodung im Anfang des Krieges erwerbslos wurden, den Organisationsbereich verlassen haben, ohne sich bei ihrer Verwaltung abzumelden. Was dann noch übrig bleibt, sind eben Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Kriegsausbruch oder doch bald danach die Mitgliedschaft auf-

gaben. Es wird sehr darauf ankommen, wie sich die Mitgliederbewegung in den übrigen Monaten des abgelaufenen Jahres gestaltet hat. Wenn sich der oben angegebene Fehlbetrag auch nicht vermindert haben wird, so wird er doch auch nicht im gleichen Maße weiter gewachsen sein. Die Masse des Verlustes entfällt auf die ersten sechs Monate der Kriegszeit. Unter dieser Annahme, von der man noch nicht weiß, in welchem Umfang sie zutreffen wird, läßt sich das Dunkel, das diesen Verlust umgibt, schon etwas erhellen.

Die ersten vier bis sechs Kriegswochen brachten dem Erwerbsleben die stärksten Erschütterungen. In manchen Berufen war die Hälfte aller Arbeiter und mehr erwerbslos. Die Existenz von Hunderttausenden schwebte plötzlich in der Luft. Das öffentliche Unterstützungswesen stand der Massennot rat- und hilflos gegenüber. Wohl hoben die Gewerkschaften ihre Unterstützungseinrichtungen nicht auf; aber auch sie mußten an die Zukunft denken und darauf bedacht sein, daß ihre Finanzkraft nicht in wenigen Monaten verzehrt wurde. Selbst bei weitestherzigster Anwendung der statutarischen Bestimmungen blieben doch viele tausend der erwerbslosen Mitglieder ohne Unterstützung, weil sie noch nicht lange genug Mitglieder waren. Bei anderen waren die Unterstützungen so gering, daß ihre Bindkraft gegenüber den zerstörenden Einflüssen der großen Not nicht zur Geltung kam. So gingen große Massen verloren.

Eine andere Ursache des Verlustes ist die Störung und Unterbrechung der Verwaltungsarbeit in den örtlichen Organisationen. Ohne den Verwaltungsunterbau der Orts- und Unterglieder ist die moderne Gewerkschaft überhaupt nicht möglich. Die Zahl dieser Funktionäre ist außerordentlich groß, sie beträgt in unseren großen Verbänden je acht- bis zehntausend, insgesamt dürfte sie siebzig-, vielleicht achtzigtausend betragen. Hier rissen die Mobilmachung und die Arbeitslosigkeit gewaltige Lücken, und diese Störung der Beziehungen zwischen den Organisationen und ihren Mitgliedern wurde eben in vielen Fällen zur Zerstörung — ein Vorgang, der auch in Friedenszeiten nur allzuoft zu beobachten war.

22. III. 1916

Sodann aber dürfen wir die tiefgreifende Umlagerung unseres Wirtschaftslebens nicht vergessen. Für einen zu jeder Zeit erheblichen Teil der Gewerkschaftsmitglieder ist die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation nicht der Ausfluß eines Pflichtgefühls und einer wurzelstarken Ueberzeugung, sondern eine durch die Verhältnisse auf den Arbeitsstätten bedingte Notwendigkeit, der man sich entzieht, sobald man sich außerhalb dieser Verhältnisse befindet. So eifrig man diesem Umstand durch unaufhörliche Propagierung der Solidarität entgegenwirkt hat, so ist doch bei dem steten Zustrom frischer Arbeitercharakteren erklärlich, daß man ihn bisher nicht beseitigen konnte. Die große Stodung des Erwerbslebens riß Hunderttausende von Arbeitern aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis heraus. Als dann die Umformung unseres Wirtschaftslebens begann, als sich an Stelle der durch den Krieg beeinträchtigten Produktion eine spezielle Kriegsindustrie bildete, die nun einen großen Teil der dort freigewordenen Arbeitskräfte einstellen konnte, sahen sich diese Arbeiter in einer völlig neuen Umgebung. Es fehlte zwischen ihnen das Band der Berufsgemeinschaft; sie kannten sich nicht, sie fühlten sich in den neuen Verhältnissen unsicher, es fehlte die gegenseitige Vertrautheit und Beeinflussung, die zusammen auf der früheren Arbeitsstätte die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation notwendig gemacht hatten. Hier fehlte auch das Bewußtsein, daß die Organisation zur Wahrnehmung der Lohninteressen nötig und imstande sei. So hörten für viele dieser Arbeiter der neu erstandenen Kriegsindustrie die Einflüsse auf, die ihnen sonst den Weg zur Organisation gewiesen hatten.

In diesen Umständen werden wir die Ursachen des Mitgliederverlustes zu suchen haben. Aber diese Ursachen erkennen, darf nicht heißen, sich ihnen zu beugen, sondern muß uns ein Ansporn sein, ihren Wirkungen zu begegnen. Wir mußten absichtlich die Augen verschließen, wollten wir ihre Gefahren nicht sehen. Wir müssen nunmehr mit allen Kräften bestrebt sein, nicht nur unseren jetzigen Besitzstand zu wahren, sondern darüber hinaus die in der ersten Hälfte des Krieges erlittenen Verluste wieder wettzumachen suchen. Auch für die Gegenwart mit ihrer Ausschaltung der friedensmäßigen Lohninteressenvertretung gilt die alte Wahrheit, daß nur der zu seinem Rechte kommt, der sich strebend darum bemüht. Die Erfahrungen bei den bisherigen Tarifverhandlungen reden da eine sehr eindringliche Sprache.

Aber sicher ist die Bedeutung der Entwicklung unserer Organisationen für die Zukunft noch viel größer. Wir müssen dafür sorgen, daß die jetzt im Felde stehenden Gewerkschaftsmitglieder bei ihrer Rückkehr Organisationen vorfinden, die in ihrer Aktionsfähigkeit Anziehungskraft

genug besitzen, um diese Massen restlos wieder an sich zu fesseln. In dieser Aufgabe liegt der Schwerpunkt der gegenwärtigen Gewerkschaftsarbeit. Je näher wir dem Frieden zu kommen hoffen, um so eifriger haben wir zu rüsten. Gewiß hat die gewerkschaftliche Agitation heute mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen als sonst. Die Teuerung zehrt so sehr an der Kraft der Arbeiter, daß man mit einer starken Scheu, zu allem auch noch Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, sehr ernsthaft zu rechnen hat. In Erkenntnis dieser Schwierigkeit hat man in einigen Verbänden bereits die Eintrittsgebühren ermäßigt. Auch der Belagerungszustand legt der Agitation Beschränkungen auf, an die man sich nur schwer gewöhnt. Aber andererseits hat der Krieg die Verdienste der Gewerkschaften um das Wohl der Arbeiter in ein so helles Licht gerückt, daß sie auch dem trübsten Auge sichtbar geworden sind. Und schließlich: es handelt sich hier um eine so außerordentlich wichtige Frage, daß uns Schwierigkeiten nicht abschrecken dürfen. Der Winter weicht, die Frühjahrs offensive der Gewerkschaften muß beginnen!

Die Vertreter des ukrainischen Nationalrates beim Erzherzog Friedrich.

Wien, 21. März.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Feldmarschall Erzherzog Friedrich empfing am 19. d. im Standorte des Armeeoberkommandos den Reichsratsabgeordneten Dr. Kost Lewyckij und den Vizepräsidenten Reichsratsabgeordneten Nikolaj Ritter v. Wassilko, welche den Dank des Nationalrates für die fürsorglichen Maßnahmen der k. u. k. Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten in der russischen Ukraine zum Ausdruck brachten.

In seiner Ansprache betonte Präsident Dr. Lewyckij, daß hiedurch die Ukrainer Rußlands zur Einsicht kommen müssen, daß das Heil und die Zukunft der Ukrainer nur in und bei Oesterreich und seiner glorreichen Dynastie liege.

Der Herr Armeeoberkommandant, welcher die Abordnung in huldvollster Weise empfing, verwies in seiner Antwort auf den traurigen Zustand, in welchem die Gebiete von der abgezogenen russischen Armee verlassen wurden, weshalb die wirtschaftliche Rehabilitation großen Schwierigkeiten begegne. Diese zu überwinden, der unglücklichen Bevölkerung gerecht zu begegnen, ihr anfallen Gebieten die Segnungen einer fürsorglichen Verwaltung nach Möglichkeit zukommen zu lassen, sei der Grundsatz, der seine diesbezüglichen Anordnungen leite. Seine k. u. k. Hoheit fügte diesen auf das ukrainische Okkupationsgebiet in Rußland sich beziehenden Äußerungen noch die volle Anerkennung für die tapfere und ausgezeichnete Haltung der ukrainischen Soldaten aus Galizien und der Bukowina sowie für die rühmenswürdigen Leistungen der ukrainischen Legionäre und Husaren bei.

Präsident Dr. Lewyckij und Vizepräsident v. Wassilko wurden der erzherzoglichen Frühstückstafel beigezogen.

Besuch ungarischer Parlamentarier in Wien.

Budapest, 23. März. (Privattelegramm.) In Erwiderung des Besuches, den mehrere Mitglieder des österreichischen Abgeordnetenhauses und Herrenhauses am 30. Jänner auf Einladung des Geheimen Rates Albert v. Berzeviczy in Budapest veranstaltet haben, werden die ungarischen Teilnehmer an dieser Zusammenkunft am Samstag nach Wien reisen, um dort mit jenen österreichischen Parlamentariern zusammenzutreffen, die hier an dem Diner im Nationalcasino teilgenommen haben. Schon gelegentlich des Besuches der österreichischen Parlamentarier in Budapest wurde beschlossen, denselben sobald als möglich in Wien zu erwidern, und zu diesem Zwecke war ein früherer Zeitpunkt in Aussicht genommen. Mittlerweile jedoch wurde, wie Ihr Korrespondent erfährt, von einer Seite die Anregung gegeben, man möge es bei dieser Gelegenheit nicht bei einer gesellschaftlichen Zusammenkunft bewenden lassen, sondern eine formelle Konferenz abhalten. Dieser Plan konnte jedoch die Zustimmung der Veranstalter der ersten Zusammenkunft nicht finden, weil eine formelle Konferenz zweifellos zu Beschlüssen führen muß, niemand aber den Abgeordneten, beziehungsweise den Mitgliedern der ersten Kammer die Vollmacht zu irgend-

einer Beschlussfassung erteilt hat. So einigte man sich dahin, daß die Erwiderung des Besuches nicht jenen Rahmen übersteigen solle, der ursprünglich in Aussicht genommen war, das heißt, eine Begegnung auf gesellschaftlicher Grundlage abzuhalten, wobei ein Gedankenaustausch in zwangloser Form stattfinden kann, der zu ähnlichen Konsequenzen führt.

Seitens der Wiener Parlamentarier wurden nunmehr die ungarischen Politiker, die an der ersten Begegnung teilnahmen, für Samstag mittag in das Grand Hotel in Wien zu einem Frühstück geladen. Die Einladungen sind an folgende Persönlichkeiten ergangen: Grafen Karl A. Huen-Edervary, Doktor Alexander Bekerle, Grafen Albert Aponyi, Grafen Madar Zichy, Grafen Johann Zichy, Ladislaus v. Beöthy, Leo Lanczy, Alexander Matkovicz, Josef Szterenyi, Magnatenhausmitglied Edmund Miklos, die Reichstagsabgeordneten Hofrat Bela Földes, Roland v. Segebus und Dr. Gustav Grab. Die meisten werden der Einladung Folge leisten und Freitag abend, beziehungsweise Samstag früh, nach Wien reisen, von wo sie noch im Laufe des Samstag nach Budapest zurückkehren. In Budapest politischen Kreisen mißt man unter solchen Umständen der Wiener Begegnung keine besondere Bedeutung bei, da sie bloß die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Fühlungnahme zum Zweck hat.

** [Geographie in der Akademie.] Aus *Buda pest* wird uns geschrieben: Zu den kleinen Beschwerden Ungarns — die neben den historischen *Gravanina* eine nichtige, aber dennoch nicht ganz unwichtige Rolle spielen — gehört seit jeher die Verdeutschung magyarischer Städtenamen. Daß man vielfach heute noch statt *Budapest* im Reiche draußen *Besth* und *Ofen* schreibt und weder *Bozsony* noch *Kolozsvár* kennen will, sondern diese Orte als *Preßburg* und *Klausenburg* anspricht, wird in der ungarischen Presse scharf gerügt. Man hat versucht, Erklärungen dafür zu geben, warum die Deutschen bei den deutschen Ortsnamen bleiben, aber der Standpunkt Ungarns, daß ungarische Städte und Dörfer nach den in Ungarn gesetzlich festgesetzten Namen bezeichnet werden sollen, kann kaum mit Erfolg angefochten werden. Insolange man in Ungarn *Wien* bloß *Becs* nannte und sogar für *Breslau* ein *Boroslo* bereit hatte, war der Einwurf berechtigt, daß gleiches Recht für alle zu gelten habe, und wenn die Magyaren, gestützt auf historische Traditionen, deutsche Städtenamen magyarisieren, umgekehrt auch ungarische Städtenamen verdeutschelt werden dürfen. Dieser Argumentation hat aber die ungarische Regierung schon vor einiger Zeit die Basis genommen. *Wien* ist seit Jahren schon *Wien* und nicht mehr *Becs*, und selbst die kroatischen Städte

Agram, beziehungsweise *Zagrab*, werden amtlich nicht anders als *Zagreb*, *Peterwardein*, respektive *Peterwarad*, nur mehr *Petrovaradin*, *Semlin* oder *Bimony* jetzt bloß *Bemun* genannt, was nicht nur recht und billig, sondern auch einzig und allein geographisch und politisch korrekt ist. Die militärischen Landkarten haben die ungarischen Namen bereits akzeptiert, und in Ungarn selbst wurde fast überall mit der alten Gepflogenheit gebrochen, österreichische oder deutsche Städte mit speziellen magyarischen Namen zu belegen. Um so seltsamer berührt es, daß der Literaturhistoriker Prof. *Beöthy* in der letzten Sitzung der ungarischen Akademie dafür eintrat, wieder *Wien* auf *Becs*, *Dreslau* auf *Boroslo*, *Agram-Zagreb* auf *Zagrab* usw. zurückzumagyarisieren. Diese Anregung des Akademikers, der zu den intimsten Freunden des Ministerpräsidenten Grafen *Tisza* gehört, kam niemals ungelegener als eben jetzt, wo man in Oesterreich und Deutschland die magyarischen Städtenamen aufgreift, und insbesondere bei den Zeitungen das Lesepublikum allgemach an die neuen und doch im Wesen uralten Namen gewöhnen will. Ein Erfolg der neuesten Aktion des Akademikers *Beöthy* könnte nur Rückschläge zur Folge haben, und eben deshalb darf man wohl annehmen, daß Graf *Tisza* seinen Freund über die nachteiligen Folgen der erwähnten Anregung aufklären wird. Die geographische Frage, die in der ungarischen Akademie aufgerollt wurde, wird demzufolge wohl bloß eine sogenannte akademische Frage bleiben.

Die Judenfrage im österreichischen Okkupationsgebiet.

Wien, 22. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: In den letzten Tagen unterbreitete eine Abordnung des österreichischen Zentral-Komitees zur Wahrung der staatsbürgerlichen Interessen der jüdischen Bevölkerung im nördlichen Kriegsgebiete dem Armeekorpskommandanten Feldmarschall Erzherzog Friedrich mehrere die politischen und kulturellen Interessen der Juden im Okkupationsgebiet betreffende Wünsche. Der Feldmarschall erkannte in warmen Worten den von der jüdischen Bevölkerung Galiziens während des Feldzugs bewiesenen Patriotismus an und gedachte in herzlicher Teilnahme ihrer Leiden während der russischen Okkupation. Der Erzherzog erklärte, daß, obgleich im Sinne der Haager Konvention das okkupierte Gebiet auf Grund der russischen Gesetze verwaltet werde, der Grundsatz der Gleichberechtigung aller in Oesterreich-Ungarn anerkannten Religionsbekenntnisse durch eine Verordnung vom 1. März 1915 proklamiert worden sei und seither in voller Geltung stehe. Hiermit sei entgegen allen anderweitigen Behauptungen der feindlichen, ja sogar der neutralen Presse, von der in der Haager Landkriegsordnung gebotenen Ermächtigung Gebrauch gemacht worden, im Falle unbedingter Unmöglichkeit der Anwendung der Gesetze des Landes im okkupierten Gebiet davon Abstand zu nehmen. Eine solche unbedingte Unmöglichkeit habe eben die österreichisch-ungarische Militärverwaltung bezüglich der Anwendung von Ausnahmegesetzen gegen eine bestimmte Religionsgenossenschaft erblickt.

Die Mitglieder der Abordnung, die zur Mittagstafel beim Erzherzog zugezogen wurden, hatten Gelegenheit, sich im Hauptquartier den maßgebenden, mit der Militärverwaltung russisch-polens befaßten Funktionären vorzustellen, die gleichfalls den Bestrebungen des Komitees im Sinne des Rechtsschutzes der Gleichberechtigung und kulturellen Hebung der jüdischen Bevölkerung der Okkupationsgebiete Förderung seitens der Organe der Militärverwaltung zusagten und in Aussicht stellten, die informative Mitwirkung des Komitees nach Bedarf in Anspruch zu nehmen.

Kundgebung der deutschen Sozialdemokraten Mährens.

Am Freitag den 17. d. tagte in Brünn eine Sitzung der Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokraten Mährens. Der Inhalt der Beratung war die Frage der politischen Neugestaltung Oesterreichs nach dem Kriege und die Frage der nationalen Autonomie. An der Besprechung nahmen auch die Abgeordneten Dr. Kenner und Seiz teil. Nach eingehender Beratung wurde folgende Entscheidung gefaßt:

Tiefe Wunden schlägt der Krieg der Volkswirtschaft und dem Volkskörper des Landes, jedermann hat teil an den Opfern. Aber während die Bourgeoisie und die Agrarier immerhin an den Gewinnen der Kriegskonjunktur teilhaben, fällt auf die Arbeiterklasse die ganze Wucht des Mangels und der Teuerung. Das Proletariat Mährens trägt das Furchtbare mit Fassung, erwartet jedoch den wirksamen Schutz des Staates gegen jedes unnötige Uebermaß der Leiden im Kriege und es erwartet, daß nach dem Kriege der Staat mit voller und gesammelter Tatkraft vor allem die Volks-

wirtschaft wiederherstelle und die drohende Massennot banne. Er kann das nur, indem er seine ganze Macht einsetzt und die wirtschaftliche und soziale Verwaltung und die kläglichen staatsrechtlichen und nationalen Wirren überwindet, unter denen wir durch Jahrzehnte gelitten haben.

Der Tod oder die Invalidität so vieler Familienernährer, die Unterernährung der Frauen und Kinder, die um sich greifenden Volkskrankheiten, die erhöhte Kindersterblichkeit stellen der Volksgesamtheit solche Aufgaben, daß uns die Fortführung der alten Misere undenkbar, ja als ein Verbrechen an den für ihr Land und Volk Gefallenen wie an den Ueberlebenden erscheint. Der unfruchtbaren und verhängnisvollen Politik der Zeit vor dem Kriege muß ein Ende gesetzt sein und bleiben.

Ohne durchgreifende Verfassungs- und Verwaltungsreform vermag der Staat die neuen Aufgaben nicht zu bewältigen, das Volk die neuen Lasten nicht zu tragen!

Wie im Kriege, so wird im Frieden die ganze, vorbehaltlose Mitarbeit des Proletariats unerlässlich sein. Die deutsche Sozialdemokratie Mährens besteht darum mit verdoppeltem Nachdruck darauf, daß endlich die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der arbeitenden Klasse zur Wahrheit, daß sie zur Grundlage der politischen Erneuerung Oesterreichs werde.

Die Arbeiterschaft Mährens ist durch die Ausgleichspakten des Jahres 1905 in unerhörter Weise entrechtet worden. Der Ausgleich, der damals zwischen der deutschen und der tschechischen Bourgeoisie geschlossen wurde, beraubte das Proletariat des Landes seiner Rechte und des ihm gebührenden Einflusses auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Landes, unter der Vorwiegung, das geschehe um des nationalen Friedens, um der Arbeitsfähigkeit des Landtages, um der Verfassungsmäßigkeit im Lande willen. Das Opfer ist umsonst gebracht. Wir haben lange genug zugewartet — die Frucht jenes Ausgleichs ist bloß die Verschärfung der alten Uebel.

Auch dieser Landtag ist der schleichenden Obstruktion, der kleinlichen Intrigue, der wirtschaftlichen und sozialen Unfruchtbarkeit verfallen. An Stelle einer rüstig arbeitenden Volksvertretung, einer fürsorglichen und sozialen Mitverwaltung durch das Volk ist ein permanenter national-politischer Ausschuh, ja ein bloßes „Kenner-Comité“ aus seiner Mitte getreten, ein Geheimkonventikel, das die nationale Selbstregierung in ihr Gegenteil verkehrt.

Der letzte Pakt vom März 1914 beweist das sonnenklar: Mit den erhöhten Steuern der Staatsbürger hat ein Teil vom anderen einen Schlüssel für Subventionen und Lieferungen erkaufte; weil man sich über das Schulwesen nicht einigen konnte, ist man dahin übereingekommen, daß jeder den anderen im Schulbau hemme. Zur völligen Lahmlegung aller Initiative hat die „Erungenschaft“ geführt, daß nur Dinge auf die Tagesordnung gesetzt werden können, gegen die von der Gegenseite kein Einspruch erhoben wird.

Der gepriesene Ausgleich mündet also auf Grund der Märzpatte dahin aus, daß jeder unter dem veto des anderen und die ganze Autonomie auf dem toten Punkt steht. So hat sich auch in diesem Musterländchen die Kronlandsautonomie selbst ad absurdum geführt.

Wie soll ein solcher Verwaltungskörper die dringenden Aufgaben des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und der Erneuerung unseres Volkskörpers vollziehen? Das Proletariat, aber auch Bürger und Landwirte können nicht warten, bis die organisierte gegenseitige Intrigue, die sich heute Landesverfassung nennt, einmal ein winziges Ergebnis zeitigt. Das Volk hat nicht die Zeit, nicht das Geld, nicht die Möglichkeit mehr, ein solches Spiel zu ertragen.

Die deutsche Sozialdemokratie Mährens sieht den rettenden Ausweg ebenso wie die deutschböhmische Landesparteivertretung in einer allgemeinen Kreisordnung für ganz Oesterreich, in Kreisen als den Trägern einer demokratischen Lokalverwaltung, die in erster Linie den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen des Volkes dient. Wir bekräftigen den Beschluß unserer deutschböhmischen Genossen: Ohne Kreisordnung im Sinne des Kremstierer Entwurfes und unseres Brünnener Nationalprogramms kein Ausweg aus den Wirren einer trostlosen Vergangenheit!

Wir erneuern die Beschlüsse des achten Landesparteitages der deutschen Sozialdemokratie in Mähren vom 6., 7. und 8. Dezember 1913 und verlangen:

I. Die Reform der Landesverwaltung kann nur vollzogen werden im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform für den ganzen Staat, nur durch eine Reichskreisordnung, die auf die geschichtliche Kreiserteilung zurückgeht, im Kreise die landesfürstliche und autonome Verwaltung vereinheitlicht und auf demokratischen Kreisvertretungen aufgebaut ist.

II. Längst schon ist eine allgemeine Steuerreform in Oesterreich fällig. Die Sanierung der Landesfinanzen war ein Fehlgriff und ein Schlag ins Wasser, die Gemeindefinanzen sind in voller Zerrüttung. Eine Kommunalsteuerreform, wie sie in Preußen vor mehr als zwei Jahrzehnten vollzogen wurde, ist unerlässlich und unaufschiebbar, sie muß den nationalen Verhältnissen Rechnung tragen und die materiellen Grundlagen für die nationale Autonomie schaffen.

III. Bei der Schaffung der Kreisordnung sind die Kreise national abzugrenzen und, wo dies nicht möglich ist, in der Weise zu organisieren, daß die Angehörigen je einer Nation einen besonderen Verwaltungskörper mit eigener juristischer Persönlichkeit und Steuerhoheit bilden, der die national-kulturellen, humanitären und sozialen Aufgaben seiner Nation vollständig autonom erfüllt. Angelegenheiten, die nur von beiden Nationen und für sie gemeinsam erlebigt werden können, sind durch gemeinsame Verwaltungseinrichtungen des Kreises durchzuführen.

Nach diesen Grundlügen soll und muß die Verwaltung neu aufgebaut werden. Wir protestieren gegen den sogenannten Ausgleich vom Jahre 1905, der das Recht nationaler Selbstverwaltung preisgegeben hat, um der Arbeiterklasse das allgemeine Stimmrecht vorzuenthalten. Wir protestieren gegen den Pakt vom März 1914, der die nationale Selbstregierung ersetzt hat durch die gegenseitige Hemmung und Ohnmacht beider Nationen. Wir protestieren gegen die bewußte und systematische Ausschaltung der deutschen Arbeiterklasse von dem gebührenden Einfluß auf die Verwaltung des Landes. Die deutsche Arbeiterklasse entbehrt jeder wirksamen sozialen Fürsorgeverwaltung und hat aufgehört, eine solche von der Kronlandsautonomie zu erwarten.

Nach dem ersten Schritt, der Parlamentsreform, ist die Reform der Verwaltung der notwendige zweite Schritt zur Befreiung Oesterreichs. Er muß getan werden, wenn die Demokratie und die nationale Autonomie in Oesterreich zur Wahrheit werden, wenn eine soziale Verwaltung, eine wirksame Fürsorge für die Kriegsoffer, eine kräftige Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens möglich sein soll.

Deutsche Arbeiter Mährens! Wir rufen euch die ruhmreichen Wahlreformkämpfe in Erinnerung! Eure Pflicht ist es, mit gleich zäher Tatkraft den Kampf um die Demokratisierung der Verwaltung aufzunehmen.

Die nationalen Forderungen Deutschösterreichs.

* Wien, 24. März. Wie uns von der Hauptleitung der vereinigten Deutschnationalen Wiens mitgeteilt wird, besteht die Absicht, in den nächsten Wochen in allen Wiener Bezirken Versammlungen abzuhalten, in denen zu dem in den Kreisen des Deutschen Klubs in Wien ausgearbeiteten deutschen Programm „Die Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege“ Stellung genommen werden wird. Dieses Programm in seiner endgültigen Fassung liegt noch nicht vor, es dürfte Anfangs April der Öffentlichkeit übergeben werden.

Gäste aus Ungarn.

Oesterreichische Parlamentarier waren im Jänner nach Budapest gekommen, um sich mit ihren ungarischen Kollegen über die beiderseitigen staatlichen Interessen und über deren Gemeinsamkeit auszusprechen. Heute wird der Besuch erwidert, der nur für einen Tag anberaumt ist. Vielleicht liegt gerade in der knappen Zeit des Aufenthaltes der ungarischen Gäste in Wien ein drastischer Beleg vor, wie nahe doch Wien und Budapest gelegen sind, ~~daß~~ man auf zwölf Stunden zusammenkommt; ~~vielleicht~~ beweist dies in höherem Sinne, daß es ein Unverständliches wäre, wenn sich zwischen zwei so eng benachbarten Zentren der Politik irgendwelche Hemmungen ergäben. Selbstverständlich ist der gute Willkomm, der den Gästen aus Ungarn zuteil wird; wer sähe es bei uns nicht herzlich gern, wenn persönliche Begegnungen, zwanglose Zusammenkünfte, private Besprechungen mithelfen.

Die Politik von heute und die Politik der Zukunft hat ja wohl aus den Vorteilen des engsten Zusammenwirkens im Weltkriege gelernt, daß gerade der straffste Zusammenhalt, das persönliche gute Verhältnis, gesteigerte gesellschaftliche Berührung von größtem Wert sind. Auch die schwersten Probleme verlieren an Schärfe, Verschiedenheiten der Anschauungen werden gemildert, wenn die Berater und Richter am grünen Tisch sich nicht nur als Politiker, sondern auch als Menschen genau kennen und schätzen gelernt haben. Die Sympathie ist ein wichtiges Moment auch in der Politik, auch in der Wirtschaft, und die Psychologie hat eine maßgebende Stimme selbst in Prinzipienfragen.

Man erinnert sich des lauten Beifalls, der lebhaften, aufrichtigen, herzlichen Zustimmung, als im Hause der Industrie die Deputation Ungarns, die zur Huldigung an Kaisers Geburtstag im vorigen Sommer hier erschien, von der österreichischen Regierung begrüßt wurde, als Graf Tisza und Graf Stürgkh in bedeutenden Reden Zeugnis ablegten von der tiefen Ueberzeugung, die sie beseelt, daß das Band, das Oesterreich und Ungarn zusammenhält, unzerreißbar ist. Was auf den Schlachtfeldern heroisch bekundet wurde und Lorbeeren erntete, der enge Zusammenschluß, das erhabene Lösungswort: Einer für den andern und gemeinsam für den Ruhm, für die Ehre der Monarchie, das wird gewiß, ja das muß sich auch bei der Neu- oder Wiederordnung der Grundlagen für die regelrechte gedeihliche Arbeit im Frieden siegreich betätigen. Dabei hat jeder im Staate, so groß oder so klein sein Wirkungskreis ist, mitzuarbeiten, und die werktätige Bereitwilligkeit

herborragender Parlamentarier und Wirtschaftspolitiker von Rang ist ebenso selbstverständlich wie erfreulich und zweckdienlich. Daß sich in der Begrüßung der Gäste aus Ungarn ein besonders warmer Ton bemerkbar macht, darüber darf man sich in erster Linie freuen. Neue Staats- und Volksfreunde, die auch in glücklich überwundenen Zeitläuften, da manche den sachlichen Erfolg durch Trost und selbst durch wilde Gegnerschaft erzielen wollten, in unentwegter Ruhe und mit überzeugter Entschiedenheit gegen alle Verhöhnungsversuche auftraten, sie erleben nun den Tag der Genugtuung. Die Ueberwindung des wirtschaftlichen Prozeßgegners ist nicht mehr die Parole; man betreibt die einzig richtige Methode, man huldigt bewußt der Verständigungspolitik. Wie es sich in dieser grandiosen Zeit ziemt und wie es der klaren Einsicht und vornehmer Gesinnung auch in praktischen, auch in rein

materiellen Fragen zukommt. Neulich in Budapest, heute in Wien. — Diese Wechselbesuche werden auf der Tagesordnung bleiben; zum Vorteil der gesellschaftlichen, der ökonomischen, zum Besten der politischen Beziehungen. Man wird es immer deutlicher vernehmen können, wie trefflich und wie segensbringend Gien! und Hoch! zusammenklingen.

Von ungarischer Seite nehmen Mitglieder aller Parteien an den heutigen Besprechungen teil, und zwar Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses, und von österreichischer Seite Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes und der Verfassungspartei des Herrenhauses.

Die heutigen Besprechungen der österreichischen und der ungarischen Parlamentarier sollen keineswegs den Charakter formeller Konferenzen über konkrete Gegenstände tragen, sondern nur zwanglose Unterhaltungen darstellen. Die folgenden Darlegungen zweier hervorragenden ungarischen Politiker, der Geheimen Räte v. Berzeviczy und Szterenyi, skizzieren den Zweck der heute hier stattfindenden Besprechungen.

Geheimer Rat Albert v. Berzeviczy.

Geheimer Rat Albert v. Berzeviczy, über dessen Einladung am 30. Jänner d. J. eine erste Zusammenkunft deutschösterreichischer und ungarischer Parlamentarier in Budapest stattfand, hatte die Liebeshwürdigkeit, sich einem unserer Redakteure gegenüber über die heutigen Besprechungen folgendermaßen zu äußern:

„Die Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier in Wien wird den Charakter ganz zwangloser und privater Besprechungen an sich tragen und soll keineswegs die Form einer Konferenz haben. Wir wollen uns freundschaftlich und kollegial über die aktuellen Tagesfragen aussprechen.“

Von Mitgliedern des ungarischen Abgeordnetenhauses und des Magnatenhauses werden an den Besprechungen Vertreter aller Parteien teilnehmen, und zwar: Graf Karl Rhuen-Hedervary, Graf Albert Apponyi, Alexander Bekerle, Graf Madar Tichy, Albert v. Berzeviczy, Leo Lanczy, Edmund v. Miklos, Bela Földes, Josef Szterenyi, Roland v. Hegedius und Doktor Gustav Graf. Graf Julius Andrássy ist bisher noch nicht in Wien eingetroffen.

Geheimer Rat Josef Szterenyi.

Unser Besuch in Wien ist eigentlich die Erwiderung des Besuches österreichischer Parlamentarier bei uns. Das Bestreben nach unmittelbarer Verührung der parlamentarischen Vertreter beider Staaten der Monarchie ist schon älteren Datums, und das Fehlen einer solchen Verührung haben alle Freunde der Verständigungspolitik zwischen den beiden Staaten schon längst aufrichtig beklagt. Mehrere von uns bahnten eine solche Verständigung seit Jahren an, denn es muß doch ganz sonderbar erscheinen, daß bei dem innigen Zusammenschluß in dem Staatenbunde, in welchem wir miteinander für ewige Zeiten vereint sind, bisher eigentlich keine persönliche Verührung der Vertreter der beiden Gesetzgebungen in größerem Maße stattgefunden hat. Der Besuch österreichischer Politiker in Budapest hat diesbezüglich den Anfang gemacht, und obzwar es wünschenswert wäre, wenn sich die Parlamentarier auch konkret über die wichtigeren Tagesfragen, die uns zu beschäftigen haben, auseinandersetzen und sich in diesen verständigen würden, kann die große Bedeutung dieser Annäherung auch ohne eine solche formelle Verständigung nicht herabgemindert werden, denn schließlich ergibt sich aus diesen Verührungen, wenn sie sich öfters wiederholen, doch eine Verständigung auch in den konkreten Angelegenheiten.

Wir werden bei unsrer heutigen Begegnung ebenso, wie es in Budapest der Fall war, keine formellen Besprechungen abhalten, sondern uns nur darauf beschränken, wenn ich so sagen darf, von Mann zu Mann unsere Gedanken auszutauschen, und nachdem ungarischerseits Mitglieder aller politischen Parteien, wenn auch nicht als Vertreter der Parteien, sondern nur in ihrer Person, vertreten sind, österreichischerseits aber, wie ich weiß, alle deutschen Fraktionen, so kann ruhig behauptet werden, daß eigentlich die Gesamtheit der ungarischen politischen Welt und ganz

Deutschösterreich durch Politiker miteinander in Verührung kommen. Es ist dies die erfreuliche Wiederkehr zum Ausgangspunkt des Ausgleiches von 1867: Deutschtum in Oesterreich, Magyarentum in Ungarn — die paritätische Richtung in der inneren Politik der Monarchie. Ich für meine Person hoffe von diesen Begegnungen größeren Erfolg, damit wir neben den offiziellen, oft nicht eben erbaulichen Verhandlungen der Welt Beweise liefern, eben heute im Kriege mehr denn je, daß die beiden Staaten der Monarchie in inniger Freundschaft und unerschütterlicher Zusammengehörigkeit nebeneinander stehen.

Eine den deutschen Parteien nahestehende Parlamentskorrespondenz schreibt über die heutige Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier in Wien u. a.:

Bekanntlich hat am 30. Jänner d. J. in Budapest auf Einladung des Geheimen Rates Albert v. Berzeviczy eine erste Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier stattgefunden, zu der unter andern die Mitglieder des österreichischen Herrenhauses Dr. Baerreichner und Dr. Marchet, Präsident Dr. Sylvester, der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß und Reichsratsabgeordneter Döbernick erschienen waren. Nunmehr statten die ungarischen Parlamentarier, die damals die österreichischen Parlamentarier zu der Zusammenkunft im Budapest Nationalkasino eingeladen hatten, ihren Gegenbesuch in Wien ab, und es werden im ganzen und großen dieselben Persönlichkeiten wie damals in Budapest auf Einladung des Abgeordneten Dr. Gustav Groß heute mittag im Grand Hotel zusammenkommen.

Es handelt sich bei der Wiener Zusammenkunft ebenso wie seinerzeit in Budapest nicht um eine formelle Konferenz, in der offizielle Beratungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt werden sollen, sondern nur um eine unverbindliche Aussprache führender Politiker beider Länder im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung, welcher Aussprache aber trotzdem nicht minder große politische Bedeutung beizumessen ist, da sie als ein Beweis erscheint, daß an den Grundfragen des Dualismus seitens der führenden Politiker Oesterreichs und Ungarns festgehalten wird. Die Oesterreicher gehen von der Anschauung aus, daß beide Länder, Oesterreich und Ungarn, bei der Lösung aller in der Zukunft kommenden Fragen auf einander angewiesen sind und zusammen leben müssen. Die Oesterreicher glauben, daß auch die Erfahrungen des Krieges in dieser Richtung ihre erziehlige Wirkung äußern werden. In diesen Zusammenkünften der Parlamentarier beider Länder tritt deutlich der Wunsch zutage, daß die nunmehr angebahnte Annäherung österreichischer und ungarischer Politiker vieles dazu beitragen soll, um das neue erstarke Oesterreich-Ungarn zu schaffen, das neben dem Deutschen Reich in dem aus dem Kriege herauswachsenden Mitteleuropa zur richtigen Geltung kommen wird.

Ebenso geben die ungarischen Politiker ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß es nunmehr zu häufigeren unmittelbaren Begegnungen zwischen den österreichischen und ungarischen Parlamentariern kommt, die bekanntlich bisher sehr selten waren, und daß österreichischerseits die Notwendigkeit empfunden wurde, eine Aussprache herbeizuführen. In den Fällen dieser Zusammenkünfte vom 30. Jänner und 25. März handelt es sich um Aussprachen von Politikern, die als absolute und unbedingte Anhänger des Dualismus zu betrachten sind. Die ungarischen Vertreter begrüßen es mit Genugtuung, daß diese Zusammenkünfte vom Geiste des Gedankens des Dualismus geleitet sind.

Eine tschechische Stimme gegen Masaryk und Genossen.

Abrechnung mit den Verrätern.

Prag, 24. März. Der heutige „Vecer“ veröffentlicht unter der Überschrift „In fremden Diensten“ an leitender Stelle einen Artikel, in welchem er auf die glänzenden Beispiele der Treue, Liebe und Ergebenheit aller Nationen unserer Monarchie zu Vaterland und Herrscherhaus hinweist.

Mehr als zwanzig Monate sehen wir alle Völker unserer Monarchie in edlem Wettstreit, um sich an die erste Stelle in den Reihen zu stellen, die sich für den Gedanken eines mächtigen und starken Oesterreich-Ungarn mit einer ganzen Welt von Feinden schlagen müssen. Ohne Unterschied der politischen Ueberzeugung sind alle der Anschauung, daß nur die höchste Anspannung der Kräfte es ermöglicht hat, das Gaukeispiel zu durchkreuzen, das uns entrichten und zu Bettlern machen sollte. Wir haben unser

Vaterland vor den frechen Eindringlingen beschützt und sind uns dessen bewußt, daß wir alle unsere Pflicht erfüllt haben, und daß wir sie auch fürderhin erfüllen werden. Das Interesse des Vaterlandes steht zu hoch, als daß es zum Gegenstand eines frevelhaften Spieles gemacht werden könnte.

Es ist schwer zu glauben, daß sich Leute finden, die in dieser großen und ernsten Zeit so tief sinken, daß sie, von unsern Feinden besoldet, eine Banditenpolitik treiben und bestrebt sind, für einen elenden Groschen unser Volk in das ärgste Licht zu stellen und es zum Verräter zu stempeln. Und doch haben die Ereignisse der letzten Tage bewiesen, daß es solche Leute gibt. Anstatt, wie es sich gehört, in ihrer Heimat alle Beschwerden zu ertragen und ihre Pflicht zu erfüllen und alles zu tun, um den unserm Vaterlande aufgezwungenen Kampf zu erleichtern, sind diese Elemente feig über die Grenzen geflohen. Dort ließen sie sich in den Dienst unserer Feinde anwerben wie gedungene Mörder, und für einen elenden Groschen schänden sie jetzt unser Volk und unser Reich. Für einige Silberlinge begehen sie das größte Vergehen aller Zeiten, den Hochverrat. Ohne hiezu irgendwie berechtigt zu sein, veröffentlichen sie im Namen des tschechischen Volkes Manifeste und verstecken sich hinter irgendein Exekutivkomitee. Mit falschen, absolut erlogenen Nachrichten streben diese Elemente im feindlichen Ausland an, den Glauben zu erwecken, daß sie berechtigt seien, im Namen des tschechischen Volkes zu handeln. Ihr ganzes Streben geht dahin, ihren Dienstgebern, den feindlichen Regierungen, Schönzutun und sich ihre weitere materielle Gunst zu erwerben und zu erhalten. Für dieses Sündengeld verraten sie täglich die höchsten Interessen des tschechischen Volkes und ihres Vaterlandes. Während Hunderttausende von Tschechen tapfer ihr Leben für das bedrohte Vaterland und die Zukunft eines starken und nach allen Seiten unabhängigen neuen Oesterreich in die Schanze schlagen, trachten diese Helfershelfer, die Position des eigenen Volkes durch hinterhältige Handlungen wenn nicht zu schwächen, so doch zu schädigen. Durch phrasenhafte Manifeste, die ohne jede Logik die verworrensten Dinge verkünden, wird dem völlig uneingeweihten Ausland auseinandergesetzt, daß das tschechische Volk nichts angelegentlicher wünsche als den Sieg des Bierverbandes. Die Schreiber dieser lügenhaften Manifeste sind so frech, zu behaupten, daß „die Angehörigen des tschechischen Volkes in dem jetzigen Weltkrieg wenigstens bestrebt waren, ihre Pflicht gegenüber der Zivilisation (?) zu erfüllen, und daß sie durch ihren passiven Widerstand Oesterreich desorganisierten, daß Oesterreich — wie sie weiter lügen — aufgehört hat, zu existieren“. Da die Armeen des Bierverbandes durch unsere Truppen überall geschlagen wurden, verkünden diese Elemente frech, „daß sie in diesen für den Bierverband so tragischen Tagen es als ihre Pflicht erachten, im Namen des tschechischen Volkes (?), das sie vertreten (?), dem Bierverband das Vertrauen auszusprechen. Sie beiverben sich um die Ehre, auf der Seite des Bierverbandes zu stehen“.

Mit Verwunderung fragen wir, wer eigentlich diese Herren sind, die in so selbstbewußtem Ton ähnliche Manifeste veröffentlichen. Lesen wir dann die Namen der auf diesen „Manifesten“ unterfertigten Personen, so die Namen des Professors Masaryk, des ehemaligen Abgeordneten Dürich, des Malers Kupka, des Cermak und des Fisher, dann wird uns manches klar. Professor Masaryk und Dürich! Wir könnten wirklich herzlich über diese zwei Namen lachen. Aber die Interessen, die auf dem Spiele stehen, sind zu ernst. Der Hochverrat, dessen sich diese beiden gegen ihr eigenes Volk durch ihre Tätigkeit im feindlichen Ausland schuldig machen, und die Helfershelfer, die gemeinsam mit ihnen das verbrecherische Spiel treiben, öffnen dem tschechischen Volke die Augen. Wir sehen einen Abgrund und schauern. Solche Elemente haben sich im Frieden dem tschechischen Volke als Führer aufgedrängt, solche Leute versuchten es unter der Maske der Anständigkeit, die Führung der inneren Politik an sich zu reißen! Und als die Schicksalsstunde unseres Reiches kam, gingen sie schleunigst zu unsern Feinden über. Jetzt verdächtigen sie die Treue des eigenen Volkes, treten die Ehre des tschechischen Volkes in den Not und begehen Verbrechen auf Verbrechen an den heiligsten Interessen der eigenen Stammesgenossen.

Aber noch rechtzeitig wurden ihre Treibereien aufgedeckt, und früher noch, als diese Elemente allzuviel Unheil anstifteten, wurden sie entlarvt. Herr Masaryk und Genossen haben für immer das Recht verloren, sich Söhne des tschechischen Volkes zu

kennen. Sie haben gegen ihr Volk Anschläge begeht, aber die Gefahr ist zum Glück abgewendet worden. Mit Masaryk und den andern Agenten des Bierverbandes hat das tschechische Volk nichts gemein und kann es nichts gemein haben.

Die ungarischen Gäste.

Von einem Ungarn.

Der Krieg bringt Umwandlungen und Ueber-
rassungen aller Art. Eine der wichtigsten ist
zweifellos die Annäherung Deutschlands an
Oesterreich-Ungarn und die Vertiefung des Ver-
hältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn. Was
noch vor wenigen Jahren beinahe unmöglich ge-
wesen wäre, daß nämlich österreichische Politiker
in Budapest einen Freundschaftsbesuch abtatten
und ungarische Politiker diesen Freundschafts-
besuch erwidern, ja daß diese Begegnungen als
die selbstverständlichste Sache von der Welt allent-
halten angesehen werden, diese Momente zeigen
am deutlichsten, daß vieles im Laufe der letzten
zwei Jahre anders und manches besser ge-
worden ist.

Die ungarischen Gäste, deren Ankunft der
Telegraph meldet — ob alle eintreffen werden,
ist jedoch noch nicht ganz gewiß — sind zumeist
bekannte Persönlichkeiten und durchaus Freunde
Oesterreichs, einige sogar spezielle Freunde
Wiens. Ihre politischen Qualitäten sind bekannt,
denn die meisten von ihnen spielten im öffent-
lichen Leben Ungarns wiederholt eine große,
oft entscheidende Rolle. In diesem Blatt ist es
überflüssig, die hervorragendsten ungarischen
Gäste, was ihre politischen Auffassungen und
ihre rhetorischen oder eigentlich publizistischen
Gaben betrifft, besonders vorzustellen, da sie
durchweg mit interessanten Artikeln die Leser der
„Zeit“ erfreuten. Es genügt an die Artikel
der Geheimen Räte Dr. Weferle und Graf
Andrassy in der letzten Weihnachtsnummer
zu erinnern, besonders an die Ausführungen
Andrassy's über die Pflicht Oesterreichs
und Ungarns, einander in allen wichtigen Angelegen-
heiten beizustehen, und wie sein seither vielzitiertes
Wort lautete: „Den letzten Bissen Brot mit-
einander zu teilen.“ In der Neujahrsnummer
schrieb Graf Rhuen über die Aufgabe der
Monarchie, durchzuhalten bis zum vollen Sieg,
den er mit Zubericht erwartet, und bald darauf
brachten wir auch wichtige Artikel der Geheimen
Räte Apponyi, Berzeviczy, Zichy,
Sztorenyi und Pancy sowie des Hof-
rates Földes. Es ist kaum ein Politiker von
Bedeutung unter den Gästen, der nicht zu
unseren Mitarbeitern zählen würde.

Deshalb erscheint, wie erwähnt, eine Schilderung der politischen Richtung und Tendenz der
Gäste überflüssig. Interessant dürfte es aber
sein, die Beziehungen jener ungarischen Poli-
tiker, die hier weilen, zu Wien und den Wienern
ein wenig zu beleuchten. Da die meisten von
ihnen im Staatsdienst waren oder im wirtschaft-
lichen Leben tätig sind, waren oder sind sie
naturgemäß häufige Besucher Wiens, wo man
beispielsweise die auffallend kräftige Gestalt
Weferles mit dem klugen, glatt rasierten Gesicht
ebenso gut kennt, wie die hohe, alles überragende
Natur Apponyis und den interessanten Cha-

rakterkopf Andrassy's, der in jedem Zug an
seinen unvergesslichen Vater, den ehemaligen
Minister des Innern, erinnert, dessen tägliche
Spazierritte im Prater und Spaziergänge über
den Graben und Kohlmarkt jedem alten Wiener
wohl noch in der Erinnerung haften. Ebenso
kennt man den Grafen Rhuen und den Grafen
Zichy, die beide als Minister a latere viele
Jahre in Wien weilten und mit der vornehmen
österreichischen Gesellschaft zahlreiche Beziehun-
gen unterhalten.

Ein „Wiener Kind“ ist Graf Apponyi. Er
wurde in Wien geboren — lang, lang ist's her
— und hat dann in der Nähe Wiens, in Kalks-
burg, studiert. Daß die Luft Oesterreichs seiner
magyarischen Politik keinen Abbruch tat, weiß
man; weniger bekannt ist, daß er schon als Knabe
in Kalksburg ungarische Reden hielt, und sogar
bei einer Weihnachtsfeier in einem von ihm
verfaßten Drama als „König Stephan“ auftrat.
Seine Beziehungen zu Wien, wo sein Vater, der
hochbegabte Graf Georg Apponyi, ungarischer
Panzler war, wurden noch durch seine Seirat

berstärkt. Seine Frau ist die Komtess
Mensdorff, die einstige „Cio Mensdorff“,
die in der aristokratischen Gesellschaft verehrt
wurde und ihres Geistes und ihrer Herzengüte
wegen allgemein beliebt war. In früheren
Jahren hielten sich Graf und Gräfin Apponyi
oft in Wien auf, wo sie im Palais Mensdorff
auf dem Minoritenplatz eine ständige Wohnung
besaßen. Das hat aber schon seit geraumer Zeit
ein Ende. Die Familie Apponyi lebt jetzt in
Budapest und Eberhard, die Gräfin selbst am
liebsten auf Schloß Eberhard, umgeben von
Wald, Feld und Garten. Die ehemalige Königin
der vornehmsten Wiener Salons scheint längst
für Tours, Välle, Disettantenvorstellungen und
ähnliche kleine Scherze alles Interesse verloren
zu haben.

Ein „halber Wiener“ ist Graf Andrassy. Er
wurde wohl in Ungarn geboren, doch kam er
als Kind nach Wien und ist sozusagen im
historischen Palais auf dem Ballplatz und im
Stöckl in Schönbrunn zu Hause, wo sein Vater
einst residierte. Graf Andrassy kennt Wien
genauer als mancher Wiener und insbesondere
auf dem Gebiet der schönen Künste könnte er
einen Begrunder schreiben, wie wenige. In
allen Kunstgalerien weiß er Beiseid und kann
auch angeben, wo die wertvollsten Bilder im
Privatbesitz oder bei Händlern zu finden sind.
Bäre Andrassy kein Politiker geworden, er hätte
als Kunstkritiker und Kunstschriftsteller sich einen
Namen machen können. Das wissen die Bilder-
verkäufer in Wien genau — und sie haben ihm
noch niemals eine Kopie oder gar ein
„falsches“ Bild zum Kauf angeboten.

Ein Wien-Schwärmer ist ferner Graf
Rhuen-Sedervary. Er liebt den Wiener
Gesang, die Wiener Musik und alles, was
Wien an seriösen und leichten Reizungen besitzt.
Er spricht sogar — wenn er gereizt wird —
„weanerisch“. Stets gut gelaunt, ist er immer
bereit, auch anderen vergnügte Stunden zu
bereiten, und man kann sagen, daß er wohl der
einzige Ministerpräsident ist, der ebenso lachend
ins Amt trat, wie er aus demselben ging. Er
hört und erzählt gern Anekdoten und ist gleich-
sam ein lachender Philosoph. Als Weferle mit
seiner Koalitionsregierung Schwierigkeiten
hatte und häufig in Wien auftauchte — einst
das sicherste Zeichen dafür, daß ein ungarischer
Premier regierungsmüde werden wird — be-
gegnete er eines Tages dem Grafen Rhuen,
dem er sein Leid klagte. „Ich will dir helfen“,
bemerkte Rhuen, „ich werde einige Male
demonstrativ über den Graben spazieren und
das wird genügen, um die Koalition müde zu
machen. Wenn nämlich die Neukerstinchen
hören, daß ich in Wien bin, werden sie
meinen, ich sei schon als Ministerpräsident in
Kombination — und da werden sie rasch nach-
geben, denn du bist ihnen sicherlich angenehmer
als ich...“ Das Ende vom Lied war aber
damals dennoch der Rücktritt Weferles und die
Ernenennung Rhuens. Die Neukerstinchen
waren äußert linksch — und haben es seither
tief bedauert, den symbolischen Grabenspazier-
gänger nicht verstanden zu haben.

Von den übrigen Gästen hielten Sztorenyi,
Berzeviczy, Földes, Pancy und auch andere
wiederholt Vorträge in Wien. Man kennt sie in
wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Kreisen
und schätzt ihre Fach- und Sachkenntnis. Mit
einem Wort: Gute Freunde sind aus Ungarn
nach Wien gekommen und sie sollen als gute
Freunde empfangen werden. R. R.

25. III. 1916

Die Wiener Politikerbegegnung.

Ungarisch-österreichische parlamentarische Besprechungen

Im Wiener „Grand Hotel“ geben sich morgen Mittag eine Reihe hervorragender ungarischer Parlamentarier und österreichischer Politiker ein bemerkenswerthes Rendezvous. Dieser Zusammenkunft von den verschiedensten politischen Richtungen und Strömungen angehörenden Männern wird in hiesigen parlamentarischen Kreisen lebhaft Beachtung geschenkt, wenn auch in verschiedentlichen Verlautbarungen die Bedeutung dieser Begegnung im Vorhinein dadurch abgeschwächt wird, daß es sich nur um zwanglose Besprechungen handelt, über Fragen, welche beide Staaten der Monarchie in naher Zukunft beschäftigen werden. Als Ende Januar l. J. die erste derartige Entrevue in Budapest stattfand, trug dieselbe vornehmlich einen agrarischen Anstrich; damals fand hier eine hauptsächlich von landwirtschaftlichen Interessenten angeregte zollpolitische Konferenz statt, in deren Verlauf Probleme von großer Wichtigkeit besprochen wurden. Es handelte sich um nichts Geringeres, als darum, die Möglichkeiten eines Einverständnisses für den künftigen wirtschaftlichen Anschluß zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Deutschen Reiche herzustellen und im weiteren Ausbau dieses Projektes die Eventualität der Zollunion dieser verbündeten Staaten herbeizuführen.

Wie erinnerlich, kamen diese Probleme später auch in den Beratungen der beiden Häuser des ungarischen Reichstages zur Sprache, ja auch im deutschen Reichstag fanden dieselben ein Echo, wenn auch nur ein ganz leises, denn an gouvernementalen Stellen erachtete man den Zeitpunkt für die öffentliche Erörterung der ange deuteten Fragen noch nicht als geeignet. Ministerpräsident Graf Tisa sagte u. A.: Ehe man an die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Deutschland schreitet, müsse man erst genau wissen, wie der neue wirtschaftliche Ausgleich zwischen Ungarn und Oesterreich selbst beschaffen sein wird. Seither ist im Wesen der Sache insofern ein neues Stadium eingetreten, als — wie bekannt — zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung die Verhandlungen wegen Erneuerung des im Jahre 1917 ablaufenden wirtschaftlichen Ausgleiches bereits eingeleitet wurden und die fast allwöchentlich — abwechselnd in Wien und Budapest — stattfindenden Ministerkonferenzen lassen darauf schließen, daß die beiden Regierungen eifrig bemüht sind, eine Basis zu schaffen, welche das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Cis- und Transleithanien zu einem ersprießlichen gestalten werde.

Wenn nun die morgen in Wien stattfindende Zusammenkunft ungarischer und österreichischer Politiker das Ziel verfolgt, die seinerzeitige parlamentarische Verabschiedung des jetzt von den Regierungen vorbereiteten Ausgleichs zu erleichtern, so darf diese Begegnung so zahlreicher hervorragender Parlamentarier mit vollster Sympathie begrüßt werden. In einer Beziehung hat die morgige Wiener Begegnung schon einen Vorzug gegen jene, die im Januar in Budapest stattgefunden hat. Damals waren — wie bereits erwähnt — hauptsächlich agrarische Elemente erschienen, während sich morgen auch sehr bedeutende Vertreter der merkantilen Gruppen in Wien einfinden werden. Dies ist schon ein neues

Symptom des Annäherungsgedankens, der diesen Zusammenkünften als leitendes Motiv zu Grunde liegt. Nach der Auffassung ungarischer parlamentarischer Kreise sind vorderhand Erörterungen über politische Fragen, die außerhalb der wirtschaftlichen Beziehungen liegen, aus dem Komplex der zur Besprechung gelangenden Probleme nicht in Aussicht genommen. Am weißen Tisch, wo sich die Herren morgen wieder zusammenfinden werden, kann man ja einen Ideenaustausch über andere Fragen schließlich nicht verhindern, aber keiner der morgen in Wien erscheinenden ungarischen Politiker dürfte sich dazu autorisiert erachten, Erklärungen abzugeben, welche sich auf die Weitergestaltung politischer, vornehmlich staatsrechtlicher Verhältnisse beziehen würden. Dies steht in noch höherem Maße bezüglich der österreichischen Politiker. Die gegenwärtigen parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich machen es geradezu unmöglich, daß man bezüglich irgendwelcher großer Fragen eine Verständigung vorbereite; unter solchen Umständen muß schon die Erscheinung, daß man wenigstens in wirtschaftlicher Beziehung jetzt einem alle Theile befriedigenden Kompromiß zustrebt, mit Freude begrüßt werden. In diesem Sinne wünschen auch wir der morgigen Begegnung ungarischer und österreichischer Politiker das beste Resultat.

*

Die Geheimräthe Graf Johann Zich, Graf Adar Zich und Leo Lánecz und die Abgeordneten Lorand Hegedüs und Gustav Graf haben sich heute nach Wien begeben, um an dem von österreichischen Abgeordneten morgen zu veranstaltenden Diner theilzunehmen. Graf Karl Schönerherz trifft morgen Früh aus Berlin in Wien ein.

Ungarische Parlamentarier in Wien.

Am 30. Jänner b. J. hat in Budapest auf Einladung des Abg. Albert v. Berzeviczy eine Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier stattgefunden, zu der u. a. die Mitglieder des österreichischen Herrenhauses Dr. Wernkeith und Dr. Marchet, Präsident Dr. Schvecker, der Mann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß und Reichsrats-Abgeordneter Döbernick erschienen waren. Nunmehr statten die ungarischen Parlamentarier, die damals die österreichischen Parlamentarier zur Zusammenkunft im Budapest Nationalklub eingeladen hatten, ihren Gegenbesuch in Wien ab. Es werden im ganzen und großen dieselben Persönlichkeiten wie damals in Budapest auf Einladung des Abgeordneten Dr. Gustav Groß heute mittags in Wien im Grand-Hotel zusammenkommen. Unter den ungarischen Gästen werden sich unter anderen befinden: Geh. Rat v. Berzeviczy, Graf Karl Huen-Heberbair, Dr. Wernke, Graf Hübner, Josef Saterényi u. a.

Bei dieser zweiten Zusammenkunft handelt es sich ebenso wie seinerzeit in Budapest nicht um eine formelle Konferenz, in der offizielle Beratungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt werden sollen, sondern nur um eine unverbundene Aussprache im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung. Die „Parlamentarierkorrespondenz“ berichtet über die Intentionen der Konferenzteilnehmer: „Die Oesterreicher gehen von der Anschauung aus, daß beide Länder, Oesterreich und Ungarn, bei der Lösung aller in der Zukunft kommenden Fragen auf einander angewiesen sind und zusammen reden müssen. Die Oesterreicher sind der Ansicht, daß es zweckmäßig gewesen wäre, den nunmehr mit den besten Aussichten betretenen Weg der gemeinsamen Aussprache der Politiker beider Länder schon längst einzuschlagen, und glauben, daß auch die Erfahrungen des Krieges in dieser Richtung ihre erhebliche Wirkung äußern werden. In dieser Zusammenkunft der Parlamentarier beider Länder tritt deutlich der Wunsch zutage, daß die nunmehr angebahnte Annäherung österreichischer und ungarischer Politiker dieses dazu beitragen soll, um das neue, erstarrte Oesterreich-Ungarn zu schaffen, das neben dem Deutschen Reich in dem aus dem Kriege herauswachsenden Mitteleuropa zur richtigen Geltung kommen wird. Ebenso geben die ungarischen Politiker ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß es nunmehr zu häufigeren unmittelbaren Begegnungen zwischen den österreichischen und ungarischen Parlamentariern kommt, die bislang bisher sehr selten waren und daß österreichischerseits die Notwendigkeit empfunden wurde, eine Aussprache herbeizuführen. Bei diesen Zusammenkünften vom 30. Jänner und 25. März handelt es sich um Aussprachen von Politikern, die als absolute und unbedingte Anhänger des Dualismus zu betrachten sind. Die ungarischen Vertreter begrüßen es mit Genugtuung, daß diese Zusammenkünfte vom Geiste des Gedankens des Dualismus geleitet sind.“

Den Arbeitswerten entgegen!

Jetzt, wo die Ackerhollen im warmen Frühlingschein dampfen, mag den Bauernburschen im fernen Schützengraben zuweilen die jähe Sehnsucht packen, daheim in stiller Dorfflur hinter dem Pfluge zu schreiten und den Schoß der Erde dem Fruchtseggen zu erschließen. Und der Zimmerer mag zurückdenken an den Arbeitsplatz, wo er Jahr für Jahr im ersten Frühling begonnen hat, Traum an Traum zu fügen und nach sicherem Nichtmaß Dachstühle zusammenzufügen, unter denen bald junge Ehepaare ihre Behausung finden und ihr Menschenglück begründen sollten. Sie alle, die da sonst hämmern und sägen, winden und drehen, feilen und plätten, mag es auf Augenblicke überkommen mit heißem und wildem Begehren, endlich wieder ihr Arbeitswerk zu tun. Das stille Gleichmaß täglicher Arbeit, die beständige Uhr des Friedens, die zu bestimmtem Glockenschlag zur Arbeit, zum Tisch, wieder zur Arbeit und zur Ruhe ruft, der gesicherte Lebenskreis, der zwischen Heim und Werkstatt und Freundeskreis alles einschließt und festhält, was wir lieben, diese ganze holde Enge festen, nützlichen Wirkens, der wir alle in Friedensjahren so oft als des grauen Alltags müde werden, ist nun für Tausende und Abertausende das Ziel inbrünstigen Begehrens geworden. Ganz Europa stöhnt danach, wieder Friedenswert zu tun!

Der Mensch ist voll von Widersprüchen, das ist seine Qual und doch sein Glück, denn der innere Widerspruch treibt ihn immer wieder über sich hinaus. Underthalb Menschenalter des Friedens haben ihn die Beständigkeit der Verhältnisse beinahe als bleiernen Druck empfinden lassen — da kam das Wilde, das Gemaltig-Abenteurliche dieses Krieges! Seit jeher saß derlei im Blut der europäischen Völker. Streng genommen ist der Europäer nie ganz seßhaft geworden wie etwa der Indier oder der Chinese; zum mindesten sein Geist war niemals seßhaft. Auf alle Stämme trifft es zu, daß hinter dem warmen Ofen allezeit der Wanderstab lehnt, das Abenteuern

liegt ihnen im Blut. Und so stürmen sie alle Erdteile ab, mischen sich in alle Rassen, bauen Zelte unter allen Himmelsstrichen und sind bereit, sie wieder abzubrechen, wenn die Umstände oder die Launen sie treiben. Wandertrieb und Abenteuerlust foltern unsere Jungen auf der Schulbank und verführen sie, das Lesebuch auf dem Bulke heimlich mit dem „Robinson“ zu vertauschen. Unsere Handwerksburschen nützen das Laster: wo sie zurehren, erzählen sie grause Geschichten aus fernen Landen, indes die Klagen der Hörer leuchten und Brotlaib samt Speckschnitte unter des Kunden Zähnen verschwinden. Nun hat sich Europas Mannschaft wahrlich gesättigt an Abenteuern, durch fünfzig Jahre und mehr wird man erzählen in allen Stuben — es ist wahrlich gesorgt, daß der wilde Trieb in der horchenden Jugend nicht ersterbe! Nun ist sein Widerspiel in den Seelen übermächtig geworden, Europa möchte wieder pflügen und säen, pflanzen und schaffen, Europa möchte wieder Friedenswerke tun.

Daß wir es nur sagen: Wir brennen nach Arbeit und Europa braucht sie! Wir brennen nach dem rasselnden Lärm der Webstühle, denn die Massen brauchen Wäsche und Kleider! Wie mit der leiblichen, so steht es mit der gesellschaftlichen Not. So vieles, so furchtbar vieles ist un- und neuzugestalten, so vieles zu bauen und zu behüten! Seit zwanzig Monaten sind viele Millionen Hände dem

von Österreichern ankommen!

wirtschaftlichen Schaffen entzogen; viele Hunderttausende Joch schreien nach dem Pfluge, viele Hunderttausende Ambosse nach dem Hammer, viele tausend Webstühle nach dem Garn. Die Wiederherstellung der europäischen Volkswirtschaft fordert Arbeit, sie wird die Last wie die Freude der Arbeiterklasse sein. Dörfer und Städte, Straßen, Bahnen und Kanäle, Fabriken und Lagerhäuser sollen wieder oder neu geschaffen werden und auch die verminderte Zahl der Hände wird das Werk bewältigen. Nur wird die Arbeit kostbarer sein und wir hoffen, daß sie endlich gelten wird, was sie ist.

Aber auch die politische Vertretung der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, brennt nach Arbeit, nach dem Werke, zu dem sie seit jeher angetreten ist: nach dem Werke der gesellschaftlichen Wiederherstellung und Erneuerung. Unverstand hat sie die Partei des Umsturzes genannt — das alte Europa von unterst zu oberst zu kehren erwies sich nicht als ihr Vorbehalt, das haben die imperialistischen Gegensätze des Kapitals besorgt. Umgekehrt: in der ärgsten Wirrnis der Kriegswirtschaft gab sie aus ihrem geistigen Arsenal die Nichtsheit neuer Ordnung. Man hat wider Willen Anleihen bei uns gemacht, unverzinsliche geistige „Kriegsanleihen“, und dabei entdeckt, daß da eine Schatzkammer für die Menschheit verborgen und ungenützt daliegt. Man fand die früher so arg verlästerte Formel von der „gesellschaftlichen Regelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte“ auf einmal gar nicht uneben. Schwor man vor dem Kriege die heiligsten Eide auf die alleinseligmachende Privatwirtschaft, so flüchtete man in der Not eiligst unter den Schutz der „Gemeinwirtschaft“ und machte bei der „Enteignung der Enteigner“ gar nicht viel Umstände. Wir wissen schon, nicht zu unseren Zwecken, auch nicht auf unsere Weise. Dennoch aber steht fester als Erz im allgemeinen Bewußtsein die Erfahrung, wie Großes und Schweres man mit gemeinwirtschaftlichen Methoden bewältigen kann. Diese Erfahrung bleibt unverloren und wenn die Not des äußeren Feindes durch den Frieden gebannt sein wird, bleibt erst recht der innere Feind der Not, Krankheit, Siechtum, Hilflosigkeit, Mütterelend und Kinderjammer, Krise und Arbeitslosigkeit, sittliche Verwahrlosung und geistige Verkümmern zu besiegen und bleibt vor allem die innere Neuordnung des Staates. Das Größte und Schwerste bleibt im Frieden zu tun und kann ohne die wirtschaftliche Kraft der Arbeiterklasse wie ohne ihren gemeinwirtschaftlichen Sinn nicht vollbracht werden. Und darum brennen wir nach den Friedenswerken!

Zumal wir in Oesterreich! Die vor uns waren, waren nicht neidig, sie haben uns wahrhaftig viel zu tun übriggelassen! Niemals sind sie mit einer Aufgabe wirklich zu Ende gekommen, selbst den allgemein bürgerlichen Rechtsstaat haben sie halb fertig gelassen; die besondere Aufgabe, die ihnen der Völkerstaat gestellt hat, haben sie ganz verkannt und verfehlt. Nicht wenig ist es, was da not tut, wir haben den Vorteil, ganz aus dem Großen heraus schaffen zu können. . . . Unter allen Proletariaten der Welt ist das österreichische jenes, das die Geschichte am reichsten mit offenen Problemen belastet hat. Das Völkermirrsal, das ganz Europa zugeteilt ist, vereinigt sich innerhalb unserer Grenzen, als hätte der Himmel den Einfall gehabt, für

die Praxis der weiten Welt vorerst einmal hier an der Donau eine Versuchsanstalt zum Ausgleich wirtschaftlicher, sozialer, nationaler und kultureller Gegensätze anzulegen. Da gibt es denn Stoff zum Denken und Anstoß zum Handeln die Fülle, da gibt es reiche Gelegenheit, die schöpferische, aufbauende Kraft des Sozialismus zu betätigen und zu bewähren. Kriegserfahrungen, die nicht so bald vergessen sein werden, haben ja auch sinnfällig gemacht, daß sie nicht länger entbehrt werden kann. So regt sich denn allenthalben in unseren Reihen die Lust, sich auch politisch zu den Werken des Friedens zu rüsten. Wir brennen nach ihnen.

Die Zusammenkunft ungarischer und österreichischer Parlamentarier.

Man telegraphiert aus Wien: Bekanntlich fand am 30. Januar in Budapest eine Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier statt, in der die zwischen den beiden Staaten obshwebenden Fragen in zwangloser Weise erörtert wurden. Diese Besprechungen sind nun in Wien fortgesetzt worden und am 25. d. fanden sich auf Einladung des deutschnationalen Verbandes die Teilnehmer an der Budapester Besprechung wieder in Wien zusammen, wobei ihr Kreis dadurch erweitert wurde, daß auch einige Vertreter der christlichsozialen Partei und einige österreichische Herrenhausmitglieder erschienen waren.

An der Zusammenkunft, die gestern, am 25. d., mittag im „Grand Hotel“ in Wien stattfand, nahmen von österreichischer Seite teil: die Herrenhausmitglieder Dr. Josef Maria Baernreither und Hermann Braß, die Reichsratsabgeordneten Dobernig, Friedmann, Dr. Freiherr v. Fuchs, Dr. Gustav Groß, Dr. v. Licht, Herrenhausmitglied Dr. Marchet, Dr. Mataja, Bacher, Ritter v. Panz, Schraffl, Dr. Steinwender, Stöckler, Präsident Dr. Schlvester, Dr. Urban und Wolff.

Von ungarischer Seite waren erschienen: Graf Albert Apponyi, Geheimer Rat Albert v. Berzeviczy, Dr. Gustav Graß, Roland Hegedüs, Graf Karl Rhuen-Hedervary, Leo Lánözy, v. Miklós, Dr. Josef Szterényi, Dr. Alexander Weferle und Graf Madár Zichy.

Abgeordneter Dr. Gustav Groß begrüßte die ungarischen Parlamentarier mit folgender Ansprache:

— Ich erlaube mir, unsere verehrten Gäste aus Ungarn auf das herzlichste zu begrüßen und unserer aufrichtigen Freude darüber Ausdruck zu geben, daß sich Vertreter der beiden Staaten der Monarchie zusammengefunden haben, um in zwanglosem Meinungsaustrausch die anderen Ansichten kennen zu lernen und die eigenen zu berichtigen. Ohne den geselligen Zusammenkünften, wie sie kürzlich in Budapest und heute in Wien stattfindet, eine überschätzte Bedeutung beimessen zu wollen, glaube ich doch, daß durch dieselben eine nicht unwesentliche Besserung im Verhältnisse der beiden Staaten zueinander und im Verhältnisse der Volksvertreter vorbereitet werden könnte. Wir müssen ehrlich eingestehen, daß die beiden Staaten nur zu oft nicht so sehr das gemeinsame Ziel, die Entwicklung der Monarchie, vor Augen hielten, daß sie sich vielmehr als Gegner gegenüberstanden. Namentlich galt dies in den so oft wiederkehrenden Ausgleichsverhandlungen. Ähnlich war natürlich das Verhältnis zwischen den beiderseitigen Volksvertretern, ich meine nicht zum Vorteile der beiden Staaten und nicht zum Vorteil der Monarchie. Ich glaube nun, daß unsere Zusammenkünfte wohl geeignet sind, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. Auch wenn wir nicht daran denken, förmliche Beschlüsse zu fassen, werden doch die persönlichen Beziehungen vielfach dazu beitragen, irrtümliche Meinungen zu ändern, Vorurteile zu beseitigen und Mißtrauen zu zerstreuen, so daß zwischen uns die kostbare und zarte Pflanze des gegenseitigen Vertrauens emporenwachsen kann. Das halte ich aber für die Voraussetzung eines gegenseitigen Verständnisses und gemeinsamer Arbeit. In der großen Zeit, wo ungarische und deutsche Truppen mit gleichem Heldennut, mit gleicher Todesverachtung und gleicher Opferwilligkeit das gemeinsame Vaterland verteidigen, in dieser Zeit dürfen wir wohl hoffen, daß die Monarchie nicht nur nach außen jene großen Erfolge erzielt, welche unsere Feldgrauen verdienen, sondern daß auch im Innern der Friede hergestellt wird zwischen den führenden Völkern der beiden Staaten zum Heile und Siege dieser wie der ganzen Monarchie. Darauf und auf das Wohl unserer verehrten Gäste erhebe ich mein Glas.

Namens der Ungarn antwortete der gewesene ungarische Unterrichtsminister Geheimer Rat v. Berzeviczy:

— Meine Herren! Es sei mir gestattet, im Namen meiner ungarischen Kollegen unseren verbindlichsten Dank für die freundliche Einladung und die soeben vernommene herzliche Begrüßung auszusprechen. Wir betrachten diesen Ruf nach Wien als eine willkommene Gelegenheit, die in Budapest angeknüpften kollegial vertraulichen Besprechungen in etwas erweitertem Kreise fortzuführen. Wie ich schon in Budapest mit Zustimmung der dort versammelten Herren aussprechen zu können glaubte und wie dies auch aus den Äußerungen unserer verehrten Kollegen aus Oesterreich hervorgeht, haben diese Zusammenkünfte weder einen exklusiven noch einen aggressiven Charakter und verfolgen gar keine geheimen Tendenzen, weshalb ihre Ausdehnung durchaus nicht unerwünscht sein kann. Die Anregung zu diesen zwangslosen Besprechungen ist aus dem Bewußtsein hervorgegangen, daß die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des in diesem Kriege so glänzend bewährten Dualismus uns ebenso zu Gegnern der alten zentralistischen Reichsideen, wie zu Gegnern einer föderalistischen Zerstückung der Monarchie machen muß und daß den Trägern dieses Prinzips der rein dualistischen Gliederung dies- und jenseits der Leitha im politischen Leben der Monarchie die Führerrolle zukommt. Diese Ueberzeugung ist nicht eben an die deutsche und ungarische Nationalität, auch nicht an die Zugehörigkeit zu einem Parteiverband gebunden, sie muß jeden durchdringen, dem die zukünftige Sicherheit und Erstarkung der Monarchie am Herzen liegt. Die Zeitumstände machen aber eine Annäherung und eine Verständigung zwischen patriotisch-

gesinnten Oesterreichern und Ungarn auch von einem anderen Gesichtspunkte erwünscht, ja sogar notwendig. Die Zukunft wird hoffentlich eine lange Friedensperiode sein, welche die Grundlage der kräftigeren Entwicklung der zur Erzeugung der durch den langen Krieg verbrauchten wirtschaftlichen Kräfte und Werke bilden soll. Aber sie wird auch unstreitbar eine Periode des wohl organisierten wirtschaftlichen Kampfes gegen eine Welt von Gegnern sein müssen. Und der neue Ausgleich muß beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen. Er muß darum auch die Grundlage für ein festes und erprießliches wirtschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche schaffen. Die Erfahrungen des Krieges haben uns noch klarer als bisher die Wahrheit dessen vergegenwärtigt, daß durch den Ausgleich nicht ein Teil auf Kosten des anderen gekräftigt, sondern daß eben beide Teile auch wirtschaftlich stark sein müssen, denn nur dann werden wir den uns von allen Seiten drohenden Gefahren die Stirne bieten können. Der Ausgleich darf nun bei keinem der Kompozierten das bittere Gefühl der Hintanhaltung, der Beeinträchtigung hinterlassen. Eine freundschaftliche unmittelbare Aussprache zwischen maßgebenden Parlamentariern von hüten und drüben, ein gegenseitiges unvermitteltes Kennenlernen der Anschauungen kann, wie es auch mein geehrter Vordruder hervorhob, nur zweckdienlich sein und kann diesen erwünschten Sieg der gegenseitigen Billigkeit nur fördern und erleichtern. In der Hoffnung, daß jene Interessengemeinschaft, welche uns zusammengeführt hat, im Kreise der Deutsch-Oesterreicher ebenso allgemein anerkannt und gewürdigt werden wird, wie wir Ungarn sie ohne Parteiuerschied anerkennen und würdigen, erhebe ich im Namen meiner ungarischen Kollegen mein Glas auf das Wohl unserer verehrten österreichischen Kollegen und Gastgeber.

Nach dem Speisen blieben die Herren in lebhafter Unterhaltung noch lange beisammen.

Die Besprechungen der österreichischen und ungarischen Parlamentarier werden wahrscheinlich demnächst wieder fortgesetzt werden.

Zukunftspolitil.

Der Wiener Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier hat Nikolaus Szemere eine Begrüßung gewidmet, der wir folgendes entnehmen:

„Oesterreich und Ungarn werden die natürliche Brücke zwischen der germanischen und der turanischen (Deutsche, Ungarn, Bulgaren, Türken) — im weiteren Sinne der mohammedanischen — Welt bilden. Würden die Deutschen Oesterreichs, was ich aber selbstverständlich nicht annehmen kann, die hohe Bedeutung ihrer Mission sich nicht vor Augen halten, dann würde das Blut von Millionen heldenmütiger Soldaten umsonst geflossen sein und nicht den Ritt bilden zwischen Christentum und Islam. Die richtigen Gedanken kommen vom Herzen. Ich spreche als ungarischer Patriot aus inniger Liebe zu unseren deutschen Brüdern. Dieser Krieg schafft eine ganz andere Welt. Wir müssen allen Haß, alle Mißverständnisse der Vergangenheit und alle trennenden Momente vergessen, um uns vom Herzen als Brüder zu umarmen.“

Ein tschechisches Blatt gegen die tschechischen Verräter.

Prag, 25. März. Das tschechische Blatt „Vecer“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „In fremden Diensten“ einen Leitartikel, in dem es auf die glänzenden Beispiele der Treue, Liebe und Ergebenheit aller Nationen der Monarchie zu Vaterland und Herrscherhaus hinweist und fortführt:

Es ist schwer zu glauben, daß sich Leute finden, die in dieser großen, ernsten Zeit so tief sinken, daß sie, von unseren Feinden besoldet, eine Banditenpolitik treiben und bestrebt sind, für elende Groschen unser Volk in das ärgste Licht zu stellen und es zum Verräter zu stempeln. Und doch gibt es solche Leute, welche für einige Silberlinge das größte Vergehen aller Zeiten, Hochverrat, begehen. Ohne irgendwie dazu berechtigt zu sein, veröffentlichten sie namens des tschechischen Volkes Manifeste und versteckten sich hinter irgendein Exekutivkomitee. Während Hunderttausende von Tschechen tapfer ihr Leben für das bedrohte Vaterland und die Zukunft eines starken, nach allen Seiten unabhängigen neuen Oesterreich in die Schanze schlugen, trachten sie die Position des eigenen Volkes, wenn nicht zu schwächen, so doch zu schädigen durch phrasenhafte Manifeste, die ohne jede Logik die verworrensten Dinge verkünden. Es wird dem völlig uneingeweihten Auslande auseinandergesetzt, daß das tschechische Volk nichts angelegentlicher wünsche, als den Sieg des Bierverbandes. Die Schreiber dieser lügenhaften Manifeste sind so frech, zu behaupten, daß die Angehörigen des tschechischen Volkes im jetzigen Weltkriege wenigstens bestrebt waren, ihre

Pflicht gegenüber der Zivilisation zu erfüllen, und daß sie durch ihren passiven Widerstand Oesterreich desorganisierten und daß Oesterreich, wie sie weiter lügen, ausgehört hat, zu existieren. Der Hochverrat, dessen sich die Verfasser dieser Manifeste, die ehemaligen Abgeordneten Masaryk und Dürich, gegen ihr eigenes Volk durch ihre Tätigkeit im feindlichen Auslande schuldig machen, und die Helfershelfer, die gemeinsam mit ihnen ihr verbrecherisches Spiel treiben, öffnen dem tschechischen Volk die Augen. Wir sehen den Abgrund und schäudern. Solche Elemente haben sich im Frieden dem tschechischen Volk als Führer aufgedrängt, und als die Schicksalsstunde unseres Reiches kam, gingen sie schleunigst zu unseren Feinden über. Jetzt verdächtigen sie die Treue des eigenen Volkes, treten die Ehre des tschechischen Volkes in den Kot und begehen Verbrechen auf Verbrechen an den heiligsten Interessen der eigenen Stammesgenossen. Masaryk und Genossen haben für immer das Recht verloren, sich Söhne des tschechischen Volkes zu nennen. Mit diesen Agenten des Bierverbandes hat das tschechische Volk nichts gemein und kann es nichts gemein haben.

Der Eintritt der Sozialdemokraten in den Polenklub.

Unter dem Vorsitz Dr. v. Bilinski fand am 23. d. M. im Gebäude der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer eine Vollsitzung des reichsrätlichen Polenklubs statt, zu der sich 54 Mitglieder eingefunden hatten. Zunächst wurde Abg. Bomba in den Polenklub aufgenommen. Sodann wurde der Antrag des Klubobmannes betreffend den Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten: Dr. Emil Bobrowski, Ignaz Daszynski, Dr. Hermann Diamand, Sigismund Klemeniewicz, Dr. Hermann Liebermann, Dr. Sigismund Morek, Andreas v. Moraczewski und Thaddäus Neger einstimmig und debattelos angenommen. Nachdem die Aenderung der Klubstatuten in der Richtung beschlossen worden war, daß die Zahl der Obmannstellvertreter von 4 auf 5 und jene der Mitglieder der parlamentarischen Kommission von 7 auf 8 erhöht wurde, erschienen im Beratungssaal über Einladung des Klubobmannes die obgenannten Sozialdemokraten, den Abg. v. Moraczewski, der am Erscheinen verhindert war, ausgenommen.

Die Rede Dr. v. Bilinski.

Klubobmann v. Bilinski begrüßte die Erschienenen mit einer Ansprache, in welcher er zunächst betonte, daß der Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Polenklub den langjährigen Kämpfen ein Ende setzt, die zwischen dem Polenklub und den Sozialdemokraten, zuweilen vor einem fremden Forum, geführt wurden. „Euer Entschluß“, sagte Erzelenz v. Bilinski, „entsprang rein patriotischen Motiven. In dem geschichtlichen Momente, in welchem das Schicksal unseres Vaterlandes entschieden wird, darf sich keine Partei von der gemeinsamen Arbeit fernhalten und man darf auch keine Partei von dieser Arbeit ausschließen. Die polnische Frage wird sich nach außen und innen hin ganz anders gestalten, wenn wir nicht gespalten, aber einig dastehen werden. Durch den Eintritt in den Polenklub habt ihr euch um das Vaterland verdient gemacht und das wird euch von der Geschichte als ein großes Verdienst angerechnet werden. Nicht minder groß ist aber auch das Verdienst des Polenklubs, daß er die Vergangenheit vergessen hat und euch zur Mitarbeit zum Wohl der Nation einlädt. Die Kollegen Sozialdemokraten werden Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß auch im Polenklub die Herzen warm für das allgemeine Wohl der Nation, für die Interessen jeder einzelnen Volksschicht schlagen. Der Polenklub wieder wird sich wohl überzeugen können, daß die neuen Kollegen nicht den Standpunkt der internationalen anationalen Organisation einnehmen, sondern gleich den anderen Mitgliedern des Polenklubs von heißer Vaterlandsliebe befeuert sind. In dieser Liebe vereint, kennen wir keinen anderen als nur den polnischen patriotischen Standpunkt.“ Zum Schluß seiner Ausführungen gab Dr. v. Bilinski der Hoffnung Ausdruck, daß sobald die Wünsche der Polen in Erfüllung gegangen sein werden, die Vaterlandsliebe alle Parteien an der gemeinsamen Werkstätte der nationalen Arbeit vereinen wird.

Die Erklärung Daszynskis.

Abg. Daszynski, der sodann das Wort ergriß, verlas eine Erklärung, in der es heißt: „Die polnischen sozialistischen Abgeordneten geben, indem sie im Auftrage ihrer Parteivertretung dem Polenklub des österreichischen Abgeordnetenhauses beitreten, folgende Erklärung ab: Wir führen den Beschluß der Parteivertretung in dem Bewußtsein durch, daß dieser Schritt die Kraft des ganzen polnischen Volkes während des Krieges, dessen Schlachtfeld beinahe unser ganzes Land bildet, potenzieren wird. . . . Von dieser Grundsache geleitet, sind wir am 16. August 1914 dem Obersten Polnischen Nationalkomitee beigetreten und diese selben Grundsätze leuchten uns auch gegenwärtig voran, wenn wir uns, dem Laufe der Geschehnisse folgend, mit den im Polenklub bestehenden Parteien vereinen. . . . Durchbrungen von Verehrung und Dankbarkeit für das Heldentum der polnischen Legion, werden wir alle unsere Kräfte anspannen, damit der edle Stolz des polnischen Soldaten. . . und seine kriegerische Bereitschaft unberührt bleiben. Wir treten dem Polenklub nicht als einer politischen Organisation bei, wir wollen ein solidarisches Ganzes der Vertretung des in den Grenzen Oesterreichs lebenden polnischen Volkes schaffen. Diese Solidarität soll verkünden, daß die Vereinigung des ganzen Volkes in den Zeiten des Krieges ein unverbrüchliches Gebot polnischer Staatsweisheit bilde, alle Polen verpflichtend. Zudem wir das Banner unserer Partei, auf keine unserer leitenden Ideen verzichtend, hochhalten, gegen wir

den Wunsch, daß das polnische Volk und mit ihm die ganze Welt unsere Fahne in den vereinten polnischen Reihen flattern sehe, daß es verständlich werde, daß der polnische Sozialismus nach Befreiung des Volkes von fremder Uebermacht strebe, daß er bereit sei, die größten Opfer zu bringen zur Erreichung der Hauptbedingung normaler Entwicklung zivilisierter Völker. . . . Wir werfen auf die Wagschale der historischen Ereignisse das teuerste unserer Güter: unsere ihres Zieles bewußte Arbeit. Wir suchen nicht nach Privilegien, wir erstreben keine Vorteile für unsere Partei, wir wollen nur eine Ordnung auf polnischer Erde, die dem Leben und der Entwicklung eines zivilisierten Zwanzigmillionenvolkes in Europa entspricht.“

Anschließend an die obige Erklärung wies Abgeordneter Daszynski darauf hin, daß der Entschluß der Sozialdemokraten, die nie den Weg der Pflicht verlassen haben, der Liebe zu ihrer Nation entsprungen ist. Man wollte behaupten, daß die Einigkeit unter den Polen stets eine Chimäre und Täuschung bleiben wird. Diejenigen, die das behaupten, verkennen die Tatsache, daß wir gereift sind, daß wir im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie in Galizien seit einem halben Jahrhundert eine Selbstverwaltung und seit zehn Jahren das allgemeine Stimmrecht hinter uns haben. Wir haben hinter uns ein Jahrhundert voller Leiden, unter welchen man reif wird. Die Massen können aber nur unter günstigen Verhältnissen reif werden; und diese Verhältnisse verdanken wir Oesterreich.

Sowohl die Rede Dr. v. Bilinski wie jene Daszynskis wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es folgten sodann die Wahlen. Zum fünften Obmannstellvertreter wurde Abg. Daszynski einstimmig gewählt. In Stelle des Grafen Starbel, der auf die Würde des Obmannstellvertreters verzichtet hat, wurde Doktor Głombinski zum Obmannstellvertreter gewählt.

27. III. 1916

**Fortsetzung der wirtschaftlichen
Ministerberatungen.**

Budapest, 27. März. (Privat.) Die „Bud. Corr.“ meldet: Die Konferenzen über wirtschaftliche Fragen, die in der vorigen Woche eine kurze Unterbrechung erfahren hatten, werden heute in Budapest zwischen den wirtschaftlichen Ressortministern der österreichischen und der ungarischen Regierung fortgesetzt werden. Zur Teilnahme an diesen Konferenzen sind heute früh hier eingetroffen Ackerbauminister Dr. Jenker und Handelsminister Dr. v. Spitzmüller in Begleitung zahlreicher Fachreferenten, während der Finanzminister Dr. R. v. Leth gleichfalls in Begleitung von mehreren Fachreferenten seines Ministeriums mit dem Mittagszuge in Budapest eintrifft. Die Beratungen werden am Nachmittag unter Teilnahme des ungarischen Finanz-, Handels- und Ackerbauministers ihren Anfang nehmen und wahrscheinlich bis morgen abends dauern.

28. III. 1916.

**Kein Eintritt des polnischen Zentrums in
das polnische Nationalkomitee.**

Wien, 28. März.

Wie der Krakauer „Kurjer Godzienny“ von angeblich verlässlicher Seite erfährt, hat das Herrenhausmitglied Fürst Witold Czartoryski namens des polnischen Zentrums, dessen Obmann er ist, an den Obmann des Polenklubs Ritter v. Bilinski eine Zuschrift gerichtet, in der er mitteilt, daß das Zentrum nicht in der Lage sei, in das Oberste polnische Nationalkomitee wieder einzutreten. Der Fürst motiviert ausführlich diese Absage und hebt insbesondere hervor, daß das Zentrum sich entschieden der Einmischung des Obersten polnischen Nationalkomitees in die inneren Angelegenheiten des Königreiches Polen widersetzt, da die Aufgabe dieses Komitees in dem für die polnische Nation entscheidenden Moment eine überaus schwierige und höchst verantwortungsvolle ist.

Nach den Informationen des „Kurjer Godzienny“ soll die Haltung des Zentrums in polnischen Kreisen einen tiefen Eindruck hervorgerufen haben und man dürfe annehmen, daß diese Angelegenheit in der Vollversammlung der polnischen Abgeordneten, die am 15. April in Krakau zum Behufe der Neukonstituierung des Obersten polnischen Nationalkomitees stattfinden soll, zur Sprache gelangen werde.

28. III. 1916

*(Der wirthschaftliche Ausgleich mit Oesterreich.) Die Verhandlungen über wirthschaftliche Fragen, die in der vorletzten Woche eine kurze Unterbrechung erfuhren, wurden heute zwischen den Ressortministern der ungarischen und der österreichischen Regierung unter Einbeziehung der Fachreferenten in *B u d a p e s t* fortgesetzt. Zur Theilnahme an diesen Berathungen sind der österreichische Handelsminister Dr. Alexander v. Spitzmüller und Ackerbauminister Franz Zenter in Begleitung ihrer Sectionschefs und Fachreferenten heute Früh, der österreichische Finanzminister Karl Ritter v. Veth, begleitet von drei Fachreferenten seines Ministeriums, Mittags in *Budapest* eingetroffen. Die Berathungen der österreichischen Minister mit ihren ungarischen Amtskollegen nahmen Vormittags 11 Uhr im Finanzministerium ihren Anfang und wurden nach einer kurzen Mittagspause am Nachmittag fortgesetzt. An den Berathungen nahmen ungarischerseits theils Finanzminister Dr. Johann v. Teleky, Handelsminister Baron Johann Sarkányi, Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány, Ackerbausekretäre Ivan v. Dittl, Wilhelm v. Lers, Alexius v. Pap und Gabriel v. Madarassy, sowie zahlreiche Fachreferenten. Die Konferenzen dürften auch den morgigen Tag in Anspruch nehmen.

Deutschböhmischer Parteitag in Aussig.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Aussig, 26. März

In der so herrlich am Elbestrande gelegenen Industrie- und Großhandelsstadt Aussig fand heute nachmittags im Saale des Dampfschiffgasthofs die diesjährige Generalversammlung des Christlich-sozialen Verbandes für Deutschböhmen statt, die trotz Einberufung zahlreicher Verbandsmitglieder zur Arme eines befriedigenden Besuches aufwies. An der Versammlung nahmen unter anderem teil: Excellenz Dr. G e s m a n n, Abg. Doktor M a t a j a, als Redner der Tagung von der Versammlung stürmisch begrüßt, Kanonikus Z i m m l e r (Aussig), Fabriksdirektor P o h l (Aspenau), Dechant U s l e r (Tetschen), Handelschulzesherr B o b e k (Reichenberg), Professor Dr. W e b e r, Prof. Dr. R i c h l (Tetschen), S e i s (Besitzer der Sidawerke in Tetschen) usw. Begrüßungen waren eingelaufen aus Tepl, Hohenfurt usw. Den Vorsitz der Generalversammlung, die von 1 bis 3 Uhr nachmittags anberaunt war, führte der Verbandspräsident und gewesene Landtagsabgeordnete Herr J. B ö h r, der zunächst die beiden Redner und die aus nah und fern erschienenen Mitglieder begrüßte. Redner stellt fest, daß Tausende aus den Reihen der Verbandsmitglieder unter Waffen stehen, ein gewiß starker Grund war, um die Versammlung nicht in ein noch größeres Lokal einberufen wurde.

In den Ausschuss des Verbandes wurden fürs neue Jahr gewählt die Herren: J. B ö h r, Redakteur R. K z i h a, Redakteur J. G ü r t l e r, Professor B. S i l l e, Buchdruckereibesitzer Ed. B a j a n d, Buchhalter, P. G l a n z, Kaufmann F. W o b l (sämtlich in Warnsdorf), Fabrikant Joh. S t e p h a n aus Freiheit und als Ersatz: Herr Frz. F r i n d, Sekretär Ad. R ö t t i g, Obermaschinenmeister W. R ö s l e r.

Nach dem von Herrn Generalsekretär R. K z i h a erstatteten Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht wurden vom Sekretariat des Verbandes rund 54.000 Druckschriften, 8000 Einladungen, 2000 Werbekarten, 2346 Kalender usw. versendet. Der Verband umfaßt 229 Organisationsgruppen mit 446 Vertrauensmännern. Im ganzen wurden 20 Versammlungen abgehalten, zu denen noch die von den Sekretären von Plan und Leitmeritz durchgeführt wurden. Bezüglich der Presse erwähnt Generalsekretär K z i h a, daß das von Warnsdorf in Aussicht genommene christliche Tagblatt bis jetzt nicht verwirklicht werden konnte, daß aber ein wenn auch ganz kleines Tagblatt inzwischen für Südböhmen im „Landbote“ (Krumman) geschaffen wurde. Der Präsident macht auf weitere Pressefortschritte in Deutschböhmen aufmerksam, auf die Erweiterung der zweimaligen Ausgabe der Warnsdorfer „Oesterreichischen Volkszeitung“ zur viermaligen Ausgabe und auf die noch im Flusse befindliche Ausgestaltung der christlichen Familienzeitschrift „Immergrün“, die mit September l. J. in neuem schönen Gewande erscheinen soll. — Der vom Buchhalter Herrn Fr. F r i n d erstattete R a s s e n b e r i c h t wurde von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Kurz nach Schluß der Generalversammlung wurde

die öffentliche Versammlung

eröffnet, die einen so zahlreichen Besuch aufwies, daß auch zwei Nebenlokale geöffnet werden mußten. An weiteren Gästen waren u. a. erschienen: Herr Doktor D o n a t, Dr. F e i e r f e i l, Statthalterrat S a c h s, Oberoffizial F i s c h e r und Postoberinspektor G e r.

Stürmisch begrüßt wurde Excellenz Dr. G e s m a n n, als er ans Rednerpult trat. Er erinnert, daß er gerade vor einem Jahre auf der großen Verbandsversammlung in Schluckenau über den Weltkrieg gesprochen habe; seit dieser Zeit habe sich die Kriegslage für die Mittelmächte ganz bedeutend gebessert, so daß heute die Hoffnung voll auf berechtigt ist, daß der an Ueberraschungen so reiche, so erbittert geführte Krieg mit einem vollen Siege der mitteleuropäischen Staaten und ihrer Verbündeten endigen werde. Redner vergleicht in interessantem Hinweise die kriegerische Lage vom März 1915 mit der jetzigen. Die eigentliche Urheberin dieses furchtbar opferreichen Krieges ist nach den in Brüssel ausgesandenen Dokumenten bestätigten Tatsachen in England zu suchen. Redner beleuchtet die geradezu verbrecherische Art, wie der jetzige Lord Northcliff in der von ihm in England selbst und im Auslande aufgelaufenen, beziehungsweise neu geschaffenen Zeitungen die Kriegsstimmung Englands, Italiens, Rußlands seit Jahren immer maßloser gegen Deutschland und Oesterreich aufstachelte. Speziell Italien wäre ohne die Aufstachelung seitens der von England und Frankreich beeinflussten Presse nicht so blindwütig gewesen, um sich in diesen Krieg zu stürzen. Für den Krieg waren eigentlich nur die Irredentisten der Lombardei und Venetiens, während die weitaus meisten Senatoren und Abgeordneten, namentlich jene aus Mittel- und Südtalien, erst durch den unerhörtesten Terrorismus der ausländischen Presseheher und ihrer bezahlten Straßendemonstranten zu unfreiwilligen Fasagern für den Krieg gemacht wurden. Was die weiteren Entwicklungen des Krieges betrifft, kann man nach den bisherigen zwanzigmonatigen Erfahrungen und nach dem Ergebnisse der jüngsten Kämpfe im Westen, Osten und Süden mit allem Rechte hoffen, daß unsere Gegner in dem so frivol eingefädelten Weltkrieg mit entsetzlichen Verlusten den Kürzeren ziehen werden, um so sicherer als unsere

Versammlung der Parteitag in Aussig.

neuen Verbündeten, die Bulgaren und Türken, sich als äußerst wertvolle Mitkämpfer erweisen. Redner bespricht dann die Bedeutung des Unterseebootkrieges. Oesterreich-Ungarn, — — — seine Artillerie auf eine solche Höhe brachte, daß sie heute mit der reichsdeutschen Artillerie allen anderen Kriegsmächten der Welt überlegen sei, hat auch in finanzieller Hinsicht eine Stärke gezeigt, die weder Freund noch Feind ihm zugetraut hätte. Redner schließt mit dem Wunsche, daß alle Oesterreicher ohne Unterschied der Partei, der Religion, des Standes die bis zum Enderfolge noch notwendigen Opfer in Geduld und im Vertrauen auf bessere Zeiten bringen. (Langanhaltender Beifall.)

Als Seelsorger der Stadt Aussig begrüßt Herr Kanonikus **Zimmer** die Versammlung.

Begrüßungstelegramme waren eingelangt von **Abt Pammer**, **Dr. Strunz**, **Dechant Reiffa**.

Abg. Dr. Mataja, mit lautem Beifall begrüßt, bespricht die Vorgeschichte dieses Krieges und die Kolonialvereinbarungen zwischen England, Frankreich, Rußland und Japan, welche Vereinbarungen neben national-egoistischen Interessen direkt einen deutschfeindlichen Charakter trugen, ja Deutschland und seine Mitgeher von jeder weiteren Ausdehnung in den Ueberseegebilde auszuschalten suchte.

Man müsse immer wieder hervorheben, was Oesterreich-Ungarn in diesem furchtbaren Ringen geleistet hat an Heldennut, durch die Schaffung und glänzende Verwertung unserer 325-Zentimeter-Motorhaubitzen in Flandern, Nordfrankreich, in den Karpathen, in Rußland, auf Gallipoli, in Serbien usw., sorgen wir aber auch, daß unser Vaterland die Früchte dieser großen Opfer genieße: die Herbeiführung einer zweckentsprechenden Verwaltung, einer gerechten Steuerpolitik, die Herbeiführung eines geordneten, arbeitswilligen Parlamentarismus. Soll aber die Zukunft Oesterreich-Ungarns wirklich auf einer soliden Grundlage aufgebaut werden, dann darf der religiöse Unterbau, die Pflege der Gewissenhaftigkeit nicht fehlen. Die Religion, das positive Christentum müsse wieder Einfluß gewinnen im Erwerbs- und Wirtschaftsleben, in der Sozialpolitik, in dem ganzen Volks- und Staatsleben, nur das positive Christentum wird uns davor sichern können, daß die Dinge nach dem Kriege nicht ärger werden als vor dem Kriege, nur das Christentum wird die Blüten, die im Kriege sich entfaltet, zu gesunden Früchten reifen lassen und sie vor der inneren Fäulnis bewahren. (Lange anhaltender Beifall.)

Hierauf hielt der Dominikaner **P. Jnozenz** aus Aussig eine zündende Ansprache, in welcher er seiner Freude Ausdruck gab, daß diese Versammlung alle seine Erwartungen weit übertroffen habe. — An die Kabinettskanzlei Sr. Majestät des Kaisers wurde ein Guldigungstelegramm abgefaßt.

Nach der Annahme der vorgelegten Resolutionen wurde die glänzend verlaufene Versammlung mit dem Rufe „Auf Wiedersehen nach dem glücklich errungenen endgültigen Siege!“ geschlossen.

In den

drei Entschlüsse,

die von der Versammlung einhellig angenommen wurden, heißt es: „Die Generalversammlung erneuert den Ausdruck patriotischer Treue zu Kaiser und Reich, preist mit Gefühlen heiligen Stolzes unsere im größten Völkerringen aller Zeiten treubewährte und ruhmbedeckte i. u. f. Armee und ihre Führer; sie gedenkt auch der vom Feinde so gesürchten Helden unserer Kriegsmarine und widmet nehmutsvolles trauer Gedenden den auf dem dreifachen Felde der Ehre gefallenen Söhnen unseres Vaterlandes und insbesondere allen denen, die im Leben zur patriotischen Fahne der christlichsozialen Partei gestanden. Sie erhofft mit vollster Zuversicht das siegreiche Hervorgehen der verbündeten Mittelmächte aus dem weltbefreienden Kampfe mit unseren Feinden; sie fordert gleichen Sinnes mit den Christlichsozialen der übrigen Länder alle Faktoren im Staate auf, durch Schaffung weitestgehender sozialer Maßnahmen die Wunden des Krieges im Familien- und Volksleben nach Möglichkeit zu heilen und insbesondere durch baldige Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, durch Errichtung von Kriegerheimstätten, durch geeignete Vorprogen für die Verbundenen oder an ihrer Gesundheit geschädigten heimkehrende Krieger die Dankeschuld des Vaterlandes abzutragen.“

Die Generalversammlung stimmt den auf dem christlichsozialen Parteitag am 15. und 16. Dezember 1915 in Wien gefaßten Beschlüssen betreffend die innere staatsrechtliche, politische Ausgestaltung des k. u. k. Reiches.

alten Forderungen bezüglich der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit der Deutschen in Böhmen und hinsichtlich der deutschen Sprache als oberster staatlicher Verkehrs- und Verständigungssprache für Meer und Verwaltung.

Die Generalversammlung stellt neuerdings mit freudiger Genugtung die vollste Verwirklichung des christlichsozialen Programms im Weltkrieg fest, in welchem andere vielfach umlernen mußten; sie betont die Unerläßlichkeit der christlichen Religion und Sitte als Grundlage für das Wohl der Völker und Staaten und fordert zum Kampfe wider die Unmoralität und Verrohung auf; das christliche Sittengesetz muß auch im Wirtschaftsleben zur allgemeinen Geltung kommen, der Wucher und die großkapitalistische Ausbeutung auf allen Gebieten bekämpft werden. Zur Bedeckung der durch die Kriegskosten und sozialen Institutionen erwachsenden Staatsauslagen sollen in erster Linie und einem der Gerechtigkeit vollentsprechenden Maße das Großkapital, vor allem aber die beträchtlichen Kriegsgewinne herangezogen werden nach dem Grundsatz der progressiven Einkommensteuer.

Ueber die auf der Aussiger Tagung der deutsch-böhmischen Christlichsozialen in betreff der Autonomie-

frage bekundete Auffassung teilt die „Korr. Austria“ in ihrem Berichte über die Generalversammlung noch folgendes mit:

Neben den Organisationsfragen besaß die Erörterung der Frage der Länderautonomie politische Bedeutung und nahm den Hauptteil der Erörterung in Anspruch. Beide Vorberatungen erklärten sich mit der Stellungnahme und den Richtlinien des Reichsparteitages vom Dezember in den verschiedenen aktuellen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen einverstanden und genehmigten die damals aufgestellten Grundsätze. Gegenüber einzelnen Versuchen, betreffend die Auffassung der Autonomiefragen, zwischen den Deutschen Gegensätze zu konstruieren, wurde dargelegt, wie unberechtigt und unbegründet dieses Bestreben sei. Einhellig wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, sowohl in der Vorberatung des Parteivorstandes als auch in der der Landesvertrauensmänner, daß die weitere Entwicklung der Landesautonomie in Böhmen mit besonderer Berücksichtigung der einzuführenden Kreisvertretungen auf national getrenntem Boden zu erfolgen habe. Die Christlichsozialen unterstützen die Forderungen nach nationaler Selbstverwaltung nachdrücklichst, sie verlangen die Ausgestaltung der Landesautonomie Böhmens im Wege der gesetzlichen Festlegung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen, sie fordern die nationale Abgrenzung und Kreiseinteilung und wissen sich in diesen grundsätzlichen Forderungen eines Sinnes mit den übrigen bürgerlichen Parteien Deutschböhmens. Es ist ihnen ja nur zu bekannt, daß die nationale Abgrenzung schon im Jahre 1884 von **Dr. Herbst** verlangt wurde, während 1885 **Doktor Plener** die Schaffung der national einheitlichen Verwaltungskreise begehrte. 1889 verlangten die Abgeordneten **Dr. Mattus** und **Kieger** gleich den Deutschliberalen die Einführung der nationalen Kreisverfassung für Böhmen. Es handelt sich hier also um alte Kardinalforderungen, aus denen sich keine Gegensätze ergeben können.

Das deutsche Parteiprogramm.

Wie von der Hauptleitung der Vereinigten Deutsch-nationalen Wiens mitgeteilt wird, besteht die Absicht, in den nächsten Wochen in allen Wiener Bezirken Versammlungen abzuhalten, in denen zu dem in den Kreisen des Deutschen Klubs in Wien ausgearbeiteten Programm „Die Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege“ Stellung genommen werden wird. Dieses Programm liegt in einer endgültigen Fassung jetzt noch nicht vor und wird von seinen Verfassern nach einer letzten Anfang April stattfindenden Aussprache der Öffentlichkeit übergeben werden.

Wie das Organ der deutschradikalen Partei in Wien hiezu meldet, wurde zwischen der deutschradikalen Partei und dem Deutschen Klub bereits das Einvernehmen geschlossen. Weiter meldet das deutschradikale Blatt, daß an der Aussprache Ende April voraussichtlich auch der Deutsche Nationalverband teilnehmen wird.

Am Samstag hat beim „Wilden Mann“ in Währing eine Sitzung der Vereinigten Deutschnationalen Organisation in Währing stattgefunden, auf der eine Reihe von Rednern, so die Reichsrats-Abgeordneten Dr. Pollauf und Doktor Waber, ferner Professor Dr. Mittermann (Krems), Dr. Ernst Sempel u. a. sprachen, und auf der gleichfalls durch eine Entschließung zum Programme des Deutschen Klubs Stellung genommen wurde.

Die Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier in Wien.

Ueber die Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier in Wien, über die wir bereits ausführlich berichtet haben, wird noch von einer den deutschen Parteien nahestehenden Korrespondenz mitgeteilt:

Am 24. d. abends traf sich eine Anzahl von Herren im Hotel Sacher, dem Absteigquartier einiger ungarischer Politiker; es waren von ungarischer Seite erschienen: Graf Apponyi, Leo Lanczy, v. Miklos, Szterenyi, Dr. Weyerle und Graf Madar Zichy. Von österreichischer Seite hatten der Einladung Folge geleistet die Herrenhausmitglieder Freiherr v. Beck, Dr. Baernreither, Erner, Ginzkey, Marchet, Dr. Klein, ferner die Reichsratsabgeordneten Bacher und Dr. Urban und der Vertreter des niederösterreichischen Großgrundbesitzes Baron Ehrenfels.

Beim Nachtmahl sprach Geheimrat v. Berzeviczy auf die Desterreicher, in deren Namen Dr. Baernreither antwortete.

Am 25. d. mittags versammelten sich die österreichischen und ungarischen Parlamentarier, die auf Einladung des Obmannes

des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß erschienen waren, im kleinen Saal des Grand Hotel zu einer zwanglosen, unverbindlichen Besprechung, an der 10 ungarische Parlamentarier als Vertreter der verschiedenen Parteien des ungarischen Reichstages und von österreichischer Seite 3 Herrenhausmitglieder, der Präsident des Abgeordnetenhauses und 7 weitere Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes, ferner 4 Christlichsoziale und 1 Vertreter des deutschen Zentrums sowie 1 Wiener freiwirtschaftlicher Abgeordneter teilnahmen.

Besonders bemerkenswert ist das Erscheinen der Vertreter der christlichsozialen Partei, die durch die vier Abgeordneten Dr. Freiherr v. Fuchs, Doktor Mataja, Josef Schrafl und Josef Stöckler repräsentiert war. Eine Reihe von Abgeordneten, österreichische sowohl wie ungarische, hatten sich aus privaten Gründen entschuldigen lassen, so unter andern Landmarschall Prinz Liechtenstein und Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Beim gemeinschaftlichen Mahl begrüßte Abg. Dr. Groß die Erschienenen namens der Desterreicher, worauf Geheimrat von Berzeviczy namens der Ungarn seinen Dank für die Einladung aussprach und in einer bemerkenswerten, vom Gedanken des Dualismus geleiteten Rede der Hoffnung Ausdruck gab, daß jene Interessengemeinschaft, welche die österreichischen und ungarischen Parlamentarier zusammengeführt hat, im Kreise der Deutschösterreicher ebenso allgemein anerkannt und gewürdigt werden wird, wie sie die Ungarn ohne Parteiunterschied anerkennen und würdigen.

Die Ansprachen der beiden Herren wurden lebhaft afflamiert. Nach dem Essen blieben die Herren noch längere Zeit in zwangloser Aussprache beisammen und unterhielten sich über die beide Staaten betreffenden wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen.

Die Teilnehmer an dieser Zusammenkunft sind über den Verlauf derselben in jeder Richtung zufrieden. Obwohl dieses Zusammensein nur eine unverbindliche Aussprache im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung bezweckte, ist doch der Tatsache, daß sich die führenden Politiker beider Staaten über eine Reihe gemeinsam zu behandelnder Fragen, so den österreichisch-ungarischen Ausgleich, das Wirtschaftsbündnis mit dem Deutschen Reiche, ferner über die Polenfrage und über eine Reihe wirtschaftlicher An gelegenheiten, auszusprechen in der Lage waren, der entsprechende Wert beizumessen. Bei den Parlamentariern beider Staaten war das aufrichtige Bestreben vorhanden, in diesen verschiedenen Fragen die gemeinsamen Richtlinien zu finden, die zu ihrer beide Teile befriedigenden Lösung führen sollen.

Eine Stimme aus dem Herrenhause.

Von einem führenden Mitglied des Herrenhauses wird uns geschrieben:

„Nicht bloß von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, sondern auch von Mitgliedern des Herrenhauses wurde der Gegenbesuch, den ungarische Staatsmänner in Wien abstatteten, zu einer geselligen Zusammenkunft benützt, um eine Aussprache über die politische Situation, über die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen der Donaumonarchie und Deutschland usw. zu pflegen. Auf Einladung des Herrenhausmitgliedes Dr. Josef Maria Baernreither brachten die Herren aus Ungarn, und zwar die gewesenen Minister Graf Apponyi, v. Weyerle, die Grafen Madar und Johann Zichy, dann die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Geheime Räte Berzeviczy, Miklos, Szterenyi und Präsident Lanczy, den Abend des 24. d. mit einer gleichen Anzahl von österreichischen Politikern in einem Salon des Hotels Sacher zu. Die meisten der anwesenden österreichischen Politiker gehörten der Gruppe der Verfassungspartei des Herrenhauses an. Im Laufe der lebhaft geführten Besprechung wurde beschlossen, solche gesellschaftliche Zusammenkünfte zu wiederholen, da die Begegnung dieser angesehenen Staatsmänner zu einer gegenseitigen Annäherung in den Auffassungen zu führen geeignet erscheint.“

Die Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier in Wien

Ungarische Teilnehmer über das Resultat der Zusammenkunft.

Budapest, 26. März. (Privattelegramm.) Die ungarischen Politiker, welche am samstägigen Diner in Wien teilgenommen haben, sind bereits in Budapest eingetroffen und äußern ausnahmslos ihre Befriedigung über den Verlauf der Zusammenkunft und der Diskussion, welche sich bei dieser Gelegenheit entwickelt hat. Alle betonen mit dem größten Nachdruck, daß es sich selbst bei den vertraulichen Besprechungen um einen rein privaten Ideenaustausch gehandelt hat, welcher eigentlich nur eine gemeinschaftliche Annäherung bezweckte, da keiner der anwesenden Politiker von seiner Partei mit einem Mandat ausgestattet war. Man will auch in Zukunft Gelegenheit suchen, um die freundschaftlichen Bande, die bei den ersten zwei Zusammenkünften geknüpft wurden, enger zu gestalten, damit gemeinsames Vertrauen leicht bei späterer Gelegenheit zu einer politischen Verständigung in wichtigen Fragen führen kann. Die Vorbedingungen, welche jedoch zu weiteren Zusammenkünften führen sollen, müssen vorhergehend genau festgestellt werden. Mit dem größten Nachdruck muß betont werden, daß diese Zusammenkünfte keinerlei Resultate ergeben haben, die eventuell vor die Parteien gebracht werden sollen, denen die Teilnehmer angehören, und daß dies auch nicht beabsichtigt war. Die persönliche Fühlungnahme der ungarischen und der österreichischen Politiker wird allgemein begrüßt, doch darf man nicht glauben, daß sie vorderhand zu irgendwelchen politischen Folgerungen Anlaß geben könnten.

Von den ungarischen Teilnehmern an der Zusammenkunft äußerten sich nach dem samstägigen Diner einige führende Persönlichkeiten in interessanter Weise. Graf Karl Rhuens-Hedervary erklärte folgendes:

„Ich halte es für eine glückliche Idee, daß österreichische und ungarische Parlamentarier zusammenkommen, und ich erwarte, daß wir durch persönliche Fühlungnahme uns in Zukunft besser verständigen werden, was sowohl für Oesterreich als für Ungarn von hohem Wert und Interesse ist. Natürlich wurde auch über die Ausgleichsfrage gesprochen, doch ob ein langfristiger oder ein kurzfristiger Ausgleich geschaffen werden soll, hängt von den weiteren Bedingungen ab. Obwohl ein längerer Ausgleich für die wirtschaftliche Entwicklung günstig ist, würde er nicht genügen, wenn die übrigen Bedingungen den Wirtschaftsinteressen Ungarns nicht entsprechen würden. Ueber unser wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland zu sprechen, ist verfrüht, ehe der Ausgleich mit Oesterreich nicht zustandegebracht wurde. Der muß unbedingt früher abgeschlossen werden.“

Graf Albert Apponyi sagte: „Unsre Zusammenkünfte haben den Zweck, eine gegenseitige Orientierung herbeizuführen, wobei bloß individuelle Anschauungen laut werden, denn niemand hat von seiner Partei eine Vollmacht erhalten. Es ist jedenfalls erfreulich, daß die österreichischen Herren den Dualismus und die Selbständigkeit des ungarischen Staates ohne Hintergedanken anerkennen, und wir pflegen mit jenen, die in diesem Zeichen eine Annäherung anbahnen, gern einen Ideenaustausch, denn die Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns wird desto sicherer und vollkommener, je vollständiger die Selbständigkeit und der nationale Charakter aller Institutionen Ungarns ausgebaut werden. Das bedeutet keine Unabhängigkeitspolitik, sondern einzig und allein die Geltendmachung einer These, hinsichtlich welcher in Ungarn eigentlich kein Unterschied der Ansichten besteht und deren Nichtgeltendmachung die ungarische Politik zu einem peinlichen Fortwurseln macht, hauptsächlich für jene, die gezwungen sind, sie in der Praxis zu lenken.“

Graf Apponyi erklärte schließlich, er halte einen langfristigen Ausgleich bloß auf Grundlage der wirtschaftlichen Selbständigkeit Ungarns für diskutierbar. Ohne diese Bedingung würde

dieser eine Verletzung des Gehehrtitels XII vom Jahre 1867 bedeuten. Was die wirtschaftliche Annäherung zu Deutschland betrifft, so billige er sie ebenso wie jede Vertiefung des Bündnisses, doch nur dann, wenn unsre staatliche und wirtschaftliche Selbständigkeit dadurch nicht geschädigt wird. Man müsse die wirtschaftliche Annäherung machen, doch gut machen.

Graf Madar Zichy gab seiner Freude Ausdruck, daß die Begegnungen zustande gebracht werden konnten, zumal durch den Weltkrieg neue Ideen, neue Kräfte und neue Interessen politische Geltendmachung suchen und es notwendig sei, daß Eifersüchteleien und Mißtrauen zwischen Oesterreichern und Ungarn aufhören. Es müsse zur allgemeinen Ueberzeugung werden, daß es das Interesse der Monarchie ist, daß beide Staaten wirtschaftlich kräftig sein mögen.

Das Deutschtum in Ungarn und Mitteleuropa.

Von Josef Diner-Dénes (Budapest.)

Die Lehren des Krieges zu ziehen hatte auch ich derzeit für eine der wichtigsten Aufgaben aller sozialdemokratischen Politiker. Und daß hierbei für uns in Oesterreich-Ungarn neben den rein proletarischen Fragen die Ueberprüfung der Nationalitätenfrage in vorderster Linie steht, ist nur recht und billig. Die Erkenntnis, daß der Nationalitätenstaat im allgemeinen und die Nationalitätenstaaten Oesterreich und Ungarn im besonderen in diesem Kriege ihr Daseinsrecht, ja ihre Daseinsnotwendigkeit bezeugt haben, ist nicht mehr abzutun. Für uns in Ungarn stand übrigens bezüglich Ungarns diese Erkenntnis längst außer Frage.

Scharf und rücksichtslos bekämpften wir allezeit die Politik der in Ungarn herrschenden Schicht. Ebenso scharf bekämpften wir auch nicht nur, daß sie für sich allein den ungarischen Staat ausbeutet — das tun ja auch andere nationale Bourgeoisien —, sondern mehr noch, daß sie allein Form und Inhalt des ungarischen Staates bilden will. Aber Daseinsrecht, ja Daseinsnotwendigkeit des Nationalitätenstaates Ungarn, und zwar in seiner besonderen Form als Nationalstaat, haben wir nie bezweifelt und darum auch nie bekämpft. Und das gleiche gilt auch für die Nationalitäten Ungarns. Daß es bei allen diesen Nationalitäten Intellektuelle gab, die „in Irredenta“ machten, ist allerdings wahr; aber nicht minder wahr ist es, daß die führenden Politiker der Nationalitäten nicht sich und ihre Volksgenossen aus dem ungarischen Staate hinaus haben, sondern vielmehr innerhalb desselben sich und diesen ein Geltungsgebiet schaffen wollten. In viel früheren Zeiten mögen vielleicht auch in den Köpfen der Nationalitätenpolitiker irredentistische Gedanken herumgespukt haben, aber seit etwa einem Vierteljahrhundert sind es nur die Komitatsgewaltigen in den Randgebieten, die von Zeit zu Zeit wieder den Panславismus, Panromanismus und Pangermanismus in Ungarn entdecken und totschiagen, um sich so Verdienste um Staat und Nation zu erwerben und damit ihre Schandverwaltung zu verhüllen.

Dieser ganz reale und auch oft genug klar ausgesprochene Wille zum ungarischen Staat verhinderte aber natürlich die Nationalitätenpolitiker ganz ebenso-

wenig wie uns an dem schärfsten Kampfe gegen die Komitatsverwaltung und gegen die herrschende Schicht. Weil sich aber diese mit dem Staate gleichstellten, verschrien sie die Nationalitäten und auch uns als Staatsfeinde, die nach einer Zertrümmerung des ungarischen Staates streben, und erzeugten damit im Ausland, zumal aber in Rußland, den verhängnisvollen Irrglauben, daß der ungarische Staat zum Zerfall reif sei.

Wie sehr, ja wie einzig die verkommene Komitatsverwaltung und die herrschende Schicht an diesem Irrglauben Schuld tragen und damit gleichzeitig auch an dem Entstehen des Weltkrieges, dafür bietet beredtes Zeugnis die politische Wandlung des ungarländischen Deutschtums in den letzten Jahrzehnten.

Das ungarländische Deutschtum galt von jeher und bis in die allerjüngste Zeit nach der hier heimischen Ideologie für „patriotisch“ und daher auch als politisch gegensätzlich zu den übrigen Nationalitäten. Tatsächlich haben auch die wahlberechtigten Deutschen in Ungarn mit wahrer Lammsgebild die ganze Zeit her entweder waschechte Mitglieder der „ungarischen Gesellschaft“ zu Abgeordneten gewählt oder doch nur solche Volksgenossen, die sich mit dieser „ungarischen Gesellschaft“ aufs innigste verschmolzen oder doch wenigstens sich ihr vorbehaltlos angeschlossen haben.

Diese Anpassung des ungarländischen Deutschtums an die herrschende Schicht brachte ihm natürlich eine Vorteile in nationaler Hinsicht. Die Siebenbürger Sachsen fesselte man an die Regierungspartei mit Belassung ihrer Privilegien, den übrigen Deutschen Ungarns erging es aber politisch nicht besser als den übrigen Nationalitäten, sie wurden ebenso schlecht verwaltet, das Nationalitätengesetz wurde für sie ebenso wenig durchgeführt, ja an vielen Orten wurden sie sogar daran gehindert, sich als politische Partei zu sammeln und zu organisieren. Das Ergebnis dieser Verhältnisse war, daß jene ungarländischen Deutschen, die sich politisch organisierten, allmählich vom Ungartum abschwankten hinüber zu den anderen ungarländischen Nationalitäten, mit denen sie heute zum guten Teil gemeinsame Politik machen, weil sie auch nur mit ihnen gemeinsam eine gerechte Regelung der Nationalitätenfrage in Ungarn erwarten können.

Da die ungarländischen Nationalitäten keine Zertrümmerung des ungarischen Staates anstreben und sich nicht Sonderstaaten im Staate bilden wollen, ist zweifellos, daß eine Befriedigung der ungarländischen Nationalitäten, also auch der Deutschen, die geringste Schädigung des ungarischen, ja des ungarischen nationalen Staates möglich wäre. Wohl aber wäre es dann um die Hegemonie der jetzt herrschenden Schicht geschehen. Denn es wäre doch ganz unmöglich, den Nationalitäten einen weiteren Spielraum in unserer Politik zu gewähren ohne die gleiche Rechtsverweiterung für das magyarische Volk. So wie eine demokratische Politik in Ungarn fast gleichbedeutend wäre mit einer Befriedigung der ungarländischen Nationalitäten, müßte andererseits diese Befriedigung automatisch Ungarn ins demokratische Fahrwasser hinüberleiten.

28. III. 1916

Das Unwissen in Ungarn und
Mittel Europa.

Ganz irrig aber ist es, zu glauben, daß dieser Krieg die Politik unserer herrschenden Schicht irgendwie ändern werde. Politisch ganz ausgezeichnet geschult, in allen Künsten der politischen Szenierung Meister, sorgt sie jetzt schon dafür, daß an dem Feuer dieses Krieges nur ihr wohlschmeckende Gerichte gar gefocht werden. Die Millionen des Volkes opfern sich für den ungarischen Staat. Nichts selbstverständlicher, als daß ihnen auch erweiterter Anteil an diesem Staate gebührt. Graf Stephan Tisza verweigert diesen Anteil; um aber nach dem Kriege keine Unannehmlichkeiten hieraus zu haben, lenkt er jetzt schon die allgemeine Aufmerksamkeit von allen diesen Fragen ab und schiebt den Chauvinismus in den Vordergrund. Daß man zu Beginn des Krieges den Chauvinismus aufgestachelt hat, geschah vielleicht, weil man nach altem, sehr verfehltem Rezept meinte, damit die Kriegslust der Truppen zu erhöhen. Aber wenn man jetzt bei uns den Chauvinismus förmlich aufpeitscht — und das geschieht in geradezu beängstigendem Maße —, hat das einzig nur innerpolitische Gründe. Nicht mit den Fehlern, die die Regierung während des Krieges begangen, mögen sich die von der Front Heimkehrenden befassen, auch nicht mit Forderungen nach neuen Rechten, sondern mit staatsrechtlichen Fragen, mit der „größeren Geltendmachung“ Ungarns innerhalb der Monarchie. Und noch eines strebt man an: man möge es sich vergehen lassen, eine Lösung der Nationalitätenfrage zu verlangen. Denn ein Irrtum sei es, zu glauben, daß die Schützengrabengemeinschaft die Gegensätze zwischen den Ungarn und den ungarländischen Nationalitäten gemildert habe. Noch sei nicht die Zeit gekommen, hierüber zu sprechen... Aber die Zeit wird kommen und wir werden noch davon sprechen, wie dort, wo Gemeinsamkeitsgefühle hätten großgezogen werden sollen, künstlich Gegensätze geschaffen wurden. Und das alles zu Nutz und Frommen der herrschenden Schicht.

Mit diesem Ungarn soll nun Mitteleuropa geschaffen werden. Hier würde bei dieser Schöpfung einzig und allein die herrschende Schicht was dreinzureden haben, in Oesterreich und Deutschland aber die nationalen Bourgeoisien, die den Demokraten und Sozialdemokraten höchstens Mitberatungsrecht, aber keineswegs Mitbestimmungsrecht einräumen würden. Daß die ungarländische Demokratie und Sozial-

demokratie alle Ursache hat zum Mißtrauen gegen ein solches Mitteleuropa, sehen auch dessen Verfechter in Deutschland und in Oesterreich ein. Das Deutschtum in Ungarn aber, so meinen sie, könne vorbehaltlos mittun, da ja die nationale Bourgeoisie in Oesterreich in ihrem Hauptgewicht deutsch, jene im Reiche aber rein deutsch sei.

Dieser Schluß bewegt sich noch ganz in jenem alten Denken, das den nationalen Tendenzen Allmacht zuschrieb oder doch sie als die maßgebenden Faktoren alles politischen Tuns erachtete. Die nationalen Bourgeoisien Deutschlands und Oesterreichs würden bei einer Schaffung Mitteleuropas für das Deutschtum in Ungarn keinen Finger rühren. Ja wenn sie es tun wollten, könnten sie es nicht, denn sonst kämen sie in Widerspruch mit der herrschenden Schicht in Ungarn, und sofort wäre es um Mitteleuropa geschehen. Uebrigens wollen sie es auch gar nicht, soweit ich ersehen kann. Erich Pistor, der als Sekretär der Wiener Handelskammer wohl ein berufener Vertreter der österreichischen nationalen Bourgeoisie ist, stellt geradezu als Vorbedingung Mitteleuropas hin die Hegemonie der Deutschen (soll heißen deutschen Bourgeoisie) in Oesterreich und die Hegemonie der Magyaren (soll heißen magyarischen Gentry) in Ungarn. *) Ue hnlichen Sinnes scheint ein anderer Verehrer des Grafen Tisza, der Prager Professor Spiethoff, **) zu sein und gleiche Gedankengänge beherrschen die Mehrzahl der deutschen und deutsch-österreichischen bourgeoisen Politiker, die allesamt das Ungarn mit seinen jetzigen Machtverhältnissen und mit der Politik Stephan Tiszas am geeignetsten für Mitteleuropa halten.

Daß aber ein solches Mitteleuropa das Deutschtum in Ungarn nicht locken kann, wird jedermann begreiflich finden.

Die Sozialdemokraten im Polenklub.

Wir haben schon gemeldet, daß sich am 23. d. der Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Polenklub vollzogen hat und daß dabei der Abgeordnete Daszynski eine Erklärung abgegeben hat, die zu veröffentlichten wir verhindert worden sind. Inzwischen hat die Zensur Bruchstücke dieser Erklärung „freigegeben“ und so können wir über den betreffenden Vorgang genauer berichten.

Klubobmann v. Bilinski begrüßte die erschienenen Sozialdemokraten mit einer Ansprache, in welcher er betonte, daß der Eintritt der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Polenklub den langjährigen Kämpfen ein Ende setzt, die zwischen dem Polenklub und den Sozialdemokraten zuweilen vor einem fremden Forum geführt wurden. Euer Entschluß, sagte Dr. Bilinski, entsprang rein patriotischen Motiven. In dem geschichtlichen Moment, in welchem das Schicksal unseres Vaterlandes entschieden wird, darf sich keine Partei von der gemeinsamen Arbeit fernhalten und man darf auch keine Partei von dieser Arbeit ausschließen. Die polnische Frage wird sich nach außen und innen hin ganz anders gestalten, wenn wir nicht gespalten, sondern einig dastehen werden. Durch den Eintritt in den Polenklub habt ihr euch um das Vaterland verdient gemacht und das wird euch von der Geschichte als ein großes Verdienst angerechnet werden. Nicht minder groß ist aber auch das Verdienst des Polenklubs, daß er die Vergangenheit vergessen hat und euch zur Mitarbeit zum Wohle der Nation einlädt. Die Sozialdemokraten werden Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß auch im Polenklub die Herzen warm für das allgemeine Wohl der Nation, für die Interessen jeder einzelnen Volksschicht schlagen. Der Polenklub wieder wird sich wohl überzeugen können, daß die neuen Kollegen nicht den Standpunkt der internationalen, anationalen Organisation einnehmen, sondern gleich den anderen Mitgliedern des Polenklubs von heißer Vaterlandsliebe besetzt sind.

Wir gedenken uns in die häuslichen Angelegenheiten des Polenklubs nicht zu mischen, meinen aber doch, daß sich der wackere Polenobmann der albernen Bemerkungen über die „internationalen und anationalen Organisation“ wohl hätte enthalten können. Ueber die Erklärung des Abgeordneten Daszynski wird berichtet:

Wir führen den Beschluß der Parteivertretung in dem Bewußtsein durch, daß dieser Schritt die Kraft des ganzen polnischen Volkes während des Krieges, dessen Schlachtfeld beinahe unser ganzes Land bildet, potenzieren wird. Von diesem Grundsatz geleitet, sind wir am 16. August 1914 dem Obersten polnischen Nationalcomité beigetreten und diese selben Grundsätze leuchten uns auch gegenwärtig voran, wenn wir uns, dem Laufe der Geschehnisse folgend, mit den im Polenklub bestehenden Parteien vereinen. Durchdrungen von Verehrung und Dankbarkeit für das Geldentum der polnischen Legion werden wir alle unsere Kräfte anspannen, damit der edle Stolz des polnischen Soldaten und seine kriegerische Bereitschaft unberührt bleiben. Wir treten dem Polenklub nicht als einer politischen Organisation bei, wir wollen ein solidarischer Ganzes der Vertretung des in den Grenzen Oesterreichs lebenden polnischen Volkes schaffen. Diese Solidarität soll verkünden, daß die Vereinigung des ganzen Volkes in den Zeiten des Krieges ein unverbrüchliches Gebot polnischer Staatsweisheit bilde, alle Polen verpflichtend. Indem wir das Banner unserer Partei, auf keine unserer leitenden Ideen verzichtend, hochhalten, hegen wir den Wunsch, daß das polnische Volk und mit ihm die ganze Welt unsere Fahne in den vereinten polnischen Reihen flattern sehe, daß es verständlich werde, daß der polnische Sozialismus nach Befreiung des Volkes von fremder Uebermacht strebe, daß er bereit sei, die größten Opfer zu bringen zur Erreichung der Hauptbedingungen normaler Entwicklung zivilisierter Völker. Wir werfen auf die Wagschale der historischen Ereignisse das teuerste unserer Güter: unsere ihres Zieles bewußte Arbeit. Wir suchen nicht nach Privilegien, wir erstreben keine Vorteile für unsere Partei, wir wollen nur eine Ordnung auf polnischer Erde, die dem Leben und der Entwicklung eines zivilisierten Zwanzigmillionenvolkes in Europa entspricht.

Wir bemerken nochmals, daß die Erklärung arg verstümmelt ist. Der offiziellen Erklärung fügte Daszynski noch einige Worte bei, wobei er auch sagte: „Wir haben hinter uns ein Jahrhundert voller Leiden, unter welchen man reißt wird. Die Massen können aber nur unter günstigen Verhältnissen reiß werden; und diese Verhältnisse verdanken wir Oesterreich.“

**Audienz einer Hulbigungsdeputation aus
Bosnien und der Herzegowina.**

Se. Majestät der Kaiser wird heute um 11 Uhr vormittags im Schönbrunner Schlosse eine aus vierundvierzig Mitgliedern bestehende Hulbigungsdeputation aus Bosnien und der Herzegowina unter Führung des Landeschefs für Bosnien und die Herzegowina Geheimen Rates G. v. S. Stephan v. Sarkotic in Audienz empfangen.

Die Mitglieder der Deputation sind bereits zum allergrößten Teile in Wien angekommen. Ministerpräsident Graf Stürgkh wird morgen mittags zu Ehren der Hulbigungsdeputation im Grand Hotel ein Dejeuner geben.

Die ungarischen Parlamentarier in Wien.

Zu der Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Parlamentarier berichtet die „Parlamentstimes“: „Besonders bemerkenswert war das Erscheinen der Vertreter der christlich-sozialen Partei, die durch die vier Abgeordneten Dr. Freiherr v. Fuchs, Dr. Mátja, Josef Schraffl und Josef Stöckler repräsentiert war. Eine Reihe von Abgeordneten, österreichische wie ungarische, sowohl, hatten sich aus privaten Gründen entschuldigen lassen, so unter anderen Landmarschall Prinz Liechtenstein und Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Die Teilnehmer an der Zusammenkunft sind mit deren Verlauf in jeder Richtung zufrieden. Obwohl dieses Zusammensein nur eine unverbindliche Aussprache im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung bezweckte, ist doch der Tatsache, daß die führenden Politiker beider Staaten über eine Reihe gemeinsam zu behandelnder Fragen, so den österreichisch-ungarischen Ausgleich, das Wirtschaftsbündnis mit dem Deutschen Reich, ferner über die Polenfrage und über eine Reihe wirtschaftlicher Angelegenheiten sich auszusprechen in der Lage waren, der entsprechende Wert beizumessen. Bei den zur Aussprache erschienenen Parlamentariern beider Staaten war das aufrichtige Bestreben vorhanden, in diesen verschiedenen Fragen die gemeinsamen Richtlinien zu finden, die zu einer beide Teile befriedigenden Lösung führen sollen. Die unverbindlichen Besprechungen der führenden Parlamentarier beider Länder werden ihre Fortsetzung finden.“

28. III. 1916

Die Begegnung österreichischer und ungarischer Parlamentarier in Wien.

Wien, 27. März.

Die Zusammenkunft der Ungarn mit öster- reichischen Herrenhausmitgliedern.

Wie gemeldet, wurde nicht bloß von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses des Reichsrates, sondern auch von Mitgliedern des Herrenhauses der Gegenbesuch, den ungarische Staatsmänner in Wien abstatteten, zu einer geselligen Zusammenkunft benützt, um eine Aussprache über die politischen und wirtschaftlichen Fragen zu pflegen. Ueber Einladung des Herrenhausmitgliedes Dr. Josef Maria Baernreither brachten die Parlamentarier aus Ungarn, und zwar die gewesenen Minister Graf Apponyi, v. Bekercse, die Grafen Madar und Johann Zichy, dann die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Geheimen Räte Berzeviczy, Miklos, Szterenyi und Präsident Lanczy den Abend des 24. März mit einer gleichen Anzahl von österreichischen Politikern in einem Salon des Hotel Sacher zu. Die meisten der anwesenden österreichischen Politiker gehörten der Gruppe der Verfassungspartei des Herrenhauses an. Im Laufe der lebhaft geführten Besprechung wurde beschlossen, solche gesellschafliche Zusammenkünfte zu wiederholen, da diese Begegnungen zu einer gegenseitigen Annäherung in den Auffassungen zu führen geeignet erscheinen.

Eindruck in deutschparlamentarischen Kreisen.

Von deutschparlamentarischer Seite wird über die samstägige Zusammenkunft der österreichischen und ungarischen Parlamentarier in Wien mitgeteilt:

Die Teilnehmer an dieser Zusammenkunft sind mit dem Verlaufe in jeder Richtung zufrieden. Obwohl dieses Zusammensein nur eine unverbindliche Aussprache im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung bezweckte, ist doch der Tatsache, daß sich die führenden Politiker beider Staaten über eine Reihe gemeinsam zu behandelnder Fragen, so den österreichisch-ungarischen Ausgleich, das Wirtschaftsabündnis mit dem Deutschen Reiche, ferner über

die Polenfrage und über eine Reihe wirtschaftlicher Angelegenheiten auszusprechen in der Lage waren, der entsprechende Wert beizumessen. Bei den zur Aussprache erschienenen Parlamentariern beider Staaten war das aufrichtige Bestreben vorhanden, in diesen verschiedenen Fragen die gemeinsamen Richtlinien zu finden, die zu ihrer beide Teile befriedigenden Lösung führen sollen.

Die, wie man sieht, als sehr zweckmäßig erscheinenden unverbindlichen Besprechungen der führenden Parlamentarier beider Länder werden ihre Fortsetzung finden und, wie bereits aus dem Resultate der Zusammenkünfte vom 30. Januar und 25. März hervorgeht, von hervorragend wohlthätigem Einflusse auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie sein.

Der Empfang der bosnischen Deputation beim Kaiser.

Äußerungen von hervorragenden Mitgliedern der Deputation.

Wien, 28. März.

In einem Parterresalon des Hotel Bristol hatte der serbisch-orthodoxe Metropolit Erzbischof Eugen Letica die Liebenswürdigkeit, einen Mitarbeiter unseres Blattes zu empfangen. In Gesellschaft des Metropoliten von Sarajevo befanden sich der Metropolit von Tuzla, Klarion Radonic, der Metropolit der Herzegovina, Zimonjic, und der Metropolit von Banjaluka, Popovic. Alle Kirchensfürsten beteiligten sich an dem Gespräche, das sich um den Verlauf des Empfanges in Schönbrunn und über den Eindruck, den die Deputation empfangen hat, drehte.

Geheimer Rat Eugen Letica.

Metropolit und Erzbischof von Sarajevo, Erzbischof von Dalmatien.

Der Metropolit Erzbischof Eugen Letica, der zuerst das Wort ergriff, äußerte sich über den heutigen Empfang: Wir sind glücklich darüber, daß uns die Gelegenheit geboten wurde, vor dem Monarchen zu erscheinen und ihm unsere unbedingte Anhänglichkeit und Treue zur Dynastie und zum Reiche zum Ausdruck zu bringen. Der Kaiser zeigte sichtliche Freude über das Erscheinen der großen Deputation, welche die Vertreter der Geistlichkeit aller Konfessionen der Hauptstadt Sarajevo und aller Kreisstädte umfaßt. Die Mitglieder der Deputation waren glücklich, sich überzeugen zu können, daß der Herrscher sich der vollsten körperlichen und geistigen Rüstigkeit erfreut.

Der Metropolit erzählte hierauf, daß er vom Kaiser durch eine besondere Ansprache ausgezeichnet wurde, wobei sich der Monarch nach dem persönlichen Befinden des Metropoliten und nach den Verhältnissen in seiner Metropole erkundigte. Der Metropolit dankte dem Monarchen für die Anteilnahme an seinem persönlichen Befinden und gab in seiner Erwiderung der großen Freude darüber Ausdruck, daß die Deputation die Auszeichnung gemessen habe, in diesen schwierigen Zeiten vor dem Kaiser erscheinen zu dürfen. Er sprach weiter seine große Freude über das ausgezeichnete Befinden des Herrschers aus. Er danke Gott, daß es Sr. Majestät gemeinsam mit den Völkern der Monarchie vergönnt sei, in fester Zuversicht, besonders mit Rücksicht auf die jüngsten Nachrichten von den Schlachtfeldern, die sichere Aussicht zu sehen, daß dieses schwierige Völkerringen zu einem siegreichen Ende für die Monarchie und ihre Verbündeten führen werde. Das biete einen großen Trost. Er bete zum Allmächtigen, daß Gott den Kaiser auch weiterhin bei voller Gesundheit erhalten möge, auf daß er den glorreichen Ausgang des Krieges erlebe und dann die Früchte der großen Anstrengungen, die das Heer im Felde und die Bevölkerung im Hinterlande an den Tag legten, in vollem Maße genießen könne, zum Wohle der Völker, für die der Herrscher stets gesorgt und immer große Liebe an den Tag gelegt habe.

Der Kaiser hörte erfreut diese Kundgebung loyaler Treue an und gab seiner festen Zuversicht Ausdruck, daß den verbündeten Zentralmächten ein siegreiches Ende des Krieges beschieden sein werde.

Klarion Radonic.

Metropolit von Zvornik und Tuzla.

Der Metropolit von Tuzla, Klarion Radonic, teilte unserem Mitarbeiter mit, daß die Initiative zur Entsendung der Huldigungsdeputation von ihm und dem Bürgermeister von Tuzla, Osman Efendi Bilovic, ausgegangen sei. „Diese Anregung“, sagte der Metropolit, „wurde von der Bevölkerung mit großer Freude aufgenommen.“ Die einleitenden Arbeiten waren angesichts der ungeteilten Zustimmung, welche die Anregung gefunden hatte, binnen kurzem durchgeführt, und so konnte die Deputation bereits heute vor dem Monarchen erscheinen. Metropolit Radonic gab seiner Freude über das glänzende Aussehen und das treffliche körperliche Wohlbefinden des Monarchen Ausdruck, das sich unter anderem auch darin äußerte, daß der Kaiser nach Beendigung des offiziellen Teiles des Empfanges sich noch mit vierzehn Herren der Abordnung besonders unterhielt und einen Cercle abhielt, der fast drei Viertelstunden dauerte.

In ähnlicher Weise äußerte sich der Metropolit von Banjaluka, Basilije Popovic.

Betar Zimonjic.

Metropolit der Herzegovina und Zahumlje in Mostar.

Der Metropolit von Mostar, Betar Zimonjic, betonte, daß der Eindruck, den die Deputation von dem Empfang in Schönbrunn erhielt, ein geradezu glänzender war. Der Kaiser habe sich insbesondere darüber hochbefriedigt gezeigt, daß die „jüngsten Lächler der Monarchie“, Bosnien und die Herzegovina, ihre Vertreter an den Hof entsendet hatten, um in den gegenwärtigen ersten Zeiten der Treue und Anhänglichkeit an den Thron Ausdruck zu verleihen. Der Metropolit sprach das Bedauern darüber aus, daß der Erzbischof Dr. Josef Stadler durch ein eifrigeres Anwohlfsein verhindert war, an der Deputation teilzunehmen und in seiner Vertretung den Weihbischof Dr. Ivan Saric entsenden mußte.

Dr. Jojo Sunaric.

Advokat in Sarajevo.

Unser Mitarbeiter hatte auch Gelegenheit, den früheren Landtagsabgeordneten Advokaten Dr. Sunaric, einen der Führer der Kroaten, zu sprechen.

Dr. Jojo Sunaric schilderte in lebhaften Worten den glänzenden Verlauf der Huldigungsdeputation in Schönbrunn. Auch er gab seiner Freude Ausdruck über den sichtlich guten Eindruck, den das Erscheinen der Deputation auf den Kaiser gemacht hatte. Das Befinden des Monarchen sei wahrhaft ausgezeichnet. Es zeigte sich, welches große Interesse der Kaiser an dem Wohlergehen Bosniens und der Herzegovina nimmt und der Monarch erwies sich in seinen Ansprachen an die einzelnen Mitglieder der Deputation über alle Verhältnisse des Landes und auch über die persönlichen, beruflichen und örtlichen Interessen der einzelnen Mitglieder der Deputation, die er mit Ansprachen auszeichnete, vollständig orientiert.

Aus dem Cercle.

Ueber den Cercle, den der Kaiser nach dem feierlichen Empfange hielt, erfahren wir:

Den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Sarajevo, Essad Efendi Kulovic, sprach der Kaiser während des Cercles in französischer Sprache an. Er erkundigte sich bei ihm über die kommunalen Verhältnisse der Stadt Sarajevo.

Mit dem Weihbischof in Sarajevo, Dr. Ivan Saric, besprach der Kaiser die Verhältnisse in Sarajevo und erkundigte sich bei ihm nach dem Befinden des erkrankten Erzbischofs Dr. Josef Stadler.

Der Monarch erinnerte sich während des Cercles bei mehreren Herren, daß er sie noch von seiner Reise in Bosnien im Jahre 1909 kenne.

Besuch der Deputation in Budapest.

Die bosnisch-herzegowinische Huldigungsdeputation wird auf der Heimreise auch Budapest besuchen, wo sie am 30. d. in den Morgenstunden eintrifft. Ministerpräsident Graf Stephan Tisza wird die Deputation im Palais des Ministerpräsidiums empfangen und sodann im Hotel Hungaria die Herren beim Dejeuner zu Gast sehen. Abends wohnt die Deputation der Vorstellung im königlich ungarischen Opernhause bei. Zum Abendessen wurde sie von der Haupt- und Residenzstadt Budapest eingeladen.

Die Begegnung österreichischer und ungarischer
Parlamentarier in Wien.

Ungarische Parlamentarier über die Zusammenkunft.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 27. März.

Die an der Zusammenkunft ungarischer und österreichischer Politiker in Wien beteiligten ungarischen Politiker sind bereits heimgekehrt. Sie beruhen die größte Zufriedenheit mit dem Erfolg der Wiener Besprechung. Diese Zusammenkunft befriedigte um so mehr, als sie die sichere Gewähr dafür bietet, daß sich solche Zusammenkünfte in Zukunft wiederholen und dadurch die freundschaftlichen Bande zwischen den österreichischen und ungarischen Politikern festigen werden. Es wird so auch die Möglichkeit geboten, in Zukunft in allen jenen Fragen, welche beide Staaten berühren, viel leichter eine Einigung zustande zu bringen. Wenn diese Beratungen bisher einen vollständig zwanglosen Verlauf nahmen und vielleicht auch in der nächsten Zukunft darüber nicht hinausgehen werden, so werden sie doch dadurch, daß die Vertreter sämtlicher Parteien an den Zusammenkünften teilnehmen, für die beiderseitigen Regierungen einen Fingerzeig bieten können. Die Erwartungen, die man in den ungarischen politischen Kreisen an diese Zusammenkünfte knüpft, widerspiegeln sich in den Äußerungen der ungarischen Politiker fast aller Parteischattierungen und beziehen sich alle auf die Regelung des Verhältnisses beider Staaten der Monarchie zueinander und des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland.

Graf Albert Apponyi äußerte sich unter anderem in folgender Weise: Diese Zusammenkunft soll hinsichtlich des öffentlichen Empfindens eine gegenseitige Orientierung verschaffen. Die Gespräche sollen bloß die Verdolmetschung der individuellen Ansicht sein und nicht im Auftrag der Parteien erfolgen. Es ist jedenfalls eine erfreuliche Tatsache, daß die österreichischen Herren die Anerkennung des Dualismus und die Selbständigkeit des ungarischen Staates ohne Hintergedanken sich zum Ziele stecken und wir mit jenen, die die Annäherung in diesem Zeichen suchen, sehr gern zusammenkommen, um so mehr, da es nicht überflüssig ist, den Sinn dieser richtigen Lehren festzustellen, damit wir sie keiner neuen Zweideutigkeit aussetzen, aus deren Serie die Geschichte des Verhältnisses der beiden Staaten der Monarchie zueinander besteht. Mein Ziel kann natürlich nur sein, unseren österreichischen Freunden verständlich zu machen, daß jene moralische Rohfassung, welche nötig ist und auf welcher die

Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns fußt, um so sicherer und vollkommener erreicht wird, je vollkommener Ungarn die Selbständigkeit und den nationalen Charakter seiner sämtlichen Institutionen ausbauen kann. Die Regierung ohne Hintergedanken glaube ich so auslegen zu müssen, um wirklich jene Erfolge zu erzielen, die sich an diese Idee knüpfen. Dies bedeutet keine Unabhängigkeitsparteipolitik, sondern einzig, daß jene Säule zur Geltung gelangen, bezüglich deren es in Ungarn eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten gibt und deren unvollkommenes Zurgeltungbringen die ungarische Politik zu einem schmerzlichen Ringen besonders für jene macht, die gezwungen sind, diese Politik praktisch zu leiten.

Bezüglich des langfristigen Ausgleichs sagte Graf Apponyi: Gegen den Gedanken eines langfristigen Ausgleichs sprechen vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus schwerwiegende Interessen, besonders jene rasche Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wo es schwer ist voranzuschreiten, ob das, einige nach längerer Zeit noch zweckmäßig sein wird, was sich heute als zweckmäßig erweist. Für den langfristigen Ausgleich spricht die größere Sicherheit der Investitionen und daher auch die leichtere Bewerbstellung derselben. So steht die Sache im allgemeinen. Auf unser Verhältnis angewendet, halte ich einen langfristigen Ausgleich nur auf der

Grundlage der wirtschaftlichen Selbständigkeit Ungarns für diskutabel. Denn sonst wäre der langfristige Ausgleich nichts anderes als eine Anfechtung einer unserer aus dem Jahre 1867 verbliebenen, ja im Gesetzartikel XII ex 1867 ausdrücklich vorbehaltenen Unabhängigkeitsgarantie. So viel ich weiß, ist der größte Teil der auf 1867er Grundlage stehenden ungarischen Politiker derselben Anschauung. Was das wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland betrifft, so ist meine Auffassung genügend bekannt. Ich trete aufs wärmste für die wirtschaftliche Annäherung ein, wie überhaupt für die Vertiefung des Bündnisses zwischen jenen, die durch ständige Interessen und Gefahren naturgemäß aufeinander angewiesen sind; doch nur dann, wenn für die staatliche und wirtschaftliche Selbständigkeit unseres Vaterlandes keine Gefahr daraus erwächst. Und ich glaube, daß wir in dieser auf breite Grundlage gestellten Gruppierung eine neuerliche Garantie der großen nationalen Interessen finden können. Mit einem Worte: man muß die Sache machen, doch gut. Aber daraus, daß ich die Sache, wenn gut gemacht, befürworte, ja sogar dafür begeistert bin, folgt noch nicht, daß ich sie auch dann befürworten würde, wenn sie schlecht gemacht würde.

Karl Graf Szuken-Hederwary äußerte sich in folgender Weise: Die unmittelbare Berührung und den Ideenaustausch mit den Mitgliedern des österreichischen Parlaments halte ich jedenfalls für einen glücklichen Gedanken und ich erwarte erfreuliche Ergebnisse davon. Solcherart werden wir uns in Zukunft besser verstehen, was für Oesterreich und Ungarn gleichermaßen ein großes, wertvolles Interesse ist. Was den wirtschaftlichen Ausgleich mit Oesterreich betrifft, ob wir einen langen oder einen kurzfristigen Vertrag schließen sollen, hängt davon ab, welche die weiteren Bedingungen sein werden. Denn obwohl ein langer Vertrag für die ruhige Entwicklung der Volkswirtschaft günstig ist, so ist dies trotzdem nicht genügend in dem Falle, wenn die übrigen Bedingungen den wirtschaftlichen Interessen Ungarns nicht entsprechen. In Angelegenheit des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland halte ich es heute für verfrüht, mich zu äußern, ins solange unser Ausgleich mit Oesterreich nicht erledigt ist. Zuerst muß dieser zustande gebracht werden.

Dr. Alexander Wekerle erklärte: Unsere Zusammenkunft hat keinen anderen Zweck, als daß wir unseren gegenseitigen Standpunkt kennen lernen. Die beiden Regierungen üben auf unsere Beratung, die ja nur ein Gespräch ist, keinerlei Einfluß aus. Der Ideenaustausch wird daher ganz privaten Charakter haben. Dieser Ideenaustausch hat insofern eine Bedeutung, daß wir unmittelbar voneinander hören, was ein jeder will und welche seine Auffassung ist. Was meine persönliche Auffassung über die auf dem Tapet befindlichen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Probleme betrifft, so glaube ich, daß diese genügend bekannt ist, so daß ich mich mit denselben nicht ausführlicher befassen muß.

Graf Aladar Zichy sagte: Ich finde es für vorteilhaft, wenn aus dieser Zusammenkunft ein aufrichtiges politisches Verstehen entspringen würde. Zur Zeit meiner Ministerschaft war ich gleichfalls bestrebt, daß die österreichischen und die ungarischen Politiker sich verstehen. Jetzt, in Folge des Weltkrieges, werden neue Ideen, neue Kräfte und Interessen politische Geltung suchen, und es ist notwendig, daß die Eifersucht und das Mißtrauen zwischen Oesterreichern und Ungarn endlich aufhöre und es zur allgemeinen Ueberzeugung werde, daß es das Interesse der Monarchie ist, daß beide Staaten wirtschaftlich stark seien.

Die Statuten des „Kriegskreuzes für Zivilverdienste“.

Wien, 28. März.

Wie wir erfahren, werden die vom Kaiser genehmigten Statuten des mit Allerhöchstem Handschreiben vom 16. August 1915 gestifteten Kriegskreuzes für Zivilverdienste in der morgigen „Wiener Zeitung“ verlaubart werden.

Das „Kriegskreuz für Zivilverdienste“ wurde mit kaiserlichem Handschreiben vom 16. August 1915 gestiftet. Die Mitteilung über die neue Auszeichnung ist am Geburtstage des Kaisers veröffentlicht worden. Das neue Ehrenzeichen soll nach dem kaiserlichen Handschreiben alle jene Personen belohnen, „welche im Zusammenhang mit dem Kriege durch hervorragenden Eifer und Opferwilligkeit besonders erspriessliche Dienste geleistet und dadurch einer Auszeichnung sich würdig erwiesen haben“. Das kaiserliche Handschreiben war an den Minister des kaiserlichen Hauses Baron Burian gerichtet und wurde gleichzeitig den beiden Ministerpräsidenten in Abschrift zu gestellt. In dem Handschreiben des Kaisers war die Ausfertigung der Stiftungsstatuten vorbehalten. Diese ist nun erfolgt.

Die Huldigung der Reichslande.

Die Vertreter Bosnien-Herzegovinas in Schönbrunn.

Der Kaiser hat heute in Schönbrunn die feierliche Abordnung aus Bosnien-Herzegovina empfangen. Auf die prachtvolle Huldigungsrede, die Landeschef General Sarkotic hielt, erwiderte der Monarch mit huldreichen Worten, die eine hohe, redlich verdiente Auszeichnung der tapferen bosnisch-herzegovinischen Truppen und der Bevölkerung der Reichslande sind. Was diese Braven von der Bosna und Narenta in Serbien, auf den Schanzen des Buchenlandes, bei der Eroberung des Löwen, in Hunderten von Schlachten bewiesen, diese mutvolle, herrliche Treue, hat ihnen die freundige Ehrenbezeugung der ganzen Monarchie gesichert. Sie haben sich zu Blutsbrüderschaft der Völker des Reiches verbunden. Der väterliche Dank des Kaisers ist diesen Wackeren von Herzen vergönnt.

Die Rede, die Landeschef General v. Sarkotic als Führer der Deputation an den Kaiser hielt, lautete: „Eure Majestät! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Die Gefühle treuer Anhänglichkeit und tiefster Ehrfurcht haben im Volke Bosniens und der Herzegovina den innigen Wunsch wachgerufen, die unerschütterliche Hingebung und Dankbarkeit für die geheiligte Person Eurer Majestät sowie das Allerhöchste Erzhaus an den Stufen des erlauchten Thrones kundgeben zu dürfen. In stets väterlicher Liebe und Zuneigung haben Eure Majestät diesen Herzenswunsch eines Volkes zu erfüllen geruht und den hier unter meiner Führung erschienenen Vertretern der Länder Bosnien und Herzegovina — für immerdar dem Herrscherhause Habsburg untertan geworden — die Gnade gewährt, vor Eurer Majestät erscheinen zu dürfen. Vergeblich wurde versucht, das unter dem Szepter Eurer Majestät einer friedlichen Arbeit wiedergegebene Volk Bosniens und der Herzegovina aus dem Verbande der Monarchie zu reißen; die Söhne dieser Länder tragen heute Habsburgs Fahnen siegreich in feindliche Gebiete und mit geläuterter Seele opfern Bosnien und die Herzegovina freudigst auf dem Altar des großen gemeinsamen Vaterlandes.“

Während so die Söhne der heidnischen Pflicht folgen, scharen sich hier ihre Väter stolz und dankerfüllten Herzens vor dem Throne Eurer Majestät, um durch meinen Mund der unverbrüchlichen Treue ihres ganzen Volkes Ausdruck zu geben und neuerdings um die väterliche Huld und Gnade Eurer Majestät alleruntertänigst zu bitten. Seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und König Franz Josef I. Hoch!“

Der Kaiser erwiderte:

Mit Freude sehe Ich die Vertreter Bosniens und der Herzegovina um Mich versammelt und bewegten Herzens nehme Ich die Kundgebung ihrer Treue und Anhänglichkeit entgegen. In ererbtem Kampfesmut sind die Söhne dieser beiden Länder freudig Meinem Rufe zur Verteidigung des Vaterlandes gefolgt und haben in nie wankender Treue Meine Fahnen siegreich dem Feinde entgegengetragen. Unbezwingbar im Standhalten, unwiderstehlich im Ansturm haben Meine wackeren bosnisch-herzegovinischen Truppen als jüngster Bestandteil Meines Heeres sich Anspruch auf Meinen väterlichen Dank erworben, der ihnen allezeit gesichert bleiben wird.

Opfermutig und hilfreich steht hinter den im Felde kämpfenden Soldaten das ganze treue Volk Bosniens und der Herzegovina, dessen standhaft ertragene Kriegsleiden zu lindern und zu heilen die vornehmste Aufgabe der Verwaltung sein wird.

Gemeinsame Sorgen, Kämpfe und Siege haben in diesen Jahren des Krieges alle Meine Völker noch fester verbunden und das Volk Ihrer schönen und stolzen Heimat, die besucht zu haben Mir eine kostbare Erinnerung ist, unlösbar an Mich und Mein Haus geknüpft.

In fester Zuversicht zu Gott dem Allmächtigen hoffe Ich auf die einträchtige und fruchtbare Arbeit kommender Friedensjahre und entbiete dem treuen Volke Bosniens und der Herzegovina Meinen väterlichen Gruß und Dank für die Mein Herz erfreuende Huldigung.

Die Deputationsmitglieder brachten hierauf dem Kaiser begeisterte Ovationen dar. Der Monarch zeichnete sodann nachstehende Persönlichkeiten durch Ansprachen aus: Weihbischof Dr. Sarkic, Bischof Mistic, Odt Aßfalg, Metropolit Petica, Reis-el-Melma Causevic, den Bürgermeister von Mostar Komadina, Vaksudirektor Arnautovic, Doktor Basagic, den Grundbesitzer Kulovic, den Bürgermeister von Tuzla Bilovic, Vizebürgermeister von Mostar Sola, Dr. Sunaric, sowie die Beiräte des Regierungskommissärs von Sarajevo Damjanovic und v. Banca. — Als der Kaiser den Audiensaal verließ, wiederholten sich die begeisterten Huldigungen der Huldigungsteilnehmer.

Das Kriegskreuz für Zivilverdienste

Die heutige „Wiener Zeitung“ publiziert die Statuten des von Sr. Majestät dem Kaiser gestifteten Kriegskreuzes für Zivilverdienste wie folgt:

Das Kriegskreuz für Zivilverdienste wird von Seiner k. u. k. apostolischen Majestät über Antrag der im einzelnen Falle zur Würdigung von Zivilverdiensten zuständigen Stelle an Personen verliehen, welche im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kriege durch hervorragenden Eifer und Opferwilligkeit besonders erspriessliche Dienste auf zivilem Gebiet geleistet und dadurch einer Auszeichnung sich würdig erwiesen haben.

Das Kriegskreuz für Zivilverdienste besteht aus einem auf der linken Brustseite zu tragenden Steckkreuz, dessen Mebailon die Umschrift: „Merito civili tempora belli“ MCMXV und in der Mitte die Initialien Sr. k. u. k. apostolischen Majestät trägt.

Es wird in vier Klassen verliehen:

Die I. Klasse ist ein weiß emailliertes Kreuz mit schmalen Goldrande von 64 Millimeter Durchmesser;

die II. Klasse ein weiß emailliertes Kreuz mit schmalen Goldrande von 44 Millimeter Durchmesser;

die III. Klasse ein weiß emailliertes Kreuz mit schmalen silbernen Rande von 44 Millimeter Durchmesser;

die IV. Klasse ein mattbronzenes Kreuz mit poliertem Rande von 44 Millimeter Durchmesser.

Ein Diplom über das Kriegskreuz für Zivilverdienste wird nicht ausgefertigt. Jedoch erhalten die mit dieser Allerhöchsten Auszeichnung beliehenen Personen ein Dekret, welches von jener Stelle auszufertigen ist, die den Antrag auf die Verleihung Allerhöchsten Ortes unterbreitet hat.

Jede mit dem Kriegskreuz für Zivilverdienste ausgezeichnete Person ist berechtigt, sich Besitzer desselben zu nennen, und ist in dienstlichen Ausfertigungen als solcher zu bezeichnen; andere Vorrechte sind mit der Verleihung nicht verbunden.

Das Tragen des Kriegskreuzes für Zivilverdienste „en miniature“ ist gestattet.

Nach dem Ableben des Inhabers des Kriegskreuzes für Zivilverdienste verbleibt dasselbe den Erben.

Die strafgesetzlichen Bestimmungen über den Verlust von Orden und Ehrenzeichen haben auch auf das Kriegskreuz für Zivilverdienste Anwendung zu finden.

Stürgg h. m. p.

Das Kriegskreuz für Zivilverdienste.

Die vom Kaiser genehmigten Statuten des Kriegskreuzes für Zivilverdienste, deren Erscheinen im Morgenblatte angekündigt wurde, werden in der heutigen „Wiener Zeitung“ veröffentlicht. Die betreffende Publikation hat folgenden Wortlaut:

Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliehung vom 8. Februar d. J. die nachstehenden Statuten des mit dem Allerhöchsten Handbichreiben vom 16. August 1915 allergnädigst gestifteten Kriegskreuzes für Zivilverdienste kühnvollst zu genehmigen geruht:

Statuten des Kriegskreuzes für Zivilverdienste.

Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben in kühnvollster Anerkennung der vielen während des gegenwärtigen Krieges auf zivilem Gebiete mit aufopfernder Hingebung geleisteten ausgezeichneten Dienste ein „Kriegskreuz für Zivilverdienste“ allergnädigst zu stiften und hinsichtlich desselben folgende Bestimmungen zu genehmigen geruht:

1. Das Kriegskreuz für Zivilverdienste wird von Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät über Antrag der im einzelnen Fall zur Würdigung von Zivilverdiensten zuständigen Stelle an Personen verliehen, welche im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Krieg durch hervorragenden Eifer und Opferwilligkeit besonders erprobliche Dienste auf zivilem Gebiete geleistet und dadurch einer Auszeichnung sich würdig erwiesen haben.

2. Das Kriegskreuz für Zivilverdienste besteht aus einem auf der linken Brustseite zu tragenden Steckkreuz, dessen Medaillon die Umschrift „Merito civili tempore belli“ MOMXV und in der Mitte die Initialen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät trägt.

Es wird in vier Klassen verliehen. Die erste Klasse ist ein weiß emailliertes Kreuz mit schmalem Goldrand von 64 Millimeter Durchmesser; die zweite Klasse ein weiß emailliertes Kreuz mit schmalem Goldrand von 44 Millimeter Durchmesser; die dritte Klasse ein weiß emailliertes Kreuz mit schmalem silbernem Rand von 44 Millimeter Durchmesser; die vierte Klasse ein mattbronzenes Kreuz mit poliertem Rand von 44 Millimeter Durchmesser.

3. Ein Diplom über das Kriegskreuz für Zivilverdienste wird nicht ausgefertigt. Jedoch erhalten die mit dieser Allerhöchsten Auszeichnung belohenen Personen ein Dekret, welches von jener Stelle auszufertigen ist, die den Antrag auf die Verleihung Allerhöchsten Orts unterbreitet hat.

4. Jede mit dem Kriegskreuz für Zivilverdienste ausgezeichnete Person ist berechtigt, sich Besitzer desselben zu nennen, und ist in dienstlichen Ausfertigungen als solcher zu bezeichnen; andre Vorrechte sind mit der Verleihung nicht verbunden.

5. Das Tragen des Kriegskreuzes für Zivilverdienste „en miniature“ ist gestattet.

6. Nach dem Ableben des Inhabers des Kriegskreuzes für Zivilverdienste verbleibt dasselbe den Erben.

7. Die strafgesetlichen Bestimmungen über den Verlust von Orden und Ehrenzeichen haben auch auf das Kriegskreuz für Zivilverdienste Anwendung zu finden.

Stürgkh m. p.

Die Zusammenkünfte.

Es war nur ein gemeinschaftliches Essen in dem Hotel auf der Ringstraße, aber man täte doch unrecht, den beharrlichen „Zusammenkünften“ der österreichischen und der ungarischen Politiker, deren Fortsetzung überdies schon angekündigt wird, die Beachtung zu versagen. Selbstverständlich wollen wir ihre Bedeutung nicht etwa so hoch schätzen, daß wir von ihnen irgend welche unmittelbare politische Wirkungen erwarten; es wird mehr geplaudert als erwogen werden. Wohl aber scheinen sie uns der Ausdruck bestimmter

Gedanken und Wünsche, die sich auf beiden Seiten vorzudrängen und vielleicht miteinander derart in ein Verhältnis gebracht werden sollen, daß sie sich gegenseitig stützen und fördern.

Der Graf Tisza hat es ja erst vor kurzem mit aller Offenheit dargelegt, wie er sich die künftige Entwicklung des Dualismus vorstellt. An der staatsrechtlichen Form soll nicht gerüttelt werden, wohl aber soll Ungarn, „an Gewicht, Ansehen und Kraft zunehmend, den gebührenden Platz einnehmen, das heißt sich zu kräftigerer politischer Geltung bringen“. Wenn in einem „Rahmen“, der zwei Teile einschließt, sich der eine Teil fortan zu „kräftigerer“ Geltung bringen soll, so muß sich die Geltung des anderen Teiles mindern; beide Teile können im selben Rahmen nicht gleichzeitig kräftiger werden, weil hier die eigene Geltung ja nur das Verhältnis zu der Geltung des anderen Teiles ist. Daß das bisherige dualistische Verhältnis ein Ueberwiegen der Geltung Oesterreichs zeigen würde, haben wir allerdings bisher nicht wahrgenommen; wohl eher das Gegenteil. Inzwischen müssen wir damit rechnen, daß Graf Tisza der Ansicht ist, das Maß der Geltung Ungarns müsse sich vergrößern; es sei Ungarns wohlbegründeter Anspruch, „sich im unveränderten staatsrechtlichen Rahmen zu kräftigerer politischer Geltung zu bringen“. Zu diesem Vorhaben werden die Ungarn natürlich eine gewisse Zustimmung des anderen Teiles benötigen; wohl keine in Brief und Siegel, aber es würde ihre Absicht immerhin fördern, wenn man damit in Oesterreich einverstanden wäre, wenn der Plan einer Verschiebung des Schwergewichtes nach Ungarn hierzulande auf keine Gegnerschaft stieße, wenn er hier freundschaftliche Unterstützung fände. Mit den Zusammenkünften soll nun wohl jene wohlwollende Stimmung herbeigeführt werden, aus der heraus sich dann die „kräftigere politische Geltung“ allmählich herausbilden würde. Den Oesterreichern soll abgewöhnt werden, auf die ungarischen Bestrebungen mit scheelen Augen zu blicken; es soll ihnen für die ungarischen Wünsche nach restloser Ausprägung der Staatlichkeit im Rahmen des Dualismus das nötige Verständnis erschlossen werden.

Was die Nationalverbänder betrifft, die so fleißig mit den ungarischen Herren zusammenkommen, so könnte ihre Absicht etwa so dargelegt werden, daß sie von den Ungarn erfahren wollen, wie jene ungarische „Einigkeit“ zustande gebracht wird, die sich auf der Hegemonie einer Nation über alle anderen aufbaut. Ob sie meinen, daß man in Oesterreich so regieren könne, wie es in Ungarn der Fall; ob sie versuchen wollen, in Oesterreich eine nationale Ordnung herbeizuführen, die der in Ungarn ähnelt, das ist natürlich nicht zu erkennen. Aber in der Kunst, aus einem Staatswesen mit verschiedenen Nationen einen Nationalstaat zu machen, sind die Magyaren unzweifelhaft Meister; und in dieser Hinsicht kann man von ihnen schon schätzbare Winke erlangen, sich vielleicht dabei erkundigend, inwiefern und inwieweit bei der etwaigen Verwirklichung derartiger Pläne auf ihre Hilfe und Unterstützung zu rechnen sei. Derart scheint es, daß auf beiden Seiten ein politisches Interesse wahrzunehmen und festzustellen sei, was als Beweggrund der Zusammenkünfte dienen könnte und mit ihnen sich realisieren wolle. . . . Wobei allerdings zu wünschen wäre, daß sich niemand über den Umfang dessen, was er verkörpert, einer Täuschung hingeebe. Die Mitglieder des Nationalverbandes stellen nicht das ganze Oesterreich dar, und auch in Ungarn leben große Menschenmassen, die in der Gemeinschaft der „geschichtlichen und vordringenden Schichten“ das ganze Ungarn nicht erkennen werden wollen.

Man könnte sich bei österreichischen Politikern auch ein anderes Vorhaben erdenken. Man hat uns unlängst dargelegt, warum der Schwerpunkt der Monarchie in Ungarn liege: weil nämlich die „innere Einheit“ nur in Ungarn vorhanden sei. Das ist zwar traurig, ist aber dennoch richtig. Aber sollte das nicht der stärkste Antrieb sein, sich ernstlich darum zu sorgen, auch in Oesterreich zu der inneren Einheit zu gelangen? Wir werden allerdings in Oesterreich diese Einheit nicht in dem äußeren Schein auffassen können, sie uns nicht so verwirklicht denken können, daß eine Nation allein im Lichte wandelt, während die anderen alle im Schatten stehen müssen. Wohl aber könnten wir jene so

mangelnde und so dringende Einheit schaffen, indem wir mit ernster Absicht darangehen, für die vielen offenen Fragen des Zusammenlebens der Völker in Oesterreich, die so vielfach offene Wunden sind, die Lösungen zu finden und die organischen Einrichtungen zu schaffen, in denen sich das Nebeneinanderleben in der überhaupt erreichbaren Reibungslosigkeit zu ordnen und zu gestalten vermag. . . . Das würde vielleicht keine so glatte Arbeit sein, wie es die fröhlichen Zusammenkünfte sind, aber wohl die notwendigste, fruchtbarste und ersprießlichste. Die Antworten auf die österreichischen Sorgen kann man sich nicht in Budapest holen; die müssen im Innern erarbeitet werden.

29. III. 1916

Alttschechen und Jungtschechen.

Brünn, 28. März. (Privattelegramm.)
Sonntag fand hier unter dem Vorsitze des Ministers
a. D. Dr. Zacek eine Beratung von Vertretern der
alttschechischen und der jungtschechischen
(Volls)-Partei statt, in der einstimmig der Be-
schluß gefaßt wurde, diese beiden Parteien im
Interesse der wünschenswerten Ein-
heit des tschechischen Volkes zu ver-
einigen.

Falsche Gerüchte über einen Verständigungsversuch der belgischen mit den deutschen Sozialdemokraten.

Berlin, 29. März.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Funkdienst des Eiffelturms berichtet unter dem 26. d.:

Laut den Blättern „Sozialdemokraten“ und „Vorwärts“ soll der Abgeordnete Brüssels und der Sekretär des internationalen Bureaus Camille Huymans mit Zustimmung dieses Bureaus bereit sein, eine Annäherung der Sozialdemokraten der Verbündeten mit den deutschen Sozialdemokraten anzubahnen, um den Zusammentritt eines Kongresses zustandzubringen, der sich mit der Friedensfrage beschäftigen sollte.

Nun hat Huymans, der gerade jetzt in Paris weilt, dem „Petit Parisien“ die folgenden Erklärungen abgegeben:

1. Daß das Internationale Sozialistenbureau auf irgendeine Art und Weise nur mit Einwilligung aller beteiligten Parteien handelt,
2. daß sich die französische Sozialistenpartei jeder Verhandlung zwecks Annäherung an die deutschen Sozialdemokraten widersetze und
3. daß Huymans selbst jedem Versuche eines voreiligen Friedens feindlich gegenüberstehe, und daß die Zeitungen „Sozialdemokraten“ und „Vorwärts“ seine Haltung schlecht ausgelegt hätten.

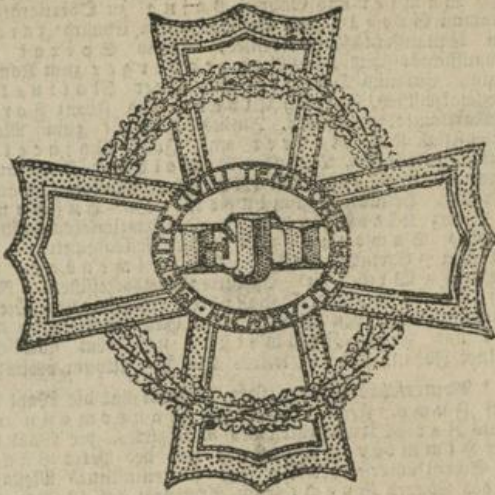
30. III. 1916

Wien, 29. März. (Kundgebung in Währing für die Rechte des deutschen Volkes in Oesterreich.) Von den vereinigten deutschnationalen Organisationen Währings wurde Samstag den 25. d. eine Kundgebung für die Rechte der Deutschen in Oesterreich nach dem Kriege und zur Bekundung deutschen Einheitswillens veranstaltet. Die Versammlung beim „Wilden Mann“ wies einen Massenbesuch auf. Vertreten waren unter anderen: Der Verein der akademisch gebildeten Staatsbeamten, der Bund der Deutschen in Niederösterreich, die „Südmark“, der Deutsche Klub, die Deutsche Arbeiterpartei, der Reichsverein der Privatangestellten, der Volksverein Klosterneuburg, der Deutsche Nationalverein in Krems a. d. D., die Deutschnationale Vereinigung Niederösterreichs, der Zentralverband österreichischer Staatsbeamten, der Zentralverein der Gerichtskanzleibeamten Oesterreichs, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Deutschwirtschaftliche Wählerverein Wieden, der Währinger Turnverein, der Deutschnationale Verein Simmering, der Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn, der Bund der christlichen Deutschen in der Bukowina, der Deutsche Schulverein, der Deutschwirtschaftliche Wählerverein Dornbach-Neuwaldegg, der Deutschradikale Bezirksverein Alfergrund, der Deutschsoziale Verein für Oesterreich, der Deutsche Reformverein, der Alldeutsche Bezirksverein Neubau, der Evangelische Klub Währing, der Deutsche Volksbund, der Deutsche Frauenbund. Zahlreiche Begrüßungsschreiben aus Deutschösterreich lagen vor. Fachlehrer Josef Roderich Redl besprach die Forderungen der Deutschen auf dem Gebiete des Schulwesens. Der Redner verlangte die Ausgestaltung der Arbeitsschule und die staatliche Förderung des deutschen Schulwesens. Professor Dr. Mittermann (Krems) ging auf das Programm des Deutschen Klubs „Forderungen der Deutschen in Oesterreich zur Neuordnung nach dem Kriege“ ein. Das Programm greift auf wichtige Forderungen des deutschnationalen Linzer Programms zurück. Es betont, daß die deutschen Forderungen den wichtigsten Staatsbedürfnissen zur Durchführung verhelfen. Durch die geeinte Kraft des zur Nation zusammengefaßten Deutschtums in Oesterreich soll sich die Erneuerung des Staates vollziehen. Darum braucht Deutschösterreich eine freie Entwicklungsmöglichkeit, es darf nicht, wie bisher, seine Kraft in der völkischen Abwehr verbraucht werden. Darum müssen wir die Beendigung des Sprachenstreites fordern, Richtlinien zur Regelung der Sprachenfrage in Schule und Amt. Das Programm entwirft einen Plan einer Verwaltungsreform. Der Maßstab der völkischen und staatlichen Lebensnotwendigkeiten wird an die Adriapolitik der Zukunft angelegt. In der Frage des Verhältnisses zu Ungarn wird ein gerechter Standpunkt der Gemeinsamkeit und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten der Monarchie vertreten. Die Gestaltung der künftigen Beziehungen zum Deutschen Reiche wird vom Boden unbestreitbarer Tatsachen aus ebenso gefordert. Neben dem Entwurf der Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft enthält das Programm auch soziale Forderungen. Der geschäftsführende Vorsitzende der deutschnationalen Vereinigung Niederösterreichs Dr. Ernst H a m p e l besprach die Stellung Oesterreichs als deutsche Vormacht im Osten. Er hob die selbstlose Staatsstreue der Deutschen hervor, die sich vom ersten Augenblicke des Krieges bis zum heutigen Tage stets auf neue ausgedrückt habe, des nationalen Leidensweges vergessend, den die Deutschen in Oesterreich jahrzehntelang zu gehen hatten. Die engste politische und wirtschaftliche Verbindung mit dem Deutschen Reiche sei bereits heute eine Volksforderung geworden. Reichsratsabgeordneter Dr. W a b e r erörterte zunächst die Nationalitätenpolitik Oesterreichs vor dem Kriege. Redner verlangte von der Industrie, daß sie nicht Preis-, sondern Produktionspolitik betreibe, ferner vom Kaufmannsstande die Sozialisierung des Zwischenhandels zwecks einer richtigen und preiswerten Lebensmittelversorgung sowie eine durchgreifende Bodenreform und damit in Verbindung die ausreichende Schaffung von Kriegerheimstätten.

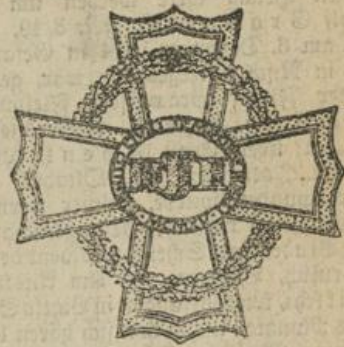
Dr. Waber besprach weiters die Wichtigkeit eines starken Volkshauses, frei von hemmenden Fesseln, damit allen Bevölkerungsklassen, angefangen vom Arbeiter, ihr soziales und rechtliches Recht werde. Die Politik der internationalen Parteien

habe sich als vollständig verfehlt erwiesen. Das anzustrebende Ziel ist die Schaffung eines großen, starken Kaiserreiches Oesterreich im engsten Waffen- und Wirtschaftsbandnis mit dem großen Deutschen Reiche als Träger der mitteleuropäischen Kultur, als Hort des Friedens und der Gerechtigkeit für alle Völker. Die Versammlung nahm eine Entschliezung an, in der es heißt: Aus nationalen Rücksichten verlangen wir den dem deutschen Volke nach seiner Zahl, seiner wirtschaftlichen und kulturellen Stellung, seinen Blutopfern für Kaiser und Reich gebührenden Platz im Reiche, den rechtlichen Schutz gegen nationale Uebergriffe und Eingriffe, deutsche Beamte und deutsche Schulen im deutschen Gebiete, den Schutz erbeingeseffener deutscher Minderheiten. Wir wollen einen starken Staat und eine moderne, den großen Aufgaben der Zukunft gewachsene Verwaltung. Insbesondere muß der Staat als Vertreter des ganzen Volkes stark sein gegenüber dem Großkapital, von dem heute das gesamte wirtschaftliche Leben beherrscht wird. Der Staat müsse die Kosten des Krieges nicht auf die breiten Massen des Volkes legen, sondern auf die Leistungsfähigen, insbesondere auf jene, die sich im Kriege befreit haben. Der Reichsrat wird das Werk der Neuordnung fortzuführen und abzuschließen haben. Die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses müsse gesichert und gegen unwillige Störungen und Hemmungen geschützt werden. Das allgemeine Wahlrecht ist festzuhalten, notwendig ist eine Reform des Herrenhauses. Zur Wahrung des Rechtes des deutschen Volkes müssen sich alle Deutschen in einer großen deutschen Volkspartei zusammenschließen.

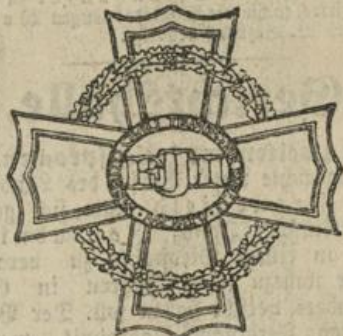
Das Kriegskreuz für Zivilverdienste.



I. KLASSE



II. KLASSE



III. KLASSE



IV. KLASSE

Der Kaiser hat für Verdienste über die Kriegsfürsorge ein Zivilverdienstkreuz gestiftet, das in vier Klassen verliehen wird. Die näheren Bestimmungen veröffentlichen wir im Hauptblatte.

Die Zusammenkunft österreichischer und ungarischer Politiker.

(Von unserem Korrespondenten.)

Budapest, 28. März.

Die ungarischen Politiker, welche an der Wiener Zusammenkunft mit den österreichischen Parlamentariern teilnahmen, sind nunmehr hochbefriedigt über den Verlauf der kameradschaftlichen Begegnung und Aussprache heimgekehrt. Obschon es sich auch bei dieser Gelegenheit bloß um einen unverbindlichen Ideenaustausch handelte, konnten die Wünsche der einzelnen Parteien von allen Anwesenden in ziemlich konkreter Form dargelegt werden, und man lernte die Stellungnahme der verschiedenen Politiker zu den Gegenwarts- und Zukunftsproblemen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Natur ziemlich genau kennen.

Ihr Korrespondent hatte heute Gelegenheit, fast mit allen ungarischen Teilnehmern der Exkursion Unterredungen zu führen und die Mitteilungen, welche er bei dieser Gelegenheit erhielt, lassen sich kurz in folgendem zusammenfassen:

Die Fühlungnahme der österreichischen Politiker mit den ungarischen Parlamentariern — die sich auf rein gesellschaftlicher Basis bewegt und niemals die Form von Konferenzen mit Beschlußfassung annehmen soll — dürfte sich zu einer ständigen Institution ausgestalten. Die Begegnungen sollen von Zeit zu Zeit festgesetzt werden und zwar womöglich allmonatlich abwechselnd in Wien und Budapest. Die Einladungen werden vom Geheimrat v. Berzeviczy und vom Präsidenten des deutschen Nationalverbandes Dr. Groß ausgehen. Es wurde überdies angeregt, auch reichsdeutsche Politiker zu diesen geselligen Zusammenkünften einzuladen, doch konnte diesbezüglich noch keine Einigung erzielt werden. Es wäre falsch anzunehmen, als ob Ausgleichsfragen oder ähnliche Probleme, mit deren Lösung sich die beiderseitigen Regierungen pflichtgemäß beschäftigen müssen, Anlaß zu den Besprechungen geben würden, am allerwenigsten ist aber irgendeine Einflußnahme auf derartige Verhandlungen bezweckt.

Ein ungarischer Teilnehmer charakterisierte mir Zweck und Absicht der Teilnehmer zutreffend mit den Worten: „Wir bereiten durch die gesellschaftliche Fühlungnahme eine spätere Verständigung von Parlament zu Parlament vor.“

Eine über diesen Rahmen hinausgehende Bedeutung darf und ist diesen Begegnungen nirgend beigemessen werden. Am weißen Tisch sind schon oft schwere Probleme gelöst worden, deren Erledigung am grünen Tisch unmöglich erschien. Sehr sympathisch berührten in weiteren ungarischen politischen Kreisen die Worte, mit denen Dr. Groß die Gäste willkommen hieß. Man hofft, daß auch in Oesterreich die Begegnung der Politiker ähnliche Gefühle erwecken wird, wie in Ungarn.

In den nächsten Tagen werden übrigens sowohl ungarische als österreichische Politiker Gelegenheit haben, mit reichsdeutschen Politikern zusammenzutreffen, wobei der Plan einer engeren Fühlungnahme in unverbindlicher Form besprochen werden dürfte. In den ersten Apriltagen findet nämlich in Berlin eine Zusammenkunft der leitenden Persönlichkeiten österreichischer, ungarischer und reichsdeutscher Juristen statt, die eine Annäherung auf rechtlich-wissenschaftlichem Gebiet zum Zwecke hat. Die wirtschaftlichen Annäherungsprobleme haben auch die Männer der Wissenschaft nachdenklich gestimmt, und eine Vertiefung des Bündnisses kann für die Zukunft nur so vorbereitet werden, wenn alle Träger der Kultur in gleicher Richtung arbeiten. Juristen sind zumeist auch Politiker, wie denn die zukünftige Gestaltung auf allen Gebieten der Politik nicht entkleidet werden kann. Der Berliner Juristentagung darf aus vielen Gründen mit lebhaftem Interesse entgegenzusehen werden.

Galizien und das Königreich Polen.

Vom Sekretariat des Obersten polnischen Nationalkomitees in Krakau wird mitgeteilt: In der Vollversammlung des Obersten Nationalkomitees am 18. d. wurde in der Frage des Verhältnisses zwischen dem Obersten Nationalkomitee und dem Königreich eine Debatte durchgeführt. Von allen Rednern wurde die Hoffnung auf die baldige Errichtung einer nationalen Vertretung des Königreichs Polens ausgesprochen. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, namens des Obersten Nationalkomitees den Antrag auf Einberufung einer Vollversammlung aller Reichsrats- und Landtagsabgeordneten in bezug auf das Verhältnis Galiziens zum Königreich zu stellen.

Wie wir erfahren, wurde in der Sitzung der politischen Kommission des Polenklubs am 24. d. in Wien von den Mitgliedern des Obersten Nationalkomitees diese Angelegenheit zur Sprache gebracht.

Die Huldigung Bosniens und der Herzegowina.

Sie kamen aus allen Städten Bosniens und der Herzegowina, um dem Kaiser zu huldigen. Einem prächtigen Drange echter Liebe und kostbarer Treue folgten sie, als sie nach Wien eilten, um zu sagen, wie glücklich sie sich schätzen, daß das staatenbildende Schicksal ihre schöne Heimat der altbewährten Monarchie unlösbar angegliedert hat. Die Stürme des Weltkrieges haben Bosnien und die Herzegowina, wurden sie auch teilweise von dessen hartem Bedrängen berührt in sicherer Hut, und die tapferen Söhne lohnten den mächtigen Schutz mit begeistertster Gefolgschaft, mit jenem mustergültigen Kampfesmut, der die waffentragenden Bürger der Erblande und aller andern alten Kronländer, Bewunderung weckend, herrlich auszeichnet. Aus allen Ansprachen, aus allen Aeußerungen des Landeschefs und der Mitglieder der Deputation leuchtete die Freude hervor, der unauslöschliche Eindruck, den der huldvolle Empfang durch den Kaiser, den besten Landesvater, auf sie gemacht hat.

In ihre Heimat bringen sie kostbare Gaben mit. Sie konnten wahrnehmen, wie, nach den Worten des Bürgermeisters der Reichs- und Residenzstadt, die Herzen der Wiener ihnen brüderlich entgegenschlagen. Und Ministerpräsident Graf Stürgkh, dessen Fürsorge für die Interessen Bosniens und der Herzegowina sie dankbar anerkennen, gab ihnen auf die Rückreise die Versicherung, die Regierung werde die durch den Krieg unterbrochene Kulturarbeit mit liebevoller Energie aufnehmen und fortsetzen. Wie eine Offenbarung hat der Krieg im Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina zu der alten Monarchie gewirkt, sagte gestern Graf Stürgkh in seiner begeistert aufgenommenen Begrüßungsrede. Wie eine Offenbarung — das ist das prägnante Urteil eines weitblickenden Staatsmannes und eines Historikers zugleich. Die Haltung der Bevölkerung der Länder, die hervorragende Vertreter nach Wien sandten,

während des Krieges, sie bekundete überzeugend die innere Notwendigkeit, die in der Okkupation und in der Annexion gelegen ist. Bosnien und die Herzegowina wurden nicht politisch, nicht durch Besitzergreifungsrecht, nicht durch die kühle Staatskraft. Das ist die historische Offenbarung, die der Weltkrieg brachte; sie gehören zu uns, als Stück von uns, als wären sie vom Anbeginn unser gewesen. In der unverbrüchlichen Zugehörigkeit, in dieser Ueberzeugung ist auch die Vorbedingung, die Bürgerschaft für die glückliche Entwicklung der beiden Länder gelegen. Die moralische Kraft der Treue feiert Triumphe in diesem Weltkrieg, und sie wird weiterwirken, wenn die Schrecken des grandiosen Kampfes vorbeigerauscht sind. In diesem Sinne, der uns alle beherrscht, wird sich im Frieden die verjüngte und verstärkte Kraft der Monarchie, wie der Kabinettschef mit rechten Worten zur rechten Zeit gestern vorausagen durfte, mächtig und segensreich bewähren.

Die besten Grüße und Wünsche folgen der Huldigungsdeputation. Ihr Kommen war eine Freude und eine Genugtuung. Die Gesinnungen, die sie zum Ausdruck brachten, das klangvolle Echo der Gefühle und Empfindungen der Bürger Bosniens und der Herzegowina bezeugten die in unvergänglicher Jugend tätige Werbekraft der ehrwürdigen Monarchie. Aller Bürger Herzen hält sie fest, alle gewinnt sie durch die erhabenen Grundsätze, die diesen Staat schufen und wachsen ließen, ihm den stolzen Platz sicherten, den er in Europa einnimmt. Nur für einen geliebten Staat, der eine glückliche Heimat für alle ist, schlugen sich die Väter und Söhne in Waffen so heldenmütig, wie es die Geschichte seit zwanzig Monaten alltäglich verzeichnen kann. Zur fürchtbaren, niederschmetternden Enttäuschung unsrer arglistigen, raubjüchtigen Feinde. Wie Kinder um den verehrten Vater scharen sich alle Völker dieser Monarchie um unsern Kaiser. Die Huldigungsdeputation aus Bosnien und der Herzegowina ist keine zeremonielle Festlichkeit, sie ist ein historisches Geschehnis von fortwirkender gesunder Kraft.

Die bosnisch-herzegowinische Huldigungsdeputation in Wien.

Die bosnisch-herzegowinische Abordnung, die dem Kaiser ihre Huldigung überbrachte, ist gestern vom Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh empfangen worden. Der Führer der Deputation General v. Sarkotic überbrachte den Dank für das hilfsbereite Wohlwollen, das Bosnien und Herzegowina stets bei beiden Regierungen gefunden hat. Die Erwidrerung des Ministerpräsidenten und der Trinkspruch, den er dann bei einem von ihm zu Ehren der Deputation gegebenen Frühstück gehalten hat, sind eindrucksvolle Kundgebungen, deren Bedeutung weit über den Anlaß, dem sie gegolten haben, hinauswächst. Denn sie sind erfüllt von der festen Zuversicht, daß diese ernste und schwere, aber „durch das Bewußtsein mühtiger Pflichterfüllung und siegreicher Kraftentfaltung verklärte Zeit“ zu einer guten, gesegneten und glücklichen Periode, zu friedlicher, nützlicher Kulturarbeit führen wird. Das Wort des Grafen Stürgkh von der verjüngten und verstärkten Kraft der Monarchie, die aus der gewaltigen Kraftäußerung in diesem Kriege mit Sicherheit zu erhoffen ist, wird überall mit freudiger Genugtung aufgenommen werden.

Was Bosnien und die Herzegowina selbst betrifft, konnte Ministerpräsident Graf Stürgkh darauf verweisen, daß er auch schon vor der Kriegszeit nicht bloß seiner Amtspflicht entsprechend, sondern aus vollem Herzen und aus warmem Interesse alle Angelegenheiten der beiden Länder nach Möglichkeit gefördert habe. Die Abordnung erhielt gleichzeitig die Versicherung, daß das Werk der Kulturarbeit, das in Bosnien und in der Herzegowina mit ausgreifenden Maßnahmen und in raschem Flusse vor dem Kriege eingeleitet wurde, nach dem Kriege mit unverminderter, mit verjüngter und gesteigerter Kraft fortgesetzt, ja, daß es sogar noch vor definitiver Rückkehr friedlicher Zustände mit erneutem Eifer und unbegrenzter Entschlossenheit wieder aufgenommen werden soll. Die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina hat ein volles Anrecht auf diese mächtige Förderung, denn sie hat, wie Ministerpräsident Graf Stürgkh betonte, auch vollen Anteil an den gewaltigen Leistungen, deren wir uns mit unseren starken und treuen Verbündeten zu rühmen vermögen. Das Band, das die beiden Länder mit der Monarchie verknüpfte, ist durch den gemeinsamen Kampf noch fester und unzlöslicher geworden. „Der Krieg hat im Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina zur alten Monarchie wie eine Offenbarung gewirkt“, hat Graf Stürgkh gestern gesagt und hinzugefügt, daß im Lichte der gewaltigen Ereignisse unserer Zeit der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina mehr und mehr darüber Klarheit geworden ist, daß sie, je treuer sie ihre patriotischen Pflichten gegen die Monarchie erfüllt, um so sicherer auch ihr eigenes Bestes wahr, die Grundlagen ihres dauernden Wohlergehens festigt. Daß die Bewohner Bosniens und der Herzegowina diese Klarheit gewonnen haben, beweist neuerlich die letzte in feierlicher Stunde dargebrachte Huldigung der Abordnung vor den Stufen des Thrones.

Empfang beim Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Graf Stürgkh empfing gestern vormittags die unter Führung des Landeschefs G. d. J. v. Sarkotic erschienene Huldigungsdeputation aus Bosnien und der Herzegowina.

General v. Sarkotic hielt an den Ministerpräsidenten folgende Ansprache:

Guer Erzellenz!

Durch die nie verlassende Gnade Sr. Majestät unseres allergnädigsten Kaisers und Königs wurde der vor Eurer Erzellenz hier erschienenen Abordnung Bosniens und der Herzegowina das seltene Glück zuteil, an den Stufen des Allerhöchsten Thrones ihre alleruntertänigste Huldigung darbringen zu dürfen.

Unter dem unauslöschlichen Eindruck der väterlichen Worte huldvollster Anerkennung, welche der allgeliebte Herrscher in den gegenwärtigen drangvollen Zeiten uns zu widmen geruhte und die unserer Länder treues Volk mit berechtigtem freudigsten Stolz erfüllen, gedenkt die Deputation innigst bewegt des hilfsbereiten gütigen Wohlwollens, welches Bosnien und die Herzegowina auf ihrem Wege zum Aufschwung und Fortschritt bei den beiden Regierungen jederzeit gefunden haben.

Eurer Erzellenz wollen mir gestatten, gelegentlich dieses im Leben Bosniens und der Herzegowina so bewährten Anlasses der Herzenspflicht unserer Länder nachzukommen und im Namen der ganzen Abordnung Eure Erzellenz und die k. k. Regierung der tiefstgefühltesten Dankbarkeit und erfurchtsvollsten Ergebenheit zu versichern.

General v. Sarkotic schloß mit einem dreimaligen Zivio auf den Ministerpräsidenten.

Die Rede des Grafen Stürgkh.

Sodann nahm Ministerpräsident Graf Stürgkh das Wort zu nachstehender Erwidrerung:

Guer Erzellenz!

Meine sehr verehrten Herren!

Es ist mir ein besonders freudiger Augenblick, in welchem es mir vergönnt ist, anlässlich der alleruntertänigsten Huldigung, welche die Deputation aus Bosnien und der Herzegowina an den Stufen des Allerhöchsten Thrones dargebracht hat, den Besuch der verehrten Herren unter der erleuchteten Führung Sr. Erzellenz des Herrn Landeschefs bei mir empfangen zu dürfen.

Sr. Erzellenz der Herr Landeschef hat die Güte gehabt, des Interesses zu gedenken, welches ich im Namen der k. k. Regierung den Angelegenheiten Bosniens und der

Herzegowina entgegenbringe. Erlauben Sie mir zunächst, zu sagen, daß ich es als eine Verpflichtung fühle, Sr. Erzellenz für die gütigen Worte zu danken, gleichzeitig aber auszusprechen, daß dieses warme und lebendige Interesse, welches ich seit meiner Amtsführung den Angelegenheiten beider Länder entgegengebracht habe, nicht bloß meiner beschworenen Amtspflicht entspricht, indem ich kraft meiner Stellung berufen bin, neben den mit der Verwaltung der beiden Länder unmittelbar betrauten, von Sr. Majestät beauftragten höchsten Funktionären eine Mitwirkung im Sinne der Fürsorge für diese Länder auszuüben, sondern daß ich dieser Aufgabe aus vollem Herzen und aus warmem Interesse an allen Angelegenheiten, welche sie betreffen, jederzeit entspreche. (Zobhafte Ziviorufe.)

Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß ich diese meine Empfindungen und auch meine Betätigung im Sinne des Wohles und der Interessen des Landes auch in der Vorkriegszeit einigermaßen zu erweisen bemüht gewesen bin. (Ziviorufe.)

Es sind ernste und schwere Zeiten über uns alle und auch über die beiden Länder gekommen, und wir müssen daher heute in verdoppeltem Maße von Seite aller maßgebenden Faktoren und auch von Seite der k. k. Regierung den Vorsatz fassen und erneuern, uns diesen Interessen mit besonderer Wärme und mit besonderer Hingebung zu widmen. (Zobhafte Ziviorufe.) Das Land hat wie andere Länder Sr. Majestät unter den Kriegswirren gelitten. Wir haben die Aufgabe, alles Mögliche von unserem Standpunkte dazu beizutragen, um die Bemühungen zu unterstützen, welche dahin gerichtet sind, die Leiden des Krieges, die Schäden, welche der Krieg gebracht hat, nach Tunlichkeit zu mildern. (Zobhafte Ziviorufe.)

Wir haben aber weiter auch die große Aufgabe, das Werk der Kulturarbeit, welches in diesen Ländern mit ausgreifenden Maßnahmen und in raschem Flusse vor dem Kriege in Angriff genommen und fortgesetzt wurde, sobald es die Verhältnisse zulassen, entsprechend weiterzuführen und mit jener verjüngten und verstärkten Kraft der Monarchie zum gedeihlichen Ende zu bringen, welches aus der gewaltigen Kraftäußerung der Monarchie in diesem Kriege mit Sicherheit zu erhoffen ist. (Zobhafte Zustimmung.) Wir wollen uns diesen Aufgaben mit verdoppeltem Eifer widmen. Wir rechnen darauf, daß die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina sowie ihre tapferen Söhne unter den sieghaften Fahnen Seiner Majestät im Rahmen des gemeinsamen Heeres das Beste geleistet haben, auch auf dem Boden friedlicher, nützlicher Kulturarbeit die Bemühungen ihrer Regierung und die Bemühungen der Regierungen beider Staaten aus ihren eigenen Kräften möglichst zu fördern bestrebt sein wird. (Zobhafte Ziviorufe.)

Es werden nach glücklicher Beendigung des Krieges — so Gott will! — gute, gesegnete und glückliche Zeiten für beide Länder kommen, und beide Länder werden aus dieser Entwicklung die große Wahrheit entnehmen, daß ihre unverbrüchliche Zugehörigkeit zur österreichisch-ungarischen Monarchie unter dem glorreichen Szepter des mächtvollen Herrschers die beste Vorbedingung für die gedeihliche und glückliche Entwicklung der beiden Länder in der Zukunft geben wird. (Stürmische Ziviorufe.) So wird denn dieses feste, unlösliche Band, welches die beiden Länder mit der Monarchie umschlingt, auch die beste Bürgschaft für das Wohlergehen, für das Gedeihen aller Angehörigen von Bosnien und der Herzegowina, aller Bürger dieser Länder sein.

Von lebhaftem Interesse für beide Länder erfüllt, danke ich Ihnen, meine verehrten Herren, herzlich für die freundliche Zustimmung zu jener Kundgebung, mit welcher Se. Excellenz der verehrte Herr Landeschef seine Ansprache geschlossen hat, und ich erwidere diese Kundgebung mit den aus dem Herzen kommenden Worten: Die beiden Länder Bosnien und Herzegowina, deren Wohlfahrt eine Haupt Sorge Sr. Majestät unseres allergnädigsten Kaisers und Königs und seiner Regierungen ist, die beiden Länder Bosnien und Herzegowina, sie mögen einer glücklichen und gedeihlichen Zukunft entgegengehen. Alle Bürger dieser Länder leben hoch! (Lebhafte Hoch- und Ziviorufe.)

An den Austausch dieser Reden schloß sich die Vorstellung der Erschienenen durch den Landeschef, in deren Verlauf der Ministerpräsident die Mitglieder der Abordnung in ein längeres Gespräch zog.

Gestern mittags gab Ministerpräsident Graf Stürgkh zu Ehren der unter Führung des Landeschefs G. v. Sarlotic in Wien erschienenen Huldigungsdeputation aus Bosnien und der Herzegowina im Grand Hotel ein Frühstück, zu welchem außer den Mitgliedern der Abordnung geladen waren: die Gemeinsamen Minister, der Präsident des Gemeinsamen Obersten Rechnungshofes Dr. Freiherr v. Plener, der ungarische Minister am Allerhöchsten Hoflager Dr. Freiherr v. Koszner, die Mitglieder des österreichischen Kabinetts, Erster Sektionschef Botzhafter Freiherr v. Macchio, Statthalter Freiherr v. Bieleben, Landmarschall Prinz zu Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Vizeadmiral v. Pailer, Polizeipräsident Freiherr v. Gorup, Legationsrat Graf Hohos; vom Gemeinsamen Finanzministerium, beziehungsweise der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina: Sektionschef Doktor v. Szalah, Sektionschef Freiherr v. Klimburg, Sektionschef Dr. v. Kuh-Chrobak, Sektionschef v. Ghurlovics, Sektionschef Dr. Budil, Hofrat v. Foglar, Regierungsrat Dr. Cerovic, Präsidialvorstand Regierungsekretär Dr. Starck, Ministerialvizeekretär Dr. Graf Dzieduszycki, Regierungsvizeekretär Flandrač, Regierungsvizeekretär v. Rusic-

vich, ferner der Personaladjutant des Generals v. Sarlotic Oberleutnant v. Reizner; weiter vom Ministerrat: Sektionschef Klimsch, Sektionschef Binjohof, Sektionschef Folger, Ministerialrat Doktor Wilkens, Ministerialrat v. Ehrhart, Ministerialvizeekretär Graf Kuenburg.

Trinkspruch des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Graf Stürgkh richtete an die Erschienenen während der Tafel folgende Ansprache:

Gnade Excellenzen!

Meine hochgeehrten Herren!

In einer ernsten und schweren, aber durch das Bewußtsein mutiger Pflichterfüllung und siegreicher Kraftentfaltung verklärten Zeit war es Ihnen vergönnt, an den Stufen des Allerhöchsten Thrones erscheinen und Sr. Majestät die Gefühle der Ehrfurcht und Ergebenheit zu Füßen legen zu dürfen, welche die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina dem erhabenen Herrscher entgegenbringt. Sie haben damit in feierlicher Stunde kundgegeben, daß die Ueberzeugung unverbrüchlicher Zugehörigkeit zur Monarchie in der Volksseele tief Wurzel geschlagen, daß die Angehörigen jener Länder mit ihrer ganzen moralischen Kraft an der Bestimmung festzuhalten willens sind, die die Geschichte ihnen zugewiesen.

Seit Bosnien und die Herzegowina mit den Staaten Sr. Majestät in enge Beziehung traten und in der Folge, dank der Erstreckung der Allerhöchsten Souveränitätsrechte, mit ihnen durch ein unauflösliches Band verknüpft wurden, hat die Monarchie in ihnen nicht nur einen Zuwachs ihres eigenen Machtbereiches, sondern vor allem einen Gegenstand eifrigster und liebevollster Fürsorge erblicken wollen. Das Schicksal, das Bosnien und die Herzegowina ihr zugeführt, solle für diese Länder auch die Quelle dauernden und reichen Glückes sein. In der Ausgestaltung wichtigster Verwaltungseinrichtungen, in sozialen Reformen, in der Ausbreitung und Vertiefung der geistigen und wirtschaftlichen Kultur sollten dem wahren Fortschritte die Bahnen geebnet werden. Vor allem wurde, namentlich in der jüngsten Zeit, der äußerste Nachdruck aufgegeben, durch Erweiterung und Verdichtung des Verkehrsnetzes Bosnien und die Herzegowina den Segnungen einer großen und reichen Wirtschaftsgemeinschaft zugänglich zu machen.

All diese weitausgreifende und im raschesten Flusse befindliche Arbeit hat durch den Ausbruch des Krieges eine Hemmung erfahren. An dem festen Willen, sie, soweit tunlich, sogar noch vor definitiver Rückkehr friedlicher Zustände mit erneutem Eifer und unbeugbarer Entschlossenheit wieder aufzunehmen, werden Sie, meine hochgeehrten Herren, nicht zweifeln wollen. Daß es aber der Monarchie beschieden sein wird, nach dem Kriege mit unverminderter, ja mit verstärkter und gesteigerter Kraft ans Werk zu schreiten, dafür bieten die bewunderungswürdigen Proben der Stärke und Energie, die jeder Tag an der Front und im Hinterlande bringt, die festeste Bürgschaft.

Ich bedaure den Stillstand, welchen die kriegerischen Ereignisse einer so segensreichen Tätigkeit vorübergehend aufzwingen, aber ich möchte nicht verschweigen: Der Krieg hat im Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina zu der alten Monarchie wie eine Offenbarung gewirkt. Die tapferen Söhne jener Gebiete haben ihre angestammte kriegerische Tugend hingebend in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt; sie sind stolz, unter den siegreichen Bannern Sr. Majestät mitzukämpfen, ihren vollen Anteil an den gewaltigen Leistungen nehmen zu dürfen, deren wir mit unseren starken und treuen Verbündeten uns zu rühmen vermögen. Gerade in diesem Kriege hat die Bevölkerung jener Länder erkennen können, unter welcher mächtigen Schutz die Vorsehung sie gestellt hat, wie nützlich die Einflüsterungen und Versprechungen der Widersacher sind und mit was für wichtigen Schlägen die Monarchie Gebiete, die sie zu ihrer Friedensarbeit erkor, zu verteidigen, die Vermeßlichkeit des Feindes zurückzuweisen versteht. Im Lichte der gewaltigen Ereignisse unserer Zeit ist der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina mehr und mehr Klarheit darüber geworden, daß sie, je treuer sie ihre politischen Pflichten gegen die Monarchie erfüllt, umso sicherer auch ihr eigenes Bestes wahr, die Grundlagen ihres dauernden Wohlergehens festigt.

Diese aus dem Vollen der Geschichte geschöpfte Ueberzeugung hat sich zu jenen Gefühlen erwärmt und begeistert, die in Ihrem Huldigungsakte vor der Allerhöchsten Person des mächtigen Herrschers ehrfürchtigen Ausdruck finden durfte. Lassen Sie mich, meine hochgeehrten Herren, Sie als meine gern gesehenen Gäste auf das herzlichste willkommen heißen, lassen Sie mich Ihnen sagen: Jene Gefühle, als deren berufene Dolmetsche ich Sie begrüße und die in der Brust jedes Oesterreichers ein begeistertes Echo wachrufen, sind uns eine verlässliche Gewähr dafür, daß die dankbaren Völker Bosniens und der Herzegowina sich für alle Zeit als würdige Glieder in der großen Gesamtheit dieser glorreichen Monarchie erweisen werden.

Ich glaube, den Empfindungen, die uns alle in diesem Augenblicke bis ins Innerste bewegen, am besten Gemüße zu tun, wenn ich das Wort ausspreche, das auf aller Lippen schwebt, wenn ich Sie einlade, in den Wunsch einzustimmen, in dem diese schöne Stunde gipfelt: Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser und König Franz Joseph I., er lebe hoch!

Die Erwiderung des Generals v. Sarlotic.

Nachdem die begeistertsten dreimaligen Hoch- und Ziviorufe verklungen waren, erwiderte General von Sarlotic mit nachstehenden Worten:

Gnade Excellenzen gnädige Worte haben bei allen Teilnehmern der bosnisch-herzegowinischen Huldigungsdeputation den freudigsten Widerhall wachgerufen. Wir

stehen tatsächlich unter dem Eindruck eines großen historischen Ereignisses. Gestern hatten wir das Glück, das väterliche Antlitz Sr. Majestät des allgütigen Kaisers und Königs zu sehen, und die Abordnung konnte sich überzeugen, mit welchem liebevollen Interesse Allerhöchstersele an den Geschicken unserer Länder Anteil nimmt. Sie konnte die Ueberzeugung gewinnen, daß Seine Majestät unsere Länder nicht nur jederzeit in Allerhöchster Betrachtung zu ziehen geruhen, sondern sich sogar der einzelnen Persönlichkeiten lebhaft erinnern. Heute hat uns die Herzenspflicht zur k. k. Regierung geführt, und Se. Erzellenz der Rabinetschef hat die Gnade gehabt, uns auf das freudigste zu empfangen und überdies durch die Veranstaltung eines gemeinsamen Mahles zu ehren, an dem neben den Repräsentanten der k. k. Regierung die ersten Funktionäre der Monarchie mit Se. Erzellenz dem Herrn Minister des Aeußern an der Spitze teilnehmen. Eurer Erzellenz sage ich für diese Ehrung sowie für die gnädigen Worte im Namen der hier versammelten Repräsentanten der Bevölkerung unserer Länder unseren herzlichsten und ergebensten Dank. In Bosnien und der Herzegowina ist durch die Ereignisse der großen Zeit, in der wir leben, ein Läuterungsprozeß vor sich gegangen; wie Euer Erzellenz heute hervorzuheben die Gnade hatten, partizipierten Bosnien und die Herzegowina nicht nur an den großen Ereignissen an der Front — und in welcher hervorragender Weise hatten Se. Majestät selbst gestern allergnädigst zu bemerken geruht — sondern auch im Hinterland, indem jeder bestrebt war, nach seinen Kräften zur Erreichung der großen Ziele beizutragen, wofür die Zeichnung der Kriegsanleihen das beste Zeugnis abgibt. Eurer Erzellenz erlaube ich mir die Versicherung zum Ausdruck zu bringen, daß unsere Länder für die Unterstützung, die sie seitens der beiden Regierungen jederzeit gefunden haben und sicherlich auch künftig finden werden, zu großem Danke verpflichtet sind. Jeder von uns vermag zu ermessen, daß ohne diese Förderung ein Aufschwung Bosniens und der Herzegowina undenkbar wäre, und ich kann daher nicht umhin, im Namen der ganzen Abordnung unter dem Eindrucke der uns bisher gewidmeten Güte sowie der heutigen, uns überaus ehrenden Veranstaltung Eurer Erzellenz die Bitte vorzubringen, unserer tiefgefühltesten Dankbarkeit und ehrfurchtsvollsten Ergebenheit versichert sein zu wollen. Ich bitte die Herren Deputationsmitglieder in den Ruf einzustimmen: Se. Erzellenz der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh lebe hoch!

Empfang im Rathause.

Gestern nachmittags besichtigten die Mitglieder der bosnisch-herzegowinischen Huldigungsdeputation das Rathaus in allen seinen Teilen und versammelten sich sodann im Magistratsitzungsaal, wo sie von der Gemeindevertretung begrüßt wurden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt an die Herren eine Ansprache, in der er ausführte: Große Freude und Genugtuung hat es uns bereitet zu sehen, wie in diesem so schweren Kriege aus Ost und Süd Abordnungen zu den Stufen des Thrones eilten, um die Gefühle der Liebe und Treue zu bekunden. So wie die Wiener heldenmütig an der Front gegenüber mächtigen Feinden Schulter an Schulter mit Bosniern und Herzegowen kämpfen und Heldentaten vollbringen, von denen noch kommende Jahrhunderte Zeugnis ablegen werden, so wollen wir im Hinterlande brüderlich zusammenhalten (Rufe: Zivio!) Die Herzen der Wiener schlagen Ihnen brüderlich entgegen, unsere Sympathien für Ihr schönes Land bestehen seit den Zeiten meines großen Vorgängers, des Bürgermeisters Dr. Lueger. Seien Sie begrüßt im Rathause der Stadt Wien! (Lebhafte Zivio-Rufe.)

Der Führer der Abordnung Landeschef G. d. J. v. Sarajewo erwiderte: Ich finde kaum Worte, um für die wirklich vom Herzen kommenden freundlichen Ausführungen Seiner Erzellenz des Herrn Bürgermeisters die entsprechende Erwidderung auszubringen. Seine Erzellenz hatte die Güte, zunächst die Beziehungen zwischen dem Herrscherhaus und den Wienern hervorzuheben. Ich darf mit Freude konstatieren, daß bereits innige Beziehungen zwischen dem Herrscherhause einerseits und dem bosnisch-herzegowinischen Lande andererseits bestehen, und ich möchte nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß diese Beziehungen dereinst ebenso herzlich sind, wie zwischen dem Herrscherhaus und Wien. Wir sind dankbar für die Sympathien, welche die Stadt Wien uns gegenüber gezeigt hat, und Sie können überzeugt sein, daß bei jedem Bosnier und Herzegowen der Name Wien einen ganz außerordentlich guten Klang hat. Wien und die Wiener Herzen sind nicht nur mir, der ich als junger Offizier hier im Rathause genannt habe an einem Ballfest, an welchem der Eiserne Rathausemann als Ballspende den Damen verehrt wurde, sie sind auch

der ganzen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina bekannt, das goldene Wiener Herz und der edle Sinn der Wiener Bevölkerung sind bei uns sprichwörtlich geworden. Die Abordnung hat das Glück genossen, beim Finanzminister, beim Chef der kaiserlichen Regierung und jetzt von der Gemeinde Wien empfangen zu werden. Namens der Abordnung bitte ich Sie, Herr Bürgermeister, unseren tiefsten Dank nicht nur für Ihre werthe Person, sondern auch für die Stadt und die prächtigen Bewohner derselben ausdrücken zu dürfen. Der Landeschef forderte dann die Mitglieder der Abordnung in kroatischer Sprache auf, ein Hoch auf die Stadt Wien, den Bürgermeister und die Gemeindevertretung auszubringen, welcher Aufforderung die Herren durch ein stürmisches dreimaliges Zivio! entsprachen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner lud sodann die Herren ein, sich in den Stadtratsitzungsaal zu begeben, wo ein kalter Imbiß und ein Trunk Wein ihnen verabreicht wurde.

Hier begrüßte Bürgermeister Dr. Weiskirchner insbesondere die erschienenen Bürgermeister, Gemeinderäte und Beiräte der Städte in Bosnien und in der Herzegowina. Er sagte u. a.: Wir sind alle Leidensgefährten. In diesen harten Zeiten kommt der Begriff der Gemeinde zu großer Bedeutung. Wenn wieder Friedenszeiten kommen werden, dann werden Bürgermeister und Gemeinderäte wieder Friedenswerke schaffen und bauen, damit die Städte, die sie vertreten, blühen und gedeihen, denn ein blühendes Städteleben ist die Grundlage für die kulturellen Wohlfahrtsbestrebungen der Länder und des ganzen Staates. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf die anwesenden Gemeindefunktionäre.

Der Vizebürgermeister von Sarajevo Oberbaukommissar Banca erwiderte, daß die Stadt Wien in Kriegs- und Friedenszeiten ein Muster für alle anderen Städte Oesterreichs sei, und schloß mit einem Hoch auf die Vertretung der Stadt Wien.

Sarajevoer Blätterstimmen.

Sarajevo, 29. März.

Die Huldigung der bosnisch-herzegowinischen Deputation vor Sr. Majestät wird von den Blättern in warm empfundenen patriotischen Leitartikeln gewürdigt.

„Sarajewski List“ betont: Das ganze Land empfand das Bedürfnis, dem Monarchen in Form einer Huldigung zu bekunden und zu schwören, daß sein Volk in Bosnien und der Herzegowina an der Wehr des Vaterlandes bis zum letzten Blutstropfen und bis zum letzten Heller aushalten wird. Durch diese Deputation wurde unserer Liebe und Treue zum Herrscher, unserer unbegrenzten Opferwilligkeit und unserem tiefen und wahren Patriotismus ein feierliches Siegel verliehen.

Die „Bosnische Post“ verweist darauf, wie der Wunsch, dem alten Kaiser ein Zeichen der Liebe und Verehrung zu geben, in allen Bevölkerungsschichten spontan erstand und immer lebendiger ward. Das Blatt fährt sodann fort: Auch für unser Land und seine Bewohner hat der Krieg einen reichen Erfahrungsschatz gebracht. Heute weiß man in Bosnien und der Herzegowina nicht nur, daß man als Glied eines großen Staates alle Vorteile seiner Stellung und seiner Organisation und die Segnungen hoher Kultur genießt, man weiß auch, daß dieser Staat stark ist, stark, um einer Welt von Feinden gegenüber seinen Bestand zu sichern und seinem Willen Geltung zu verschaffen, und daß er sich eine große, mächtige Zukunft gebahnt hat, an der man teilhaben wird gleich allen anderen Gliedern der Monarchie.

„Hrvatski Dnevnik“ schreibt, indem er die Tapferkeit der bosnisch-herzegowinischen Truppen hervorhebt: Die jüngsten Untertanen der Habsburger Krone haben in diesem gigantischen Ringen den Schandfleck abgewaschen, den der räuberische Nachbar auf Bosnien geworfen hat, und der getreuen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina den Weg gebahnt, auf daß ihre Vertreter hellen Antlitzes vor den Thron des geliebten Herrschers hintreten können.

Das „Sarajevoer Tagblatt“ gibt in gleichem Sinne der Freude über die Huldigung Bosniens und der Herzegowina vor Sr. Majestät dem Kaiser Ausdruck und betont: Eines hat das Volk der beiden Länder in dieser schweren Zeit glänzend bewiesen: Die unererschütterliche Treue zu Kaiser und Reich, dem es ja auch seinen Eintritt in die Kultur zu verdanken hat.

Eine Unterredung mit Weihbischof Dr. Johann Saric.

Während die Mitglieder der bosnischen Deputation und der österreichischen Regierung sich im „Grand Hotel“ zu dem heutigen Festmahl versammelten, hatten Vertreter des bosnischen Episkopats die Güte, unseren Korrespondenten zu empfangen, um herzliche Worte der Verabschiedung an die christliche Bevölkerung von Wien und ihre Presse zu richten. Es war ein farbenbuntes Bild von festlicher Eigenart, das sich in den Sälen des „Grand Hotel“ entrollte, als die bosnischen Bischöfe und Prälaten, die mohammedanischen Ulemas und orthodoxen Kirchenvorstände, die markigen Gestalten von Politikern, Begs und ländlichen Parteiführern in nationaler Tracht sich einfanden, um in zwanglosen Gruppen die Eindrücke des gestrigen Empfanges beim Kaiser, der heutigen Rede des Grafen Stürgkh, der herzlichen Aufnahme in Wien mit unseren Generälen und Staatswürdenträgern zu besprechen. Neben den ehrwürdigen bärtigen Gestalten der Bischöfe von Mostar und Banjaluka und des Trappisten-

abtes von Banjaluka tritt uns entgegen die jugendlich vornehme, elastische Erscheinung des Bischofs Dr. Saric, des treuen Mitarbeiters des Erzbischofs Dr. Stadler von Sarajevo, des bischöflichen Dichters, Schriftstellers und Publizisten. Erzbischof Dr. Stadler hat früh Dr. Saric an seine Seite gezogen, die ganze religiöse und kulturelle Arbeit in Bosnien mit ihm geteilt, und so ist auch gestern Weihbischof Dr. Saric als Vertreter seines erkrankten Erzbischofs vor den Kaiser getreten.

Weihbischof Dr. Saric erzählt, wie er noch ganz unter dem überwältigenden Eindruck dieser Audienz steht. Nach der Rede des Landeschefs und deren Beantwortung, gleich zu Beginn des Cercels von dreiviertel Stunden wandte sich der Kaiser dem Weihbischof zu, den er sofort wieder erkannte. Bewunderungswürdig zeigte sich das Gedächtnis des Kaisers, der über alle Einzelheiten der Kulturarbeit, des Fortschrittes, der Sorgen und Bedürfnisse der bosnischen Katholiken genauestens informiert erschien. Der Kaiser fragte nach dem Befinden des am Erscheinen verhinderten Erzbischofs Dr. Stadler; bedauerte lebhaft, daß der Erzbischof etwas von den Beschwerden des Alters und des Asthmas empfinde und sich nicht in Wien einzufinden vermöchte, und trug dem Weihbischof Grüße an den Erzbischof auf. Als der Kaiser den Abt der Trappisten von Banjaluka erblickte, erklärte er, wohl zu wissen, wie viel Gutes und kulturell Wertvolles dessen Mönche für Bosnien vollbringen. „Es schien, als ob unsere Begeisterung den Kaiser verjüngt habe,“ sagt der Bischof, „denn noch frischer, lebhafter und kräftiger aussehend verließ uns der Monarch nach dreiviertel Stunden beständigen Sprechens. Dieser Tag bildet den schönsten Lohn für die bosnischen Katholiken, die auf dem Schlachtfeld durch ihren Todesmut sich ausgezeichnet und im Lande überall, wo von der Zivilbevölkerung Opfer verlangt wurden, eine bewunderungswürdige Ruhe und Opferwilligkeit gezeigt haben. Sie sehen, ich bin ein Bosnier, aber ich freue mich, mit Ihnen deutsch zu sprechen. Die zwei Sprachen, Kroatisch und Deutsch werden in unseren Schulen gelehrt. Es muß betont werden, wie vorzüglich der jetzige Landeschef es versteht, allen unseren Bedürfnissen und Kulturforderungen in weitestgehender Weise entgegenzukommen. Es herrscht das denkbar beste Verhältnis zwischen Staatsgewalt und kirchlicher Autorität. Es besteht die Einheit in unseren Reiben, der Frieden mit den anderen Konfessionen. Unter dem starken und einigenden Schutze des Hauses Habsburg fühlen wir den Fortschritt unserer Religion und Nation gewahrt. Diese Einigung mit der Dynastie hat die Bluttaufe empfangen; „inseparabiliter“ — „unlöslich mit dem Kaiserhaus verbunden“, das ist der Wahlspruch, dessen Anwendung die Versöhnungsversuche Serbiens zuschanden, aussichtslos und zu einer überwundenen Vergangenheit gemacht hat. Mit wahrer Rührung habe ich die heutige schöne Rede des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh gehört, der selbst unter dem Eindruck unserer Ergriffenheit zu stehen schien. Wir alle scheiden voll Bedauern, nicht länger die herzliche Gastfreundschaft in Wien genießen zu können; es wäre mir eine aufrichtige Freude, die Vertreter der christlichen Presse Wiens bald in Sarajevo begrüßen zu können. Und so sage ich: Auf Wiedersehen in Sarajevo!“

Für die Einigkeit der Deutschen und die Rechte des Deutschen Volkes in Oesterreich.

Eine Massenkundgebung in Währing.

Die von den Vereinigten deutschnationalen Organisations Währings am Samstag den 25. d. einberufene Kundgebung für die Rechte der Deutschen in Oesterreich nach dem Kriege und zur Befestigung deutschen Einheitswillens wies einen wahren Massenbesuch auf. Die „Wilden-Mann“-Säule erwies sich als zu klein, die zahlreich erschienenen Versammlungsteilnehmer zu fassen.

Vorsitzender L u f t begrüßte die Versammlung und erklärte unter jubelndem Beifall der Anwesenden, daß die Deutschen Oesterreichs auch weiterhin alles tun würden, um Volk und Vaterland gegen die Feinde zu verteidigen.

Es waren unter anderem erschienen: Professor Dr. Wolfan (Verein der akademisch gebildeten Staatsbeamten), Eckersberg, Exler, Direktor Kronauer, Dr. Fritz Wannek (Bund der Deutschen in Niederösterreich), Dr. Günther Berla, Landesgerichtsrat Dr. Luz, Dr. Otto Reisser, Rechnungsrat Niendöhl („Südmart“), Zeitungsdirektor Brosch (Deutscher Klub), Franz Haind (Deutsche Arbeiterpartei), Malh, Heinz Becher (Reichsverein der Privatangestellten), Hübl (Volksverein Klosterneuburg), Professor Dr. Mittermann (Deutscher Nationalverein, Krems an der Donau), Doktor Ernst Hampel (Deutschnationale Vereinigung Niederösterreichs), Wilhelm Fröhlich (Zentralverband österreichischer Staatsbeamten), Hödl (Zentralverein der Gerichtszustellbeamten Oesterreichs), Tometschla (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband), Doktor Krawany, Tierarzt Dallinger (Deutschwirtschaftlicher Wählerverein Wieden), Schulrat Professor Kaltofen (Prachatis), Obergeringieur Riehl (Währinger Turnverein), Professor Preiß (Deutschnationaler Verein Simmering), Patry (Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn), Professor Dr. Bauer, Czernowitz (Bund der christlichen Deutschen in der Bukowina), Revident Winter, Ingenieur Gzizowski (Deutscher Schulverein), Rodler (Deutschwirtschaftlicher Wählerverein Dornbach-Neuwaldegg), Muhr (Deutschradikaler Bezirksverein Alsergrund), Fischer (Deutschsozialer Verein für Oesterreich), Dr. Hans Blas (Deutscher Reformverein), Rechmatal (Präsident des Handelsgremiums für den 16., 17., 18. und 19. Bezirk), Veranel (Alldeutscher Bezirksverein Neubau), Baurat Wellisch (Evangelischer Klub Währing), Obergeringieur Sturm (Deutscher Volksbund), Frau Anna Sturm (Deutscher Frauenbund) und viele andere.

Begrüßungsschreiben und -drahtungen hatten gesendet: Die Abgeordneten Dr. Pollauf (Sonzog): „Wir wollen ein blühendes, starkes Neuoesterreich, in dem dem deutschen Volke seine Stellung für alle Zukunft staatsrechtlich sichergestellt wird“ (Lebhafte Beifall), Wedra, Kittinger und Pittner, Dr. Schachermeyer, Deutscher Volksrat für Untersteiermark, deutsche Arbeiterpartei Oesterreichs, Niederösterreichischer Volksbund Krems, Bürgermeister Dr. Lichtl (Reh), Deutscher Volksverein Bruck an der Leitha, deutsche Eisenbahner, Wien, 21, Landtagsabgeordneter Professor Angerer, Alldeutscher Verein für Kärnten, Kommerzialrat Franz Czernow, Kontrollor Pogatschnigg (Reichsbund deutscher Postler), Universitätsdozent Bezirksrichter Dr. v. Liszt, Dr. Brindacher (Scheibbs), Notar Frischhauf (Eggenburg), Deutschfreierlicher Wählerverein Neunkirchen, Oberlehrer Gutleder (Altenmarkt an der Ysser und andere.

Das deutsche Schulwesen.

Als erster Redner ergriff namens der veranstaltenden Vereinigungen Fachlehrer Josef Roderich Kedi das Wort und besprach die Forderungen der Deutschen auf dem Gebiete des Schulwesens. Redner pries die segensreiche Schaffung des Reichsvolksschulgesetzes, verlangte die Ausgestaltung der Arbeitsschule, die staatliche Förderung des deutschen Schulwesens, ferner, fußend auf der Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges und der Freiheitskriege von 1813 und 1814 eine bewußte völkische Erziehung in Haus und Schule. Sodann besprach er den Dank der Militärverwaltung an die österreichische Lehrerschaft sowie deren Leistungen auf dem Gebiet der Kriegsanleihe und der verschiedenen Sammlungen für die Zwecke der Armee. Zum Schluß forderte Redner alle Deutschen auf, sich überall rege am öffentlichen Leben zu beteiligen, damit der Wille des Volkes klar zum Ausdruck komme. (Lebhafte Beifall.)

Das Programm der Deutschen.

Professor Dr. Mittermann (Krems) gab seiner Freude über die ungeheure Kraftentfaltung des deutschen Volkes auf allen Kriegsschauplätzen und im Hinterlande Ausdruck und ging sodann auf das Programm des Deutschen Klubs „Forderungen der Deutschen in Oesterreich zur Neuordnung nach dem Kriege“ ein und verwies auf die gründliche Arbeit, die mit diesem Programm geleistet wurde. Durch die geeinte Kraft des zur Nation zusammengefaßten Deutschtums in Oesterreich soll sich die Erneuerung des Staates vollziehen. Darum braucht Deutsch-Oesterreich eine freie Entwicklungsmöglichkeit, es darf nicht, wie bisher, seine Kraft in der völkischen Abwehr verbraucht werden. Alle Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles müssen geschaffen werden. Darum müssen wir die Beendigung des Sprachenstreites fordern, Richtlinien zur Regelung der Sprachenfrage in Schule und Amt. Das Programm entwirft einen großzügigen Plan einer Verwaltungsreform. In treffenden Worten wird der Maßstab der völkischen und staatlichen Lebensnotwendigkeiten an die Adria politik der Zukunft angelegt. In der Frage des Verhältnisses zu Ungarn wird ein gerechter Standpunkt der Gemeinsamkeit und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten der Monarchie vertreten. Besonders warm tritt der Entwurf für die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zum Deutschen Reiche ein. Neben dem gewaltigen Entwurf der Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft vergißt das Programm aber nicht soziale Forderungen und geistige Werte, die zur völkischen Erneuerung führen werden. Redner schloß, indem reichlicher Beifall seine von klarem politischen Verständnis zeugenden Ausführungen lohnte, mit dem Wunsche, daß die in den Forderungen gestellten Ziele durch eine mächtige Vereinigung aller deutschen Volkstreuere Oesterreichs, aus der der Volkswille spricht, erreicht werden mögen.

Die Staatsstreu der Deutschen.

Stürmisch begrüßt, besprach sodann der geschäftsführende Vorsitzende der deutschnationalen Vereinigung Niederösterreichs Dr. Ernst Hampel die Stellung Oesterreichs als deutsche Vormacht im Osten und gedachte zunächst der Tausenden von Volksgenossen, die hinausgezogen sind, Volk und Heimat vor dem Feinde zu schützen. Dieselbe Liebe zum Vaterlande beseele auch die Dabeingeblichenen, die trotz mancher Mühsal durchhalten werden, bis die Gegner niedergedrungen. Redner hob hierauf die selbstlose Staatsstreu der Deutschen hervor, die sich vom ersten Augenblicke des Krieges bis zum heutigen Tage stets aufs neue immer wieder und wieder ausgedrückt habe, und schloß: Die Siegeszuversicht, die unsere Braven im Felde beseelt, muß auch von uns während dieser schweren Stunden bewahrt werden. Für die heimkehrenden Krieger aber müssen wir die Heimat, für die sie mit ihrem Herzblute eingestanden sind, so gestalten, wie es die Helden unseres Volkes verdienen! (Stürmischer Beifall.)

Der Weg zum Ziel.

Unter anhaltenden Heilrufen ergriff hierauf Abg. Dr. Waber das Wort, um über den Weg zum Ziel zu sprechen. Er erörterte zunächst die Nationalitätenpolitik Oesterreichs vor dem Kriege und verlangte von der Industrie, daß sie um der Erstarkung des deutschen Volkes willens nicht Preis- sondern Produktionspolitik betreibe, ferner vom Kaufmannsstande die Sozialisierung des Zwischenhandels zwecks einer richtigen und preiswerten Lebensmittelversorgung sowie eine durchgreifende Bodenreform und damit in Verbindung die ausreichende Schaffung von Kriegerheimstätten. Dr. Waber besprach die Wichtigkeit eines starken Volkshauses, frei von hemmenden Fesseln, damit allen Bevölkerungsklassen, angefangen vom Arbeiter, ihr soziales und geistiges Recht werde. Als unser nächstes Ziel bezeichnete Dr. Waber die endgültige Niederringung der Gegner auf dem Schlachtfelde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Dann aber müssen wir, fuhr er fort, an unseren eigenen Weg denken. Dieser zum Ziel führende Weg ist das Aufgeben jeder kleinlichen Fraktions- und Parteipolitik, die Mitarbeit jedes einzelnen Deutschen an der Entfaltung und der Erstarkung des ganzen Volkstums, die Erfüllung der nationalen Pflicht unter Zurückstellung aller Sonderinteressen. Das Ziel, das wir auf diesem Wege zu erreichen gedenken, ist die Schaffung eines großen, starken Kaiserreiches Oesterreich im engsten Waffen- und Wirtschaftsbündnis mit dem großen Deutschen Reiche als Träger der mitteleuropäischen Kultur, als Hort des Friedens und der Gerechtigkeit für alle Völker. Niemandem zu Leide, uns zur Freude.

Die Entschlieung der Versammlung.

Vom Vorsitzenden wurde der Versammlung folgende Entschlieung als Zusammenfassung der von den einzelnen Rednern gestellten Forderungen vorgechlagen:

Fest entschlossen, auch weiterhin alle Kraft aufzubieten und alle Opfer zu bringen, um den Krieg siegreich bis zum Ende durchzukämpfen, sind wir überzeugt, daß es an der Zeit ist, alle Vorbereitungen zu treffen für die Neuordnung nach dem Kriege. Ein gegen alle Wechselfälle gesicherter Bund unserer Monarchie mit dem Deutschen Reiche, vervollständigt durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß, muß nicht nur Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern allen verbündeten Völkern eine friedliche Entwicklung ihres geistigen und wirtschaftlichen Lebens sichern. Innerhalb der Monarchie soll ein gerechter und dauernder Ausgleich jeden Zwist zwischen den beiden Reichshälften beseitigen. Oesterreich selbst aber bedarf einer festen staatlichen Neuordnung, die das Ansehen des Staates gegen das Treiben zeretzender Elemente wahrt. Es bedarf einer klaren Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Völker dem Staat gegenüber: Freiheit auf Ordnung gebaut, kein Recht ohne Pflicht.

Aus nationalen Rücksichten verlangen wir den dem deutschen Volke nach seiner Zahl, seiner wirtschaftlichen und kulturellen Stellung, seinen Blutopfern für Kaiser und Reich gebührenden Platz im Reiche, den rechtlichen Schutz gegen nationale Uebergriffe und Eingriffe, deutsche Beamte und deutsche Schulen im deutschen Gebiete, den Schutz erbeingesehener deutscher Minderheiten. Wir wollen einen starken Staat und eine moderne, den großen Aufgaben der Zukunft gewachsene Verwaltung.

Insbepondere muß der Staat als Vertreter des ganzen Volkes stark sein gegenüber dem Großkapital, von dem heute das gesamte wirtschaftliche Leben beherrscht wird. Den ersten und wichtigsten Beweis für seinen Willen zur Macht hat der Staat dadurch zu geben, daß er die Kosten des Krieges nicht auf die breiten Massen des Volkes legt, das unerhörte Opfer an Gut und Blut gebracht hat, sondern auf die Leistungsfähigen, insbesondere auf jene, die sich im Kriege bereichert haben. Ohne Befreiung des öffentlichen Lebens von der Uebermacht des Finanzkapitals gibt es keine nationale, keine kulturelle und keine volkswirtschaftliche Entwicklung. Die Regierung wird aufgefordert, alle diesbezüglichen Vorkehrungen schon in der nächsten Zeit zu treffen, der Reichsrat wird das Werk der Neuordnung fortzuführen und abzuschließen haben.

Zur Durchführung der großen Friedensaufgaben muß die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses gesichert und gegen mutwillige Störungen und Hemmungen geschützt werden. Das allgemeine Wahlrecht ist festzuhalten, notwendig ist eine Reform des Herrenhauses.

Zur Wahrung der Rechte des deutschen Volkes müssen sich alle Deutschen in einer großen deutschen Volkspartei zusammenschließen.

führend vorangehen in dem Kampfe für Oesterreich und für unser Volk soll die Reichshauptstadt, unser deutsches Wien.

Diese Entschlieung wurde unter starkem Beifall einstimmig angenommen.

30. / III. 1916.

Zum Schutz der Selbstverwaltung.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Der preussische Minister des Innern hat soeben durch eine Rundverfügung an die Regierungs- und Ober-Präsidenten die Stellung der Staatsaufsichtsbehörden zur Selbstverwaltung in der folgenden Richtung geregelt:

„Wenn Städte, Landgemeinden, Kreise und Provinzen in diesem Kriege im Dienste des Vaterlandes Vorbildliches geleistet haben, wenn sie sich der im Kriege hervorgetretenen Notwendigkeit zu gemeinschaftlichem Ausbau unserer Volkswirtschaft anpassen und zahlreiche neue Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege übernehmen konnten, so danken sie das jener Kraftquelle, die vor einem Jahrhundert, gleichfalls in schwerer Zeit, durch die preussische Städteordnung erschlossen und von da aus den anderen öffentlichen Körperschaften zugeführt worden ist — der Selbstverwaltung. Niemals hätte es diesen Körperschaften gelingen können, den gewaltigen Aufgaben des Krieges in solchem Maße gerecht zu werden, wenn ihnen nicht die Selbstverwaltung die Möglichkeit freier Entschliessung und das stärkende Bewußtsein eigener Verantwortung gegeben hätte. Darum muß es die Aufgabe der Staatsregierung sein, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden weiterhin das kostbare Gut der Selbstverwaltung zu wahren und noch Möglichkeit zu mehrern.

Wie sich Art und Umfang der Gemeindeaufsicht einer gesetzlichen Begriffsbestimmung entziehen, so kann es auch nicht meine Aufgabe sein, diese Aufsicht durch allgemeine Anordnungen zu regeln. Vielmehr gilt es, den Geist dieser Aufsicht dem Geiste der Selbstverwaltung anzupassen. Ruht die Selbstverwaltung auf dem ethischen Boden der Selbstverantwortung, so muß die Aufsicht bei allen ihren Maßnahmen von der Achtung vor der Verantwortlichkeit der Gemeindeorgane ausgehen und auf ihre Stärkung abzielen.

Dies vorausgeschickt, mag hier im einzelnen auf diejenigen Obliegenheiten der Aufsichtsbehörden hingewiesen werden, die Bestätigungen, Genehmigungen, Beschwerden, Nachforschungen oder Anregungen zum Gegenstande haben.

Bei Bestätigungen gemeindlicher Wahlen darf die Aufsichtsbehörde nicht von der Fragestellung ausgehen, ob der Gewählte nach ihrer Auffassung der rechte Mann für den Posten sei, auf den er gestellt werden soll, sondern von der andern Fragestellung, ob die Wahl mit der Verantwortung der zu wählenden Körperschaft überhaupt vereinbar und vom Standpunkt des Staatswohls erträglich erscheint.

Bei der Genehmigung von Gemeindebeschlüssen soll die Aufsichtstätigkeit auf die Prüfung der Uebereinstimmung der Beschlüsse mit den gesetzlichen und den neben den Gesetzen geltenden Bestimmungen beschränkt bleiben, unbeschadet der besonderen staatlichen Interessen, die bei der Aufsicht über die Gemeindefinanzen abzuwägen, oder die durch die Gewährung staatlicher Zuschüsse zur Erfüllung gemeindlicher Aufgaben gegeben sind.

Beschwerden gegen Gemeindeverwaltungen sollen von der Aufsichtsbehörde einer Verichterstattung durch die Gemeindebehörden dann nicht unterworfen werden, wenn sich schon aus dem Inhalte ergibt, daß die Gegenstände der Beschwerde dem Gebiete der reinen Selbstverwaltung angehören, und daß vom Standpunkte des Staatswohls kein Interesse an einer Aufklärung des Tatbestandes vorhanden ist. Vielmehr soll in solchen Fällen der Beschwerdeführer ohne weiteres dahin beschieden werden, daß für die Aufsichtsbehörde kein Anlaß zur Aufklärung oder zum Eingriff gegeben sei.

Auf Bressemeldungen oder auf Gerüchte hin ist nur dann Bericht durch die Aufsichtsbehörde einzufordern, wenn die Angaben ernsthaft erscheinen und der Fall besondere Wichtigkeit beansprucht. In diesen und ähnlichen Fällen wird sich übrigens häufig der Weg telephonischer oder persönlicher Aufklärung empfehlen.

Anregungen allgemeiner Natur werden sich am fruchtbarsten erweisen, wenn sie sich an die freien Vereinigungen der verschiedenen Gemeindeverbände, insbesondere die Städtetage, Vereinigungen der Landgemeinden, Bürgermeistereien, Amtsverbände usw. richten und diesen zur Erörterung und Prüfung überwiesen werden.

Bei Beobachtung dieser Winke wird das Vertrauensverhältnis, das zwischen Aufsichtsbehörde und Gemeinde oder Gemeindeverband obwalten muß, an Zuverlässigkeit gewinnen. Zur Pflege dieses Vertrauensverhältnisses ist die dauernde persönliche Fühlung zwischen den Vertretern der Gemeindegörperschaften einerseits und der Aufsichtsbehörde andererseits unerlässlich.

Ich lege den größten Wert darauf, daß die vorstehende Verfügung zum Schutze der Selbstverwaltung gerade in den

jetzigen Zeiten angestrengter gemeinsamer Tätigkeit für das Wohl des Staates von allen Gemeindeaufsichtsbehörden streng beachtet wird.“

Der preußische Minister des Innern über die Selbstverwaltung.

Amlich wird mitgeteilt:

Der preußische Minister des Innern hat soeben durch eine Rundverfügung an die Regierungs- und Oberpräsidenten die Stellung der Staatsaufsichtsbehörden zur Selbstverwaltung in der folgenden Richtung geregelt:

Wenn Städte, Landgemeinden, Kreise und Provinzen in diesem Kriege im Dienste des Vaterlandes Vorbildliches geleistet haben, wenn sie sich der im Kriege hervorgetretenen Notwendigkeit zu gemeinwirtschaftlichem Ausbau unserer Volkswirtschaft anpassen und zahlreiche neue Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege übernehmen konnten, so danken sie das jener Kraftquelle, die vor einem Jahrhundert, gleichfalls in schwerer Zeit, durch die preußische Städteordnung erschlossen und von da aus den anderen öffentlichen Körperschaften zugeführt worden ist — der Selbstverwaltung. Niemals hätte es diesen Körperschaften gelingen können, den gewaltigen Aufgaben des Krieges in solchem Maße gerecht zu werden, wenn ihnen nicht die Selbstverwaltung die Möglichkeit freier Entschliessung und das stärkende Bewußtsein eigener Verantwortung gegeben hätte. Darum muß es die Aufgabe der Staatsregierung sein, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden weiterhin das kostbare Gut der Selbstverwaltung zu wahren und nach Möglichkeit zu mehren.

Wie sich Art und Umfang der Gemeindeaufsicht einer gesetzlichen Begriffsbestimmung entziehen, so kann es auch nicht meine Aufgabe sein, diese Aufsicht durch allgemeine Anordnungen zu regeln. Vielmehr gilt es, den Geist dieser Aufsicht dem Geiste der Selbstverwaltung anzupassen. Ruht die Selbstverwaltung auf dem ethischen Boden der Selbstverantwortung, so muß die Aufsicht bei allen ihren Maßnahmen von der Achtung vor der Verantwortlichkeit der Gemeindeorgane ausgehen und auf ihre Stärkung abzielen.

Bei Bestätigungen gemeindlicher Wahlen darf die Aufsichtsbehörde nicht von der Fragestellung ausgehen, ob der Gewählte nach ihrer Auffassung der rechte Mann für den Posten sei, auf den er gestellt werden soll, sondern von der anderen Fragestellung, ob die Wahl mit der Verantwortung der zu wählenden Körperschaft überhaupt vereinbar und vom Standpunkt des Staatswohls erträglich erscheint.

Bei der Genehmigung von Gemeindebeschlüssen soll die Aufsichtstätigkeit auf die Prüfung der Uebereinstimmung der Beschlüsse mit den gesetzlichen und den neben den Gesetzen geltenden Bestimmungen beschränkt bleiben, unbeschadet der besonderen staatlichen Interessen, die bei der Aufsicht über die Gemeindefinanzen obwalten, oder die durch die Gewährung staatlicher Zuschüsse zur Erfüllung gemeindlicher Aufgaben gegeben sind.

Beschwerden gegen Gemeindeverwaltungen sollen von der Aufsichtsbehörde einer Berichterstattung durch die Gemeindebehörden dann nicht unterworfen werden, wenn sich schon aus dem Inhalte ergibt, daß die Gegenstände der Beschwerde dem Gebiete der reinen Selbstverwaltung angehören, und daß vom Standpunkte des Staatswohls kein Interesse an einer Aufklärung des Tatbestandes vorhanden ist. Vielmehr soll in solchen Fällen der Beschwerdeführer ohne weiteres dahin beschieden werden, daß für die Aufsichtsbehörde kein Anlaß zur Aufklärung oder zum Eingriff gegeben sei.

Die bosnisch-herzegovinisches Huldigungsdeputation in Budapest.

Budapest, 30. März.

Die „Budapester Korrespondenz“ meldet:

Die Deputation aus Bosnien und der Herzegovina, die vorgestern dem König in Schönbrunn ihre Huldigung darbrachte, ist, auf der Heimreise begriffen, heute früh in Budapest eingetroffen.

Mittag begaben sich die Mitglieder in das Palais des Ministerpräsidenten, wo sie vom Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza empfangen wurden.

Der Führer der Deputation Landeschef Feldzeugmeister Stefan Sarkotics richtete an den Ministerpräsidenten folgende Ansprache:

„Ew. Excellenz!

Die aus allen Gauen Bosniens und der Herzegovina zu unserem allergnädigsten Herrscher entsendete Huldigungsdeputation kommt dem aufrichtigsten Drange ihres Herzens nach, indem sie bei Eurer Excellenz, dem großen Staatsmann, dessen kundiger Hand die Leitung des Geschickes der Länder der heiligen ungarischen Krone anvertraut ist, in dem gegenwärtigen, einen Markstein in der Geschichte ihrer Heimat bildenden Moment ihre ehrfurchtsvolle Aufwartung wagt.

Ueberaus innig sind die Beziehungen, welche Bosnien-Herzegovina in unzertrennlicher Zusammengehörigkeit mit den beiden Staaten der glorreichen Monarchie verbinden. Nicht minder eng ist das Band der aufrichtigsten Sympathien und herzlichsten Dankbarkeit, das den Ereignissen unserer großen Zeit noch fester zu schmieden beschieden war.

Jeder von uns vermag die Bedeutung der namentlich in der letzten Zeit von Seiten der beiden hohen Regierungen in den verschiedensten Belangen unseren Ländern in der freigebigsten Weise gewährten Hilfe zu ermessen, und ich bin überzeugt, aus dem Herzen der ganzen Bevölkerung unserer Länder zu sprechen, wenn ich Ew. Excellenz und der königlich ungarischen Regierung unter Versicherung unserer ehrfurchtsvollsten Reuerenz die Bitte unterbreite, Bosnien und Herzegovina das bisherige wohlwollende Interesse, die bisherige Fürsorge und Gewogenheit auch fernerhin gnädigst bewahren zu wollen.“

Auf die von dreifachen Ziviorufen begleitete Rede antwortete Ministerpräsident Graf Stefan Tisza folgendermaßen:

„Meine Herren!

Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie auch nach Budapest gekommen sind und daß Sie mich mit den soeben verdolmetschten Gefühlen von Sympathie und Vertrauen hier aufgesucht haben. Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte, wo es wahrlich an Plage wäre, daß wir uns gegenseitig in Anklage schauern und daß wir als Brüder auf alle Ewigkeiten uns gegenseitig die Hand reichen.

Es sind kaum vier Jahrzehnte her, daß die Monarchie die Aufgabe auf sich genommen hat, für die Ordnung und Ruhe in Bosnien und der

Herzegovina und für das Wohl der Bewohner dieser Länder zu sorgen. Die Kulturarbeit der Monarchie zum Wohle der beiden Länder hat kaum ein Menschenalter hinter sich. Diese Arbeit ist gestört worden. Die auf die Zertrümmerung der ganzen Monarchie abzielende Raubgier unserer Nachbarn hat in erster Reihe in den Ländern Bosniens und der Herzegovina angelegt, um ihr Zerrüttungswerk zum Ziele zu bringen. Die ruchlose Schandtat in Sarajevo hat ihnen auf einmal die Larve heruntergerissen, hat das halbvollendete Werk uns allen, Ihnen auch, vor die Augen geführt und hat den großen Kampf heraufbeschworen, welcher alle diese Fragen auf die Ewigkeit zu entscheiden hat.

Meine Herren! Ich will aus diesem Kampfe keine Details herausgreifen. Ich will in diesem Moment nur die eine große Tatsache hervorheben, daß die Söhne Bosniens und der Herzegovina teilgenommen haben an diesem Kampfe in tapferer, selbstopfernder Verteidigung des Landes, Verteidigung der Machterstellung der Monarchie an unserer Seite.

Heute kann vielleicht gesagt werden, daß der Kampf entschieden ist. Das Schicksal der Monarchie und das Schicksal Bosniens und der Herzegovina ist, nach menschlicher Voraussicht gedacht, auf feste Grundlagen gelegt. Die Monarchie hat die Kraft gefunden, einer Welt von Feinden zu trotzen. Die siegreiche Macht der Monarchie hat das Zusammenleben Bosniens und der Herzegovina mit den anderen Teilen auf ewige Zeiten entschieden, und dieses Zusammenleben, meine Herren, ist besiegelt worden, ist fest verschmolzen worden durch den edelsten Kitt, der Menschen mit Menschen vereinigend verschmelzen kann: durch das gemeinsam zur heldenhaften Verteidigung des Vaterlandes geflossene Blut unserer Söhne. (Lebhafte Ziviorufe und Beifall.)

Ich weiß, mit was für brüderlicher Liebe und welch gegenseitigem Vertrauen der verwundete Bosniak oder der verwundete Ungar in unseren Spitätern hier von ihren Kameraden erzählten. Diese Gefühle sollen wir übertragen aus den großen Erprobungen dieses Weltgerichts in die friedliche Arbeit der Kultur. Wir sollen auch dort fühlen und betätigen, daß uns der liebe Herrgott zu Lebensgenossen gemacht für gute und schlechte Zeiten, für alle Ewigkeit.

Meine Herren! Wir treten zu Ihnen als der ältere Bruder, der die feste Absicht hat. Sie mit sicherer Hand vorwärts zu führen, den steilen Pfad des menschlichen Fortschrittes, des Wohlstandes, des Gedeihens unserer Freiheit hinan, und ich bitte Sie, diesen Weg mit Vertrauen auf uns, gemeinsam mit uns zu betreten.

Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie hergekommen sind, und bitte Gott, daß er uns alle beschütze, daß er seine segnende und beschützende Hand über uns ausstrecke und die gemeinsame Arbeit, die wir fest entschlossen sind, zum Wohle auch Bosniens und der Herzegovina zu Ende zu führen, unter seinen Schutz nehme. (Lebhafte Ziviorufe.)

Der Ministerpräsident ließ sich sodann von dem Landeschef F. M. Sarkotics sämtliche Mitglieder der Deputation vorstellen, wobei er mit jedem einzelnen Mitglied sprach und jedem die Hand drückte.

Nach dem Empfang beim Ministerpräsidenten begaben sich die Mitglieder der Deputation über die Fischerbastei ins „Hotel Hungaria“ zu dem Frühstück, das Graf Tisza zu ihren Ehren gab. Auf der Fischerbastei wurde die Deputation abphotographiert.

Abends findet im „Donaupalast-Hotel“ ein vom Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy im Namen der Hauptstadt veranstaltetes Souper zu Ehren der bosnischen Gäste statt.

**Ministerpräsident Graf Tisza über
das unverbrüchliche Zusammen-
halten der Centralmächte.**

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Berlin, 30. März.

Der Spezialberichterstatter des „Berliner Lokalanzeiger“, der Schriftsteller Otto König, hatte eine Begegnung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza. Im Laufe des Gesprächs machte er Erwähnung von dem in feindlichen Blättern ausgesprengten Gerüchte angeblicher Kriegsmüdigkeit Oesterreich-Ungarns, worauf Graf Tisza sagte:

„Das kann doch kein ernsthafter Mensch glauben. Dies wäre eine zu starke Verkennung der Interessen, die uns mit unseren Verbündeten verknüpfen. Die Leute sollten doch endlich einmal begreifen, daß wir diesen Krieg nicht führen, nur um neue Geographie zu schaffen. Wir werden gemeinsam durchhalten, gemeinsam den Krieg bis zu einem für uns beide befriedigenden Ende führen.“

30. III. 1916

Epilog zu den Wiener Konferenzen.

— Graf Theodor Batthyány gegen Graf Albert Apponyi. —

Unmittelbar nach der am letzten Samstag in Wien stattgefundenen Begegnung ungarischer Parlamentarier mit österreichischen Politikern war in hiesigen politischen Klubs vielfach die Ansicht verbreitet, daß ein großer Theil der Unabhängigkeitspartei wieder einmal wegen des Verhaltens des Grafen Albert Apponyi verstimmt sei. Ging man der Sache ein wenig auf den Grund, so erfuhr man, daß jene Gruppe der Unabhängigkeitspartei, welche die geistige Führerschaft des Grafen Albert Apponyi noch immer nicht ertragen kann, es diesem hervorragenden Politiker verübelt, daß er sich an der Wiener Begegnung ungarischer und deutscher Parlamentarier überhaupt betheiligte und auf solche Art das Bestreben, eine Verständigung vornehmlich mit den deutschen Parteien herbeizuführen, unterstützte. Ueberhaupt aber nahm man es dem Grafen Apponyi übel, daß er mit mehreren Mitgliedern der 67er Parteien an der Förderung eines gemeinsamen politischen Gedankens mitarbeitete, womit er nach der Auffassung der intransigenten Elemente der Unabhängigkeitspartei gegen die Traditionen der 48er Politik verstoße. Gestern kam nun diese Sonderauffassung eines Theiles der Unabhängigkeitspartei zum öffentlichen Ausdruck, indem Graf Theodor Batthyány mit ziemlich starkem Aplomb erklärte, es sei unzulässig, daß jetzt während des Krieges das Zustandekommen eines definitiven Ausgleichs vorbereitet werde, noch unzulässiger sei es, daß ein Mitglied der Unabhängigkeitspartei zur Fixirung des Ausgleichs mit den deutschen Parteien Oesterreichs eine Annäherung anstrebe,

und wenn schon ungarische Politiker mit österreichischen Parteien Fühlung suchen, warum geschehe dies gerade mit den deutschen Parteien und warum nicht auch mit den polnischen, wo doch die Unabhängigkeitspartei seit ihrem Bestande für die Verwirklichung der polnischen Ideale die größte Sympathie gezeigt habe?

Graf Theodor Batthyány macht also gar kein Hehl daraus, daß ihm speziell die Annäherung mit den deutschen Parteien Oesterreichs ein Dorn im Auge sei und daß er es dem Grafen Apponyi verARGE, daß derselbe für die Verständigung mit den deutschen Parteien in erfolgreicher Weise thätig ist. Graf Batthyány ging noch einen Schritt weiter und ließ heute dem Präsidium der Unabhängigkeitspartei — dem er selbst angehört — den Antrag zukommen, die Unabhängigkeitspartei möge die Führer der österreichischen Polen, respektive des Polenklubs, in welchem zur Zeit alle polnischen Parteien des österreichischen Reichsraths und des Herrenhauses vertreten sind, zu einer Besprechung nach Budapest einladen. Graf Batthyány hat hiebei den Plan im Auge, in Budapest eine Regelung der Polenfrage vorzubereiten und findet es mit dem ihm eigenen Takt für passend, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Unabhängigkeitspartei als Initiatorin dieses Gedankens bloßstellen zu wollen, denn bei Regelung der Polenfrage werden ja höchstwahrscheinlich auch andere Faktoren und nicht nur die Unabhängigkeitspartei und der Polenklub Oesterreichs etwas dreinzureden haben.

Es ist nicht das erstemal, daß Graf Theodor Batthyány der Unabhängigkeitspartei Verlegenheiten bereitet. Es ist auch nicht das erstemal, daß er seiner Partei in empfindlicher Weise schadet. Wir erinnern nur an seine Thätigkeit, mit der er seinerzeit in der Bankfrage durch seine Vordrängigkeit zur Sprengung der Koalition redlich beitrug. Er und Julius Fußt, den er damals förmlich beherrschte, haben die Niederlage der Koalition nicht zum geringsten Theil auf dem Gewissen. Jetzt versucht er, dem Grafen Albert Apponyi ein Bein zu stellen, wie er es damals gegenüber Franz Kossuth gethan hat. Damals aber handelte es sich blos um innere Fragen, und die Blamage, die er seiner Partei zuzog, hatte außen hin keine weiteren Folgen. Seine jetzige Aktion aber, mit der er dem Grafen Apponyi zu schaden vermeint, ist in gewisser Beziehung eine Affaire, mit der er das Land kompromittiren kann, und deshalb muß diese seine Diversion in entsprechender Weise schon jetzt festgenagelt werden.

Es muß übrigens gesagt werden, daß man diese neueste Aktion des Grafen Theodor Batthyány selbst in seiner eigenen Partei nicht ernst nimmt, und ein hervorragendes Mitglied derselben sagte heute Abend:

„Öffentlich werden die Polen mehr Takt und mehr Verständnis haben, als daß sie auf die sehr durchsichtigen Pläne des Grafen Batthyány reflektiren würden.“

Die Konservativen und der Polenklub.

* Wien, 30. März. Vom Sekretariat des Polenklubs wird mitgeteilt: Die von einem polnischen Blatt gebrachte Nachricht, als ob Fürst Witold Czartorski im Namen der Zentrumsparlei des galizischen Landtages an den Obmann des Polenklubs eine Zuschrift gerichtet hätte, in der mitgeteilt wird, daß das Zentrum nicht in der Lage sei, in das Oberste polnische Nationalkomitee wieder einzutreten, entspricht nicht den Tatsachen. In der am 2. d. in Krakau unter dem Vorsitz des Herrn Michael R. v. Garapich abgehaltenen Versammlung des Zentrums und der Autonomisten haben beide Gruppen — nachdem durch das zwischen dem Polenklub und dem Obersten Nationalkomitee abgeschlossene Uebereinkommen die wichtigsten Ursachen beseitigt wurden, aus denen sich die Vertreter des Zentrums und der Autonomisten im Herbst 1914 veranlaßt sahen, aus dem Obersten polnischen Nationalkomitee auszutreten — den Entschluß gefaßt, sich für den Wiedereintritt ihrer Parteien in das Oberste polnische Nationalkomitee auszusprechen. Von den Beschlüssen hat der Vorsitzende Michael R. v. Garapich den Obmann des Polenklubs schriftlich in Kenntnis gesetzt, indem er am 4. d. eine beglaubigte Abschrift aus dem Protokoll der Versammlung diesem zukommen ließ. Nach der Sitzung des Polenklubs, in der das obgezeichnete Uebereinkommen zur Genehmigung gelangte, richtete Dr. v. Bilinski am 24. d. an den Fürsten Witold Czartorski das schriftliche Ersuchen um die Einleitung der notwendigen Schritte zur Durchführung des obgenannten Beschlusses und insbesondere um rechtzeitige Bekanntgabe der Namen der Kandidaten der beiden Parteien in das Oberste polnische Nationalkomitee für die Wahl in der im April dieses Jahres in Krakau stattfindenden Versammlung. — Fürst Witold Czartorski teilte hiernach in einem Briefe dato Lemberg 26. d. dem Obmann Dr. von Bilinski mit, daß er — nach seiner Rückkehr aus der Schweiz von dem Ergebnis der am 2. d. in Krakau abgehaltenen Versammlung der Autonomisten und des Zentrums in Kenntnis gesetzt —, sofort den Entschluß gefaßt hatte, seinen Klub einzuberufen, sich mit Herrn von Garapich ins Einvernehmen zu setzen und das Resultat dem Obmann des Polenklubs noch vor der Versammlung in Krakau bekanntzugeben.

Der Empfang der bosnischen Deputation in Budapest.

Budapest, 30. März.

Bei dem Empfang der bosnisch-herzegowinischen Hulldigungsdeputation wechselten Ministerpräsident Graf Tisza und Landeschef G. d. J. v. Sarkotic Ansprachen.

Ansprache des Landeschefs General v. Sarkotic.

General v. Sarkotic begrüßte in seiner Rede den Ministerpräsidenten namens der Deputation und namens der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina, gab der innigsten Dankbarkeit Ausdruck für die Fürsorge, welche die beiden Regierungen den Ländern Bosniens und der Herzegowina angedeihen lassen, und bat um dieses Wohlwollen auch für die Zukunft. Redner schloß mit einem von allen Anwesenden lebhaft wiederholten dreifachen Zivio auf den Ministerpräsidenten.

Rede des Ministerpräsidenten Grafen Tisza.

Ministerpräsident Graf Tisza hielt folgende Ansprache an die Abordnung: Meine Herren! Ich danke Ihnen vom Herzen, daß sie auch nach Budapest gekommen sind und daß Sie mich mit Ihrem soeben verdolmetschten Vertrauen aufgesucht haben. Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte, wo es wahrlich am Platze ist, daß wir uns gegenseitig ins Ansehen schauen und daß wir uns als Brüder für alle Zeiten gegenseitig die Hand reichen.

Es sind kaum vier Jahrzehnte her, daß die Monarchie die Aufgabe übernommen hat, für Ordnung und Recht in Bosnien und der Herzegowina und für das Wohl dieser beiden Länder zu sorgen. Die Kulturarbeit der Monarchie zum Wohle der beiden Länder hat kaum ein Menschenalter erreicht. Diese Arbeit ist gestört worden. Die auf die Zertrümmerung der Monarchie abzielende Raubgier unserer Nachbarn hat in erster Reihe in Bosnien und in der Herzegowina angehebt, um ihr Zerrüttungswert zum Ziel zu bringen. Die ruchlose Schandtat in Sarajevo hat unseren Segnern die Larve heruntergerissen, hat das halbvollendete Werk allen, auch Ihnen, vor Augen geführt und hat den Kampf herausbeschworen, welcher diese Fragen auf ewige Zeiten zu entscheiden hat.

Meine Herren! Ich will aus diesem Kampfe keine Details herausgreifen. Ich will in diesem Moment nur die eine große Tatsache hervorheben, daß die Söhne Bosniens und der Herzegowina teilgenommen haben an diesem Kampfe in tapferer, selbstaufopfernder Verteidigung des Vaterlandes und in der Verteidigung der Machtstellung der Monarchie an unserer Seite. Heute kann vielleicht gesagt werden, daß der Kampf entschieden ist.

Das Schicksal der Monarchie und das Schicksal Bosniens und der Herzegowina ist, nach menschlicher Voraussicht gedacht, auf eine feste Grundlage gestellt. Die Monarchie hat die Kraft gefunden, einer Welt von Feinden zu trotzen. Die siegreiche Macht der Monarchie hat das Zusammenleben Bosniens und der Herzegowina mit den anderen Teilen auf ewige Zeiten entschieden, und, meine Herren, dieses Zusammenleben ist besiegelt und fest verschmolzen worden durch den edelsten, Kitt, der Menschen mit Menschen verschmelzen kann: durch das in gemeinsamer heldenhafter Verteidigung des Vaterlandes gestoffene Blut unserer Söhne. Ich weiß, mit welcher brüderlichen Liebe und welcher gegenseitigem Vertrauen die Söhne Bosniens und der Herzegowina mit unseren Söhnen zusammengelämpft haben. Ich weiß, mit welcher Liebe und welchem Vertrauen der verwundete Bosniak oder der verwundete Ungar in unseren Spitälern hier von ihren Kameraden erzählten. Diese Gefühle sollen wir aus den großen Erprobungen dieses Weltgerichtes übertragen in die friedliche Arbeit der Kultur. Wir sollen auch dort fühlen und betätigen, daß uns der liebe Herrgott zu Lebensgenossen gemacht hat für gute und schlechte Zeiten, für alle Ewigkeit.

Meine Herren! Wir treten zu Ihnen als der ältere Bruder, der die feste Absicht hat, Sie mit festerer Hand vorwärts zu führen, den steilen Pfad des menschlichen Fortschrittes, Gedeihens, Wohlstandes und der Freiheit hinan. Ich bitte Sie, diesen Weg mit Vertrauen zu uns gemeinsam mit uns zu betreten. Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie hiehergekommen sind, und bitte den allmächtigen Gott, er möge uns alle beschützen, seine segnende Hand über uns alle ausstrecken, und die gemeinsame Arbeit, die wir fest entschlossen sind, auch zum Wohle Bosniens und der Herzegowina zu Ende zu führen, unter seinen Schutz nehmen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit stürmischen Ziviorufen aufgenommen. Ministerpräsident Graf Tisza ließ sich die einzelnen Mitglieder der Deputation von General v. Sarkotic vorstellen und unterhielt sich längere Zeit mit ihnen. Sodann begaben sich die Mitglieder der Deputation in das Hotel Hungaria.

Mittags waren die Mitglieder der bosnisch-herzegowinischen Hulldigungsdeputation Gäste des Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza, der zu ihren Ehren ein Dejeuner veranstaltete, an dem unter anderen die Minister Bela v. Janokovich und Emmerich v. Sidoghety, die Staatssekretäre Dr. v. Pers und Graf Klebelsberg, Graf Karl Khuen-Hedervary, Leo Lanczy usw. teilnahmen.

Den ersten Trinkspruch brachte Ministerpräsident Graf Tisza auf den Kaiser aus. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Sitzen und laute Zivio- und Ehrentufe ertönten. Ministerpräsident Graf Tisza fuhr sodann fort:

Ich bitte Sie, versichert zu sein, daß die alten Fäden, welche Ungarn mit Bosnien verbunden haben, aus den Traditionen und den Herzen der Ungarn nicht verschwunden sind. Wir werden stets die Aufgabe in uns fühlen, den Ländern Bosnien und Herzegowina in ihrem Streben nach einer schöneren, besseren Zukunft zur Seite zu stehen und uns mit Stolz der Erfüllung dieser Aufgabe widmen. Ich erhebe mein Glas auf die aufrichtige Freundschaft, auf das feste Zusammenhalten, auf das gemeinsame Wohl und auf das Gedeihen der Völker Bosniens und der Herzegowina. (Lebhafte Zivio- und Ehrentufe.)

Landeschef G. d. J. v. Sarkotic führte aus: Tief bewegt gebeten wir der von Sr. Majestät der bosnisch-herzegowinischen Hulldigungsdeputation allergnädigst gemieteten zuversichtsvollen Worte und sehen, eines siegreichen Ausgangs unseres großen gemeinschaftlichen Ringens gewiß, den weiteren für die Erreichung dieses hehren Zieles noch zu bringenden Opfern müßig und standhaft entgegen. Der Landeschef schloß seine Rede mit einem Hoch auf den Ministerpräsi-

denten Grafen Stephan Tisza, das mit begeisterten Zivio- und Ehrentufen aufgenommen wurde.

Sodann richtete unter lebhaftem Interesse Graf Karl Khuen-Hedervary an die Mitglieder der Deputation in deren Muttersprache einige Worte der Begrüßung, indem er unter anderem sagte: In der Ehrung, welche die Deputation durch ihr Erscheinen beim ungarischen Ministerpräsidenten diesem hat zuteil werden lassen, hat sie zugleich auch ihrer Ehrerbietung für die unter der Krone des heiligen Stephan stehenden Länder Ausdruck verliehen. Unsere so ideale feilsche Gemeinschaft wird wohl auch in Zukunft die schönsten Früchte zur Reife bringen. Gott segne die Völker Bosniens und der Herzegowina. (Stürmische Zivio- und Ehrentufe.)

Abends wohnten die Mitglieder der bosnisch-herzegowinischen Hulldigungsdeputation der Vorstellung in der königlichen Oper bei. Zur Aufführung gelangte die Erlesche Nationaloper „Hunyady Laszlo“.

Nach der Theatervorstellung veranstaltete die Haupt- und Residenzstadt Budapest zu Ehren der Gäste ein Festmahel. Im Verlaufe der Tafel begrüßte Bürgermeister Dr. Barczy die Gäste mit folgenden Worten:

Sehr geehrte Herren! Im Namen der Stadt Budapest begrüße ich Sie mit der Wärme des brüderlichen Gefühles, mit der Ergriffenheit, die eine Begegnung in diesen schicksalsschweren Zeiten erweckt. Die Hulldigung, die Treue, mit der Sie vor den Thron unseres Herrschers getreten sind, ist dieselbe heilige Kraft, mit der auch wir unseren gekrönten König umgeben. Der unerschütterliche Heldennut, der aufopferungsvolle Patriotismus, womit Sie inmitten des jetzigen Weltkrieges standhalten für sich und für uns alle, ist ein wertvoller Teil jener moralischen Macht, mit der die österreichisch-ungarische Monarchie, mit der ihre Staaten und Nationen ihrem Leben sowohl sich selbst als der Welt gegenüber neue Bedeutung verschafft haben. Nach althergebrachter magyarischer Sitte mein Glas erhebend, lasse ich hochleben die Vertreter Bosniens und der Herzegowina, unseren König, unsere in seiner erhabenen Person vertretene Brüderlichkeit, unseren Patriotismus und unser patriotisches Gedeihen!

Nach der mit großem Beifalle aufgenommenen Rede des Bürgermeisters dankte Landeschef G. d. J. v. Sarkotic und führte aus: Ich kann nicht umbin, im Namen der ganzen Deputation der Metropole, deren hochherzige Vertretung und Bevölkerung uns eine derart gastfreundliche Aufnahme gewährten, ein ihrer ganzen Vergangenheit würdiges, ferneres und ununterbrochenes Aufblühen zu wünschen, und bitte Sie, meine Herren, Ihr Glas auf das Wohl der Haupt- und Residenzstadt Budapest und auf das Wohl Ihres hochverdienenden Bürgermeisters Herrn Barczy zu erheben.

Die Worte des Landeschefs wurden mit lebhaften Zustimmungskundgebungen aufgenommen.

Nähtung vor der Selbstverwaltung.

Berlin, 30. März. Der preussische Minister des Innern regelte durch eine Rundverfügung an die Regierungs- und Oberpräsidenten die Stellung der Staatsaufsichtsbehörden zur Selbstverwaltung.

In der Einleitung wird betont, daß es den Städten, Landgemeinden, Kreisen und Provinzen niemals hätte gelingen können, den gewaltigen Aufgaben des Krieges in solchem Maße gerecht zu werden, wenn ihnen nicht die Selbstverwaltung die Möglichkeit freier Entscheidung und das stärkende Bewußtsein eigener Verantwortung gegeben hätte. Darum müsse es eine Aufgabe der Staatsregierung sein, das kostbare Gut der Selbstverwaltung weiterhin zu wahren und nach Möglichkeit zu mehren, insbesondere den Geist der Gemeindeaufsicht dem Geiste der Selbstverwaltung anzupassen. So soll bei Bestätigungen gemeindlicher Wahlen die Aufsichtsbehörde nicht von der Fragestellung ausgehen, ob der Gewählte nach ihrer Auffassung der rechte Mann sei, sondern nur davon, ob die Wahl mit der Verantwortung der zu wählenden Körperschaft überhaupt vereinbar und vom Standpunkt des Staatswohles erträglich erscheint. Bei Genehmigung von Gemeindebeschlüssen soll die Aufsichtstätigkeit auf die Prüfung der Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen beschränkt bleiben. Beschwerden gegen Gemeindeverwaltungen sollen der Berichterstattung durch die Gemeindebehörden dann nicht unterworfen werden, wenn sich schon aus dem Inhalt ergibt, daß die Gegenstände der Beschwerde dem Gebiet der reinen Selbstverwaltung angehören. Auf Pressemeldungen oder auf Gerüchte hin ist nur dann ein Bericht einzufordern, wenn die Angaben ernsthafter erscheinen und der Fall besondere Wichtigkeit beansprucht. Zum Schluß weist die Verfügung auf die Wichtigkeit des Vertrauensverhältnisses zwischen Aufsichtsbehörde und Gemeinde oder Gemeindeverband hin, zu dessen Pflege eine dauernde persönliche Fühlung unerlässlich sei.

1. IV. 1916

Das polnische Zentrum und das polnische Nationalkomitee.

Wien, 31. März.

Aus Krakau wird uns geschrieben:

Von der Ansicht ausgehend, daß die Ergebnisse des Krieges einen Neuaufbau der politischen Verhältnisse Oesterreichs und auch eine Aenderung im nationalen Leben der Polen zur Folge haben werden, sind die polnischen Parteien übereingekommen, einen entschiedenen Schritt zur Konzentrierung ihres nationalen Lagers zu unternehmen, einen Schritt, der bei der großen Zahl der polnischen Gruppen und der Ungleichartigkeit ihrer Programme nicht gar zu leicht erschien, so daß zunächst eine Basis gesucht werden mußte, auf der es möglich wäre, alle Interessen und Aspirationen zu vereinigen.

Die polnischen Demokraten haben im Verein mit dem Abgeordneten Dr. v. Jaworski und den ihm nahe stehenden Krakauer Konservativen, an deren Spitze der ehemalige Statthalter Dr. Michael Bobrzynski steht, die Durchführung dieser Neuorientierung, bei der den Sozialdemokraten eine Rolle zufiel, übernommen. Nach längerem Zögern schloß sich auch die den Sozialdemokraten am weitesten gegenüberstehende Partei der ostgalizischen Konservativen (Podolier) der Einigungsaktion an, zumal es die einhellige Meinung der erfahrenen Politiker war, daß der Zusammenschluß sämtlicher polnischen Gruppen zu dem Zwecke zu erfolgen habe, um die großen nationalen und politischen Zukunftsfragen einträchtig zu klären. Es wurde allgemein der Grundsatz anerkannt, daß in einem so schicksalschweren Moment sich keine Partei von der gemeinsamen Arbeit fernhalten und auch keine Partei von dieser Arbeit ausgeschlossen werden dürfe.

Nur das polnische Zentrum schien in dieser Hinsicht Schwierigkeiten zu machen, wiewohl den Mitgliedern desselben nahegelegt wurde, sich der Bedeutung einer Bereitschaft der polnischen Kräfte für die kommende Friedenszeit bewußt zu sein. Diese Partei stand zur Zeit, da in Galizien der Kampf um die Erweiterung des Landtagswahlrechtes im Gange war, in scharfer Opposition. Die Zentrumsguppe hatte sich von der Podoliergruppe abgesplittert. Ihre Führer waren Ritter v. Cienski, Dr. v. Starzynski, Ritter v. Rozowski, sowie die Universitätsprofessoren Doktor Kasznica und Dr. Stronski. Im reichsrätlichen Polenklub verfügte die Gruppe nur über einen numerisch kleinen Anhang, der im Laufe der Jahre ganz zusammenschumpfte, weshalb sie den Schwerpunkt ihrer Agitation in die Versammlungen der galizischen Großgrundbesitzer verlegte, und zwar mit dem Erfolge, daß bei den Neuwahlen in den Landtag mehrere langjährige Abgeordnete der konzilianteren Richtung, wie Ritter v. Gniewosz, Dr. v. Dembowski, Ritter v. Krainski usw., verdrängt wurden.

Dem Obersten Polnischen Nationalkomitee stand das Zentrum nicht freundlich gegenüber. Seine Vertreter schieben bald aus dem Verbanne des Obersten Polnischen Nationalkomitees aus. Angesichts dieser Haltung wurde das in Krakau in den letzten Tagen verbreitete Gerücht, daß die Zentrumsführer der Aufforderung zum Wiedereintritte in das Oberste Polnische Nationalkomitee keine Folge leisten wollen, als glaubwürdig angesehen. In gewissen Kreisen wurden jedoch Zweifel rege gemacht. Soviel ist gewiß, daß das Zentrum bisher seine Vertrauensmänner für das Oberste Polnische Nationalkomitee nicht namhaft gemacht hat.

Von unterrichteter Seite wird indes versichert, daß dem Obmann des Polenklubs Ritter v. Bilinski die von einem Krakauer Blatte angeforderte briefliche Abgabe des Zentrums bis zur Stunde nicht zugegangen sei. Es hieß ferner, daß sich das Zentrum der Einmischung des Obersten Polnischen Nationalkomitees in die inneren Angelegenheiten des Königreichs Polen entschieden widersetze, weil diesem Gebiete in dem für die polnische Nation entscheidenden Augenblicke eine überaus schwierige und äußerst verantwortungsvolle Aufgabe zufalle. Dem gegenüber wird darauf verwiesen, daß in der letzten Plenarsitzung des Obersten Polnischen Nationalkomitees nach einer eingehenden Debatte über das Verhältnis des Obersten Polnischen Nationalkomitees zum Königreiche Polen einhellig der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß in Russisch-Polen ehestens die Organisation einer einheitlichen nationalen Vertretung zustande kommen werde. Diese Angelegenheit gelangte jüngst in der Sitzung der politischen Kommission des Polenklubs ebenfalls zur Sprache und, um den Vertrauensmännern der im Königreiche Polen bestehenden Parteien Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache zu geben, wurde einstimmig beschlossen, die Vollversammlung der polnischen Abgeordneten und Notabeln zur Vornahme der Neuwahl des Obersten Polnischen Nationalkomitees statt für den 15. erst für den 29. April nach Krakau einzuberufen.

Versammlung auf der Landstraße.

Das katholisch-politische Kasino Landstraße veranstaltete am Montag abends in Hofbauers Gastwirtschaft in der Jasan-gasse eine Versammlung, die sich eines sehr guten Besuches erfreute und zu der unter anderen erschienen waren: Minister a. D. Dr. G e s m a n n, Abg. Dr. M a t a j a, Abg. Pfarrer S c h n a b l, St. R. Dr. G a a s, die Gemeinderäte Ritter von F i n d e n i g g, G o l d e b a n d, L a n g e r und P l o n e r, Pfarrer H i e s s b e r g e r, die Kooperatoren K a r g l und M a r t i n, Angelo G i s n e r v. G i s e n h o f, der Obmann des Christlichsozialen Arbeitervereines Landstraße S i d l o, Direktor H a s e l b r u n n e r, Bürgereschullehrer P r o c h a z l a, Armenrat P u c h e r und andere mehr.

Obmann Pfarrer W i d l eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Erschienenen, insbesondere des Ministers a. D. Dr. G e s m a n n, der als tüchtigster Generalstabchef Doktor Luers der Wiener christlichsoziale Partei in eine Landes- und Reichspartei umgewandelt habe und dessen Verdienste nicht vergessen werden dürfen (Beifall.) Das katholisch-politische Kasino Landstraße habe es sich zur Aufgabe gemacht, immer aufklärend zu wirken, weil die Gegner trotz des Burgfriedens immer gegen die christlichsoziale Partei tätig seien. (Zustimmung.)

Minister a. D. Dr. G e s m a n n, mit lebhaftem Beifalle begrüßt, klärte zunächst über die Ursachen des Krieges auf und stellte die Verantwortung für denselben fest: Durch das in Wien eroberte serbische Archiv ist allenmäßig nachgewiesen, daß P a s t i c schon bereit gewesen wäre, sich unserem Ultimatum zu fügen, wenn nicht der Zar im letzten Momente die serbische Regierung aufgefordert hätte, auf die Bedingungen des Ultimatus unter keinen Umständen einzugehen. Nehelichs zeigt auch das in Brüssel eroberte Archiv. In dem Augenblicke, als König Eduard VII. den englischen Thron bestiegen hat, begannen die systematischen Bestrebungen, um zu einem Kriege gegen Deutschland zu führen. Die wichtigsten Vorbereitungen zu dem Kriege traf die Presse. Lord Northcliff hat durch mehr als zehn Jahre die ganze Presse zum Kriege geleitet. Hunderte von Millionen — es ist dies keine Uebertreibung — sind von englischer, später französischer und russischer Seite ausgegeben worden, um die Presse der ganzen Welt zu kaptivieren. In der letzten Zeit macht man die furchtbaren Anstrengungen in Rumänien, um die Hege gegen Oesterreich in die Höhe zu bringen. Die Geschichte dieses Krieges wird zeigen, wie ungemein wichtig die systematisch unterstützte Presse auch für den Gang der Weltereignisse werden kann. Der Krieg wäre in der Ausdehnung nicht möglich gewesen, wenn man nicht die Presse in so ausgedehnter Weise für die Zwecke der Entente in Bewegung gebracht hätte. Der eigentliche Macher und Initiator des Krieges ist England. (Zustimmung.) Wenn wir die Kriegsergebnisse in Betracht ziehen, können wir heute sagen, daß wir bei all dem Leid, das der Krieg mit sich bringt, mit großer Freude auf den bisherigen Verlauf der Dinge zurückschauen können. Was die auswärtige Lage anbelangt, ist das Verhältnis Deutschlands zu Nordamerika ein kritisches Ding. Der Krieg wäre längst aus, wenn nicht England, Rußland und Frankreich fort und fort von Amerika mit Munition und Geld unterstützt worden wären. Von der Bevölkerung Nordamerikas sind 35% englischer, 25% deutscher und 17% irischer Abstammung. Die Deutschen und Iren sind keine Freunde der Engländer, aber dadurch, daß die nordamerikanischen Blätter so systematisch die dortige Bevölkerung bearbeitet haben, sind selbst die Deutschen beeinflusst worden. Ich zweifle, ob die Warnung an die Staatsbürger Nordamerikas, keine bewaffneten Handelsschiffe zu benutzen, erlassen werden wird.

Nach Erörterung des Verhältnisses der neutralen Staaten zur Entente beziehungsweise zu den Mittelmächten fuhr der Redner fort: Trotz all der Opfer, die der Krieg mit sich gebracht hat, können wir auf der „Haben“-Seite eine Reihe erfreulicher Erscheinungen buchen. Die allgemeine Meinung im Auslande war, daß Oesterreich fertig sei; wir sind gleich hinter der Türkei, die man als „kranken Mann“ bezeichnete, gekommen. Das hat der Krieg gründlich zunichte gemacht. Man muß heute auch seitens unserer Gegner zugeben, daß das alte Oesterreich noch nicht morsch geworden ist, sondern daß es nur einer tüchtigen Verwaltung und Regierung bedarf, um für lange Jahrhunderte den Bestand dieses Reiches zu sichern. (Lebhafte Beifall.) Es ist erfreulich, daß wir uns auch in finanzieller Beziehung so wunderbar gehalten haben. Die finanziellen Opfer sind allerdings ganz gewaltige, so daß große Lasten direkter und indirekter Steuern nach dem Kriege über uns hereinbrechen werden. Wir müssen auch vor unserer Industrie geradezu den Hut abziehen. Es ist erstaunlich, was wir während des Krieges auf allen Gebieten, welche für die Kriegsbereitschaft notwendig sind, geleistet haben, während die Entente von Amerika und Japan mit Munition versorgt wurde. Wir haben auch unsere Artillerie während des Weltkrieges auf die höchste Stufe gebracht. Das Freudigste ist, daß unsere Monarchie als ein auch für die Zukunft gefestigter und durch eigene Tüchtigkeit befestigter Staat dasteht. (Großer

Beifall.) Es wird Sache der Regierung sein, durch entsprechende Umsicht, Pflichteifer und Verständnis diese Schätze von Fähigkeiten, die die Völker Oesterreichs gerade im Kriege bewiesen haben, wirklich zu heben. (Allseitige Zustimmung.) Freilich müssen wir da an uns selber bedeutende Änderungen vornehmen. Wir müssen mit den alten Schlagworten brechen, wir müssen objektiv die Dinge betrachten und an uns selber gewisse Reformen vornehmen. Es ist eine unteugbare Tatsache, daß das deutsche Volk in Oesterreich die Hauptlasten des Krieges getragen und die schwersten Opfer an Gut und Blut gebracht hat. Es gebührt uns also das Recht, in Zukunft mindestens der Erste unter den Gleichen zu sein (Lebhafte Beifall.) Wir wollen jedem die Möglichkeit geben, sich kulturell innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle zu entwickeln, aber wir haben die Berechtigung, als Erste auf Grund der Verdienste des deutschen Volkes in diesem Kriege aufzutreten. Wir müssen es auch verstehen, die einzelnen Nationen an das Reich anzuknüpfen, daß sie freudig mit uns in Oesterreich zusammenarbeiten. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es viel Entsamung und Opferwilligkeit mit sich bringen wird.

Wir wissen nicht, wie lange der Krieg noch dauert. Ich glaube aber, die Monate April und Mai werden außerordentlich ereignisvoll und vielfach auch entscheidend für den Verlauf des Krieges sein. Wir müssen aus- und durchhalten. Es wird

dadurch nicht nur das Schicksal des Staates, sondern jedes einzelnen von uns berührt. Haben wir Geduld und Ausdauer. Wir müssen diese Zeit noch überleben, wir müssen die möglichsten Opfer auch in finanzieller Beziehung bringen, denn nur auf diese Weise werden wir imstande sein, ein glückliches Oesterreich und seinen Bürgern eine halbwegs erträgliche Existenz zu schaffen. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

St. R. L a n g e r besprach wirtschaftliche Tagesfragen, wobei er besonders die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Approvisionnement hervorhob und unter lebhaftem Beifall bat, dem Bürgermeister für seine tatkräftige und ausdauernde Tätigkeit sowie der Gemeindevertretung und den Gemeindebeamten den besten Dank zum Ausdruck zu bringen. Dieser Antrag fand einhellige Zustimmung.

Abg. Dr. M a t a j a, lebhaft begrüßt, kennzeichnete in feinen Worten die gegenwärtigen innerpolitischen Verhältnisse und fuhr dann fort: Heute stehen wir unter dem Gedanken, daß wir vor allem zusammenhalten müssen, daß wir im Innern nichts aufkommen lassen, was die Pläne unserer Feinde verwirklichen könnte. Aber es wird die Zeit kommen, wo wir uns mit den äußeren und inneren politischen Verhältnissen von früher eingehend beschäftigen müssen. (Zustimmung.) Ich glaube nicht, daß der Krieg bald zu Ende sein wird. Es ist ein Zeichen der unglücklichen V o l k s e r a f t, welche in Deutschland und Oesterreich steckt, daß sie es vermocht haben, gegen eine solche Uebermacht sich nur so lange zu halten, sondern auch den militärischen Vorrat abzugewinnen. Militärisch sind unsere Feinde geschlagen; ich fürchte keine russische, französische und italienische Offensive mehr. Die militärische Kraft der Mittelmächte wird sich durch alle diese Schwierigkeiten durchkämpfen. Aber heute steht der Kriegssplan auf der Aushungerung, auf der Feuerung, mit der England und seine Verbündeten gegen uns ankämpfen. Man denkt nur daran, die Bevölkerung des Hinterlandes auszuhungern und mit kalten Herden an den Tischen der Nichtkämpfenden den Krieg zum Austrage zu bringen. Durch das Elend in den Familien, durch Teuerung und Knappheit sollen wir überwunden werden. Wir haben keine Wahl, wir müssen uns durch diese Sachen durchhalten, denn mit einem Zusammenbruche in diesem Kriege wäre jeder einzelne von uns verloren. (Zustimmung.) Die Aufgaben, welche an die verwaltenden Körperschaften gestellt werden, sind unerhörte, Aufgaben, die vor dem Kriege nicht in den Rahmen der Verwaltung, weder der Regierung, noch der Stadtverwaltung fielen. Die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung, ganz unparteiisch beurteilt, ist geradezu musterhaft. (Lebhafte Zustimmung.) Es geschieht aber zu wenig seitens der Partei, die Bevölkerung darüber aufzuklären, was seitens der Partei geschieht. Gewöhnen wir uns auch die Jaghaftigkeit aufzutreten ab! Es wird ein erbitterter Kampf gegen unsere Partei und gegen die katholische Kirche geführt, die allen, die auf den Umsturz lauern, ein Dorn im Auge ist. Denken wir daran, daß wir, die christliche Bevölkerung, wenn wir die Leiden des Krieges, der vor allem die christliche Bevölkerung betrifft, urchgehalten haben, eine Verunglimpfung unserer Religion, unseres Glaubens unter gar keinen Umständen dulden wollen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

St. R. D r. G a a s beleuchtete die Beratungsgegenstände der e u r o p ä i s c h - ö s t e r r e i c h i s c h e n Tagung für Volkswohlfahrt und hob die Tätigkeit der Gemeinde auf diesen Gebieten, insbesondere auf dem der Säuglingsfürsorge hervor. Unter lautem Beifalle schloß seine überzeugenden Ausführungen mit der Bitte, überall aufklärend zu wirken.

Abg. Pfarrer S c h n a b l betonte, daß die Deutschen in Oesterreich auch im Innern einig sein müssen, wenn sie nach außen fest sein wollen. Nach einer Besprechung der Tätigkeit für e r w e r b t r e i b e n d e n in Land und Gemeinde schloß er mit r B i t t e, t r e u z u s a m m e n z u h a l t e n, d a n n w e r d e d e r S i e g a u f l e n G e b i e t e n u n s e r s e i n. (Großer Beifall.)

St. R. R i t t e r v. F i n d e n i g g befaßte sich in beredten Worten mit den verschiedenen wichtigen Fragen der Gegenwart und forderte unter allseitigem Beifalle das treue Festhalten an den christlichen Grundfäden.

Mit herzlichem Dankesworten schloß Obmann Pfarrer W i d l die Versammlung, die über Antrag eines Teilnehmers dem Minister a. D. Dr. G e s m a n n den Dank zum Ausdruck brachte und ihn bat, sich wieder, wenn der Ruf an ihn ergehe, zur Verfügung zu stellen.

1. IV. 1916

* **Frauenversammlung in Meidling.** Einen zahlreichen Besuch wies die Generalversammlung der Ortsgruppe Meidling des Christlichen Wiener Frauenbundes auf, die am 18. d. in Webers Gasthaus abgehalten wurde. Die verdienstvolle Vorsitzende der Frauenortsgruppe und Leiterin der Frauenhilfsaktion des 12. Bezirkes, Frau **W e s s e l y**, erstattete einen ausführlichen Bericht über die der Kriegsfürsorge gewidmete Tätigkeit des Frauenbundes. (Lebhafter Beifall.) Bundespräsidentin Frau **S o s i e G u t m a n n** gedachte in ihren Ausführungen der im Jahre 1897 von Dr. **L u e g e r** ins Leben gerufenen Gründung des Christlichen Frauenbundes, dessen Aufgabe es sei, gerade in der Jetztzeit die Erziehung der Kinder in strengkatholischem Sinne zu leiten. (Lebhafter Beifall.) **M. M a y** sprach über die Approximierung Wiens und sagte: „Die Gemeinde Wien hat ihr Menschenmöglichstes geleistet, um die klaglose Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln zu ermöglichen. Sie hat bis Ende 1915 für Mehlanläufe den Betrag von 70 Millionen, für Reis 2 Millionen, für Hülsenfrüchte 12 Millionen, für Kaffee 87 Millionen, für Fett und Fleisch 56 Millionen, für Trocken- und Kondensmilch 15 Millionen Kronen, mit Hinzurechnung des Anlaufes anderer Bedarfsartikel den Betrag von annähernd 100 Millionen verausgabt, um unserer Vaterstadt die Lasten des Krieges zu erleichtern. Doch davon lesen wir nichts in der gewissen Händlerpresse. Systematisch unterschlägt sie alle Leistungen der Gemeinde der Bevölkerung gegenüber, befreit dagegen irgendwelche Mängel, die sich hier und da naturgemäß in der Approximierung ergeben, in der boshaftesten Weise. Niemand für seine Ausführungen allgemeine Zustimmung. Nachdem er noch die Anwesenden aufgefordert hatte, mit allem Nachdruck die **c h r i s t l i c h e P r e s s e** zu fördern, wies Prof. **J u n g b a u e r** auf die Folgen des Krieges auf sozialem Gebiete hin, worauf die Vorsitzende Frau **W e s s e l y** mit Dankesworten die Versammlung schloß.“

Vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus.

Die überlange Nervenspannung des Krieges benimmt den Mitlebenden und Mitleidenden die Muße und die Freudigkeit des Denkens, ohne die wissenschaftlicher Sinn nicht bestehen kann. Da aller Gedanken und Willenskraft auf das Ende gerichtet ist, ist der beschaulichen Forschung über die eigenartigen Erscheinungen, die auf allen Gebieten des Krieges Gefolgschaft sind, zumeist das öffentliche Gehör verlagert. Was da neu zu Tage tritt, wird nur flüchtigen Blickes be-

achtet, da man erwartet und annimmt, daß es ja mit Kriegsende ohnehin zum Verschwinden bestimmt sei. Vieles aber, Unerwartetes und Unerwünschtes, wird bleiben; Jahre, vielleicht Jahrzehnte, vielleicht immer! Wohl uns nach dem Kriege, wenn wir der veränderten Lage- und Kraftverhältnisse der Gesellschaft uns rechtzeitig bewußt sind!

Die Kriegswirtschaft erscheint uns heute als kurzweiliger Ausnahmestand, der mit Kriegsende von selbst hinwegfällt. Die Geschichte kennt jedoch Beispiele für manche Wirtschaftsumwälzung durch Kriege, die Jahrhunderte nachgewirkt hat. Man hat bis jetzt wenigstens angenommen, daß die karolingischen Kriege im weiten Frankenreiche den gemeinfreien Bauern altdeutschen Rechtes durch den mittelalterlichen Hörigen ersetzt haben, man weiß, daß die Kriege der Reformationszeit die Mitterschaft endgiltig entwurzelte haben, man erinnert sich, daß die Revolutionskriege die ständische Wirtschaftsordnung auf dem Festland durch die bürgerliche verdrängt haben. Diese Umwandlungen im sozialen Leben, tief unterhalb der äußeren staatlichen Ordnung, sind den Zeitgenossen selbst kaum bewußt geworden; in ihrer Vorstellungswelt handelte es sich zumeist um ganz andere Ziele und Ergebnisse, als jene tatsächlichen Umwälzungen wirklich brachten. Nur wenige Geister nahmen die Ansätze des Neuen wahr.

Viele wirtschaftliche Neugestaltungen hat dieser Krieg gebracht. Sie wirken auf neun Zehntel der Menschen, die ihnen unterworfen sind, beinahe als Absonderlichkeiten, die man als Notauskünfte des Krieges trägt, obschon ein unbestimmter Instinkt dagegen ankämpft. Alle überlieferten Begriffe widersprechen ihnen, vor allem unser Begriff von den Aufgaben und Schranken des Staates. Selbst die leidenschaftlichsten Schwärmer von der Staatsmacht, die in ihm eine religiöse Einrichtung, die Verwirklichung der sittlichen Idee, den Urquell und die Bürgschaft des Rechtes erkennen, sind fassungslos bei dem Gedanken, daß die Staatshoheit nun dazu dient, Kartoffeln zu verschleifen und Vieh zu handeln. Trotz aller Gegenagitation lebt dennoch auf dem tiefsten Grunde unserer Seele die Ueberzeugung fort, die Adam Smith vor nahezu anderthalb Jahrhunderten zum System der politischen Oekonomie erhoben hat, die Ueberzeugung, daß Wirtschaft Privatsache, daß Erzeugung, Umsatz und Verbrauch der Waren frei von staatlichem Eingriff von den Privaten vollzogen werden müsse und daß der Staat selbst nur eine abgeleitete Wirtschaft besitze. Die Staatswirtschaft beruht eben nur auf Steuern und Abgaben der Privatwirtschaften, die in den Staatsschatz getragen und von dort aus auf die öffentlichen Dienste verteilt werden. Nur allmählich hat man es ertragen gelernt, daß der Staat nicht bloß, um Lassalles Wort zu gebrauchen, Nachwächterdienste leistet, damit die Privatwirtschaften nicht von Missetätern gestört werden, sondern auch hier und da regelnd und ordnend eingreife, hier verhüte, dort beschütze, hier hemme und dort antreibe. Aber all diese Eingriffe haben die herrschende Auffassung kaum erschüttert, daß das Wirtschaften

Sache der einzelnen, Privatsache sei, und das war vor allem ganz unbestreitbares Dogma, daß der Haushalt, der Konsum, daß Herd und Tisch und Kammer die höchstpersönliche, allergeheiligste Sphäre des individuellen Lebens sei. Insofern ist die Weltanschauung des Liberalismus für die überwältigende Mehrheit der lebenden Menschen bis heute so gut wie unerschüttert. Und gerade jetzt, wo das bekannte Schreckgespenst des Liberalismus, die schrankenlose Staatsallmacht, infolge der Bedürfnisse der Kriegszucht in allen Staaten Heimatsrecht erworben hat, wird besonders im Bürgertum der altliberale Gedanke von den „Schranken der Staatsgewalt“ von Tag zu Tag wieder mächtiger, man will mit Macht wieder zurück aus der „obrigkeitlichen Bindung“ in das Reich der Freiheit des Verkehrs, des Handels und des Genießens; das halbvergeßene Wort von der Staatsflauelei erhält wieder Kurs und mancher „Sozialer“ von gestern ist über Nacht ein echter „Liberaler“ geworden, ja sogar mancher Sozialist, der noch gestern gegen die „Anarchie der Produktions- und Austauschweise“ gekämpft hat, sieht auf dem Sprunge, vor solchem Uebermaß der Ordnung und Regelung wieder in die Regellosigkeit der Wirtschafts-anarchie zu flüchten.

Wahr ist, daß die Begleitererscheinungen der Kriegswirtschaft die Grundprobleme alter menschlicher Wirtschaft in ganz ungeahnter Weise aufrühren; bestritten ist bloß, ob die Erscheinungen von Dauer sind und welchen Entwicklungstendenzen sie dienen. Gibt es von ihnen eine Rückkehr zu der bis jüngst in der Hauptsache nach liberalen Privatwirtschaftsordnung? Wenn nicht, welchem Ziele strebt die Entwicklung zu?

Soll diese Frage sachgemäß beantwortet werden, so muß zunächst der Blick auf die eben durchlaufene Wirtschaftsepoche zurückgelenkt werden. Obschon das allgemeine Vorurteil heute noch von der reinen Privatwirtschaft ausgeht, war sie schon beträchtliche Zeit vor dem Kriege überwunden. Wie so oft hinkt das gesellschaftliche Bewußtsein hinter den gesellschaftlichen Tatsachen nach. Die Epoche des individuellen Privatunternehmers, der sich in voller Freiheit des Wettbewerbes durchsetzt, ist schon länger dahin, als wir glauben.

Zunächst war es der Staat, der in verschämter Weise eingriff unter dem Titel: „Schutz der Schwachen.“ Noch wirtschaftet er nicht selbst, er „regelt“ nur die Privatwirtschaft. Diese Schutzepoche setzt Mitte der Siebzigerjahre ein und wirkt im Innern des Staates wie nach außen: Man schützt im Innern den Handwerker gegen den freien Wettbewerb durch Befähigungsnachweis und Zunft, durch Berechtigungs- und Konzessionswesen, den Bauern durch Schuldnerschutzgesetze, Auerben- und Höferecht und dergleichen; man schützt auch den Arbeiter durch einen Höchstarbeitstag und Zwangsversicherung; man schützt nach außen die heimische Arbeit durch vorerst maßvolle Zölle. Die Volkswirtschaft beginnt sich von Staat zu Staat langsam zu unterscheiden durch eine besondere Wirtschaftsverfassung, die an sich in Widerspruch steht mit der Freiheit des Wettbewerbes und dem Freihandel, die die Erwerbs- und Lebensbedingungen der Massen künstlich verschiebt. Aber die Wirtschaft bleibt zunächst private Einzelwirtschaft.

Inzwischen setzt ein neuer Antrieb ein: die Privaten schaffen sich selbst Organisationen zur Einschränkung der Konkurrenz und zur Vereinigung zu gemeinsamer Wirtschaft. Schlägt man den Kalender der Gründungen nach, so wird man überrascht sein: Obschon alle Formen von Affoziationen und Koalitionen gelegentlich früher auftreten und viele Versuche gemacht werden und wieder scheitern, beginnen sich etwa seit dem Jahre 1890 die Organisationen zu befestigen und einzurichten. Kartell um Kartell entsteht, die meisten kommen zu Jahren und nicht wenige haben bereits eine stabile Geschichte von zwanzig Jahren, sind also nicht mehr Experimente, sondern wirtschaftliche Institutionen. In der gleichen Zeit schlossen die Gewerkschaften der Arbeiter auf, be-

haupteiten nun trotz der gestiegenen Löhne, und gerade jetzt erleben wir ein Vierteljahrhundertjubiläum nach dem anderen. Warenmarkt und Arbeitsmarkt haben sich innerhalb des staatlich gesetzten Rahmens selbst organisiert und schon seit einem Menschenalter gilt das Adam Smithsche Gesetz des freien Wettbewerbs nicht mehr ganz, nicht ungebrochen, nur sehr bedingt.

Neben diese Koalitionen treten die Assoziationen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist im letzten Menschenalter aufgebauet worden, ein weiträumiger und stolzer Bau. Der Grundbesitzer ist wohl noch zu zwei Dritteln Privatwirt, aber im Bezug seiner Rohstoffe, im Absatz seiner Erzeugnisse, in seinen Kreditbeziehungen arbeitet er nicht mehr einzeln, nicht mehr privat, sondern gemeinsam, genossenschaftlich. Zehn Jahre später, aber immerhin jetzt schon vor zwanzig Jahren, schafft die Arbeiterklasse Deutschlands sich eine Konsumgenossenschaftliche Organisation — noch ist zu neun Zehnteln der Haushalt der Arbeiter privat, aber gewiß zu einem Zehntel sozialisiert durch den Konsumverein und durch die Großeinkaufsgesellschaft. Die rein kapitalistischen

Betriebe wachsen über die Größe individueller Privatvermögen hinaus, sie verwandeln sich in steigender Zahl in Gesellschaften, die größten in Aktiengesellschaften, die Unternehmung tritt an Stelle des Unternehmers und wird halböffentlich, hinter ihr verschwindet der Gesellschafter als Privatmann. Nur mit Anmerkungen spricht man noch von der „privatkapitalistischen Wirtschaftsweise“; der Ausdruck bedarf eines Beiwortes, wir stehen in der Epoche organisierter Privatwirtschaft.

Der Staat führt den Schutz der Schwachen fort und steht im übrigen den Dingen, die da unter seinen Augen werden, ohne Verständnis oder geradezu feindselig gegenüber. Er drangsalirt die Gewerkschaften, duldet die Genossenschaft, beargwöhnt die Aktiengesellschaften und verleugnet wenigstens öffentlich die Kartelle. Die ganze Wirtschaft ist nicht seine Wirtschaft und er fühlt sich über sie erhaben.

Indessen nur eine Zeitlang. Das Werk kapitalistischer Organisation schließt sich nach oben ab durch das Finanzkapital. Es ist noch nicht allzulange her seit der Zeit, wo der Bankier abseits vom industriellen und kaufmännischen Unternehmen stand und ihm Kredite vermittelte. An Stelle des Bankiers ist die Aktienbank getreten, die industrielle und kaufmännische Unternehmungen kontrolliert, finanziert und gründet. Man braucht nur das Wachstum des Aktienkapitals der Banken zurückzuverfolgen. Vor zwei oder drei Jahrzehnten hat diese Bewegung eingesetzt. Von der entlegensten Raiffeisenkasse bis zu den Banken der Hauptstadt ist nun das Kreditwesen in ein einziges System einbezogen, die Banken beherrschen das ganze staatliche Wirtschaftsgebiet und gestalten es einheitlich nach Zinsfuß und Warenpreisen. Das alte Privatkapital des einzelnen ist auf dem Wege vielfacher Organisationen eingegangen in das eine Nationalkapital, über das ganz wenige Großbanken entscheidend verfügen — sie dirigieren es in neue Industrien oder setzen es, wie die französischen Banken, samt und sonders auf die eine Karte der russischen Staatsschuld. Die Privatwirtschaft ist in gewissem Sinne Nationalwirtschaft geworden und bedient sich der Staatsgewalt, indem sie aus dem übernommenen „Schutz der Schwachen“ den Hochschutz der Starken macht. Hochschutzzölle trennen die Staatsgebiete voneinander

und formen aus jedem Wirtschaftsgebiet für sich einen geschlossenen Organismus. Staatsmacht und Wirtschaft beginnen ineinander zu fließen, staatliches Herrschaftsgebiet und nationales Wirtschaftsgebiet decken sich, die Nationalwirtschaft wird als Mittel der Staatsmacht, die Staatsmacht als Mittel der Nationalwirtschaft empfunden, trotz der äußerlich aufrecht erhaltenen Trennung. Es ist die Epoche des Imperialismus. Fernab liegt die Zeit freien Angebots und Verkehrs der Welt, das Wertgesetz des Warentausches gilt nur „in letzter Linie“, die private Einzelwirtschaft besteht in völliger Reinheit nur als Haushalt des Privatmannes.

In dieser Entwicklungsreihe hat sich schon vor dem Kriege die Wirtschaft in immer engerem Kreise um die Staatsgewalt konzentriert. Der Krieg hat sie nicht aus der Bahn geworfen, nichts Absonderliches hereingetragen, er hat eine sichtbare Entwicklungsreihe bloß beschleunigt: er hat das Kartell, wie es ist, unter Staatshoheit gesetzt und so Zuder- und Branntweinzentralen geschaffen. Nach solchen Vorbildern hat er Baumwolle, Wolle, Flachs, Jute, Metalle, Zette und Oele, Futtermittel und auch die Brotfrucht in eigene Bewirtschaftung genommen. Und so faßt er in Deutschland den Viehhandel in Zwangsgilden und ordnet ihn ein in die Reichsfleischstelle. Es ist ein Schritt weiter, nichts mehr! Es ist nach der Schutzepoche, nach der organisierten Privatwirtschaft, nach der imperialistischen Nationalwirtschaft eben eine staatswirtschaftliche Epoche, in die wir eingetreten sind, eine Epoche halber Privatwirtschaft und halber Verstaatlichung, in der neben der hoheitlichen und richterlichen Tätigkeit der Staat die Aufgaben eines Wirtschaftsamtens übernommen hat, all das durchaus auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wenn man den Ausgangs- und Endpunkt der Reihe gegenüberstellen will, kann man sagen: Privatkapitalismus hat sich in Staatskapitalismus gewandelt oder steht auf dem Wege dazu.

Es ist uns nicht immer bewusst gewesen, welche Phasen der Kapitalismus seit dem Tode von Karl Marx (1883!) durchgemacht hat, wir haben ihre Kennzeichen und Rückwirkungen auf die Arbeiterklasse nicht immer beachtet und berücksichtigt, vor allem, wir haben weder rechtzeitig noch vollständig das System von Karl Marx von Stufe für Stufe fortentwickelt, und viele Irrtümer entspringen daraus, daß wir unumstößlich richtige Sätze der völlig freien Wirtschaft hinübernehmen in eine Zeit, die anderthalb Menschenalter später liegt und eine staunenswerte Fortbildung des kapitalistischen Systems auf seinem eigenen Boden hinter sich hat. Vieles ist nachzuholen, vieles tiefer zu begründen, und durch keine andere als die wissenschaftliche Methode des Marxismus ist Klarheit zu gewinnen. Die Waffen sind der Forschung abhold — nichtsdestoweniger bedürfen wir der Forschung dringender als je.

Staat, Länder und Kreise.

I. Die Länder und der Staat.

Es ist wohl nicht ohne Reiz, zu beobachten, daß der Streit um die „Ausgestaltung der Länderautonomie“ just in dem Augenblick angehoben hat, da diese Länder der staatsrechtlichen Bedeutung, die ihnen wenigstens der Form nach geblieben war, entkleidet worden sind. Denn der Staatsakt, der das Wappen „der österreichischen Länder“ schuf, in dem, nach der amtlichen Auslegung, „der einheitliche Staat Oesterreich besonders sinnfällig zur Erscheinung gelangt“, dieser Staatsakt hat den Charakter der Kronländer einfach ausgelöscht. Bisher war es, nämlich gemäß den Worten der Verfassung — wohl nur den Worten nach, denn die tatsächliche Entwicklung ist längst darüber hinweggegangen — eben so, daß die Kronländer jenes Ursprüngliche waren, aus denen sich der Staat zusammensetzte, aus denen erst er sich bildete. Nun ist der Staat gleichsam vor den Ländern da und die Länder sind einfach Teile von ihm: nur Verwaltungseinheiten, noch, keine „Kronländer“ mehr; wohl Verwaltungse-

einheiten, die ihr geschichtliches Werden nicht verloren haben, die ihr geschichtliches Sein behalten, denen aber eine staatsrechtliche Bedeutung nicht mehr zukommt. Wohl teilt sich in der Verwaltung der einheitliche Staat Oesterreich weiter in siebenzehn Verwaltungseinheiten, aber er bildet sich nicht aus ihnen; sie sind Teile von ihm, er aber nicht ihre Summe. Der Staat, der in der tatsächlichen Entwicklung schon längst über die „Länder“ gesiegt hat, hat diesen Sieg nun auch in der Form besiegelt.

Dieser Sieg des Staates, des Staatsgedankens und Staatsbewußtseins, den jene amtliche Erläuterung „eine erhebende Tatsache der politischen Entwicklung“ nennt, ist in Wahrheit der Inhalt unserer gesamten Verfassungsgeschichte, und er ist ein mühsamer, langwieriger Prozeß gewesen, in dessen Verlauf es auch an bösen Rückschlägen nicht gefehlt hat. Wären sich die Epigonen, die jetzt die Programme für das deutsche Volk in Oesterreich ohne Ueberlegung und Weitsicht herstellen, der Schwere jener Entwicklung bewußt gewesen, so hätten sie wohl eine Forderung nicht aufgestellt, die, wenn sie kein inhaltsloses Wort sein soll, allzusehr geeignet ist, das unter Mühen und Opfern Erreichte wieder in Frage zu stellen. Umso mehr hätten sie davor zurückschrecken müssen, von der „Ausgestaltung“ der Länderautonomie zu sprechen, als sich jener Sieg des Staates ideologisch noch lange nicht so durchgreifend und restlos durchgesetzt hat als wie tatsächlich, in der ideologischen Auffassung vielleicht überhaupt nicht durchzudringen vermag. Hier wird immer ein Erdenrest bleiben, den keine tatsächliche Entwicklung austilgen kann. Auch das Deutsche Reich ist ein Abgeleitetes: die Zusammenfassung der Bundesstaaten zu einer Einheit, innerhalb deren die Teile nicht bloß das Ursprüngliche, sondern auch ein Selbständiges sind. Aber in dem Sinne ist im Reiche kein Partikularismus mehr zu finden, daß das Reich im Bewußtsein der Preußen, Bayern, Sachsen zc. nicht an erster Stelle stünde, nicht das Vorrecht hätte; ein Vorantstellen des Bundesstaates vor dem Reiche ist nirgendwo mehr zu sehen. Aber da bei uns die Länder auch nationale Gebilde sind, sie also, national betrachtet, in dem einheitlichen Staate zur Erscheinung nicht kommen können, vermag die Zusammenfassung jenen zwingenden, erfüllenden Charakter nicht zu erlangen, der der national-identischen Zusammenfassung vorweg verliehen ist. Im Reiche der Idee ist der Sieg nicht so einfach, wie ihn die Vernunft in der tatsächlichen Entwicklung erkennt. Aber gerade wegen dieses Mangels, der sich zu einem Gegensatz zwischen ideellen Wünschen und harten Tatsachen steigern kann, scheint es umso mehr geboten, der tatsächlichen Entwicklung, die den einheitlichen Staat erzwungen hat, die Anerkennung nicht zu bestreiten und nicht zu verringern.

Ohne sich in die vielen und schweren Verfassungskämpfe zu vertiefen, in denen um den Vorrang zwischen Ländern und Staat gestritten ward und die die ersten zwanzig Jahre unseres Verfassungslebens, von 1860 bis 1880, durchtoben, ist schon aus dem Wortlaut der Verfassungen zu erkennen, daß ursprünglich den Ländern der Vorrang eingeräumt ward, der Staat im Wesen nur ihre Addition sein sollte; daß die Länder das erste und wirkliche seien, der Staat aber das zweite und zufällige ist.

Überall gehört in den Verfassungen das Primat den Landtagen; der Reichsrat steht weit hinter ihnen und sein Dasein ist darauf verwiesen, eine technische Nützlichkeit zu sein. Das Oktoberdiplom des Jahres 1860, der Staatsakt, mit dem nach der absolutistischen Epoche, die dem Siege der Kontrevolution nachfolgt, das Verfassungsleben anhebt, spricht die konstitutionelle Verheißung in den Worten aus, daß fortan das Gesetzgebungsrecht „nur unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage, beziehungsweise des Reichsrates“, ausgeübt wird — die Landtage gehen voran, der Reichsrat ist eben nur „beziehungsweise“ da: Er ist wirklich nur „beziehungsweise“ da: denn er hat ja nicht einmal ein selbständiges Dasein, ist er doch, bis zum Jahre 1873, nur eine Abordnung der Landtage! Nicht anders die Februarverfassung des Jahres 1861, und auch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom Dezember 1867, das die Verfassung von heute ist, kennt keinen Staat, nicht den einheitlichen Staat Oesterreich, sondern beruft den Reichsrat nur „zur gemeinsamen Vertretung“ der Königreiche und Länder, die es alle mit Namen und Titeln anführt, so daß der Reichsrat nicht einen Staat vertritt und darstellt, nur die Kronländer vertreten und dargestellt werden. Den Staat Oesterreich kennt die Verfassung überhaupt nicht; bis in unsere Tage haben wir als seine Bezeichnung die „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ ertragen müssen. Das hat freilich zwei Gründe gehabt. Erstens den, daß bei der Entstehung der Verfassung der Sondergeist der Länder so übermächtig war, daß ihm durch diese Beschränkung Rechnung getragen werden mußte. Und zweitens, weil man eine geraume Zeit an der Hoffnung festhielt, Oesterreich als den Gesamtnamen für die dualistische Monarchie behaupten zu können; auf der einen Seite unterlag der Staat dem Föderalismus der Länder, auf der anderen Seite wählte der Zentralismus noch über die dualistische Reichsform siegen zu können. Der einheitliche Staat Oesterreich, der auf der einen Seite über den Länderföderalismus siegt, auf der anderen darauf verzichtet, das Reich darzustellen, der wurde allmählich, allmählich in seinem Siege und in seiner Beschränkung. Nun ist er und gibt sich den Namen, der ihn ebenso erhebt wie begrenzt.

Dieser Prozeß, der die „historisch-politischen Individualitäten“, als welche die Königreiche und Länder den Vorrang vor dem Staate beanspruchten, entthronte und — lange vor dem Staatsakt vom 11. Oktober 1915 — zu bloßen Verwaltungsgebieten gestaltete, der also den einheitlichen Staat Oesterreich beseitigte, dieser Prozeß ist ein Ergebnis der ökonomischen Tatsachen, gegen die sich das geschichtlich gebildete Selbstbewußtsein der Länder ohnmächtig erweist, obgleich es gegen ihn immer wieder rebellierte und in dem politischen Bewußtsein auch heute noch Widerstand leistet. Der Betrachter unserer Lage, der die Länder politisch völlig entwurzelt sieht — denn es ist ihnen eine neue furchtbare Gegnerschaft erwachsen: der Drang der Nationen, der die Landtage als Fremdherrschaft empfindet —, der wird es kaum begreifen, daß diese Landtage wirklich einmal die Kraft besaßen haben, den Staat aus seinen Angeln zu heben, daß sie so stark waren, dem einheitlichen Staate geradezu das

Staat, Länder und Kreise.

Daseinsrecht zu verweigern. Aber die ökonomische Entwicklung, die wahre bildnerische Kraft, ist stärker als alle Vorurteile und Eigenliebe, und gegen ihre Gewalt kommt auch die geschichtliche Ideologie nicht auf. Der Staat, in dessen Hand sich alle finanziellen Hilfsmittel sammeln, der über die gesamte Steuerkraft der Bürger verfügt; der Staat, der der Geber aller guten Dinge ist, der Straßen baut und Eisenbahnen, der Subventionen gibt und Notstandsunterstützungen; der Staat, der die Gemeinsamkeit des Wirtschaftens ist, der mußte über die Länder siegen, die keinen Heller einnehmen können, den einzunehmen ihnen der Staat nicht übrig läßt und gestattet. Alle Landesordnungen haben den berühmten Paragraphen, der den Landtag „beruft“, „zu beraten und Anträge zu stellen über allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes“; und davon, daß sie über den Staat *raisonnieren* können, haben sie auch reichlich Gebrauch gemacht. Aber was kann das den Staat anfechten, der alle Einnahmismöglichkeiten an sich gezogen hat und seine Hand auf alle Steuerquellen legt? In dem Sieg des Staates haben wir beileibe kein geheimnisvolles Wunder zu erkennen, vielmehr eine recht nüchterne Sache: nämlich das Ergebnis der ökonomischen Entwicklung, die aus der wirtschaftlichen Gemeinschaft entspringende Kraft des Verbindens, Verflechtens, Zusammensügens und Verknüpfens, die wohl langsam und unbemerkt wirkt, aber zähe und unaufhaltsam alles in ihren Bann zieht und alle Gegenkräfte allmählich überwindet. Es ist der Jammer unserer bürgerlichen Geschichtschreibung, daß sie unvermögend ist, die Entstehung des einheitlichen Staates aus der Gewalt der ökonomischen Triebkräfte, aus der wirtschaftlichen Entwicklung und Entfaltung zu begreifen, und dort übersinnliche Kräfte walten sieht, wo höchst Materielles sich realisiert.

Von dem kaiserlichen Diplom vom 20. Oktober 1860 bis zu jenem Staatsakt vom 11. Oktober 1915, der dem einheitlichen Staate nun auch die äußere Befundung verschafft, war es ein Weg von Irrungen und Wirrungen, der wohl kürzer und reibungsloser durchgemessen hätte werden können. Nun ist er zu Ende: der Staat als der Inbegriff der Volkskraft steht unangefochten und unanfechtbar da. Die Länder aber sind nur Verwaltungsgebiete, und die Aufgabe der Landtage ist die Aufgabe des Verwaltens eines bestimmten und übersehbaren Gebietes. Keine geringe Aufgabe und deshalb bleibt die Frage nach der richtigen und zweckmäßigen Ordnung der Länder auch weiter eine ernste und bedeutsame Sache.

Fortsetzung der Zusammenkünfte österreichisch-ungarischer Parlamentarier.

Die Anschauung in den oppositionellen und regierungsfreundlichen ungarischen Kreisen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 1. April.

Voraussichtlich wird schon in nächster Zeit auf ungarischer Seite ein Ideenaustausch aufgenommen werden, der den Zweck verfolgt, die Zusammenkünfte österreichischer und ungarischer Politiker behufs zwangloser Besprechung der gemeinsamen Fragen der beiden Staaten der Monarchie fortzusetzen. Von der Wiederholung dieser Zusammenkünfte erwartet man, gestützt auf den Verlauf der beiden ersten Begegnungen, in den politischen Kreisen Ungarns ein günstiges Ergebnis.

Jene oppositionellen Politiker, die an der Wiener Besprechung teilgenommen haben, sind der Ansicht, daß nun eine Reihe weiterer Zusammenkünfte folgen werde. Sie haben, wie in diesen Kreisen erklärt wird, mit großer Genugtuung aus dem Munde der österreichischen Politiker vernommen, daß diese die selbständige ungarische Staatlichkeit ohne jeden Hintergedanken voll anerkennen, was sie mit großem Nachdruck oft und nachdrücklich betont haben. Infolgedessen könne ein weiteres gemeinsames Zusammenarbeiten zwischen den österreichischen und ungarischen Politikern nur erspriesslich sein.

Man verweist hier darauf, daß diese Stellungnahme der österreichischen Politiker auch durch die Theorie gerechtfertigt erscheine, wonach die moralische Kohäsion um so stärker wird, je geringer der äußere Zwang ist, wie sich dies schon im gegenwärtigen Selbstverteidigungskampfe der Monarchie gezeigt habe, wo es einzig und allein die moralische Kohäsion und nicht der äußere Zwang zustande gebracht hat, daß ungarische Soldaten an der Tiroler Front mit ebensolchem Heldennute und der gleichen Selbstaufopferung die Grenzen der Monarchie verteidigten, wie die österreichischen Soldaten den Karpathenwall schützten. Man hofft in den Kreisen der führenden Persönlichkeiten der Opposition, daß die Zusammenkünfte der österreichischen und ungarischen Politiker auch praktische Folgen haben werden. Denn es werde hie-

bei den beiderseitige Standpunkt geklärt und hiedurch verhütet werden, daß man sich auf der einen oder anderen Seite in politische Ziele verrennt, die infolge des eventuellen Widerstandes des anderen Teiles nicht verwirklicht werden könnten. So würden denn auch unnötige Reibungen in Zukunft vermieden werden. Jedenfalls ist mit den bisherigen Zusammenkünften ein weiter Schritt nach vorwärts geschehen, indem eben die persönliche Berührung zwischen den österreichischen und ungarischen Politikern aufgenommen worden ist.

Auch in den regierungsfreundlichen Kreisen, die an der jüngsten Begegnung in Wien teilgenommen haben, ist man der Ansicht, daß eine Fortsetzung dieser Zusammenkünfte in einer nahen Zukunft das freundschaftliche Verhältnis zwischen den führenden Parlamentariern beider Staaten, auf welches im gegenseitigen Interesse Oesterreichs und Ungarns das größte Gewicht gelegt werden muß, wünschenswert sei.

Der ungarische Industrie- kapitalismus und Mittel- europa.

Von Josef Diner-Dénes (Budapest).

II.

Die Produktivität unseres Landes soll gesteigert werden und auch wir der „deutschen Wirtschaftskonfession“ teilhaftig werden, wenn wir zu Mitteleuropa uns schlagen. So lockt uns Raumann. Die gesteigerte Produktivität ist verlockend und ihr zuliebe würde ich auch die „deutsche Wirtschaftskonfession“ in den Kauf nehmen, trotzdem ich auch Verlockenderes kenne, so mir nur Raumann sagen würde, wie wir all dies von „Mitteleuropa“ bekommen könnten. Ich sehe es anders. Die „deutsche Wirtschaftskonfession“ ist weder sentimental noch altruistisch. Ihre Apostel würden gewiß nicht hieher kommen, um zu lehren und zu befehlen, sondern, den Geboten ihrer Konfession folgend, um hier Geschäfte zu machen. Und da in einem ungeschützten Ungarn, zu einer Zeit, da ringsum alles geschützt ist, mit Kapitalinvestitionen nicht viel aufzustecken wäre, würden sie nicht Kapital nach Ungarn bringen, um unsere Produktivität zu steigern, sondern Waren zum Verkauf, um ihre eigene Produktivität zu steigern. So aber einmal doch einer von der „deutschen Wirtschaftskonfession“ zu uns käme, um hier Kapital zu investieren, wäre er allen voran, den mitteleuropäischen Freundschaftsbund zu durchbrechen. Darin haben wir Erfahrung. Die Anfänge unserer Industrie schuf zum großen Teil österreichisches Kapital. Und die hieher gekommenen österreichischen Kapitalisten waren es, die hierfür von den ungarischen Regierungen allerlei Schutzmaßregeln gegen ihre daheimgebliebenen Konkurrenten forderten und auch erlangten und damit den Anstoß gegeben haben zu einem Wandel unserer Wirtschaftsfreundschaft mit Oesterreich in eine Wirtschaftsgegnerschaft.

Allerdings könnte dann noch Raumann, der ausgezeichnete Prediger, an die Einsicht seiner neuen Glaubensbrüder von der „deutschen Wirtschaftskonfession“ appellieren. Er könnte ihnen sagen, ja beweisen, daß jedes Land umsomehr kauft, je produktiver und reicher es selber ist, und daß die größten Abnehmer füreinander die großen Industrieländer sind. Doch fürchte ich, daß auch dann wieder Raumann ein Prediger in der Wüste bliebe. Denn auch die Gläubigen der „deutschen Wirtschaftskonfession“ sind noch so zurückgeblieben, daß sie über alle Einsichten und Ausichten die sofortigen Geschäfte ohne Konkurrenz und mit großen Gewinnen lieben, die aber bekanntlich in zurückgebliebenen, unproduktiven, industriearmen Ländern am ehesten gelingen. Dieserhalb haben sie sich auch um Kolonien gerissen, trotzdem sie an England und Frankreich weit, weit mehr verkaufen, und dieserhalb wären sie gewiß auch so konfessionslos, Ungarns Produktivität, Ungarns Industrie eher herunterzudrücken, als zu steigern.

In ganz anderer Weise lockt uns der Prager Professor Spiethoff. Wir sollen, so meint er, unsere Industrie Mitteleuropa zuliebe aufopfern, dafür würden „die ungarische Land- und Forstwirtschaft und die auf ihren Rohstoffen sich aufbauenden großen Gewerbe die volle Befruchtung der Arbeitsteilung durch steigende Nachfrage und reichliche Kapitalzufuhr erfahren“. Von dieser letzteren Aussicht kann noch ein andermal die Rede sein. Für diesmal will ich nur kurz zeigen, wie unsere Industrie, „dieses kümmerliche, blutleere Kunstzeugnis ohne Lebenskraft und Wachstumsenergie“, wie Spiethoff sie kennzeichnet, in Wirklichkeit aussieht.

Der Wert unserer fabriksindustriellen Produktion überstieg im Jahre 1910 zweiundeinhalb Milliarden. Verdammst wenig, nicht wahr? Aber wir haben nur zwanzig Millionen Einwohner, die überdies wenig kaufkräftig sind. Unser ganzer Bedarf an Halb- und Fertigfabrikaten beträgt etwa vier Milliarden, und daß unsere Industrie mehr als sechzig Prozent dieses Bedarfes deckt, das ist schon etwas. Laut einer Aufnahme im Jahre 1906 — die Verhältniszahlen dürften sich seit jener Zeit nicht stark verschoben haben — deckte unsere Industrie in Holzfabrikaten unseren Bedarf vollständig, in Eisen- und anderen Metallfabrikaten, in Maschinen, Wagen, elektrischen Artikeln und Papier mit 70 bis 82 Prozent, in Leder-, Leinen- und Hanf-, Jute- und Wachsleinwandfabrikaten mit 51 bis 68 Prozent, in der Bekleidungsindustrie, in Seiden-, Woll- und Baumwollwaren mit 20·7 bis 27·6 Prozent, in Musikinstrumenten, Wirk- und Posamentenwaren mit 13·3 bis 15·9 Prozent, in gestickten und Spitzenwaren aber schließlich nur mit 3 Prozent. Diese Daten zeigen, daß für eine erweiterte Einfuhr deutscher Waren hier noch weiter Spielraum wäre, zumal da sich unsere direkte Einfuhr aus Deutschland zwar seit dem Jahre 1906 verdoppelt hat, aber 1913 noch immer nur erst 207 Millionen Kronen betrug, wovon kaum mehr als zwei Drittel auf Halb- und Ganzfabrikate entfielen. (Einen Teil deutscher Waren bekommen wir allerdings

durch Vermittlung österreichischer Händler, doch bei der kräftigen Entwicklung des ungarischen Handels im letzten Jahrzehnt dürfte diese vermittelte Einfuhr kaum die Höhe der direkten Einfuhr erreichen.)

Während sich aber unsere Industrie dauernd vergrößert, steigt gleichzeitig auch die Einfuhr an Industrieartikeln, ein neuerlicher Beweis für die schon gemachte Behauptung, daß jedes Land mit Exportindustrie alle Urfache hat, die Industrie jener Länder, in die sie importiert, zu fördern. Daß hierbei keinerlei Konkurrenz zu befürchten ist, beweist am deutlichsten die Tatsache, daß die Einfuhr gerade in jenen Fabrikaten besonders gestiegen ist, in denen auch wir schon was Tüchtiges leisten, während die Einfuhrsteigerung bei den zurückgebliebenen Industrien eine weit, weit geringere ist.

Bedeutsamer als diese Erscheinungen sind aber die Tendenzen, die sich in der Entwicklung unserer Industrie zeigen.

Die Zahl der Erwerbenden im Gewerbe stieg von 1900 bis 1910 von 1,077,226 auf 1,405,324 Menschen, also um 30·5 Prozent, die Zahl der Gewerbebetriebe aber nur von 469,559 auf 533,196, also um 13·5 Prozent. Ergibt sich schon hieraus die Tendenz zum Großbetrieb, so noch mehr aus folgenden Zahlen: Es stieg von 1900 bis 1910 die Zahl der Klein-gewerbebetreibenden ohne Gehilfen um 9·9, jener mit einem Gehilfen um 11·7, jener mit 2 Gehilfen um 17·4, jener mit 3 bis 5 Gehilfen um 30·1, jener mit 6 bis 10 Gehilfen um 56·4 und jener mit 10 bis 20 Gehilfen um 71·8 Prozent, während die Zahl der Arbeitskräfte in den Fabriken (Gewerbebetriebe mit mehr als 20 Arbeitern) um 77·6 Prozent stieg. In absoluten Zahlen ausgedrückt, stieg von 1900 bis 1910 die Zahl der Arbeiter in Kleinbetrieben von 464,921 auf 549,012, die Zahl jener in Fabriken aber von 230,641 auf 416,534.

Hier bei diesen Zahlen beginnt nun auch das große Interesse der Sozialdemokratie. So Vorzügliches auch bei uns in der Organisation jener Arbeiterkategorien geleistet wurde, die Industrien angehören, in denen auch heute noch der Kleinbetrieb vorherrscht, so bilden doch naturgemäß den Kern aller Organisationen die eigentlichen Fabrikarbeiter. Diese mehr als 400,000 Mann starke Gruppe ist hier in Ungarn das Heer der Demokratie und die Stütze und Hoffnung der Sozialdemokratie. Dürfen wir dem zustimmen, daß dieses Heer einer eventuell vernichtenden Krise ausgefegt werde? Man möge unsere Befürchtungen nicht für übertrieben ansehen oder uns gar schutzjöllnerischer Neigungen bezichtigen.

Vor zwanzig oder mehr Jahren hätten wir vielleicht freudig einem „Mittleuropa“ zugestimmt. Aber heute! Es gibt ein ungeschriebenes Wirtschaftsgesetz, das viel strenger und unerbittlicher ist als alle geschriebenen Gesetze. Es lautet: Wer sich der jeweils herrschenden Wirtschaftsweise nicht unterwirft, verfällt dem wirtschaftlichen Tode. Wie selbst der starkste Marxist sein eigenes Wirtschaftsleben in die kapitalistische Wirtschaftsweise irgendwie einfügen muß, kann auch nicht zur Herrschaftszeit der Schutzzölle die ungarische Arbeiterschaft allein den Freihandel auf sich nehmen, wenn damit auch noch so schöne Zukunftsträume verbunden werden. Wenn Friedrich Muckelberg jüngst feststellte: „Die Staaten, die sind, sind eben stärker als die Staaten, die werden sollen“ („Die Neue Zeit“ vom 18. Februar 1916, Seite 645), so gilt mit einer Variation auch: Die Arbeiterschaft, die ist, ist stärker als die Arbeiterschaft, die werden soll. Deshalb müssen wir gegen Mittleuropa Stellung nehmen. Treibt uns dies in eine Reihe mit Hochagrariern, Schutzzöllnern und sonstigen Ausbeutern, desto schlimmer für jene, die uns in diese Gesellschaft hineinzwingen.

Wie immer auch die ungarische Industrie entstanden, jetzt ist sie da und kann und darf nicht hingeopfert werden. Daß bei uns auch Industrien geschaffen und gefördert werden, für die hier die natürlichen Existenzbedingungen fehlen, mag zugegeben werden. Aber dieserhalb unsere ganze Industrie ein „blutleeres Kunstzeugnis“ zu nennen geht doch nicht an.

Wir hatten 1910 im ganzen 4020 Fabriksbetriebe, und während jener 35 Jahre, seitdem wir überhaupt Industrieförderungspolitik betreiben, erhielten alles in allem etwa 300 Fabriken insgesamt 56 Millionen Kronen Subvention. Bedenkt man nun, wieviel Mißbrauch mit diesen Subventionen getrieben wurde, daß ein Teil derselben gar nicht den Fabriken, sondern Gründern und Vermittlern zugute kam, und daß auch ein Teil der subventionierten Fabriken ziemlich bald nach ihrer Gründung das Zeitliche segnete, muß man doch zugestehen, daß der eigentliche Kern unserer Industrie kein Kunstzeugnis ist oder doch nur in demselben Maße wie die Industrien aller jener anderen Länder, die mit Schutzzöllen oder den sonst üblichen Schutzförderungsmitteln zum rascheren Wachstum gebracht worden sind.

Der ungarische Industriekapitalismus ist vielleicht noch etwas ausbeuterischer, etwas gewalttätiger als seine schon größeren und stärkeren Mitbrüder, aber ansonsten unterscheidet er sich von diesen in nichts. Er hat auch das unbezwingliche Bestreben, sich fortwährend auszudehnen und zu vergrößern, und da er auch schon ein ansehnlicher Faktor der nationalen Bourgeoisie ist, wird er sich das eigene Land schon nach Möglichkeit zu wahren wissen. Wird man ihn

aber zu „Mittleuropa“ zwingen, wird er sich das reichlich bezahlen lassen mit Hilfe von Zwischenzöllen, Kartellen, Prämien, Verminderung der sozialpolitischen Lasten und Anebelung der Arbeiterschaft, um Lohn-erhöhungen vorzubeugen. Die Rechnung bezahlen wird aber das ungarische Volk in seiner doppelten Eigenschaft als Steuerzahler und Konsument, das ungarische Proletariat aber sogar in dreifacher Eigenschaft, als Steuerzahler, Konsument und Industriearbeiter.

Der österreich-ungarische Ausgleich.

Wie wir vernehmen, sind gegenwärtig zwischen den beiden Regierungen der Monarchie die Verhandlungen über den abzuschließenden Ausgleich bereits seit einiger Zeit im Gange. Die Bedeutung dieser Verhandlungen liegt vor allem darin, daß ihr Ergebnis die natürliche Grundlage für alle über den Rahmen der Monarchie hinausreichenden wirtschaftlichen Pläne bildet. Das Verhältnis zu Deutschland, die Beziehungen zum Balkan sind durchaus bedingt von der wirtschaftlichen Ordnung zwischen den beiden Reichshälften.

Die wirtschaftliche Tragweite der Verhandlungen greift somit auch auf das politische Gebiet über und wird im höchsten Maße auch dafür maßgebend sein, welche Stellung die Monarchie in Europa infolge des Krieges sich zu erringen vermag.

Oesterreichische politische Gesellschaft.

Gestern fand in Wien die gründende Versammlung der „Oesterreichischen politischen Gesellschaft“ statt. Reichsrats-Abgeordneter Friedmann eröffnete namens der Proponenten die Versammlung, zu der eine große Anzahl der bisher angemeldeten Mitglieder aus akademischen und wirtschaftlichen Kreisen erschienen war. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a.: Die Geheimen Räte v. Horowitz, Herrenhausmitglied Dr. Ruß, Sektionschef Niedeck, die Reichsrats-Abgeordneten Friedmann, v. Panz und Professor Nedlich, die Hochschulprofessoren Baron Wieser, v. Wettstein, v. Hochenegg, Lorenz, Gersung, Strauß, v. Tschermak, Dozent Dr. R. Luitzen, die Geheimen Räte Professor Klaudy und Lohner, die Industriellen Ingenieur Beitelheim, Clauser, Falnbigl, Heller, Herzfelder, Kojmahn, Kraus, Meinel, Nirschy, Mannacher, Reichert, Spohn, Oberbau- und Ingenieur Engelmann, Regierungsrat Fritz, Architekt Kropf, Kammerat Vinz, Chefredakteur Doktor Reicheneuer, Landesgerichtsrat Pfannl, Konsul Bassiljevits, die Advokaten Dr. Norbert Burger, Dr. v. Sunesch, Doktor Grünbaum, Dr. Homann, Dr. Jessard, Dr. Schopp, Doktor

v. Sprung, Bankier Schwarz, Dr. Stolper, Bureauvorstand v. Paska.

Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde einstimmig der Dekan der juristischen Fakultät Universitätsprofessor Hofrat Baron Wieser gewählt, in den Ausschuß die Herren Abgeordneter Friedmann, Geheimer Rat von Horowitz, Industrieller Rudolf Kraus, Architekt Kropf, Kommerzialrat Meinel, Abg. v. Panz, Doktor v. Sprung, Universitätsprofessor v. Wettstein.

Hofrat Baron Wieser, der den Vorsitz übernahm, führte u. a. aus: Der Name unserer Gesellschaft spricht ihr Programm unzweifelhaft aus. Sie will sich über die Parteienzerrüttung erheben, die infolge der nationalen Kämpfe über uns gekommen ist. Die Parteienzerrüttung hat zur Verwirrung unseres ganzen öffentlichen Lebens geführt, der § 14, ursprünglich dazu bestimmt, um als Notausgang für den äußersten Fall zu dienen, ist durch Jahre hindurch zum regelmäßigen Befehl geworden, den man als Diensttreppe im Staatsgebäude benützt hat, während die Brunnstiege des Parlaments unberührt blieb oder nur zum Scheine geöffnet wurde. Die Verwirrung unseres öffentlichen Lebens hat bei unseren Feinden den Glauben erweckt, daß es nur eines leisen Anstoßes bedürfe, um das Reich zu zertrümmern. Es ist aber anders gekommen, das Reich hat dem Sturm Laufe der russischen Millionenheere und dem treulosen Italien standgehalten. Die Völker, deren Söhne unerträglich wie der Fels unserer Berge ihre soldatische Pflicht getan, haben sich im Kriege als treue Staatsvölker erwiesen. Die Erkenntnis des Krieges, daß der Staat die oberste Volksnotwendigkeit ist, wird im Frieden nicht verloren gehen, die Völker werden sich als treue Staatsparteien bewähren. In einer Richtung hat das Programm der Gesellschaft etwas Besonderes an sich, es ist das Programm der besonderen Schichten des geistig führenden Wiens, das ein gutes Stück des geistig führenden Oesterreichs ist. Diese Schichten, deren Tätigkeit es ist, die heranwachsenden Jünglinge an den Hochschulen zu belehren, die arbeitenden Männer überall zu organisieren, die Technik in allen Richtungen zu leiten, die Regierung und die Öffentlichkeit bei jedem wichtigen Werke zu beraten, ist durch den Gang der Dinge vom Parlament fast ausgeschlossen worden und hat daher an der Entscheidung über die wichtigsten aller öffentlichen Interessen unmittelbar fast keinen Anteil. Wie man aber jetzt ihren Rat bei allen einzelnen Werken des Wiederaufbaues Oesterreichs in Anspruch nehmen wird, so wollen sie auch bei den Gesamtentscheidungen mitbeteiligt sein, welche den öffentlichen Körperschaften zugewiesen sind. Parlament und Regierung können nur stark sein, wenn eine gesunde öffentliche Meinung sie stark macht, das Siechtum der öffentlichen Meinung wirkt überallhin zerstörend, wie eine jener Blutskrankheiten, die alle Organe des Körpers in Mitleidenschaft ziehen. Eine starke Regierung, wie Oesterreich sie jetzt braucht, ist nicht im Widerspruch zur Verfassung, wenn der starke Atem der Volksgeminnung ihr den Antrieb gibt. In diesem Sinne fordert die Oesterreichische politische Gesellschaft die Schichten, die sie vertritt, dazu auf, sich zur Ausübung ihrer politischen Pflicht zu organisieren.

Der Zusammenschluß der Deutschen.

3 Prag, 4. April. (Priv.-Tel.) Der Bohemia wird aus Wien gemeldet: Nunmehr hat auch der deutsche Nationalverband in seiner Gänze seinen grundsätzlichen Beitritt zu dem von den deutschen Volksräten der österreichischen Kronländer und von dem deutschen Klub in Wien im vorigen Jahre ausgearbeiteten Programm erklärt, das die Forderungen der Deutschen Oesterreichs bei der Neuordnung nach dem Kriege umfaßt. Diesem Programm hatten sich die Deutschradikalen vor einigen Wochen angeschlossen. Nunmehr ist ihm der Nationalverband beigetreten. Wie schon der Anschluß der deutschradikalen Partei einige geringfügige Änderungen zur Folge hatte, so ergab sich auch aus dem Beitritt des Nationalverbandes die Notwendigkeit neuer Verhandlungen über den einen oder den anderen Punkt, die aber demnächst bereits zu einem günstigen Abschluß führen dürften. Damit wäre die Einigung der Deutschen in Oesterreich, sowohl der Sudetenländer als auch der Alpenländer, in den parlamentarischen wie in ihren politischen Vertretungen auf ein einheitliches Programm vollzogen.

Die Oesterreichische politische Gesellschaft.

Eine neue Betätigung des politischen Lebens! Diese Tatsache allein verdient schon Aufmerksamkeit und Beachtung. Nicht allein darum, weil trotz des gewiß begreiflichen, höchsten Interesses an den Kriegsereignissen auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit, dem politischen Geiste eine sichere Führung zu geben, zur Reize gelangte, sondern hauptsächlich darum, weil sie vor Kreisen ausgeht, die sich in den letzten Jahren vom politischen Wirken mit einer gewissen Scheu zurückgezogen haben. Ueberblicke man das Personal, das vor dem Kriege die öffentliche Führung des politischen Lebens errungen hat, so konnte

man eine auffallend geringe Beteiligung jener Schichten beobachten, die, wie der Herr Dekan der juridischen Fakultät hervorhebt, die Aufgabe haben, „die heranwachsenden Jünglinge an den Hochschulen zu belehren, die arbeitenden Männer überall zu organisieren, die Technik in allen Richtungen zu leiten“. Wieso das kam? Die öffentliche Kampfweise, die sich oft in den tumultuösesten Formen abspielte, mag manchen Gelehrten, manchen Anhänger urbaner Betätigung des öffentlichen Lebens zurückgeschreckt haben. Eine geistreiche Bierde der österreichischen Wissenschaft entgegnete auf einen Vorwurf, daß sie sich von allem politischen Wirken zurückziehe, schmerzlich resigniert: „Ich bin leider kein Muskelmensch. Was soll ich bei diesem politischen Loben tun?“ Der Krieg scheint jedoch die zaghafte Stimmung verscheucht zu haben. Entschlossen traten Männer der Wissenschaft, Politiker und Vertreter aller Intelligenzkreise hervor, um ihre Pflichten gegen die Gesellschaft zum Segen des Staates zu erfüllen. Der Herr Dekan der juridischen Fakultät erklärt, die Gründer der neuen politischen Gesellschaft befinden sich in vollem Einklange mit der allgemeinen Volkstimmung, die sich durch übertriebene Formeln des Parteikampfes nicht weiter binden lassen will. Ist dem so, dann wird die Gründung dieser die Reform politischen Lebens beabsichtigenden Neuschöpfung eine unabweisliche Notwendigkeit sein, die erkannt zu haben ein Anrecht auf den Dank und die zahlreiche Beteiligung aller guten Oesterreicher bildet. Gewiß kann die Gesellschaft dadurch, daß sie die öffentliche Meinung führt, in dem, was politisch nottut, dem verfassungsmäßigen Leben in Oesterreich den größten Dienst leisten. Viel wurde immer darüber geklagt, daß in unserm Vaterland eigentlich zu wenig Stätten bestehen für den mündlichen Gedankenaustausch, auch wenig Sammelstätten für die rechtsbildenden Ideen, die aber doch nach gesetzlicher Formulierung förmlich schreiben. Eine Art Vorschule für Gesetzgeber, ein Zentrum, aus dem des Volksvertrauens würdige Vertreter hervorgehen, ein sicheres Heim politischer Gesittung — das alles kann die Oesterreichische politische Gesellschaft unter energischer, unermüdblicher und weiser Führung

Die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

Die Verhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung über die Erneuerung des im nächsten Jahre ablaufenden Ausgleiches, die entsprechend dem Artikel XXV des Ausgleichsvertrages rechtzeitig eingeleitet worden sind, werden in der letzten Zeit immer häufiger geführt. Neben gemeinschaftlichen, bald in Wien, bald in Budapest abgehaltenen Beratungen, an denen eine größere Anzahl von Ministerien beteiligt ist, finden auch Besprechungen einzelner Ressortminister und der betreffenden Referenten statt, die allein eine gründliche Behandlung der diesmal überaus schwierigen und umfangreichen Materie ermöglichen. Deshalb ist es auch seit Beginn des Krieges in beiden Staaten beinahe von der gesamten Bevölkerung als durchaus notwendig erkannt worden, daß diese Frage mit ihren subtilen und bedenklichen Nebenerscheinungen nicht alle zehn Jahre immer wieder aufs neue aufzutauche, daß vielmehr die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen für einen längeren Zeitraum — etwa zwanzig bis dreißig Jahre umfassend — erfolge. Dies wird dermalen um so eher möglich sein, als der kommende Friede eine längerdauernde Stabilität der Verhältnisse in politischer und darunter besonders handelspolitischer Beziehung erwarten läßt. An einem langfristigen Ausgleich haben beide Staaten ein gleichmäßiges Interesse, und es ist daher einleuchtend, daß hierfür von keiner Seite irgendein Äquivalent oder irgendeine Kompensation gegeben oder gefordert werden kann und darf. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß für den Beitrag eines jeden Staates zu den gemeinsamen Auslagen der bisherige Schlüssel beizubehalten wäre. Diese Ausgaben werden in Zukunft in ungeheurem Maße zunehmen. Schon die Invalidenversorgung dürfte, um nur eine Post herauszugreifen, außerordentliche Aufwendungen erfordern, da sowohl in Oesterreich als auch in Ungarn mit Recht gefordert wird, daß den heldenhaften Opfern des Krieges, soweit es nur möglich ist, Hilfe geboten werde. Bei solcher Ausgabensteigerung sind schon kleine prozentuelle Unterschiede von großer Bedeutung. Da nun Ungarn in der glücklichen Lage war, nicht nur seine landwirtschaftlichen Produkte zu vordem ungehobten Preisen abzusetzen, sondern auch der heimischen Industrie und dem inländischen Kapital lohnende Beschäftigung zu geben, so wäre eine Erhöhung des quotemäßigen Beitrages Ungarns zu den Gesamtausgaben vollauf gerechtfertigt.

Aber auch ein zweites hat der Krieg gelehrt: daß der Hochnutzzoll einer intensiven Ausnützung des Bodens nicht förderlich ist. Die herrschende Knappheit an Lebensmitteln und die herrschende Teuerung wären bei dem Reichtum fruchtbaren Landes in unserer Monarchie leicht vermieden, wenn nicht die erzielbaren hohen Preise eine intensive Bewirtschaftung als minder dringlich erscheinen ließen. Die Forderungen der ungarischen Karawier nach einer Unterjagung der Einfuhr von lebendem Vieh sowie von frischem oder gefrorenem Fleisch, nach der Errichtung einer Verzehrungssteuerlinie, nach Aufrechterhaltung von Minimalzöllen für Getreide, und ihre Ausdehnung auf Raps, nach Einschränkung der temporären Aufhebung von Getreidezöllen usw., diese und ähnliche durchaus nicht fromme Wünsche müssen nicht bloß vom ipexiisch österreichischen, sondern vom gesamtstaatlichen Standpunkt bekämpft werden.

Auch der in Ungarn erörterte Plan einer Gemeinsamkeit der Staatsanlehen erscheint uns wenig glücklich. Die Volkswirtschaft eines jeden Staates bildet die abgesonderte gesicherte Grundlage seiner Schulden. Diese müssen einer singulären Behandlung unterzogen werden, wenn auch an der Einheitlichkeit der bestehenden finanziellen Einrichtungen selbstverständlich nicht gerüttelt werden darf. In erster Linie gilt dies für die Oesterreichisch-ungarische Bank, die sich seit jeher — und sie wird in zwei Monaten auf ein volles Jahrhundert ihres Bestehens zurückblicken können — als ein unerschütterlicher Fels unserer Wirtschaft erwiesen hat.

Die höchste Sorafalt wird im zukünftigen Ausgleich der Regelung unserer Verkehrsbeziehungen zugewendet werden müssen. Durch den noch geltenden Vertrag sind alle früheren Bestimmungen, die auf die Bindung von Transitarrifen im Bahnverkehr gerichtet waren, fallen gelassen worden. Dieser Wegfall hatte aber, wie in den erläuternden Bemerkungen zum Ausgleich ausdrücklich gesagt worden ist, weder auf österreichischer noch auf ungarischer Seite die Bedeutung, daß von der wiedergewonnenen Tariffreiheit etwa zum Zwecke der Erschwerung oder gar der Verhinderung des Transitverkehrs aus dem anderen Staatsgebiet Gebrauch gemacht werden sollte. „Bei den Verhandlungen herrschte vielmehr volle Uebereinstimmung, daß angesichts des gleichmäßigen Interesses, das beide Teile an der ungehinderten Entwicklung des Exports nach fremden Staaten besitzen, keiner der beiden Teile beabsichtigen könne, die Ausfuhrinteressen des anderen zu schädigen.“ Dieser Grundsatz wird nach dem Kriege eine wesentlich erhöhte Bedeutung erlangen. Der Weg vom Okzident zum Orient und umgekehrt ist frei geworden; ob er sich über Annaberg oder andere Anschlußstationen, ob er sich auf der ungarischen Tiefenebene bewegt, zu kleinlichen Tarifstreitigkeiten wird die Zeit viel zu ernst sein. Die Eisenbahnpolitik muß in höherem Maße als bisher die einheitsliche gemeinsame Zollpolitik stützen und fördern. Sie muß sich auch dem Donauverkehr besser anschießen. Die Beseitigung

der erwähnten tarifarrifischen Bindungen hatte auch auf jene Relationen eingewirkt, in denen die Frachtsätze durch die Konkurrenz des Donauweges bestimmt waren. Die Donau hat sich aber in den letzten Monaten als ein sehr wichtiges Verkehrsmittel erwiesen, das in seiner Aktionsfähigkeit durch konkurrierende Bahntarife nicht im mindesten gehemmt werden darf. Die Donaumonarchie muß für die Zukunft auch dem Fluß, dem sie ihren Namen verdankt, den ihm gebührenden Anteil am Verkehr sichern.

Staat, Länder und Kreise.

II. Länderzentralismus und Autonomie der Nation.

Ihre staatsrechtliche Bedeutung haben die Länder verloren und aus den historisch-politischen Individualitäten, als welche sie einstmal die Träger des Staates zu sein wähnten, sind einfache Verwaltungsgebiete geworden. Aber das bedeutet nun keineswegs, daß die Frage, wie es in den Ländern zugeht, wie ihre Verwaltung beschaffen sein mag, die Frage nach einem Gleichgültigen und Unwichtigen wäre. Ganz im Gegenteil: weil sie aufgehört haben, Mittelpunkt der Politik zu sein, hat sich ihre Bedeutung nicht vermindert. Denn indem ihnen die Aufgabe zufällt, das Land zu *verwalten*, fällt ihnen eine große und wichtige Aufgabe zu. Verwalten heißt in unserer Zeit der gesteigerten Ansprüche des Volkes, heißt angeht die Einwirkung, die einer sachgemäßen, reibungslosen, anregenden und befruchtenden Verwaltung auf das gesamte Wirtschaften der Bevölkerung zukommt, wahrlich nicht wenig; verwalten und gut verwalten ist heute das Höchste, was von einer Einrichtung geleistet werden kann. Zudem wir feststellen, daß heute der einheitliche Staat nicht auf den *Ländern*, sondern auf den *Nationen* beruht, haben wir uns des Anspruchs auf eine erspriessliche Funktionierung der Landtage keineswegs begeben. Wie sieht es nun in den Ländern aus?

Wir haben sieben Länder, und von ihnen sind dreizehn *national gemischt*; nur in vier haben wir (wenngleich wohl auch da nationale Minoritäten anzutreffen sind) einen national einheitlichen Landtag. Das sind die vier deutschen Landtage, die von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg; sie alle bekantlich der Stolz der deutschen Kronlandsautonomisten. Nun ist es allerdings richtig, daß diese vier Landtage vor großen Fährlichkeiten bewahrt geblieben sind, daß sie, soweit es erstens die materielle Lage der Länder und zweitens die Einsicht der in ihnen herrschenden Privilegierten zuläßt, ihre Arbeit recht und schlecht leisten. Aber beweist nicht schon die Tatsache, daß man sich bei sieben Landtagen nur gerade auf vier berufen kann, daß sie zu der Erledigung ihrer Aufgaben befähigt seien und daß es gerade nur die vier national einheitlichen sind, daß es mit der Mehrzahl der Landtage keine eigene Bewandnis hat? Denn daß sich die meisten der Landtage in einem Zustand befinden, der ihre Arbeitsfähigkeit mindert, wenn nicht zur Gänze aufhebt, und daß es nicht etwa bloß zeitweilige und vorübergehende Krisen sind, von denen viele der Landtage heimgesucht werden, sondern daß ihre Arbeitsfähigkeit chronisch ist, das zeigt schon ausreichend ein Blick auf die Landtage, wie sie wirklich sind, nicht wie sie den verzückten Augen der Kronlandsautonomisten erscheinen mögen. Die Krankheit des böhmischen Landtages ist nicht etwa erst deklariert worden, als die Verwaltungskommission eingesetzt wurde; er war schon vorher durch Jahrzehnte fied und lebensunfähig, er hat in den fünfzig Jahren, da er besteht, wohl nicht eine ruhige Stunde gehabt, niemals auch war er in seinem Bestand unangefochten, in seiner Wirksamkeit unbedroht. Und man kurtiert an ihm doch nicht erst die letzten Jahre; er war immer ein Objekt der mannigfachen Bemühungen, zahllose Pläne sind ausgeheckt worden, um sein Dasein der ständigen Bedrohung endlich zu entreißen, seine Tätigkeit sicherzustellen; und was hat es gefruchtet? Der Rest sind Patente; beweist das nicht, daß hier das Uebel wohl zu tiefst sitzt, die Krisen ganz unmittelbar aus dem *Organismus* entspringen? Ganz so schlecht geht es dem märkischen Landtag nicht; dennoch hat man immer den Eindruck, daß sein Wirken nur ein günstiger Zufall sei, daß auch da nichts fest in sich ruhe, irgend ein Ungefahr ihn aus dem Geleise werfen kann. Wie lange war der galizische Landtag obstruiert? Der Trost, daß der Kampf um eine bestimmte Sache ging, die, nämlich die Wahlreform, nunmehr erledigt ist, die Obstruktion also nicht mehr zu befürchten sei, der wäre allzu billig; denn auch hier ist es das Verhältnis der nationalen Mehrheit zur nationalen Minderheit, das die Reibungen erzeugt, die Schwierigkeiten mehrt, die Konflikte schärft; und das wird nicht aus der Welt geschafft, wenn eine Streitfrage gelöst

wird. Wie geht es dem steirischen Landtag, von dem man noch am ehesten gemärtigen könnte, er werde seine Arbeit ungehindert verrichten können? Er ist ständig obstruiert und seine Arbeitsfähigkeit ist nie mehr als eine kurze Pause zwischen langen Lahmlegungen. Nicht anders wie mit dem Landtag der Steiermark steht es mit dem des zweiten überwiegend deutschen Landes: auch im Landtag von Tirol ist die Arbeitsunfähigkeit die Regel, die Session, in der was beschlossen wird, die Ausnahme, und eine seltene überdies. Von den zwei Landtagen des Küstenlandes, dem görzischen und dem istranischen, ist am besten nicht zu sprechen; wir erinnern uns nicht, daß sie jemals, seitdem das Obstruieren erfunden wurde, also etwa seit fünfzehn Jahren, nicht obstruiert gewesen wären, und alle Reformerei der Landesverfassungen hat sich als fruchtlos erwiesen. Da haben wir schon sieben Landtage, die schier zur Bewegungslosigkeit verdammnt sind; der Bevölkerung nach zwei Drittel von Oesterreich. Das heißt, zwei Drittel von Oesterreich besitzen jene Verwaltung und Selbstverwaltung, die in dem Sein der Landtage gegeben ist, nur auf dem Papier; die chronische Arbeitsunfähigkeit ihrer Landtage bedeutet, daß von irgend einem schaffenden, schöpferischen, entwickelnden Verwalten keine Rede ist; die Landesautonomie reduziert sich darauf, daß das, was eben da ist, nicht einrostet. Nun mögen uns doch jene sonderbaren Autonomisten antworten: was nützt eine *Ausgestaltung* der Autonomie, wenn die *Autonomie* auf dem Papier bleibt? Was hätten die Landtage davon, wenn man ihnen größere Befugnisse verliehe, da sie unfähig sind, diese Befugnisse zu gebrauchen?

Wir kennen schon den Einwand und haben ihn oft vernommen: man müsse eben die nationalen Streitfragen lösen, sie in allen nationalgemischten Landtagen aus der Welt schaffen und dem fruchtbaren Arbeiten werde sich fortan kein Hindernis entgegensetzen. Wenn das Instrument verstimmt ist, muß man es eben reparieren, dann gäbe es wieder die schönste Musik; aber wegwerfen werde es deshalb kein vernünftiger Mensch. An sich fehle ja den Landtagen nichts; wenn man die nationalen Konflikte aus ihrem Organismus entferne, so wird alles gut werden und die Brauchbarkeit und Erspriesslichkeit der Verwaltung, wie sie in den Landesordnungen niedergelegt ist, werden wieder im hellsten Lichte erstrahlen. Aber ist ein Instrument nur „verstimmt“, dem nur greuliche Disharmonien zu entlocken sind, und zeigt es von Vernunft, der Einbildung anzuhängen, ein verpfushtes Instrument könne repariert werden, die nationalen Konflikte seien aus den Landtagen zu entfernen, da ihre nie verstehende Quelle eben das unvermittelte Aufeinanderstoßen zweier Nationen ist, von denen eine die *Minderheit* ist, sich also von der anderen *beherrscht*, empfindet? Diese Landtagsobstruktionen sind eine so regelmäßige und ausgebreitete Tatsache, daß man sich keine Gedanken mehr über sie macht und dessen gar nicht inne wird, daß sie in Wahrheit eine der wunderlichsten Merkwürdigkeiten sind. Die Obstruktion im Abgeordnetenhaus wendet sich gegen die *Regierung*, gegen eine fremde Regierung; woran unterirdische Verbindungen zwischen Regierung und Obstruktionsführern nichts ändern. Gegen wen wendet sich aber die Obstruktion im Landtag? Formell gegen den eigenen, vom Landtag gewählten Landesauschuß; das ist etwa so, als wenn man im Abgeordnetenhaus Obstruktion gegen die eigene *parlamentarische* Regierung machte! Man denke zum Exempel daran, daß es der Zweck der deutschen Obstruktion im böhmischen Landtag war, das Land in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen, diese Schwierigkeiten immer noch zu steigern: und die Finanzminister des Landes waren nacheinander Eppinger und Urban! Wohl entzündet sich der jeweilige Konflikt überall an einer *bestimmten* Streitfrage; aber der Urgrund aller nationalen Konflikte in den Landtagen ist immer nur eines und selbes: daß es eine nationale Mehrheit und eine nationale Minderheit gibt und die *Minderheit* aus dieser Tatsache die Empfindung hat, einer *nationalen Fremdherrschaft* unterworfen zu sein; dieses dumpfe Gefühl verläßt sie nie, und mit der Obstruktion tut sie eigentlich nichts anderes, als gegen diese Tatsache zu rebellieren. Deshalb auch kann der geringste

Man laß die nationale Obstruktion auslösen — hier wirklich: auslösen, denn der Landtag hat sie gleichsam im Leibe —; der legendarische Altuar, der bei der Obstruktion im böhmischen Landtag der Anlaß war, ist wohl ein schlüssiger Beweis, daß es sich im Grunde nicht um bestimnte Streitfragen, sondern um ein dauerndes Mißverhältnis handelt. Darum ist auch die Vorstellung falsch, daß man einfach die Streitfragen eine nach der anderen lösen solle — was ja auch nicht gerade einfach wäre — und daß dann für die erlösten Landtage die schöne Blütezeit der Länderautonomie ganz zweifellos anbrechen werde. Die Tatsache, daß ein Verhältnis von nationaler Mehrheit und nationaler Minderheit zu einem ganz bestimmten Teile eine Fremdherrschaft ist und über ihn hinaus, also in voller drückender Schärfe als Fremdherrschaft empfunden wird, die ist und bleibt, und so kann sich der nächste nationale Konflikt an jedem Straßenbau entzünden: seine Quelle versiegt ja nicht. Die Wahrheit ist, daß der organische Aufbau verfehlt ist, an ihm also die bessernde Hand angelegt werden muß. Wohl eine bescheidene Wahrheit; aber gerade die will in die Köpfe der Oesterreicher, denen alles zufällig erscheint und die an den Zufall auch noch glauben, wenn er hoch zu Jahren gekommen ist, am schwersten hinein.

Nun ist eben ein Verhältnis von nationaler Mehrheit und nationaler Minderheit das unerträglichste; es ist eben etwas ganz anderes als sonst das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit. Die Mehrheit ist überall die Herrschaft von Klassen; die Minderheit sagt überall aus, daß Klassen beherrscht werden. Daß die Minderheit jene Herrschaft erträgt und in ihrer Tatsächlichkeit weder etwas Ueber-raschendes noch Unerträgliches sieht, beruht eben darauf, daß die Herrschaft, welchen Klassen Gegensatz sie auch ausdrücken möge, vorweg mit der Begrenztheit ihrer Zeitlichkeit behaftet ist; jede politische Minderheit kann darauf rechnen, zur Mehrheit zu gelangen, und rechnet darauf. Der nationale Minderheit ist das vorweg und endgiltig versagt; sie kann zur Mehrheit nicht werden, und weil sie dazu verurteilt ist, ständig eine Minderheit zu sein, die Minderheit dauernd zu bleiben, deshalb empfindet sie die Tatsache der nationalen Mehrheit als Fremdherrschaft. Was das aber in unserer national so empfindlichen Zeit bedeutet, braucht nicht geschildert zu werden. In Wahrheit leiden die Landtage heute ja nicht am Staate; im Gegenteil überläßt ihnen der Staat reichlich Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten und sie hätten ihre Autonomie nach Herzenslust „ausgestalten“ können; denn es handelt sich ja nicht um Erweiterungen juristischer Kompetenzen, sondern um Handeln, Wirken und Schaffen. In dem Widerspruch zwischen dem Bedürfnis der Nationen nach Unabhängigkeit und Selbstständigkeit und ihrer Zusammensetzung, die in jedem der nationalgemischten Länder eine Nation zur Minderheit, also zum Beherrschtwerden verurteilt, daran leiden die Landtage; das ist ihre Krankheit, der natürlich damit nicht beizukommen ist, daß man sich eine „Ausgestaltung“ der Autonomie auf dem Papier zulegt. Nicht Länderföderalismus und Staatszentralismus ist heute die Streitfrage; die ist längst beantwortet und ausreichend entschieden. Das Problem liegt in dem Gegensatz von Länderzentralismus und Autonomie der Nationen; und um aus dem Verwaltungsjammer und aus dem Verfassungselend herauszukommen, muß es gelöst werden. Die Heilung kann aber nur kommen, indem man das Verhältnis der Nationen gesund macht, auf eine richtige Grundlage stellt; wie, haben wir schon dargelegt und werden es noch genauer sagen.

Die Unnatur eines Verhältnisses, das eine nationale Fremdherrschaft einschließt, hat zu einem ganz erstaunlichen Auskunftsmittel geführt: man hat nämlich, man kann es nicht anders sagen, eine dritte Nation erfunden: die Großgrundbesitzer nämlich. Das ist kein Scherz, tatsächlich haben die Großgrundbesitzerabgeordneten in Böhmen, in Mähren und eigentlich überall eine sehr merkwürdige Aufgabe zu erfüllen: sie haben zu verschleiern, daß es national eine Mehrheit und Minderheit gibt. Zumal in Böhmen geschieht die Verschleierung gründlich: die Großgrundbesitzer sind dort wirklich eine dritte Nation: neben Deutschen und Tschechen die Nation der „Böhmen“. In Mähren vielleicht neben den Deutschen und Tschechen die Nation der Oesterreicher... Das Dasein der Großgrundbesitzer ergibt die theoretische Möglichkeit, daß die nationale Minderheit zur Mehrheit wird — indem sie sich zu ihr schlagen; und wenngleich sich diese theoretische Möglichkeit wohl nur höchst spärlich, in seltenen Ausnahmefällen, realisiert, reicht sie doch aus, das tatsächliche Verhältnis zu verschleiern, zu vertuschen; und was, wenn es unverhüllt, in voller Schärfe sichtbar würde, schlechtthin unerträglich wäre, wird dadurch möglich und erhält die Unnatur am Leben. Nur folgert daraus wieder, und das ist wiederum ein eigenes Kapitel der Herrlichkeit der Landtage, daß ihre politische Entwicklungsfähigkeit äußerst gering ist, das letzte Ziel der politischen Entwicklung ihnen versagt ist. Denn dadurch, daß sie die nationale Fremdherrschaft im Landtag verschleiern, machen sie die Landtage eigentlich erst möglich, sind also für diese Landtage, freilich nur für diese, nötig. Nun kann man über die Demokratie, die sich in dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht darstellt, denken wie man will,

daß sie im Grundwesen unserer Zeit begründet ist, wird dennoch niemand zu bestreiten wagen. Woraus sich ergibt, daß Parlamente, die sich aufheben würden, wenn sie das demokratische Grundgesetz erfüllten, im Widerstreit zu der stärksten Zeitidee stehen. Was ihnen schon das Urteil spricht. Landtage, die ohne ein Privileg, wie es das des „böhmischen“ Großgrundbesitzes ist, nicht bestehen können, sind schon vorweg ganz sonderbare Parlamente.

Nachdem wir nun den Sitz des Uebels erkannt haben, wollen wir untersuchen, was daraus folgt und was dagegen zu tun sei.

*10. IV. 1916***Enthebung des Landeshauptmannes
Dr. Rizzi.****Auf eigenes Ansuchen.**

Wie die heutige „Wr. Btg.“ meldet, hat der Kaiser mit Entschliebung vom 3. d. den Landeshauptmann der Markgrafschaft Styrien Dr. Ludwig Rizzi auf sein Ansuchen von seinem Amte enthoben und gestattet, daß demselben aus diesem Anlasse für die von ihm geleisteten Dienste die Allerhöchste Anerkennung bekanntgegeben werde.

Deutschnationale Vereinigung Niederösterreichs.

Von der Geschäftsführung der deutschnationalen Vereinigung Niederösterreichs wird mitgeteilt: In der am 12. März 1916 in Wien abgehaltenen Versammlung der deutschnationalen Vertrauensmänner Niederösterreichs wurde mit allen gegen eine Stimme und einigen Stimmenenthaltungen der Niederösterreichische Volksbund zur gemeinsamen Landesorganisation der niederösterreichischen Deutschnationalen ohne Unterschied der engeren Parteischattierung erklärt. Mehrere Blätter veröffentlichten nun einen Bericht, in dem der Standpunkt der Minderheit, die den Deutschnationalen Verein für Desterreich als Landesorganisation vorschlug, vertreten wurde. Einige Behauptungen dieses Berichtes bedürfen einer Richtigstellung, beziehungsweise einer Ergänzung. Es heißt unter anderem in dem Bericht: „Der größte Teil der Deutschnationalen Niederösterreichs (etwa 1800 ohne Wien) ist im Deutschnationalen Verein für Desterreich zusammengeschlossen.“ Demgegenüber ist festzustellen, daß der größte Teil der Deutschnationalen Niederösterreichs in zwanzig deutschvölkischen Volks- und Bezirksvereinen organisiert ist, die seit Jahren in engster Fühlung mit der Leitung des Niederösterreichischen Volksbundes stehen. Unter diesen Vereinen befinden sich solche mit einer stattlichen Mitgliederzahl; zum Beispiel zählt die deutschnationale Organisation für N r e m s und S t e i n allein 500 Mitglieder! Es ist also klar ersichtlich, daß die Mehrzahl der niederösterreichischen Deutschnationalen im Lager der Volksbundoorganisation steht, was durch die völlig unbeeinflusste Abstimmung am 12. März sowie in zahlreichen an die deutschnationale Vereinigung Niederösterreichs und die Volksbundoorganisation gerichteten Zuschriften zum Ausdruck kommt. Die große Mehrzahl der Vertrauensmänner ließ sich von der Erwägung leiten, daß der Niederösterreichische Volksbund als allgemeiner deutschnationaler Verein zur gemeinsamen Landesorganisation am geeignetsten ist, während der Deutschnationale Verein für Desterreich gegenwärtig die Organisation einer einzelnen Parteirichtung ist.

Die Stimmenthaltung der deutschen Arbeiterpartei drückt nach einer Erklärung des Herrn Sekretärs Walter Gattermayer keineswegs etwa ein Mißtrauen gegen den Niederösterreichischen Volksbund aus, sondern entspringt der programmatischen Selbständigkeit der Arbeiterpartei.

Der Niederösterreichische Volksbund ist kein neugegründeter Verein. Er wurde schon im Jahre 1913 mit der ausdrücklichen Bestimmung geschaffen, sich zur gemeinsamen deutschnationalen Landesorganisation auszugestalten. Die deutschnationale Vereinigung Niederösterreichs legt nach wie vor den allergrößten Wert auf das Zusammenwirken aller niederösterreichischer Deutschnationalen. Allen in der Vereinigung ver-

tretenen völkischen Parteien werden Stellen in der Volksbundoleitung eingeräumt.

Die Hauptversammlung des Niederösterreichischen Volksbundes findet nach aller Voraussicht Sonntag den 9. April 1916 um 10 Uhr vormittags in Tischlers Gastwirtschaft, Wien, I., Schaufstergasse 6, statt.

Die deutschnationale Vereinigung und die Volksbundoleitung erklären, daß ihr Standpunkt nur in jenen Mitteilungen und Kundgebungen zu vollem Ausdruck kommt, die von der Geschäftsleitung ausgegeben werden.

6./IV. 1916

Die politischen und wirtschaftlichen Kriegswirkungen.

Eine Rede des Landmarschalls Prinzen Liechtenstein.

Der Politische Bezirksverein Währing hielt gestern in Bernatzky's Saallokaltäten eine Versammlung ab, in der Landmarschall Prinz Liechtenstein ausführte: Nach der schweren Kriegszeit, die über Europa Not, Armut und Tod verbreitet und Ruinen gehäuft hat, kommen zweifellos noch ebenso schwere politische Zeiten. Die unterbrochene gewerbliche Tätigkeit bringt harte Verluste, die oft nicht wieder zu ersetzen sind. Die großkapitalistischen Unternehmungen, ohnehin durch die Kriegslieferungen gekräftigt, werden dem Kleingewerbe nach dem Kriege sicherlich eine schwere Konkurrenz bieten. Bis sich die volkswirtschaftlichen Verhältnisse wieder einrenken und normal werden, wird jedenfalls eine gewisse Zeit vergehen; wir dürfen uns nicht optimistisch der Hoffnung hingeben, daß dem Friedensschlusse ein Aufschwung unmittelbar folgen wird. Die Sozialdemokratie, obwohl modifiziert durch die Erfahrungen des Krieges, wird sich verstärken, an Anhang gewinnen. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Freilich ist die Internationale zugrunde gegangen samt dem Marxismus und seiner theoretischen Formeln und Leitsätzen. Aber die wirtschaftlichen Mißstände nach dem Kriege, der Lohndruck und die Steuerung werden gewiß die Reihen der Sozialdemokraten in ungeahnter Weise verstärken. Schon die Notwendigkeit, den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen und den Kriegsinvaliden, deren Witwen und Waisen ein erträgliches Los zu schaffen, wird das gesamte Volk zwingen, sich schwere Opfer aufzuerlegen. Eine Preissteigerung im Vergleiche mit der Zeit vor dem Weltkriege ist wohl kaum zu vermeiden. Nur durch eine großzügige Kreditgewährung seitens der starken Bankinstitute gegenüber dem erwerbenden Mittelstande läßt sich das Kleingewerbe und die untere zahlreiche Schichte der Geschäftsleute retten; sonst werden sie von den großen Unternehmungen aufgesaugt. Die autonome Verwaltung Niederösterreichs ist in dieser Hinsicht, trotz der schwierigen Zeit, dank dem Gewerbereferenten Landesauschuß Bielowitzky bahnbrechend vorgegangen, durch richtige und rechtzeitige direkte Kreditgewährung an die Gewerbetreibenden es ihnen ermöglicht, daß sie für mehr als 50 Millionen an Heereslieferungen übernommen und klaglos durchgeführt haben. Durch geeignete Einwirkung des Staates bei den großen Kreditinstituten hätten wir die skandalösen Kriegsgewinne der Lieferanten bedeutend herabsetzen und dem Mittelstande die Existenz in dieser schweren Zeit wesentlich erleichtern können.

Eine Verwaltungskommission in Istrien.

Wie gemeldet, wurde der Landtag von Istrien aufgelöst. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute das Auflösungsdekret. Gleichzeitig wird ein kaiserliches Patent verlaublich, mit dem, ähnlich wie in Böhmen, eine Verwaltungskommission für Istrien eingesetzt wird. In der Begründung dieser Maßregel heißt es, daß der istrianische Landtag seit Jahren seine gesetzlichen Aufgaben nicht zu erfüllen vermochte und daß nunmehr der Landesauschuß weder den finanziellen Obliegenheiten der Landesverwaltung gerecht zu werden, noch überhaupt die ihm zustehenden Funktionen in gesetzmäßiger Weise weiterzuführen in der Lage ist.

Das Patent über die Auflösung.

Kaiserliches Patent vom 3. April 1916 betreffend die Auflösung des Landtages der Markgrafschaft Istrien.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen etc. etc., tun kund und zu wissen:

Der Landtag Unserer Markgrafschaft Istrien ist aufgelöst.

Unter Anordnung neuer Wahlen beauftragen Wir unsere Regierung, den geeigneten Zeitpunkt für die Durchführung dieser Wahlen wahrzunehmen.

Gegeben in Unserer Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 3. April im Eintausendneunhundertundsechzehnten, Unserer Reiche im Achtundsechzigsten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p.	Hohenlohe m. p.
Georgi m. p.	Hohenburger m. p.
Forster m. p.	Sussarek m. p.
Trnka m. p.	Benker m. p.
Morawski m. p.	Seth m. p.
Spitzmüller m. p.	

Die Einsetzung der Verwaltungskommission.

Kaiserliches Patent vom 3. April 1916 betreffend die Fortführung der Landesverwaltung der Markgrafschaft Istrien.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen etc. etc., tun kund und zu wissen:

Da der Landtag Unserer Markgrafschaft Istrien seit Jahren seine gesetzlichen Aufgaben nicht zu erfüllen vermochte und nunmehr der Landesauschuß weder den finanziellen Obliegenheiten der Landesverwaltung gerecht zu werden, noch überhaupt die ihm zustehenden Funktionen in gesetzmäßiger Weise weiterzuführen in der Lage ist,

da somit die Gesetzgebung der Markgrafschaft Istrien sowie die verwaltende und ausführende Tätigkeit der Landesvertretung zum Stillstande gelangt ist,

finden Wir angesichts der Notwendigkeit, die der Bevölkerung Unserer Markgrafschaft Istrien drohenden Nachteile und Gefahren abzuwenden und insbesondere für die Fortführung der Landesverwaltung Vorsorge zu treffen, kraft Unserer Regentenpflicht

zunächst anzuordnen wie folgt:

Artikel I. Zur Besorgung der dem Landesauschuße der Markgrafschaft Istrien gesetzlich obliegenden Aufgaben setzen Wir eine von Uns zu ernennende Landesverwaltungskommission ein. Die Wirksamkeit dieser Kommission hat so lange zu währen, bis ein vom Landtage neu gewählter Landesauschuß seine Tätigkeit aufgenommen haben wird.

Die Einrichtung und Geschäftsführung der Kommission wird durch das beigeflossene von Uns erlassene Statut geregelt.

Artikel II. Dieses Patent wird, samt der einen Bestandteil desselben bildenden Beilage, im Gesetz- und Verordnungsblatt für das österreichisch-illirische Küstenland kundgemacht.

Artikel III. Mit dem Vollzuge dieses Patent, das mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft tritt, ist dem Gesamtministerium beauftragt.

Gegeben in Unserer Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 3. April im Eintausendneunhundertundsechzehnten, Unserer Reiche im Achtundsechzigsten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p.	Hohenlohe m. p.
Georgi m. p.	Hohenburger m. p.
Forster m. p.	Sussarek m. p.
Trnka m. p.	Benker m. p.
Morawski m. p.	Seth m. p.
Spitzmüller m. p.	

Statut der Landesverwaltungskommission der Markgrafschaft Istrien.

Die Landesverwaltungskommission der Markgrafschaft Istrien tritt bis auf weiteres an Stelle des Landesauschusses und besorgt im Rahmen der geltenden Gesetze die dem letzteren obliegenden Aufgaben.

Die Landesverwaltungskommission besteht aus einem Präsidenten, drei Mitgliedern und einem Ersatzmann. Der Präsident, die Mitglieder und der Ersatzmann werden vom Kaiser ernannt, wobei ein Mitglied zum Stellvertreter des Präsidenten bestellt wird, und können vom Kaiser jederzeit ihres Amtes enthoben werden.

Der Präsident der Landesverwaltungskommission hat bei Antritt seines Amtes dem Kaiser einen Eid zu leisten, den er in die Hände des Statthalters ablegt.

Die Mitglieder und der Ersatzmann haben bei Antritt ihres Amtes dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung aller mit ihrem Amte verbundenen Pflichten unter besonderer Wahrung vollster Unparteilichkeit und strenger Einhaltung der im Interesse der Landesfinanzen gebotenen Sparsamkeit in die Hände des Präsidenten an Eidesstatt zu geloben.

Der Präsident und die Mitglieder der Kommission beziehen für die Dauer ihrer Funktion aus Landesmitteln eine Entschädigung in jener Höhe, wie sie für die Landesauschüsse beiseitig bestimmt ist. Ueberdies gebührt dem Präsidenten eine jährliche Funktionszulage in der Höhe von 2000 Kronen.

Die bestehende Organisation der Landesämter bleibt unverändert. Sämtliche Beamte und Diener derselben werden durch den Präsidenten an den von ihnen abgelegten Eid erinnert.

Die Landesverwaltungskommission hat insbesondere den Vorschlag des Landes hinsichtlich sämtlicher Landeseinnahmen und Landesaussgaben zu verfassen. Der zum Beschlusse erhobene Vorschlag ist vom Präsidenten zur Allerhöchsten Schlussfassung vorzulegen.

Die Geschäfte der Landesverwaltungskommission werden in Kollegialberatungen verhandelt und erledigt.

Den Vorsitz in den Sitzungen führt der Präsident und in dessen Verhinderung das zum Stellvertreter ernannte Mitglied.

Die Beschlussfassung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende hat stets mitzustimmen; bei Stimmengleichheit gilt jene Meinung als angenommen, welcher der Vorsitzende beigetreten ist.

Der Präsident ist verpflichtet, die Ausführung von Beschlüssen der Landesverwaltungskommission, die nach seiner Auffassung dem öffentlichen Wohle, den bestehenden Gesetzen oder dem Grundsätze der Unparteilichkeit zuwiderlaufen, insoweit sie keinem Rechtsmittel unterliegen, zu sistieren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlussfassung zu unterbreiten.

Alle Unterbreitungen des Präsidenten an den Kaiser erfolgen im Wege des Statthalters.

Die Mitglieder der Verwaltungskommission.

Der Kaiser hat den Hofrat Alois Lasciac zum Präsidenten der Landesverwaltungskommission der Markgrafschaft Istrien ernannt.

Ferner den Bezirkshauptmann Rudolf Freiherrn von Gorizzutti, den Bezirkskommissär Peter Benzon und den Finanzrechnungsrat Aurelius Sinsler zu Mitgliedern, dann den Statthaltersekretär Dr. Georg Schögl Edlen v. Ehrentranz zum Ersatzmann der Landesverwaltungskommission der Markgrafschaft Istrien ernannt, und den Bezirkshauptmann Rudolf Freiherrn von Gorizzutti zum Stellvertreter des Präsidenten der bezeichneten Kommission bestellt.

Große Versammlung in Währing.

Eine Rede des Prinzen Alois Liechtenstein.

Am 5. d. M. hielt in Bernhards Saal der politische Bezirksverein Währing seine diesjährige Hauptversammlung ab, die einen glänzenden Verlauf nahm. Nach Erledigung der Vereinsgeschäfte und Wiederwahl des Ausschusses mit Regierungsrat Kulhanel an der Spitze ergriff Landmarschall Prinz Liechtenstein das Wort zu folgenden Ausführungen:

Nach der schweren Kriegszeit, die über Europa Not, Armut und Tod verbreitet und Ruin gehäuft hat, kommen zweifellos noch ebenso schwere politische Zeiten.

Der christliche Mittelstand in Oesterreich, Kleingewerbe und Geschäftsleute sind in ihrer Existenz recht arg bedroht. Während der Inhaber, das Haupt der Familie, im Schützengraben stand, fürs Vaterland kämpfte und blutete, hat die Frau, des Geschäftes unkundig, vom Personal, das ebenfalls einrückte, verlassen, das Gewerbe, die Handlung nicht fortführen können. Wenn der Mann heimkehrt, hat sich die Kundschaft verlaufen oder ist zum Konfektionär übergegangen. Das ist der häufigere Fall gewesen. Die unterbrochene gewerbliche Tätigkeit bringt harte Verluste, die oft nicht wieder zu ersetzen sind. Die großkapitalistischen Unternehmungen, ohnehin durch die Kriegslieferungen gekräftigt, werden dem Kleingewerbe nach dem Kriege sicherlich eine schwere Konkurrenz bieten.

Auch das Personal, welches bisher als Gesellen im Handwerk, als Lohnarbeiter in Fabriken, als Kommis in den Handelsgeschäften diente, kommt in einer ganz anderen Stimmung wieder, als es ausgerückt ist. Der Mann ist der Arbeit entwöhnt, er muß sich erst wieder Arbeit suchen und wird in den seltensten Fällen jene Lohnbedingungen finden, welche der Teuerung aller Lebensbedürfnisse entsprechen. Bis sich die volkswirtschaftlichen Verhältnisse wieder einrenken und normal werden, wird jedenfalls eine gewisse Zeit vergehen; wir dürfen uns nicht optimistisch der Hoffnung hingeben, daß dem Friedensschluß ein Aufschwung unmittelbar folgen wird:

Jetzt möchte ich auf die Arbeiterschaft übergehen. Die Sozialdemokratie, obwohl modifiziert durch die Erfahrungen des Krieges, wird sich verstärken, an Anhang gewinnen. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Die Internationale ist vernichtet, der theoretische Begriff des Marxismus hat aufgehört, aber die Sozialdemokraten, welche zurückkommen, werden schwierigere Verhältnisse finden, sehr schwer Arbeit erlangen und dazu wird diese Arbeit geringer bezahlt werden als es jetzt der Fall ist; daher werden sie schon durch Hunger und Not der sozialistischen Führerschaft wieder anheimfallen. Aus dem Paulus wird wieder ein Saulus werden, wenn der Staat nicht seine Pflicht erfüllt.

Die autonome Verwaltung Niederösterreichs ist in dieser Hinsicht, trotz der schwierigen Zeit, dank dem ausgezeichneten Gewerbereferenten Landesauschuß Bielowitz bahnbrechend vorgegangen. Obwohl ungefähr 20.000 Personen in den humanitären Anstalten des Landes mit 100 bis 300% Teuerung aller Lebensbedürfnisse zu versorgen sind, hat es dieser tüchtige Mann zustande gebracht, durch richtige und rechtzeitige direkte Kreditgewährung an die Gewerbetreibenden es ihnen zu ermöglichen, daß sie für mehr als 50 Millionen an Heereslieferungen übernommen und klaglos durchgeführt haben. (Beifall.) Das ist der Beweis dafür, daß die Geschäftsleute, wenn ihnen Kapital in geeigneter Weise und mit geringen Interessen geboten wird, in der Lage sind, große Lieferungen zu übernehmen, sich nicht bloß zu erhalten, sondern auch sich tüchtig zu entwickeln. (Beifall.) Durch geeignete Einwirkung des Staates bei den großen Kreditinstituten hätten wir die skandalösen Kriegsgewinne der Lieferanten bedeutend herabsetzen und dem Mittelstande die Existenz in dieser schweren Zeit wesentlich erleichtern können. (Stürmischer Beifall.) StR. Tomola erörterte in seinem Thema: „Wirtschaftliche Bestrebungen und Ziele für die Friedenszeit“ das Bündnis mit dem Deutschen Reich und führte dabei aus: Die Zeiten müssen für immer vorüber sein, da es einem Redner in den Delegationen möglich war, das Bündnis als ein „überspieltes Klavier“ zu bezeichnen! Das Bündnis ist ein Block, an dem die Wut, der Zorn und Meid der ganzen Welt sich gebrochen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden es als einen sicheren und unentbehrlichen, auf die Kinder zu vererbenden Bestand in unsere Zukunft hinübernehmen. (Großer Beifall.) Der Redner besprach dann noch das Kapitel „Die Frauen im Kriege“ und erntete lebhaften Beifall.

g seitens der starken Bankrott... dem erwerbenden Mittelstande läßt sich das Kleingewerbe und die untere zahlreiche Schichte der Geschäftsleute retten; sonst werden sie von den großen Unternehmungen aufgesaugt.

Staat, Länder und Kreise.

III. Die Unbeweglichkeit der Landtage.

Wenn wir Bürger unserer Zeit von einer guten Verwaltung reden, so denken wir natürlich nicht daran, daß die Eingaben und Rekurse, die an den Landesauschuß gelangen, sachgemäß und raschest erledigt werden; darin wird sich der Anspruch auf eine gute Verwaltung für niemanden erschöpfen. Wobei man aber schon die Einwendung zu machen haben wird, daß es auch mit dieser bloßen Tagesarbeit in der autonomen Verwaltung nicht zum besten bestellt sein wird. Wie denn auch? Man hat im Jahre 1867 die siebzehn Länder einfach als „gottgegebene Realitäten“ genommen, ihnen allen dieselbe Landesordnung oktroyiert, in jede Hauptstadt den gleichen Vertreter der Regierung und den gleichen Landesauschuß gesetzt — nur in den Titeln hierarchisch abgestuft — und nun soll nach denselben Prinzipien und gleichen Methoden so wie das kleinste das größte Land verwaltet werden, etwa Galizien wie Salzburg! Daß es danach auch in dem rein Handwerksmäßigen der Verwaltung ohne Bruch nicht aufgehen kann, ist selbstverständlich. Aber unter einer guten Verwaltung verstehen wir doch etwas anderes als das Aufarbeiten von Akten: darunter verstehen wir schöpferisches, befruchtendes Wirken, Vorausdenken auch und Initiative; wir fordern von einer guten Verwaltung, daß sie erkenne, was den Bürgern not tut, daß sie den Bedürfnissen vorausgehe, planmäßig handle, kurz, daß von ihr ein belebender, anregender Geist ausgehe, der überallhin seine Strahlen ausstrahlt, daß sie nicht bloß für den Tag da sei, sondern in die Zukunft schaffe und wirke. Um die große Leistung einer guten Verwaltung zu vollbringen, muß vor allem natürlich das verwaltende Organ leistungsfähig sein. Es muß in der Lage sein, die Bedürfnisse, die sich regen, zu erkennen, den Zusammenhang der Dinge zu über-

blicken; es muß sich bewegen, rühren können, es muß fähig sein, zu planen und zu schaffen; vom Himmel fällt die gute Verwaltung eben nicht. Sie ist die Leistung von Menschen, die wieder bedingt ist von der sachgemäßen, die schaffende Arbeit nicht hindernden, vielmehr sie ergebenden Formung der Einrichtungen.

Wie sollen nun diese Landtage wirken und schaffen, da sie sozusagen ständig arbeitsunfähig sind? Woher soll den Landesauschüssen der Antriebs zur schöpferischen Arbeit kommen, wie sollen sie Ideen, Kraft und Mut zu einem großzügigen Schaffen erlangen, da jedes Wollen und Unternehmen an dem bewegungslosen Landtag ein unübersteigbares Hindernis findet? Denn in Wahrheit sind die national gemischten Landtage — eigentlich alle, nicht bloß die, in denen das Mißverhältnis, als das wir die Existenz einer nationalen Minderheit erkannt haben, in offene Obstruktion ausgeartet ist — sie alle sind zur Bewegungslosigkeit verdammt, sie haben die Fähigkeit, sich ins Weite zu rühren, eingebüßt. Können doch manche, wie etwa der mährische, ihr armseliges Dasein nur retten, indem sie auf alle Reformarbeit verzichten; man einigt sich, nichts zu tun, weil jedes Tun den Konflikt in sich birgt, mit jedem Versuch, über den Tag hinaus zu wirken, dem Landtag der rote Hahn aufs Dach gesetzt wird. Man beschehe sich doch einmal die sogenannte Landesverwaltung in Böhmen: wie es in dem reichen und blühenden Lande an allem gebricht, was man Volksfürsorge nennt, wie ganz selbstverständliche Vordorgen fehlen, diese völlige Erstarrung auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet: und dann wage man die autonome Landesverwaltung zu rühmen! Die Schuld in den Menschen, in den Verfehrn dieser unmöglichen Landesautonomie zu suchen wäre höchst ungerecht; alle Mühseligkeit, alle Freude an der Arbeit, alle Tüchtigkeit muß zu Grabe gehen, wenn jede Möglichkeit schwindet, die gute Absicht in Tat umzusetzen. Geißt doch die Obstruktion von den Landtagen, die Lahmlegung der Landtage auf die Landesauschüsse über; wie soll ein Landesauschuß, der aus Deutschen und Tschechen

besteht, deren Verhältnis bestenfalls das ist, daß sie voreinander auf der Hut sind, die einander nicht über den Weg trauen, fruchtbare Arbeit leisten? Wer Augen im Kopfe hat, muß das alles sehen; aber man mag es hierzulande nicht sehen, man will den Dingen nicht ins Gesicht schauen. Auf dem Papier verträgt sich natürlich alles; da gibt es keine Reibungen und alles stimmt. Auf dem Papier wählt man den Landesauschuß in Böhmen so wie in Niederösterreich, soundsso viel aus den Kurien und soundsso viel aus dem Pflenum, und auf dem Papier kann man sich einbilden, daß danach ein solventer, arbeitsfähiger und arbeitsfreudiger Landesauschuß herauskomme. In Wahrheit kommt überall ein Monstrum heraus, das alles andere denn ein wirkendes Organ ist. Da kann sein Lebtag nicht eine gute Verwaltung herauskommen! Wer also erstens ansieht, daß wir eine gute Selbstverwaltung brauchen, und wer zweitens eine gute Selbstverwaltung will, der wird sich weiter nicht foppen, daß all die Wirren, die an dem Dasein der Landtage reizen und zerrren, nur leidige Zufälle seien, auf deren Verschwinden in der Zeit man beruhigt rechnen könne, sondern wird endlich begreifen, daß hier ein Fehler im organischen Aufbau vorliegt, der behoben werden muß, wenn die ganze Landesverwaltung nicht zum Teufel gehen soll, wenn die Selbstverwaltung wirklich Wahrheit werden soll. Das Selbstbewußtsein der Nationen ist mit den Ländern in Widerspruch geraten — das ist nur die Folge der nationalen Entwicklung der letzten Jahrzehnte — und dieser Widerspruch und Widerstreit muß aufgelöst werden. Vorher gibt es keine lebendige Selbstverwaltung, nur ein Versumpfen und Verdorren auf allen Punkten.

Nun sind wir uns nicht im unklaren darüber, was eigentlich der letzte und entscheidende Grund der beharrlichen Vorliebe für die Länder ist — wobei wir nicht gerade an die Vorliebe der Ausüßer dieser Selbstverwaltung denken, bei denen die Voreingenommenheit immerhin begreiflich erscheint. Jener kindliche Einwand, daß der Patriotismus, wie wir es einmal lasen, „am stärksten in der Liebe zum engeren Vaterland, zum Kronland wurzelt“, ist natürlich nicht ernst zu nehmen; im Gegenteil nehmen wir an

vielen Punkten zwischen Nation und Kronland eine fühlbare Entfremdung wahr, obwohl die Liebe und Anhänglichkeit zur engeren Heimat im allgemeinen wohl das natürlichste Gefühl ist. Der Deutsche in Steiermark nennt sich mit Stolz einen Steirer; ob auch der Slovener in Steiermark; ob auch der Slovener in Kärnten sich als Kärntner fühlt? Ob sich Polen und Ruthenen in Galizien als Galizier fühlen? Ob der Deutsche in Böhmen im Kronland wurzelt? Auch im inneren Bewußtsein siegt das Nationale über das Kronland, das den ehrwürdigen Charakter der Heimat nur eben der Mehrheit vermittelt. In Wahrheit hängt man an den Ländern, weil man in ihnen ein Gegengewicht gegen die Nationen sieht. Wohl ist die Entwicklung der Nationen die unerläßliche Bedingung der Entwicklung des Staates selbst; ist er doch nicht etwas, was außer ihnen stünde, ist er doch nur ihre Zusammensetzung, also das, was sie selbst sind. Aber auf der anderen Seite könnte sich die volle Ausreifung und Auswirkung der Nationen als eine Sprengkraft herausbilden, die das in sich ruhende Gleichgewicht des Nationalitätenstaates beirrt. So schieben sich die Länder, die die Zusammenfassung der Nationen hindern, zwischen Staat und Nation; sie bannen gleichsam die Nationen in Grenzen, und indem sie sie zersplittern, begrenzen sie für jede Nation ihren Anspruch an den Staat und im Staate. Soweit der Länderzentralismus den nationalen Drang nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zähmt, ist er auch Hilfsmittel des Nationalitätenstaates, der wohl jeder Nation die Entwicklung sichern und ermöglichen will, jeder

die vollen Möglichkeiten und Berichten zur Pflicht macht.

Wohl ist die Entwicklung der Nationen die unerläßliche Bedingung der Entwicklung des Staates selbst; ist er doch nicht etwas, was außer ihnen stünde, ist er doch nur ihre Zusammensetzung, also das, was sie selbst sind. Aber auf der anderen Seite könnte sich die volle Ausreifung und Auswirkung der Nationen als eine Sprengkraft herausbilden, die das in sich ruhende Gleichgewicht des Nationalitätenstaates beirrt. So schieben sich die Länder, die die Zusammenfassung der Nationen hindern, zwischen Staat und Nation; sie bannen gleichsam die Nationen in Grenzen, und indem sie sie zersplittern, begrenzen sie für jede Nation ihren Anspruch an den Staat und im Staate. Soweit der Länderzentralismus den nationalen Drang nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zähmt, ist er auch Hilfsmittel des Nationalitätenstaates, der wohl jeder Nation die Entwicklung sichern und ermöglichen will, jeder

Die Ausgleichsverhandlungen.

Der ungarische Standpunkt.

Aus Budapest wird uns unterm 5. d. berichtet:

Der heutige volkswirtschaftliche Artikel der „Zeit“, der schon in den Nachmittagsstunden in seinem wesentlichen Inhalt hier bekannt wurde, hat in politischen Kreisen große Aufmerksamkeit wachgerufen. Vorerst, weil es überhaupt der erste detaillierte Artikel einer österreichischen Zeitung von politischer Bedeutung über die Ausgleichsverhandlungen war, und dann, weil die Ausführungen als Kundgebung der maßgebenden Faktoren Oesterreichs aufgefaßt wurden.

Wenn man auch in der Hauptsache den österreichischen Standpunkt voll und ganz begriff und mit Genugtuung konstatierte, daß nun die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen der Monarchie, die man mit dem Wort „Ausgleich“ zu bezeichnen pflegt, zur sachlichen Diskussion gestellt werden konnte, so mußte man doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der ungarische Standpunkt in manchen Detailfragen vom österreichischen derzeit noch abweicht. Da es sich aber um Einzelheiten handelt und in der Hauptsache eine Übereinstimmung in den Zwecken und Zielen besteht, ist eine Verständigung zwischen beiden Regierungen, beziehungsweise beiden Staaten mit Bestimmtheit zu erwarten.

Die bedeutungsvollsten Momente im neuen Ausgleich sind die Dauer der Vereinbarungen nicht nur in bezug auf das Verhältnis der beiden Staaten Oesterreich und Ungarn zueinander, sondern auch in bezug auf das Verhältnis der Donaumonarchie zum Deutschen Reich. Und da dominiert die Ansicht von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit langfristiger Vereinbarungen heute einig und allein alle leitenden Kreise. Die Idee, mit einem Provisorium — von acht- bis zehnjähriger Dauer — vorerst das Auslangen zu finden, dann die Idee mit Oesterreich bloß für zehn, mit Deutschland aber für zwanzig Jahre abzuschließen, besitzt derzeit keine Befürworter von Rang und Namen mehr. Der zwanzig- bis fünfundzwanzigjährige Ausgleich in Verbindung mit einem ebensolange währenden Vertrag mit Deutschland wird bereits von den wirtschaftlichen und politischen Faktoren Ungarns als richtige Lösungsmodalität bezeichnet, wenn auch noch von den Industriellen eine Zwischenzolllinie und von der Unabhängigkeitspartei die Anerkennung des selbständigen Zollgebietes im Rahmen dieser Vereinbarungen gewünscht wird. Doch die große Mehrheit des Parlaments lehnt Zwischenzölle und Zolltrennung — selbst in der Theorie bloß — entschieden ab.

So ist also bezüglich des langfristigen Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn die Harmonie hergestellt. Daß nach den Erfahrungen des Krieges niemand in Ungarn an den gemeinsamen Institutionen — darunter der Notenbank — Änderungen vornehmen will, versteht sich von selbst. Daraus ergibt sich, daß man auch die bisherige Quote akzeptieren würde. Wogegen aber in Ungarn der heftigste Widerstand sich regen würde, wäre der Versuch, die ungarische Quote zu erhöhen. Die großen Opfer, die Ungarn im Kriege brachte — ist doch die Anzahl der ungarischen Rekruten im Verhältnis wesentlich höher als die finanzielle Beitragsleistung zu den gemeinsamen Ausgaben —, können nicht noch durch neue wirtschaftliche Leistungen erhöht werden. Die Quote kann nur auf Grund des Nationalvermögens und National Einkommens festgesetzt werden, und daß sich die diesbezügliche Proportion zwischen Oesterreich und Ungarn während der Kriegsdauer nicht zuungunsten Ungarns verschoben hat, wird hier in allen Kreisen behauptet. Gibt es doch auch Politiker, die meinen, daß man eher eine Reduktion als eine Erhöhung der ungarischen Quote verlangen könnte. Doch schließlich dürften weder die einen noch die anderen triumphieren, sondern es wird bei der alten Quote bleiben.

Die von österreichischer Seite aufgestellte Forderung bezüglich wesentlicher Erleichterungen in der Einfuhr von Lebensmitteln, insbesondere Getreide und Fleisch, wird in Ungarn ebenfalls unterstützt, da man hier genau so wie jenseits der Weitha unter der Teuerung leidet. Ebenso wünscht man eine genaue Prüfung der Tarife im Bahnerverkehr und fordert volle Freiheit nach jeder Richtung. Gleich Oesterreich hat auch Ungarn in dieser Hinsicht Wünsche und Bestrebungen, insbesondere was den Anschluß bei Innaberg betrifft, und rechnet darauf, daß alle Uebelstände nunmehr im neuen Ausgleich saniert werden können. Gemeinsam soll die Tarifpolitik wohl geregelt werden, dabei ist aber die Selbstständigkeit und das Interesse jedes Staates zu wahren. Hier wäre noch zu bemerken, daß die von der „Zeit“ erwähnte Proposition einer „Gemeinsamkeit der Staatsanlehen“ von den maßgebenden politischen Persönlichkeiten ebenso abgelehnt wird, wie dies in Oesterreich der Fall zu sein scheint.

Was den Donauverkehr betrifft, ist Ungarn nicht nur bereit, die diesbezüglichen finanzierten Anreize zu fördern, sondern hat auch schon Vorbereitungen getroffen, um den Donauverkehr zu reformieren. Die ungarische Regierung und die ungarische Industrie trafen in den letzten Wochen derartige Vorbereitungen für die Schifffahrt auf der Donau, daß schon jetzt in der Kriegszeit und noch weit mehr in der folgenden Friedenszeit diese Schifffahrtstraße den weitestgehenden Anforderungen entsprechen dürfte.

Faßt man die Ansichten und Urteile der politischen und wirtschaftlichen Faktoren in

Ungarn zusammen, so ergibt sich, daß der ungarische Standpunkt, wenn er auch nicht in allen Details mit dem österreichischen übereinstimmt, doch in den belangreichsten Fragen keine wesentliche Differenz zeigt. Es unterliegt demzufolge keinem Zweifel, daß die Regierungen und Staaten bald einig sein werden, denn das ungarische Volk will eine klare und rasche Verständigung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet mit Oesterreich sowohl wie mit Deutschland.

Z./IV. 1916

**Das kleine gemeinsame Wappen als Beamten-
emblem.**

Der Kaiser hat genehmigt, daß als Emblem bei den Uniformen der gemeinsamen Zivilbeamten das kleine gemeinsame Wappen eingeführt werde. — In Zukunft werden mithin die Knöpfe der Uniform und der Knauf des Beamtenbogens als Emblem das kleine gemeinsame Wappen tragen. Die Anordnung wird für die Beamten des Ministeriums des Aeußern, des gemeinsamen Finanzministeriums mit der bosnisch-herzegowinischen Sektion und die nicht dem Offiziersstand angehörenden Beamten des Kriegsministeriums Geltung haben.

8. VII. 1916

Inland.

Eine Landesverwaltungskommission in Istrien.

Heute nun erfolgt die Auflösung des Landtages und die Einsetzung einer Landesverwaltungskommission — alles wie es im Juli 1913 in Böhmen eingeführt wurde. Als Grund wird angeführt:

Da der Landtag unserer Markgrafschaft Istrien seit Jahren seine gesetzlichen Aufgaben nicht zu erfüllen vermochte und nunmehr der Landesauschuß weder den finanziellen Obliegenheiten der Landesverwaltung gerecht zu werden noch überhaupt die ihm zustehenden Funktionen in geschäftlicher Weise weiterzuführen in der Lage ist, da somit die Gesetzgebung der Markgrafschaft Istrien sowie die verwaltende und ausführende Tätigkeit der Landesvertretung zum Stillstand gelangt ist, finden wir angesichts der Notwendigkeit, die der Bevölkerung unserer Markgrafschaft Istrien drohenden Nachteile und Gefahren abzuwenden und insbesondere für die Fortführung der Landesverwaltung Vorkehrungen zu treffen, kraft unserer Regentenpflicht zunächst anzuordnen, wie folgt:

und es folgt die Einsetzung der Kommission. Auch das Statut stimmt mit dem böhmischen überein; die istriische Kommission besteht aus einem Präsidenten, drei Mitgliedern und einem Ersatzmann. Ernannt wurden Hofrat Alois Lasčiac zum Präsidenten, der Bezirkshauptmann Rudolf Freiherr v. Gorizzutti, der Bezirkskommissär Peter Benzon und der Finanzrechnungsrat Aurelius Simsler zu Mitgliedern, der Statthaltersekretär Dr. Georg Schögl Edler v. Ehrenkreuz zum Ersatzmann.

Der Landtag von Istrien war schon durch Jahre hindurch arbeitsunfähig.

Nach der Generalversammlung des Piusvereines.

Von einer Teilnehmerin der letzten Generalversammlung des nunmehr 10 Jahre alten Piusvereines erhalten wir folgende Zeilen:

Zehn Jahre — ein Wendepunkt in einem jungen Menschenleben. Bis jetzt ging's leicht und spielend, wohl gab's Sorgen und Mühen, mitunter schwere, aber alles im Kleinen — eine kleine Anstrengung und allsogleich ein kleiner Fortschritt, den man merken konnte. Kleine Fleißchen — kleine Schneiderrechnung — kleine Freuden, um ein paar Kreuzer erlauft. Und nun — nun kommt die kritische Zeit, nun heißt es Kopf und Verstand anstrengen, nun heißt es tiefer in den Säckel greifen, nun gibt's oft einen Stillstand, das Lernen will nicht von selber gehen und man muß Vorsicht anwenden, Geduld — man muß Großes leisten und dabei doch so feinsüßlich sein für das Kleinste, jetzt heißt es hertreten an dem grobgehauenen Marmorblock und Detailarbeit leisten. Nun ist auch der Piusverein mit seinen zehn Jahren in das kritische Alter getreten.

Neulich war seine Generalversammlung. Trocken lautete das Programm: Rechenschaftsbericht, Geschäftliches und doch war es trocken und man kam in helle Begeisterung und man hörte, was alles geleistet worden ist in den zehn Jahren rastlosster, selbstloser Arbeit und man freute sich und war ganz stolz, auch ein ganz klein wenig dazu beigetragen zu haben. Aber es merkte man heraus — überall gab es Andeutungen: Jetzt kommt die kritische Zeit! Man hat deutliche Anzeichen der Feind lauert und sein Haß glimmt im Verborgenen; der augenblickliche Zwang hemmt und verschleiert manches — aber kaum wird er abgeschüttelt sein, da wird das Feuer hell emporlodern. Nach dem Krieg wird erst noch die Entscheidung kommen in dem großen Kampf der Geister. Sollen die Kreise, die jetzt emporgekommen sind, die jetzt ihre Kräfte gesammelt haben, zu unbeschränkten Herrschern werden? Mit aller Macht und allen Mitteln werden sie ihre Herrschaft zu wahren suchen und mit einem Kampfmittel, kräftiger und unbesiegbarer als Kanone und Maschinengewehr, wird es ihnen auch gelingen — mit ihrer großen kapitalistisch gerüsteten Presse.

Was tun die Eltern in den kritischen Jahren des Kindes? Ist das Joch zu schwer und muß es abgeschüttelt werden? O nein — und sind die Kosten größer, so muß halt eben mehr gespart und sich so manches Vergnügen versagt werden, und gibt's schwere Momente, der Wille stärkt und stählt sich. Jetzt denkt man, jetzt rechnet man und selbst die einfachste, ungelehrteste Mutter wird klug und erfinderisch und löst auf tausend Mittel und Wege, ihrem Liebling zu helfen und an ihm und für ihn zu arbeiten und ihm die Zukunft zu ebnen. Kein Opfer ist zu groß — ruht doch ihr ganzes Hoffen, die Zukunft der Familie auf der Jugend.

Wir haben im Piusverein auch ein Stück teure Jugend unter uns. Eine ganz moderne Jugend, so recht für ihre Zeit geschaffen, gerade im rechten Augenblick, als wir ansingen, schon etwas veraltet zu werden. Und dies junge Menschenwerk soll für unsere Zukunft entscheidend werden, er soll unsere Interessen wahren und ihm wird es zufallen die wichtigsten Aufgaben zu lösen. Es wird unsere Heimstätten, unsere Kirchen schützen und unsere Schulen, unsere Gesetze und Politik beeinflussen, es wird uns gegen die Angriffe ein Schild sein und verkünden: Hier ist Recht und Gerechtigkeit. Aber das Werk ist noch jung und es muß noch manches geschehen, daß es für seine Lebensaufgabe stark und groß genug werde. Werden wir da nicht helfend eingreifen, jeder und jede, mit vielem oder mit wenigem, wie man gerade kann, aber mit unserem ganzen Herzen, mit unserem ganzen Willen, mit unserem ganzen Verstande? Es liegt ja unser ganzes Wohl und Wehe daran, unsere Zukunft und das Glück der kommenden Geschlechter.

Wir wollen uns nicht einmal von unseren Nachkommen sagen lassen, daß das christliche Volk Oesterreichs den Weltkrieg militärisch gewonnen hat, aber geistig in ihm besiegt wurde, weil es in dieser Zeit versäumte, sich für die geistigen Entscheidungen schlagbereit zu machen, zu denen seine Widersacher mit dem ganzen Aufgebote ihrer neugewonnenen ungeheuren materiellen Macht anrückten. Dem Piusverein stehen in dem zweiten Jahrzehnt seiner Lebensarbeit Aufgaben bevor, gegen die die bisherigen Kinderpiel waren. Wir wollen uns vorsehen, wir wollen uns nicht überraschen lassen, wir wollen gerüstet eintreten in die Zeit großer geistiger Entscheidungen. Deshalb wollen wir jetzt doppelt rührig sein im Piusverein.

Krieg und Verwaltungsreform.

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brochhausen.

(Siehe Nr. 18512, 18519 und 18526 der „Neuen Freien Presse“ vom 5., 12. und 19. März.)

Wien, 8. April.

IV.

Das staatliche Lokalamt.

Wer auf das Volk wirken will, muß im Volke leben; örtliche Berührung fördert auch den geistigen Kontakt und bildet eine wichtige Voraussetzung für dauerndes Zusammenwirken und für Verständigung in den Fragen des täglichen Lebens. Dies haben kluge Machthaber wohl begriffen, wenn sie das Volk für sich gewinnen und es sich anhänglich machen wollten. Allen voran die Kirche; die Worte Christi: wo zwei von euch versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter euch, hat sie beherzigt und ins Praktische überfetzt. Denn wo immer eine noch so kleine Gemeinde beisammen wohnt, bemüht sie sich, einen Vertreter aufzustellen; kann es kein Pfarrer sein, so ist es doch ein Kurat, in älteren Zeiten zur Not ein Eremit. Aus ärmlichen Bezügen erwächst allmählich eine gute Pfründe, deren Inhaber zum geistigen Führer der Gemeinschaft wird. Wie aber sieht es mit der politischen Führerschaft in unseren Gemeinden aus? Drei geistige Potenzen sind überall anzutreffen; da ist also in erster Linie der Pfarrer, sodann der Gemeindevorsteher und in letzter Linie der Lehrer. Der Erste vertritt die Kirche, der Zweite — zumeist wenigstens — das Kronland, der Dritte, falls er nicht hinter die beiden anderen zurücktritt und selbständigen Einfluß gewinnt, gewöhnlich seine Nation — unvertreten aber bleibt der Staat, außer man läßt das Postfräulein, den Briefboten, den Steuerrekutor und den Gendarmen als dessen geistige Repräsentanten gelten. Aber die Mittel des Gemütes und des Herzens, mit welchen etwaige zentrifugale Neigungen der Bevölkerung in patriotische umgewandelt werden könnten, fehlen selbstverständlich den letzterwähnten staatlichen Funktionären.

Umso wichtiger ist die Frage nach der lokalen Amtsstelle des Staates, bei der der Mann zu finden ist, der das Band zwischen Staat und Volk anknüpft und der in seiner Person die geistige Führung und die materielle Verwaltung des Staates verkörpert. Die richtige Stelle für das staatliche Lokalamt beschäftigt die Verwaltungsreformer ganz außerordentlich; es gibt da zwei, oder genauer gesagt, drei Hauptmeinungen. Die einen wollen unsere heutigen Bezirkshauptmannschaften, beinahe 400 an der Zahl, beibehalten, große Gebiete mit rund 40.000 bis 100.000 Einwohnern und (etwas summarisch berechnet) durchschnittlich je 500 Quadratkilometer. Die anderen finden diese Behörden zu groß und verlangen deren Aufteilung auf die Gebiete ungefähr der heutigen Bezirksgerichte, was eine Verminderung auf ein Drittel bis ein Fünftel und die Wiederherstellung einer früheren Einrichtung, des alten Bezirksamtes, bedeuten würde. Die Dritten endlich wünschen Kreisauptmannschaften, das heißt die Verlegung des Schwergewichtes der lokalen Verwaltung auf weit größere Gebiete, die mehrere Bezirkshauptmannschaften umfassen — man denke an die alten vier Kreise in Niederösterreich, die Viertel in Oberösterreich, die Kreise

in Böhmen, wobei freilich irgendwelche Unterstellen unvermeidlich wären.

Seit sechzig Jahren zieht sich dieser Streit und immer wird er mit fast den gleichen Gründen geführt. Je kleiner das verwaltete Gebiet, desto übersichtlicher für den Verwalter, desto bequemer für die Bevölkerung, aber auch umso kostspieliger für den Staat. Hingegen je größer der Bezirk, desto unübersichtlicher ist er für seine Vertreter; dieser wird einflussloser und schwerer erreichbar; aber der größere Betrieb kommt billiger und ist leichter mit Amtserfordernissen und Spezialitäten auszustatten. In diesen Zirkeltanz bewegen sich Gründe und Gegengründe. Jede Meinung hat recht und jede Meinung hat unrecht.

Ein wirklicher Ausweg ist bei dieser mechanischen Behandlung der Frage, die bloß mit Kilometern und Kosten voranschlägen rechnet, überhaupt nicht zu finden und zu beneiden ist jener Reformers, der kühn seine Meinung als die einzig richtige hinzustellen den Mut hat.

In wesentlich hellere Beleuchtung tritt jedoch das heikle Problem, wenn man sich vorerst klar geworden ist, was denn diese Amtsstelle leisten soll, wenn man also vorerst ihren Aufgabenkreis feststellt und erst aus dieser Zweckbestimmung heraus den Umfang ihres Gebietes ableitet. Es ist natürlich etwas anderes, ob der Lokalchef in erster Linie Vertreter der dem Staate innewohnenden Herrschaftsgewalt, und ein anderes, ob er vornehmlich Verwaltungsmann im Sinne eines Wirtschafters sein soll, also ein Förderer und Schöpfer von Kulturgütern, ein Verwalter im Sinne einer geistigen und materiellen Ertragswirtschaft. Im ersterwähnten Falle ist er vor allem Repräsentant und Repräsentationsfigur, ein höheres Polizeiorgan, und in dieser Eigenschaft in der Hauptsache Aktenerlediger; er schreibt, revidiert und unterschreibt. Einem solchen Aktenerlediger kann man natürlich mit Leichtigkeit das dreifache, ja das zehnfache Pensum zuwägen; und gibt ihm entsprechend mehr Hilfskräfte zur Seite und er wird aus einer Schreibkraft eine Unterschreibkraft. Auch ein Repräsentant kann mit Leichtigkeit einem größerem Gebiete vorgefetzt werden; er kann mehr repräsentieren, wenn man ihm eine schönere Uniform anzieht.

Es ist ganz hoffnungslos, aus diesem Zirkeltanz widersprechender Meinungen herauszukommen und eine einwandfreie Grundlage für die staatliche Behördenorganisation aufzustellen, solange die staatliche Lokalstelle wie bisher nicht eigentlich wirtschaften, sondern bloß repräsentieren und Polizei sein will; da können sich nebeneinander Vorschläge sehen lassen, die mit gleich überzeugenden und gleich windigen Gründen ein kleines Bezirksamt oder eine mittlere Bezirkshauptmannschaft oder eine große Kreisbehörde befürworten. Bleibt unsere staatliche Lokalverwaltung, wie sie jetzt in der Hauptsache ist, isolierte Polizeiaufsicht, dann hängt ihre Aenderung von Willkür und Zufall ab, bestenfalls von dem überlegenen Willen eines starren Kopfes, schlechternfalls wird sie ein Beuteobjekt untergeordneter Interessen, die natürlich recht weitab vom öffentlichen Wohle stehen können, und die staatliche Lebensfrage wird nur zu leicht ein Entschädigungsmittel für unzufriedene Parteien.

Aber zu unserem Glück ist es ja der Sinn der kommenden Verwaltungsreform — falls sie überhaupt einen Sinn haben soll — daß sie Staat und Volk zu gemeinsamer Arbeit verbinde. Ist dies das Reformziel, dann wird es auch möglich sein, die erforderlichen naturgemäßen Maßstäbe zu finden; leicht ist es auch dann nicht. Unserer heutigen Menschheit ist das feine Gefühl für natürliche Maßstäbe mit der Einführung des abstrakten Metersystems abhand gekommen, seit wir nämlich verlernt haben, die Länge des Daumens, des Fußes, der Elle und der Manneshöhe als Zoll, Fuß, Elle und Klafter wiederzufinden, die Meile als das Ermüdungsmaß des rüstigen Fußgängers, das Loth als die fühlbare Belastung der Fingerspitze, das Pfund als jenes der Hand zu erkennen und den Zentner als die Traglast des kräftigen Mannes. Während das Amtsgebiet der Repräsentationsfigur, des Polizeichefs und Aktenerledigers kautschukartig ausgedehnt und eingezogen werden kann, besteht doch einige Aussicht, die naturgemäßen Grenzen für die Leistungsfähigkeit eines mittleren Verwalters zu finden, der ein Gebiet unter Mitwirkung der Bevölkerung kulturell bewirtschaften soll. Hier sind zwei Momente fix gegeben: die Grenze der Leistungsfähigkeit des Verwalters und die Rücksichtnahme auf die Einwohner, also der Zentner der Arbeitslast des Amtschefs und die Ermüdungsmeile der Bevölkerung.

Von diesen zwei Momenten ist das eine leicht erkennbar — die Ermüdungsmeile, die man dem Volke zumuten darf, das nicht mehr bloß als Missetäter vorgeladen wird, sondern als freiwilliger Mitarbeiter ins Amt kommt. Diese Ermüdungsmeile ist im großen und ganzen eine fixe Größe und kann nur bei besonders günstigen Verkehrsverhältnissen etwas gestreckt werden. Da ist es nun sehr merkwürdig, daß diese natürliche Entfernung fast intmer — von Ausnahmen im einzelnen abgesehen — mit den Größenverhältnissen der alten Bezirksamter zusammentrifft! 500 Quadratkilometer hat die durchschnittliche Bezirkshauptmannschaft mit ihren 4 bis 5 Bezirksgerichten; teilt man dies Gebiet durch 4 oder 5, so entstehen Gruppen von rund 100 Quadratkilometern, also Rechtecke von je 10 Kilometer Seitenlänge. Die größte Entfernung von den Endpunkten zur Mitte ist eine Luftlinie von 7 Kilometern, und da man auf der Luftlinie nicht marschieren kann, 8 bis 10 Kilometer, also just die alte Meile. Man bewundere die Weisheit unserer Altvorderen, die natürliche Verhältnisse so richtig einschätzten, und bedenke, daß auch jetzt das Bedürfnis der Bevölkerung sorgsam zu berücksichtigen ist, wenn der Staat die Leute an sich heranziehen will. Das bekannte Selbstlob des Mannes aus dem Volke: „Ich habe noch nie im Leben mit einem kaiserlichen Amt zu tun gehabt“, klingt wenig schmeichelhaft für die Vorstellung, welche jetzt die Leute von der staatlichen Fürsorgetätigkeit haben, und gerade dies soll ja anders werden.

Nun kommt die zweite noch schwierigere Frage: Ist der Rentner geistiger Arbeitskraft bestimmbar, und wenn ja, fällt er mit dem gefundenen Ausmaß halbwegs zusammen? Da möchte ich auf eine sehr merkwürdige Tatsache hinweisen. Die Bezirksamter alten Umfangs wurden 1869 aufgelöst zugunsten der neuen Bezirkshauptmannschaften; der Staat zog sich von der Bevölkerung auf

das Vierfache der bisherigen Entfernung zurück, und gleich leeren Schneckenhäusern, deren Bewohner ausgestorben sind, standen die alten Amtshäuser da. Und siehe da, an der leeren Schale hat sich eine ganze Reihe öffentlicher Verwaltungsorganisationen angesiedelt; ich nenne beispielsweise die Straßenkonkurrenzen, die Naturalverpflegstationen, die Armenbezirke, die Schubkonkurrenzen, Genossenschaften aller Art, aber auch staatliche Kommissionen, wie die Militärtax- und die Assentkommissionen. Und was noch seltsamer erscheinen mag, die modernsten Institute, wie Bezirkskrankenkassen, Bezirksparkassen lehnen sich keineswegs an die große Bezirkshauptmannschaft an — und alle diese zahlreichen Einrichtungen harren förmlich der Wiederkehr jenes Lebewesens, das einst die leere Hülle bewohnte. Das Bezirksamt wurde geopfert, aber es ist nicht umzubringen; es lebt förmlich nach dem Tode weiter. Es ist, als ob ein unentbehrlicher Beamter lange Zeit fortgeschickt wurde; sein Platz war ambesetzt, aber sein Tisch wurde reserviert; sobald er sich wieder hinsetzt, findet er jene Arbeit, die er als leitender Mann zu leisten hat.

Soll er es tun? Darf man aus Erwägungen dieser Art vorschlagen, daß man jetzt die Bezirkshauptmannschaften wieder den Bezirksamtern aufopfere? Soll wieder einmal das alte Schauspiel eines völligen Systemwechsels, welches wir so oft erlebt, aufleben? Ich antworte vorerst nur: Alle diese Erwägungen sind sehr beherzigenswert; sie dürfen bei der Reform nicht einfach unterdrückt werden; aber alle diese Erwägungen ergreifen doch nur eine Seite des gewaltigen Problems. Es kommen noch andere Momente in Betracht.

Minister a. D. Dr. Fiedler für die Kreisverfassung.

In den „Narodni Listy“ veröffentlicht Minister a. D. Dr. Fiedler einen Artikel über die Frage der Kreiseinteilung und der nationalen Abgrenzung. Er setzt auseinander, daß eine Verwaltungsreform, welche die heute noch unerschütterlichen zwei Pfeiler: die Landesverbände und die Zerteilung des Verwaltungsorganismus (staatlich und autonom) verlassen wollte, ganz aussichtslos wäre. Die künftige Verwaltungsreform werde kein Neubau, sondern eine Verbesserung, und nur in einigen Teilen ein Umbau sein: eine Verbesserung in den obersten und untersten, ein Umbau in den mittleren Teilen.

Zu einem vollständigen Neubau müsse es in der Mitte des Verwaltungsgebäudes kommen, und zwar durch die Einführung einer Kreisverfassung.

Die Frage der nationalen Abgrenzung habe ursprünglich einen czechischen Programmpunkt gebildet. Eine Wandlung in dieser sowie in der Sprachenfrage haben die Ereignisse in der Mitte der achtziger Jahre gebracht. Es hat sich die Ueberzeugung gefestigt, daß die Abgrenzung nur ein vorbereitender Schritt dazu ist, daß das geschlossene deutsche Gebiet in Böhmen ein selbständiger Verwaltungskörper werde. Und die politisch erregte öffentliche Meinung ging weiter, bis es zu dem Dogma kam: Die nationale Abgrenzung ist die Teilung des Landes, die Zerreißung des Landes. Heute, nach dreißig Jahren, könne man über die Sache ruhiger denken. Wichtig sei, daß eine nationale Abgrenzung bedingungslos voraussetze, daß durch gleichzeitige Maßnahmen den nationalen Minderheiten Bedingungen für ein ruhiges nationales Leben, insbesondere im Verkehr mit den Kernern und in Hinsicht auf die Bildungsbestrebungen gesichert werden müssen. Von einer Landzerreißung kann es nicht gesprochen werden, ins solange es einheitliche Verwaltungsinstitutionen und eine einheitliche Gesetzgebung für das ganze Land gibt. Jeder große Verwaltungssprengel müsse in kleinere Gebiete geteilt werden, ohne daß man daraus ableiten könnte, daß dadurch der Gesamtverband berührt oder gestört worden wäre. Gründe für die Abgrenzung können mancherlei sein, auch die Nationalität könne bei ihrer heutigen Bedeutung im Staatsleben ein solcher Grund sein. Nur das eine müsse dabei gefordert werden, daß die Nationalität bei der Abgrenzung der Verwaltungsgebiete im Innern des Landes nicht das einzige und ausschließliche Moment, das

ist, ein solches Moment bilde, welches in jedem Falle a tout prix maßgebend sein müßte, daß vielmehr in gleichem Maße auch Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung entscheidend sein sollten. Die nationale Abgrenzung müsse im Dienste der öffentlichen Verwaltung stehen, keineswegs umgekehrt, die öffentliche Verwaltung im Dienste der nationalen Abgrenzung.

Hinsichtlich der landesfürstlichen Verwaltung sollen an Stelle der Bezirkshauptmannschaften die Kreisauptmannschaften treten, welche nebst den Aufgaben der ersteren auch noch Angelegenheiten übernehmen sollen, welche derzeit in den Wirkungsbereich der politischen Landesbehörde als erste Instanz fallen, insoweit sie nicht die Interessen des ganzen Landes oder einiger Kreisprengel betreffen.

Zum Schluß faßt Dr. Fiedler seine Vorschläge über die Verwaltungsreform in folgendem zusammen: Kreisauptmannschaften an Stelle der Bezirkshauptmannschaften und Kreisvertretungen an Stelle der Bezirksvertretungen.

Genossen und Genossinnen!

Wieder rückt der Tag des ersten Mai heran und zum zweitenmal muß das Proletariat seinen Weltfeiertag mitten im Weltkrieg begehen. Aber auch für unsere Sache und für sie erst recht gilt das Wort: Wir wollen durchhalten, durchhalten trotz alledem!

Wir wiederholen aus guten Gründen wörtlich den Aufruf, den wir im vorigen Jahre an die Genossen gerichtet haben, die dann dafür sorgten, daß sich die Maifeier in Oesterreich würdig und erhebend gestaltete:

Genossen und Genossinnen!

Durch sechs und zwanzig Jahre haben wir im Verein mit der klassenbewußten Arbeiterchaft der ganzen Erde den ersten Mai dem großen Erlösungsgedanken der Menschheit gewidmet; dem Gedanken des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft durch den Achtstundentag, der Solidarität aller arbeitenden Menschen und des Völkerfriedens. Nun kommt ein düsterer Maitag heran in einer verderbenschwangeren, haßerfüllten Zeit, die das Proletariat in seiner Gesamtheit, die Mann für Mann, Frau für Frau in schwerste Bedrängnis bringt und in den Dienst der Verteidigung des Landes und der Erhaltung des Existenzminimums der Volkskraft zwingt. Niemals wie in diesem Jahre waren die Gedanken, denen unsere Maifeier gewidmet ist, zur heißesten Sehnsucht gesteigert.

Darum werden wir trotz aller Hindernisse auf unsere Maifeier nicht verzichten, aber wir haben es für nötig gehalten, gewissenhaft zu erwägen, welche Form ihr diesmal angesichts der zwingenden Verhältnisse gegeben werden kann und darum gegeben werden muß.

Die Parteivertretung und die Gewerkschaftskommission sind übereingekommen, der Arbeiterchaft Oesterreichs folgendes als Richtschnur zu empfehlen:

Auf die Arbeitsruhe am ersten Mai soll auch in diesem Jahre freiwillig verzichtet werden. Wir wollen von dem durch viele Tarifverträge geschützten Recht und von dem durch die Übung eines Vierteljahrhunderts geheiligten Brauch der Arbeitsruhe nicht das kleinste Stück preisgeben. Wir wollen aber den durch den Krieg herbeigeführten Ausnahmeverhältnissen und Ausnahmgesezen Rechnung tragen, die eine Reihe von Verwicklungen und Schwierigkeiten herbeiführen könnten, die wir gerade jetzt vermeiden wollen.

Ebenso wollen wir auch in diesem Jahre auf die üblichen Demonstrationen verzichten, die im besten Falle nur an einzelnen Orten möglich wären, vielfach aber durch die behördlichen Ausnahmeverfügungen verhindert oder mindestens schwer beeinträchtigt werden würden.

Wir wollen die Maifeier diesmal auf

Maiberfammlungen am Abend des ersten Mai

beschränken, die der ernsten Zeit und unserer großen Sache würdig eingerichtet und durchgeführt werden sollen.

Wir erwarten, daß die Genossen und Genossinnen allerorts verstehen und würdigen werden, daß, was wir ihnen dringend empfehlen, der Notwendigkeit der Anpassung an den Zwang des Tages entspricht, und daß sie trotz aller Beschränkung in der Form den Gedanken der Maifeier in erhebender Weise zum Bewußtsein der Massen unserer Genossen bringen werden.

In diesem Sinne rufen wir euch zu: Rüstet zur Maifeier!

Die Gewerkschaftskommission: Die Parteivertretung:
Anton Gueber. Ferdinand Skaret.

Staat, Länder und Kreise.

IV. Landtage und Reichsrat.

Das Abgeordnetenhaus ist zusammengebrochen und alle Gassenbuben der Politik üben nun ihren Spott an dem „unmöglichen“ Parlament. Es ist weder unser Bedürfnis, das Parlament zu verherrlichen, noch unsere Pflicht, seine Mängel und Gebrechen zu beschönigen; aber die Sache so darzustellen, als wäre in dem demokratischen Hause, wie der saubere Ausdruck lautet, nur „geschwächt“ worden, ist doch wohl eine Geschichtsfälschung ganz perfider Art. In dem Jahre, das dem Zusammenbruch voranging, hat das Abgeordnetenhaus die schwersten Gesetzwerke zuwege gebracht, Werke, an die sich die Kurienparlamente gar nicht herantrauten; man braucht nur an die Wahlreform, die Steuerreform, die Dienstpragmatik zu erinnern, von vielen kleinen, aber bedeutsamen Gesetzreformen nicht zu sprechen, um die Ungerechtigkeit und Gehässigkeit der schändlichen Urteile über das Parlament zu erkennen. An Uebeln leiden alle Parlamente; die Zerrissenheit unserer Zeit, die immer mehr sich vertiefende Klassenscheidung, das Verdrängen von Kulturfragen durch materielle Sorgen und Kämpfe führen es geradezu naturnotwendig herbei, daß kein Parlament die Erfüllung von Idealen zu sein vermag, jedes mit den kritischen Augen des nackten Interesses gemessen wird. Aber die Erscheinung, daß man darob sogleich die Einrichtung verwirft und sich zu erheben vermeint, wenn man der verfassungsmäßigen Institution, an die andere Völker ihr Selbstbewußtsein und ihre Würde knüpfen,

mit gelangweilter Blasiertheit entgegentritt, die ist auf unser Land beschränkt und stellt den erstaunlichen Intellektuellen, vor deren ästhetischem Bedürfnis die ungefüge Demokratie nicht besteht, ein seltsam Zeugnis aus . . . Doch wollen wir heute nicht gerade über diese Verirrungen des politischen Urteils reden, sondern den Zusammenhang des Zusammenbruches des Parlaments mit der Landtagsmisere in Erwägung ziehen.

Das ganz Sonderbare der österreichischen Logik besteht darin, daß sie sich enthoben fühlt, nach den Ursachen der Dinge, die ihr mißfallen, zu fragen. Das Parlament ist zusammengebrochen, also ist das Parlament schuldig, und weiter ist nichts zu suchen und zu sagen. Aber warum wird nie die Frage gestellt, woran das Parlament gescheitert ist? Stand es jemals seit der Wahlreform so, daß die Anfechtungen gegen das Parlament aus seinem Innern hervorgegangen wären? In jener Zeit, da der Länderföderalismus mächtig war, da die „historisch-politischen Individualitäten“ vor dem Staate den Vorrang beanspruchten, da stand es so: daß das Dasein des zentralen Parlaments von Parteien und Nationen *verneint* wurde und der Reichsrat nicht leben konnte, weil die Länder seine Stellung ihm bestritten. Als von den Ländern, denen die Absendung von Abgeordneten ins Parlament zustand, viele die Wahl vorzunehmen sich weigerten; als ganze Nationen die Besetzung des Reichsrates verweigerten: da brach das Parlament zusammen, weil sich seine Stellung und Geltung nicht durchgesetzt hatte. Ist das auch heute so? Gibt es irgend jemanden im Staate, eine Partei oder eine Nation, die dem Zentralparlament seine Existenz, sein Recht, seine Stelle bestreiten wollte; ist irgend eine Bestrebung noch wirksam geblieben, die das Reichsparlament nicht anerkennt, seine Stelle mit anderen Einrichtungen besetzen wollte? Genau so wie sich der Staat gegenüber den Ländern durchgesetzt hat, genau so der Reichsrat gegenüber dem Landtagesföderalismus! Und so dem Gedächtnis ist alles, was vor dem Weltkrieg war, doch nicht entschwunden, als daß man vergessen hätte, woran das Abgeordnetenhaus gescheitert ist. Es ist die böhmischen Landtag zum Opfer gefallen; dessen Zusammenbruch ist am Parlament gerächt worden! Und das Parlament bekommt noch nach seinem Tode nur Schelt- und Hohnworte zu hören; für die Landtage begehrt man aber eine „Ausgestaltung“ ihrer Befugnisse! Das arme Abgeordnetenhaus büßte, was die unmögliche böhmische „Landesautonomie“ verbrochen, die unvernünftig ist, das Gebot der Autonomie für die nationale Minderheit zu erfüllen, und man klagt das Opfer statt den Verursacher an! Für diesen heischt man noch Erweiterung seiner Rechte!

An allen Krisen und Fährlichkeiten des Abgeordnetenhauses ließe sich unschwer nachweisen, daß ihre letzte und wahre Ursache in jenem Grundgebrechen der Landesverfassungen liegt, das wir mit aller Schärfe schon dargelegt haben: daß in allen nationalgemischten Ländern der Landeszentralismus mit dem Anspruch der nationalen Minderheit auf Selbstständigkeit in unlöslichen Widerspruch geraten ist. Was war jene ruthenische Obstruktion, die das Parlament so oft beunruhigt hat? Die Erbitterung, daß der Minderheit der Anspruch auf ein größeres Stück Recht im Landtag, die Wahlreform, verweigert wurde! Die Minderheit, die sich im

Land gegenüber einer nationalen Fremdherrschaft wahrnimmt und sie nicht aufzuheben vermag, trägt den Kampf einfach in den Reichsrat hinein: das ist der Kreislauf der Wirren vom Land ins Reich und vom Reich ins Land. Das innerpolitische Leben muß von diesen ständigen Landtagswirren entlastet werden, wenn wir im Reichsrat zur ungestörten schöpferischen Arbeit gelangen sollen.

Die neueste Friedmann-Gründung. Wir haben im Morgenblatt vom letzten Mittwoch kurz über die Gründungsverammlung des neuen Vereins „Oesterreichische politische Gesellschaft“ berichtet und nach einer unter bestimmten Vorbehalten ausgesprochenen Zustimmung zu den „sehr schönen Worten“ des Programmredners Hofrats Baron Wieser ebenso ruhig als sachlich bemerkt:

Leider werden die Hoffnungen, die Hofrat Baron Wiesers schöne Worte wachriefen, wieder geknickt, wenn wir vernehmen, daß die Versammlung namens der Proponenten des neuen Vereines vom Abg. Friedmann eröffnet wurde. Diese eine Tatsache, daß ein Friedmann der Vorfürher der Vereinsgründer ist, spricht dem Verein das Urteil. Es ist Naivität, unter solcher Fahne für Gesundung des politischen Lebens kämpfen wollen und wäre es nicht Naivität, umso schlimmer. Wir meinen überhaupt, daß nach dem Kriege weniger die Kreise Friedmanns, also weniger die Kreise der großen Krieger verdienter die Hilfe und Rückenbedeckung durch die Vertreter der Wissenschaft verdienen, als vielmehr die große Masse des Volkes, das sich arm geopfert hat. Wir haben uns den Eintritt der akademischen Kreise ins politische Leben wahrhaftig anders vorgestellt.

Wer die Geschichte, wie Friedmann zu einem Mandat kam, kennt und weiß, daß er es nur parlamentarischen Machenschaften verdankt, wenn ihn die Zuminutheit vor dem Gerichtschickale seines Parteigenossen und „Mitarbeiters“ Wohl zu bewahren vermochte, wird unsere Zweifel darüber, ob die Akademiker sich von der richtigen Ballmutter auführen lassen, verstehen. Der überraschende Gründerzorn, der sich ob unserer Warnungstafel im Organ des Grazer Kreisnuns („Tagespost“ Nummer 98) ausstößt, mag allen bisher noch Blindegewesenen offenbaren, welch artiger Zirkel da in seinen Hoffnungen und Plänen gestört wurde; das Blatt schreibt oder läßt sich schreiben:

Die Gründung scheint nun den Christlichsozialen sehr unangenehm (?) zu sein, offenbar deshalb, weil keiner ihrer (das „schmücken“ Beiwort verfiel der Zensur!) Führer beigeogen wurde und weil die Gesellschaft erklärte, fernab vom Partietriebe politische Fragen behandeln zu wollen. In Wien Politik zu treiben und dabei den Herrn Gehmann und seine Getreuen zu übergehen, ist natürlich ein Verbrechen, das in den christlichsozialen Organen mit wahren Schimpforgien (!) geahndet wird. Die Leute überkollern sich ordentlich vor Zorn und Wut, dabei leisten sie sich in der Zeit des Bürgerfriedens die niedrigsten Gemeinheiten. Weil einzelne Industrielle in die Gesellschaft eintraten, wird diese sofort zu einer Gemeinschaft schmutziger Kriegslieferanten gestempelt und den Industriellen der Vorwurf gemacht, daß sie alle gewissenlose Blutmacher sind. Die Industrie, die in diesen Kriegszeiten fabelhaftes geleistet hat, ist über die Beschimpfungen der christlichsozialen Blätter ebenso erhaben, wie ihr bester und tüchtigster Vertreter (!), der Abgeordnete Friedmann, der persönlich in nicht wiederzugebender Art verunglimpft wird, weil er einem Christlichsozialen, dem satzsam bekannten Herrn Bielowlawek, das Mandat abgenommen hat. Aber tiefer hängen muß man das Gebaren dieser Leute und ihnen sagen, daß man für das Verhalten der „Reichspost“ und ihrer Provinzableger besonders in dieser ersten Zeit nur einen Ausdruck übrig hat: Psui Teufel!

Man erkennt leicht, daß unsere Bemerkungen geradezu ein Bolltreffer ins Zentrum gewesen sein müssen. Diese selbstverräterische Gründeranregung veranlaßt uns, der Neugründung, die uns sonst schwerlich viel zu beschäftigen vermocht hätte, einige Aufmerksamkeit zu widmen. Und so stellen wir denn fest, daß auch die nicht gerade Christlichsozialer Gesinnung verdächtige „Arb. Ztg.“ sich sehr despektierlich über die Neugründung ausgesprochen hat, als deren Väter sie die Herren Friedmann und N. v. Bank (also wieder Ednard und Kunigunde!) vermutete; nur das Wiener Nationalverbandsgorgan „Oesterreichische Rundschau“ (Nr. 79) faßte sein Urteil in folgende Sätze zusammen:

Der Abgeordnete Friedmann hat wieder einmal das dringende Bedürfnis gefühlt, eine politische Gesellschaft zu gründen. Man braucht nur die Namen der Teilnehmer zu lesen, um sofort zu wissen, daß die Fichtegasse und alles, was mit ihr zusammenhängt, über diese Neugründung tief gerührt und hoch erfreut ist. Die lähne Behauptung des Professors Wieser aber, daß dieser neue Verein die Volkstimme hinter sich habe, darf denn doch nicht unwidersprochen bleiben. Das Holzpapier der „Neuen Freien Presse“, des „Neuen Wiener Tagblattes“, des „Neuen Wiener Journals“ und ähnlicher „deutscher Zeitungen“ haben die Herren hinter sich, sonst aber nichts. Sie sind Generale ohne Armee, wie alle diese doktrinären Parteigründer, die furchtbar gelehrt mit tausend Fremdwörtern um sich werfen und dem deutschen Volksempfinden völlig fremd gegenüberstehen, wie es ihre Sprechweise beweist. Abg. Friedmann und seine Mannen werden das deutsche Volk nicht retten und führen. Ewig gilt das Weisheitswort vom alten Vater Jahn: „Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden.“ Diese „Oesterreichische politische Gesellschaft“ ist ein gelehrter Stammtisch mehr, nichts weiter. Daß doch diese Herren von der Börsenpartei das „Gründen“ nicht lassen können!

Was meinen die Gründer, die sich durch ein paar Worte der „Reichspost“ so aus allen ihren Himmeln hebeln ließen, dazu? — Wir tragen, unserm durch den Zwischenfall erhöhtem Interesse entsprechend, die Namen der Vorstandsmitglieder des neuen Klubs vom Kolowratring nach: Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde der Dekan der juristischen Fakultät Universitätsprofessor Hofrat Baron Wieser gewählt, in den Ausschuss Abgeordneter Friedmann, Geheimer Rat v. Horowitz, Industrieller Rudolf Kraus, Architekt Kropf, Kommerzialrat Meinel, Abgeordneter v. Bank, Dr. v. Sprung, Universitätsprofessor v. Wettstein.

Besuch des Statthalters Freiherrn v. Fries in Görz.

Triest, 10. April.

Statthalter Dr. Freiherr v. Fries-Skene ist gestern in Görz eingetroffen, wo er zunächst den militärischen und zivilen Behörden Besuche abstattete. Der Statthalter ließ sich sodann über die Approvisionierungsverhältnisse berichten, wobei er neuerlich feststellen konnte, daß dank dem weitgehenden Entgegenkommen der militärischen Kommandos und der von ihnen hier im unmittelbarsten Kriegsgebiete für die Zivilbevölkerung betätigten wirksamen Fürsorge die Approvisionierungsverhältnisse sowohl der Stadt wie des ganzen Görzer Bezirkes andauernd vollkommen zufriedenstellend sind. Auch für den Neuanbau der Felder wurde von den militärischen Stellen im steten Einvernehmen mit der politischen Verwaltung in weitem Umfange Vorkehrungen getroffen. Infolge der rechtzeitig und ausreichend erfolgten Beistellung von Arbeitskräften und Bepflanzung sind die Felder überall bestens bestellt, so daß jedenfalls eine dem normalen Ertrage gleichkommende Ernte erhofft werden kann. Die Gesundheitsverhältnisse sind vorzüglich. Die Stimmung der Bevölkerung, welche die schweren Lasten des Krieges mit größter Opferwilligkeit trägt und dem endgültigen Siege unserer Waffen mit vollster Zuversicht entgegen sieht, ist nach wie vor die allerbeste.

Nachdem der Statthalter noch das Spital der Barmherzigen Brüder, die seit Beginn des Krieges in Görz treu ausgehalten haben, besucht und ihnen seine wärmste Anerkennung ausgesprochen hatte, kehrte er nach Triest zurück.

Staat, Länder und Kreise.

V. Der böhmische Landtag und die nationale Autonomie der Deutschen in Böhmen.

Die Krise der autonomen Landesverwaltung besteht, national betrachtet, darin, daß innerhalb des „einheitlichen“ Landes für das Recht der nationalen Minderheit auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit kein Raum ist; und die Obstruktion in den Landtagen ist eben nichts anderes als der nachdrückliche Protest gegen einen Zustand, der die Minderheit unter die nationale Fremdherrschaft setzt. Daß die Länderautonomie daneben, rein als Verwaltung angesehen, mit den denkbar schwersten Gebrechen behaftet ist und die bescheidensten Ansprüche an ein fruchtbares und schöpferisches Verwalten unerfüllt beläßt, ist ein Kapitel für sich, das übrigens in der Arbeiter-Zeitung schon ausführlich abgehandelt wurde. Im Augenblick wollen wir nur die nationale Seite des Länderzentrismus betrachten, der das Recht der Minderheitsnation im Lande auf die Einsicht der nationalen Mehrheit, also des nationalen Segners verweist, welche Einsicht aus der Geschichte der nationalen Machtkämpfe satzhaft bekannt ist. Dieser Konflikt zwischen der Herrschaftsnation und der von ihrer Willkür abhängigen Minderheit ist in jedem der

nationalgemischten Länder zu sehen, wenngleich seine Stärke und Schärfe natürlich verschieden ist. Diese hängen erstens von der zahlenmäßigen Größe der Minderheitsnation ab; zweitens aber von dem Grad ihrer Entwicklung; die Ruthenen in Galizien waren immer eine sehr große Minorität, aber einstmal brauchte die polnische Mehrheit ihren Widerspruch nicht gerade zu fürchten. Das Land, in dem jener Konflikt am schwersten erscheint, ist naturgemäß Böhmen; denn die Minorität, die hier gegen eine nationale Fremdherrschaft rebelliert, ist schon der Zahl nach die größte, die in den Ländern anzutreffen sein wird, und in dem kulturellen und wirtschaftlichen Gewicht steht sie ganz bestimmt an erster Stelle. Deshalb auch haben wir es in Böhmen nicht mehr mit einer augenblicklichen oder zufälligen Streitfrage zu tun; hier bewegt sich der Kampf schlechtweg um das Recht der Minorität, und die Obstruktion der Deutschen in Böhmen verneint nun geradeaus den Landtag, der ihr autonomes Recht nicht zugeben noch erfüllen will. Wie ist nun die nationale Autonomie für die Deutschen in Böhmen zu verwirklichen? Einleuchtenderweise gäbe es nur eine Form dieser Verwirklichung, die sachgemäß und erspriesslich erscheint: nämlich, daß für die Deutschen in Böhmen ein ganz selbständiges, in sich so unabhängiges Verwaltungsgebiet geschaffen wird, wie es die Länder darstellen; daß Deutschböhmen zum Range eines in sich geschlossenen und abgeschlossenen Verwaltungsgebiets erhoben werde. Dieses Verwaltungsgebiet hätte sogar vor vielen, die jetzt sind, den Vorzug, daß es das Gebiet einer Nation wäre, daß es die Gewähr einer vernünftigen Zweckmäßigkeit in sich trüge. Tatsächlich schwebt derlei den böhmischen Deutschen auch manchmal vor; darauf wird wohl jenes frengliche Zweiteilungsprogramm hinauslaufen, wenngleich es näher bestimmt niemals vor die Öffentlichkeit trat. Wenn diese deutschböhmisches Selbständigkeit nun durchführbar, nämlich sachlich durchführbar wäre, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht als eine ernstliche Forderung erhoben, als festes Ziel nicht bestimmt werden könnte. Ist doch das Land Böhmen als einheitliches Verwaltungsgebiet ohnedies viel zu groß und seine Teilung wäre zu dem Zwecke einer nützlichen und erfolgreichen Administration auch dann notwendig, wenn die große Minoritätsfrage nach der Lösung nicht verlangte. Auf der anderen Seite handelt es sich hier um eine so bedeutende Minorität, daß ihr Anspruch auf eine von niemandem abhängige Selbstverwaltung vorweg berechtigt erscheint. Wir haben eine unbedingte Achtung vor den Rechten einer Nation und würden einer Forderung, die etwa das Recht des tschechischen Volkes antasten wollte, niemals zustimmen. Dagegen ist unser Respekt vor den „historisch-politischen Individualitäten“ äußerst gering, und wenn es möglich wäre, dieses deutschböhmisches Verwaltungsgebiet zu schaffen, so erschiene uns der Vorwurf der Landeszerreißung zu ertragen.

Staat, Länder und Kreise

133

Über man braucht nur die Karte in die Hand zu nehmen und erkennt sogleich, daß sich die ersehnte Provinz Deutschböhmen in die Wirklichkeit eben nicht überführen läßt. Fehlt ihr doch wie jeder Mittelpunkt auch eine organische Verbindung zwischen den Teilen, die gleichsam um den Rand eines Gebiets herumgehen, in dem auch sie ihr Zentrum haben, welches sie nun, abgetrennt und losgelöst, einfach verlieren würden. Jene Einheitlichkeit, die ihren Ursprung in der Geschichte hat, wohl auch eine große Geschichte bezeugt und schon darum den Tschechen wert und teuer ist, die vermag sich vor dem lebendigen Rechte der Nation nicht zu behaupten und ist durch die scharfe Ausprägung der Minoritätsnation zu Grabe getragen; diese eine „Individualität“ ist das Land, in dem zwei zum vollen Bewußtsein ihrer Nationalität gediehene Völker leben, das Land, in dem die Minoritätsnation ihren vollberechtigten nationalen Anspruch unerfüllt erkennt, schon lange nicht mehr. Wohl aber ist durch die ökonomische Entwicklung und durch die starken Wirkungen, die von ihr ausgehen, eine neue Einheit entstanden, die wirtschaftliche: und die läßt sich nicht gleich auflösen und zerschneiden. Ueber alle Sprachgrenzen flutet das wirtschaftliche Leben hinüber; die gesamte Wirtschaft — man schaue sich nur etwa die Bahnen an — strebt zu einem Mittelpunkt und geht von ihm aus; die wirtschaftliche Entwicklung schafft unausgesetzt neue Bindungen und

Verknüpfungen, und was sich national scheidet, ja fremd und feindselig gegenübersteht, wird von ihr ergriffen und zusammengefügt. Es ist nur ein kleines Exempel, aber doch eines: wenn die Deutschbürgerlichen zu einer Beratung zusammenkommen, kommen sie doch in Prag zusammen, obgleich sie in der Landeshauptstadt nicht auch die Hauptstadt ihrer Nation sehen... Was wir überall wahrnehmen, gilt eben auch hier: daß aus den wirtschaftlichen Kräften eine Verknüpfung hervorgeht, die ein wirkliches Sein ergibt, daß der wirtschaftlichen Entwicklung verbindende Kraft innewohnt. Nicht die alte Geschichte streitet für das „einheitliche“ Land, denn das alles ist in der nationalen Sonderung und Scheidung versunken. Wohl aber kann es sich auf die wirtschaftliche Entwicklung berufen, die keine Sprachgrenzen kennt und ihre eigene Gewalt besitzt.

Aber alle anderen Lösungen werden den Deutschen in Böhmen die Selbstständigkeit nicht geben, auf die sie wie jede Nation ein unveräußerliches Recht haben. Insbesondere sind all die Vorschläge, im unveränderten Rahmen der einheitlichen Landesverwaltung, also im Landtag und im Landesauschuß, die nationale Autonomie der Deutschen zu verwirklichen, vorweg mit dem Fluche der unfruchtbaren Halbheit belastet. Die nationale Autonomie besteht doch nicht darin, daß die deutschen Abgeordneten ein Mehr an Rechten erlangen; sie fordert, daß das deutsche Volk sein eigenes Recht besitze. Hier nun ergibt sich die Selbstverwaltung im Kreise nicht nur als die natürliche Lösung der Frage, wie den Deutschen in Böhmen die Selbstverwaltung verschafft werden könne — von der Erhebung dieses Verwaltens des Landes ins Fruchtbar-Schöpferische ganz abgesehen —, sondern schlechtthin als die einzig mögliche. Weil es unmöglich ist, dieses deutsche Gebiet als eine Einheit zu begründen und in die Schablone einer zentralistischen Landesverwaltung zu zwingen, deshalb muß es in Kreise zerlegt werden, die die Heimstatt der Selbstverwaltung sind. Teilen wir Böhmen in national abgegrenzte Kreise, setzen wir in jedem Kreise einen Kreistag und einen von ihm gewählten Kreisauschuß ein, so erlangen beide Nationen ihre Selbstverwaltung und eine wirkliche dazu; der Landtag mag dann die Aufgaben übernehmen, die beiden Nationen gemeinsam sind und deren Besorgung nur von ihrer Gemeinschaft erfolgen kann. Man kann das Land Böhmen nicht einheitlich verwalten — dagegen stimmt sich mit Fug und Recht der deutsche Anspruch auf nationale Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Man kann es auch nicht einfach zerteilen — dagegen streitet die wirtschaftliche Entwicklung, die eine tatsächliche Verknüpfung hergestellt hat, die sich nicht kurzweg auflösen läßt. Wohl aber bedürfen beide Nationen für die neuen Aufgaben, die ihnen die Zeit stellt, für die sozialen Aufgaben, einer lebendigen und schöpferischen Selbstverwaltung, die ihnen nur die im Kreise ermöglicht und verbürgt. Alles übrige kann naturgemäß nur ein Produkt der Entwicklung sein, kann nicht gedanklich konstruiert werden. Aber dieses ist klar: die Schaffung national abgegrenzter Kreise und ihre Ausstattung mit voller Selbstverwaltung in Form und Befugnissen ist die unerläßliche Bedingung, um aus den böhmischen Wirren, in deren Strudel zeitweilig alles versinkt, herauszukommen und zur fruchtbaren Arbeit die Bahn für beide Nationen freizumachen.

Staat, Länder und Kreise.

VI. Die Autonomie der Nationen.

An dem böhmischen Beispiel ist es wohl deutlich geworden, daß von dem fruchtbaren Gedanken der Errichtung von Kreisen, die sich selbst verwalten, den Karl Renner mit erstaunlicher Klarheit und nicht genug zu rühmender Beharrlichkeit vertritt, zwei große Wirkungen ausgehen würden: die soziale, die in der Reform der Verwaltung liegt, und die nationale, die das schwierige Problem der Autonomie der Nationen löst. Die Kreise haben eben eine doppelte Funktion; die erste ist nun, eine Form des Verwaltens zu schaffen, von dem eine schöpferische Initiative, eine wirkende Kraft ausgeht, in der die ganze Fülle der Notwendigkeiten unserer Zeit ihre erspriessliche Erfüllung zu finden vermag. Das alles hat Renner wirklich schon bewiesen: und wer einsieht, daß wir in Oesterreich eine gute Verwaltung brauchen, wer will, daß wir sie bekommen, der muß sich eben auch entschließen, die Voraussetzungen für sie herbeizuführen. Allerdings sind die Oesterreicher in dieser Hinsicht gar merkwürdige Leute: es schimpft wohl ein jeder, wenigstens zeitweilig, über die Unzulänglichkeiten der Verwaltung, jeder nörgelt, kritisiert und räsoniert; aber mehr als das Raunzen bringt er nicht auf. Die landläufige Vorstellung des Oesterreichers ist eben, daß an allem die Menschen schuld sind; zu den Einrichtungen dringt er nicht vor. Nun hat es natürlich seine Richtigkeit, daß die Qualität der Bürokratie, ihr Verständnis, ihr Eifer, ihr Ehrgeiz, wenn man will, bei der Funktion der gesamten Verwaltung von großer Bedeutung sind. Aber an sich betrachtet, wird der Durchschnitt der österreichischen Verwaltungsbeamten mit den Trägern guter Verwaltung den Vergleich wohl aushalten; er hat vielleicht weniger Zucht, dafür hat er mehr Urbanität, vielleicht weniger Ehrgeiz, dafür einen Schuß Volksfreundlichkeit mehr. Zum Schluß kommt es aber doch auf die richtigen Einrichtungen an: ob sie so sind, daß sie die Initiative entwickeln oder verbodren, den Eifer beflügeln oder ertöten, die Verlässlichkeit heben oder die Schlamperie verstärken, die Korrektheit verbürgen oder die Protektion nötig machen; ob der Apparat glatt funktioniert oder ständig Reibungen ergibt. Wozu noch kommt, daß das Ideal ja nicht in einer vor sorgenden und dadurch bevormundenden Obrigkeit liegt, beileibe nicht, vielmehr in dem Sichselbstverwalten der Staatsbürger, und daß der Weg zu dieser höheren und fruchtbareren Form des Verwaltens nur über die Kreise geht.

Was aber die nationale Wirkung durch Errichtung von national abgegrenzten Kreisen betrifft, so würden die Landtage, deren Schicksal und Geltung hiedurch einfach der Entwicklung anheimgestellt wird, dadurch von all dem entlastet werden, was die ständige Quelle aller Zerwürfnisse und Streitigkeiten ist; sie würden, obwohl in der Wirksamkeit verringert, durch die Selbstverwaltung im Kreise vielleicht erst begründet werden; denn jetzt, wo sie ständig unter der Drohung und Möglichkeit der Obstruktion stehen und ihr in Zeiten immer verfallen, existieren sie ja doch nur auf dem Papier! Sie reden immer noch von der „autonomen Landesverwaltung“ von Böhmen und denken gar nicht daran, daß das Land seit drei Jahren schon von staatlichen Beamten verwaltet wird! Aber es ist nicht bloß diese Entlastung all der Landtage von dem Nationalen, was sie, so lange sie daran herumwürgen müssen, zur Unbeweglichkeit und Unfruchtbarkeit verurteilt; die eigentliche Bedeutung der Kreise erblicken wir in der durch sie geschaffenen Selbstverwaltung der Nation, welche allein ihr das niederdrückende Gefühl

Staat, Länder und Kreise

nimmt, daß sie einer nationalen Fremdherrschaft unterworfen ist, kein Eigenrecht besitzt und mit allen ihren Ansprüchen auf die Einsicht und auf das Wohlwollen des nationalen Gegners angewiesen ist. Das hört danach tatsächlich auf; vor allem aber erlangt die Minderheit, die sich entrechtet fühlt, das Gefühl der Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Wir meinen selbstverständlich nicht, daß die Deutschen in Böhmen rechtlos seien. Das ist natürlich unmöglich; das Gewicht einer so großen Minderheit setzt sich auch ohne rechtliche Sicherungen ihres Anspruches durch, namentlich wenn diese Minderheit der Nation angehört, die in Oesterreich doch allezeit die maßgebende war. Aber dennoch können die Deutschen in Böhmen die Empfindung nicht loswerden, daß ihnen ihr Anspruch nur wird, weil hinter ihm die Drohung mit der Obstruktion steht; und das ist in einer gewissen Hinsicht auch richtig. Man braucht nur ihre Stellung im Landtag, als das Obstruieren noch nicht erfunden war und die Waffe der Minderheit nur die wirkungslose Abstinenz war, mit der gegenwärtigen, vergleichslos stärkeren zu vergleichen, da der Landtag durch etwa zehn Jahre ohne Aussetzen unter dem Fallbeil der Obstruktion stand, um zu erkennen, daß hier nicht ausschließlich die Einsicht der Herrschaftsnation gewaltet, sondern mehr die Drohung gewirkt hat. Das Verhältnis kehrt sich sogar des öfteren um: die Minderheit, innerlich gehegt von dem Bewußtsein, immer mit der Obstruktion drohen zu müssen, kann sogar dahin gelangen, die Obstruktion ohne sachliche Nötigung zu unternehmen, wirklich nur aus dem Drange, der Mehrheit zu zeigen, daß sie da ist und respektiert zu werden begehrt. . . . Das alles sind nun die denkbar ungesündesten Zustände, und mit dem einmal so gepriesenen System des umständlichsten Vermittelns und Verhandeln für die kürzeste Landtagsession kommt man nicht weiter. Das Problem ist, wenn schon die Länder bleiben und die Landtage, wie innerhalb ihres Rahmens die Forderung nach der nationalen Autonomie der Minderheit, als welche Autonomie wir eben ihr Recht erkennen, ihre Angelegenheiten selbständig und unabhängig zu verfahren, zu erfüllen sei. Und das kann nur durch die Selbstverwaltung im Kreise geschehen, und kann gar nicht anders geschehen. Die Selbstverwaltung im Kreise ist die Rettung der Länder, ohne die sie einfach austrocknen und verdorren würden.

Die Selbstverwaltung im Kreise wird freilich nicht bloß eine Begründung, sie wird auch eine Entthronung sein: die Begründung der bürgerlichen Selbstverwaltung — denn daß sie nur in diesem Klassencharakter ins Leben treten wird, ist uns nicht unklar — und die Entthronung jenes Nestes des feudalen Regimes, der in dem überragenden Einfluß der Großgrundbesitzer, wie ihn im höchsten Maße die böhmische Landesverfassung verkörpert, konserviert wird. Man darf sich deshalb über die Kräfte und Mächte, die sich dieser demokratischen Fortentwicklung hindernd in den Weg stellen, nicht täuschen; der böhmische Feudaladel, und ebenso der Großgrundbesitz allerorten, wird den Kreisen, in denen sich die bürgerliche Selbstverwaltung realisiert, nur mit scheelen Augen entgegenblicken. Und es war und ist das Verhängnis des Bürgertums aller Nationen, daß es den blendenden Aushängeschildern, mit denen das feudale Klasseninteresse verdeckt wird, allezeit Glauben entgegengebracht hat; die ehrfürchtige Anhänglichkeit der Tschechen an einen Landtag, der scheinbar ihre Herrschaft ausdrückt, in Wirklichkeit ihre sozialen Bedürfnisse ebenso unerfüllt beläßt wie die der Deutschen, ist ihnen ja, worüber eine lange Geschichte Zeugnis ist, vornehmlich von den Feudalen eingeimpft worden. Indes ist es ein so unumgängliches Bedürfnis Oesterreichs, mit den nationalen Zerungen und Wirrungen Schluß zu machen, den Quell aller Zerwürfnisse und Streitigkeiten zu verstopfen, neue Schläuche für neuen Wein beizustellen, daß der fruchtbare Gedanke der Selbstverwaltung im Kreise nicht mehr versiegen kann, vielmehr durch seine inneren Notwendigkeiten für Staat und Völker den Sieg über alle Hindernisse gewinnen muß.

Die nationalen Kämpfe in Oesterreich haben einen Höhegrad erreicht, der ihre Lösung unumgänglich heischt. Aber der sie auch möglich macht! Denn die Schärfe dieser Kämpfe, darauf muß einmal auch hingewiesen werden, bedeutet eben auch einen Höhegrad der Entwicklung der Nationen in Oesterreich; bedeutet eben ihre geistige und wirtschaftliche Ausreifung. Wenn es in einem Staate mit verschiedenen Nationen keine nationalen Kämpfe gibt, bedeutet das noch lange nicht, daß es keine nationalen Gegensätze gibt oder daß diese Gegensätze schon ihre organische Lösung gefunden haben. Sondern es bedeutet gemeinhin, wovon Ungarn ein so lehrreiches Beispiel ist, daß die Nationen, die die nationale Fremdherrschaft ohne rechten Widerspruch tragen, jenen Höhegrad der nationalen und sozialen Entfaltung noch nicht erreicht haben, der den auf eine Vielheit von Nationen aufgesprossenen „Nationalstaat“ als unerträglich empfindet und darum ausschließt. Die Entwicklung der Nation bedingt ihren Drang nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit, ruft also, da sich der Drang aller Nationen kreuzt, den nationalen Kampf hervor; je entwickelter die Nationen, desto heftiger ihr Kampf. Hat nun diese Entwicklung einen bestimmten Höhegrad erreicht, dann ist die Lösung der Kämpfe, die Findung der Form ihres friedlichen Neben- und Miteinanderlebens möglich. Das ist nun die große

Aufgabe geworden, die vor den Nationen in Oesterreich steht, und nur kurzfristige Torheit könnte wähen, eine zufällige, augenblickliche Konstellation, die vielleicht auch mehr Schein als Wirklichkeit ist, dazu zu benutzen und auszunützen zu vermögen, statt der gerechten Form des Zusammenlebens eine künstliche und darum schon unhaltbare „Hegemonie“ aufzurichten zu können. Wohl ist die Möglichkeit nun gegeben, das Notwendige und Berechtigte, was so lange und so ungebührlich vorenthalten ward, jetzt zu erringen. Aber jedes Mehr darüber hinaus wäre ein Uebel, das sich vor allem an denen rächen würde, die es setzen. Denn das fundamentale Gesetz, das seiner weder spotten, noch sich vergewaltigen läßt, ist und bleibt das Gesetz der Zahl; eine Herrschaft, die sich nur stützen würde auf das papierene Recht, der Fundierung durch die Bollkraft entbehrt, wäre in sich haltlos. Nur in der Autonomie jeder Nation, die sich aufbaut auf der demokratischen Selbstverwaltung im Kreise, ist das natürliche, gerechte und friedliche Verhältnis der Völker in Oesterreich bekräftigt.

f. a.

Pester Journal.

nr;
cu

Funfundvierzigster Jahrgang.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.

Redaktion und Administration:

Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 24.

Telephon: Redaktion 26-09. Administration 26-10, 23-31.

Bodenreform.

Der feingeistige Bischof von Székesfehérvár, Ottókar Prohászka, der so oft schon abseits der großen Heerstraße seinen eigenen Weg gegangen, hat heute in der Jahresversammlung des Bundes ungarischer Landwirthe in überaus interessanter Weise die Frage einer Bodenreform in Ungarn angeschnitten. Sein Bestreben geht dahin, noch weitere Schichten unseres Volkes als bisher zu Besitzern von Grund und Boden zu machen. Die Idee selbst ist ja nicht neu. Sowohl konservative Agrarier wie radikale Merkantilisten und demokratische Sozialisten drängen schon seit Jahr und Tag zu einer Bodenreform, wobei allerdings bezüglich der Art dieser Reform die größten Gegensätze zwischen ihnen bestehen. In Einem jedoch sind fast alle einig, daß diese Reform nur unter Heranziehung der Latifundien möglich ist. Während aber die äußerst links stehenden Bodenreformer auch bisher schon offen verkündeten, daß hierfür in allererster Linie die Güter der todtten Hand vom Staate übernommen und parzellirt werden sollten, ist man im rechtsseitigen Lager der Bodenreformer bisher über diese Frage mit Stillschweigen hinweggeglitten.

Heute aber hat Bischof Prohászka dieses Stillschweigen durchbrochen, indem er trotz seiner hohen kirchlichen Würde beantragte, daß dem Staate zu Zwecken der Bodenreform ein Pachtanspruch eingeräumt werden möge nicht bloß auf die Fideikomnisse, sondern auch auf die kirchlichen Güter und die Fundationalbesitze. Daß der moralische Muth, den Bischof Prohászka mit diesem Antrage bewiesen, in den weitesten Kreisen des Landes Anerkennung finden wird, ist zweifellos, doch leider waren jene Reformvorschläge, die er an diesen Antrag knüpfte, durchaus nicht so beschaffen, daß man ihnen ebenfalls vorbehaltlos Beifall klatschen könnte, da der gelehrte Kirchenfürst, vielleicht beeinflusst von dem genius loci, sich allzustark von den Bestrebungen der Hochagrarien, in deren Mitte er sprach, ins Schlepptau nehmen ließ.

Wir haben oft und oft schon in der Zeit vor dem Kriege an dieser Stelle darauf hingewiesen,

daß ein Gedeihen Ungarns ohne kräftige Intensivierung seiner Landwirthschaft ganz und gar unmöglich sei, eine der der wichtigsten Vorbedingungen für diese Intensivierung aber müsse eine Bodenreform sein, die dem Ueberwiegen des Latifundienbesitzes ein Ende mache und einen gesunden, durch intensive Wirthschaft befähigten Klein- und Mittelbesitz schafft. Der Krieg hat diese ganze Frage, die vorher schon eine aktuelle gewesen, förmlich zu einer brennenden gemacht. Denn es ist klar, daß der Staat die gewaltigen materiellen Lasten, die der Krieg ihm unstreitig aufgebürdet hat, nur dann wird ohne Gefährdung ertragen können, wenn die latenten produktiven Kräfte dieses Landes, und zwar sowohl jene in der Landwirthschaft wie die in der Industrie aufs kräftigste entwickelt werden. Doch an diese Seite der Frage hat leider Bischof Prohászka gänzlich vergessen. In seiner ganz spiritualistischen Denkweise ließ er sich bei seinem Antrage nur von humanitären Beweggründen leiten und verfiel dabei in den vielleicht ihm selbst nicht ganz klar zum Bewußtsein gekommenen Fehler, wohl die Interessen der Allgemeinheit und ihres Repräsentanten, des Staates, nicht genügend zu wahren, dafür aber die ganze Reform in den einseitigen Dienst der hochagrarischen Interessen zu stellen.

Soll die ganze Bodenreform den gewünschten Erfolg haben, nämlich die Intensivierung unserer Landwirthschaft zu fördern und damit den ungarischen Staat zu kräftigen, so muß in allererster Linie dafür gesorgt werden, daß jene Güter, auf die der Staat Pachtrecht hat und die er dann weiterverpachten will, in solcher Weise parzellirt werden und in solche Hände gelangen sollen, daß eine volle Garantie dafür geboten sei, daß die neuen Bebauer nicht die Schleudertwirthschaft der alten Bebauer fortsetzen werden. Ob dies aber möglich wäre bei Schaffung von solchen Pachtungen, wie sie Bischof Prohászka in Aussicht nimmt, nämlich Kleinbesitze von 15 bis 35 Joch und Mittelbesitze bis zu 350 Joch, erscheint mehr als fraglich. Der eigentlich innere Sinn dieses Vorschlages ist die Schaffung eines neuen Bauern- und eines neuen landwirthschaftlichen

Ausgleichswünsche.

Die österreichischen Industriellenverbände haben in einer gemeinsamen Kundgebung zu der bevorstehenden Erneuerung des Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn Stellung genommen. Daß die Ausgleichsverhandlungen diesmal — wo sich gleichzeitig ein ungeheures Völkerringen abspielt — nicht den lauten kritischen Stimmenchor wecken, der sie sonst zu begleiten pflegte, ist eine selbstverständliche Sache. Aber bei aller Zurückhaltung, die der Ernst der Zeitereignisse gebietet, war es doch richtig und wohlgetan, daß die österreichische Industrie sich zum Worte meldete, und daß sie mit einer durch ihre Kriegseleistungen verstärkten wirtschaftlichen Autorität Wünsche und Forderungen aussprach, die den Interessen der großen Volksmehrheit in Oesterreich durchaus entsprechen. An der Spitze dieser Forderungen steht die nach der Langfristigkeit des zu schließenden neuen Ausgleichsvertrages. Ist auch der öffentlichen Meinung bisher wenig Gelegenheit geboten worden, sich in Ausgleichsfragen zu äußern, so steht es doch außer Zweifel, daß alle österreichischen Wirtschaftskreise, was diesen Punkt, die Langfristigkeit, betrifft, eines Sinnes sind. Es wäre auch schwer verständlich, wenn diese Anschauung etwa

von ungarischer Seite nicht in vollem Maße geteilt würde. Denn der Krieg, abgesehen von seiner noch unbestimmbaren Dauer, wird jedenfalls auch nach seiner Beendigung Störungen des europäischen Wirtschaftslebens hinterlassen, die noch geraume Zeit anhalten dürften. Bei solcher Unsicherheit ist es doch das Mindeste, was wir für uns selbst tun können, daß wir wenigstens in unserem eigenen doppelstaatlichen Wirtschaftsgebiet eine Ordnung schaffen, auf deren gesicherten Bestand wir für einen längeren Zeitraum rechnen können. Die ungarische Volkswirtschaft wird nach den Erschütterungen des Krieges einer solchen festen Rechnungsbasis ebenso wenig wie die österreichische entbehren können. Für beide Reichshälften wird ein langfristiger Vertrags- und Ruhezustand von gleichem Vorteil sein.

Die Kundgebung der Industriellen beschäftigt sich in einigen grundsätzlichen Andeutungen auch mit den Fragen der Zollpolitik. Es leuchtet wohl von selbst ein, daß wir angesichts der Ungewißheit, die über die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen den europäischen Staatengruppen herrscht, die bewährten Grundlagen unserer Handels- und Verkehrsgemeinschaft mit Ungarn und unseres kommerziellen und gewerblichen Zollsystems überhaupt nicht in Frage stellen lassen können. Soweit also die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn sich auf dem festen Boden der Erfahrung bewegen, kann diesmal wohl weniger als je vor einschneidenden Systemänderungen die Rede sein. Soweit wir aber vor neuen Fragen stehen, die erst durch den Ausgang des Krieges und durch neue Auslandsverträge entschieden werden können, wird man sich mit gewissen vorbereitenden Vereinbarungen begnügen müssen, um später für alle Eventualitäten wirtschaftlich gerüstet zu sein. In einem Punkte allerdings kann jetzt schon gesagt werden, daß unbedingt eine neue Bahn eingeschlagen werden müssen — nämlich: was die agrarische Seite unserer Zollpolitik anlangt. Eine der wichtigsten Errungenschaften des Krieges, der freie Handelsweg, den wir uns nach der Balkanrichtung erkämpft haben, würde sinnlos werden, wenn wir uns durch unsere eigene Zollpolitik diesen Weg wieder verammeln wollten. Zum Glück werden auch die engeren agrarischen Interessen, wenn richtig

verstanden, eine solche Abschließungspolitik gar nicht mehr erfordern, sobald die Getreuen Hohenblums Wiene machen, sich darauf neuerdings zu steifen. Der Krieg hat doch bekanntlich unserer Landwirtschaft, im Gegensatz zu anderen hart getroffenen Volksschichten, große Gewinne gebracht, und diese landwirtschaftliche Konjunktur wird sich nach dem Kriege noch stark und nachhaltig steigern, da in ganz Europa nach völliger Aufzehrung der Getreidereserven und Vichtung der Viehbestände eine ungestüme Nachfrage nach Agrarprodukten jeder Gattung entbrennen wird. Die agrarische Hochkonjunktur wird also noch lange andauern, und es wird dabei eine dringende Aufgabe aller Staatsverwaltungen sein, den Nahrungsmittelbedarf der konsumierenden Massen wieder auf ein halbwegs erträgliches Preisniveau zu bringen. Auch in diesem Punkte entspricht die Kundgebung der Industriellen nur den Bedürfnissen der Allgemeinheit.

Die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn.

Die Wünsche der Industrie.

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

Die drei zentralen industriellen Verbände haben in früheren Entschliessungen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die grundsätzliche Einigung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung über die dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und eine gemeinsame Handelspolitik möglichst früh erfolgen soll, während eine Reihe der zum Bereiche des Ausgleiches gehörenden Einzelfragen nach Wiederkehr des Friedenszustandes ihrer Lösung zugeführt werden soll.

Da aber seither die Verhandlungen zwischen den Regierungen aufgenommen worden sind, haben die drei zentralen industriellen Verbände, der Industrielle Klub, der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs und der Bund Oesterreichischer Industrieller, es für geboten erachtet, schon jetzt ihren Standpunkt zu den wichtigsten Punkten des Ausgleichswerkes durch nachstehenden Beschluß festzustellen:

1. Der Ausgleich ist für eine mindestens 25 jährige Dauer abzuschließen und sollte in einem späteren Zeitpunkt als die handelspolitischen Uebereinkommen mit dem Deutschen Reich und den anderen Staaten ablaufen.

Die Langfristigkeit ist in erster Linie ein gemeinsames Interesse und liegt mindestens ebenso sehr im Interesse Ungarns wie in jenem Oesterreichs. Die Langfristigkeit ist die selbstverständliche Voraussetzung für die unge störte Entwicklung von Industrie, Handel und Landwirtschaft; die Sicherung einer längeren Stabilität des Verhältnisses erscheint besonders wichtig nach der vorangehenden Periode des schwierigen Ueberganges von der Kriegswirtschaft zum normalen Friedensbetrieb. Die Langfristigkeit ist weiter ein unumgängliches Erfordernis für die Steigerung der Produktion und Ausfuhr, die durch die bevorstehenden Steuern schwer belastet werden, ferner für die geplante wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich, endlich für den stärkeren Zufluß fremden Kapitals, an dem Ungarn ein noch größeres Interesse hat als Oesterreich.

2. Die Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft bei uneingeschränkter Verkehrsfreiheit zwischen Oesterreich und Ungarn ist die Vorbedingung für das gesamte Ausgleichswerk.

3. Schnellige Vereinbarung der wichtigsten Positionen des autonomen Zolltarifes. Der künftige autonome Zolltarif soll er eine brauchbare Grundlage für den Abschluß günstiger Handelsverträge bilden, muß derart erstellt werden, daß er Ermäßigungen im Interesse unseres Außenhandels ermöglicht. Die künftigen Vertragszölle müssen jedoch unserer Industrie unbedingt jenen Schutz gewähren, der für ihren gedeihlichen Bestand und ihre künftige Entwicklung unerlässlich ist, was notwendigerweise in einzelnen Positionen zu einer Erhöhung der jetzt geltenden Sätze führen wird.

4. Bei Festsetzung der Landwirtschaftlichen Zölle sowie der Regelung der Veterinärfrage ist auf die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie auf eine günstige Gestaltung der Handelspolitik mit den Balkanstaaten die weitestgehende Rücksicht zu nehmen.

5. Weitere Durchbildung des Veredlungsverkehrs, und zwar ohne Identitätsnachweis mit Anwendung des Systems der Einfuhrscheine, soweit dies das Interesse der einzelnen Industriezweige zuläßt. Dagegen könnte die Einführung des Mahlverkehrs nur in Erwägung gezogen werden, wenn durch entsprechende Maßnahmen die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Mühlenindustrie gewährleistet würde.

6. Ausführliche Vereinbarungen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften und privaten Unternehmungen. Unbedingte Gleichstellung der österreichischen und ungarischen Staatsbürger in Ungarn in Bezug auf die direkte Besteuerung.

7. Festhaltung des Grundsatzes, daß nicht durch Ungleichheit der indirekten Steuern und Abgaben die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und die Freiheit des Abzuges innerhalb der Grenzen der Monarchie beeinträchtigt werde.

8. Wenn es künftig zur Deckung der außerordentlich vermehrten Staatsausgaben unvermeidlich sein wird, auch die indirekten Abgaben zu erhöhen, so muß mit allem Nachdruck dagegen Einsprache erhoben werden, daß dies auf dem Wege von Produktionsmonopolen oder begünstigten Staatsbetrieben erfolge.

9. Strenge, uneingeschränkte und jede Umgehung ausschließende Durchführung der Gleichstellung der österreichischen und der ungarischen Transporte auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs. Festhaltung an dem grundsätzlichen Mitbestimmungsrecht der österreichischen Staatsbahnen an der Regelung des Durchzugsverkehrs hinsichtlich der Tariferstellung und Verteilung. Genauere Vereinbarungen über Transportsteuern und Abgaben sowie den Donauverkehr. Wahrung unserer Verkehrs-, insbesondere auch unserer Schifffahrtinteressen in Bosnien und der Herzegowina.

10. Ein gleichmäßiges Vorgehen in der Regelung des Auswanderungswezens ist dringend erforderlich, insbesondere ohne Begünstigung der ausländischen Schifffahrt.

11. Da die Zollentnahmen von den gemeinsamen Ausgaben abgezogen werden und in Oesterreich der Warenverbrauch, namentlich in jenen Waren, die mit Finanzzöllen belegt sind,

ein viel größerer ist als in Ungarn, ist die Herabsetzung der österreichischen Quote schon aus diesem Grunde anzustreben. Zu den gemeinsam zu bestreitenden Aufwendungen gehören naturgemäß die durch den Krieg und seine Folgen entstandenen, insbesondere die Ausgaben für den Ersatz von Kriegsschäden, für die Versorgung der Kriegsinvaliden, -Witwen und -Waisen, für die Herstellung der Valuta und für die Ansammlung von Kriegsvorräten.

12. Ueber das Verhältnis zu den beim Friedensschluß der Monarchie etwa neu anzugliedernden Gebieten verlangt die österreichische Industrie, zur Wahrung der dabei in Betracht kommenden wichtigsten industriellen Interessen gehört zu werden, bevor diesbezüglich eine Bindung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung erfolgt.

Die Ausgleichsverhandlungen.

Wien, 13. April.

Die Ausgleichsverhandlungen zwischen den österreichischen und ungarischen Ministern, welche am Dienstag begonnen haben, sind Mittwoch und Donnerstag fortgesetzt worden. Morgen nachmittag findet neuerlich eine Beratung statt.

An den Verhandlungen haben teilgenommen: Auf ungarischer Seite Ministerpräsident Graf Tisza, die Minister Harkanyi, Teleszky und Ghillany, die Staatssekretäre Pers, Pap und Ottlik, die Ministerialräte König, Dubrawsky, v. Neumann und Wimmersperg, auf österreichischer Seite Ministerpräsident Graf Stürgkh, die Minister Dr. v. Spitzmüller, Ritter v. Leth, Freiherr v. Forster und Zenker, ferner als Regierungsvertreter vom Ministerpräsidentium Sektionschef Jolger und Sektionsrat Freiherr v. Löwenthal, vom Handelsministerium Sektionschef Riedl und Ministerialrat Schüller, vom Finanzministerium die Sektionschefs Wimmer und Joas, vom Eisenbahnministerium die Sektionschefs Ritter v. Solvis und Orienberger, vom Ackerbauministerium Sektionschef Ritter v. Seidler.

Beschluß der österreichischen industriellen Verbände über den Ausgleich.

Die österreichischen industriellen Verbände verlautbaren nachstehende Entschliebung über den Ausgleich:

„Die drei zentralen industriellen Verbände haben in früheren Entschliebungen der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die grundsätzliche Einigung zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung über die dauernde Einheitlichkeit des Zoll- und Wirtschaftsgebietes und eine gemeinsame Handelspolitik möglichst früh erfolgen soll, während eine Reihe der zum Bereiche des Ausgleiches gehörenden Einzelfragen nach Wiederkehr des Friedenszustandes ihrer Lösung zugeführt werden soll.

Da aber seither die Verhandlungen zwischen den Regierungen aufgenommen worden sind, haben die drei zentralen industriellen Verbände, der Industrielle Klub, der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs und der Bund Oesterreichischer Industrieller es für geboten erachtet, schon jetzt ihren Standpunkt zu den wichtigsten Punkten des Ausgleichswerkes durch nachstehenden Beschluß festzustellen:

1. Der Ausgleich ist für eine mindestens 25 jährige Dauer abzuschließen und sollte in einem späteren Zeitpunkte als die handelspolitischen Uebereinkommen mit dem Deutschen Reiche und den anderen Staaten ablaufen. Die Langfristigkeit ist in erster Linie ein gemeinsames Interesse und liegt mindestens ebenso sehr im Interesse Ungarns wie in jenem Oesterreichs. Die Langfristigkeit ist die selbstverständliche Voraussetzung für die unge störte Entwicklung von Industrie, Handel und Landwirtschaft; die Sicherung einer längeren Stabilität des Verhältnisses erscheint besonders wichtig nach der vorangehenden Periode des schwierigen Ueberganges von der Kriegswirtschaft zum normalen Friedensbetrieb. Die Langfristigkeit ist weiter ein unumgängliches Erfordernis für die Steigerung der Produktion und Ausfuhr, die durch die bevorstehenden Steuern schwer belastet werden, ferner für die geplante wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich, endlich für den stärkeren Zustuß fremden Kapitals, an dem Ungarn ein noch größeres Interesse hat als Oesterreich.

2. Die Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft bei uneingeschränkter Verkehrsfreiheit zwischen Oesterreich und Ungarn ist die Vorbedingung für das gesamte Ausgleichswerk.

3. Schleunige Vereinbarung der wichtigsten Positionen des autonomen Zolltarifes. Der künftige autonome Zolltarif, soll er eine brauchbare Grundlage für den Abschluß günstiger Handelsverträge bilden, muß derart erstellt werden, daß er Ermäßigungen im Interesse unseres Außenhandels ermöglicht. Die künftigen Vertragszölle müssen jedoch unserer Industrie unbedingt jenen Schutz gewähren, der für ihren gedeihlichen Bestand und ihre künftige Entwicklung unerlässlich ist, was notwendigerweise in einzelnen Positionen zu einer Erhöhung der jetzt geltenden Sätze führen wird.

4. Bei Festsetzung der landwirtschaftlichen Zölle sowie der Regelung der Veterinärfrage ist auf die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie auf eine günstige Gestaltung der Handelspolitik mit den Balkanstaaten die weitestgehende Rücksicht zu nehmen.

5. Weitere Durchbildung des Veredelungsverkehres, und zwar ohne Identitätsnachweis mit Anwendung des Systems der Einfuhrscheine, soweit dies das Interesse der einzelnen Industriezweige zuläßt. Dagegen könnte die Einführung des Mahlverkehres nur in Erwägung gezogen werden, wenn durch entsprechende Maßnahmen die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Mühlenindustrie gewährleistet würde.

6. Ausführliche Vereinbarungen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften und privaten Unternehmungen. Unbedingte Gleichstellung der österreichischen und ungarischen Staatsbürger in Ungarn in bezug auf die direkte Besteuerung.

7. Festhaltung des Grundsatzes, daß nicht durch Ungleichheit der indirekten Steuern und Abgaben die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und die Freiheit des Abganges innerhalb der Grenzen der Monarchie beeinträchtigt werde.

8. Wenn es künftig zur Deckung der außerordentlich vermehrten Staatsausgaben unvermeidlich sein wird, auch die indirekten Abgaben zu erhöhen, so muß mit allem Nachdrucke dagegen Einsprache erhoben werden, daß dies auf dem Wege von Produktionsmonopolen oder begünstigten Staatsbetrieben erfolge.

9. Strenge, uneingeschränkte und jede Umgehung ausschließende Durchführung der Gleichstellung der österreichischen und ungarischen Transporte auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehres. Festhaltung an dem grund-

sächlichen Mitbestimmungsrecht der österreichischen Staatsbahnen an der Regelung des Durchzugsverkehres hinsichtlich der Tarifierstellung und Verteilung. Genauere Vereinbarungen über Transportsteuern- und Abgaben sowie den Donauverkehr. Wahrung unserer Verkehrs-, insbesondere auch unserer Schifffahrtsinteressen in Bosnien und der Herzegowina.

10. Ein gleichmäßiges Vorgehen in der Regelung des Auswanderungswesens ist dringend erforderlich, insbesondere ohne Begünstigung der ausländischen Schifffahrt.

11. Da die Zolleinnahmen von den gemeinsamen Ausgaben abgezogen werden und in Oesterreich der Warenverbrauch namentlich in jenen Waren, die mit Finanzzöllen belegt sind, ein viel größerer ist als in Ungarn, ist die Herabsetzung der österreichischen Quote schon aus diesem Grunde anzustreben. Zu den gemeinsam zu bestreitenden Aufwendungen gehören naturgemäß die durch den Krieg und seine Folgen entstandenen, insbesondere die Ausgaben für den Ersatz von Kriegsschäden, für die Versorgung der Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen, für die Herstellung der Valuta und für die Ansammlung von Kriegsvorräten.

12. Ueber das Verhältnis zu den beim Friedensschluß der Monarchie etwa neu anzugliedernden Gebieten verlangt die österreichische Industrie, zur Wahrung der dabei in Betracht kommenden wichtigsten industriellen Interessen gehört zu werden, bevor diesbezüglich eine Bindung zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung erfolgt.“

Die wirtschaftlichen Konferenzen.

Die „Ungarische Post“ meldet: Die Konferenzen zwischen den Mitgliedern der österreichischen und ungarischen Regierung, die, wie gemeldet, am Dienstag begonnen wurden, sind Mittwoch und Donnerstag fortgesetzt worden und dürften noch den Freitag in Anspruch nehmen. Täglich finden zwei Sitzungen statt, an welchen außer den beiden Ministerpräsidenten sämtliche Fachminister und die Fachreferenten teilnehmen.

Der ungarische Minister am Allerhöchsten Hoflager Baron Roszner und Gemahlin gaben am 12. d. anlässlich der Konferenzen der österreichischen und ungarischen Minister ein Dejeuner, an welchem teilnahmen: Die Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Graf Tisza, Kriegsminister Generaloberst Baron Probatin, Bürgermeister Geheimer Rat Weisskirchner, die Minister Baron Forster, Dr. Trnka, Dr. Zentner, Doktor v. Beth, Dr. v. Spitzmüller, Teleszky und Baron Chiliany, die ungarischen Staatssekretäre Geheimer Rat v. Otilik und v. Lers, Oberlieutenant v. Döry, Ministerialsekretär v. Latinovics und Ministerialvizesekretär v. Medve. — Am 13. d. gaben Baron und Baronin Roszner im ungarischen Palais in der Bankgasse ein Diner, an dem teilnahmen: Kardinal Nunzius Conte Scapinelli, der schwedische Gesandte Baron Bed-Friis, Fürst und Fürstin Festeticz, Baronin Burian-Fejervary, die Ministerpräsidenten Graf Stürgkh und Graf Tisza, die Gemahlin des Präsidenten des ungarischen Oberhauses Baronin Josika-Josika, die Obersthofmeisterin der Frau Erzherzogin Isabelle Gräfin Wimpffen-Szechenyi, die Prinzessinnen Marie Windischgrätz-Szechenyi und Kunigunde Groh, die Gräfinnen Hardegg-Erdödy und Esaky-Rosty, die Minister Teleszky und Baron Chiliany und Gesandter Baron Flotow.

Ein Bodenreform-Antrag in Ungarn.

Aus Ofen-Pest meldet der Draht: In der heutigen Jahresversammlung des Bundes ungarischer Landwirte beantragte der Bischof von Stuhlweissenburg, Prohaszka eine umfassende Bodenreform.

Danach soll der Staat die kirchlichen Güter und Fideikomnisse in Erbpacht nehmen und daraus Bauernhöfe bilden. Diese Bauernhöfe sollen an Landwirte verpachtet werden, die sich auf dem Kriegsschauplatz Verdienste erworben haben, ferner an Rückwanderer. Der Staat soll nur einen geringen Pachtzins erheben, welcher seine Selbstkosten deckt. Der Bischof verwies darauf, daß der Boden in erster Reihe der Ernährung der Bevölkerung, die wehrfähig sei und im Kriege Verdienste erworben habe, zu dienen habe. Ein Volk, das nicht auf eigener Scholle sitze und diese bebaue, sei keine Nation.

Der Antrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und einem Ausschuß zur Bearbeitung überwiesen.

Wien, 14. April. (Programm des Deutschen Klubs.) Seit Mitte November 1914 fanden in einem Kreise von Mitgliedern des Deutschen Klubs, der Hochschullehrerschaft und der Altherrenverbände der deutschvölkisch-akademischen Körperschaften Besprechungen über die Neuordnung der Dinge in Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege statt. Das Ergebnis dieses Gedankenaustausches wurde verschiedenen Körperschaften sowie den deutschen Volksräten der einzelnen Kronländer mitgeteilt und von ihnen beraten. Unter Mitwirkung der Deutschradikalen Vereinigung des österreichischen Abgeordnetenhauses entstand so ein Programm unter dem Titel „Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege“. Die programmatischen Forderungen behandeln in vier Hauptstücken die zukünftige Gestaltung und die inneren Reformen in Oesterreich. Den Anhang bildet ein Entwurf eines Sprachengesetzes. Der erste Punkt der Vorschläge betrifft die Stellung der einzelnen Kronländer in der Monarchie zu dieser und zueinander. Weiter werden Vorschläge für ein Sprachengesetz erstattet und eine dementsprechende Förderung des Schulwesens durch den Staat verlangt. Die staatliche Beaufsichtigung und Ueberwachung des gesamten Schulwesens, die sich auf Lehrkräfte, Lehrmittel und das Lehrziel zu erstrecken hat, muß im Einklänge mit den staatlichen Belangen, insbesondere dem einer staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend, ausgeübt werden. Das Programm verlangt ferner die Ordnung der nationalen Angelegenheiten in den Sudetländern sowie in den südlichen Kronländern und die Inangriffnahme einer zielbewußten Adriapolitik. Für Böhmen verweist es auf eine entsprechende Einteilung der Gerichtsbezirke und Landtagswahlkreise und verlangt die A r e i t s e i n t e i l u n g. Für Triest fordert das Programm, daß diesem ersten Seehandelshafen von Oesterreich der gesamtstaatliche Charakter aufgeprägt werde. Ferner wird die Durchführung einer durchgreifenden, dem gegenwärtigen Stande der Staats- und Volkswirtschaft angepaßten Reform in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung verlangt. Diesem Ziele soll die Vereinfachung des Geschäftsganges und des Instanzenzuges bei gleichzeitiger Verminderung der Anzahl der Beamten und ihrer wirtschaftlichen Besserstellung dienen. Das Programm behandelt weiter Fragen der Verfassung und fordert eine Aenderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses im Sinne seiner Verhandlungsfähigkeit.

Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn fordert das Programm im Interesse der staatlichen, militärischen und wirtschaftlichen Kräftigung der österreichischen Monarchie das Festhalten an den bewährten Grundsätzen des Dualismus und eine langfristige Regelung des wirtschaftlichen Vertrages. Das Programm tritt endlich für die möglichst innige Ausgestaltung des bestehenden Bundesverhältnisses mit dem Deutschen Reiche und für die Schaffung einer Wirtschafts- und Zollgemeinschaft zwischen beiden Monarchien mit entsprechenden Uebergangsbestimmungen und für die Einigung auf eine gemeinsame Handels- und Ueberseepolitik ein. Des weiteren wird die Schaffung eines großen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes als Gegengewicht gegen die bestehenden großen anderen Wirtschaftsgebiete der Nachbarstaaten befürwortet.

Heute fand im Festsaale des Kaufmännischen Vereines eine Besprechung der Mitglieder des Deutschen Klubs mit Vertretern der an der Ausarbeitung des Programms beteiligten Körperschaften statt. Der Obmann des Deutschen Klubs, Professor Dr. Rudolf Seyer, führte aus, daß die aufgestellten Forderungen weder ein umfassendes Programm sein sollen und können. Den Verfassern desselben lag der Gedanke der Gründung einer neuen Partei ferne, da für die Deutschösterreicher jetzt jede neue Spaltung gefährlich wäre und Einigungsversuche nötiger denn je seien. Die Verfasser des Programms betrachten als Bundesgenossen alle jene, die ein starkes Oesterreich wollen, in erster Reihe das Herrscherhaus und die Heeresverwaltung. Das Programm habe einen die politische Zukunft vorbereitenden Charakter. Berichterstatter Dr. Schachernayr besprach die grundsätzlichen, staatsrechtlichen und außerpolitischen Fragen des Programms im Sinne des bekanntgegebenen Inhalts desselben. Direktor Doktor v. Wotawa behandelte die innerpolitischen Bestimmungen des Programms, die Sprachenfrage und die Verwaltungsreform. Zur Frage der Landesautonomie könne erst dann von der Deutschen Stellung genommen werden, wenn die gewünschte staatsrechtliche Gestaltung der Monarchie zustande gekommen sein werde. Berichterstatter Dr. Ferdinand Eger (Laibach) besprach die Grundzüge eines Sprachengesetzes. Sowohl die alpenländischen Volksräte, wie der deutsche Volksrat für Böhmen haben den diesbezüglichen Vorschlägen zugestimmt. An der Debatte über das Programm beteiligte sich sodann eine Reihe von Rednern.

15./IV. 1916

Generalversammlung des Katholischen Männervereines Reindorf.

Große Kundgebung der Rudolfsheimer Katholiken. — Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Bissl in der Versammlung.

Donnerstag den 13. d. hielt der Katholische Männerverein Reindorf in Straßers Mariensälen, XIV. Reindorf-gasse 3, seine Generalversammlung ab, die sich eines wahren Massenbesuches erfreuen konnte. Die weiten Räume erwießen sich fast zu klein für die große Zahl der Erschienenen, unter denen der Obmann des Vereines Herr Lux ganz besonders den Oberhirten Wiens, Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Bissl begrüßen konnte. Außerdem sah man unter den Anwesenden Minister a. D. Dr. G e s m a n n, Stadtrat Braunek, alle Gemeinderäte des Bezirkes: die Herren Siegmeth, Schmidt und Wiesinger, Dechant Seher mit der Pfarrgeistlichkeit, W. Kunz mit sämtlichen Bezirksräten, Dr. Maier, die Direktoren Kirchmahr, Grell, Schwarz, Bury u. v. a.

Nach Erstattung des Tätigkeitsberichtes und der Neuwahl der Leitung hielt Minister a. D. Dr. Albert G e s m a n n eine längere Rede über die weltpolitische Lage, in der er sich hauptsächlich mit England beschäftigte. Er schilderte dessen Vorbereitungen zum Kriege und die nähere Geschichte der Wahl Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik. Poincaré leitete Frankreich an England und England halte dafür Poincaré in Frankreich. Er sei das Unterpfand des innigen Bündnisses dieser Staaten. Solange Poincaré Präsident sei, werde Frankreich England nicht verlassen. Redner erinnerte dann, wie England die Presse auf seine Seite gebracht hat und sagte: Alle diese Erfolge, die die Engländer durch ihre künstlichen Mittel erzielt haben, die feindselige Stimmung in der neutralen Presse, die uns so viele schwere Stunden bereitet hat, bewirkten, was ein deutscher Parlamentarier damals erklärt hat: Die Mittelmächte haben den Krieg bereits diplomatisch verloren gehabt, bevor er noch begonnen wurde. Nachdem Redner noch das Verhältnis der Mittelstaaten zu den Neutralen besprochen hatte, schloß er mit Beziehung auf die kommende vierte Kriegsanleihe seine Rede mit den Worten:

„Die Haltung der Bevölkerung war bisher derart, daß man sie nur als wunderbar bezeichnen kann. Zeigen Sie auch jetzt in den letzten Stadien des Krieges Ihren Mut, Ihre Ausdauer und Ihren Patriotismus, dann kann es an einem glücklichen Ende dieses Krieges nicht fehlen!“ Die Schlusssätze des Redners waren von brausendem Beifall begleitet.

Als sich der stürmische Beifall gelegt hatte, hielt Kardinal-Fürsterzbischof Dr. Bissl, ehrerbietig begrüßt, folgende kurze Ansprache:

Mit großer Freude bin ich der Einladung des Katholischen Männervereines gefolgt, einmal, weil mir Gelegenheit geboten wurde, nach Reindorf zu kommen, und dann, weil ich von der segensreichen Tätigkeit dieses wirklich katholischen Vereines erfahren habe. Wir brauchen uns dieses katholischen Programmes in keiner Weise zu schämen. Denn ein katholisches Programm ist ein Programm der Treue, der Treue gegenüber dem Glauben, den unsere Väter uns gelehrt haben, der der Trost ist in der schweren Zeit und die Stütze, die aufrecht bleibt, wenn auch alles niederbricht. Ein Programm der Treue, der Treue gegenüber der Kirche und ihrem Oberhaupt! Zahlreich sind die Verdächtigungen, die gegen den Heiligen Vater erhoben werden und doch, wenn irgendwo in diesem Kriege auf dem Gebiete der Menschlichkeit Erfolge errungen wurden, so sind sie dem Heiligen Vater zu verdanken. Die Austauschgefangenen sind die Zeugen dieser Tätigkeit des Heiligen Vaters. Freudentränen haben die Armen geweint, als sie hörten, daß der Heilige Vater ihre Befreiung veranlaßt habe, als der Bischof von Leitmeritz sie an der österreichischen Landesgrenze begrüßte und sie die Tatsachen erzählten. Und auch das Los der Kriegsgefangenen hat der Heilige Vater wesentlich verbessert. Selbst die Gegner können ihm die Anerkennung nicht verweigern.

Das katholische Programm gebietet auch Treue gegenüber dem Vaterlande. Katholiken sind immer treue Bürger des Staates. Das wissen wir und die Obenstehenden wohl, daß aus Katholiken nie Revolutionäre und Umstürzler hervorgegangen sind. Das katholische Programm gebietet Treue gegenüber dem Volke. Die Katholiken kämpfen für die Kraft, für die sittliche Stärke des Volkes. Die katholische Erziehung, die katholische Ehe und das katholische Familienleben sind Fundamente der Volksgeundheit. Sehen wir zu, daß unser Volk stark und treu bleibe, indem wir eine Generation heranziehen, die in christlichen Gesetzen herangewachsen ist. Halten Sie auch Ihrem Bischof die Treue! Wenn auf hoher See ein Sturm herannahet, so sammeln sich die Matrosen um den Kapitän, damit sie unter seiner Führung den Clementen zu widerstehen vermögen. So sollen sich die Katholiken um ihren Bischof scharen und

ihm treu bleiben, damit Sie stark und vereint den Gegnern gegenüberstehen können. Wenn Sie Ihrem Glauben, Ihrer Kirche, dem Vaterlande, dem Volke und Ihrem Bischofe treu bleiben, dann erfüllen Sie die Pflicht eines katholischen Mannes, die lautet: „Treu und fest immerdar!“

Minutenlanger begeisteter Beifall folgte den Worten des Oberhirten, dessen ergreifende Ausführungen auf die Massenversammlung einen tiefen und nachhaltigen Eindruck machten. Der Vorsitzende Azner schloß sodann mit Dankesworten die herrlich verlaufene Versammlung.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Industriellen über den Ausgleich. Die drei zentralen industriellen Verbände, der Industrielle Klub, der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs und der Bund österreichischer Industrieller, geben kund, was sie von dem neuen Ausgleich begehren. Vor allem eine fünfundsanzwanzigjährige Dauer seiner Geltung. Ueber die Zölle sagen sie:

Schleunige Vereinbarung der wichtigsten Positionen des autonomen Zolltarifs. Der künftige autonome Zolltarif, soll er eine brauchbare Grundlage für den Abschluß günstiger Handelsverträge bilden, muß derart erstellt werden, daß er Ermäßigungen im Interesse unseres Außenhandels ermbglicht. Die künftigen Vertragszölle müssen jedoch unserer Industrie unbedingt jenen Schutz gewähren, der für ihren geachtlichen Bestand und ihre künftige Entwicklung unerlässlich ist, was notwendigerweise in einzelnen Positionen zu einer Erhöhung der jetzt geltenden Sätze führen wird.

Bei Festsetzung der landwirtschaftlichen Zölle sowie der Regelung der Veterinärfrage ist auf die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie auf eine günstige Gestaltung der Handelspolitik mit den Balkanstaaten die weitestgehende Rücksicht zu nehmen.

Sie wollen also Ermäßigungen und Erhöhungen der Industriezölle... Dann wären noch folgende Forderungen hervorzuheben:

Da die Zolleinnahmen von den gemeinsamen Ausgaben abgezogen werden und in Oesterreich der Warenverbrauch namentlich in jenen Waren, die mit Finanzzöllen belegt sind, ein viel größerer ist als in Ungarn, ist die Herabsetzung der österreichischen Quote schon aus diesem Grunde anzustreben. Zu den gemeinsamen zu bestreitenden Aufwendungen gehören naturgemäß die durch den Krieg und seine Folgen entstandenen, insbesondere die Ausgaben für den Ersatz von Kriegsschäden, für die Versorgung der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen, für die Herstellung der Saluta und für die Ansammlung von Kriegsvorräten.

Diese Forderungen sind natürlich durchaus richtig und

„Längere Arbeitszeit“ geplant werde. Da auch in Oesterreich eine solche „zeitgemäße“ Reform geplant wird, wird man gut tun, maßgebenden Orts alles vorzusehen, damit nicht auch hier die angeblühte Wohltat zur Plage für die arbeitenden Menschen wird. Ueberflüssig zu bemerken, daß sich die Handelskammer gegen die Siebenuhrgeschäftssperre für das ganze Jahr aussprach. Die Herren haben eben in Kriegszeiten weder etwas vergessen, noch etwas gelernt. Ein Gesetz zum Schutze der Gesundheit zahlreicher arbeitender Menschen soll noch immer hintangehalten werden wegen der „Schwierigkeiten des Erwerbslebens“, wegen der „besonderen Interessen der einzelnen Branchen“. Wir können nicht annehmen, daß sich die Statthalterei dadurch in ihrem Vorhaben wird beirren lassen. Zum mindesten die staatlichen Verwaltungsstellen müssen ja dessen eingedenk sein, daß nicht Brancheninteressen und Zünftelei, sondern vor allem gesunde Menschen dem Staate not tun. Wir kennen die „besonderen Brancheninteressen“ der durch Herrn Pabst vertretenen Händler nur zu gut und wollen deshalb bemerken, daß es höchst wünschenswert ist, etwas vorzusehen, daß die Preistreiberei zum mindesten nach 7 Uhr abends aufhört.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Bei der Heeresgruppe des General-Feldmarschalls v. Hindenburg wurden in der Gegend von Garbunowka (nordwestlich von Dünaburg) und südlich des Narocz-see's begrenzte feindliche Vorstöße blutig abgewiesen.

Ebenso blieben bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern Unternehmungen russischer Abteilungen gegen die Stellungen am Serwetisch nördlich von Sirin erfolglos.

Balkankriegsschauplatz:

Die gegnerische Artillerie war gestern östlich des Bardar zeitweise lebhaft tätig.

In der Nacht vom 12. zum 13. April warfen feindliche Flieger erfolglos Bomben auf Giebgjeli und Bogorodica östlich davon.

Oberste Heeresleitung.

Industrialismus.

Eine Gewissensforschung.

Wien, 15. April.

Für die Volkswirtschaft der letzten Jahrzehnte ist bezeichnend eine überstarke Entwicklung der Industrie unter Vernachlässigung der Landwirtschaft. Die Verarbeitung von Rohstoffen: Eisen, Metallen, Holz, Baumwolle, tierischen Produkten, wurde ins Riesenhafte entwickelt; es wurde die Herstellung unermesslicher Mengen von Maschinen, Instrumenten, Möbeln, Schnitzereien, Porzellansachen, Kleidern, Modewaren, Chemikalien, Konserven usw. in die Wege geleitet und durchgeführt; die landwirtschaftliche Urproduktion wurde daneben eher gehemmt als gefördert. Auf dem Gebiete der Industrie lockten große Gewinne, lockte 10- und 20- und 30fache Verzinsung des Anlagekapitals; so floß der Kredit der Kapitalisten vor allem diesem Gebiete zu; so suchte der Spürsinn der Techniker die Industrie, um sie mit immer neuen technischen Erfindungen und Entdeckungen auszugestalten. Man fragte im Zeitalter des Liberalismus mit dem freien Spiel der Kräfte nicht nach volkswirtschaftlichen Urnotwendigkeiten, nach völkischen und staatlichen Interessen, nach kulturellen Gesetzen; man fragte nur nach dem Gewinn; dieser winkte vor allem aus Industrie und Industriehandel; so wurde alle Unternehmungslust und eine steigende Summe von Arbeitskräften diesen Zweigen der Volkswirtschaft zugeführt.

Zweifellos hat die Industrie ihren Platz neben der Landwirtschaft. Die Funktion des Industriellen im Rahmen der Volkswirtschaft ist nicht minder wichtig als die des Landwirts; Handwerker und Bauer, Agrarier und Industrieller sind aufeinander angewiesen und nur bei Zusammenarbeit fähig, höhere Zivilisation zu begründen, der Bevölkerung eines Staates Arbeit und Unterhalt zu verschaffen. Aber so sehr eine dem volkswirtschaftlichen Ganzen organisch eingegliederte und den Kultur- und Staatsnotwendigkeiten untergeordnete Industrie anzuerkennen und zu fördern ist, so sehr tut Zurückhaltung und Warnung not angesichts des neuzeitlichen einseitig auswuchernden, übertriebenen, unsozialen Industrialismus. Diese Warnung und Zurückhaltung ist bei einer Zeitenwende, wie sie der Weltkrieg bedeutet, ist in Monaten der Umwertung aller Werte, der Abkehr von entlarvten Götzen, der Programmformulierungen für eine bessere Zukunft, besonders notwendig. In zahlreichen Organen „liberaler“ öffentlicher Meinung erschallt nur immer der

Ruf: Mehr Industrialismus, in der Zukunft erst recht Industrialismus, im Interesse größerer Einnahmen, im Interesse der Arbeits- und Lebensmöglichkeit wachsender Volksmengen. Da ist es notwendig, nicht nur zu ernster Gewissensforschung bezüglich der sittlich-sozialen Entwicklung neuzeitlichen Industrialismus aufzurufen, sondern naivem Optimismus und kurzfristiger Unternehmungslust gegenüber vor allem auch zu betonen, wie viele rein technisch-wirtschaftliche Tatsachen und Schwierigkeiten der Forderung nach immer mehr Industrialismus entgegenstehen; welche Vorsicht und welche Borausicht da angebracht ist; auf welcher Basis allein eine Industrie weiterentwickelt werden kann, die nicht Raubbau ist und nicht über kurz oder lang durch Krisen bedroht und vernichtet werden muß.

Die Anhänger des Nur-Industrialismus betonen die Möglichkeit der Beschäftigung und Ernährung wachsender Volksmassen durch die Industrie. Aber in der Zeit der technischen Triumphe, der immer gesteigerten Verwendung der Maschine zumal im industriellen Großbetrieb, wird die Menschenkraft immer mehr durch mechanische Kraft ersetzt. Die Produktion kann sich ver Hundertfachen, die Zahl der Arbeiter kann sich dabei vermindern. 1893 erklärte der Abgeordnete Siemens im deutschen Reichstag, wenn derzeit in Deutschland 250.000 Spinner arbeiteten, so lieferten sie ein Arbeitsprodukt, zu dem 120 Jahre früher 250 Millionen Spinner notwendig gewesen wären. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß im Jahre 2013 etwa 250 Spinner dasselbe Quantum herzustellen vermögen, das 120 Jahre früher die tausendfache Zahl von Berufsgenossen herstellte.

Die Anhänger des Nur-Industrialismus berücksichtigen zu wenig das tatsächliche Bedürfnis. Die Industrie der letzten Jahrzehnte fragte nicht nach den Bedürfnissen, entwickelte diese vielmehr erst mit allen Künsten der Reklame. Trotz gewalttätiger Steigerung der Bedürfnisse aber bleibt noch ein Zuviel von Produziertem und ungeheure Werte werden im Reklame- und Agentenwesen, im Konkurrenzkampf verschleudert, um einigermaßen Absatz für das Zuviel an Produkten zu gewinnen. In dem sehr lesenswerten Buche „Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes“ betont Karl Jentsch sehr treffend: „Nur der unsinnigste, unbequemste, geschmackloseste und verderblichste Luxus, nur ein unmäßiger Tabak-, Schnaps- und Bierverbrauch, nur der Göze „Standesgemäß“, der dazu zwingt, die Wohnung mit unnützem Zeug vollzustopfen, Gäste mit unverdaulichen Delikatessen zu bewirten, in jeder Saison neue Kleider anzuschaffen und eine Unmasse Handschuhe zu verbrauchen, nur all dieser Unsinn zusammengenommen und dazu noch aller mögliche Aberglaube von den Sympthiemitteln bis zu den elektrischen Kuren und den Heilsera vermag unsere Industrie einigermaßen ausreichend mit Aufträgen zu versorgen. . . . Mit dem Kinkerlitzchen-, Mode- und Literaturluxus sind wir schon an der Grenze der Ausdehnungsmöglichkeit angelangt. . . . Die Beschäftigung der Gewerbstätigen ist schon zu einem großen Teil Scheinarbeit oder Produktion von teils unnützen, teils schädlichen Dingen und die Arbeit der wirklich Produktiven, zu denen auch die Händler gerechnet werden müssen, so weit sie nötig sind, muß zu einem großen Teil auf die Bekämpfung und Abwehr der Konkurrenten gerichtet werden.“

Die Anhänger des Nur-Industrialismus berücksichtigen zu wenig die Absatzmöglichkeiten. Das Inland ist bald versorgt; im Ausland sind die Absatzmöglichkeiten der Zukunft nicht groß. Ein guter Teil der

* Das „Osterprogramm“ der Deutschnationalen. Wie von der Parl. R. und vom Wiener Deutschen Klub mitgeteilt wird, fanden in Wien seit Mitte November 1914 in einem Kreise, der sich aus Mitgliedern des Deutschen Klubs, der Hochschullehrerschaft und der Alt-Herrenverbände der deutschböhmisch-akademischen Körperschaften zusammensetzte, Beratungen über die Neuordnung der Dinge in Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege statt. Das Ergebnis dieses Gedankenaustausches wurde sodann verschiedenen Körperschaften, im Februar 1915 dem Nationalverbande, der seinerseits bereits Grundsätze aufgestellt hatte, sowie den deutschen Volksräten der einzelnen Kronländer mitgeteilt und in weiterer Folge eingehenden Beratungen mit den Mitgliedern dieser Körperschaften unterzogen, wobei von den südböhmischen Volksräten und dem Deutschen Volksrate für Böhmen ebenfalls Ausarbeitungen vorgelegt wurden. Hieraus sowie auch durch die eifrige Mitarbeit vieler, insbesondere der deutschradikalen, Abgeordneten erwuchs das „Osterprogramm“, das von den Verfassern unter dem Titel „Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege“ den verschiedenen politischen Körperschaften und heute in einer Versammlung des Deutschen Klubs vorgelegt wurde. Aber gerade dieser Titel ist unzutreffend, um nicht zu sagen: eine Falschmeldung. Die Nationalverbandsdeutschen — es ist übrigens noch ganz ungewiß, ob der ganze Nationalverband sich dieses Programm zu eigen macht — sind noch lange nicht „die Deutschen Oesterreichs“, sondern nur ein Bruchteil, da ja sowohl die Christlichsozialen als auch die Sozialdemokraten über einen Anhang unter den Deutschen Oesterreichs verfügen, der einen Vergleich mit jenem des Nationalverbandes bekanntlich gar wohl bestehen kann. Außerdem sind noch die Alideutschen und etliche kleinere Gruppen da. Also wozu in Fortsetzung unwürdiger Vorkriegsgebräuche derartige Irreführungen, die von vornherein ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem Osterprogramm der Nationalverbandsdeutschen erzeugen müssen? Dünkt denn den Verfassern die eigene Flagge als nicht zugkräftig genug? Dann könnte auch die erborgte nicht helfen. — Nun zum Programm selber.

Es behandelt in vier Hauptstücken die zukünftige Gestaltung und die inneren Reformen in Oesterreich, das Verhältnis zu Ungarn, die Entwicklung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche und die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes. Den Anhang bildet ein ins Einzelne gehender Entwurf eines Sprachengesetzes. Das Programm verlangt den Namen „Kaiserthum Oesterreich“ für „die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder“, die Unterteilung in ein „Westösterreich“ und in ein „Nordostgebiet“ (Galizien mit Bukowina und die etwaigen nordöstlichen Gebietsvergrößerungen), den Reichsrat für „Westösterreich“ allein, die Gliederung des „Nordostgebietes“ in ein polnisches und ukrainisches Gebiet, die Vertretung beider in den Delegationen, die deutsche Sprache als Staatssprache im Kaiserthum, Förderung des deutschen Schulwesens in Westösterreich, Ordnung der nationalen Angelegenheiten in den Subetenländern, Teilung Böhmens in ein deutsches und in ein doppelsprachiges Verwaltungsgebiet mit gestärkter Vertretung der Deutschen in Prag, mit Kreisregierungen und Kreisvertretungen; in den südlichen Kronländern „Förderung der deutschen Belange“ und „Zugriffnahme einer zielbewußten Adriapolitik“, Einbeziehung des Triester Hafens in den Verkehr reichsdeutscher Schiffsahrtsunternehmungen, Landeseinheit Tirols; die deutsche Verhandlungssprache im Reichsrate und in den Delegationen, die Wahl der Delegierten nicht nach Kronländern; Langfristigkeit des Ausgleichs mit Ungarn, Schutz der nationalen Belange der Deutschen Ungarns; Militärverwaltung für die Reichslande im Süden; Schutz und Truhvertrag, Behrabskommen und Wirtschafts- und Zollgemeinschaft mit dem Deutschen Reich und Schaffung eines „großen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes“.

Das Programm enthält manchen guten Gedanken, auch manchen fragwürdigen und für ein Programm außerordentlich viele Einzelheiten. Ob alle und gegebenenfalls welche Gruppen der Nationalverbandsdeutschen sich restlos auf den Boden des vorliegenden „Osterprogrammes“ stellen werden, bleibt abzuwarten. Immerhin wird es vorteilhaft sein einmal klar zu sehen. Bei künftigen Beratungen zwischen den großen deutschen Parteigruppen würde seitens des Nationalverbandes eine fertige Programmarbeit vorliegen, mit der man sich auseinandersetzen könnte. Man wird dann einmal die Grenzen des Gemeinsamen und des Trennenden, des etwa Kompromißmöglichen und des Unüberbrückbaren feststellen können und das wäre gewiß ein Fortschritt.

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter

Hielt unter dem Vorsitze des derzeit geschäftsführenden Obmannes Abg. Dr. v. Baechlé eine Klubberatung ab, an der auch Landmarschall Prinz Liechtenstein, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Minister a. D. Dr. Geßmann und Oberkurator Steiner teilnahmen. Zunächst hielt der Vorsitzende dem verstorbenen ehemaligen Klubmitglied Prälaten Adrian Bach einen warmen Nachruf.

Nach eingehender Begründung stellte Obmann Dr. v. Baechlé nachstehenden einstimmig angenommenen Antrag: „Die Klubleitung wird beauftragt, in Angelegenheit einer endlichen, ehesten und befriedigenden Kongruanzregulierung für den Merus in den kompetenten Ministerien eindringlichste Vorstellungen zu erheben.“ In Durchführung dieses Beschlusses wurden Obmann Dr. v. Baechlé, Abg. Dr. Freiherr v. Fuchs, Minister a. D. Dr. Geßmann und Abg. Schraffl beauftragt, im Ministerratspräsidium, Ministerium für Kultus und Unterricht und Finanzministerium vorzusprechen.

Sodann erstattete Minister a. D. Dr. Geßmann einen ausführlichen lichtvollen Bericht über die außer- und innerpolitischen Lage. Abg. Dr. Freiherr v. Fuchs berichtete in übersichtlicher Vergleichsdarstellung über die Kriegskosten der kriegführenden Großmächte, die Mittel zur Bedeckung der für Oesterreich aufgelaufenen Kriegsschulden, ferner über die in Aussicht genommene Kriegsgewinnsteuer sowie insbesondere über die vierte Kriegsanleihe, wobei der Redner auch die Bedeutung und Notwendigkeit eines vollen Erfolges der neuen Kriegsanleihe hervorhob und unter lebhaftester Zustimmung der Vereinigung zur energischen Weiterarbeit für dieselbe durch die Abgeordneten und Parteigenossen aufforderte.

Abg. Sagenhofer erörterte die neuen Verordnungen, betreffend die Verwendung von Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten und besprach die neu zu schaffende Organisation der Fleischversorgung für die Zivilbevölkerung. Abg. Schraffl und Chefredakteur Dr. Funder hielten je einen interessanten Vortrag über die gegenwärtige Kriegslage. Der Klub beschäftigte sich auch eingehend mit den Fragen der Unterhaltsbeiträge und wies auf mancherlei Schärpen und im Laufe der Zeit aufgetauchte Schwierigkeiten hin. Ueber die vorstehenden Gegenstände wurde eine unterrichtende Wechselrede geführt und die Sitzung, der bereits mehrere Teilberatungen vorangegangen waren, nach fünfständiger Dauer geschlossen.

— Die Einführung des Gregorianischen Kalenders bei den Griechisch-Katholischen in Ungarn. Aus Budapest wird uns unterm 13. d. M. geschrieben: In einer mehrere Sitzungen umfassenden Konferenz, über welche die „Reichspost“ bereits berichtet hat, welche in den letzten Tagen in Ungvár von den griechisch-katholischen Bischöfen Ungarns, und zwar von Bischof Dr. Stefan Kovak (Eperjes), Dr. Anton Pap (Munkacs), Dr. Stefan Miklossy (Hajdudorog) unter Beiziehung der Mitglieder der Domkapitel abgehalten wurde, ist die Einführung des Gregorianischen Kalenders bei den griechisch-katholischen Gläubigen Ungarns beschlossen worden. Die Details der Durchführung dieses Beschlusses sollen in einer am 18. April in Nyiregyhaza (der Residenz des Bischofs Doktor Miklossy) stattfindenden Konferenz festgestellt und der neue Kalender mit dem ersten Feiertag nach dem Osterfestkreis, heuer dem St. Johannstage am 24. Juni in Geltung treten auf Grund einer gleichzeitig mit den bischöflichen Verfügungen erfolgenden Regierungsverordnung.

— Ein Erfolg des Priestervereines „Par“. Wir erhalten folgende Zuschrift: Ein Südbahn-Stationchef erzählte einem Pfarrer, so leid es ihm tue, könne er es nicht verschweigen und „er wisse es sicher“, daß eine geplante Offensive durch 14 (oder gar 18) Geistliche von Willach verraten worden sei, die vom Kirchturm aus Lichtsignale gegeben haben. Der Pfarrer berichtete das dem „Par“, dessen Geschäftsführung sich an das k. u. k. Armeekommando wendete und unter Nummer 725 vom 8. April 1916 die Zuschrift erhielt: „Auf die geschätzte Zuschrift vom 5. d. wird bekanntgegeben, daß die erwähnten Gerüchte in der Hauptsache vollkommen aus der Luft gegriffen, bezüglich anderer tatsächlichen Tatsachen stark übertrieben sind. Es wird um Mitteilung gebeten, aus welcher Quelle diese Gerüchte stammen, eventuell ob eine Zeitung hierüber berichtet hat. Rohr, S. d. K.“ — Falls unsere Mitglieder über die letzte Frage Auskunft geben können, werden sie darum dringendst ersucht. Adresse: „Par“, Wien, I. St. Augustin.

Die Prothese der Politik.

Technik und Wissenschaft haben den Ersatz für verlorene Gliedmaßen immer kunstvoller gestaltet. Kunstfuß, Kunstarm, Kunsthand, sie sind fast so zu gebrauchen und dienen dem Menschen wie natürliche Glieder. Und da der Beschädigte, der sich ihrer bedienen muß, den Verlust seiner Gliedmaßen vorher zu beklagen hat, also vor der Prothese durch eine harte Schule des Leidens gegangen ist, so empfindet er den traurigen Ersatz nur als Hilfe in der Not. Da seine Ansprüche ans Leben schon heruntergeschraubt waren, so ist er mit dem Ersatz glücklich und zufrieden. Freilich ist Kunst nicht Natur und mehr als einen gleichsam mechanischen Ersatz kann der menschliche Scharfsinn nicht bestellen; jenes Glücksgefühl, das in der kraftvollen Beweglichkeit des ganzen Leibes wurzelt, kann der technische Ersatz nicht gewähren. Es ist eben doch nur eine Prothese. . . Wir haben auch in der Politik einen solchen Kunstersatz, der das verlorene natürliche Glied ersetzen soll:

den weltberühmten § 14. Er ersetzt wirklich die ganze Verfassung und man spürt gar nicht mehr, daß wir kein Parlament haben. Nachdem die Schranken niedergerissen worden sind, die seinen Gebrauch bestimmen sollten, steht anscheinend nichts im Wege, daß ihm die ganze Last des Gesetzverfügens zugewälzt wird. Aber er ist doch nur eine Prothese! Der Mann mit dem Kunstfuß wird an keinem Wettlaufen teilnehmen. Plötzlich stellt sich dar, daß man selbst bei der vervollkommenen Technik des Auslegens des § 14 — Welch muntere Auslegung nun so ziemlich die einzige Beschäftigung unserer Herren Staatsrechtler ist — an eine fühlbare Schranke gerät. Zum Beispiel, wenn man daran denkt, die Dauer der Quote mit der Dauer des wirtschaftlichen Verhältnisses in Einklang zu bringen. Oder wenn man eine Anleihe aufzunehmen hat.

Der Herr v. Czedit ist Freitag (in der „N. Fr. Pr.“) ausgerückt, um das Verhalten der Staatsschuldenkontrollkommission „während des Krieges“, sagen wir, zu erläutern. Es hat zwar noch niemand gesprochen; es überrascht uns aber nicht, daß sich der Präsident der Kommission dennoch verteidigt. Sozusagen kann es nämlich auch vorkommen, daß einem das Gewissen schlägt. . . Der Präsident gibt einen kurzen Abriss der „Ausgestaltung“ der Auffassung der Kommission von dem Begriff der „schwebenden Schuld“, und man muß ihm zustimmen, daß die Kommission hierbei ganz Bemerkenswertes geleistet hat. Die Staatsschuldenkontrollkommission besteht seit dem Jahre 1868; aber die erste „schwebende Schuld“, die auf Grund des § 14 erlassen wurde, stammt aus dem Jahre 1898: die 40 Millionen Kronen der Regierung Thun-Kästel. Dann folgte im Jahre 1911 die schwebende Schuld des Kabinetts Bienerth im Betrag von 76 Millionen; ihre Feuerprobe hätte aber die Kommission erst bei der sogenannten bösnischen Anleihe der Regierung Stürggh im März 1914 zu bestehen. Es handelte sich da schon um 396 Millionen Kronen; aber die Kontrollkommission erklärte eben, die Höhe der Schuld habe mit ihrem „schwebenden“ Charakter nichts zu tun. Nur daß sie doch „schweben“ müsse, das heißt nicht dauernd sei, vielmehr rückzahlbar bleiben müsse. Der Grundsatz, daß keine Höhe ihren Charakter als schwebende Schuld beeinträchtigen kann, dem Herr v. Czedit nun weise Voraussicht nachrühmt, hat sich dann umfassend bei der Kriegsanleihe bewähren dürfen; es sind da, wie man weiß, insgesamt neun Milliarden der schwebenden Schuld „kontrahiert“ worden. Blieb nur noch das Erfordernis, daß die Schuld schweben bleibt. Wie Herr v. Czedit in Erinnerung ruft — aber wir haben es nicht vergessen —, hat damals, als man die Anleihe von vierhundert Millionen unter dem Begriff eines Vorschußgeschäftes unterzubringen hatte, eine Minderheit von zwei Mitgliedern als die Grenzfrist für das Schweben sechs Jahre erachtet, wogegen eine Mehrheit von drei Mitgliedern — ein Mitglied war nicht da — für fünfzehn Jahre stimmte; „um nicht sofort einen längeren Termin zuzugestehen.“

fügt Herr v. Czedit bei. Inzwischen wird jetzt eine Anleihe aufgenommen, die für ihre Rückzahlung vierzig Jahre in Aussicht nimmt, was nun die Staatsschuldenkontrollkommission gezwungen hat, ihre Auffassung von den Merkmalen einer schwebenden Schuld einer neuen Revision zu unterziehen. Ueber das Ergebnis dieser neuen Selbstprüfung berichtet uns der Herr Präsident dieses: „Die Kommission hat nicht verkannt, daß der Rückzahlungsmodus (daß die Rückzahlung nämlich nur allmählich erfolgt) die Staatsfinanzen nicht mit einemmal belaste und daß mit der alljährlichen Rückzahlung dem geschäftlichen Gebot der annuellen Amortisation aus den laufenden Einnahmen entsprochen wird. Wenn in dieser prinzipiellen Auffassung innerhalb der Kommission und mit dem Finanzminister vollkommene Übereinstimmung herrschte, so hat sich die Majorität der Kommissionsmitglieder erst nach seiner eingehenden Darstellung über die staatsfinanzielle Opportunität der vierzigjährigen Dauer einer amortisablen Kriegsanleihe entschlossen, sie ebenfalls zu kontrahieren. Ein Kommissionsmitglied war nur bei einer dreißigjährigen Laufzeit dieses Teiles der Anleihe bereit, dem ganzen Vorschlag des Ministers zuzustimmen.“ Obwohl es uns nicht ganz klar ist, inwiefern sich die Frage, ob eine Schuld, die erst nach vierzig Jahren zurückgezahlt sein wird, eine schwebende Schuld sei, dadurch

erledigt, daß es finanziell erprießlich ist, die Anleihe in dieser Weise unterzubringen, so nehmen wir dennoch mit Dank und Anerkennung zur Kenntnis, daß sich die Kommission erst nach „eingehender Darstellung“ dazu entschlossen hat, die Anleihe zu kontrahieren. In diesem Bedürfnis nach „eingehender Darstellung“ hat man nämlich die Gewissenhaftigkeit der Kommission, der Herr v. Czedit vorsteht, zu erkennen.

So im Vorbeigehen, weil jetzt die Muße fehlt, darüber ausführlich zu sprechen, möchten wir Herrn v. Czedit doch sagen, daß die Darstellung, die Kommission handle da „als letzter Repräsentant des Parlaments“, unseres Bedünkens höchst irrig ist. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: die Kommission bewährt sich hier als die wahre Stütze des § 14. Nicht bloß in dem Sinne, daß er hier nicht funktionieren könnte, wenn ihm die Kommission nicht zu Willen wäre, wenn sie nämlich der schwebenden Schuld, die in Größe gar keine, in Dauer fast keine Grenzen hat, nicht zugestimmt hätte, sondern in dem entscheidenden Sinne, daß der Paragraph hier gar nicht walten könnte, wenn die Staatsschuldenkontrollkommission nicht bestünde. Herr v. Czedit darf den Ruhm nicht zurückweisen, für die Funktion des § 14 „in diesem Belang“, wie man jetzt zu sagen pflegt, nämlich für sein Walten auf dem Gebiet der Anleihen, der Stützpfiler zu sein; und da er diesen Ruhm bescheiden zurückweist, so fühlen wir uns zu der Feststellung verpflichtet, daß an der großen Leistung, neun Milliarden Kronen zu der finanziellen Ausrüstung des Krieges aufgebracht zu haben, er seinen sicheren Anteil hat.

Die künftige Ordnung in Böhmen.

Einteilung des Landes in drei deutsche, sechs tschechische und drei gemischtsprachige Kreise. — Prag gemischtsprachig.

Prag, 15. April.

Das „Prager Tagbl.“ veröffentlicht Mitteilungen von „ununterrichteter Seite“, betreffend die Vorarbeiten für die Kreiseinteilung Böhmens und bemerkt, daß diese Vorarbeiten, die unter der sachkundigen und energischen Leitung des Freiherrn v. Handel, des früheren Statthalters von Oberösterreich, stehen, eine baldige Lösung dieses Verwaltungsproblems erhoffen lassen. Von

der Einteilung des Verwaltungsgebietes in Kreise erhofft man sich eine Vereinfachung und Verbesserung unserer Verwaltung sowie eine Verminderung der nationalpolitischen Schwierigkeiten. Für Böhmen liegen bekanntlich diesbezüglich, abgesehen von privaten Arbeiten (Plener, Ulbrich usw.), zwei Regierungsvorlagen aus früheren Jahren vor: Der Entwurf Koerber's, der sich bloß mit Kreisregierungen befaßt, und der Gesetzentwurf Wienerth's, der Kreisregierungen und Kreisvertretungen behandelt. Die neuen Arbeiten auf diesem Gebiet gehen von den Grundsätzen aus, durch die Kreise eine Entlastung der Verwaltungszentralen, der Statthaltereien (bzw. der Ministerien) herbeizuführen, indem der größte Teil der Statthaltereitagenda in die Kreise verlegt und der Verlegung des Schwergewichts auch im Instanzenzug Rechnung getragen wird, so daß die Kreisregierungen in den meisten Fällen als zweite und letzte Instanz zu entscheiden hätten; die Statthaltereien hätte die Aufsicht über die Kreise auszuüben. Berücksichtigung fordert ferner der Umstand, daß die Kreise auch Träger von Selbstverwaltungskörpern sein sollen und daher ein Gebiet von einer Größe umfassen müssen, das die Beschaffung ausreichender Mittel für die sozialen Aufgaben der Selbstverwaltung sichert.

Für Böhmen sind dementsprechend zwölf Kreise geplant, deren jeder ungefähr eine halbe Million Einwohner zählen würde. Das Gebiet der Kreise wäre etwas größer als der Umfang der gegenwärtigen Kreisgerichtsprengel, im allgemeinen dürfte es jedoch möglich sein, die zwölf Kreise mit den 15 Kreisgerichten in Einklang zu bringen. Abweichungen macht der Grundsatz erforderlich, das Gebiet der Kreise national möglichst einheitlich zu gestalten. Von den zwölf Kreisen werden drei rein deutsch, sechs rein tschechisch und drei gemischt sein. Einen der gemischten Kreise wird die Stadt Prag samt Polizeitraxon bilden. Die landesfürstliche Behörde des Kreises ist die Kreisregierung mit dem Kreispräsidenten an der Spitze; ihr werden alle Verwaltungsangelegenheiten aus der Kompetenz der Statthaltereien zugewiesen, die nicht das ganze Land unmittelbar betreffen. Der Kreis als Selbstverwaltungsgebiet erhält eine Kreisvertretung, der analog der landesfürstlichen Behörde alle Angelegenheiten aus der Kompetenz des Landtages und Landesausschusses überwiesen werden, die nicht das ganze Land unmittelbar betreffen.

Fraglich ist noch die Lösung der Schulfrage, da der Zuweisung der Schulangelegenheiten an die Kreise gewichtige Bedenken entgegenstehen; vielleicht wird eine Erweiterung der Befugnisse des Landes Schulrates eine befriedigende Regelung ermöglichen.

Aus dem Polenklub.

Die politische Kommission des Polenklubs hat eine eingehende Debatte über den vom Klubobmann v. Bilinski erstatteten Bericht durchgeführt und beschlossen, sich für die Einberufung einer Vollversammlung der polnischen Herrenhausmitglieder, der Reichsrats-Abgeordneten, der Landtags-Abgeordneten nach Krakau auszusprechen. Diese Vollversammlung soll nach Möglichkeit in dem bereits früher von der politischen Kommission für den 29. April l. J. festgesetzten Termin, spätestens jedoch am 3. Mai l. J. stattfinden. Zur weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die von der polnischen Politik zu befolgenden Richtlinien besprochen.

Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hielt eine Sitzung ab, zu der sich eingefunden hatten: Die Obmannstellvertreter R. v. Abrahamowicz, Daszynski, Dr. German, Dr. Glombinski und Redzior, sowie die Abgeordneten v. Dlugosz, Gall, R. v. Galban, Graf Lasocki, Dr. Leo, R. v. Löwenstein und der Sekretär des Polenklubs Ritter v. Jablonski. Wegen der ständig zunehmenden Agenden des Präsidiums wurde gemäß dem vom Klubobmann geäußerten Wunsche beschlossen, künftighin einzelne Referate auch den Mitgliedern der parlamentarischen Kommission zur Erledigung zuzuteilen.

Krieg und Verwaltungsreform.

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brodhauer.

(Siehe Nr. 18512, 18519, 18526 und 18546 der „Neuen Freien Presse“ vom 6., 12., 19. März und 9. April.)

Wien, 15. April.

V.

Bezirksamt, Bezirks- oder Kreishauptmannschaft.

Auf den ersten Blick erscheint es ein rein technisches Problem, ob ein Bezirksamtmann oder ein Kreishauptmann oder ein Kreisoberhauptmann die untere Staatsbehörde leitet, also eine Frage, welche die Statistiker, die Rechenmeister der Finanz, die Geometer und sonstigen Verwaltungstechniker mit ihrer Fachweisheit zu lösen haben. Aber bei tieferer Betrachtung ist es noch etwas ganz anderes, eine Prinzipienfrage des künftigen Oesterreich, ein politische Lebensfrage erster Ordnung. Denn in Wahrheit steckt hinter jeder dieser drei Amtspersonen ja eine grundverschiedene Auffassung von Zweck und Aufgabe des Staates; jedes dieser drei Ämter vertritt ein anderes Staatsprinzip.

Das alte Bezirksamt mit seinem geringen Umfang und seiner kleinen Bevölkerungszahl war die altväterische Idylle; der Amtschef sollte sein Ländchen übersehen und seine Leute persönlich kennen; bequem kam er zur Bevölkerung und sie zu ihm; und weil am Sitz des Bezirksamtes auch noch das Bezirksgericht, das Grundbuch und das Steueramt und überdies der Markt, die Sparkasse, die Straßenbehörde und eine Reihe Selbstverwaltungskörper angeheftet sind, so ist alles schön beisammen, was unter einfachen Verhältnissen der Mensch an Behörden benötigt von der Wiege bis zum Grabe. Und hinter dieser bequemen äußeren Form steckte ein Staatsprinzip: der Gedanke des allregierenden Absolutismus, der von enger Warte aus bereit war, in jede Lebensäußerung des Volkes regelnd einzugreifen. So war das alte kleine Bezirksamt ein Kind des Absolutismus und verschwand mit ihm.

Mit der Verfassung von 1867 kam die neue große Bezirkshauptmannschaft auf. Vier bis sechs, manchmal sieben Bezirksämter wurden aufgelöst, um Raum für das neue, große Amt zu schaffen. Der Staat zog sich bewußt von der Bevölkerung zurück; er wollte die innere Verwaltung der Selbsttätigkeit seiner Bürger überlassen und sich die Mühe und die Kosten sparen. Nicht das staatliche Amt, sondern die freie Gemeinde sollte die Grundveste des Staates sein. Der Staat beschränkte sich auf das „Polizeiliche“, auf eine mehr allgemeine, aber auch inhaltsleere Aufsicht, begnügte sich damit, aufzupassen, daß keine Gesetzwidrigkeit passiere, und schüttelte das „Wirtschaftliche“ von sich ab. So wurde die Bezirkshauptmannschaft der Ausdruck des abstrakten Liberalismus der Mitte des vorigen Jahrhunderts; die Nichteinmischung und der Ersparungsgedanke beherrschten die Verwaltung. Der Bezirkshauptmann kennt nicht mehr so wie sein Vorgänger Land und Leute, er versteht die Gesetze, die Normen, aber nicht ebenso das Volk und dessen Wirtschaft; nur zu leicht wird sein Amt ein Durchzugsposten für höhere Karriere, der ewige Wechsel der leitenden Beamten charakterisiert diese Behörde.

Also haben Bezirksamt und Bezirkshauptmannschaft einander abgelöst als Vertreter zweier verschiedener Auffassungen von Staat und Volk. Nun kommt der Krieg und zeigt mit unheimlicher Deutlichkeit, was stille Beobachter längst gemerkt hatten, nämlich, daß der Rückzug des Staates vom Staatsvolke doch etwas übereilt war und daß die Trennung beiden geschadet hat: die bürokratische Mühle klapperte leer und die sich selbst überlassene Gemeinde stand nicht auf jener Höhe unparteiischer und nützlicher Tätigkeit, die man von ihr erwartet hatte. Handgreiflich bewies der Krieg, daß es gerade das „Wirtschaftliche“ ist, was uns besonders noht, und daß überall die wirtschaftliche Organisation, das Zusammenwirken von Staat und Volk geboten ist, wenn wir die schwere Not der Zeit überwinden sollen, daher, daß das einfache Nebeneinanderlaufen, das Doppelgesehne nicht genügt. Insbesondere aber wird für die kommende Friedenszeit der wirtschaftliche Ausbau eine Notwendigkeit allerersten Ranges, hinter der zahlreiche frühere Wichtigkeiten als „Nichtigkeiten“ erscheinen, und als Ausdruck für die Sehnsucht nach großen, viele Volkskräfte zusammenfassenden Wirtschaftsgebieten, die sich selbst betreuen, versorgen und nötigenfalls ernähren, regt sich die vielfach kräftig zutage tretende „Kreisidee“. Wir kennen sie zwar

seit langem, aber nicht als eine nationale Forderung, gerichtet auf Befreiung nationaler Minoritäten von fremdnationaler Beherrschung — ob sie in dieser Richtung die an sie geknüpften Hoffnungen verwirklichen kann, ist eine Frage für sich; jedenfalls gewinnt sie an Kraft, sobald es sicher ist, daß der neue Staat ein Wirtschaftsstaat sein muß, der nur solche lokale Staatsämter brauchen kann, die eine richtige Verkörperung dieser seiner neuen Hauptaufgabe sind.

So erblicken wir die drei Gegensätze: Bezirksamt, Bezirks- und Kreishauptmannschaft, in einem anderen Lichte, als ob es bloß technische Organisationsfragen wären. Das alte kleine Bezirksamt war die Lokalstelle des allregierenden Absolutismus; die größere Bezirkshauptmannschaft der Ausdruck eines sich weniger um die Einzelheiten der Verwaltung kümmernden Liberalismus. Welches wird die richtige Behörde des Wirtschaftsstaates sein? Bedarf es einer Neuerrichtung oder genügen die bestehenden Organe?

Das Bequemste wäre freilich, die heutigen Bezirkshauptmannschaften zu belassen und ihnen durch organische Verbindung mit wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern einen neuen Lebensinhalt zu geben. So würde man die Erschütterungen vermeiden, die ein steter Wechsel der Amtsstellen verursacht; denn auch hier gilt der Satz: dreimal umziehen bedeutet einmal abbrennen. Leider ist dieser konservative Gedanke schon deshalb schwer aufrechtzuerhalten, weil die Bezirkshauptmannschaften, auch wenn man sie grundsätzlich bestehen läßt, im einzelnen dennoch unaufhörlich sich verändern und verschieben. In Niederösterreich zum Beispiel haben wir jetzt 23 solcher Behörden; aber der Amtskalender zeigt binnen 20 Jahren 7 neue Namen (Floridsdorf, Gänserndorf, Gmünd, Melk, Mödling, Pöggstall, Tulln), das heißt ungefähr alle drei bis vier Jahre wurde je eine neue Bezirkshauptmannschaft geschaffen. Jede solche Neubildung erfolgte, weil sich die bestehenden Behörden als zu umfangreich erwiesen; jedesmal mußten drei bis vier Nachbarbehörden ihr Gebiet verändern, um Raum für eine Neubildung zu geben. Der Möbelwagen des Umzuges ist fortwährend unterwegs. Dabei hat die Erweiterung Wiens die ländlichen Bezirkshauptmannschaften durch Aufsaugung von rund einer Million Einwohner ohnedies entlastet, sonst wäre die Wanderung der Ämter noch stärker geworden.

Und so wie in Niederösterreich ist es überall, trotz der verbesserten Verkehrsmittel; mit einem großen Schläge wurden die lokalen Staatsämter aufgehoben, und mit unaufhörlichen Rückschlägen werden sie wieder zurückgerufen, weil das Bedürfnis der Bevölkerung sie dringend fordert. Nicht systematisch, nicht von einem großen Plan getragen, sondern kleinweise, je nach der Agitationskraft einflussreicher Abgeordneter und den Verlegenheiten der Regierung werden dem Staatsäckel die nötigen Opfer nach jahrelangen Verhandlungen abgerungen.

Dieser Vorgang, wonach immer so lange gezögert und zugewartet wird, bis die Verhältnisse ganz unleidlich und die Unzufriedenheit drohend geworden, um nach langer Ungewißheit endlich „fallweise“ Abhilfe zu schaffen, ist natürlich das gerade Gegenteil einer gesunden Reform. Sollen wir also, statt fortgesetzte Amtsüberhebungen vorzunehmen, nicht lieber mit einem kühnen Ruck zum alten Bezirksamt zurückkehren? Es wäre gewiß eine volkstümliche Forderung; aber eine solche wird doch nur aufstellen, wer die Sorge für die Kosten dieser Reform mit einer noblen Handbewegung dem Staate zuweist; und mindestens ebenso wichtig ist das tiefere Bedenken, daß diese kleinen Bezirke doch nicht jene großen Wirtschaftskörper darstellen, welche dem neuen Wirtschaftsstaate genügen würden. In die Idylle des Absolutismus können wir nicht zurück — wollen es auch gar nicht.

Krieg und Verwaltungsreform.

zujo scheint als letzter Ausweg nur die Kreisidee zu erstbrüngen, das heißt die Schaffung von ganz großen Staatsbehörden, welche mehrere Bezirkshauptmannschaften umfassen und einem großen Wirtschaftsbezirke vorstehen, wobei als nationalpolitischer Hintergedanke noch mitspielt, daß solche Kreise zugleich nationale Wirtschaftsorganisationen darstellen können, die den bisher majorisierten Nationen ein autonomes Ausleben gestatten. Hier jedoch stellen sich sofort zwei schwere Bedenken ein; denn entweder bedeutet dies ein noch weiteres Zurückweichen des Staates von der Bevölkerung, also eine Verstärkung des Fehlers, der die Bezirkshauptmannschaften so schwer belastet, oder aber, man muß u n t e r den Kreisämtern staatliche U n t e r b e h ö r d e n schaffen — also eine ganz neue Behördenstufe einschleichen. Eine vierte Instanz zu den drei, die wir schon besitzen, das wäre eine solche Ungeheuerlichkeit, daß schon der Gedanke erschreckt zurückweicht. Eine Reform, die eine neue Instanz will, ist überhaupt keine.

Man sieht: keine dieser drei vielervogenen Lösungen ist geeignet, einen ernsthaft gangbaren Ausweg zu bieten. Soll man also die Dinge laufen lassen, wie sie eben laufen, und entmutigt die Hände in den Schoß legen? Das kann unmöglich der Weisheit letzter Schluß sein, und deshalb wage ich einen bisher wenig erörterten Vorschlag, der von folgenden Erwägungen ausgeht: Die Bevölkerung braucht ein örtlich leicht erreichbares Lokalamt und nicht minder hat der Staat die engere Verührung mit dem Volke nötig; die heutigen Entfernungen haben sich selbst bei der Beschränkung des Staates auf vorwiegend polizeiliche Ueberwachung als zu groß erwiesen; eine wirtschaftliche Durchdringung, ein Zusammenwirken von Staats- und Selbstverwaltung ohne jenes örtlich nahe Staatsorgan ist noch unmöglicher. Aber einer mit allen Mitteln ausgestatteten Behörde, für die uns nun einmal das Geld fehlt, bedarf es deshalb keineswegs. Ich nannte früher das Bezirksamt jenen Punkt, wo die Ermüdungsmeile der Bevölkerung zusammentrifft mit dem Zeniter der Arbeitslast einer amtlichen Person. Was für den alien kleinen Bezirk zu besorgen ist, kann eine Einzelperson, ein Amtmann mit einer Kanzleikraft und einem Schreiber leisten; hier eine Behörde mit Vorstand, Konzept-, Schreib-, Kasse- und Rechnungsbeamten, mit Techniker und Arzt zusammenzustellen, wäre Verschwendung. Es genügt statt einer Behörde ein Agent des Staates, ein exponierter Beamter, zumal er gar nicht wie einst der Allregierer des Absolutismus, sondern der Vermittler zwischen Selbstverwaltung und Staat sein soll.

Befriedigt man durch einen solchen örtlich nahen Vertreter des Staates das lokale Bedürfnis, dann kann die

wirkliche Behörde weit zurückliegen, weiter noch als die heutige Hauptmannschaft; wenige, aber gut ausgestattete, mit Exekutivien versehene Behörden an der Spitze je eines trag- und leistungsfähigen Wirtschaftsgebietes — man nenne es Gau oder Kreis — würden dann die eigentliche kraftvolle staatliche Behörde sein. Das Vorbild für diese Einrichtung ist nicht unbekannt. Der Wiener Magistrat hat in den Bezirken magistratische Bezirksämter, die Polizeidirektion Kommissariate, und doch bilden sie nur e i n e Behördenstufe — die gefährliche Schaffung einer vierten Instanz wäre vermieden und ebenso eine Vermehrung der Verwaltungskosten. Das Wichtigste aber ist: dem Staate wird dadurch die Erfüllung seiner neuen Aufgabe als Wirtschaftsstaat ermöglicht, er findet den Weg zu den zahlreichen, heute um das aufgelassene Bezirksamt angesiedelten Selbstverwaltungskörpern unterer Ordnung zurück; es ist das Gerüste geboten für eine höhere kraftvolle Selbstverwaltung und wenn sich bei dieser Organisation auch nur ein Teil jener Hoffnungen erfüllt, die an eine Eigenverwaltung der Nationen geknüpft sind, so ist auch dieser Gewinn hoch einzuschätzen. Es ist der Versuch, aus dem schier unentrinnbaren Berhängnis, welches über unserer Verwaltung lastet, einen Ausweg zu bahnen.

*** Eröffnung eines deutschen Vereinsheims.** Wir erhalten den folgenden Aufruf zur Veröffentlichung: Deutsche Volksgenossen! Der Verband deutschvölkischer Vereine des 14. und 15. Bezirkes eröffnet in einigen Tagen in der Turnergasse ein deutsches Vereinsheim, verbunden mit einer Bücherei und Lesehalle, zu welchem Zweck die Gemeinde Wien kostenlos die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hat. Nun fehlen dem Verbands, der ja nur auf die Mitgliedsbeiträge der ihm angeschlossenen Vereine angewiesen ist, gegenwärtig die nötigen Mittel, um die Einrichtungsgegenstände zu beschaffen. Er richtet daher an alle deutschgesinnten Volksgenossen die freundliche Bitte, dieses gerade im 15. Bezirk so notwendige völkische Unternehmen des Bezirksverbandes durch Zuwendung von Geldspenden zu fördern und zu unterstützen. Die Spenden dienen hauptsächlich zur Anschaffung der Einrichtung, weshalb auch Gegenstände selbst, wie Sesseln, Bücher, Schreibtisch, Bücherkasten und anderes dankend entgegengenommen werden. Mitteilungen sowie Geldspenden sind zu richten an den Zahlmeister des Verbandes, Bezirksrat Ferdinand Schwarzingler, XV., Herflöggasse Nr. 13. Die Verbandsleitung.

Jahresversammlung der Frauengruppe des Piusvereines Innere Stadt.

Die Frauengruppe „Innere Stadt“ des Piusvereines veranstaltete Samstag den 15. d. im Saale des kaufmännischen Vereines die Jahresversammlung, die sehr gut besucht war. Unter den Anwesenden sah man: Kardinal-Fürstbischof Dr. Bisfil, Domherr Graf Esterhazy, Zeremoniär Bisgre. Wagner, P. Kloss O.S.B., die Fürstinnen Odescalchi-Drasch und Lobkowitz-Reipberg, Altgräfin Salm-Serenyi mit Tochter, Graf und Gräfin Erzelenz Bellegarde-Bejacevich samt Töchter, die Gräfinnen Buquoy-Czernin, Emma Dann, Festetics, Harrach-Deettingen, Julie Kielmansegg, Therese Balffy und Stefanie Wendheim, Graf Hartig jun., Freiherr v. Bittinghoff-Schell samt Gemahlin, Fräulein Görres, Frau v. Urbas-Fuchs, Albg. Dr. Freih. v. Fuchs und ehem. Albg. Dr. Scholz. Ehrenpräsident Erz. Dr. Jaroslav Graf Thun-Sohenstein begrüßte die Anwesenden, entschuldigte die Abwesenheit der Obmännin der Frau Gräfin Seilern-Bejacevich und hielt der verstorbenen ersten Vizepräsidentin, der Frau Gräfin Henriette Larisch einen tiefempfundenen Nachruf und führte aus: Wir sind zum zweiten Male unter schweren Verhältnissen hier versammelt, wieder kämpfen und bluten unsere Truppen für das Vaterland, doch diesmal sind wir in der glücklichen Lage, uns überall als Sieger bezeichnen zu können und hoffen, es auch zu bleiben mit Gottes Hilfe. Auch wir im Hinterland müssen das unsere zum Siege beitragen, wir müssen durchhalten und die Opfer unserer tapferen Truppen im Felde wettmachen durch alle Opfer, die wir bringen können, vor allem durch viel Gebet, das Gott die Waffen unserer Truppen und das Schicksal des Kaiserhauses auch fernerhin segne. Es mag manchen scheinen, als ob es in diesen ernsten Zeiten müßig sei, das Piusvereinsversammlungen abgehalten werden; das kann aber nur derjenige behaupten, der nicht weiß, was wir wollen. In dieser Versammlung ist es wohl nicht nötig, auszuführen, von welcher Bedeutung auch in diesen Zeiten der Piusverein, ja das katholische Leben überhaupt ist. Ich glaube, wir alle sind überzeugt, daß eine gewisse Vorbereitung auf die Friedenszeit nicht von Nachteil sein kann, denn, wenn mit Gottes Hilfe der heißersehnte Friede kommen wird, dann dürfte das Leben für uns Katholiken nicht das rosigste sein. Jeder von uns wird auf seinem Platz stehen und alle jene Güter die wir bisher zu verteidigen bemüht waren, noch viel kräftiger verteidigen müssen. Einer unserer größten Helfer in diesem kommenden Kampfe wird der Piusverein sein. In diesem Sinne bitte ich Sie, für die Piusvereinsidee weiterhin zu werben. Bei der letzten Generalversammlung wurde mir der ehrenvolle Auftrag zuteil, namens der Zentrale der ausgezeichneten Ortsgruppe den innigsten Dank zu übermitteln Anlässlich der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung wurde den ausgezeichneten Führerinnen dieser Ortsgruppe, der Obmännin Gräfin Therese Seilern-Bejacevich und der Kassierin Gräfin Elisabeth Rinsky das Ehrendiplom verliehen. (Beifall.) Ich bin überzeugt, Sie sind mit mir einig, daß wir uns dieses höchsten Anerkennungszeichens der Zentrale für unsere

Damen vom Herzen freuen. (Großer Beifall.) Hierauf hielt Baronin Ida Bittinghoff-Schell folgende Ansprache: Euer Eminenz! Hochansehnliche Versammlung! In Vertretung unserer Präsidentin der Gräfin Seilern, die durch einen Trauerfall leider verhindert ist an unserer Versammlung teilzunehmen, begrüße ich Sie vom Herzen als treue Freunde des Piusvereines und danke für Ihr zahlreiches Erscheinen. Gewiß, zahlreich sind diese Freunde unseres Vereines im ganzen Reich. Und doch sind ihrer, wie Vater Kolb in seiner herrlichen Festrede betonte, noch immer viel zu wenige, weil das Bewußtsein, wie sehr eine mächtige katholische Presse eine wahre Lebensnotwendigkeit für unser Volk und unser Vaterland darstellt, noch lange nicht in alle katholischen Kreise gedrungen ist. Wir Vereinsmitglieder müssen dafür sorgen, daß dies endlich geschehe, daß endlich der Vereinsgedanke, wie es das Evangelium vom Sauerteige des Christentums sagt, alle katholischen Oesterreicher durchdringe und gegen die schlechten Zeitungen immunisiere. Möge die heutige Versammlung zu diesem segensreichen Erfolge beitragen! Unsere Ortsgruppe vermag, trotz der harten Zeiten die wir durchleben, auch heute wieder auf ein Jahr segensreicher Tätigkeit zurückzublicken, wie Sie aus dem Rechenschaftsbericht der Kassierin ersehen werden. Gott der Herr lohne es allen, die zu diesem schönen Erfolge beigetragen haben! Unsere Präsidentin Gräfin Seilern hat mich beauftragt Ihnen allen und ganz besonders den Damen des Ausschusses der Frauengruppe „Innere Stadt“ für ihre treue Arbeit von ganzen Herzen zu danken. Durchhalten heißt es für uns im Weltkriege, durchhalten aber auch im Kampfe gegen die Zeitungen der Kirchenfeinde und die Gleichgültigkeit vieler Freunde bis zum vollen Siege! (Großer Beifall.)

In Vertretung der Kassierin Elisabeth Gräfin Rinsky erstattete nun Frä. Mathilde Hagenauer, den Rechenschaftsbericht, in dem sie ausführte, die Ortsgruppe zähle gegenwärtig 14 Stifter, Gründer und Wohltäter, 102 Förderer, 435 Mitglieder und 4 Teilnehmer. Die Einnahmen betragen 6026.35 Kronen von denen 5564.20 Kronen an die Zentrale abgeführt wurden. (Beifall.) In den Vorstand wurden einstimmig gewählt: Gräfin Therese Seilern-Bejacevich (Vorsitzerin, Gräfin Karoline Harrach-Deettingen (1. Stellvertreterin), Frau Therese Heindl (2. Stellvertreterin), Gräfin Elisabeth Rinsky-Wilczel (Kassierin), Frä. Mathilde Hagenauer (1. Stellvertreterin), Frau Marie Jettel (2. Stellvertreterin), Prinzessin Gabrielle Radziwill (Schriftführerin), Frau Sophie v. Urbas (1. Stellvertreterin), Baronin Ida Bittinghoff-Schell (2. Stellvertreterin, zu Vorstandsmitgliedern; Frä. Marie Furmann, Gräfin Therese Balffy, Baronin Dora Pereira, Gräfin Marie Trauttmansdorff-Schwarzenberg und Erzelenz Gräfin Emma Wilczel

Hierauf hielt P. Kloss O.S.B. einen fesselnden Vortrag über seine Erlebnisse im neutralen und feindlichen Ausland, beleuchtete die Verlogenheit der gegnerischen Presse im Ausland und sagte zum Schlusse seiner Ausführungen: Die Logenzeitungen sind die zwei Hämmer, die an den Stützen einer christlichen, gesunden Gesellschaftsordnung tätig sind. Sie haben den Kriegshammer als erste gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland geschwungen. Die einzige Ursache des Krieges ist das Logentum. Nur die katholischen Zeitungen der neutralen Länder stehen für die Mittelmächte ein, weil sie dem Grundsatz für Recht und Wahrheit zu kämpfen, leben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen eine gute katholische Presse. Sie ruht auf zwei Voraussetzungen. Einmal der geistigen, das heißt die Presse muß im Dienste unserer höchsten Güter stehen, der christlichen Ideale, der christlichen Weltanschauung; da haben wir Blätter genug. Vor allem freut es mich, hier die „Reichspos“ erwähnen zu können. (Beifall.) Die zweite Voraussetzung ist die materielle; die Zeitung muß genügende Mittel besitzen, um sich entwickeln und ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ist die gute Presse gerettet, so ist alles gerettet, unsere Ideale, unsere Familie, Literatur, Schule, Thron und Altar. Es lebe diese Presse! Das walle Gott. (Stürmischer, langanhaltender Beifall folgte den Ausführungen des Redners.)

Kardinal-Fürstbischof Dr. Bisfil bat sodann die Ortsgruppe, mit demselben Eifer weiter zu arbeiten wie bisher und erteilte den bischöflichen Segen.

Zum Schlusse brachte Konzertsängerin Fräulein Hanj Zippert einige Lieder zum Vortrage und fand reichen Beifall.

Die ungarische Bodenreform.

Von Josef Diner-Dénes (Budapest).

I.

Boden dem Volke! Jubelnd hallt heute dieser Ruf fast durch die gesamte ungarische Presse, die ungarische „Gesellschaft“, ja das ganze weite Ungarland. Was ist geschehen? Ist etwa ein Wunder geschehen und über Nacht diese „Gesellschaft“ in ihren Erkenntnissen und Bekenntnissen umgestülpt worden, daß sie, die bisher nicht nur den Boden in Ungarn, sondern auch die Menschen und überhaupt alles, was hier ist und besteht, als ihr unbeschränkt Eigen ansah, dem Volke, jenem Volke, das ihr Knechtdienste leisten muß, Boden geben will? Nun, das Wunder ist geschehen. Aus der Hochburg des ungebändigsten magyarischen Hochagrarisismus klang gestern der Ruf ins Land: „Boden dem Volke!“, und daß er Widerhall fand, da er von so mächtiger Stelle kam, ist nur selbstverständlich.

Allerdings kommen sonst aus dieser agrarischen Hochburg, dem Bunde der ungarischen Landwirte, nur Forderungen alleregostischer Art, so daß die bürgerliche Presse und der nicht hochagrarische Teil der ungarischen „Gesellschaft“ allen von dorthier tönenden Wünschen gegenüber äußerst mißtrauisch sind. Aber diesmal klang der Ruf so neu, so unvermittelt, so einschmeichelnd. Und dann wie das inszeniert war! Die ungarischen „Herren“ sind doch seit jeher Meister in der politischen Regiekunst und diese Kunst kam in der Jahresversammlung des Bundes ungarischer Landwirte voll zur Geltung.

Vorerst wurde der agrarische Wunschzettel heruntergeleiert, der sich trotz Krieg und Tod und Not nicht verändert hat, es sei denn daß er im Bewußtsein der neubefestigten agrarischen Herrschaft noch selbstischer und herausfordernder geworden. Und dann erhob sich zum Worte der feingeistige Bischof von Stuhlweissenburg Ottókar Prohászka. Er ist für gewöhnlich nicht heimisch in dieser Gesellschaft. Wohl konservativ und fest eingefügt in die bestehende Ordnung, hegt er doch mancherlei apostolische und soziale Ideen und war manchmal Eigenbrötler genug, sie zu Trost und Schaden seiner gestrigen Umgebung zum Ausdruck zu bringen. Gar mancherlei Konflikt hatte er auch dieserhalb mit der geistlichen Hierarchie, was ihm wiederum allerlei Sympathien schuf in den Kreisen, die dieser Hierarchie feind.

Da nun ein solcher Mann, dem man Selbstlosigkeit, ein warmes Herz und einen freien Geist nachrühmt, den Ruf erhebt: „Boden dem Volke!“, wie

sollte da nicht alles Mißtrauen schwinden, wenn auch die ganze ausbeuterische, hochagrarische Umgebung dem Rufe wie besessen applaudierte?

Aber die Hochagrariere sind verderblich, nicht bloß wenn sie Liebesgaben fordern, sondern auch wenn sie welche austeilen wollen, und da sie „Boden dem Volke“ geben wollen, geschieht es auch nur im Interesse der eigenen Tasche. Wie sie aber dieses Taschenspielerkunststückchen zuwege bringen wollen, ist ein neuerliches Zeichen für ihre geradezu gefährliche Geschicklichkeit.

Bischof Prohászka begnügte sich nicht, das Schlagwort „Boden dem Volke!“ in die Öffentlichkeit zu werfen, sondern unterbreitete auch dem Bunde ungarischer Landwirte einen vollständig ausgearbeiteten, aus zweiundzwanzig Paragraphen bestehenden Antrag, mit dessen Hilfe das Schlagwort in die Tat umgesetzt werden soll. Der Gedankengang dieses Antrages ist im großen folgenden: Dem Staate solle das Recht eingeräumt werden, gewisse landwirtschaftliche Gebiete zu pachten und diese dann als Erbpachtungen weiterzugeben. Dieses Pachtrecht soll sich auf den für landwirtschaftliche Kultur geeigneten Teil der Fideikommissionen, der Kirchengüter und der öffentlichen Stiftungsgüter (sogenannte Fundationalgüter) erstrecken; doch nur dort, wo das in einer Hand befindliche landwirtschaftliche Gebiet 10.000 Katastraljoch übersteigt. Dieses Gebiet soll in Kleingüter von 10 bis 35 Katastraljoch geteilt werden, die an solche Landwirte in Erbpacht gegeben werden sollen, die sich im Kriege Verdienste erworben haben, oder durch ihn wirtschaftlich geschädigt worden sind, oder sich während des Krieges im zivilen Leben bewährt haben, oder aus dem Ausland zurückwandern und in nationaler Hinsicht verlässlich sind, schließlich auch Frauen, deren Männer oder Söhne im Kriege gefallen sind. Ueberdies sollen dort, wo auf den parzellierten Gütern entsprechende Baulichkeiten vorhanden sind, Mittelgüter von nicht mehr als 350 Katastraljoch geschaffen werden, die an in der Landwirtschaft bewanderte Männer auszugeben werden sollen, die als Offiziere oder Freiwillige am Kriege teilgenommen haben. Die Erbpacht soll immer auf den erstgeborenen Sohn übergehen, ohne daß die anderen Geschwister einen Schadenersatzanspruch haben.

Wie aus diesem Antrag ersichtlich, will dieser ganze Antrag nichts anderes, als den langgehegten konservativ-agrarischen Wunsch erfüllen nach Schaffung von Bauernfideikommissionen, die hier noch ergänzt werden sollen mit einer Reihe von Mittelbesitzfideikommissionen. Und selbst hierbei wird an dem ganzen jetzigen Grundbesitzsystem nicht gerüttelt, sondern wird ängstlich darauf geachtet, daß Ungarn auch weiterhin ein ausgesprochenes Latifundienland bleiben soll. Die Fideikommissionen, kirchlichen und Fundationalgüter haben nach einer Statistik vom Jahre 1900 in Ungarn einen Umfang von 8.161.305 Katastraljoch^{*)}, während der gesamte Latifundienbesitz (nämlich Besitzungen von mehr als 1000 Katastraljoch) 12.891.337 Katastraljoch betrug. Da nun ein wenn auch nicht allzu großer Teil der Fideikommissionen und Kirchengüter kleiner als 10.000 Joch ist und deshalb nicht zur Parzellierung gelangen wird und überdies das zur landwirtschaftlichen Kultur geeignete Gebiet der Latifundien im Durchschnitt laut der Aufnahme vom Jahre 1895 nur 52,7 Prozent des Gesamtgebietes ausmacht, bleiben nach diesem Projekt als „Boden dem Volke“ nur etwa zwei Millionen Katastraljoch übrig, während die übrigen elf Millionen Latifundien auch weiterhin unberührt bleiben werden.

Ist es also nicht allzuviel, was die Hochagrariere dem „Volke“ zukommen lassen wollen, so soll die Zuteilung überdies in der Weise erfolgen, daß

^{*)} Ein Katastraljoch = 0,575 Hektar.

sich der Neubestiz ganz und gar in unser hoch-agrarisches System einfügen, ja demselben eine neue Stütze werden soll. Denn verwirklicht würde die Sache etwa so aussehen: Aus ungefähr einem Viertel des zu parzellierenden Bodens, also aus 500.000 Joch, könnten so ziemlich 2000 Erbpachtgüter mittlerer Größe gemacht werden, die eine ganze Reihe verarmter Gentryfamilien, die jetzt als unzufriedenes Element dem herrschenden System mancherlei Ungelegenheiten bereiten, wieder auf den Glanz herrichten und damit neuerdings zu verlässlichen Elementen machen würden. Aus den restlichen 1.500.000 Joch aber könnte man 60.000 Erbpachtgüter kleinerer Art (25 Joch im Durchschnitt) machen. Daß dies schon für jene Bauern, die ohne Acker und Galm sind oder nur soviel Boden haben, daß er ihr Dasein nicht sichert (Bischof Prohaszka rechnet in diese Kategorie allen Besitz unter acht Joch), und am Kriege teilgenommen haben, nicht genügt, geschweige denn daß auch noch andere von diesem Boden bekommen und überdies mit ihm die Rückwanderung aus Amerika in Gang gebracht werden könnte, ist klar.

Die Agrarier, die diesem Antrag Beifall geflößt, haben aber auch gar nicht solche Ziele gelehrt. Humanität, Volksfreundschaft sind ihnen fremde Begriffe, sie kennen nur eines: das allereigenste Interesse, das vertritt bei ihnen jedes Volks-, Vaterlands- und Staatsgefühl. Aber weil sie als solcherartige und noch dazu kluge Geschäftsleute sehr genau wissen, daß eine Bodenreform in Ungarn unausweichlich ist, daß sie schon vor dem Kriege wuchig an die Tore gepocht und daß sie jetzt schon die Tore fast eingehämmert hat, wollen sie durch ein kleines freiwilliges Almosen die ihnen drohende große Gefahr abwehren. Sie opfern nicht ganz ein Sechstel des Latifundienbesitzes und bekommen dafür in Tausch 2000 neue Mittel- und 60.000 neue Kleinbesitzer, die nicht nur durchaus verlässlich, sondern durch die fideikommissarische Erbpacht für alle Zukunft wie mit Ketten an die herrschende Klasse gefesselt sind. Da aber die Herren vom Bund der Landwirte mit allen politischen Salben geschmiert sind, können wir uns darauf verlassen, daß die Verteilung der neuen Mittel- wie auch Kleingüter so erfolgen würde, daß alle Kuser im Streite, die draußen auf dem Lande, sei es in der Bauernschaft, sei es in der Gentry lärmen, weiterhin klugerweise den Mund nicht mehr öffnen möchten. Da aber, was ein echter Agrarier, auch ein Nebenprofitieren nicht verschmäht, wollen sie diese so überaus „volksfreundliche“ Reform nicht nur dazu benutzen, Arbeiter der Industrie abzujauchen, wie das Bischof Prohaszka offen eingesteht, sondern auch den Latifundienbesitzern neue Arbeiter zu schaffen. Denn wie ein Erbpächter stirbt, werden alle seine Kinder mit Ausnahme des Erstgeborenen sofort ins Proletariat hinabgestoßen und gezwungen sein, sich bei den Latifundienbesitzern zu verdingen.

Würden die Agrarier all diesen Egoismus nackt hinausstrecken, Grauen würde die Leute erfassen. Aber so hübsch eingekleidet, wie ihn Bischof Prohaszka präsentiert, wirkt er ganz gut. Denn wer könnte sich der Pifanterie verschließen, daß ein Bischof beantragt, der Staat möge die Kirchengüter wenn auch nicht einziehen, so doch für angebliche Gemeinzwede mit Beschlag belegen? Und noch weniger ist es möglich, zu widerstehen, wenn der Herr Bischof für unsere Soldaten Boden fordert, damit die Helden von Bimanova und vom Doberdo nicht gezwungen seien, nach dem Kriege mit dem Werkel herumzuziehen, wie es das Schicksal der Helden von Solferino gewesen sei; wie er sich ausdrückte. Wobei es nur ganz eigentümlich ist,

daß er nur für die Bauernsoldaten ein Herz hat, für die gewerblichen Proletarier, die dieses Land verteidigen, aber kein Wort findet. Die mögen mit dem Werkel herumziehen. Wie hat doch der sonst so feingeistige Bischof seine apostolischen und sozialen Ideen diesmal dem Agrarismus anzupassen verstanden!

18. IV. 1946

160

Fortsetzung der Wirtschafts- und Ausgleichskonferenzen.

Mehrtägiger Aufenthalt der österreichischen
Minister und Fachreferenten in Budapest.

Wien, 17. April.

Das i. f. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus
Budapest:

Zur Fortsetzung der in der vorigen Woche in Wien
stattgefundenen Verhandlungen der österreichischen und
der ungarischen Minister sind heute um 2 Uhr
15 Minuten nachmittags Ministerpräsident Graf
Stürgkh in Begleitung des Ministerialwizeseekretärs
Grafen Kuenburg, Eisenbahnminister Freiherr
v. Forster, Ackerbauminister Jenker, Finanz-
minister Dr. Ritter v. Leth in Begleitung des Finanz-
sekretärs Dr. Kleinwächter und Handelsminister
Dr. v. Spitzmüller in Begleitung des Ministerial-
wizeseekretärs Dr. v. Jonak hier eingetroffen.

Außerdem sind mit den österreichischen Ministern
hier angekommen: Sektionschef Dr. Folger und
Sektionsrat Dr. Freiherr v. Löwenthal, die Sek-
tionschefs Dr. Grienberger und Ritter v. Sol-
vis, Ministerialrat Dr. v. Pichler, Hofrat Doktor
Brüll, Ministerialwizeseekretär Dr. Rauscher, die
Sektionschefs Dr. v. Seidler, Dr. Ritter v. Wim-
mer, Dr. Mühlvogel, Dr. Joas, Riedl,
die Ministerialräte Dr. Schüller und Dr. Ondra-
czek und Sektionsrat Dr. Latka.

Die österreichischen Minister und Fachreferenten
begaben sich um 4 Uhr nachmittags ins Finanzministe-
rium zu einer Beratung mit den ungarischen Ministern
und Fachreferenten.

Neue Bahnen der Wirtschaftspolitik!

Die viertägige Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs hat ebenso umfassend wie eindringlich die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Forderungen aufgestellt und begründet, um deren Erfüllung die Arbeiterklasse auf Grund der Kriegserfahrungen kämpfen wird. Sie geben ein stattliches Arbeitsprogramm für das deutsche Proletariat dieses Landes und über dieses hinaus. Es war immer

ein Ehrentitel unserer sozialdemokratischen Bewegung, daß sie das von der Stunde Gebotene, das zunächst Erreichbare, daß sie die Pflicht der Zeit erfaßt und festgehalten hat, um die Arbeiterklasse und mit ihr das ganze Gemeinwesen von Stufe zu Stufe aufwärtszubringen. Wirklichkeitsinn und Schöpferkraft haben sie befähigt, aus dem Schmerlingschen Ständehaus eine Volksvertretung allgemeinen und gleichen Stimmrechtes zu machen zu einer Zeit, die sonst in Westeuropa den Verfassungsreformen nicht günstig war. Die gleichen Tugenden der Bewegung werden ihren Dienst tun, wenn es gilt, nach dem Kriege das wirtschaftliche, soziale und politische Leben des Landes wiederherzustellen und ein neues Oesterreich aufzubauen.

Wie Gesellschaft und Staat im allgemeinen auf dem Untergrund der Volkswirtschaft ruhen und von ihr emporgetragen werden, so muß Oesterreichs Reform vor allem auch Wirtschaftsreform sein. Darum stellt die Reichskonferenz an die Spitze ihres wirtschaftlichen Programms die Forderung:

Die bewußte und durchgängige Neugestaltung unserer inneren Wirtschaftspolitik im Geiste des modernen Industriestaates...

Schon vor dem Kriege, schon etwa zur Jahrhundertwende, hatte Oesterreich die Schwelle vom Agrar- zum Industriestaat überschritten. Seine Bevölkerung lebte nur eben noch zur Hälfte von der Landwirtschaft, der Staat aber zog schon längst die größere Hälfte seiner Einnahmen von der industriellen Produktion. Die wirtschaftlichen Erschütterungen des ersten Jahrzehnts nach 1900, die handelspolitischen Krisen dieser Zeit verraten die Schmerzen dieses Uebergangs: Noch hält der Staat die innere Gesetzgebung und die äußere Zollpolitik eines mittelständisch-agrarischen Landes fest, das rasch vorschreitende Wirtschaftsleben revoltiert gegen die Schranken der veralteten Rechtsordnung. Leidenschaftlich stemmen sich die Vertreter einer ablaufenden Wirtschaftsordnung gegen die neuen Tatsachen und den neuen Geist, ebenso leidenschaftlich dringen die Befürworter einer neuen Ordnung an. Um die Handelsverträge mit den Balkanstaaten, die einer der sichtbarsten Orientierungspunkte des Alten und des Neuen sind, spitzt sich der Kampf zu. Der Krieg unterbricht ihn jäh — aber schon vor dem Kriege war es allen Einsichtigen klar, daß nicht nur unsere Handelspolitik, sondern die gesamte innere Wirtschaftspolitik durch die Entwicklung überholt sei und Wandel erfahren müsse, wenn wir nicht in einem fehlerhaften Zirkel stecken bleiben sollen.

Der Industriestaat hat im Kriege gesiegt — im Innern wie nach außen. Welch unerfreuliche und zum Teil empörende Begleiterscheinungen dieser Sieg mit sich gebracht haben mag — darüber wird noch sehr viel und sehr ernsthaft zu reden sein! — die wirtschaftlichen Umwälzungen des Krieges sind heute schon vollzogene Tatsache und diese verankert sich durch die lange Dauer des Krieges. Die kapitalistische Plusmacherei ist davon die Schattenseite, ohne die unsere bürgerliche Wirtschaftsordnung nie durchkommt. Die Lichtseite aber ist der Durchbruch der industriellen Methoden, der planmäßigen Organisation und der wissenschaftlichen Betriebsführung. Dagegen halte man nun den Geist unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung und man wird den schreienden Widerspruch wahrnehmen.

will —, weiß doch wenigstens zu deklamieren.

Diese komische Oper nämlich hat ein eigenes Parlando aufzuweisen. Dies ist an sich schon so viel, daß man alle Abhängigkeiten für gering erachten kann. Solcher Abhängigkeiten sind bei Korngold ohne Zweifel manche vorhanden; das wäre auch gar nicht anders möglich und ist nie anders gewesen, bei keinem Komponisten, keinem großen und keinem kleinen. Der Künstler trägt das Wunder in sich, in der Zeit geboren zu sein und zeitlos zu wirken: Ursprung und Zukunft sind in ihm gebannt. Also mag man ruhig Richard Strauß in Korngolds Opern finden, auch Wagner — die Beckmesser-Ginnetzung beim Schauspieler kam nicht vor ohngefähr —, aber das Eigene, das schöne Eigene kann man nicht übersehen. Im „Ring des Polykrates“ tritt eine ausgesprochene Begabung für das Unnützig-Behagliche, für das Jean Paulsche des Humors deutlich hervor. Die Handlung — nach einem Lustspiel des Prager Schriftstellers Teweles — ist in die Wiedermeierzeit rückverlegt. Diese Flucht in die Vergangenheit ist für die Singspielversuche unserer Tage bezeichnend. In der Großstadt scheint die Naivität

Produktion in lebensunfähigen Formen zu erhalten. Wir haben durch das Konzessionsunwesen, den Befähigungsnachweis und die Abzirkelung von Gewerberechtigkeiten einer beträchtlichen Volksteil in verderbliche Illusionen gewiegt, daß Altväterbrauch stärker sei als kaufmännische Schulung und technisches Können, haben die „Meister“ noch künstlich in der Enge des Gesichtskreises festgehalten, indem wir sie in Zünften organisierten und den gewerblichen Nachwuchs als Lehrlinge halbmittelalterlichen Stils in ganz falscher Richtung erzogen. In diesem Vierteljahrhundert haben wir zugleich eine Bürokratie herangebildet, die an die gigantischen Gebilde der kapitalistischen Entwicklung den engherzigen Maßstab des Handwerks anlegt und mit den ernsthaften Fragen modernen Wirtschaftslebens gar nichts anzufangen weiß. Indem man so dem vielumwobenen „Klein-gewerbetreibenden“ das unmöglich gewordene Ideal vom „Handwerk mit dem goldenen Boden“ vorgaukelte, hat man es versäumt, ihn fortzuschulen zum Maschinenwerk, das heißt zum „Kleinindustriellen“. Und doch lag für zahllose Existenzen hierin der einzig gangbare Ausweg. Der „Handwerker“, etwa ein Schuhmacher, lernt die Erzeugung nach Altväterbrauch in der Meisterlehre — je in einem Jahr fünf oder Jahrzehnt ist die Erzeugungsweise immer wieder umgewälzt. Was er hätte lernen sollen, ist einerseits kaufmännisches Gebaren und andererseits nie erlahmende Anpassungsfähigkeit an stets wechselnde technische Methoden. Wäre zum Beispiel der Sinn unseres gewerblichen Nachwuchses in der Schuhherzeugung darauf eingestellt worden, viele unserer heimischen Meister hätten den Weg zur Schuhfabrikation gefunden, wir hätten den Rang unserer Schuhwarenindustrie auf dem Weltmarkt behauptet und hätten nicht die überflüssige Schande erlebt, daß wir von fremdem Schuhzeug überschwemmt sind, während das heimische Handwerk samt und sonders zur Flickschusterei herabgesunken ist.

An zahlreichen Beispielen unserer gewerblichen Entwicklung ließe sich veranschaulichen, welche ein Unglück dieses Vierteljahrhundert falsch orientierter Gewerbspolitik war.

Ganz den gleichen Fehlgriß haben wir mit beharrlicher Folgerichtigkeit auf dem flachen Lande gemacht. Wir haben dem Landwirt vorgeschmeichelt, es sei sein und unser aller Vorteil, wenn er „Bauer“ alten Stils sei und bleibe. Dieser „Bauernkult“ hat den Landwirten vorgetäuscht, daß die altväterliche Produktionsweise das beste sei. Viel zu langsam, viel zu schwerfällig und nur widerwillig hat die Masse der Landwirte sich zur Modernisierung der Betriebe entschlossen. Die agrarische Agitation, diese Verschmelzung gewissenloser Demagogie mit gerissenster Selbstsucht, hat den Landwirten nicht ohne Erfolg einzureden gesucht, die Volksgesamtheit müsse jedes Opfer bringen, um doch die rückständigste Betriebsweise rentabel zu machen. Der Preis ist alles, die Betriebsreform nichts! Was zudem von vielen denkenden Landwirten geleistet

würde, danken wir der Klugheit und Tatkraft einzelner, nicht aber dem öffentlichen Geiste unserer Agrarpolitik. Die Masse der Landwirte aber wurde eher abgehalten als angeleitet, das zu tun, was die Zeit erfordert, nämlich den landwirtschaftlichen Betrieb zu industrialisieren. Nur dem oberflächlichen Denken erscheint das ein Widerspruch, nur der Gedankenlose meint, ein Industriestaat vertrage sich mit einer blühenden Landwirtschaft überhaupt nicht und hier lägen unvereinbare Gegensätze vor. In Wirklichkeit aber entfaltet gerade der Industriestaat die Landwirtschaft zur höchsten Blüte. Denn er schafft einen überaus aufnahmefähigen Markt, gibt jeder Qualitätsproduktion Raum, ermöglicht die höchste Spezialisierung der Landwirtschaft (Industriepflanzen, Gartenbau, Obstkultur, Mischwirtschaft, intensiver Getreidebau u. s. w.) und gibt zugleich dem Landwirt die feinsten Betriebsmittel, die wundervollsten landwirtschaftlichen Spezialmaschinen an die Hand. Die Gerätekammer unseres durchschnittlichen Bauernhofes ist armselig ausgerüstet im Vergleich zu jener des westdeutschen Bauers oder des amerikanischen Farmers. Wir verschwenden die Arbeit und sparen Inventar und Betriebsmittel. Wir düngen den Acker zuviel mit nutzlosem Schweiß und zu wenig mit Stickstoff, wir haben die Landwirte

lieber angelehrt zum Wetterziehen und Wetterbeeinflussen, als unterrichtet in Mechanik und organischer Chemie. Es steht hier mit dem Landwirt genau so wie mit dem Gewerbetreibenden: Es galt, den Kleingewerbetreibenden nicht zurückzubilden zum Handwerker, sondern vorzubilden zum Kleinindustriellen, es galt, den Landwirt nicht festzuhalten in der alten Bauernideologie, sondern vorzuschulen zur Industrialisierung der Bodenkultur. Hätten die agrarischen Wanderredner nur halb so oft das Evangelium vom Kunstbinger als jenes vom Schutzoll gepredigt, es stünde um unsere Brot-, Milch- und Fleischversorgung wahrhaftig besser.

Ein Industriestaat hat notwendig eine andere Gewerbe- und Landpolitik als ein alter Ständestaat! Das muß nun endlich begriffen werden. Und abgetan muß der agrarische und zünftlerische Demagogentritt werden, als hätte er eine Gewerbe- und Landpolitik überhaupt nicht.

Genau so reaktionär wie in den Mittelstandsfragen hat sich unsere Wirtschaftsgesetzgebung gegen die große Produktion verhalten. Während sie für den sogenannten Mittelstand künstlich Zwangsgenossenschaften schuf, unterband sie geflissentlich das Assoziationswesen, Gesellschaften wie Genossenschaften. Unglaublich, unerhört, unerträglich ist der Geist der Assoziationsfeindschaft, der, von solch reaktionärer wirtschaftlicher Erziehung genährt, in den oberen Schichten der Bürokratie wie in den obersten Gerichten herrscht. Natürlich — die ganz Großen konnte und wollte man nicht binden — aber den Mittleren und Kleinen hat man die Vergesellschaftung unsäglich erschwert und unendlich verleidet. Nur dank dieser Assoziationsfeindschaft hat unsere Industrie jenen Charakter angenommen, der sie so sehr von jener Deutschlands und Frankreichs unterscheidet. Dort blüht in zahlreichen größeren und kleineren Städten eine überaus mannigfache Mittelindustrie, die dem ganzen Lande den Charakter der Wohlhabenheit aufprägt. Wir aber kommen auf gewerblichem Gebiet zu dem gleichen Bilde, das die Landwirtschaft des Ostens und der Kolonien aufweist: wenige

Riesenplantagen und daneben spärlicher, abhängiger Mittelbetrieb und eine Masse verkümmerteter Parzellenbauern. Diese Parzellenbauern — das ist das zünftlerisch umhegte Handwerk; jene Riesenplantagen — das sind die großen Rohstoff- und Schwerindustriekartelle; was dazwischen liegt, ist eine von zwei Seiten eingeklemmte, von allen Seiten gefesselt und steuerlich eingeschränkte Mittelindustrie, die weder zu einer Höherentfaltung noch zur Ausdehnung in die Breite gelangt, deren Verkümmern sich staatlich und vollstich in dem Stillstand unserer Mittel- und Kleinstädte ausdrückt!

Wenn wir uns trotzdem zum Industriestaat entwickelt haben, so nur, weil die Dekonomie am Ende doch stärker war als das Gesetz. Nun aber soll sie sich stark genug fühlen, eine engherzige, rückstauende Gesetzgebung zu durchbrechen. Wir müssen durch den Engpaß der zünftlerisch-agrarischen Wirtschaftsverfassung hindurch. Der künftigen Volksvertretung ist eine große und bedeutsame Aufgabe gestellt, die gelöst werden muß, wenn wir mit der Welt um uns gleichen Schritt halten sollen. Und dazu weist uns der Beschluß der Reichskonferenz den Weg:

Der Staat hat . . . jahrzehntelang seine Arbeit und seine Mittel verschwendet auf die Erhaltung zünftlerischer und rückständiger Betriebsformen in der

Landwirtschaft und im Gewerbe, dagegen die Ausbreitung moderner Betriebsmethoden und höherer Betriebsorganisationen vernachlässigt; er hat dadurch unsere landwirtschaftliche Produktion verkümmert und die gewerbliche Entwicklung in engen Betriebsformen festgehalten, dagegen die Förderung der Industrie und des Verkehrs in großem Stil unterlassen und die industrielle Entwicklung zurückgehalten. In der Stunde der Not hat sich gerade die industrielle Arbeit als der wertvollste und leistungsfähigste Teil der Volkswirtschaft erwiesen, während alle anderen Zweige des Wirtschaftslebens hinter dem, was erwartet werden konnte, zurückblieben.

Und er zeigt uns das Ziel: Die bewußte und durchgängige Neugestaltung unserer inneren Wirtschaftspolitik im Geiste des modernen Industriestaates!

Die Bodenreform.

Von Josef Diner-Dénes (Budapest).

II.

Oft und oft beschlichen uns Zweifel, ob denn das franke Agrarland Ungarn je noch gesunden könne. Erst spät, sehr spät, im Jahre 1848, wurden von ihm die Bande des Feudalismus gelöst, doch schon 1867 geriet es wieder in feudales Fahrwasser, entwickelte sich in feudaler Richtung. Was Wunder da, wenn jenen, die hier eintreten wollen, Wandel zu schaffen, schon von weitem her des Dante'schen Hölle'stores Ueberschrift sich entgegenstellt: „Lasset alle Hoffnung draußen; die ihr hier eintretet!“ Vor allem ist es die Besitzverteilung des Grund und Bodens, die dem Lande den feudalen Charakter gibt. Eine ungeheure Zahl besitzloser Landproletarier, daneben eine große Zahl von nicht minder proletarischen Zwergbesitzern und daneben eine kleine Zahl von Groß- und Größtbesitzern. Und da die herrschende Klasse von dem ganz offen betonten Grundfak ausgeht, wem der Boden gehört, dem gehört das Land, hat sie seit dem Jahre 1867 die Konzentration des Landbesitzes in immer weniger Hände mächtig gefördert und überdies, um ihre Herrschaft vollkommen zu sichern, einen immer größer werdenden Teil des Bodens in gebundenen Besitz verwandelt.

So gab es im Jahre 1870 noch 2,486,265 Wirtschaften in Ungarn, 1895 aber nur noch 2,388,482, also um 100.000 weniger. Diese Verminderung der selbständigen Wirtschaften machte sich nach zwei Richtungen geltend. Einerseits fand eine immer größere Konzentration der Bauerngüter statt, die allerdings sofort mit der Durchführung der Bauernbefreiung eintrat, und auf der anderen Seite eine immer größere Konzentration des Mittelbesitzes, die aber recht eigentlich erst seit 1867, dem Beginn des sogenannten neuen Verfassungslebens, datiert.

Trotzdem das absolutistische Regime zu Beginn der Fünfzigerjahre des vorigen Jahrhunderts bei der Durchführung der Grundablösung die Interessen der Bauern so ziemlich wahrte — selbst chauvinistische Historiker erkennen an, daß unter einer nationalen Regierung die Bauern schlechter gefahren wären —, kamen doch an vielen Orten die Bauern zu kurz. Als Grundlage für die Bestimmung des Bauernbesitzes diente nämlich die Urbarmalordnung Maria Theresias, die aber in Ungarn nicht so günstig war für die Bauern wie in Oesterreich, weil — wie Pastor Szeterenyi, einer unserer besten Kenner der bäuerlichen Verhältnisse, meint — jene Urbarmalordnung in Oesterreich öffentliche Beamte, bei uns aber Angestellte des adeligen Komitats gemacht hatten. Kaum ist die Bauernbefreiung durchgeführt, beginnt auch schon im ganzen Lande, ganz besonders aber in seinem fruchtbarsten Teile, dem Tiefland, dem „Alföld“, wie es ungarisch genannt wird, ein ganz gewaltiges Bauernlegen, trotzdem 1853 den Juden in Ungarn der Erwerb von Boden untersagt wurde. Damals wurden die Grundlagen jener Großbauerngüter gelegt, die an vielen Orten ebenso verderblich wirken wie die Latifundien, ja sich vielfach sogar in Latifundien ausgebildet haben. Dazu kam dann nach 1867 infolge wachsender Verschuldung des Klein- und Mitteladels auch eine sehr rasche Konzentration des Großbesitzes. Diese Bewegung wurde auch durch verschiedene gesetzgeberische Maßnahmen gefördert — so zum Beispiel kann jedes Großgut aus dem Gemeindeverband, zu dem es territorial gehört, scheiden und eine eigene Gemeinde bilden, womit es den überall ziemlich großen Gemeindefasten entgeht — sowie dadurch, daß nicht nur immer mehr Fideikomisse genehmigt, sondern auch Gutskäufe des Staates, der Städte und Gemeinden, der verschiedenen Stiftungen und schließlich der Toten Hand gefördert wurden. Ein Bild dieser Besitzkonzentration gibt ein Vergleich des Standes dieser Güterkategorien im Jahre 1870 und im Jahre 1900.

1870 umfaßten die Staatsgüter 2,723,012 Katastraljoch, 1900 schon 3,191,594 Katastraljoch. Noch mehr stiegen die städtischen und Gemeindegüter, nämlich von 6,325,682 auf 8,674,716 Katastraljoch, die Güter der Toten Hand sowie die der katholischen Stiftungen (Fundationalgüter) von 1,674,294 auf 2,797,483 Katastraljoch und schließlich die Fideikommissgüter von 463,352 auf 2,363,822 Katastraljoch. Rechnen wir diese Posten zusammen, so ergibt sich, daß die Größe des unbundenen Besitzes von 11,186,340 auf 17,027,625 Katastraljoch in dreißig Jahren gestiegen ist, also schon 1900 etwa ein Drittel des gesamten Gebietes umfaßte.

Mit Hilfe dieses gebundenen Besitzes halten die Aristokratie und die Kirche dieses Land am Gängelband, und während ihr Besitz so ungeheuer wuchs, sind in derselben Zeit von 1870 bis 1900 nicht weniger als 118,235 selbständige Besitzungen verschwunden, wechselten jährlich 350.000 bis 450.000 Güter den Besitzer, wurden besonders seit den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts etwa 20.000 Güter jährlich gerichtlich versteigert, wurden jährlich 350 bis 400 Millionen neue Anlehen auf den ungarischen Gutsbesitz intabuliert und wandern alljährlich mehr als 100.000 Bauern aus Ungarn aus, weil sie hier ihren Lebensunterhalt nicht finden können.

Und mit dem Jahre 1900 war diese Bewegung noch durchaus nicht abgeschlossen, sie verschärft sich vielmehr von Jahr zu Jahr, das heißt die Zahl der selbständigen Güter verringert sich, immer mehr Güter kommen in Bewegung, die Auswanderung steigt, und das Endergebnis ist eine immer größere Konzentration des Landbesitzes und als Ergänzung eine immer weiter um sich greifende Proletarisierung der ungarländischen landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Daß überdies in allen Teilen des Landes der Großgrundbesitz überwiegt, ist eine alte Geschichte. Wie sollte es denn anders sein in einem Lande, wo einzelne Familien förmlich über kleine Königreiche verfügen? So umfaßt das Fideikommiß der Fürsten und Grafen Esterhazy 516,039, der Grafen Schönborn 241,535, der Grafen Karolyi 174,783, der Grafen Balffy 104,522, der Grafen Andrássy 92,269, der Grafen Zichy 66,476, der Grafen Pallavicini 66,032, der Grafen Kohary 60,764, der Grafen Barkoczy 52,782, der Grafen Almásy 40,149, der Grafen Festetics 36,965, der Grafen Batthyány 34,018, der Grafen Széchenyi 26,081, der Grafen Wendheim 25,895, der Grafen Dessewffy 22,853 Katastraljoch, um von den „ärmeren“ Fideikommissherren nicht zu sprechen. Aber nicht nur beim gebundenen, sondern auch beim freien Besitz herrschen die Latifundien und im Jahre 1913 gab es nicht weniger als 2161 freie Güter, die größer als 1000 Katastraljoch waren und insgesamt 7,007,896 Katastraljoch umfaßten, also etwa ein Achtel des Gesamtgebietes von Ungarn. Hingegen entfallen auf 1,279,718 Zwergwirtschaften (bis zu fünf Joch) nur 2,157,000 Joch.

Diesem, die wie Karl Kautsky gleichwie in der Konzentration des Kapitals und in der Vergrößerung der Industriebetriebe auch in der Konzentration des Landbesitzes und in der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe eine Entwicklung zur sozialen Revolution sehen, könnten an Ungarn ihr helles Vergnügen haben. Umso mehr, da diese Entwicklung am kräftigsten im Tiefland, also im fruchtbarsten Teile des Landes war und dort auch tatsächlich eine scharf revolutionäre Bewegung hervorrief. Die durch die Güterkonzentration ohne Ur und Halm gewordenen Bauern siedelten sich zumeist in jenen Großdörfern an, in deren Nähe es Latifundien gab, oder schufen dort ganz neue Kolonien, weil damals, bis etwa in die Achtzigerjahre, in dem eisenbahn- und straßenarmen Tiefland alle Großgüter noch den Bauern auf Teil-

in Bodenreform.

164

wirtschaft hinausgegeben waren. Mit dem Bau von Straßen und Bahnen gingen immer mehr Großbesitzer und Pächter zur Eigenwirtschaft über, und die Teilbauern, die nun nicht bloß ohne Ur und Pflanz, sondern auch ohne Arbeit waren, drängten sich in den Großgemeinden zusammen, weil diese gleichzeitig Arbeitsmärkte waren, wo die Aussicht, Arbeit zu bekommen, sei es Feldarbeit, sei es Erdarbeit bei Eisenbahnbauten (die Bauern des ungarischen Tieflandes waren und sind noch als sogenannte Kubifusse gesuchte Erdarbeiter für allerlei Bauten), bedeutend größer war als draußen im Dorfe. So entstanden die großen ungarischen Bauernstädte, deren größter Teil trotz ihrer 30.000 bis 40.000 Einwohner noch den rein bäuerlichen Charakter bewahrt hat. In diesen Städten brachen auch 1891 die ersten agrarsozialistischen Unruhen aus, allerdings mehr infolge der Gewalttätigkeiten der dortigen Behörden als aus sozialen Ursachen. Nachdem aber in Droschaja, Beloscsaba und Battonya mit Blei und Bajonetten „Ordnung“ geschafft und später (1894) in der größten Bauernstadt Godmez-Basarhely in ähnlicher Weise „Ordnung“ geschafft worden war, gingen die bis dahin agrarsozialistischen Bauern in immer größerer Zahl zur Sozialdemokratie über und versuchten, durch Organisation und Lohnbewegung ihre Klasseninteressen zu fördern. Leider allerdings ohne irgendwie nennenswerte Erfolge, da die herrschende Klasse nicht nur jede Organisation der Landarbeiter gewaltfam unterdrückte, sondern auch mittelst eines Gelegenheitsgesetzes, des Sklavengesetzes vom 4. Februar 1898, jede Lohnbewegung der Landarbeiter mit den schwersten Gefängnisstrafen belegte. Trotzdem finden wir auch seither, unbekümmert um alle behördlichen Drangalierungen, zahlreiche Anhänger der Sozialdemokratie nicht nur bei den besitzlosen und den Zwergbauern, sondern auch ebenso vielfach bei Klein-, ja selbst bis Mittelbauern. Allerdings, soweit meine speziell in Süd- und Westungarn ziemlich reichen Erfahrungen zeigen, konnte ich bei dieser Bauernbewegung mit den rein marxistischen Lehren nie jene Erfolge erzielen wie bei Industriearbeitern. Bei besitzlosen wie bei besitzenden Bauern sind die eigentlich revolutionierenden Kräfte doch stets die Sucht nach eigenem Boden und die gewöhnlich noch größere Sucht nach mehr Boden

sowie die Empörung über die ungarische Verwaltung und Besteuerung.

Darauf kam auch sehr bald die herrschende Klasse. Wie sich aber diese Verhältnisse in Ungarn entwickelten, bis sie die Hochagrarien zu dem Antrag des Bischofs Prohaszka gebracht, das soll noch dargelegt werden.

19. IV. 1916

Die Ausgleichskonferenzen.

Das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet aus Budapest:

Die Beratungen der österreichischen und der ungarischen Minister und Fachreferenten werden heute vormittags und nachmittags fortgeführt werden. Ueber Gegenstände mehr sachlicher Natur finden unter Vorsitz der betreffenden Ressortminister abgeordnete Besprechungen statt.

Weiter meldet das Telegraphen-Korrespondenzbureau aus Budapest: Die heutigen Beratungen der österreichischen und der ungarischen Minister und Fachreferenten nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Die Beratungen werden auch morgen fortgesetzt werden.

Mittags gab Ministerpräsident Graf Tisza ein

*Telegramm an seinen Ministerpräsidenten
Graf Tisza und die österreichischen
Minister Wien am 19. April*

19. IV. 1916

167

Die Budapester Ausgleichs- beratungen.

Wien, 18. April.

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Budapest:

Die Beratungen der österreichischen und der ungarischen Minister und Fachreferenten wurden heute vormittag und nachmittag fortgesetzt. Ueber Gegenstände mehr sachlicher Natur finden unter Vorsitz der betreffenden Ressortminister abgeordnete Besprechungen statt.

Die heutigen Beratungen der österreichischen und der ungarischen Minister und Fachreferenten nahmen den

ganzen Tag in Anspruch und werden auch morgen fortgesetzt werden. Mittags gab Ministerpräsident Graf Tisza ein Frühstück, an welchem Ministerpräsident Graf Stürgkh und die österreichischen Minister teilnahmen.

Unterbrechung der Ministerverhandlungen.

* Wien, 19. April. Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus B u d a p e ſ t: Die Beratungen der österreichischen und ungarischen Minister und Sachreferenten werden auch heute vormittags und nachmittags fortgesetzt. Die österreichischen Minister und Sachreferenten kehren heute abends nach Wien zurück. Wegen der bevorstehenden Kar- und Ostertage erfuhren die Beratungen eine Unterbrechung.

* **Freisinnige Stimmen über den Wert der Gemeindeautonomie in Oesterreich.** Da in Wiener freisinnigen Parteiorganen wiederholt einer Beschränkung der Gemeindeautonomie das Wort geredet wurde, ist es vielleicht von Wert, Äußerungen einiger freisinniger Parlamentarier hierüber anzuführen. In der am 14. d. abgehaltenen Beratung freisinniger (nationalverbändlerischer) Städtevertreter sagte über diesen Gegenstand Abg. Professor Dr. N e d l i c h, also unter den Freisinnigen sicherlich eine Glanznummer, u. a. folgendes:

Der Plan einer Befreiung der leitenden Persönlichkeiten von parteimäßigen Einflüssen sei gewiß nicht von vornherein abzuweisen, allein wir müssen bedenken, daß die Autonomie sich in Oesterreich seit Jahrzehnten eingelebt hat und daß in der Selbstverwaltung der Gemeinden vielleicht die bedeutendste freiheitliche Errungenschaft zu erblicken sei. Diese Selbstverwaltung habe sich voll aufbewahrt und beispielsweise während des Krieges hinsichtlich der Verpflegung Bedeutendes zu einer Zeit geleistet, wo die Staatsverwaltung den Approvisionierungsfragen noch nicht näher getreten war. Wenn in einzelnen Fällen Mißbräuche vorgekommen seien, so solle man dort Ausnahmemaßregeln ergreifen, nicht aber diejenigen Städte bestrafen, die in aufopfernder Weise für Staat und Bevölkerung eingetreten sind. Es sei auch zu erwägen, daß ein politischer Beamter weder jene Kenntnis der Ortsverhältnisse haben, noch über jenes Vertrauen der Bevölkerung verfügen werde, die zur Ausfüllung des Bürgermeisteramtes nötig sind. Die Städteautonomie sei auch in nationaler Beziehung unentbehrlich und man brauche nicht weit in die Vergangenheit zurückblicken, um zu ersehen, wie sehr ein freigewählter einem ernannten Bürgermeister vorzuziehen sei. An einer Reform der Gemeindeordnung mitzuarbeiten, welche in vieler Beziehung tatsächlich reformbedürftig sei, werden die Stadtvertreter stets bereit sein. Allein sie werden niemals zugeben, daß aus dem Selbstverwaltungskörper eine bürokratische Behörde werde.

Das klingt denn doch ganz anders als die Todesurteile, die in der Wiener freisinnigen (und sogar in der sozialdemokratischen!) Presse freigeig über die Selbstverwaltung gefällt wurden! Freilich, diese Presse pfeift auf „freiheitliche Errungenschaften“, wenn vor ihnen -- andere Gebrauch machen können, die nicht die Schleppträger dieser Presse sein mögen. In der gleichen Versammlung sagte der Linzer freisinnige Abg. Dr. D i n g h o f e r:

Die Aufrechterhaltung der Gemeindeautonomie ist für jeden freiheitlich Gesinnten von außerordentlicher Bedeutung, nicht bloß in politischer und nationaler, sondern auch in sachlicher Beziehung. Die Gemeindeämter können vermöge ihrer einfacheren Zusammensetzung vielfach weit rascher arbeiten, als die Staatsverwaltung und die Unabhängigkeit der Bürgermeister sei für sachgemäße Entscheidungen oft ein dringendes Erfordernis.

Und der freisinnige Abg. G l ö b n e r erzählte, daß er als Bürgermeister einer nordböhmisches Grenzstadt oft bei Besprechungen mit reichsdeutschen Gemeindevertretern Gelegenheit gehabt habe zu hören, „wie sehr man uns in Preußen um unsere Autonomie beneide“. Selbst Abg. Dr. L i c h t sprach sich für die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung aus und es wurde beschlossen, diesen Standpunkt der Versammlung der Regierung durch eine Abordnung zur Kenntnis zu bringen. — Wenn also der Freisinn für die Provinzialstädte Selbstverwaltung fordert, so wird die Wiener freisinnige Presse wohl oder übel sich mit der Selbstverwaltung der Reichshaupt- und Zweimillionsstadt Wien abfinden müssen.

20. IV. 1916

170

Politische Programme.

Von unserem älteren Vertreter.

Dieser Tage sprach ich mit einem alten Bekannten aus dem Deutschen Reich, der sich einigen Monate im Dabsburger Staat aufhalten will, um unsere Verhältnisse zu studieren. Er äußerte sich über die wirkende Schule von Politikern, nationalen und wirtschaftlichen Wünschen, die ihn auseinanderzusetzen worden waren, mit dem bekannten Satz aus Faust: „Wir sind von allem ein wenig.“ Und doch wissen die denkenden Deutsch-Deutschen, daß gerade die schwersten überlegenen Schwierigkeiten des Nationalitätenproblems unserer politischen Leben vor der Verwirklichung bewahren. Der Kämpferkampf der Deutschen in den Substantien, in Südamerika, in Frankreich und anderwärts, bedingt eine alle Klassenengänge überwindende Gesamtheit, bringt einen idealen Schwung ins Parteiliche, zeitigt erhebende Beispiele von Opferwilligkeit, die man in anderen, glücklicheren Gegenden, wo sich unsere Volksgenossen ungestörten Besißes erfreuen dürfen, vergeblich suchen würde.

Die Sorge um das Wohl der Monarchie und des mit ihr unauflöslich verbundenen Volkswillens ist auch jetzt nicht zum Schwachen geworden, wenn auch das Parlament — gewiß nicht durch die Schuld der Deutsch-Deutschen — zur Untätigkeit verdammt ist, und trotzdem die Presse nur das schreiben darf, was der Vorgesetzte vorgelesen hat. Unsere besten Patrioten besitzen es, daß die Kopf- und Armas des Parlamentes die Einwirkung des Parlamentes verhindert und so auf die die öffentliche Meinung ihr zu beibringen hätte. So konnte es kommen, daß auch die heutige Regierung umwühlt ist wie einst bei Solferino und Königgrätz, und daß der ungarische Ministerpräsident, Graf Tisza, dem ein durch ein reichhaltigeres Wahlrecht ausgedehntes und daher füg-

lameses Parlament zur Verfügung steht, sich zum Vorführer der Gesamtmonarchie aufwarf — natürlich mehr vom einsichtigen Standpunkte alten Oesterreichers als aus dem guten von Dudaß her genug drohende Worte vernommen, die die angeblich drohende ökonomische Gefahr verschleudern sollten, bestreuen wir hier, gerade im Augenblicke, das Oesterreich zum Ungarn die Gelegenheit da Oesterreich zu ziehen.

Unter solchen Umständen versteht es sich, daß die politisch organisierten Männer alles tun, um das festende Parlament und die aufgehobene Disziplinsfreiheit in der Presse zu einen Geschehen, und die Wünsche, die sonst im Reichsrat angemeldet würden, müssen jetzt überrecht werden. Von solchen vertraulichen Denkschriften ließe sich schon eine ganze Anzahl aufstellen. Erfreulicherweise ist sich auch die Regierung ihrer Pflicht bewußt, die wichtigsten Voraussetzungen zur Gründung des Staatslebens zu schaffen, noch bevor das Parlament zusammentritt. Im Ministerium des Innern ist eine Kommission unter dem Vorsitz des früheren Statthalters von Oesterreich, Freiherrn v. Danneberg, mit der Ausarbeitung der Verfassung und der notwendigen Reformen beauftragt, und es verläutelt denn auch, daß eines der wichtigsten Probleme, 50 Jahre vergeblich bemühen, jetzt im großen Zuge der Kriegshandlung gelöst werden wird. Im Frühling 1916 werden durch eine nationale Sitzung gestiftet werden durch eine entsprechende Einleitung in Presse, die das deutsche, das tschechische und das gemischtsprachige Gebiet fordern. Den Preisen sollen weitgehende Selbstverwaltungsrechte angeschlossen werden, so daß jeder Volkstamm für seine kulturellen Bedürfnisse einen eigenen Mittel aufzukommen hätte, wie das die Deutschen vorseher fordern. In den gemischtsprachigen Krei-

sen, zu denen auch Prag den Schutz der nationalen Staatswegen gesorgt wird, die der wichtige Reform wird sein, die die Arbeitsfähigkeit sichert, vor allem durch die betriebligen deutschen Verhandlungen diese Reform kann nur von ausgehen, da das Parlament, zung hinreichend bewiesen und nötige Kraft und Einigkeit an

Der Nationalverband, die deutschsprachigen Parteien in schon im Januar das politische offenlicht, das er gemeinlich parteiatischen Rücksichten ei jezt eine unabhängige nation der Deutsche Club in Fühlungnahme mit der Ho den Abwehrverbänden der akademischen Körperschaften und schen Volksträten in d landern alles das zusammen Deutsches Reich, kraft wirtschaftlichen und kulturell Staate und ihrer großen, of stungen in diesem Kriege ford beistlich genug gezeigt, daß b Gefundung des Staates nur die Deutschen herbeiführen la fordern nur, daß der Staat sic Lebensrecht bestimme und nicht scher Weise zerstörenden Ten stelle, wie sie Panflavisten lange genug ungeschent bestem einem Ordnung, in der die arbeitswilligen Elemente ihr den. In diesem Bestehen e der Vorkämpfer des Deutschen kaisprofflor Dr. Geyer in lung in Wien mit Recht herre haus und in der Armee ihre bündelten. Unter den von b

Reserven und einigen an Gesangenen abgewiesen. In der Woche von 1916 und wird der Artilleriekampf mit großer Behaftigkeit von beiden Seiten fortgesetzt. Infanteriefähigkeit gab es dort nicht. Defensiver und Balkan-Kriegsschauplatz. Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. Oberste Sekretion.

Rutzel-Amara von der Bevölkerung geräumt.
 vb. Konstantinopel, 20. April. (Drahtbericht.) Amtlicher Bericht des Hauptquartiers: Von der Front ist keine Meldung eingelaufen. Wir stellen fest, daß die Lage das in Rutzel-Amara eingeschlossenen Feindes sehr mißlich wird. Ein feindlicher Führer ließ, um die Schwierigkeiten der Verpflegung zu beheben, kürzlich die Stadt von der Bevölkerung räumen und erwartet, daß die Fingenge Felleine Sätze mit Mehlabverlesen werden.

Am der Kaukasus-Front hauptsächlich am rechten Flügel im Tiflis-Absektion, nimmt die Schwacht einen heftigen Charakter an. Ein Versuch des Feindes, um den Preis großer Verluste vorzurücken, wurde durch Gegenangriffe unserer Truppen vereitelt. Der Feind, der die Lage auszunutzt, die ihm der besetzte Bagdad durch Feuer seiner Schiffe unsere Küstenbedeckungsabteilungen in Kasimian

kurzem Anhäng nach de biere und er auch ei unmögl tum in Tode l wissen mittelo lebens fondern aus Kr nes B einer h den zu todes i ausgese dem b Freund eine eu fondern und G Das dieser läßt in hinter leben sentung De freilage den M delus bildlich die Si öffnete Wege ei

Die Bodenreform in Ungarn.

Von Josef Diner-Dénes (Budapest).

III.

Als die agrarsozialistischen Unruhen blutig unterdrückt waren und das Slavengesetz jede Lohnbewegung der Landarbeiter unmöglich gemacht hatte, betrachteten die ungarische Regierung, das ungarische Parlament und die ungarische Gesellschaft die ganze Agrarfrage als glücklich gelöst. Wohl gab es hier und dort einen weitblickenden Mann, der darauf aufmerksam machte, daß die zunehmende Proletarisierung des ungarischen Bauern eine Gefahr für das Ungarntum wie auch für das ganze Wirtschaftsleben des ungarischen Staates sei; die mit einigen bürgerlichen und jüdischen Elementen verstärkte Gentry, aus der sich Regierung, Parlament und Gesellschaft rekrutieren und die in ihrer Ueberhebung sich mit dem Ungarntum, ja mit dem ungarischen Staate selbst identifiziert, kümmerte sich den Pfifferling um diese Mahnungen.

Daß die Bauernbewegung allmählich fast vollkommen in sozialdemokratisches Fahrwasser geraten war, war der Gentry auch ganz recht, denn erstens war damit das Schlagwort, das den „Herren“ am bösesten ins Ohr klang: „Bodenaufteilung!“, halb und halb verschwunden und dann war die Bauernbewegung in die allgemeine demokratische Bewegung aufgegangen; und mit der getraute man sich schon fertig zu werden. Und auch die Erfahrungen während der Regierung Fejervary rüttelten die ungarischen Herren aus ihrer Indolenz nicht auf. Als der damalige Minister des Innern Josef Kristoffy die Organisation der Landarbeiter gestattete, vermochten wir in kürzester Zeit an die 600 Parteigruppen mit mehr als 80.000 Mitgliedern zu organisieren, und wenn die dem Regime Fejervary gefolgte Koalitionsregierung unser Organisationswerk nicht wieder mit brutaler Gewalt gestört hätte, wäre heute wohl schon der allergrößte Teil der proletarisierten wie auch der Zwergbauern organisiert.

Auch darauf hörte die herrschende Klasse nicht, daß es gefährlich sei, zwei Drittel der ungarländischen Bevölkerung in solchen Erwerbsverhältnissen zu belassen, die zwangsweise eine Unterernährung und völlige Kulturlosigkeit mit sich bringen. Man denke nur an folgendes: Ist jede Feldarbeit eine Saisonarbeit, so kommt im ungarischen Tiefland noch hinzu, daß, nachdem 80 Prozent des dortigen Bodens mit Körnerfrüchten bebaut sind, eine für das ganze Gebiet gleichzeitige, nur auf kurze Zeit konzentrierte Arbeit nötig ist. Es finden deshalb eben im Tiefland vom Frühjahr bis zum Herbst nur an 88 Tagen alle Landarbeiter Beschäftigung, während im Winter jeder

Arbeiter nur im Durchschnitt 18 bis 30 Tage Beschäftigung findet. Da nun während jener 88 schweren Arbeitstage der Landarbeiter genügende Quantitäten seiner Hauptnahrungsmittel (Weißbrot und Speck) verzehrt, kann man es immer und immer wieder im Parlament hören, wie glänzend es den ungarischen Landarbeitern geht, was sich schließlich in dem allgemein beklatschten Ausruf eines „Landesvaters“ kristallisierte: „Wer in diesem Lande nicht leben kann, soll sich aufhängen!“ Nun, in diesem Kanaan betrug der durchschnittliche Tageslohn der Landarbeiter 1906 für den Mann 1-80 Kronen, für die Frau 1-23 Kronen und für Kinder 84 Heller; im Jahre 1913 aber, nachdem sich inzwischen der Preis der Körnerfrüchte infolge des neuen Zolltarifes um etwa 50 Prozent, der Preis aller anderen Lebensmittel noch mehr erhöht hatte, betrug der durchschnittliche Tageslohn für Männer 2-35 Kronen, für Frauen 1-58 Kronen, für Kinder 1-08 Kronen, nach den Berichten des Ackerbauministeriums. Das ergibt für eine Landarbeiterfamilie ein durchschnittliches Einkommen von 400 bis höchstens 600 Kronen fürs Jahr, was selbst dann nicht hinreicht, wenn der Betreffende eine Hütte und ein Stückchen Feld zu Eigen hat, den Landproletarier ohne Ur und Palm jedoch direkt zur bittersten Not verurteilt.

Diese Verhältnisse waren es denn auch, die aus den Nationalitätengegenden das Auswanderungsfieber auch ins kernungarische Tiefland verpflanzten. Anfangs gab es darob Schrecken und man versuchte mit gesetzgeberischen Zwangsmaßnahmen die Auswanderung zu beschränken, aber schließlich tröstete man sich. Ueber den Arbeitermangel half man sich teils mit Maschinen hinweg, teils damit, daß man zu einer noch extensiveren Kultur überging, was bei den hohen Getreidepreisen sehr lohnend und auch rätlich war, denn eine Intensivierung der Produktion hätte für die Breise gefährlich werden können, die Gelder aber, die die Auswanderer hereinschiäten, waren eine überaus ergiebige Quelle zur Bereicherung gerade jener, die die Leute zum Auswandern gezwungen.

Während ansonsten die Güterkonzentration und nicht das Güterschlaachten ungarische Art sind, begann vor etwa fünfzehn bis sechzehn Jahren ein förmliches Parzellierungsfieber die ungarische Gesellschaft zu erfassen. Banken und Geldleute, Abgeordnete, Advokaten, Agenten, alles war drum und dran, Güter aufzukaufen und zu parzellieren, als gälte es eine große, den Staat rettende innere Kolonisation, bei der jeder gute Ungar mit dabei sein wolle. In Wirklichkeit war das Ganze aber nur ein widerliches Geschäftsmanöver, um die Gelder, die die von der ungarischen Gesellschaft nach Amerika vertriebenen Auswanderer heim-schiäten, in die Taschen dieser selben ungarischen Gesellschaft zu leiten.

Bis Ende des vorigen Jahrhunderts war die Auswanderung nach Amerika nicht allzu groß. Sie betrug von 1870 bis 1880 bloß 16.448, im folgenden Jahrzehnt 186.822 und von 1890 bis 1900 insgesamt 285.317 ungarische Staatsbürger. Aber schon im Zeitraum 1901 bis 1905 stieg der Jahresdurchschnitt der Auswanderung auf 84.848, ja von 1906 bis 1910 sogar auf 124.953 Menschen und hält sich seither auf rund 100.000. Diese Auswanderer senden nun jährlich 150 bis 200 Millionen Kronen ersparter Gelder heim. Abgesehen davon, daß dieses Geld einer der wichtigsten Posten in unserer Zahlungsbilanz, ist die Summe auch groß genug, um die Benteiwut unserer nationalen Spekulanten zu wecken. So wurde denn nach Herzenslust für die Amerikaner parzelliert, unter dem Vorwand, sie an das wiedergefundene Vaterland zu fesseln, in Wirklichkeit aber, um ihnen das ersparte Geld abzunehmen. Nur zwei Fälle will ich hier erwähnen, die aber als Schulbeispiele gelten können. Im Arvaer Komitat, also im fruchtärmsten Teile des

Die Bodenreform in Ungarn.

Landes, ließ ein verarmter Gentry mit Hilfe einer Bank sein 100 Joch großes Gutchen parzellieren und es wurden die einzelnen Parzellen mit 1600 Kronen das Joch an die bodenhungrigen „Amerikaner“ verkauft, und zwar so, daß eine größere Anzahlung in bar erfolgte, der Rest als Hypothek auf der Parzelle haften blieb. Da aber aus einigen Joch dieses mageren Bodens die neuen Eigentümer kaum ihres Lebens Notdurft, geschweige denn Zinsen und Amortisation herausbringen konnten, wanderte der größte Teil der neuen Kolonisten schon nach wenigen Jahren wieder nach Amerika zurück, die Parzellen kamen um billiges Geld in die Hände der Bank oder anderer Spekulanten, bis eben wieder irgend ein „Amerikaner“ angeschwinderl werden wird. Im zweiten Falle rühmte sich die ungarische Ansiedlungs- und Parzellierungsbank, daß sie ein Gut von 17.000 Joch mit fünfzig Prozent Nutzen parzelliert habe. Wie es da den Parzellenkäufern ergangen, kann man sich vorstellen.

Nachdem unsere Herren verlernt haben, sich vor dem Bauernsozialismus zu fürchten, das Schlagwort „Boden dem Volke!“ aber zu einem guten Geschäft gemacht haben, wurde es um die Bodenreform still, sehr still hierzulande. Wenn ich aber in meinem ersten Aufsatz darauf hingewiesen habe, daß die Bodenreform kräftig an unsere Tore pocht, geschah dies aus folgendem Grunde:

Wohl gibt es bei uns eine Bauernagrarreform ganz im gleichen Sinne wie jene, die in Rußland zu der großen Agrarreform geführt hat. Denn bei uns hat der Bauer im allgemeinen noch viel weniger Landbesitz als in Rußland und muß infolge des Steuerdruckes so wie dort mehr von seinen Produkten

verlaufen, als es seine Nahrungsbedürfnisse erlauben. Aber die Bauernnot wird die ungarischen Herren nie und nimmer zu einer Agrarreform bewegen. Von ganz anderer Seite her droht ihnen diese Gefahr.

Da trotz der Steigerung des inneren Konsums unsere landwirtschaftliche Produktion stationär blieb und sich deshalb unsere Ausfuhr an landwirtschaftlichen Produkten und damit unsere Zahlungsbilanz verschlechterten, gab es schon seit einigen Jahren eine kräftige Mehrproduktionsbewegung im Lande. Es wurden Enquêtes abgehalten, ein Verein gegründet, Reden gehalten, Broschüren und Bücher geschrieben, alles mit dem Zwecke, die Landwirtschaft zur Mehrproduktion zu treiben. Nun kam der Krieg und hat die Mehrproduktionsfrage zu der aktuellsten gemacht. Die Mitteleuropäer verlangen Ungarns Anschluß, weil es die Ernährungsbilanz Mitteleuropas wesentlich verbessern könnte; dazu aber bedarf es einer gewaltigen Mehrproduktion. Unsere Finanzpolitiker wieder sagen, daß ohne große Mehrproduktion Ungarn zusammenbrechen müßte unter den finanziellen Lasten, die ihm der Krieg aufgebürdet. So wird für unsere Agrarier die Gefahr alle Tage größer, daß eine ernsthafte Aktion für die Mehrproduktion einsehen wird, und da die erste Vorbedingung einer solchen eine gewaltige Bodenreform ist, rückt auch die Gefahr einer solchen immer näher.

Und das war die Ursache des großen Beifalles, den der Bodenreformantrag des Bischofs Prohaszka im Bunde der ungarischen Landwirte gefunden hat. Die Herren dort, die knapp ehe Bischof Prohaszka seinen Antrag vorbrachte, die Forderungen stellten, daß die Steuer des Grundbesitzes nicht erhöht, die bisherige agrarische Schutzpolitik beibehalten, ja noch weiter entwickelt und die Maximalpreise für Getreide noch erhöht werden (und ihre Forderungen sind für die Regierung oft Befehl), hatten es eben gleich heraus, daß der Prohaszkasche Antrag wohl einen sehr schönen humanitären Anstrich habe, sozial entsprechend reaktionär ist, aber wirtschaftlich keinerlei Bedeutung hat, das Boden- und Herrschaftsmonopol der ungarischen herrschenden Klasse nicht brechen, nicht einmal empfindlich berühren, sondern viel eher noch kräftigen und, was das Wichtigste ist, die von Seite der Mehrproduktion drohende Gefahr abwenden wird. Zu tief sehe ich in das Getriebe unseres öffentlichen Lebens, als daß ich mich täuschen ließe, weil seine Regisseure einmal auch dem feingeistigen und sympathischen Bischof Prohaszka eine schöne Rolle zulommen ließen. Und wie recht ich hatte, beweist folgendes: Der Fürstprimas von Gran Kardinal Csernoch teilte vorgestern einem Mitarbeiter des „N. St.“ mit, daß er wohl den konkreten Vorschlag Prohaszkas nicht kenne, daß aber das Wesen desselben zweimal in den Versammlungen des ungarischen Episkopats verhandelt wurde und daß sich die Versammlung bereit erklärte, von den Kirchen- und Fundationalgütern Boden zur Ansiedlung verdienter Soldaten zu überlassen, und zwar mit Vermittlung der Regierung. Uebrigens, erklärte der Fürstprimas, werde die Frage schon seit Kriegsbeginn von den kompetenten Faktoren studiert und eine entsprechende Lösung gesucht.

So war denn Bischof Prohaszka diesmal tatsächlich nur das Sprachrohr anderer und es liegt keinerlei Grund vor, den Antrag mit Rücksicht auf seine Person sympathischer aufzunehmen, als er es verdient. Ueberdies zeigt sich bei einer genaueren Berechnung, daß der Antrag des Bischofs Prohaszka von noch viel geringem Umfang ist, als ich ursprünglich annahm. Die gesamten mehr als 10.000 Joch großen Besitze bilden die Hälfte des ganzen gebundenen Besitzes, so daß von jenen fünf Millionen Joch, die Bischof Prohaszka ins Auge faßte, etwa die Hälfte, also 2.500.000 Joch, zur Parzellierung kommen könnten; da aber drei Fünftel dieses Großbesitzes aus Wald bestehen, wird für die Soldaten selbst bei voller Durchführung des Antrages eine Million Joch zur Parzellierung kommen. Das wird wahrlich den ungarischen Hochagrariern nicht weh tun, zumal da sie an den neuen Siedlern mit fideikommissarischer Erbpacht getreue Stützen finden müßten. Auf den Bischof Prohaszka wird man nicht dasselbe Spottwort anwenden können, das Fürst Trubezkoi anlässlich der russischen Agrarreform auf Stolypin prägte: daß er der Altkoucheur des kleinen Grundbesitzes und der Totengräber des Großgrundbesitzes geworden. Nein! Mit diesem Antrag wird Bischof Prohaszka nur höchstens die Agrarier von der Bodenreformangst, die sie bedrückt, befreien, aber die Agrarnot wird er nicht bannen, ja nicht einmal den verdienten Soldaten, die mit Boden beteiligt werden sollen, ernstlich helfen, wie ich das noch bei anderer Gelegenheit nachzuweisen gedenke.

Der Hochverratsprozess in Banjaluka.

Wien, 19. April.

In Banjaluka wird seit mehreren Monaten ein umfangreicher Strafprozess gegen 156 Angeklagte wegen Hochverrats und Auspähung zugunsten Serbiens geführt.

Nach Abschluß des Beweisverfahrens, aus dem wir die bemerkenswertesten Feststellungen veröffentlicht haben, hielt der Staatsanwalt Dr. König das Plaidoyer.

In seinen Ausführungen beschäftigte sich der Ankläger mit der Tätigkeit der einzelnen Angeklagten, unter denen sich Advokaten, Ärzte, Mittelschullehrer, Geistliche und auch mehrere Mitglieder des bosnischen Landtages befanden. Bezüglich der Schuldfrage des Dr. Risto Jeremic führte Dr. König an: Es ist schwer zu glauben, daß ein gebildeter Mensch, wie Dr. Jeremic, sich in solche Dinge einläßt, leider haben wir gesehen, daß weder der Stand, noch die Bildung hierfür ein Hindernis bieten. Wir haben es hier mit einer derartigen politischen Verderbtheit zu tun, welche keine Grenzen kennt.

Hier muß dem Menschen der Verstand stille stehen bleiben, sobald er Einblick in diese Dinge gewinnt. Wir haben auch gesehen, daß der geliebliche Bruder dieses Angeklagten den monte-

negrinischen Truppen als Anführer diente, als sie in Foca einbrachen, was indirekt auch Dr. Jeremic zum Vorwurf gemacht wird.

In bezug auf den Landtagsabgeordneten Ingenieur Dr. Jovo Simic befindet sich im Tagebuche des serbischen Grenzhauptmanns und Kundschaftsoffiziers Kostja Lodorovic unter dem 1. Juli 1912 folgende Eintragung: Konferenz mit Dr. Jovo Simic und Georg Ostojic. Information über den Bau der bosnischen Eisenbahnen und die Verhandlungen, welche er (Simic) und seine Genossen mit dem Landeschef General Potiorek führten. Bezüglich dieses Angeklagten führte der Staatsanwalt aus: Diese Eintragung ist Dr. Simic sehr unangenehm. Er versucht die Angelegenheit als harmlos hinzustellen und glaubt, daß hier eine strafbare Handlung nicht vorliege, zumal er irgendwelche Staatsgeheimnisse nicht preisgegeben hat; er hätte angeblich nur erzählt, was jedermann aus Zeitungen hätte erfahren können, jedoch das, was öffentlich verhandelt wurde. Auch Feldzeugmeister Potiorek bestätigt, daß Dr. Simic von ihm keinerlei Amtsgeheimnis erfahren konnte. Darum handelt es sich aber nicht. Tatsache ist, daß Dr. Simic um wichtige Einzelheiten wußte, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich waren, er war über alles informiert und wußte jederzeit, in welchem Stadium sich die Frage des Ausbaues der bosnischen Eisenbahnen befand, er war also in der Lage, ganz vertrauliche und authentische Mitteilungen über diese Dinge zu machen. In dieser Eigenschaft ist er in ein unerlaubtes Verhältnis zu einem Spionageoffizier getreten. Ich stehe auf dem Standpunkte, sagte der Staatsanwalt, daß Dr. Simic gut wußte, er habe wichtige Mitteilungen einem Kundschaftsoffizier eines Staates gemacht, welcher uns feindlich gegenübersteht und in welchem zu jener Zeit jedermann einen Gedanken hegte: den Krieg mit Oesterreich! Er hat also den Hauptmann Lodorovic zu dem Zwecke informiert, daß er dem feindlichen Lande nütze und unser Land schädige. Staatsanwalt Dr. König gelangt zu folgenden Schlussfolgerungen: Ein strenges und schweres Urteil fordert die Anklage, als Konsequenz für die Schwere der Straftaten, für die die schwerste Strafe ausgesetzt ist, die Todesstrafe. Es ist grauenhaft, daß so viele Opfer gefordert werden. Allein, ich bin es nicht, der dies fordert, auch die Richter sind es nicht. Diese Strafe fordert das Gesetz, welches wir achten und befolgen müssen, und nur der Gnade Sr. Majestät bleibt es vorbehalten, die Schärfe des Gesetzes zu mildern. Immerhin möchte ich die Behauptung wagen, daß im vorliegenden Falle das Gesetz mit vollem Rechte diese aller schwerste Strafe verlangt. Man denke nur an die ungeheure Zahl derjenigen, die von Unglück und Elend betroffen, an die vielen zerrütteten Existenzen, an das Blut und das Leben, welches die Angeklagten auf dem Gewissen haben, diese Verführer des Volkes und der Schuljugend, diese Mitschuldigen des Verbrechens von Sarajevo! Im Hinblick auf diese fürchterlichen Folgen kann keine Strafe streng genug sein. Bedenken wir lediglich, welche unermessliche Schäden das Reich infolge ihrer Verbrechen erdulden mußte, nicht nur was an dem Staate verbrochen wurde, sondern auch an der gesamten Bevölkerung. In den schweren Augenblicken dieses Krieges, welcher der Monarchie aufgezungen wurde und in welchem es sich um den Kampf für ihren Bestand handelt, vergaß die Bevölkerung griechisch-orientalischer Konfession in den Grenzbezirken ihrer heiligsten Pflichten gegen Kaiser und Vaterland in jenem Augenblicke, als der Feind den Fuß auf unser Gebiet setzte, indem sie sich dem Feinde anschloß, ja sogar die Waffen gegen unsere Militärmacht ergriff. Das ist das Werk der Narodna Obdrana und der hier befindlichen Angeklagten, welche dieserhalb zur Verantwortung gezogen werden. Das war das Ziel ihrer Bestrebungen und ihrer Arbeit, daß sie das Volk für den Kriegsfall vorbereiteten und wir auf die Hilfe der griechisch-orientalischen Einwohner nicht zu rechnen hatten, sondern Serbien. So geschah es in der Tat überall, wo sich der Feind

zeigte. Ein großer Teil der prawoslawischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina veründigte sich schwer an den Pflichten gegen unsere Dynastie und gegen unsere Monarchie. Ich denke dabei an jene, welche sich hier befinden, und an diejenigen, welche dem Aufrufe ihrer Verführer folgten, deren es, wie wir gesehen haben, leider nicht wenige gab.

Das serbische Volk in Bosnien wird noch lange an das Unglück denken, welches die Angeklagten und ihre Gesinnungsgenossen heraufbeschworen, welches die griechisch-orientalische Einwohnerschaft in hohem Maße betroffen. Die Spuren, die das Unglück hinterläßt, werden sie so lange belasten, bis nicht deutliche Beweise zutage treten, daß das Volk mit diesen hier, die sich auf der Anklagebank befinden, nichts gemeinsam habe.

Nach den Staatsgrundgesetzen, welche für alle Staatsangehörigen gleich sind, konnte die serbische Bevölkerung immer darauf rechnen, daß es nicht vernachlässigt werde, aber sie mußte sich dessen bewußt werden, treu und ehrlich die Pflichten des Staatsbürgers zu beobachten, wozu übrigens jeder ehrliche und loyale Staatsbürger verpflichtet ist. An diesen heiligsten Verpflichtungen haben sich unsere griechisch-orientalischen Mitbürger schwer veründigt und Schuld hierfür tragen lediglich ihre Verführer, welche heute vor diesem Gerichte sich zu verantworten haben. Sie haben nicht allein auf sich selbst schwere Schuld geladen, sondern auch auf das Volk, das sie mit sich in den Abgrund zogen. (Zur Anklagebank gewendet:) Gehen Sie hinaus unter Ihre Brüder und fragen Sie, was sie denken, ob sie Ihnen für den Fanatismus dankbar sind, mit welchem Sie die Verführung unternahmen. Sie fluchen Ihnen und werden es solange tun, solange die Blutschuld dauert, welche Sie hier belastet! Geschehenes kann nicht ungeschehen sein, die Schwere der Schuld ist viel zu groß und man kann sie nicht verzeihen. Unserem serbischen Volke steht aber eine Wiedergeburt bevor. Ich glaube daran, wie ich an die guten Eigenschaften dieses Volkes glaube. Die traditionelle angeborene Treue zeigte sich zu wiederholten Malen in schweren Zeiten dieses Krieges. Deshalb wird man bemüht sein, die guten Eigenschaften unseres serbischen Volkes von der Verführung durch gewissenlose Verbrecher freizuhalten. Unsere Serben werden in Zukunft ihre wahren Freunde erkennen und sich nicht betören lassen von tönenden Phrasen, welche nur zum Verderben führen. Es ist unsere Pflicht, dem Volke die Augen zu öffnen, und der erste Schritt hierzu wird das Urteil sein, welches lauten wird: Diejenigen, welche so handeln, wie diejenigen, die sich hier auf der Anklagebank befinden, haben das Recht auf das Leben verloren; sie haben nicht nur ihren Kaiser und ihr Vaterland verraten, sondern auch ihr eigenes Volk in diesem Reiche. Sie haben bewirkt, daß das Volk vom Kaiser und vom Reiche abgefallen ist, sie haben aus hunderten unserer ruhigen Serben Mörder und Hochverräter geschaffen! Ohne sie wären die Vorgänge am Vidovdan 1914 (Er mordung des Thronfolgers und seiner Gemahlin) unmöglich gewesen. Sie haben die geschliche Strafe verdient!

Hierauf hielt der Verteidiger Dimovic eine Rede, welche zwei Sitzungstage in Anspruch nahm. Nach dessen allgemeinen Ausführungen versuchte er den Major Kostja Lodorovic als Streber und Karrieremacher hinzustellen, der kein Mittel scheute, um seine Zwecke zu erreichen. Es ist erwiesen, daß er ein Schuldenmacher gewesen und bei jeder Gelegenheit bemüht war, durch Wichtigtwerei hervorzutreten. In seinem Schlussworte erinnerte der Verteidiger an die schwere Verantwortung, welche die Richter auf sich laden, nicht nur vor der Mitwelt, sondern auch vor

der Nachwelt. Wenn diese Einsicht jedem einzelnen vor Augen tritt, kann das Urteil nur lauten, im Sinne der Intentionen und Traditionen unseres großen Kaiserhauses: Iustitia regnorum fundamentum!

Der Zweite Staatsanwalt Dr. Pinter, dessen Ausführungen gleichfalls zwei Tage in Anspruch nahmen, verwies darauf, daß die hochverräterische Bewegung weit zurückreicht. Sie verbreitete sich durch Vereine, unter der Maske von Kulturbestrebungen, Abstinenzbewegung und dergleichen. Sie hatte nur ein Ziel: die Bewirklichung Großserbiens unter der Dynastie Karageorgievic. Alle diese Vereine und kulturellen Einrichtungen standen in einer Verbindung und ihre gesamte Tätigkeit zentralisierte sich in der revolutionären Narodna Obdrana. Der Staatsanwalt legte eine Reihe von Beweisen dafür vor, daß die serbischen Kulturreine wissentlich im Dienste einer hochverräterischen und revolutionären Organisation standen, und auf Grund dessen verlangt er für die Angeklagten, die an der Spitze dieser Vereine standen, die Beurteilung im Sinne der Anklage.

**Deutscher Volksbund für Wien
und Niederösterreich.**

Von der Leitung des Niederösterreichischen Volksbundes (Krems a. d. Donau) werden wir um die Aufnahme nachstehender Mitteilung ersucht. In der Versammlung des Niederösterreichischen Volksbundes vom 16. d. in der der Zusammenschluß der deutschnationalen Organisationen des flachen Landes Niederösterreichs und der Stadt Wien zu den neuzubildenden „Deutschen Volksbund für Wien und Niederösterreich“ beschlossen wurde, legte namens der deutschnationalen Vereinigung Wiens, Landesgerichtsrat Dr. Luz die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Deutschnationalen Wiens und Niederösterreichs dar. Die deutschnationale Vereinigung Wiens hat in der Leitung des Niederösterreichischen Volksbundes, in den behufs Durchführung des Zusammenschlusses vorläufig die Deutschnationalen Wiens und des flachen Landes einzutreten aufgefordert wurden, eine entsprechende Vertretung erhalten. Zahlreiche Beitrittsanmeldungen zum Volksbund wurden entgegengenommen.

Der Fleck im Programm des Nationalverbandes.

Von Universitätsprofessor Dr. Bruno Raska.

Prag, im März.

Das Communiqué des Deutschen Nationalverbandes vom 21. Januar, das durch den Leitsatz von der Ausgestaltung der Kronlandsautonomie so sehr überraschte, gewährte nicht bloß keinen Aufschluß über Inhalt und Ausmaß der gewünschten „Ausgestaltung“, sondern verzichtete auch auf jede sachliche oder taktische Rechtfertigung des föderalistischen Postulates. Die Führer des Nationalverbandes haben damals wohl erwartet, daß der ominöse Reformwunsch, eingefügt in ein Bukett anderer, zum Teil selbstverständlicher Forderungen, keiner besonderen Aufmerksamkeit gewürdigt oder doch jedenfalls mit jener kritiklosen Ergebenheit hingenommen werden würde, mit der die Deutschen Oesterreichs in der Zeit vor dem Kriege manches befremdliche Tun und Unterlassen des Nationalverbandes über sich haben ergehen lassen. Diese Hoffnungen sind getäuscht worden, und von maßgebenden Seiten innerhalb und erfreulicherweise auch außerhalb der Sudetenländer ist entschiedenster Widerspruch laut geworden. Von Seiten des Nationalverbandes suchte man der immer weitere Kreise ziehenden Protestaktion zunächst auf privatem und sozusagen verbandsoffiziösem Wege beizukommen. In Deutschböhmen erklärten maßgebende Abgeordnete gesprächsweise mit mehr verlegener als überlegener Geste, daß man den autonomistischen Leitsatz nicht so ernst zu nehmen brauche, daß man im Schoße des Nationalverbandes noch gar keine rechte Vorstellung von dem Wesen der angeregten Ausgestaltung der Länderautonomie gewonnen habe, daß überhaupt nur die innerösterreichischen Gebiete in Betracht kämen, somit für Böhmen gar keine Gefahr drohe, und dergleichen mehr. Publizistisch aber suchte eines der führenden Mitglieder des Verbandes, das mit offenkundiger Befriedigung seine Nichtbeteiligung an der Festsetzung der Leitsätze feststellte, die Worte „Ausgestaltung der Autonomie der Länder“ gewissermaßen als einen neutralen Ausdruck erscheinen zu lassen, die ebensogut im Sinne einer Ausweitung wie einer Einengung der Kronlandsautonomie gedeutet werden könne. Derartige Aufklärungs- und Beschwichtigungsversuche konnten natürlich nur verwirrend und aufreizend wirken, und so glaubte man schließlich, durch ein zweites Communiqué einen offiziellen Schritt tun zu müssen.

Dieses Communiqué ist der unglücklichste Entschuldigungsversuch, den man sich denken kann, und führt die große Ungeschicklichkeit, die der föderalistische Passus im Programm des Nationalverbandes bedeutet, mit größerer Deutlichkeit vor Augen, als dies die schärfsten Kritiker vermochten. Die größte deutsche Partei nimmt in entscheidender Stunde zu dem wichtigsten innerpolitischen Probleme, das sich seit Jahrzehnten ergeben hat, durch die Aufstellung einer Reihe von Leitsätzen Stellung. Man sollte meinen, daß jeder dieser Sätze das Ergebnis reiflichster und reifster Erwägung unter dem Gesichtspunkte des Endzieles der angestrebten Reform gewesen ist, daß seine Notwendigkeit für dieses Endziel zumindest nach der — zutreffenden oder unrichtigen — Urberzeugung derer, die für das Programm verantwortlich zeichnen, unbedingt feststeht. Es durfte somit erwartet werden, daß der Nationalverband die Verteidigung seines angefochtenen Postulats durch einen Nachweis in dieser Richtung führen würde. Aber das Communiqué versucht gar nichts dergleichen und will nur beweisen, daß die Ausgestaltung der Kronlandsautonomie nicht schädlich, nicht gefährlich sei. Nur nicht schädlich, nur nicht gefährlich? Man muß notwendig fragen, mit welchem Rechte als scheinbares Mittel zum Zwecke, das heißt zum Endzwecke der als notwendig empfundenen Neuordnung, eine Maßnahme verlangt wird, von der im günstigsten Falle nur ausgesagt werden kann, daß sie diesen Endzweck nicht beeinträchtigt oder gefährdet. Uebrigens ist vorliegend dieser günstigste Fall gar nicht gegeben, denn dem Nationalverband ist auch jener Nachweis, den er überhaupt versucht hat, mißlungen. Böllig mißlungen, trotzdem sich das Communiqué die Sache recht leicht gemacht und nur zu jenen Einwänden der öffentlichen Diskussion Stellung genommen hat, die eine Bedrohung der nationalen Interessen wichtiger Teile des deutschösterreichischen Volkes behaupteten. Wir in Böhmen sind überzeugt und müssen auf Grund unserer in jahrzehntelangen Kämpfen gereiften Einsicht notwendig überzeugt sein, daß jede Ausweitung der böhmischen Landesautonomie einen tödlichen Schlag gegen die nationale und politische Rechtsstellung des böhmischen Deutschtums bedeutet, daß die erweiterte böhmische Landesautonomie, mögen die Intentionen ihrer Schöpfer welche immer sein, notwendig eine Erweiterung des tschechischen Einflusses in sich schließt und daß alle noch so fein ausgeklügelten Schutzmaßnahmen diese Entwicklung vielleicht verzögern, aber gewiß nicht hindern können. Zentralismus und Föderalismus sind eben bei aller Vieldeutigkeit dieser Begriffe denn doch nicht, wie manche Politiker unter ihnen glauben, leere und inhaltslose Formen, die verschiedenartig und daher auch so ausgefüllt werden können, daß die nationalen Interessen der Deutschen in Oesterreich unter der Herrschaft eines weitgehenden Föderalismus ebensogut oder gar noch besser gewahrt erscheinen als im Zeichen eines strammen Zentralismus. Aber ich will diesen Punkt gar nicht so sehr in den Vordergrund stellen. Denn bei dem Problemenkomplex der künftigen Neugestaltung Oesterreichs handelt es sich doch vor allem darum, was der Staat für sich braucht. Das aber ist: ein in allen Staatsteilen und in allen Volksschichten lebendiger Staatsgedanke, bedeutend nicht allein ein oberflächliches, durch Einschränkungen und Vorbehalte aller Art angekränkeltes Bekennen zum Staate, sondern ein vertieftes und festverankertes Verständnis für die Aufgaben des Staates, für seine Macht und Größe und für die Pflichten gegen den Staat, die Kräftigung dieses Staatsbewußtseins überall und seine Ausbildung dort, wo es bisher fehlte, ferner für die Zwecke dieses Kräftigungs- und Entwicklungsprozesses, aber auch sonst und über die Zeit der Erziehung hinaus einen starken, kräftig wirkenden Staatswillen. Diese obersten Ziele jeglicher Neuordnung sind wahrscheinlich ohne eine Einengung der bestehenden Kronlandsautonomie, jedenfalls

Reichs post.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugspreise:
 täglich einzeln für Wien: K 3.70
 monatlich 11.—
 vierteljährlich 22.—
 halbjährlich 42.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung
 (des Morgenblattes zugleich mit
 der Nachmittagsausgabe des vor-
 herigen Tages) für auswärtig:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung
 K 16.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufgelegender Postzeitungsliste.
 Käufer des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung
 K 22.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufgelegender Postzeitungsliste.

Redaktion, Verwaltung,
 Druckerei: Wien, VIII., Straz-
 gasse 3, Fernsprecher: 13870,
 18082, 22641. Postsparsassentonto
 Oesterreich 30668, Ungarn 3,
 Bosnien-Herzegowina 7744. —
 Stadtbezirksstelle: I., Schulter-
 strasse 11, Fernsprecher: 2926.

Einzelgen. - Annahme: Wien,
 VIII., Strazg. 3, Fernsprecher:
 13870, 18082, 22641, Wien, I.,
 Schulterstrasse 11, Fernsprecher:
 2926, 8974, sowie bei allen An-
 zeigennahmen des In- und
 Auslandes.

Kleiner Anzeiger: Wien, VIII.,
 Strazgasse 3, I., Schulterstrasse 11,
 und bei allen Anzeigennahmen.

Nr. 130

Wien, Samstag den 18. März 1916

XXIII. Jahrgang

Einstellung der italienischen Angriffe am Tsonzo

Erfolgreiche Vorpostenkämpfe mit den Russen.

Hefrige Geschüßkämpfe an der Westfront. — Zusammenbruch einer französischen Division an der Maas.

Ernennung des Erzherzog-Thronfolgers zum Feldmarschallleutnant und Vizeadmiral.

Reise des Thronfolgers an die Südfront.

„Streifens Militärbblatt“ meldet:

Seine Majestät der Kaiser hat Seine k. u. k. Hoheit den Herrn Generalmajor Erzherzog Karl Franz Josef zum Feldmarschallleutnant und Vizeadmiral ernannt.

Kriegspressequartier, 17. März.

Se. k. u. k. Hoheit der Herr Feldmarschallleutnant und Vizeadmiral Erzherrg Karl

gelangten einzelne Kompanien bis an unsere Linien, wo die wenigen von ihnen unbeschadet übriggebliebenen Leute gefangen wurden. Der zweite Stoß erstarb schon in unserem Sperrfeuer.

Deutlicher und Balkan-Kriegsschauplatz. Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Oberste Heeresleitung.“

Glorreiche Gemeinsamkeiten.

Von Dr. Richard v. Krahl.

Es mag manchem Einzelnen rechts oder links von der Leitha unbehaglich oder ärgerlich sein, aber es geht nicht anders: wenn wir wollen, daß Oesterreich-Ungarn als Großmacht nicht nur beharrt, sondern sich auch, wie wir zuversichtlich voraussehen, durch den Weltkrieg und nach dem Krieg um so mächtiger seiner Sendung gemäß entwickelt, wenn es gleichwürdig neben dem Deutschen Reiche stehen will, so müssen wir miteinander auskommen, uns verstehen, uns ausgleichen und angleichen: wir den Ungarn und die Ungarn uns. Im Jahre 1848 hat man in Wien eine Verfassung für Oesterreich ohne Ungarn, drüben eine Verfassung für Ungarn ohne Oesterreich machen wollen. Das war freilich sehr bequem, aber das wäre der Weg zum Zerfall, zur Kleinstaaterei geworden. Wenn sich manche Deutschösterreicher dann damit getröstet hätten, daß wir Deutschösterreicher in diesem Fall einfach in Deutschland aufgegangen wären, so wäre das ganz unbedeutend gedacht gewesen und Bismarck hatte ganz Recht, wenn er schon vor 1848 und nach 1866 immer wieder gesagt hat: ein Oesterreich, das sich durch den Bund mit nicht-deutschen Nationen und Ländern verstärkt hat, leistet für die deutsche Sache mehr, als wenn es sich von diesem Völkerbund zurückzöge und auf eine selbständige starke Großmachtpolitik verzichte. Man braucht mit Bismarcks Methode uns gegenüber nicht in allem einverstanden zu sein, aber gerade darum ist er der klassische Zeuge für die Notwendigkeit eines dem Deutschen Reiche gegenüber dauernder Garantie verbündeten österreich-ungarischen Großstaates. Man faßt das heute zusammen unter dem Begriff „Mitteleuropa“.

Metternich und Schwarzenberg haben lange vor Raumann sich um Ausbildung und Befestigung derselben Idee, des „Siebzigmillionenreiches“, wie es Schwarzenberg nannte, bemüht. Der Sozialökonom Adolf Wagner hat beim Kongreß für Sozialpolitik schon einige Jahre vor dem Weltkrieg (1909) diese Zusammenhänge ganz richtig betont und neu in Erinnerung gebracht. (Zitiert in meiner Geschichte Wiens S. 735).

Nun ist aber durch den Weltkrieg all das viel weiter gediehen, als es etwa zur Zeit Bismarcks, zur Zeit Duegers usw. gediehen war. In tausenden von Gehirnen, in einer ganzen neuen politischen, ökonomischen, kulturgeschichtlichen Kriegsliteratur arbeiten sich die Gedanken und Ideen von 1914 ans Licht. Es ist bewunderungswürdig, was da neben den militärischen Arbeiten geleistet worden ist, um das ungeheure Wesen dieser neuen Situation zu ergründen. Sollte es wirk-

lich noch einen Philister geben, der da sagte, es habe sich durch den Weltkrieg in der politischen Welt gar nichts geändert, als daß einige Industrien gute Verdienste gemacht haben? Hat nicht der deutsche Gedanke, ebenso auch der österreichische Gedanke eine ganz neue ungeahnte Bahn eingeschlagen, ungehoffte Ziele erreicht, noch größere vor Augen? Ist nicht die ganze Menschheit und damit auch unser Mitteleuropa in eine neue Periode eingetreten, auf eine höhere Stufe der Entwicklung gerückt? Ist es möglich, daß einer nicht sähe, wie viel weiter wir gekommen sind als 1867, 1870, 1879 und daß wir diesen Entwicklungen im Rahmen des bestehenden Rechtes und Gesetzes auf allen Fronten nachkommen müssen?

Daß wir den idealen Zustand der Völkerverständigung noch nicht erreicht haben, das wird auch der stärkste Optimist nicht behaupten. Man müht sich darum sowohl im Deutschen Reich wie auch bei uns ab, daß den gemeinsam gebrachten blutigen Opfern auch der volle politische, soziale, kulturelle Erfolg entsprechen möge. Man orientiert sich aneinander, man versucht neue Gesichtspunkte neuer Einigungen. Das, was man „Mitteleuropa“ nennt, ist eigentlich nur ein Teil des Problems. Das Problem ist nicht nur ökonomisch, nicht nur finanziell, nicht nur politisch und militärisch, es umfaßt auch viel mehr als das Gebiet von Mitteleuropa; drum möchte ich das Ziel lieber den „Weltbund der Mittelmächte“ nennen, wozu ja jetzt schon Bulgarien und die Türkei gehört.

Wie werden alle die verschiedenen, so gewaltig aufgeregten Intentionen der verschiedenen Teile dieses Bundesystems sich ausgleichen? Es gibt, um sich auszugleichen, zwei Methoden, eine negative und eine positive, eine analytische und eine synthetische. Das heißt, deutsch gesagt, wir können uns gegenseitig immer wieder das Vorwerfen, was uns aneinander nicht recht ist, oder wir können das Gemeinsame hervorheben. Beide Methoden haben etwas für sich. Da aber die erstere Methode ohnedies so umfassend geübt wird, ist es auch gut, wenn die zweite Methode zur Ergänzung versucht wird. Sie ist freilich weniger dankbar. Wer kritisiert, hat mehr die Zustimmung des Publikums als der, der anerkennt. Es liegt überhaupt in der Natur des Menschen, sich mehr auf die negative Seite zu neigen.

Ein Beispiel: Als im Oktober das neue gemeinsame Wappen zur Kenntnis gebracht wurde, waren manche etwas überrascht. Zwei Freunde erklärten, sie wären wie vor den Kopf geschlagen gewesen. Ich für meine Person habe diesen Eindruck durchaus nicht gehabt, sondern war, als guter Oesterreicher in jedem Sinne dieses Wortes, völlig befriedigt. Ich finde diese Betonung der Indivisibilität und der Inseparabilität herrlich und mein loyales, kaisertreues Herz war höchlich erfreut, das Wappen des „Haus Oesterreich“, das sowohl den Stammsitz wie die Dynastie bezeichnet, am zentralen Ehrenplatz, auf den beiden Seitenschilden von Oesterreich und Ungarn aufliegend, zu sehen. Ist das nicht österreichisch genug? Dazu kommt, daß nachträglich die Ungarn auch dem kroatischen Wappen einen Platz schon auf dem kleinen Wappen zugebilligt haben, ganz mit Recht; denn das Staatswesen, mit dem wir 1867 einen Ausgleich geschlossen haben, ist staatsrecht-

Deutsche Kultur — ungarische Kultur.

Ein Beitrag zum Problem „Mitteleuropa“.

Von Josef Diner-Dénes (Budapest).

Wwo man den Spuren ungarischer Kultur nachgeht, vom heiligen Stephan bis tief ins neunzehnte Jahrhundert hinein, immer und überall findet man den deutschen Untergrund. Und zumeist war es nicht bloß ein Antrieb, eine Beeinflussung, eine Befruchtung, die die ungarische Kultur ihrer nachbarlichen zu danken hatte. Sondern es wurde deutsche Kultur hierher einfach übertragen, nach Ungarn verpflanzt und behielt noch lange, lange ihren heimischen Charakter, bis sie sich, mit einigen nationalen Zieraten bekleidet, als ungarische Kultur darstellen konnte.

Danach haben wohl jene ungarischen Freunde „Mitteleuropas“ recht, die behaupten, „Mitteleuropa“ sei für uns recht eigentlich schon seit Jahrhunderten Tatsache, und nun gelte es bloß, dieser Tatsache auch zweckentsprechende Form zu geben? Aber hier eben beginnt meine Besorgnis. Nicht etwa, daß wir ein Zuviel an deutscher Kultur bekommen könnten, ein Zuviel, das unsere nationale Kultur schädigen könnte. Dessen bin ich wohl hier im Lande niemandem verdächtig. Ich bin kein Paris-Anbeter, bin kein Anglomane und habe auch bei der Volkszählung meine deutsche Muttersprache nicht verleugnet. Aber eben deshalb besorge ich, daß, wenn wir die Form schaffen werden, die Tatsachen uns unter den Händen zerrinnen werden, und daß, je straffer die Form, sie auch desto inhaltloser sein wird.

Deutschen Ursprungs ist unsere Schule, deutschen Ursprungs unsere Gelehrsamkeit. Deutsche Bürger machten hier Gewerbesleiß heimisch, Deutsch Sprechende Juden schufen Handel und Wandel und deutsche Siedler ließen nach der Türkenzeit in den verödeten Gebieten die Landwirtschaft wieder aufleben. Seit mehr als einem halben Jahrhundert aber wird alles, was deutsch, hier nach Möglichkeit überkünstelt, damit sein Ursprung nicht erkenntlich wird, oder gar gänzlich verleugnet. Etwa weil die aus magyarischen Gentrys, deutschen Bürgern und Juden zusammengebraute neue nationale Bourgeoisie in ihrem Chauvinismus nur für bodenständige ungarische Kultur schwärmt? Keineswegs. Denn dieser Chauvinismus verträgt sich ganz gut mit Französelei und Anglomanie, mit Liebe in italienischer und sogar in russischer Art, verpönt ist allein das Deutsche, so sehr, daß man selbst deutschen Zeitungen und ihren Mitarbeitern nur dann das Dasein nicht vergällt, wenn sie sich überchauvinistisch gebärden.

Die Ursache all dieser Erscheinungen liegt aber fast einzig und allein in unserem Verhältnis zu Oesterreich. Wohl erklärten sich schon 1846 Jotai, Petöfi und acht andere junge Schriftsteller als Anhänger jener französischen Schule, die von Lamartine bis Viktor Hugo, von Dumas bis Beranger „alles in sich vereinigte, was in der Idee schön, in der Ausführung kühn, in den Gefühlen hinreißend ist, was das Herz erwärmt und die Seele erhebt“, aber diese Erklärung war nur Sturm und Drang; trotz ihr und trotz der Revolution und trotzdem die ungarischen Emigranten nur in London, Paris und Turin ein gastlich Heim fanden, blieb doch unsere Schule und unsere Gelehrsamkeit, unsere Literatur und unsere Kunst, Gewerbesleiß, Handel, Wandel und Landwirtschaft, also alles, was unsere Kultur ausmacht, im Banne deutscher Kultur.

Erst zu Beginn der Achtzigerjahre trat hierin Wandel ein. Damals begann man an unserer Schule herumzudoktern. Zu einer gründlichen Reform konnte man sich wie auf allen anderen Gebieten auch in Schulsachen nicht aufschwingen, der Typus blieb der alte, wie uns das Batsche Regime ihn gegeben, aber mit allerlei kleinen und kleinlichen Veränderungen, die anderswoher geholt waren, wurde er undeutsch gemacht. Auch schickte man die reichen Jungens nicht mehr nach Deutschland, sondern in die Schweiz, nach Paris und England zur „Bervollkommnung“ ihrer Studien.

Unsere Gelehrten . . . Wir haben Naturforscher, Techniker, Mathematiker, Aerzte und Sprachforscher, die jedes Landes Zier wären, aber die überiaen,

zumal die amtlichen Gelehrten . . . Die meisten schreiben nur Bücher für die studierende Jugend, und dabei benützen sie wie einstens auch jetzt noch zumeist deutsche Bücher mit dem Rezept: Mehr als zuschreiben. Das hindert aber diese Gelehrten und Professoren ganz und gar nicht, als Akademiker germanophob zu sein und in der von der Akademie herausgegebenen Sammlung fremdländischer Werke die deutsche Wissenschaft arg zu vernachlässigen, allerlangweiligste und allermittelmäßigste nichtdeutsche Werke aber in schwerer Menge übersehen zu lassen.

In Literatur und Kunst sind aber die Deutschen schon ganz außer Kurs gekommen. Nicht Wien oder München oder Berlin, sondern Paris, einzig Paris ist schon seit drei Jahrzehnten die Sehnsucht aller unserer jungen und die Bewunderung aller unserer älteren Künstler und Schriftsteller. Als wir in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts eine nationale Gemäldegalerie schaffen wollten, bestellten wir bei Peter Krafft in Wien ein großes Bild: Der Ausfall Brinnis. Dann später hat Munkacsy in Düsseldorf studiert, unser genialer Szinyei-Merse hat mit Leibl und Böcklin gemeinsam gearbeitet und Benzur ist ein Schüler Pilotys. Alle Späteren aber sind schon Pariser. Und nicht etwa bloß an der Oberfläche. Unsere ganze moderne Kunst ist im Wesen pariserisch. Mit nicht nur viel Talent, sondern auch viel Originalität, mit einer stark eigenen Note, im Wesen aber doch pariserisch.

Nicht ganz pariserisch, aber doch stark französisch durchtränkt ist auch unsere moderne Literatur. Vor genau einem Vierteljahrhundert versuchten einige Freunde und ich eine literarische Revolution für die „Moderne“, die uns aber nicht in den französischen Naturalisten, sondern in Ibsen und Gerhart Hauptmann gipfelte. Wir haben Ibsen durchgesetzt sowie Zola, Flaubert, Goncourt, Maupassant, aber Gerhart Hauptmann und die deutsche Moderne blieben, wenn auch nicht dem Lesepublikum, so doch unseren Schriftstellern nur „vornehme Fremde“. Unsere Bühnen sind von gutem und noch viel mehr von schlechtem französischen Zeug überschwemmt, und unsere eigene Bühnenliteratur schwimmt gleichfalls kräftig im französischen Strom.

Das Kennzeichnendste aber ist, daß sich auch die ungarische Sprache französisiert hat. Die avitische ungarische Sprache bis zur Revolution ist lauter Pathos und wälzt sich in breiten, dumpflingenden Phrasen schwerfällig dahin. Dann wurde sie unter der Hand Jotais wie die Sprache der französischen Romantiker durchaus malerisch. Ueberall nur Kolorit und nirgendwo Konturen, jede plastische Schärfe fehlte, so daß diese Sprache kaum geeignet war, Wirklichkeit in hellem, weißem Lichte wiederzugeben, und dem Phantastischen, der Wirklichkeitsentstellung mit ihren großen, grellen Zügen auf halbem Wege entgegenkam. (Dem Zusammenhang dieser Umbildung der ungarischen Sprache mit der ungarischen Politik nachzuspüren wäre sehr unterhaltlich. Man müßte bei Albert Apponyi, dem einen politischen Redekünstler, beginnen und in de bei Stephan Tisza, dem anderen politischen Redekünstler, münden.)

Wie anders aber ist heute die ungarische Sprache! Leicht, geschmeidig, hüpfend, springend. Wie man's gerade will und versteht. Eindeutigkeiten zweideutig sagen, Zweideutigkeiten mit Witz aussprechen, das verstehen unsere Novellisten, Chronisten, Reporter so gut wie die französischen. Die Budapest ungarischen Zeitungen sind denn auch literarisch im Verstand der Pariser Zeitungen, unsere besten Schriftsteller, auch die allereinkommenreichsten, sind gleichzeitig Mitglieder irgend einer Redaktion, aber eines fehlt: der zeitungs-literarische Schmock, auf den mein Freund Musterlis so gern und so geschickt pirscht. Daß bei dieser neuesten Wandlung die ungarische Sprache gesättigt wurde mit — meist französischen — Fremdbildungen, darob zetern die Puristen, wir aber freuen uns der Bereicherung.

Das ist die heutige ungarische Kultur. Weit, weit ab von der deutschen Kultur, die ihr durch die Jahrhunderte Helfer, ja Nährvater gewesen. Will ich aber suchen, wie diese Abschwenkung gekommen, muß ich nicht weit suchen. Ich habe sie ja miterlebt, in manchem für, in manchem gegen sie gekämpft. Der Hauptantrieb lag in unserem Verhältnis zu Oesterreich. Aendern konnte und wollte man es auch nicht. Aber in allem anders sein als Oesterreich, um nicht von ihm, das man als den Stärkeren empfand, verschlungen zu werden. Da aber hier Oesterreich als deutsch erschien, tat man alles mögliche, damit Ungarn nicht deutsch sein solle, und nicht die letzten, die diese Bewegung unterstützten, waren ansonsten getreue Dualisten, ohne zu bedenken, wie gefährlich dies für den Dualismus. In einem mitteleuropäischen Ungarn würde aber diese Bewegung geradezu stürmisch werden. Schon jetzt umgürtet sich alle literarischen Freunde Mitteleuropas für den Fall, daß sie ihr P l erreichen sollten, mit einem doppelten und dreifachen Panzer von Chauvinismus. Davon haben wir aber ohnehin: genug und übergenug. Wir sind mit Deutschland verbündet und befreundet. Wollen wir es aber auch bleiben, dann darf man, was Ungarn angeht, das Bündnis nicht in allzu straffe Formen gießen. Ansonsten werden wir mit Deutschland wohl verbündet, aber auch verfeindet sein.

Die Tätigkeit der Christlich-sozialen während des Krieges.

Abg. Kunisch in Graz. — Bedeutungsvolle Kundgebung der Grazer christlichen Arbeiterschaft.

Aus Graz wird der „Reichspost“ berichtet:

Auf Einladung des Bezirksverbandes christlicher Arbeitervereine von Graz weilte Sonntag den 19. März der Obmann des Reichsverbandes christlicher Arbeitervereine Oesterreichs, Herr Landesauschuss Abg. Leopold Kunisch in Graz, um sich über die Einrichtungen der Grazer christlichen Arbeiterschaft zu informieren und um in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung des Verbandes zu sprechen. Vormittags fand im Hotel „Roh“ eine stark besuchte Vertrauensmännerversammlung statt, die einen erhebenden Verlauf nahm. Obwohl zu der Vertrauensmännerversammlung nur die Funktionäre der Grazer christlichen Arbeiterorganisationen geladen waren, war das Lokal des Christlichsozialen Arbeitervereines überfüllt und waren Vertrauensleute selbst aus Laßnitzhöhe und Gratwein erschienen. An Gästen konnte der Vorsitzende begrüßen: Herrn Reichsratsabgeordneten Schöiswohl, Chefredakteur Mggr. Karl Schwelger, die Konsulenten Hans Hofer und Kollegger und den Obmann der Grazer christlichsozialen Parteileitung, Hoforgelbauer Konrad Hofer wie der Abg. Kunisch, der vom Vorsitzenden unter stürmischem Beifall der Versammlung begrüßt worden war, erstattete ein mehr als einstündiges Referat über die Lage und erbrachte den Beweis, daß die Christlichsoziale Partei und deren Arbeitergruppe auch während des Krieges ihre Pflicht voll und ganz erfüllt haben. Die Ausführungen des geschätzten Gastes, die selbstverständlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, fanden ungeteilte Zustimmung und begeistertsten Dank der Versammlung.

Abends wurde in der „Harmonie“ eine öffentlich zugängliche Versammlung des Bezirksverbandes christlicher Arbeitervereine abgehalten, die abermals von den Mitgliedern der Organisationen überaus zahlreich besucht war. Lebhaft begrüßt, erstattete Abgeordneter Kunisch ein Referat über die Tätigkeit der Christlichsozialen während des Krieges. Der Abgeordnete führte aus, daß der Krieg, der alle Welt durch volle 19 Monate im Atem hält, eine Reihe von Fragen aufgerollt habe, die der Lösung zugeführt werden müssen. Der Krieg wurde zum großen Lehrmeister der Völker. Verschiedene politische Parteien haben eingestanden, daß sie umlernen und neulernen müssen. Die Christlichsozialen brauchen das nicht. Der Krieg erwies sich als Lehrmeister im Sinne unserer Grundsätze und kann die Christlichsoziale Partei aus den Ereignissen des Krieges nur die Schlussfolgerung ziehen, fester denn je an den alten Grundsätzen zu halten und dieselben zu vertreten. Die Christlichsozialen Abgeordneten wurden in der Friedenszeit auf das lebhafteste bekämpft, als sie im Interesse des Vaterlandes für die Forderungen der Heeresverwaltung eingetreten sind. Die Vorgänge im Wehrausschusse des Abgeordnetenhauses sind noch in zu lebhafter Erinnerung, die Kämpfe, die sich dortselbst abgespielt haben, sind im Protokoll niedergelegt und können nicht aus der Welt geschaffen werden. Die Christlichsozialen sind eingetreten für die Neubewaffnung der Artillerie und Infanterie und wurden deswegen als „Soldknechte“ des Militarismus bezeichnet. Mit Stolz kann die Christlich-

soziale Partei von sich behaupten, daß das wenige, was vorhanden war, als der Krieg ausbrach, der Christlichsozialen Partei zu verdanken war. Und es war herzlich wenig! Hätte man den Warnungen der Christlichsozialen rechtzeitig Gehör geschenkt, hätte manches vermieden werden können, was kommen mußte, bis es gelungen war, in den blutigen Stellungskämpfen in den Karpaten die nötige Pause zu erzwingen, die zur Neuausrüstung der Armee notwendig war. Dieser Krieg lehrt, daß der Armee das Notwendigste zur Verteidigung gegeben werden muß, koste es, was es wolle. Ein zweiter Vorwurf, der der Partei gemacht worden war, war ihre Anschauung in bezug auf die Hebung der Produktion der heimischen Landwirtschaft. Die Christlichsozialen wurden deshalb, weil sie für die Hebung der Produktion der heimischen Landwirtschaft eingetreten waren, als Lebensmittelwucherer und Ausbeuter verlästert. Sie mußten ihre Haltung im Jahre 1911 mit dem Verluste einer ganzen Anzahl von Mandaten büßen. Und doch hat der Krieg auch in diesem Falle der Partei vollkommen recht gegeben. Der Krieg hat bewiesen, was eine eigene Landwirtschaft bedeutet. Der teuflische Plan Englands, Deutschland und das mit ihm verbündete Oesterreich auszuhungern, beruhte nicht zuletzt auf der Kenntnis der Tatsache, daß die beiden Staaten alljährlich Millionen Meterzentner Getreide einführen mußten. Wie gut wäre es, wenn die heimische Landwirtschaft noch mehr liefern könnte, wie bis jetzt. Damals wurde um die Summen gefeilscht, die von unserer Seite für die Landwirtschaft verlangt wurden. Jetzt spricht kein Mensch davon, wie viele Millionen gegeben werden müssen, um Waren aus dem nicht immer uns freundlich gesinnten Auslande zu erhalten. Jetzt geht die Parole dahin, Lebensmittel um jeden Preis zu erhalten, ja, es mehrten sich sogar aus dem sozialistischen Lager die Stimmen, die davon sprechen, nicht nur Konsumentenpolitik, sondern Produktionspolitik zu betreiben. Wir haben diese Anschauung stets vertreten, unsere Grundsätze haben sich als die richtigen erwiesen, im Frieden wie im Kriege.

Der Redner schilderte dann des längeren die Maßnahmen zur Approvisionierung der Gemeinde Wien und der österreichischen Reichshälfte und bezeichnete es als Unglück, daß die kompetenten Faktoren noch immer nicht erkennen wollen, daß der größte Fehler im Verhältnisse mit Ungarn das Fehlen eines gemeinsamen Versorgungsgebietes sei. Ungarische und österreichische Truppen verteidigen gemeinsam die Grenzen des gemeinsamen Vaterlandes, des einen Sieg ist auch der Sieg des anderen. Die Christlichsoziale Arbeiterschaft hat als erste erkannt, daß die wichtigste Voraussetzung des Erfolges zur Approvisionierung von Wien und der österreichischen Reichshälfte die Schaffung eines gemeinsamen Versorgungsgebietes ist. Die Ansicht der Christlichsozialen Arbeiterschaft ist heute Gemeingut aller an der Lösung dieser Fragen interessierten Faktoren, ein Erfolg ist leider ausgeblieben. Desgleichen waren alle Schritte der Gemeinde Wien, eine Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Kartoffeln zu erhalten, an dem Widerstande Ungarns gescheitert. Den Christlichsozialen darf daraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. Sie haben ihre Pflicht auch in dieser Frage voll und ganz getan.

Nun handelt es sich aber bei der Frage der Invalidenversorgung nicht nur um die sogenannten Potentialinvaliden, sondern auch um jene Vaterlandsverteidiger, die erst nach Jahren die Folgen des Krieges am eigenen Körper zu spüren bekommen werden. 72 Tage lang sind unsere braven Soldaten in den Schneegräben der Karpaten gelegen. Wer wollte behaupten, daß die Felder an ihrer Gesundheit keinen Nachteil erlitten haben? Die Christlichsoziale Arbeiterschaft ist auch in dieser Frage rechtzeitig aufgestanden. Seit zwanzig Jahren kämpfen wir um die Alters- und Invalidenversicherung und vor kurzem hat eine Abordnung dem Minister des Innern, Brinzen Hohenlohe, eine Petition des Inhaltes überreicht, daß die Alters- und Invalidenversicherung mit aller Beschleunigung, wenn nicht anders möglich, auf dem Wege einer § 14-Berordnung, gemacht werden müsse. Wenn der § 14 uns schon alles Mögliche gebracht hat, warum soll er nicht einmal auch etwas bringen, was von der Gesamtbevölkerung mit größter Freude begrüßt würde. Mein Verfassungskonzept würde durchaus nicht aus der Verfassung gebracht werden, wenn die Alters- und Invalidenversicherung nicht auf verfassungsmäßigem Wege zustande kommen würde. (Beifall und Heiterkeit.)

Der Redner besprach schließlich die Schaffung der Kriegerheimstätten, eine Aktion, in der bisher leider noch wenig geschehen ist.

Auf verfassungsmäßigem Wege ist die Alters- und Invalidenversicherung in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Wer kann sagen, wann der Reichsrat einberufen wird? So lange können wir nicht warten. Nach dem Kriege kommt ein Aufschwung unserer gesamten Industrie; Milliarden werden ins Verdienen gebracht werden. Wir wollen erreichen, daß von dieser Periode des Aufschwunges auch die Arbeiterschaft ihren entsprechenden Anteil hat. Wenn das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung bis dorthin noch nicht fertig ist, wird das Großkapital den Profit allein einstecken. Wäre die Alters- und Invalidenversicherung schon jetzt Gesetz, die „Alpine Montongesellschaft“ mit ihren 20 Prozenten Dividende könnte gewiß nicht behaupten, daß sie diese Last nicht tragen kann. Wir werden alles daran setzen, um zu erreichen, daß unsere Forderung nach der Alters- und Invalidenversicherung endlich Gesetzeskraft erlange. (Stürmischer Beifall.)

In längeren Ausführungen schilderte der Redner sodann die Vorschläge der Christlichsozialen Arbeiterschaft bezüglich der Neugestaltung der Verfassung Oesterreichs, die eine Abordnung kürzlich dem Minister des Innern überreichte. Gott möge dem Vaterlande die Gnade des Sieges geben und damit wieder die Möglichkeit, daß die Christlichsozialen arbeiten können an dem Aufbau eines neuen, glücklichen Oesterreich. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende, Schriftleiter Fischer, dankte dem Abgeordneten für seine Ausführungen und gab die Ver-

land das Defizit aus eigenen Kräften decken kann. Nach dem Korrespondenten beabsichtigt die Regierung nicht, sich um eine Anleihe an Deutschland oder Amerika zu wenden. Die venizianischen Blätter sind überzeugt, daß die Regierung der finanziellen Schwierigkeiten nicht Herr werden könne, wenn England und Frankreich keine Anleihe gewähren.

Verhandlungen über die deutschen Einfuhrverbote.

Wien, 23. März.

Heute wird nachstehende Mitteilung verlautbart:

„Durch die in der letzten Zeit im Deutschen Reich erlassenen Verbote hinsichtlich der Einfuhr gewisser Waren wurde eine Reihe von Fragen aufgeworfen, deren rasche einverständliche Lösung sich als notwendig erwiesen hat. Es haben sich daher Vertreter der österreichischen und der ungarischen Regierung nach Berlin begeben, um mit den dortigen Regierungskreisen ein Einvernehmen in der Richtung zu erzielen, daß die mit den betreffenden Maßnahmen für einzelne Erwerbszweige verbundenen Härten behoben werden.“

Handelspolitisches Komitee der Räte des Handelsministeriums.

Wien, 23. März.

Heute hat unter dem Vorsitz des Obmannes Doktor Brojčić in Anwesenheit des Handelsministers Doktor v. Spitzmüller eine Sitzung des handelspolitischen Komitees des Handelsministeriums stattgefunden, in welcher das Arbeits- und Beratungsprogramm und die Art und Weise der Durchführung der weiteren Beratungen erörtert und festgesetzt wurde. Das Arbeitsmaterial wurde zunächst in drei große Beratungsgruppen geteilt und es wurden hiefür Hauptreferenten bestellt, welche unter Führungnahme mit der Regierung und unter Beziehung von Fachmännern das Material zu bearbeiten und dem Komitee Berichte und Anträge zu erstatten haben. Zu Referenten für die Fragen der Zollpolitik und des Zolltarifs wurden die Mitglieder Dr. Carus und Ruffler, für die Verkehrsfragen die Mitglieder Doktor Polischer und Singer, für die Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Deutschen Reich die Mitglieder Geheimrat Dr. Baernreither und Generaldirektor Günther gewählt.

Die Vereinigung aller polnischen Parteien im Polenklub.

Wien, 23. März.

In den Räumen der Wiener Handels- und Gewerbekammer hat sich heute ein für die innere Politik höchst interessantes Ereignis vollzogen. Die polnischen Sozialdemokraten sind in den Polenklub eingetreten. Im Klub, der nunmehr sechsundsiebzig Reichsratsabgeordnete zählt — der Obmann Herrenhausmitglied Ritter v. Bilinski gehört seit seiner Ernennung zum gemeinsamen Finanzminister nicht dem Abgeordnetenhaus an — vereinigt jetzt alle im polnischen Volke vertretenen Parteien und politischen Richtungen. Die Parteiverhältnisse bei den Polen haben sich stets von denen der anderen Nationen Oesterreichs unterschieden. Der Polenklub hat von jeher das politische Ziel verfolgt, in seiner Mitte alle Partischattierungen zu vertreten und im Parlament so das Gewicht des ganzen Polentums geltend zu machen. Während bei den anderen Nationen die Bildung der parlamentarischen Parteien mehr und mehr nach sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgte, blieb die Vertretung der Polen im Abgeordnetenhaus in erster Reihe eine nationale. Im Kurienparlament galt es als selbstverständlich, daß jeder gewählte polnische Abgeordnete dem Polenklub angehöre. Erst als mit der fünften Kurie und später nach dem allgemeinen Wahlrecht neue breite Wählerschichten zu Worte kamen, entstanden polnische Parteien außerhalb des Polenklubs: die Vertreter der Arbeiterschaft und die Bauernpartei, die dann unter der Führung des Abgeordneten Stajinski eine größere Anzahl von Mandaten erlangte. Die Sozialdemokraten blieben außerhalb des Polenklubs. Dagegen trat Abgeordneter Stajinski mit seiner Volkspartei in den Polenklub ein und erst nach dem Zwiste zwischen dem Minister Dlugosz und Abgeordneten Stajinski stellten sich einige dem letzteren treu gebliebene bäuerliche Abgeordnete außerhalb des Polenklubs.

Als der Krieg ausbrach, vereinigten sich alle polnischen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten im Obersten polnischen Nationalkomitee. Diese Organisation hatte den Zweck, die polnischen Legionen zu schaffen und zu erhalten und sollte gleichsam die Hoffnungen verkörpern, die die Polen für ihre Nation an den Ausgang des Krieges knüpfen. Später entstanden Meinungsverschiedenheiten im Nationalkomitee, die ostgalizischen Konservativen schieden aus, überdies kam es zu gegensätzlichen Auffassungen zwischen Polenklub und Nationalkomitee über die Kompetenzabgrenzung. Nach den großen Siegen der Zentralmächte über Rußland, welche das russische Kongreß-Polen in die Hände der Monarchie und des Deutschen Reiches brachten, machte sich bei den Polen der Wunsch geltend, in dieser für die Zukunft ihrer Nation so bedeutungsvollen Zeit alle Organisationen und Parteien zu einer Einheit zusammenzufassen.

Der Obmann des Polenklubs Ritter v. Bilinski führte die Einigungsverhandlungen und es kam zunächst mit dem Obersten polnischen Nationalkomitee eine Vereinbarung zustande. Danach wird der Obmann des Polenklubs zugleich Obmann des Nationalkomitees sein, als stellvertretender Obmann des Nationalkomitees soll dessen bisheriger Obmann Ritter v. Jaworski in Krakau die Geschäfte führen, die von nun ab ausschließlich in der Sorge für die polnischen Legionen bestehen wird. Die politische Leitung der polnischen Angelegenheiten wird aus-

Neue Freie I

Die Begegnung österreichischer und ungarischer Parlamentarier.

Wien, 27. März.

Die Samstag in Wien stattgehabte Begegnung österreichischer und ungarischer Parlamentarier hatte, wie zu erwarten war, einen überaus warmen und herzlichen Charakter und hat bei allen Teilnehmern den besten Eindruck zurückgelassen. Die Begegnung spielte sich äußerlich in genau denselben Formen ab, wie die erste, am 30. Januar in Budapest veranstaltete Zusammenkunft. Sie war rein gesellschaftlicher Natur und bestand in einem von den österreichischen Gastgebern ihren ungarischen Gästen dargebotenen Frühstück, zu dem man sich eine Stunde früher versammelte, so daß man vor und nach Tisch reichlich Gelegenheit hatte, in kleineren Gruppen zwanglose Unterredungen über die politischen Fragen zu führen. Ebenso wie bei der im Januar stattgefundenen Budapest Begegnung wurde auch diesmal eine förmliche Konferenz vermieden, da es vorläufig als ausreichendes Ziel betrachtet wurde, miteinander Fühlung zu gewinnen.

Von einem konkreten und abgeschlossenen Ergebnisse der Zusammenkunft kann selbstverständlich nicht gesprochen werden, da ein solches auch gar nicht bezweckt war. Immerhin ist es als ein wertvolles Ergebnis der Zusammenkunft zu betrachten, daß alle Anwesenden, ohne Unterschied der Parteidirectionen, die sie vertreten, in der Ueberzeugung übereinstimmen, daß ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen den führenden politischen Persönlichkeiten der beiden Staaten der Monarchie außerordentlich wünschenswert sei und besonders bei der Lösung jener schicksalsschweren Fragen, die nach dem Kriege aufzutauchen werden, von heilsamen und segensreichen Folgen begleitet sein könnte. Es bestand daher auf beiden Seiten der lebhafteste Wunsch, den zwischen den Mitgliedern der beiden Parlamente gesponnenen Faden nicht abreißen zu lassen und die Begegnung fortzusetzen, bis dahin aber haben und drüben Mittel und Wege zu suchen, wie das allseits gewünschte freundschaftliche Einvernehmen zu erreichen wäre, nicht bloß durch eine im allgemeinen herzlichere Stimmung der Parlamentarier zu einander, sondern auch durch Vorbereitung einer Lösung der beiden Staaten gemeinsam interessierenden politischen Probleme.

Die Teilnehmer an der Zusammenkunft waren im großen und ganzen ebenfalls dieselben.

Von ungarischer Seite waren Vertreter aller Parteien anwesend: die ehemaligen Ministerpräsidenten Alexander Wellerle und Graf A h u e n - H e d e r v a r y, die ehemaligen Minister Albert v. Berzeviczy, Graf Albert A p p o n y i, Graf Ador J a c s y, die ehemaligen Staatssekretäre Josef Szeterenyi und Edmund Miklos, Magnatenhausmitglied Geheimrat L e p S a n c z y und die Abgeordneten Roland v. S e g e d i s und Dr. Gustav G r a b.

Auf österreichischer Seite waren Vertreter aller Schattierungen der deutschösterreichischen Parteien anwesend: die ehemaligen Minister Dr. Baernreither, Dr. Marchet, Dr. Schreiner, die Herrenhausmitglieder Dr. Urban und Graf, die Abgeordnetenpräsident Dr. Schöbster, Dr. G r o ß, D o b e r n e k e, Dr. Steinwender, Baron F u c h s, Dr. v. Richter, Ritter v. B o n z, F r i e d m a n n, M a r a s a, W o l f, P a g e r, Landmarschall Prinz Liechtenstein und Bürgermeister Dr. W e i s s l i c h u e r hatten ihr Fernbleiben entschuldigt.

Die ungarischen Gäste waren meist bereits am Donnerstag und Freitag in Wien angelangt und die beiden Berauhalter der Begegnung, Geheimrat v. Berzeviczy und Dr. Gustav G r o ß, wechselten schon Freitag Besuche. Freitag abend gab Dr. Baernreither zu Ehren der ungarischen Gäste ein Souper, dem auch

einige hervorragende Persönlichkeiten zugezogen waren, die an der eigentlichen parlamentarischen Begegnung nicht teilnahmen, wie insbesondere der gewesene Ministerpräsident Baron B e a und der ehemalige Justizminister Dr. Franz Klein und andere. Das Souper, bei dem Dr. Baernreither und v. Berzeviczy Trinksprüche wechselten, hatte einen ganz intimen, herzlichen Charakter.

Samstag um 12 Uhr mittags fanden sich die österreichischen und ungarischen Parlamentarier im Grand-Hotel zusammen. Sie begrüßten sich als alte Bekannte. Es entwickelte sich eine lebhafteste Erörterung der zahlreichen wichtigen Tagesfragen, welche die ungarischen und die österreichischen politischen Kreise heute beschäftigen. Um 1 Uhr setzte man sich zu Tisch. In der Mitte der Tafel saß Dr. Gustav G r o ß zwischen dem Grafen A h u e n - H e d e r v a r y und Dr. W e l l e r l e, ihnen gegenüber Präsident Dr. Schöbster zwischen Herrn v. Berzeviczy und Grafen Albert A p p o n y i. Allgemein bedauert wurde die Abwesenheit des Grafen Julius A n d r a s s y, der sich noch im Auslande befindet, um sich von seiner im Winter überstandenen schweren Erkrankung zu erholen.

Die Trinksprüche.

Während der Mahlzeit erhob sich Abgeordneter Dr. Gustav G r o ß und hielt folgenden Trinkspruch:

Ich erlaube mir, unsere verehrten Gäste aus Ungarn auf das herzlichste zu begrüßen und unserer aufrichtigen Freude darüber Ausdruck zu geben, daß sich Vertreter der beiden Staaten der Monarchie zusammengedrungen haben, um in zwanglosem Meinungsaustausch die anderen Ansichten kennen zu lernen und die eigenen zu berichtigen. Ohne den geselligen Zusammenkünften, wie sie kürzlich in Budapest und heute in Wien stattfinden, eine überschätzende Bedeutung beimessen zu wollen, glaube ich doch, daß durch dieselben eine nicht unwesentliche Besserung im Verhältnisse der beiden Staaten zueinander und im Verhältnisse der Volksvertreter vorbereitet werden könnte. Wir müssen ehrlich eingestehen, daß die beiden Staaten nur zu oft nicht so sehr das gemeinsame Ziel, die Entwidlung der Monarchie, vor Augen hielten als sich vielmehr als Gegner gegenüberstanden. Namentlich galt dies in den Zeiten der so oft wiederkehrenden Ausgleichsverhandlungen. Neulich war natürlich auch das Verhältnis zwischen den beiden Volksvertretern, ich meine nicht zum Vorteile der beiden Staaten und nicht zum Vorteile der Monarchie. Ich glaube nun, daß unsere Zusammenkünfte wohl geeignet sind, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. Auch wenn wir nicht daran denken, förmliche Beschlüsse zu fassen, werden doch die persönlichen Beziehungen vielfach dazu beitragen, irrtümliche Meinungen zu ändern, Vorurteile zu beseitigen und Wäghäutchen zu zerstreuen, so daß zwischen uns die losbare und zarte Pflanze des gegenseitigen Vertrauens empornwachsen kann. Das halte ich aber für die Voraussetzung eines gegenseitigen Verständnisses und gemeinsamer Arbeit. In der großen Zeit, wo ungarische und deutsche Truppen mit gleichem Heldenmut, mit gleicher Todesverachtung und gleicher Opferwilligkeit das gemeinsame Vaterland verteidigen, in dieser Zeit dürfen wir wohl hoffen, daß die Monarchie nicht nur nach außen jene großen Erfolge erzielt, welche unsere selbigen Helden verdienen, sondern daß auch im Innern der Frieden hergestellt wird: zwischen den führenden Völkern der beiden Staaten zum Heile und Segen dieser wie der Gesamtmonarchie. Darum und auf das Wohl unserer verehrten Gäste erhebe ich mein Glas."

Namens der ungarischen Gäste antwortete der gewesene ungarische Minister und Präsident der ungarischen Akademie der Wissenschaften Geheimrat v. B e r z e v i c z y:

Es sei mir gestattet, im Namen meiner ungarischen Kollegen unseren verbindlichsten Dank für die freundliche Einladung und die soeben vernommene herzliche Begrüßung auszusprechen. Wir betrachten diesen Ruf nach Wien als eine willkommene Gelegenheit, die in Budapest angeknüpften kollegial vertraulichen Besprechungen in etwas erweitertem Kreise fortzuführen.

Wie ich es schon in Budapest mit Zustimmung der dort versammelten Herren aussprechen zu können glaube und wie dies auch aus den Äußerungen unserer verehrten Kollegen aus Oesterreich hervorgeht, haben diese Zusammenkünfte weder einen exklusiven noch einen aggressiven Charakter und verfolgen gar keine geheimen Tendenzen, weshalb ihre Ausdehnung durchaus nicht unerwünscht sein kann.

Die Anregung zu diesen zwanglosen Besprechungen ist aus dem Bewußtsein hervorgegangen, daß die Konventionaleit der Aufrechterhaltung des in diesem Kriege so allzusehr bewährten Dualismus uns ebenso zu Gegnern der alten zentralistischen Reichsidee als zu Gegnern einer föderalistischen Forderung der Monarchie machen muß und daß den Trägern dieses Prinzips der rein dualistischen Gliederung dies- und jenseits der Leitha im politischen Leben der Monarchie die Führerrolle zukommt. Diese Ueberzeugung ist nicht eben an die deutsche und ungarische Nationalität, auch nicht an die Zugehörigkeit zu einem Parteienbunde gebunden, sie muß jeden durchdringen, welchem die zukünftige Sicherheit und Erhaltung der Monarchie am Herzen liegt.

Die Zeitumstände machen aber eine Annäherung und eine Verständigung zwischen patriotisch gestimmten Oesterreichern und Ungarn auch von einem anderen Gesichtspunkte erwünscht, ja sogar notwendig. Die Zukunft wird hoffentlich eine lange Friedensperiode sein, welche die Grundlage für kräftigere Entwicklung und zu der Erhebung der durch den langen Krieg verbrauchten wirtschaftlichen Kräfte und Werte bilden soll. Aber sie wird auch unweiblich eine Periode des wohlorganisierten wirtschaftlichen Kampfes gegen eine Welt von Gegnern sein müssen. Und der neue Ausgleich muß beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen, er muß darum auch die Grundlage für ein festes und einträgliches wirtschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche schaffen.

Die Erfahrungen des Krieges haben uns noch klarer als bisher die Wahrheit bezeugt, daß durch den Ausgleich nicht ein Teil auf Kosten des anderen gekürzt, sondern daß eben beide Teile auch wirtschaftlich stark sein müssen, denn nur dann werden wir den uns von allen Seiten drohenden Gefahren die Stirne bieten können. Der Ausgleich darf in keinem der Kompromittanten das bittere Gefühl der Hintansetzung, der Beeinträchtigung hinterlassen. Eine freundschaftliche unmitelbare Aussprache zwischen maßgebenden Parlamentariern von hiesigen und drüben, ein gegenseitiges unermüdetes Kennenlernen der Anschauungen kann — wie es auch mehr geahnter Vorreiter hervorhob — nur zweckdienlich sein.

verschärft sich mit jedem Tag. Heute liegen Nachrichten vor über die Versenkung des französischen Dampfers „Gebe“, des britischen Dampfers „Arne“, des Fischtransportdampfers „Karthoum“ und des Dampfers „Duiteland“. Die Frage des Schiffsraumes wird trotz der Beschlagnahme der deutschen Handelsschiffe in Portugal für England und seine Verbündeten zu einer ernststen Schwierigkeit. Die Waffen, die England gegen seine Feinde gebraucht, verwunden jetzt das britische Volk, das den Druck der Feuerung bereits schwer empfindet.

Der Milchkrieg gegen Kinder.

Die Vorbeeren des Lords Robert Cecil.

Wien, 28. März.

Der Vertreter des Staates Ohio im amerikanischen Repräsentantenhause, Emerson, hat einen Antrag gestellt wegen Erleichterung der Milchausfuhr, um den kleinen Kindern in Deutschland zu helfen. Der englische Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Lord Robert Cecil war darüber sehr ungehalten und warf den Amerikanern vor, daß sie nicht wüßten, wem ihre Sympathien gehören. Emerson antwortete, daß es sich zunächst darum handle, dafür zu sorgen, daß kleine Kinder nicht aus Milchmangel um ihr Leben kommen. Lord Robert Cecil war jedoch nicht damit einverstanden. England will, daß die kleinen Kinder in Deutschland durch Mangel an Milch sterben. Der Triumphbogen des Sieges soll über den Leichen von Kindern sich erheben. Wie unglaublich ist die Verwegenheit und welche Stirne gehört dazu, daß solche Leute in ihren Reden sich herausnehmen, zu behaupten, sie kämpfen für die Menschlichkeit gegen Barbarei.

Empfang der Huldigungsdeputation aus Bosnien und der Herzegowina durch den Kaiser.

Wien, 28. März.

Der Kaiser empfing heute um 11 Uhr vormittags im Schlosse zu Schönbrunn eine zahlreiche Abordnung aus allen Schichten der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina, welche unter Führung des Landeshefs G. d. J. v. Sar-

29. III. 1916

Zurück, 29. März.

Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.

Redaktion und Administration:

 Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.
 Telefon: Redaktion 26-09. Administration 26-10, 23-31.

Eine bosnisch-herzegowinische Schuldigung.

Unser greiser Monarch, der mit beispielloser Frische die Last von achteinhalb Jahrzehnten trägt und sich trotz seines hohen Alters keinem Empfange entzieht, Jedem Gehör gibt, jeden Minister zur Berichterstattung über die Angelegenheiten seines Ressorts zum Vortrag befiehlt, jede Nachricht vom Kriegsschauplatz prüft, stinnend über allen Karten und Plänen sitzt, hat nun die stolze Freude gehabt, im Audienzsaal zu Schönbrunn auch eine Schuldigungsdeputation aus Bosnien und der Herzegowina zu begrüßen. Bosnien und Herzegowina war schon vor dem Kriege, ja vor der Annexion ein Land, das mit Oesterreich-Ungarn aufs innigste und untrennbar verbunden war. In den Jahrzehnten der Okkupation haben wir für dieses Land Opfer gebracht, die durch keine materiellen Werthe hätten wiedererstattet werden können; Opfer, wie man sie nur für ein Land bringt, von dem man weiß, daß es ein untrennbarer Theil des großen Ganzen ist. Die Umwandlung der Okkupation in eine Annexion war nur eine Formalität, die Befestigung eines schon bestehenden Verhältnisses, an dessen Lösung Niemand auch nur einen Moment lang ernstlich denken konnte.

Auch die Bewohner Bosniens und der Herzegowina dachten nicht daran. Ihnen war ja am wohlsten unter dem Regime unserer Monarchie. Für sie bedeutete dieses Regime eine nie zuvor geahnte Ordnung und Gesezlichkeit, Freiheit und Gleichheit, und als ihnen nach der Zeit der Vorbereitungen und Prüfungen ihr eigener Landtag gegeben worden war, da blieb ihnen wirklich nicht viel mehr zu wünschen übrig. Und doch sollte dieses Land eine der Ursachen des Weltkrieges werden. Gewiß, der Weltkrieg war auf dem Wege, und eines Tages wäre er gekommen auch ohne Bosnien, auch ohne das Attentat von Sarajevo. Denn die Feinde und Reider Oester-

Die bosnisch-herzegovinisches Deputation in Budapest.

Budapest, 30. März.

Die „Budapester Korrespondenz“ meldet:

Die hier weilenden Mitglieder der bosnisch-herzegovinisches Huldigungsdeputation waren heute mittag Gäste des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza, der zu ihren Ehren im Weißen Saale des „Hotel Hungaria“ ein Dejeuner veranstaltete.

Den ersten Trinkspruch brachte Ministerpräsident Graf Stefan Tisza auf das Wohl Sr. Majestät aus. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Sitzen und laute Zivio- und Ejen-Rufe ertönten, als der Ministerpräsident den König hochleben ließ.

„Gestatten Sie nun, meine Herren,“ fuhr Graf Tisza fort, „daß ich Ihnen noch ein paar Worte des Dankes und der Freundschaft sage. Ich bitte Sie, versichert zu sein, daß die alten Fäden, welche Ungarn mit Bosnien verbunden haben, aus den Traditionen und den Herzen der Ungarn nicht verschwunden sind. Wir werden stets die Aufgabefühlen, den Ländern Bosnien und Herzegovina in deren Streben nach einer schöneren, besseren Zukunft zur Seite zu stehen und uns mit einem gewissen Stolz der Erfüllung dieser Aufgabe befleißigen. (Beifall.) Ich erhebe mein Glas auf die aufrichtige Freundschaft, auf das feste Zusammenhalten, auf das gemeinsame Wohl und auf das Gedeihen der Völker Bosniens und der Herzegovina. (Lebhafte Zivio- und Ejen-Rufe.)

Landeschef G. d. S. Stefan Sarkotics antwortete hierauf wie folgt:

„Gw. Erzellenz! Es fehlen mir die Worte, um unserer innigsten Dankbarkeit für Gw. Erzellenz gnädigste Begrüßung und die uns gewährte liebevolle Aufnahme Ausdruck zu verleihen. Wir können nicht umhin, in dem heute empfangenen Beweise Herzlichkeit und freundschaftlicher Gewogenheit eine weitere Gewähr für die unserer engeren Heimat unter der väterlichen Hand unseres allgeliebten Herrschers gesicherte Zukunft zu erblicken. Tief bewegt gedenken wir der von Sr. Majestät der bosnisch-herzegovinisches Huldigungsdeputation allergnädigst gemieteten zuversichtsvollen Worte und sehen — eines siegreichen Ausgangs unseres großen gemeinschaftlichen Ringens gewiß — den weiteren, für die Erreichung dieses hehren Zieles noch zu bringenden Opfern mutig und standhaft entgegen.“

„Indem ich die ergebenste Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen mir erlaube, daß uns in diesem großen Beginnen auch weiterhin die gütige Fürsorge Gw. Erzellenz und der königlich ungarischen Regierung nicht ermangeln wird, bitte ich die hochverehrten Anwesenden mit mir in den Ruf einzustimmen: Gw. Erzellenz der Herr königlich ungarische Ministerpräsident Graf Tisza lebe hoch! (Begeisterte Zivio- und Ejen-Rufe.)“

Sodann richtete unter lebhaftem Interesse Graf Karl Rhuen-Héderváry an die Mitglieder der Deputation in deren Muttersprache einige Worte der Begrüßung. In der Ehrung, welche die Deputation durch ihr Erscheinen beim ungarischen Ministerpräsidenten diesem zuteil werden lassen, habe sie zugleich auch ihrer Ehrerbietung für die unter der Krone des heiligen Stefan stehenden Länder Ausdruck verliehen. Hiefür wissen wir ihr umso mehr Dank, als sie ja gerade von Sr. Majestät dem Herrscher gekommen, dem sie ihre Huldigung bezeugt habe und unter dessen Zepher wir alle leben und dem wir namentlich in diesem Weltkriege alle bewiesen haben, daß wir die Interessen des Vaterlandes, wenn es sein muß, auch mit unserem Blute verteidigen können. Dieses Blut, das unsere Söhne geopfert haben, wird uns im Leben am festesten einengen, und wie dies bisher auf den Kampfplätzen zum Ausdruck gelangt, so wird es wohl auch zur Friedenszeit in der Kulturarbeit zum Wohlstande der Nationen führen. Darcin setze ich umso mehr Vertrauen, da uns schon in alten Zeiten unter der Herrschaft unserer nationalen Könige so manches Band mit Bosnien verbunden hat. Der mächtigste unserer nationalen Könige, König Matthias, den Beschützer der Schwachen, war nicht minder als in Ungarn selbst durch die Vieder der Gussaren in Bosnien volkstümlich geworden. Eine so ideale seelische Gemeinschaft werde wohl auch in der Zukunft die schönsten Früchte zur Reife bringen. Gott segne die Völker Bosniens und der Herzegovina. (Stürmische Zivio- und Ejen-Rufe.)

Die Gesellschaft blieb beim gemeinsamen Male noch lange in angeregter Stimmung beisammen.

Am Abend begaben sich die Mitglieder der Deputation in die königliche Oper, wo sie vom Direktor Urel Kern empfangen wurden. Nach der Aufführung der Erfolschen Nationaloper „Gumjadi László“ veransta-

tete die Haupt- und Residenzstadt Budapest im „Donaupalast-Hotel“ ein Festmahl.

Hier begrüßte Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy die Gäste mit folgenden Worten:

„Sehr geehrte Herren! Im Namen der Stadt Budapest begrüße ich Sie mit der Wärme des brüderlichen Gesühls, mit der Ergriffenheit, die eine Begegnung in diesen schicksalsschweren Zeiten erweckt. Die Fäden, die sich seit fernem geschichtlichen Zeiten um unsere Grenzen immer und immer wieder geschlungen, haben sich im Laufe dieser Geschichte zu unlöslichen Bänden verdichtet. Die Huldigung, die Treue, mit der Sie vor den Thron unseres Herrschers getreten sind, ist dieselbe heilige Kraft, mit welcher auch wir unseren gekrönten König umgeben. Der unererschütterliche Heldennut, der aufopferungsvolle Patriotismus, mit dem Sie inmitten des jetzigen Weltkampfes standgehalten für sich und für uns alle, ist ein wertvoller Teil jener moralischen Macht, mit welcher die österreichisch-ungarische Monarchie, mit welcher deren Staaten und Nationen sich selbst neue Bedeutung geschaffen haben. Seien Sie versichert der aufrichtigsten Geneigtheit, des wahrsten Verstehens der ungarischen Gesellschaft, des ungarischen Bürgertums und der ungarischen Intellektuellen. Seien Sie überzeugt davon, daß wir keine schöneren Blüten und keine süßeren Früchte des ungarischen Blutes wünschen, das einst Ihren Boden getränkt hat und jetzt gemeinsam mit dem teuren Blute Ihrer Söhne und Brüder vergossen wird, als Ihre Erstarbung, Ihr Gedeihen, Ihr Wohlergehen in der Gemeinsamkeit des Lebens und Wohlergehens mit uns. Glanz alter Herrlichkeit und Großartigkeit der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung, Seidenfäden der Sympathien und Eisenstränge der Eisenbahnen, freundschaftliche Gewogenheit und weltpolitische Notwendigkeit verbinden uns in gleicher Weise. Und ebenso wie wir Sie als unsere Festung und Brücke nach dem Osten zu fühlen, sind auch Ihre Festung und Brücke nach dem Westen. Jetzt in dem furchtbaren, doch großartigen Kampfe der Selbstverteidigung, später, in besserer Zukunft, in dem noch großartigeren Wettkampf der Arbeit und der Kulturbestrebungen ist unsere Brüderschaft und Schicksalsgemeinschaft ein Mittel und eine Bürgschaft des Besserwerdens der Menschheit. Nach althergebrachter magharischer Sitte mein Glas erhebend, lasse ich hochleben die Vertreter Bosniens und der Herzegovina, unseren König, unsere in seiner erhabenen Person vertretene Brüderlichkeit, unseren Patriotismus und unser patriotisches Gedeihen.“

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Bürgermeisters führte G. d. S. v. Sarkotics folgendes aus:

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Tief gerührt durch den überaus herzlichen Empfang, der uns in der herrlichen Haupt- und Residenzstadt Budapest mit einer wahrhaft ungarischen Gastfreundschaft zuteil geworden, bitte ich, unseren innigen Dank entgegennehmen und der üblichen Stadtvortreibung verdolmetschen zu wollen. Der Zustimmung der ganzen bosnisch-herzegovinisches Huldigungsdeputation gewiß, erlaube ich mir, der Versicherung Ausdruck zu geben, daß die bereits bei früheren glücklichen Anlässen zwischen der schönen Metropole des ruhmreichen ungarischen Staates und unserer Landeshauptstadt geknüpften Bande persönlicher herzlicher Sympathie durch den heutigen Aufenthalt in Ihrer Mitte nun noch eine weitere Festigung erfahren werden. Wir alle, namentlich jedoch die in unseren Reihen anwesenden Repräsentanten unserer städtischen Autonomie, waren heute in der Lage, den riesenhaften Aufschwung, die einzig dastehende Entwicklung und die vorbildlichen Einrichtungen Ihrer schönen Haupt- und Residenzstadt kennen und bewundern zu lernen.

Ich kam nicht umhin, im Namen der ganzen Deputation, der Metropole, deren hochherzige Vertretung und Bevölkerung uns eine derart gastfreundliche Aufnahme gewährt, ein ihrer großen Vergantheit würdiges ferneres und ununterbrochenes Ausblühen zu wünschen, und bitte Sie, meine Herren, Ihr Glas auf das Wohl der Haupt- und Residenzstadt Budapest und auf das Wohl ihres hochverdienten Bürgermeisters Herrn v. Bárczy zu erheben.

Die Worte des Landeschefs wurden mit lebhaftem Zustimmungskundgebungen aufgenommen und die Gesellschaft blieb bis Mitternacht beisammen.

Krieg sie bedeutet, in Tagen ernster Gewissensforschungen und Vorsätze auch auf volkswirtschaftlichem Gebiet, ist es notwendig, sich solcher Schäden und Schatten der Freiwirtschaft lebhaft bewußt zu werden, um aus dem lebhaften Bewußtsein zu entsprechenden Forderungen und Programmen für das Wirtschaftsleben der Zukunft zu gelangen.

Neuzeitliche Freiwirtschaft, auf den bloßen Individualismus und den bloßen Gewinnstandpunkt eingestellt, entwickelte nicht nur grausamen Raubbau an den Menschen, sondern auch an der Natur. Die Bewirtschaftung von Wäldern und Bergwerken, von Erdquellen und Präriegeländen, die Ausnützung der Tierwelt: Jagd, Vogelfang und Viehschlachten wird vielerorts um des bloßen augenblicklichen Gewinnes einzelner willen so unrationell, so mörderisch ausschöpfend, so blutig grausam betrieben, daß spätere Zeiten mit neu erwachtem Kulturgefühl nur mit Entsetzen an die Barbareien des liberalen Wirtschaftssystems denken werden. Der Mensch ist zum Herrn über die Erde gesetzt; die Güter der Erde sollen Unterlagen und Hilfsmittel für sein Königreich der Kultur sein. Natürlich sollen die Güter der Erde auch menschlich, königlich benützt werden. Wo geerntet wird, soll wieder gesät werden; wo geschlachtet wird, soll der Nachwuchs gesichert sein; die Ausbeute von Bergwerken und Erdquellen soll die Bedürfnisse künftiger Generationen berücksichtigen. Rodungen von Wäldern sollen durch die Rücksicht auf die Erhaltung bestimmter Klimate gebunden sein. Solch vernünftig-menschliches, königliches Wirtschaften ist neueren Unternehmern fremd geworden. Sie wurden vielfach wahnwitzige Plünderer und Ausbeuter, „Türken“ größten Stils, die Verödung an ihre Fersen bannen.

Im letzten Halbjahrhundert wurde die Industrie riesenhaft entwickelt. Maßgebend waren nicht tatsächliche Bedürfnisse; die Bedürfnisse wurden vielmehr mit allen Mitteln der Reklame künstlich geschaffen, und Absatzgebiete zu sichern war eine Hauptaufgabe der Politik und Diplomatie. Die Industriebetriebe sind zum größten Teil aufgebaut auf die Ausnützung der Steinkohle, der Steinkohlenbergwerke. Etliche Zahlen illustrieren gut deren Verwaltung: England „produzierte“ zu Beginn des 18. Jahrhunderts etwa 2,5, zu Beginn des 19. Jahrhunderts 10 Millionen, 1860 85, 1890 etwa 184, 1913 292 Millionen Tonnen Steinkohlen; Deutschland gewann 1860 12,3, 1880 59,2, 1890 70,2, 1913 191 Millionen Tonnen. Nimmt die Ausschöpfung der Kohlenbergwerke in den bisherigen Hauptproduktionsländern einen Fortgang im Tempo der letzten Jahrzehnte, so werden über kurz oder lang die Kohlenerschöpfung erschöpft und damit wichtigste Grundlagen künftiger Industrien vernichtet sein. Ist solches Ausbeutesystem nicht sinnlos? Muß für die Zukunft nicht sparsame, häuslicherische Verwaltung der Erdenerschätze erzwungen werden? Eduard Fahn meint: „Wenn jemand an den Geldschrank geht und mit seinen Goldrollen seinen Mitmenschen Löcher in die Köpfe wirft, so steckt man den natürlich ins Irrenhaus. Wenn aber ein sogenannter vernünftiger Mensch aus sogenannten besseren Kreisen ein Bergwerk unter Bedingungen betreibt, die ihm freilich Gewinn sichern, die aber die Produktionsbedingungen der Zukunft ansichtslos machen, so ist das ein Verbrechen wider seine Nation.“

Auf dem Gebiete der Petroleumgewinnung hat gewinnlüstige Spekulation um augenblicklicher Konjunkturen willen in den letzten Jahrzehnten größten Raubbau getrieben. Im Interesse des möglichst einfachen und billigen Produktionsbetriebs wurde unsinnig

vergeudet und verschleudert, wurden wertvolle Nebenprodukte, zum Beispiel das Naturgas, das mit dem Petroleum der Erde entsteigt, einfach mißachtet, unbenutzt gelassen. Heute schon fließen wichtigste Petroleumquellen, zum Beispiel die in Pennsylvanien und Bakuspartlicher, viele sind bereits versiegt. Auch in Galizien wurde zeitweise nicht vernünftiger gewirtschaftet. Ein führender deutscher Wirtschaftspolitiker erklärte, er schlage für die galizische Petroleum-Montanindustrie den Ausdruck Nordbau vor; die reichen Schätze der Bodens würden hier in geradezu niederträchtiger Weise vergeudet; jede Hoffnung auf eine künftige, weitergehende Entwicklung der Industrie selbst werde dort totgeschlagen. — Das Streben nach möglichst rasch und viel Gewinn hat in vielen Kolonialländern, namentlich auch in Nordamerika, zu einer rücksichtslosen Ausbeutung der Humusdecke jungfräulicher Ländereien geführt. So verarmte der Prärieboden und oft blieb nur unfruchtbare Wildnis. Im Osten Nordamerikas ist der Grundbesitz bereits stark entwertet. — Von höchster Bedeutung in der Volkswirtschaft sind die Wälder. Nicht nur als Holzlieferanten, auch als Regulatoren des Klimas; als Schutzwehren von Wiesen und Feldern. Nichts scheint notwendiger als rationelle Forstwirtschaft, als Sparsamkeit in der Benützung der Waldbestände. Im Zeichen des Manchesterliberalismus geschieht das Gegenteil. So wie einst die Venetianer weite Karstgebiete abholzten und damit die Karstländer stellenweiser Verödung überantworteten, so werden im In- und Ausland Holzgebiete schonungslos ausgeplündert. Ludwig Kages konstatiert neuerdings: „Was der Reichsdeutsche Hochwald nennt, ist jung aufgeforstetes Stangenholz; der wirkliche Hochwald aber, der bei uns zur frommen Sage wurde, geht auf dem ganzen Erdball seinem Ende entgegen. Der zur Indianerzeit walddreichste aller Kontinente, Nordamerika, muß seinen Holzbedarf heute durch Einfuhr decken; und die einzig noch ausführenden Länder, Ungarn, Rußland, Skandinavien und Kanada werden bald ihres Ueberflusses ledig sein. (Die fortgeschrittenen Völker, im ganzen genommen, brauchen alljährlich rund 350.000 Tonnen Holz zur Papierbeschaffung, damit durchschnittlich alle zwei Minuten ein Buch und mindestens jede Minute eine Zeitung erscheine — so groß nämlich ungefähr ist die Erzeugung dieser Artikel im Umkreis der ‚Zivilisation‘. Man beweise uns die Notwendigkeit, daß die Menschheit mit Milliarden schlechter Zeitungen, Pamphlete und Kolportageromane überschwemmt werde; und wenn man es nicht kann, so ist die Rodung der Urwälder nackter Frevel.“) — In der Industrie der letzten Jahrzehnte spielte die Technik des Kautschuk, des Guttaperchas (Gummi) eine große Rolle. Die Ausplünderung der vorhandenen Pflanzenbestände, aus denen Gummi gewonnen wird, war so stark, daß diese Bestände, zum Beispiel in Afrika am Amazonasstrom, fast vollständig erschöpft sind, ohne daß vorher für entsprechende Neuanpflanzungen Sorge getragen wurde.

In der Ausnützung der Tierwelt ist neuzeitliche manchesterliberale Wirtschaft nicht vernünftiger und rücksichtsvoller, als in der Behandlung von Boden- und Pflanzenschätzen. Eine Reihe Tierarten, für die Entwicklung und Erhaltung der Volkswirtschaft gewisser Gebiete unentbehrlich, sind bereits ausgerottet; andere sind dem Aussterben nahe; die Ausnützung selber ist bisweilen so sinnlos und grausam, daß sie nicht durch Menschen, sondern durch Bestien betrieben zu werden scheint. Stellers Seeuhf von der Behringsinsel und die Elefantenrobbe des antarktischen

Raubbau im Zeichen der Freiwirtschaft.

Wien, 31. März.

Die Volkswirtschaft der neueren Zeit steht im Zeichen des Manchesterliberalismus. Sie ist Freiwirtschaft: Bodennutzung und Geldverwertung ist weitmöglichst der freien Willkür, dem freien Streben einzelner überlassen. Sicherlich hat die Freiwirtschaft großartige technische Erfolge und Triumphe gezeitigt; eine starke Güterproduktion in aller Welt und ein ungeahnter Güteraustausch aus allen Erdenwinkeln nach allen Erdgegenden wurde in ihrem Zeichen entwickelt. Aber sie zeitigte fast noch mehr Uebel. Es entbrannte ein grausamer Kampf aller gegen alle; es kamen die Rücksichtslosigkeiten der Stärkeren wider die Schwachen; es kam der grausame Raubbau nicht nur an den Menschen, auf den hier wiederholt hingewiesen wurde; es kam auch ein grausamer Raubbau an der Natur selbst; ein vernunftloses Ausbeuten der Schätze der Erde, um des bloßen augenblicklichen Gewinnes willen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse späterer Geschlechter. An einer großen Zeitenwende, wie der Welt-

die österreichische politische Gesellschaft

werden. Die Namen des Präsidenten und der Ausschussmitglieder lassen vorausahnen, daß es an einer solchen zielsicheren Leitung nicht fehlen wird. In ihrer Hand liegt das Schicksal der Neuschöpfung. Die Österreichische politische Gesellschaft kann zu einer regenerierenden Organisation des politischen Lebens emporwachsen, wenn ihre Leiter sowie ihre Anhänger, die neue Zeit begreifend, die geläuterte Volkstimmung ruhig erfassen und ihr, in Wort und Tat fest und charaktervoll Beistand leistend, zum völkereglückenden Sieg verhelfen.

Die gründende Versammlung.

Gestern erfolgte die Gründung der Österreichischen politischen Gesellschaft, deren Mitgliedschaft allen Persönlichkeiten zugänglich sein soll, von denen die Unterstützung und Förderung dieser Bestrebungen zu erwarten ist. In der Versammlung war eine große Anzahl der bisher angemeldeten Mitglieder aus akademischen und wirtschaftlichen Kreisen zugegen. Unter den Anwesenden bemerkte man unter andern: die Geheimen Räte v. Horowiz und Herrenhausmitglied Dr. Ruz, Sektionschef Riedl, die Abgeordneten Friedmann, v. Panz und Professor Redlich, die Hochschulprofessoren Freiherr v. Wieser, v. Wettstein, Höhenegg, Knöpfelmacher, Lorenz, Gersuny, Strache, v. Tschermak, Dozent v. Luthlen, die Gemeinderäte Professoren Klaudy und Lohner, die Industriellen Ingenieur Bettelheim, Clauer, Galnbigl, Heller, Koffmahn, Kraus, Meinl, Rannacher, Spohn, Herzfelder, Kirschy, Ingenieur Roth, die Oberbauärzte Selmer, Iais, Rat Themehl, Lederer, Generalsekretär Professor Dr. Rudolf Kobatsch, Dr. Walter Zweig, Dr. Stephan Zellner, Regierungsrat Fritsch, Architekt Kropf, Rammerrat Binzl, Chefredakteur Doktor Reichenauer, Landesgerichtsrat Pfannl, Staatsbahnrat Dr. Krakauer, Konsul Wassilievits, die Advokaten Dr. Norbert Burger, Dr. v. Gunesch, Dr. Grünbaum, Dr. Homann, Dr. Schopp, Dr. v. Sprung, Bankier Schwarz, Dr. Stolper, Bureauvorstand v. Pasla.

Zum Präsidenten der Gesellschaft wurde einstimmig Dekan der juristischen Fakultät Universitätsprofessor Hofrat Baron Wieser gewählt, in den Ausschuss Abgeordneter Friedmann, Ge-

heimrat v. Horowiz, Industrieller Rudolf Kraus, Architekt Kropf, Kommerzialrat Meinl, Abgeordneter v. Panz, Dr. v. Sprung, Universitätsprofessor Doktor v. Wettstein.

Baron Wieser ergriff das Wort zu folgenden Ausführungen: Der Name unserer Gesellschaft spricht ihr Programm unzweideutig aus. Sie will sich über die Parteienzerrüttung erheben, die infolge der nationalen Kämpfe über uns gekommen ist. Die Parteienzerrüttung hat zur Verwirrung unsres ganzen öffentlichen Lebens geführt, der § 14, ursprünglich dazu bestimmt, um als Notausgang für den äußersten Fall zu dienen, ist Jahre hindurch zum regelmäßigen Behelf geworden, den man als Dienstreppe im Staatsgebäude benützt hat, während die Bruckstiege des Parlaments unbenützt blieb oder nur zum Schein geöffnet wurde. Die Verwirrung unsres öffentlichen Lebens hat bei unsern Feinden den Glauben erweckt, daß es nur eines leisen Anstoßes bedürfte, um das Reich zu zertrümmern. Es ist aber anders gekommen, das Reich hat dem Sturm der russischen Millionenheere und dem des treulosen Italiens standgehalten. Die Völker, deren Söhne unerschütterlich wie der Fels unserer Berge ihre soldatische Pflicht getan, haben sich im Kriege als treue Staatsvölker erwiesen. Die Erkenntnis des Krieges, daß der Staat die oberste Volknotwendigkeit ist, wird im Frieden nicht verloren gehen, die Völker werden sich als treue Staatsparteien bewähren. Die Deutschösterreicher sind in dem, was sie für den Staat im Kriege getan haben, von keinem Volksstamm der Monarchie übertroffen worden, ja man darf sagen, daß bei Freund und Feind kein Volk für seinen Staat größere Hingebung bewiesen, größere Opfer gebracht hat. Im Deutschösterreicher ist das Deutsche und das Österreichische untrennbar verbunden; wie ihm Deutsch die Muttersprache ist, so ist ihm Österreich das Vaterland, das Land seiner Väter vom Urbeginn der österreichischen Geschichte, das Land, in welchem er sich mit allen Volksstämmen heimatisch verbunden fühlt, die guten österreichischen Willens sind, streng abweisend nur gegen diejenigen Gruppen, welche das Bekenntnis zum Staat nicht zweifellos ablegen. Indem die Österreichische politische Gesellschaft dieses Programm aufstellt, befindet sie sich im vollen Einklang mit der allgemeinen Volkstimmung, die sich durch die überlebten Formeln des Parteikampfes nicht weiter

Pester Llo

Ein frisch-fröhlicher Binnenkrieg, ein echt wienerischer freilich, ist mitten im Weltkriege in der österreichischen Kaiserstadt ausgebrochen. Was es sich um ein Turnier zweier lokaler Geschichtschreiber um etliche, gewiß nicht weltbewegende Fragen der Wiener Stadtgeschichte handelt, könnte die ungarische Öffentlichkeit, die ja dormalen mit ganz anderen, wirklich wichtigeren Problemen befaßt ist, an der ganzen Sache achlos vorübergehen und höchstens sich die Kurzweil eines so typisch urwienerischen „Wörtelns“ für geruhzamere Zeiten zurücklegen. Wenn der Herr von Voltelini ein Buch über die „Anfänge der Stadt Wien“ geschrieben und darin die Ansicht geäußert hat, die Fürsten und Kaiser hätten „die Blüte Wiens geknickt“ und damit wären „Bürgerstolz und Bürgerfynn erloschen“, so brauchen wir uns in der Tat durch solche Feststellung in keiner Weise aufregen zu lassen. Noch weniger freilich dadurch, daß der Herr von Kralik, der schon früher einmal der Welt eine Geschichte Wiens und Oesterreichs geschenkt, solche Meinung um nichts in der Welt gelten lassen will. Der Herr von Kralik ist nämlich ein sehr gemütlicher Mensch, aber mag seine Langmut und seine Wiener

Punkt gibt es, wo er keine Duldsamkeit kennen, wo er keinen Pardon geben darf. Das ist der Punkt, wo die Gottlosigkeit einsetzt, die zu untersuchen wagt, ob Wien wirklich, wie der Herr von Kralik verkündet, alles der Fürstengunst zu danken, oder ob nicht an dem Werdeprozeß der prächtigen österreichischen Metropole in einem oder dem anderen Stücke auch noch vielleicht irgendein anderer Faktor mitgetan hat. Solcher Keßerei nun hat sich eben der Herr von Voltelini schuldig gemacht. Foglich zitiert ihn der Herr von Kralik vor das Keßengericht. Er tat es, wie er in der Sonntagsnummer der Wiener „Reichspost“ beichtet, unter unwiderstehlichem Seelenzwang. Der Frebel des Herrn von Voltelini hat den Herrn von Kralik aufs tieffte empört. Worin dieser Frebel besteht? Der Herr von Kralik sagt es ohne viel Umschweife rund heraus: — „in einem ähnlichen rechtlichen Irrtum wie Brutus gegenüber Caesar, natürlich abgesehen vom Tyrannenmorde“.

Na, wenn den Herrn von Voltelini vom Brutus die Kleinigkeit trennt, daß er sich den Tyrannenmord erlassen hat, dann wird er wohl noch kein so gefährlicher Missetäter sein, — wird vielleicht mancher in unverzeihlicher Milde zu urteilen geneigt sein. Aber der Herr von Kralik ist anderer Meinung, muß anderer Meinung sein. Er muß, wie er versichert, „auch etwas herbe werden“, wenn einer sich vermiszt, die Ehre Wiens, die seiner Obhut anvertraut ist, anzutasten. Nein, ruft er in heiliger Leidenschaft, nein und tausendmal nein: nicht aus sich selbst heraus, noch durch die mannigfachen Triebkräfte einer vielhundertjährigen historischen Entwicklung ist Wien zu dem, was es heute ist, geworden, sondern durch Fürstengunst und Kaisergnade, und wer anders spricht, ist ein Brutus, „natürlich abgesehen vom Tyrannenmorde“! Dächte er anders, der Herr von Kralik, er müßte sein Lebenswerk verleugnen. Hat er nicht „seine“ Geschichte Wiens und Oesterreichs geschrieben, „weil es ihn schmerzte, daß, was als solche galt, mehr oder weniger einer Geschichtsverrenkung gleichkam?“ Wie man sieht, ist der Herr von Kralik der Orthopäde, der sich berufen fühlt, die von anderen verrenkten Glieder der Geschichte Wiens und Oesterreichs wieder einzurenken.

Das ist nun der Punkt, der auch die ungarische Öffentlichkeit dazu anregen kann, mitten in dieser schauerlich-blutigen Zeit auf den schnurrigen Hahnenkampf zwischen dem Herrn von Voltelini und dem Herrn von Kralik einen flüchtigen Seitenblick zu werfen. Denn an diesem Punkte zieht der Herr von Kralik ein bißchen auch uns in das Spiel. Während er mit seinem Widerpart sich über den Werdegang Wiens und dessen historische Bedingungen heftig gestikulierend auseinandersetzt, bekommt plötzlich — man weiß nicht recht, wie — auch Ungarn von ihm einen ungestümen Rippenstoß ab. Der Gedanke, daß Wien auch nach diesem Weltkriege nicht in genügendem Maße das aufbringen wird, was er „Verständnis für Wiens Stellung, für Wiens Sendung, für die geschichtlichen, staatsrechtlichen und stadtrechtlichen Aufgaben Wiens“ nennt, macht Herrn von Kralik noch aufgeregter als früher; schon sieht er eine düstere Zukunft vor sich, in der „Wien selber ahnungslos die Grundlagen seiner Größe untergräbt“, und dann, ruft er schmerzbezeugt aus, „dann sind alle Siege umsonst, umsonst das Blut, das geflossen ist, umsonst die nicht genug zu würdiggende Arbeit der Staatsmänner und Heerführer“. Da wird der Herr von Kralik natürlich suchswild, und mit Stentorsstimme ruft er aus: „Das darf und wird nicht sein!“ Und in seinem heiligen Zorn entföhrt ihm eine historische Enthüllung, und just diese Enthüllung ist es, durch die er Ungarn sozusagen an den Haaren in seinen Hader mit dem Herrn von Voltelini hineinzerrt. Ein „an erster Stelle stehender Staatsmann“ — wer mag das wohl sein? — hat nämlich dem Herrn von Kralik alte Schriften zur Benützung anvertraut, und in diesen alten Schriften findet sich die Enthüllung, daß im Jahre 1867 „die loyalen Ungarn selber geradezu bestürzt waren über die Fülle von unverlangten Zugeständnissen, die man ihnen noch draufgeben wollte“ und daß einer dieser freigebigen Oesterreicher, „den Namen der Pragmatischen Sanktion zum ersten Male hörend, fragte, ob damit etwa das Februarpatent gemeint sei.“ Fast scheint es, der ganze Zank mit dem Herrn von Voltelini sei vom Zaune gebrochen, um diese Enthüllung anbringen zu können. Daß die Enthüllung eine unsägliche Albernheit ist, die jeden auch nur halbwegs Geschichtskundigen zum Lachen reizt, sieht den Herrn von Kralik wenig an. Er sollte doch wissen, daß der Ausgleich Franz Deák in dem Augenblick, als der Krieg mit Preußen ausbrach, bereits nicht bloß in den wesentlichsten Richtlinien, sondern in allen seinen Einzelheiten von ungarischer Seite ausgearbeitet war und daß Franz Deák, nach Königgrätz vom Monarchen über Ungarns Haltung in der Ausgleichsfrage befragt, die Antwort gab, der Umstand, daß Oesterreich eine Schlacht verloren, habe den ungarischen Rechtsbesitz, um den es sich im Ausgleich handelt, um nichts gemehrt. Von unverlangten Zugeständnissen und namentlich von einer Fülle solcher Draufgaben war nie die Rede; hart war vor Ausbruch des preußischen Krieges um jede Silbe des Ausgleiches gerungen worden, und nach dem Kriege wurde einfach das Elaborat der Fünfundsechzig-Kommission des ungarischen Reichstages, das die Ergebnisse dieses oft bis zum Abbruch der Verhandlungen geschärften Feilschens als Vorschlag zusammenfaßte, ohne Aenderung unter die Gesetze inartikuliert. So entstand das Ausgleichswerk vom Jahre 1867. Wenn der Herr von Kralik aus Papieren, die man ihm zur Benützung anvertraut hat,

Reichspost.

Zurück zur Scholle!

Gedanken über die Landwirtschaft.

Wien, 19. April.

Das letzte Halbjahrhundert des Wirtschaftslebens steht im Zeichen des Industrialismus. Die Entwicklung von Technik und Verkehr, Kolonialgründungen und Missionen erschließen große Gebiete der Zivilisation und schaffen für die Produkte des Gewerbetreibenden, des industriellen Klein- und Großbetriebes Absatzmärkte von nie gesehenem Umfang. Die hohe Verzinsung des Anlagekapitals zieht den Kredit der Kapitalisten, den Wagemut der Unternehmer einseitig auf die Industrie bis zu völliger Vernachlässigung der Landwirtschaft. Wenn dort 10 bis 30% ige Verzinsung lockt, während Ackerbau bestenfalls 4% Rente abwirft, so ist Bevorzugung der Industrie natürlich in einer Zeit, wo materialistischer Liberalismus den Gewinnstandpunkt zum vornehmsten in der Volkswirtschaft erhebt, und wo er

die Freiheit und das Recht des Einzelnen den Bedürfnissen der Gesamtheit, den kulturell-sozialen Notwendigkeiten des Ganzen überordnet. So gibt es im letzten Halbjahrhundert eine Entwicklung der Industrie bis zum Uebermaß, bis zur Ueberproduktion, bis zur Erschöpfung gegenwärtiger und künftiger Absatzmöglichkeiten; die Landwirtschaft aber, das Rückgrat der Volkswirtschaft jeden Landes, die Grundlage der Selbständigkeit jeden Staates, der Jungbrunnen von Volksgeundheit und Kultur wird mißachtet, einem gewissen Verfall anheimgegeben. Liberale Gesetzgebung begünstigt einseitig Industrie und Handel, setzt den heimischen Ackerbau zu sehr ausländischer Konkurrenz aus, gibt dem Großkapital mit seiner Mobilisierung der unbeweglichen Güter, mit seiner Erniedrigung von Grund und Boden zum Spekulationsgegenstand, mit seiner Bewucherung der Bauern, mit dem organisierten Raub in Getreide-, Obst- und Viehhandel, allzuviel Spielraum.

Die Folge ist der Niedergang des Bauerntums. Er ist am vollständigsten in England. Dort wurde der Landwirt schlechthin dem Industriellen geopfert; England wurde zur großen Fabrik, zum großen Geschäftskontor gemacht, das dem Auslande Waren liefert und von diesem dagegen Lebensmittel eintauscht. Nur etwa 8% der englischen Bevölkerung treibt noch Landwirtschaft. Ganze Provinzen sind in Jagdgründe, Wildparks, bloße Weidegründe umgewandelt worden, in luxuriöse, aber wirtschaftlich unproduktive Landschaften für die Lords, Industriellen und Händler der Städte. In Irland klagten die Armen: „Der Herr sorgt, daß sich Hirsch und Ochse mästen, statt auszutrocknen seine Boggis, Ihr kennt sie ja, Irlands Moräste! Er läßt den Boden nutzlos ruhen, drauf Halm an Halm sich wiegen könnte. Er läßt ihn schnödd dem Wasserhuhn, dem Ribiz und der wilden Ente. Ja doch, bei Gottes Fluche — Sumpf und Wildnis vier Millionen Acres“. Soweit die englischen Grundbesitzer, speziell die großen, eigentliche Landwirtschaft betreiben, geschieht es in rein kapitalistischer Weise: unter Raubbau gegenüber der Natur, dem Boden, der übermäßig ausgeschöpft wird; unter Raubbau gegenüber den Menschen: im Interesse der billigsten Produktion werden stabile Dienstboten möglichst vermieden; Saat und Ernte erfolgen durch Trupps von Akkordarbeitern, die sogenannten Gangs, welche auf Monate zur Arbeit erscheinen und dann wieder verschwinden. So gibt es in England keine blühende Bauernbevölkerung mehr; an der Stelle großer reicher Bauernhöfe finden sich einsame Niesengüter mit nur wenigen Bedienten, Gärtnern, Wildhütern und ab und zu Schafhirten. Wie es Henry George ausdrückt: „Der englische Bauer, das tapfere Geschlecht, welches Crecy, Poitiers und Agincourt gewann, ist erloschen wie das Mastodon. Der schottische Clansmann, dessen Rechte an dem Boden seiner heimlichen Berge im Mittelalter ebenso unbestritten waren wie die seiner Häuptlinge, ist vertrieben worden, um für die Schafherden oder Hirschrudel der Nachkommen jener Häuptlinge Platz zu machen; das Stammes- und Miteigentumsrecht des Irlands ist in eine beliebig kündbare Pachtung verwandelt worden. Dreißigtausend Menschen haben die gesellschaftliche Macht, die ganze Bevölkerung aus fünf Sechsteln der britischen Inseln zu verreiben, und die ungeheure Mehrheit des britischen Volkes hat kein Recht an das Vaterland, außer an den Straßen zu gehen oder auf den Eisenbahnen zu reisen.“

Auch in andern Ländern brachte einseitiges Vorbringen des Industrialismus, seine Bevorzugung durch

Bezugspreise:
 bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien: K 3.70
 monatlich 11.—
 vierteljährlich 22.—
 halbjährlich 42.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandführung K 16.—
 und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzustellungsliste.
 Länder des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandführung K 22.—
 und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzustellungsliste.

Oesterreich-Ungarns.

16 XXIII. Jahrgang

Ingriffe vor Verdun Al di Lana.

die Gesetzgebung, brachte das System der freien Selbstwirtschaft ungeheure Schädigung und Beeinträchtigung der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft leidet an Rentabilität, an Mangel an entsprechenden Krediten für Rodungen, Meliorationen, leidet an der Bewucherung durch das Großkapital, leidet an wachsender Verschuldung. Gustav Schmoller klagte schon vor 30 Jahren, wenn der Prozeß der Verschuldungsverhältnisse des deutschen Bauernstandes ungehindert fortschreite wie zur Blütezeit des Liberalismus, so ständen wir jedenfalls in 50 bis 100 Jahren vor der vollständigen Enteignung des Bauernstandes in Deutschland. So waren denn schon 1895 nur mehr 35% der Bevölkerung Deutschlands in der Landwirtschaft tätig, während 1841 der landwirtschaftstreibende Volksteil noch 61% der Gesamtbevölkerung ausmachte.

In Oesterreich zeigt sich ein ähnlicher Rückgang des Bauerntums. Kofegger hat in seinem Roman „Jakob der Letzte“ die Verdrängung der steiermärkischen Alpenbauern von der Scholle der Väter geschildert. Für die Lage der österreichischen Landwirtschaft ist bezeichnend, daß seit Jahrzehnten jährlich etwa 10.000 Bauernhöfe versteigert werden und 100.000 Menschen zur Auswanderung gezwungen sind. So ist der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion leicht begreiflich. Unlängst konstatierte zum Beispiel Philippovich in einer Buchbesprechung, der Bestand von Rindern sei in der Monarchie von 1900 auf 1910 um 250.561 Stück zurückgegangen; die Ausfuhr, die früher über 100.000 Stück im Jahre betragen, habe sich in Einfuhr umgewandelt. Ungarn zeigt eine ähnliche Entwicklung. Es mehrt sich dort der Latifundienbesitz, mit Parks, Jagdgehegen usw. bloßen Luxuszielen dienend, oder bürokratisch ungenügend verwaltet, oder nach Methoden kapitalistischen Raubbaus umgetrieben. Der breite Bauernstand, abhängig, bewuchert, verschuldet, läßt eine steigende Zahl von Mitgliedern ins besitzlose Proletariat herabgleiten. Nach einer neuesten Statistik sind von 1870 bis 1890 118.235 selbständige Besitzungen verschwunden, erhielten jedjährlich etwa 350.000 bis 450.000 Güter neue Besitzer, erlagen seit den Neunzigerjahren jährlich etwa 20.000 Güter der gerichtlichen Versteigerung, wurde die Schuldenlast des ungarischen Gutsbesitzes jährlich um 350 bis 400 Millionen gemehrt, und sind jährlich mehr als 100.000 Bauern zur Auswanderung aus Ungarn gezwungen, weil dort für sie kein Lebensunterhalt.

Nun kam der Weltkrieg. Als Wendepunkt, der eine große Rückschau nahelegt; als Heimsuchung, die zu Geistesforschung und heiligen Vorsätzen mahnt. An der Wende zurückschauend erkennen wir, wie der europäische Industrialismus nach Ueberreitung eines gewissen Höhepunktes wieder zurückgehen muß, da der Weltmarkt schwer zu erweitern, andererseits der großgezogene außereuropäische Industrialismus immer größere Konkurrenz bereiten muß. Aus den Offenbarungen des Weltkrieges ersehen wir, wie verhängnisvoll der bloße Gewinnstandpunkt im Wirtschaftsleben, mit wie vielen Gefahren und Krisen der Welthandel, die Grundlage unseres Industrialismus, verbunden ist. Wir erkennen, wie sehr die Existenzfähigkeit und Unabhängigkeit eines Staates sich auf die Möglichkeit der Selbsternährung, auf die Landwirtschaft aufbaut. Wir erkennen wieder, daß Kultur das Wichtigste für ein Volk, daß die moralischen Kräfte die stärksten einer Nation,

Reichskonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Vom 25. bis 28. März fand im großen Saale des Eisenbahnerheims in Wien die zweite Kriegstagung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich statt. Sie wurde ebenso wie die erste Reichskonferenz im Mai 1915 einberufen, um eine vertrauliche Aussprache über die Fragen und Aufgaben, vor die der Krieg die Partei gestellt hat, zu ermöglichen. Diesmal wurde der Rahmen der Einzeladenden noch mehr erweitert als das erstemal, so daß alle, die nach dem Organisationsstatut berechtigt sind, an Parteitagen teilzunehmen, Zutritt erhalten konnten. Die Konferenz zählte im ganzen 246 Teilnehmer. Von ihnen waren 97 Vertreter der politischen Organisation, 11 Vertreter der Parteipresse, 57 Vertreter der Zentralverbände und Fachblätter, 35 Vertreterinnen von Frauenorganisationen. Die Parteivertretung war durch 18 Mitglieder vertreten, der Klub der Reichsratsabgeordneten durch 33 Mitglieder. Von den Anwesenden waren 157 aus Wien, 27 aus Niederösterreich, 5 aus Oberösterreich, 3 aus Salzburg, 13 aus Steiermark, 2 aus Tirol, 27 aus Böhmen, 8 aus Mähren, 3 aus Schlesien und 1 aus der Bukowina. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz des Präsidiums des Parteivorstandes statt. Der nachfolgende Bericht ist naturgemäß nur ein kurzer Auszug aus den eingehenden Referaten und Debatten, wie er vom Parteivorstand beschlossen wurde. Darüber hinaus ist der vertrauliche Charakter der Verhandlungen von jedem Parteigenossen zu wahren.

Vorsitzender Seitz gedenkt vor allem der im letzten Jahre hängengeschiedenen Genossen, deren, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind, wie auch derer, die nicht als Kriegsoffer zu Grabe getragen wurden. Er gedenkt insbesondere der Genossen *Winarstky, Walecka, Weiguny, Wistrcil, Kohn, Sacherer, Peretti, Horvatek* und der Verluste, die die ganze Internationale durch den Tod von *Keir Hardie, Bailliant* und *Bandersmissen* erlitten hat. Den

Bericht über die Parteitätigkeit

erstattet *Skarek*. Er gibt ein umfangreiches Bild des Wirkens des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten seit Beginn des Krieges. Er erläutert das im gedruckten Bericht des Parteivorstandes vorliegende statistische Material und verweist für die einzelnen Fragen auf die vom Parteivorstand in Aussicht genommenen Publikationen. Als erste von diesen erhalten die Delegierten einen sechshundfünfzig Seiten starken Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten zur Ernährungsfrage. *Skarek* schildert alle Phasen des Kampfes um die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, deren letzte, die das Ziel hat, die Kinder unter acht Jahren den Erwachsenen gleichzustellen, leider noch nicht mit Erfolg abgeschlossen ist. Eine besondere Aufmerksamkeit mußte den Verhältnissen der Kriegsdienstleister

zugewendet werden. Es gelang der Partei in weitem Umfang, die Erfolge früherer gewerkschaftlicher Kämpfe auch in der Kriegszeit zu erhalten. Der Stand der Organisation ist, wie selbstverständlich, in keiner Weise befriedigend. Der Militärdienst und der Kriegsdienst haben große Lücken gerissen. Dennoch wäre es möglich, die Organisationen auch unter den heutigen Verhältnissen auf eine höhere Stufe zu bringen. Ein Beweis hierfür sind die Erfolge der Frauenorganisation in Niederösterreich. Es gibt aber leider Arbeiter, deren Einkünfte in der Kriegsindustrie bedeutend gewachsen sind und die dennoch nicht bereit sind, während des Krieges ihre Beiträge zu zahlen. Wesentlich günstiger ist der Stand der Parteipresse. Es ist gelungen, im Durchschnitt 62 Prozent der Friedensausgabe der politischen Blätter zu erhalten. Die Majore wird auch heuer leider wieder als Kriegsmajore abgehalten werden müssen. Die Partei hat die Aufgabe, die sie sich in ihrem ersten Manifest bei Kriegsausbruch gestellt hat, die Organisationen aufrecht zu erhalten, auch bester Möglichkeit erfüllt. Sie muß auch weiter arbeiten, um, wie es in jenem Manifest hieß, in dem neuen Oesterreich, als der Krieg schaffen wird, in dem die Kampfbedingungen wesentlich verändert sein werden, gerüstet zu sein, um die schwereren Aufgaben, die dann zu erfüllen sein werden, als überwindliche Organisation zu leisten.

In der Debatte beschäftigt sich *Scharing* (Nürnberg) mit dem Abgang der Organisationen. Man müsse das

Interesse der Genossen auch durch eine regere geistige Tätigkeit in den Vereinen heben. In der Parteipresse sollte ausführlicher über die Vorgänge in der Partei in Deutschland berichtet werden. Dieser Mangel mache sich namentlich in den Grenzgebieten fühlbar. Gemäß dem Antrag *Sackenbergs* (Brünn) wird folgende Resolution beschloffen; die Annahme erfolgt einstimmig:

Die Reichskonferenz nimmt den Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der Abgeordneten genehmigend zur Kenntnis. Sie beauftragt beide Körperschaften, ihre Aktionen unermüdet fortzusetzen, insbesondere fordert sie energische Maßnahmen:

1. gegen die Teuerung aller Lebensmittel und gegen die mangelhafte Organisation der Volksernährung;
2. zur Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, insbesondere durch Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren mit den Erwachsenen;
3. zur Erhaltung der früheren Erfolge gewerkschaftlicher Kämpfe

Die Reichskonferenz macht es allen Landes-, Kreis- und Bezirksvertrauensmännern zur Pflicht, ihre ganze Kraft für die Erhaltung und für den Ausbau der Parteiorganisation einzusetzen und unermüdet für die Verbreitung der Parteipresse tätig zu sein. Die sozialdemokratische Werbe- und Aufklärungsarbeit muß auch in der schweren Zeit des Krieges mit aller Energie fortgesetzt werden.

Es wird zur Verhandlung des zweiten Punktes:

Sozialversicherung und Kriegsfürsorge

übergegangen.

Das Referat erstattet *Matthias Ebersch*: er führt an: Es ist eine unabwendbare Pflicht der Regierung, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die furchtbaren Schäden, die der Krieg der Volksgesundheit zugefügt hat, zu heilen oder zum mindesten deren erschreckende Wirkungen abzuschwächen. Menschenleben sind das kostbarste Gut des Staates und es muß daher mit allen Mitteln für deren Erhaltung und Kräftigung gesorgt werden. Eine weitestgehende Aktion der Volkspflege ist ungesäumt einzuleiten. Diese Aktion kann sich nur auf die Institutionen der Sozialversicherung stützen, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel zweckmäßig und ökonomisch verwendet werden. Es ist aber hiezu auch erforderlich, unverzüglich eine Reform der Sozialversicherung in die Wege zu leiten, damit diese Institution den großen Aufgaben, die ihr bei dem notwendigen Wiederaufbau der Bevölkerung zufallen, gewachsen ist. Die Zerspaltung in der Organisation der Krankenversicherung muß beseitigt, mindestens jedoch durch die Auflösung der kleinen Klassen und die Vereinigung der bestehenden in territoriale Verbände in ihrer schädlichen Wirkung abgeschwächt werden. Die materiellen Leistungen aller Versicherungsinstitute müssen den geänderten Teuerungsverhältnissen entsprechend erhöht werden. Nicht länger verzögert darf die Einführung der Invalidenversicherung werden, die von den wechselnden Regierungen schon durch zwei Jahrzehnte versprochen wird. Die Arbeiter, die aus den Schützengräben kommen, und jene, die im Hinterland während des Krieges durch Ueberarbeit und Unterernährung ihre Gesundheit gefährden, müssen von der breunenden Sorge nach ihrem Schicksal im Falle des Alters und der Invalidität einigermassen befreit werden. Der Bettel der Armenversorgung darf nicht die alleinige Erhaltungsquelle der Greise und Krüppel bleiben. Alle Institute zur Heilung und Nachbehandlung der Kriegskrüppel und Kriegsbeschädigten können von der Invalidenversicherung übernommen werden und später für ihre eigenen Heilzwecke Verwendung finden. Die Fürsorge für die an ihrer Gesundheit geschädigten Krieger, für die Witwen und Waisen der Gefallenen ist Ehrenpflicht des Staates und darf nicht lediglich der privaten Wohltätigkeit überantwortet werden. Diese Fürsorge muß in finanzieller Beziehung ausreichend sein und den Unterhalt bieten zur Führung einer menschenwürdigen Existenz. Wir verlangen, daß die Krüppel, Witwen und Waisen dieses Krieges zum mindesten im gleichen Maße entschädigt werden wie die Opfer auf dem Schlachtfeld der Industrie. Wir erwarten von

der Regierung; daß sie unseren Forderungen Verständnis entgegenbringt und sich ihrer Verantwortung bewußt ist, die sie trägt für die Wiederherstellung der durch den Krieg verunstalteten Volksträfte.

In der Debatte stellt Müller (Steinarbeiter) fest, daß die kleineren Klassen die Angehörigenversicherung mehr pflegen als die großen Klassen. Eine brennende Frage sei die Arbeitslosenversicherung, die zu einer Zwangsversicherung ausgebaut werden soll. Thaller (Verband der Jugendlichen) fordert ausreichenden Jugendschutz. In der Kriegsindustrie werden viele Jugendliche als Hilfsarbeiter und zur Nachzeit verwendet. Die Kriegsarbeit verhindert Ausbildung, verursacht Ueberanstrengung und Verwahrlosung. Die Kriminalität der Jugendlichen ist sehr gestiegen. Seliger bespricht die Frage der Zwangsverbände. Man muß deren Einführung nur als Zweckmäßigkeitsfrage behandeln. Die freiwilligen Verbände haben mit wenigen Ausnahmen ihren Zweck nicht erfüllen können. Sie umfassen ein zu großes Gebiet, es müssen die Klassen kleinerer Gebiete zu Zwangsverbänden vereinigt werden. . . . Folgende Resolution wird zum Beschluß erhoben:

Unermehlich sind die Opfer an Leben und Gesundheit, die der Krieg den Völkern auferlegt hat. So schwer erträglich aber auch die Gegenwart ist, das künftige Schicksal der Massen bereitet noch schwerere Sorgen:

Zensur 12 Zeilen.

Nach dem Kriege werden sich die Kriegswirkungen noch mehr fühlbar machen, weil die Arbeitslosigkeit, die bei der Neuorientierung unserer Industrie zu befürchten ist, eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft herbeiführen wird.

Es muß daher eine umfassende und wirksame Hilfsaktion eingeleitet werden, die sich notwendig auf die Einrichtungen der Sozialversicherung stützen muß, deren Stand in Oesterreich leider ein völlig unzureichender ist, weil ihr Ausbau und ihre Vervollkommnung in der Zeit des Friedens arg vernachlässigt wurden. Wer ist besser in der Lage, die Mängel unserer Volksgesundheit, die Leiden der Bevölkerung zu beurteilen und Maßnahmen zu deren Beseitigung vorzuschlagen, als jene Institute, deren Hilfe und Rat die Bevölkerung in Zeiten der Not anspricht. Ein Heer von geschulten Beamten und Ärzten steht bereit, sich in den Dienst der Fürsorgeaktion zu stellen, der Staat schaffe nur die Mittel und Betätigungsmöglichkeiten.

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs stellt daher nachstehende Forderungen:

Die Krankenversicherung ist ungesäumt zu reorganisieren und deren Sach- und Geldleistungen den veränderten Lebens- und Gesundheitsverhältnissen entsprechend auszugestalten. Die Beseitigung aller Klassen, die weniger als tausend Mitglieder zählen, ist unbedingt erforderlich, um der weitgehenden Zersplitterung in der Organisation der Krankenversicherung, die jede Leistungsfähigkeit erschwert, ja vielfach unmöglich macht, entgegenzuwirken. Um eine rationelle Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu gewährleisten, ist die Zusammenschließung der dann noch bestehenden Klassen in territoriale Zwangsverbände für einzelne Kreise unter Berücksichtigung der nationalen Siedlungsverhältnisse und ein Zusammenschluß dieser Kreisverbände in einer Reichsorganisation nötig. Auf solche organisatorische Grundlagen gestellt, werden die Krankenkassen allen Aufgaben, die ihnen die Sorge für die Volksgesundheit stellt, gewachsen sein. Der Kampf gegen die Volkskrankheiten, durch Aufklärung der Bevölkerung, durch individualisierende Behandlung, Angehörigenversicherung, Wohnungsfürsorge, Kelonvalezentenpflege, Mütter- und Säuglingschutz zc. kann dann von ihnen erfolgreich aufgenommen werden.

Die Geldleistungen der Krankenkassen müssen den Feuerungsverhältnissen entsprechend erhöht werden, sonst wird das Krankengeld der Berelendung der Familien erkrankter Arbeiter nicht entgegenwirken und die rasche Wiederherstellung der Gesundheit durch zureichende Ernährung der Kranken nicht herbeiführen können. Der Bemessung des Krankengeldes ist ein Lohnklassensystem zugrunde zu legen, in das die Versicherten nach Maßgabe ihres Arbeitsverdienstes einzureihen sind. Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben bedarf aber die Krankenversicherung einer ausgiebigen materiellen Unterstützung durch den Staat.

Die Unfallversicherung ist in ihren finanziellen Grundlagen zu reformieren, ihre Rentenleistungen sind den Bedürfnissen der Versicherten entsprechend auszugestalten und die Unfallversicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten zu erstrecken.

Die Ausgestaltung der Sozialversicherung durch Einführung der Invaliden- und Altersversicherung ist ehestens durchzuführen. Die geplante organisatorische und finanzielle Verbindung zwischen Arbeiterinvaliden- und Selbständigenversicherung ist aufzugeben. Die Renteneinkünfte sind den geänderten Feuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen und die Lohngeschäfte den Krankenkassen und ihren Kreisverbänden als einer natürlichen organisatorischen Grundlage zu übertragen. Jetzt wird umso mehr darauf gesehen werden müssen, daß die Mittel möglichst restlos für materielle Versicherungsleistungen aufgewendet werden können, nicht aber für überflüssige und kostspielige

Verwaltungskuriositäten, die nur politischen Nebenabsichten, nicht aber sachlichen Notwendigkeiten ihre Entstehung verdanken würden. Die Frage der Beschaffung der Mittel für den Staatsbeitrag, der gleichfalls eine Steigerung erfahren muß, kann zum Teil ihre Regelung finden durch die Inanspruchnahme jener Mittel, die für die Militärinvalidenfürsorge durch den Abfall von Rentnern entbehrlich und dann für die Invalidenversicherung verwendet werden können. Die Sicherung der Einheitlichkeit in den Verhältnissen der Arbeiterversicherung muß durch die Errichtung einer Zentralstelle im Ministerium des Innern bewirkt werden, die Entscheidung über Rentenansprüche Gerichten unter starker Beiziehung von Vertretern der Versicherten zugewiesen werden.

In Bezug auf die Versorgung der Militärinvaliden und der Hinterbliebenen der im Kriege oder an den Kriegsfolgen gestorbenen Militärpersonen bekräftigt und erneuert die Konferenz ihre Beschlüsse vom 15. und 16. Mai 1915. Diese Versorgung ist neu zu regeln und einheitlich in einem Gesetz zusammenzufassen. Die derzeit in Geltung stehende völlig unzureichende Versorgung der Invaliden sowie der Hinterbliebenen der gefallenen Militärpersonen ist zum mindesten in jenem Ausmaß in Aussicht zu nehmen, das die Unfallversicherung an Rentenleistungen gewährt. Die Vollrente ist im Falle der völligen Hilflosigkeit auf 120 Prozent des Arbeitsverdienstes im Zivilerwerb des Beschädigten zu erhöhen. Den Teilinvaliden sind nach dem Grade des Verlustes ihrer Arbeitsfähigkeit Teilrenten zu gewähren. Als Bemessungsgrundlage hat der tatsächliche Lohn- oder Gehaltsbezug vor dem Kriege bis zu einem Betrag von 5000 Kronen zu gelten.

Kriegerwitwen mit Kindern im schulpflichtigen Alter ist die Witwenrente mindestens um das Doppelte ihres Betrages zu erhöhen, damit sie sich der Pflege der Kinder widmen können und nicht übermäßig nach Erwerb suchen müssen.

Die Entscheidung über Rentenansprüche ist den Schiedsgerichten der Sozialversicherung, die Ueberwachung der Rentner und die Auszahlung der Renten den Krankenkassen zu übertragen.

Die Nachbehandlung der heimkehrenden Krieger und der Kriegsbeschädigten ist schon jetzt zu organisieren und mit aller Energie zu betreiben. So nützlich im einzelnen die Privatinitiative wirken mag, auf diesem Gebiet sind eine straffe Zusammenfassung aller zur Verfügung stehenden Mittel und eine planmäßige Verwendung derselben, die systematische Errichtung aller für die Nachbehandlung nötigen Anstalten und Einrichtungen erforderlich. Staatliche und private Fürsorge müssen zusammenwirken, wenn die Notenaufgabe, die unserer Gesellschaft erwächst, nur halbwegs befriedigend gelöst werden soll. Namentlich der Vernachlässigung der Tuberkulosebehandlung muß ein Ende bereitet und rasch nachgeholt werden, was in früheren Jahrzehnten veräumt worden ist. Den Militärinvaliden, Witwen und Waisen sind unentgeltliche ärztliche Hilfe und Medikamente bezug zu gewähren, weil die Bestreitung der Kosten hierfür aus den Pensionen unmöglich ist und Verwahrlosung in Bezug auf Gesundheitspflege eintreten würde.

Zur Mitarbeit an allen diesen Aufgaben sind vor allem die Krankenkassen und auch die sonstigen Institute der Sozialversicherung berufen und gemäß auch bereit, wenn ihnen diese Mitarbeit durch finanzielle Unterstützung des Staates ermöglicht wird. Schon aus diesem Grunde sind sämtliche auf die Einschränkung der heutigen Krankenversicherungspflicht und gegen die Ausgestaltung der Versicherungsleistungen abzielenden Maßnahmen zu verhindern.

In der Zeit des Ueberganges vom Kriege auf das Friedensverhältnis ist für die sofortige Organisation eines Arbeitsnachweises unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft und für die Gewährung einer den Lebensunterhalt gewährleistenden Arbeitslosenunterstützung aus Staatsmitteln Sorge zu tragen.

Der Arbeiterschutz ist in großzügiger Weise auszugestalten durch weitgehenden Schutz der Frauen, der Jugendlichen und der Kinder, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Sicherung von Leben und Gesundheit der arbeitenden Klassen, durch Schaffung von Arbeiterwohnungen und Arbeitslosenversicherung und durch Förderung von Tarifverträgen.

Die Reform der Arbeiterversicherung durch die geforderte Reorganisation und Ausgestaltung muß aber ohne Verzug durchgeführt werden, damit nach Beendigung des Krieges eine festgestigte, ihrem Aufgabenkreis gewachsene Organisation vorhanden ist, um die notwendigen Aktionen der Volksfürsorge ungesäumt aufzunehmen.

Die österreichische Handelspolitik und der Ausgleich mit Ungarn.

Berichterstatter über diesen dritten Punkt der Tagesordnung ist

Dr. Reuner: Oesterreich-Ungarns Wirtschafts- und Handelspolitik war in den letzten Jahrzehnten doppelt verhängnisvoll, nicht nur für die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Massen im Innern, sondern auch für die auswärtigen Beziehungen.

Seit dem Einbruch des Schutzollsystems im Jahre 1878 in Deutschland und Oesterreich-Ungarn hat das kapitalistische Wirtschaftssystem mannigfache Phasen durchlaufen, wobei Oesterreich jeweils um ein bis zwei Jahrzehnte hinten nachhinkt. Das Reich hat den Uebergang vom Agrarstaat über die Kleinbürgerlich-mittelständische Epoche zum Industriestaat längst hinter sich, wir halten noch tief in der Kleinbürgerei. Noch nicht vor dem „Zukunftstaat“ stehen wir nach dem Kriege, wir werden Mühe haben, unsere Wirtschaftspolitik soweit anzutreiben, daß wir endlich bewußt und planmäßig über die Schwellen des Industriestaates gelangen.

Unsere Agrar- und Gewerbegesetzgebung wie der ganze Geist der Verwaltung stehen im Dienste rückständiger Betriebsformen und sind der Industrialisierung geradezu feindlich. Das Konfessionswesen, die Schikanen bei Genehmigung der Betriebsanlagen, die Einschränkung des Assoziationswesens, der Genossenschaften sowohl wie der Gesellschaften, die Ueberbesteuerung jeder Betriebsform, die von der ständisch-zünftischen Schablone abweicht, und daneben die Uebermacht weniger Rohstoffkartelle, die alle weiterverarbeitenden Industrien geradezu hörig gemacht haben, prägen unserer Volkswirtschaft den Charakter der Rückständigkeit auf.

Zensur 29 Zeilen.

Seit dem Jahre 1907, seitdem wir im Parlament eine, wenn auch viel zu bescheidene Macht darstellen, führen wir mit Leidenschaft den Kampf um eine Neuausrichtung unserer Wirtschaftspolitik, darob angefeindet von einer bisher handelspolitisch ganz unverständigen Bourgeoisie, die in Bezug auf die wirtschaftliche Fortentwicklung des Landes zum Industriestaat offensichtlich das gleiche Interesse hätte wie die Arbeiterklasse. Aber freilich, Industriepolitik muß zugleich Sozialpolitik sein, die Erfahrungen Deutschlands zeigen, daß beide vereinbar sind, noch mehr, daß keine ohne die andere auf die Dauer erfolgreich sein kann.

Oesterreich und Ungarn bilden ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet, und darin liegt Sinn und Wert des Ausgleichs. Niemand will Ungarns staatsrechtliche Stellung schmälern noch Oesterreichs Selbständigkeit durch eine unerquickliche Beeinflussung durch Ungarns Staatlichkeit schmälern lassen — die Wirtschaftsgemeinschaft aber liegt im beiderseitigen Interesse und muß als unabänderliche Grundtatsache von allen Seiten anerkannt werden. Die Verkehrsfreiheit zwischen beiden Staaten ist uns im Ausgleich garantiert, sie ist im Kriege nicht eingehalten worden; Ungarn hat uns bei Phantasiereisen schmal gehalten und der Umstand, daß man in Ernährungsfragen getrennt vorging, daß man für Kriegszeit nicht paritätisch eine gemeinsame Wirtschaftsstelle schuf, ist sehr zu Oesterreichs Nachteil ausgefallen. Dagegen muß gefordert werden, daß die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes zur Wahrheit werde.

Unsere künftige Handelspolitik muß zum mindesten der im Kriege neuerschaffenen Lage Rechnung tragen:

Man hört, Agrarier und Schwerindustrielle schmeicheln sich mit der Hoffnung, ihre Hölle zu behalten — unsere Staatsmänner werden ja bald sehen, daß dieses sozial, ökonomisch, ja beinahe technisch unmöglich ist, wenn der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft in Angriff genommen wird. Wir müssen eine freihandelspolitische Vertragspolitik mit allen Staaten der Welt pflegen, wenn wir die tiefen Schäden jemals noch heilen wollen, und selbstverständlich müssen unsere Wirtschaftsbeziehungen zu jenen Nachbarn, auf die wir seit jeher und in Zukunft erst recht angewiesen sind, zum Deutschen Reich und zum Balkan, so innig als nur möglich gestaltet werden. Dieser doppelte Anschluß, in beiden Richtungen zugleich und in gleicher Weise nötig, führt uns zugleich aus der Sackgasse, in die sich unsere Handelspolitik vor dem Kriege verrannt hat. Eine entschiedene, völlige und allseitige Umkehr tut not.

Der Berichterstatter erläutert noch im einzelnen den vom Parteivorstand vorgelegten Beschlusantrag und empfiehlt ihn zur Annahme.

Die Debatte.

In der Debatte beleuchtet Austerlitz die Beschränkung unserer Wirtschaftspolitik durch die Tatsache, daß zwei selbständige Staaten sie gemeinsam bestimmen, und fordert, daß die Arbeiterschaft, um bei dem neuen Ausgleich und den Handelsverträgen 1917 zur Geltung zu kommen, vor allem einig und stark sein müsse. — Dr. Danneberg bespricht die Gefahren, die er mit der Schaffung eines mitteleuropäischen Zollbündnisses verbunden hält, und stellt einen Abänderungsantrag, der ausgesprochen wünscht, daß ein Schutzösterreichs Mitteleuropa nur imperialistischen Zwecken dienen und den jetzigen Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln fortsetzen würde. (In der angenommenen Resolution teilweise berücksichtigt.) — Dr. Ellenbogen bestreitet, daß zwischen Ungarn und Oesterreich ernsthafte handelspolitische Gegensätze bestehen, die die Wirtschaftsgemeinschaft beeinträchtigen. Ebensoviele würden bei einer Union mit Deutschland die agrarischen Geblirke benachteiligt: Die gleichen Befürchtungen wurden bei der Einigung des Deutschen Reiches geäußert und haben sich als grundlos erwiesen. Die Einigung zu einem großen Wirtschaftsgebiet fördert eben alle seine Teile.

Reichskonferenz der Sozialdemokraten
Chobotzky in Wien

— **Gunn** freundlich erörtert die Macht, die der Staat über das Wirtschaftsleben durch das Getreidemonopol und verwandte Einrichtungen gewonnen hat; mehr als je bedürfe die Arbeiterklasse des politischen Einflusses, von dem heute selbst die Versorgung mit Mehl und Kartoffeln abhängt. — **Dr. Viktor Adler** erwartet einen hartnäckigen Kampf des Bundes der Agrarier und Schwerindustriellen um ihre Ziele. Wenn die Agrarier das Getreidemonopol verlängern wollen, um in dieser Form dem Volke hohe Brotpreise zu diktieren, werden sie sich verrechnen. Nach dem Kriege wird es kaum eine Regierung geben können, die sich ihrem Diktat wie bisher unterwirft. Dannebergs Einwendungen rennen offene Türen ein. Sobald die Frage „Mittleuropa“ auftaucht, herrsche bei uns volle Klarheit: Ohne Feindseligkeit gegen alle anderen — nicht hochschützlerisch — mit Deutschland, aber nicht ohne den Balkan. — **Sekretär Wilhelm** legt auf die Zollfrage weniger Gewicht als auf die Preismanöver der Kartelle und auf Maßregeln zum Schutze der Verbraucher. — **Musterlig** ist in Bezug auf die Wiederherstellung freundschaftlicher Handelsbeziehungen zwischen den Kriegsfeinden nicht so optimistisch wie Ulenbogen. Danneberg habe sich bei der Anfechtung „Mittleuropas“ selbst widersprochen, indem er zugleich beweisen wollte, daß es Deutschlands Volkswirtschaft schädigen müsse und daß es einem imperialistischen Ausbeutungsdrang Deutschlands entspringe, weiter, indem er in der Abtragung einer Zolllinie eine Verschärfung des Hochschutzes witterte. Ein Wirtschaftsgebiet von 120 Millionen Menschen erschließe neue Tätigkeiten und Tüchtigkeiten, es schafft auch neue und bedeutsame soziale Möglichkeiten für die Arbeiterklasse.

Selig verwahrt sich gegen das, was Neumann aus der „Schützengrabengemeinschaft“ ableitet, begrüßt jedoch die wirtschaftliche Annäherung und erwartet, daß die Resolution den Vertrauensmännern für die künftigen Kämpfe wertvolle Richtlinien weise. — **Seitz** sieht Österreichs künftige wirtschaftliche Aufgabe darin, Rohstoffe und Lebensmittel möglichst billig einzuführen und Fabrikate so reichlich auszuführen, daß unsere Handels- und Zahlungsbilanz wieder aktiv werde. Für diese Aufgabe würde der schützlerische Abschluß des englischen, französischen und russischen Imperiums tatsächlich eine Gefahr, aus der der Zwang erwüchse, selbst ein größeres Wirtschaftsgebiet anzustreben. Die Zweistaatlichkeit Ungarn und Österreich hat sich für die Volksernährung im Kriege als Gefahr erwiesen, sie fordert auch in Zukunft ein sehr ernstes Wort in Bezug auf die Behandlung der Wehrpflichtigen und vor allem auf die künftige Quote und die Wiederherstellung der vom Kriege heimgesuchten Gebiete. Was wir brauchen, ist einerseits die Befruchtung unseres Landes durch deutsches Kapital und andererseits die Verbindung mit den Balkanmärkten, wir können also nicht gegen die mitteleuropäische Idee sein; ob und wie weit das für, darüber entscheidet die Art, wie sie verwirklicht werden soll. — **Zentner** kann sich, obwohl er an Mittleuropa hänge, doch nicht zu verfrühtem Optimismus hinreißen lassen, die Struktur der Donaumonarchie schaffe viele Schwierigkeiten. Danneberg gehe von einem falschen Begriff des Imperialismus wie andere Redner von irrig aufgefaßten Tatsachen aus. Nicht Deutschland, sondern Indien sei heute Englands bester Kunde, der Imperialismus sei in England machtvolle Tatsache, in Deutschland Theorie oder höchstens Zukunftshoffnung — ein sehr beachtlicher Unterschied. Die englische Reichsidee sei außerdem nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch aufzufassen und auch darin mit Deutschland nicht zu vergleichen. Das Raumannsche Mittleuropa ist kein Imperialismus, kein Popanz, sondern ein sehr hausbackenes Ding. Daß deutsches Kapital befruchtend bei uns einbringt, ist zu wünschen und nicht als Imperialismus zu befürchten. — **Dr. Danneberg** erklärt, auch Deutschlands Politik sei imperialistisch (Wagdabahn).

— **Zentner** berichtigt Dannebergs Ausführungen dahin, Deutschlands Politik in der Türkei habe nicht ihre Unterwerfung, sondern die Rettung ihrer Selbstständigkeit zum Inhalt, sei also dort nicht imperialistisch im Sinne Dannebergs gewesen. Wenn Deutschland China wirtschaftlich erschöpfe, würde es nicht eine Kolonie, sondern einen machtvollen unabhängigen Staat schaffen. Solange England allein die Meere beherrscht, können Deutschland und England nicht auf eine Stufe gestellt werden. — **Dr. Viktor Adler** lehnt es ab, sich auf Zentners weltpolitische Ausführungen einzulassen, und hält es wünschenswert, eine ausdrückliche Ablehnung aller imperialistischen Tendenzen in die Resolution aufzunehmen.

Dr. Reuser äußert im Schlusswort seine Freude über den geistigen Reichtum, der in der Diskussion zu Tage getreten ist. Naturgemäß sind noch viele Fragen unter uns nicht abgetragen. Wir haben hier nicht Behauptungen zu formulieren, sondern das, worüber wir alle praktisch einig sind, zum Beschluß zu erheben. Deshalb trete ich hier weder in den Streit über den Begriff des Imperialismus noch über den Mittleuropas ein, sondern betone das, was wir für den Tag fordern müssen: eine freie, wirtschaftliche Vertragspolitik im allgemeinen und innigste Verkehrsgemeinschaft nach Nordost und Südwest. Einig sind wir auch darüber, daß diese Annäherung weder die Schützlererei, noch die imperialistischen Tendenzen in der Welt, noch die Kriegsgefahr mehr solle, und das soll in einem Satz des Beschlusses angetragen auch zum Ausdruck kommen. Er ist lange noch nicht der Katalog unserer wirtschaftspolitischen Wünsche, er geht auf die Einzelheiten nicht ein, sondern faßt die obersten Zeitsätze zusammen, die unsere künftige Wirtschaftspolitik bestimmen müssen, sollen die Kriegserfahrungen nutzbar gemacht, die Kriegsschäden geheilt und unsere Volkswirtschaft wiederhergestellt werden.

Folgende Resolution wird einstimmig zum Beschluß erhoben:

Die schmerzlichen Erfahrungen des Krieges haben die Verkehrtheiten und schweren Schäden unserer bisherigen Wirtschafts- und Handelspolitik bloßgelegt. Der Staat hat

jahrzehntlang seine Arbeit und seine Mittel verschwendet auf die Erhaltung künstlicher und rückständiger Betriebsformen in der Landwirtschaft und im Gewerbe, dagegen die Ausbreitung moderner Betriebsmethoden und höherer Betriebsorganisation vernachlässigt; er hat dadurch unsere landwirtschaftliche Produktion verflümmert und die gewerbliche Entwicklung in engen Betriebsformen festgehalten, dagegen die Förderung der Industrie und des Verkehrs in großem Maße unterlassen und die industrielle Entwicklung zurückgehalten. In der Stunde der Not hat sich gerade die industrielle Arbeit als der wertvollste und leistungsfähigste Teil der Volkswirtschaft erwiesen, während alle anderen Zweige des Wirtschaftslebens hinter dem, was erwartet werden konnte, zurückblieben.

Zensur II Zeilen.

Sim und Zweck des Ausgleichs sollte die volle Verkehrs- und Handelsfreiheit zwischen beiden Staaten und damit die Garantie unserer Versorgung sein. Dadurch, daß zwei Regierungen das eine und einheitliche Wirtschaftsgebiet verwalteten, wären im Kriege Vorkehrungen notwendig gewesen, die bewirken, daß alle Einrichtungen der Volksernährung einheitlich getroffen und durchgeführt werden, wenn der Geist des Ausgleichs erfüllt werden sollte. Der Umstand, daß die beiden Regierungen im Kriege getrennte Einrichtungen trafen und das notwendige Einverständnis nur zu spät und nur zum Teil erzielen konnten, schlug für Österreich zum zweifachen Unheil aus: die gewaltige Steigerung aller Lebensmittelpreise bewirkte einerseits eine noch gar nicht abzuschätzende Uebertragung österreichischen Volksvermögens nach Ungarn, andererseits blieb Österreich in vielen Zweigen seiner Ernährung nur halb versorgt oder ganz unversorgt.

Zufolge dieser Erfahrungen des Krieges fordert die Reichskonferenz:

1. Die bewußte und durchgängige Neugestaltung unserer inneren Wirtschaftspolitik im Geiste des modernen Industriestaates, im Geiste der Industrie- und Sozialpolitik.

Beide sind untrennlich. Der Schutz der Arbeit ist allgemeines Staatsinteresse; aber schon die Steigerung der Produktion hat zur ersten Voraussetzung eine kräftige, gesunde, wohlgenährte Arbeiterschaft. Der jahrzehntelange Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung ist endlich zu brechen, die Arbeiterkühlgesehgebung tatkräftig auszubauen, Mutter- und Säuglingschutz in wirksamer Weise aufzunehmen und die Volksernährung zur dauernden Aufgabe der Staatsverwaltung zu machen.

2. In unserem Verhältnis zu Ungarn die Aufrechterhaltung und Wahrhaftmachung der Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebiets als des durchaus gleichen und gemeinsamen Interesses beider Staaten und ihre Ausgestaltung in dem Sinne, daß unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung und Parität die Wirtschaftsverwaltung nicht getrennt nach Gesichtspunkten der Rivalität, sondern nach gleichen Grundsätzen und insbesondere in Ernährungsfragen einheitlich erfolgt.

3. Die völlige Abkehr von der bisherigen Schutzpolitik. Weit entfernt die Produktivkräfte beider Staaten zu entfesseln, hat diese Politik durch die Erhöhung der Lebenskosten der Massen und durch die Verteuerung der Rohstoffe die Produktionskosten gesteigert und so den Inlandsmarkt verflümmert und den Auslandsabsatz untergraben. Auf der Bahn des Hochschutzes gibt es aus diesem verderblichen Zirkel keinen Ausweg. Wenn schon ein sofortiger Uebergang zur Bereinigung der Handelsfreiheit nicht zu erwarten ist, so müssen zumindestens die Korn- und Eisenzölle fallen, alle sonstigen Lebensmittel- und Rohstoffzölle herabgesetzt werden. Die Handelsbeziehungen zum gesamten Ausland sind nach dem Kriege durch eine freie, heitliche Vertragspolitik wieder aufzunehmen und sorgsam zu pflegen.

4. Insbesondere aber sind die Beziehungen zu denjenigen Wirtschaftsgebieten, mit denen wir geographisch und geschichtlich, durch Handel und Verkehr seit jeher am engsten verbunden sind, deren wechselseitiger erfolgreicher Austausch mit uns unsere handelspolitische Zukunft entscheidet, zum Deutschen Reich und zum Balkan, nach dem Kriege von allen Fesseln einer überberateten zollpolitischen Abschließung zu befreien, durch den Ausbau eines mitteleuropäischen Eisenbahn- und Kanalsystems sowie durch die schrittweise Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung zu vertiefen und dauernd freundschaftlich zu gestalten. Gegen ein schützlerisches Mittleuropa müßten wir uns umso mehr zur Wehr setzen, als dadurch die imperialistischen Tendenzen in der Welt und damit die Kriegsgefahren vermehrt würden.

Zur Verhandlung kommt am zweiten Tage der vierte Punkt der Tagesordnung:

Oesterreich nach dem Kriege.

Dr. Adler gibt in einem umfassenden zweistündigen Referat einen Ueberblick der Gesichtspunkte, die für den Parteivorstand bei der Unterbreitung seiner Resolution über die österreichische Politik maßgebend gewesen sind. Er wendet sich in erster Linie jener Seite des künftigen Österreich zu, der uns am nächsten steht, der wir selbst sind: unserer Partei. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß sich die Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokratie in Österreich in so großem Kreise zusammenfinden und daß sie sich trotz des Entsetzlichen, das an uns vorbeigeht und das wir noch heute erleben, zusammenfinden nicht als Verzweifelte, sondern als Entschlossene und Arbeiterwollende. Weniger erfreulich sind die Zustände in den Arbeiterparteien der anderen Nationen Österreichs, die ihre Vertretung in der ehemaligen Gesamtpartei fanden. Er legt ausführlich die Schwierigkeiten der Parteien der einzelnen Nationen auseinander und behandelt insbesondere die neue Wendung, die das Verhältnis zu den Polen durch deren Eintritt in den Polenklub erhalten. Es ist kein Zweifel, daß die polnischen Sozialdemokraten in einer ganz besonders schwierigen Lage sind und daß die Erklärung, die Daszynski in ihrem Namen abgegeben hat und die sagt, daß sie das Banner der polnischen Sozialdemokratie auch fernerhin hochhalten werden und daß es sich überhaupt nicht um eine politische Verschmelzung handle, in gutem Glauben abgegeben wurde. Trotzdem halte er diesen Schritt für einen politischen Fehler, er wünscht aber nicht, daß von der Konferenz darüber ein Urteil in einem besonderen Beschluß abgegeben werde. Aber er glaubt feststellen zu müssen, daß sich die Polen durch ihren Eintritt in den Polenklub selbst aus jedem organisatorischen Zusammenhang mit der österreichischen Sozialdemokratie ausgeschlossen haben. Das ist die einfache Konsequenz der Tatsache. Die Sache steht heute so, daß, wenn wir nicht schon früher wollen, die deutsche Sozialdemokratie in Österreich tatsächlich der einzige große, einheitlich organisierte Körper ist, der im Namen des österreichischen Proletariats sprechen kann. Er muß mit um so stärkerer Betonung sprechen, als er auch den größten Teil der Verantwortung für die Zukunft und das Schicksal der übrigen trägt. Für die Behandlung des zukünftigen Österreich fehlen uns eine ganze Menge von Bedingungen. Wir wissen noch nicht, inwieweit und in welcher Weise die bisherigen Resultate des Krieges in staatsrechtliche Wirklichkeiten umgesetzt werden, wir kennen vorläufig gar nicht den Rahmen des künftigen Österreich. Umso mehr können wir uns aber bereits heute mit der inneren Politik Österreichs auseinandersetzen, denn diese wird eine entscheidende Verfassungsreform erfordern, was immer auch sonst geschehen möge. Die Sozialdemokraten haben keine neuen Vorschläge zu machen; sie haben nur ihre alten Grundsätze anzuwenden. Man spricht heute so viel vom Umlernen, im guten und im schlechten Sinne; die einen nennen es Parteiverrat, die anderen halten es für eine Befruchtung und Durchdringung mit neuen Erkenntnissen. Wenn aber in diesem Kriege jemand umzulernen hat, so sind es die Sozialdemokraten am wenigsten. Der Krieg hat die Richtigkeit ihrer Grundsätze bestätigt; es ist eingetreten, wonor sie gewarnt haben. Wenn man meint, daß der heutige Kapitalismus eine unerwartete Stärke bewiesen und daß sich die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft bewährt habe, so ist darauf vor allem zu sagen: Umlernen müssen wir nicht, deren Organisation sich im ganzen und im einzelnen als ein Notanker bewährt hat, ohne den sich das Uland im Hinterland verdoppelt und verdreifacht hätte. Umzulernen haben die anderen. Unsere Anschauungen sind Punkt für Punkt, leider möchte ich sagen: in stärkerem Maße bestätigt worden, als wir das je erwartet haben. Geirrt haben wir nur in einem, allerdings sehr wichtigen Punkte: daß wir gemeint hatten, die heutige Ordnung sei schon zu schwach geworden, um einen Weltkrieg überhaupt zu ertragen.

Zensur 8 Zeilen.

Der Referent gibt eine ausführliche Kritik der Zustände, die aus der vollständigen Aufhebung der Verfassung, dem Wanken der Zensur entspringen.

Wir wollen

auch die Neubegründung des Parlaments auf das Proportionalwahlrecht, wodurch es erst wirklich lebensfähig werden wird. Die Sozialdemokraten waren sich immer klar, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht nur der Anfang der Verfassungsreform sein könne. Vielleicht noch wichtiger als die Parlamentsreform ist die Umwandlung Österreichs in einen Staat, in dem die Nationalitäten friedlich nebeneinander wohnen können. Wir fordern daher nicht nur die nationale Abgrenzung, sondern auch die Schaffung des Rechtsbodens für jede Nation, die nationale Autonomie. Der Redner erörtert eingehend das Problem der Kreisverfassung. Heute ist die Vorbedingung eines jeden weiteren Schrittes die Zusammenfassung in Kreisen. Erst wenn diese Organe geschaffen sind, werden die veralteten unbrauchbaren Organe absterben und wegfallen. Aber die Aufstellung der Kreise als Verwaltungskörper ist nicht alles; es muß auch jeder Nation eine nationale Gesamtvertretung gewährleistet werden und da haben wir den Gedanken aufgegriffen, daß die Abgeordneten, die in den auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes national abgegrenzten Kreisen gewählt sind, einen Nationalrat ihrer Nation bilden können. Es wäre dadurch die Nation als Rechtssubjekt konstituiert. Diese zwei Hauptforderungen, deren Erfüllung allein schon Österreich ein ganz anderes Gesicht geben würde, haben wir an die Spitze des aktuellen Gegenwartsprogramms gestellt, an das sich nun

eine Reihe weiterer Forderungen antwortet, die wir als ganz unmittelbar dringlich erachten.

Zensur 9 Zeilen.

Die Debatte.

Als erster Redner spricht **Renner**, der die Notwendigkeit der Beschäftigung der Arbeiterklasse mit den Details der Staatsverwaltung hervorhebt und insbesondere die Entwicklung des Gedankens der Kreisverfassung von seiner Entstehung am Kremsierer Reichstag an historisch verfolgt. Die nationale Abgrenzung verlangen die Sozialdemokraten als Vorbedingung der sozialen Verwaltung. Erst mit dieser Verwaltungsreform werden wir beenden, was wir mit der Parlamentsreform begonnen haben. — **Uebel** fordert in eingehenden Darlegungen die Reichskonferenz zu einer Sympathieumgebung für die Forderungen der Frauen, insbesondere für das Frauenwahlrecht auf, Forderungen, die sie in einer namens der Frauendelegation vorgeschlagenen Resolution zusammenfaßt. — **Sudo** **Hartmann** findet, daß die Resolution, indem sie die Landtage nicht strikt ablehne, einen Kompromißcharakter erhalte. Da die Sozialdemokratie heute für die Konstituierung der Nation und für die Kreisverfassung eintritt, möchte sie sich konsequenterweise energischer gegen die Landtage wenden. **Hartmann** begründet im weiteren eine Resolution über die Schule.

Zensur 12 Zeilen.

— **Austerlitz** gibt vor allem einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Presse während des Krieges, deren große Bedrängnis durch die Zensur er an einer Fülle von Beispielen darlegt. Er wendet sich insbesondere gegen jene Schriftsteller, die den Krieg als ewige Tatsache des geschichtlichen Verlaufes verherrlichen, die militärische Betrachtung des Krieges ist auch beim sozialdemokratischen Fachschriftsteller notwendig. Sie macht aber nicht die absolute Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Weh erforderlich. Er hielt das Gebot der Landesverteidigung stets als für Sozialdemokraten verpflichtend. Auf diesem Standpunkt stand die Partei am 4. August.

Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich hat mehr Feinde als jede andere. Deshalb müssen wir fest zusammenhalten, und wer die Partei nicht in eine unfruchtbare Sekterei führen lassen will, aber auch ebensowenig deren einheitlichen geschlossenen proletarischen Charakter aufzugeben gedenkt, der erfüllt die wahre Pflicht des Sozialdemokraten. — **Abraham** (Zmsbruck)

auf die Frage der Kreisverfassung für Tirol ein, wo sie leichter durchführbar wäre als in jedem anderen Lande. Aber leider wollen die bürgerlichen Parteien von einer Teilung nach nationalen Gebieten nichts wissen, denn sie wollen die Herrschaft im Lande behalten. Unsere nächste Hauptaufgabe sei ein entschiedenes Eintreten für die Kriegsoffer. Es müßten zu diesem Zwecke eigene Sekretariate geschaffen werden, die zusammengefaßt werden, damit klare Richtlinien für ein einheitliches Vorgehen im ganzen Reiche gegeben seien. — **Emmy Freundlich** beschäftigt sich mit der Resolution über die Frauenrechte. Wenn die Frauen heute das Wahlrecht verlangen, so ist das die logische Konsequenz ihrer öffentlichen Arbeit, die sie während des Krieges in sehr erhöhtem Maße geleistet haben. Die Frauen wollen alles zur Bänderung des Kriegslids beitragen.

hoffentlich wird die Partei aus dem Kriege einig hervorgehen. — **Leutner** untersucht die Notwendigkeiten der militärischen Berichterstattung für die sozialdemokratische Presse, die, wenn sie ernst genommen werden soll, wie in allen anderen Fragen auch bei der Behandlung des Krieges vor allem von sachmännischen Gesichtspunkten auszugehen habe. Wenn die vorliegende Resolution als ein Vorschlag zu einer Verwaltungsreform aufgefaßt wurde, so sei gegen sie nichts Wesentliches einzuwenden. Aber es wäre eine große Naivität, wenn wir jetzt in Oesterreich die Verwaltungsfrage als die entscheidende ansehen wollten. Unsere Uebel liegen viel tiefer; es handelt sich um nationale Machtfragen, die sich in der Praxis jeder Erörterung vom rein verwaltungstechnischen oder auch nur vom rein politischen Standpunkt entziehen. Er will das Problem, das tatsächlich vorliegt, an der Frage des Schicksals Polens eingehend aufweisen.

Zeltner (Zeplich) gibt eine eingehende Darstellung der letzten Vorgänge in Böhmen. Er zeigt, wie sich jede der bürgerlichen Parteien bei der Behandlung der nationalen Probleme beinahe scheuen muß, sich von sachlichen Erwägungen leiten zu lassen, weil jede befürchten muß, daß eine andere Partei sie an Radikalismus überbiete. Die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten und die ganze Orientierung ihrer Politik seien darauf gerichtet, die sozialen Aufgaben dem Einfluß des Landtages zu entziehen. **Niechner** (Brünn) beschäftigt sich mit der Gefahr der Erschütterung des Glaubens an den Parlamentarismus in der Arbeiterschaft und behandelt das Doppelspiel, das die Bürgerlichen in der Frage der nationalen Autonomie treiben. Die Landtage sind das Grab der sozialen Fürsorge. Sie bedeuten die Verewigung des nationalen Streites; es ist notwendig, der Arbeiterschaft die Ursache des Uebels zu zeigen, dann wird es gelingen, sie vor Irwegen zu bewahren. — **Refel** (Graz) wendet sich der Frage der Landtage zu. Solange diese bestehen, werden auch alle anderen Einrichtungen nicht viel nützen. Deshalb ist es nötig, die Grenzen der Kronländer gemäß den geographischen und sprachlichen Bedürfnissen abzuändern und untereinander gleich-

artige Mittelstellen der Verwaltung zu organisieren, die sich der Kreisverteilung anpassen und an Stelle der heutigen Länderorganisation treten. — **Seih**: Die Kritik an den „historisch-politischen Individualitäten“ findet die Zustimmung der ganzen Partei. Die Schwierigkeit der sofortigen Abschaffung der Länder liegt in deren ungleicher Verschuldung.

Der Proporz ist das einzige Mittel, wirkliche Parteien für das Parlament zu schaffen und damit dessen Arbeitsfähigkeit herzustellen und zu erhalten. Und deshalb enthält unsere Resolution mit gleicher Energie die Forderung nach der Kreisverteilung zur Sicherung der Verwaltung wie nach dem Proporz und einer vernünftigen Geschäftsordnung zur Sicherung der Gesetzgebung. — **Rint** (Jägerndorf) gibt für die schlesische Landespartei die Erklärung ab, daß sie bereit sei, die Arbeit bezüglich der nationalen Autonomie, die die Genossen Böhmens und Mährens begonnen haben, fortzusetzen. In den inneren Parteifragen ist vor allem Einigkeit vonnöten. — **Renner**: Der Gedanke der Durchführung der nationalen Autonomie besteht so lange, wie es bürgerliche Demokraten gegeben hat. Zur Demokratie können wir nur durch die Verwaltungsreform kommen. Die Landtage kann man weniger leicht ausschließen als irgend etwas und die Gemeinbeordnungen hängen heute von den Landtagen ab. Wäre Niederösterreich in vier Kreise geteilt, so wären alle Verhältnisse wesentlich besser. Schon das Proportionalwahlrecht, wie es in Wiener-Neustadt besteht, hat dieser Stadt in der Ernährungsfrage einen ganz anderen Charakter gegeben. Die Länder bestehen nur wegen der Schulden. Um dem Wunsche nach deutlicher Pointierung unseres Standpunktes, wie er durch **Hartmann** und **Refel** zum Ausdruck gekommen ist, Rechnung zu tragen, schlägt er vor, in Punkt 3 den Satz einzuschließen: „Solange die Kronländer überhaupt bestehen.“ Den Krieg können wir nicht mit Sozialismus messen, weil er ganz unsozialistisch ist.

Nur soll man die Partei nicht spalten.

— **Cermaf** (Zeplich): Das Bürgertum will schon heute von einem Zusammenarbeiten mit den Arbeitern nichts wissen. Sie haben nicht die Absicht, ein großes nationales Programm aufzustellen, sie wollen anfangen, wo sie aufgehört haben. Sie hoffen nicht auf die eigene Kraft. Die tschechischen Separatisten empfinden es als Belästigung, daß wir von der nationalen Autonomie reden, sie scheinen nichts zu wollen als einen Ausgleich, etwa wie es der mährische war. — **Leutner** erklärt, daß heute alle Fragen vor allem vom Gesichtspunkt der auswärtigen Politik zu betrachten sind, die heute nicht die Angelegenheit von Spezialisten, Schriftstellern und Schwärmern, sondern die eigentliche Frage des Daseins ist. Er gibt ein Bild der weltpolitischen Situation des deutschen Volkes und sucht nochmals seinen Standpunkt in der Polenfrage zu begründen. Er wendet sich gegen jene Leute, die glauben, Patrioten zu sein, weil sie für Annexionen sind, während sie die ärgsten Feinde des Staates sind. Als Sozialdemokraten, als Deutsche und als Oesterreicher müssen wir es aussprechen, daß es keine größere Gefahr für diesen Staat gibt als die Aufnahme von Konglomeraten von Völkern mit anderen Wirtschaftsmittelpunkten, fremden Kulturen seit Jahrhunderten anders gerichteter Gedankenwelt. —

Dr. Adler befürwortet in seinem Schlußwort zunächst die Annahme der Resolutionen für das Frauenwahlrecht und für die Erhaltung und Entwicklung der Schule. In der Frage der Abschaffung der Landtage hält er die Zusatzanträge **Renners** für die glücklichsten und ersucht die steirischen Genossen, ihren Antrag zu deren Gunsten zurückzuziehen.

Er schließt, indem er betont, daß wir am meisten für den Frieden leisten, wenn wir zeigen, daß wir einheitlich und geschlossen, ohne rechtshaberische Streitigkeiten auf dem gleichen Boden stehen, daß wir alle den Friedensschluß wünschen, daß wir uns aber nicht in Wünsche und Forderungen einlassen, über deren Zweckmäßigkeit verschiedene Anschauungen obwalten können. Es soll nicht durch ein zweifelhaftes Votum die Geschlossenheit gestört werden.

Die beschlossenen Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

Oesterreich nach dem Kriege.

Zensur 52 Zeilen.

Jedermann, der die Augen offen hat der Oesterreich, weiß, daß, welche Gestalt immer in dersehnte Friede Oesterreich geben mag, ein neues Oesterreich aus den Trümmern erstehen muß, widrigenfalls das Schicksal des Staates Verfall und das der Völker politische und wirtschaftliche Ver-

fämmern und kulturelles Elend sein werden.

Zensur 24 Zeilen.

Je weniger sich Umfang und Inhalt der nach dem Kriege entstehenden staatsrechtlichen Probleme voraussehen lassen, um so dringender ist die Pflicht, um so größer das Recht der Arbeiterklasse Oesterreichs, schon heute wenigstens ihre Forderungen in Bezug auf die innere Ordnung in Oesterreich zu erörtern und festzustellen, was nötig ist, um Oesterreich und seinen Völkern angesichts der gewaltigen Umwälzungen jeder Art, denen wir entgegengehen, ihre Existenz und Entwicklung zu sichern. Die deutsche Sozialdemokratie fordert daher:

die endliche Entwirrung des nationalen Streites durch Begründung und ehrliche Durchführung der nationalen Autonomie auf demokratischer Grundlage. In folgerichtiger und zeitgemäßer Anwendung des Programms, das sich die Sozialdemokratie Oesterreichs auf ihrem Parteitag zu Brünn 1899 gegeben hat, fordern wir, daß dem deutschen Volke wie allen anderen in Oesterreich lebenden Völkern die Bedingungen für ihre kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwicklung und der Boden für das friedliche Zusammenleben und Zusammenwirken aller Völker endlich gewährt werden. Nur auf diesem Boden ist auch die Aufrichtung einer zweckmäßigen und im besten Sinne ökonomischen, das ist kräftesparenden und kräftesteigernden Verwaltung, also einer wirklichen Selbstverwaltung möglich.

Wir fassen unsere Forderungen in folgenden Sätzen kurz zusammen:

1. **Erneuerung des Parlaments** durch Abänderung des Wahlgesetzes und der Wahlordnung nach den Grundfäden der Proportionalwahl unter Beibehaltung der schon gegenwärtig gegebenen nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke und unter Beseitigung der genugsam bekannten Mängel der Wahltechnik.

Sachgemäße Aenderung der Bestimmungen über die Geschäftsordnung und Geschäftsführung des Reichsrates.

2. **Eine Reichskreisordnung**; eine demokratische Lokalverwaltung in national abgegrenzten Kreisen, wo die bisherige, ebenso umständliche als kostspielige landesfürstliche und autonome Doppelverwaltung durch eine vollstümliche, von nationalen Reibungen befreite Selbstverwaltung überwunden und so endlich eine Stätte geschaffen wird für jene wirtschaftliche und soziale, sanitäre, humanitäre und kulturelle Tätigkeit, deren wir zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und zur Leiblichen und geistigen Wiedergeburt der Völker nach dem Kriege dringend bedürfen.

3. Die sogenannte Autonomie der Kronländer, die

in den meisten Teilen des Reiches durch nationalstisches Intriguenspiel und durch chronische Obstruktion bis zum öffentlichen Verrücken entartet ist, ist, insoweit die Kronländer überhaupt bestehen, zu Gunsten der Kreise und der Nationen auf das unumgängliche und ertragliche Maß einzuschränken. Die Landtage sind durch das allgemeine Wahlrecht mit Verhältniswahl der Kontrolle des Volkes, ihre Finanzverwaltung aber, die trotz der jüngsten Sanierung durch den Staat fast überall zerrütet ist, einer wirksamen Finanzkontrolle zu unterstellen und vor allem das Schicksal der Volksschule wie ihrer Lehrer von der Finanzwirtschaft der Länder zu lösen.

4. Durch Staatsgrundgesetz sind alle Kreise je einer Nation ermächtigt, Zweckverbände zur gemeinsamen und einheitlichen Verwaltung der nationalen und kulturellen Interessen ihres Volkes zu bilden.

Bis zur Einrichtung dieser Zweckverbände sind die auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes zum Reichsrat gewählten Abgeordneten jeder Nation als ihre gesetzliche Vertretung (Nationalrat) anzuerkennen.

Wir verlangen weiter:

1. **Sofortige Einschränkung der Zensur** auf militärische und die Kriegsführung betreffende Nachrichten; dagegen Freigebung der Erörterung aller Fragen der inneren und auswärtigen Politik. Niemals war die öffentliche Meinungsäußerung, die klärende Kritik notwendiger als jetzt, wo wir an einem Wendepunkt der Geschichte der Völker und des Staates stehen.

2. **Vorsorge für die Opfer des Krieges** durch rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Mittel für den würdigen Unterhalt der Kriegsverletzten, für die Hinterbliebenen der Gefallenen, für die Entschädigung aller in ihrer Arbeitskraft und Erwerbsfähigkeit Getroffenen.

3. **Vorbereitung der Ausbringung der ungeheuren Kriegskosten**, deren Last nicht auf die arbeitenden Massen gelegt werden darf, die durch Opfer an Gut und Blut in erster Reihe und am schwersten getroffen wurden. Vor allem sind die Besigenden durch wirksame Kriegsgewinnsteuern sowie ausgiebige progressive Vermögens- und Erbssteuern heranzuziehen.

Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, diese Forderungen der Regierung zu übermitteln